PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

26

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W. I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT

DIETZ VERLAG BERLIN

1972

W. I. LENIN

BAND 26

SEPTEMBER 1917 – FEBRUAR 1918

DIETZ VERLAG BERLIN

1972

Russischer Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ

3. Auflage · Dietz Verlag Berlin · 1. Auflage 1961
Printed in the German Democratic Republic · Alle Rechte vorbehalten
Lizenznummer 1
Satz: Karl-Marx-Werk, Pößneck, V 15/30
Druck und Bindearbeiten: LVZ-Druckerei „Hermann Duncker", Leipzig, III 18 138
ES 1 C · 7,50

VORWORT

Die in Band 26 enthaltenen Arbeiten schrieb W. I. Lenin in der Zeit von September 1917 bis Februar 1918.

Ein Großteil der in diesem Band enthaltenen Arbeiten gilt der Vorbereitung des bewaffneten Oktoberaufstands durch die bolschewistische Partei. Dazu gehören: „Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen", „Marxismus und Aufstand", „Die Krise ist herangereift", „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?", „Ratschläge eines Außenstehenden" sowie Briefe mit Richtlinien an das Zentralkomitee, das Petrograder und das Moskauer Parteikomitee. In diesen in der Illegalität geschriebenen Arbeiten entwickelt Lenin die Marxschen Gedanken über den Aufstand als Kunst weiter und entwirft einen konkreten Aufstandsplan.

Einen wesentlichen Raum nehmen in dem Band Berichte, Reden und Stellungnahmen Lenins auf den Sowjetkongressen, in Beratungen von Parteiarbeitern und Sowjetfunktionären und Aufrufe an die Bevölkerung ein, die Lenins Wirken als Führer der Partei und der werktätigen Massen, als Organisator und Führer des Sowjetstaates in den ersten Monaten seines Bestehens zeigen.

Der Band enthält Entwürfe der ersten Dekrete sowie die Dekrete der Sowjetregierung, die W. I. Lenin verfaßt und als Vorsitzender des Rats der Volkskommissare unterzeichnet hat: das „Dekret über den Frieden", das „Dekret über den Grund und Boden", den „Entwurf von Bestimmungen über die Arbeiterkontrolle", den „Entwurf eines Dekrets über das Abberufungsrecht", den „Entwurf eines Dekrets über die Durchführung der Nationalisierung der Banken und über die im Zusammenhang damit erforderlichen Maßnahmen", den „Entwurf eines Dekrets über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung" und andere.

Lenins Kampf gegen die Politik der Trotzkisten und „linken Kommunisten" in der Frage des Brester Friedens veranschaulichen die Arbeiten „Konzept eines Programms für die Friedensverhandlungen", „Zur Ge-

schichte der Frage eines unglückseligen Friedens", die Ausführungen Lenins in den Sitzungen des ZK der SDAPR(B) im Januar und Februar 1918 und andere Dokumente.

Einige Arbeiten befassen sich mit der Einberufung und Auflösung der Konstituierenden Versammlung: die „Thesen über die Konstituierende Versammlung", die „Deklaration der Fraktion der SDAPR (Bolschewiki), verlesen in der Sitzung der Konstituierenden Versammlung am 5. (18.) Januar 1918", „Leute aus jener Welt" und andere.

Der Band enthält die Arbeiten „Durch den Zusammenbruch des Alten Verängstigte und für das Neue Kämpfende", „Wie soll man den Wettbewerb organisieren?" und „Entwurf eines Dekrets über die Konsumkommunen", in denen Lenin Fragen des sozialistischen Aufbaus behandelt und allseitig die Notwendigkeit begründet, den sozialistischen Wettbewerb zu entfalten. In diesen Arbeiten bezeichnet Lenin die Einführung der strengsten Rechnungsführung und Kontrolle in der Volkswirtschaft als Hauptaufgabe dieser Periode.

Der Band 26 enthält 14 Dokumente, die zum erstenmal in die Werke W. I. Lenins aufgenommen wurden: „Resolutionsentwurf zur Pressefreiheit", „Erklärung, gerichtet an die bolschewistische Fraktion des Außerordentlichen Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Bauerndeputierten", „Über die Aufgaben der Öffentlichen Bibliothek in Petrograd", „Konzept eines Programms für die Friedensverhandlungen", „Über die Eröffnung der Konstituierenden Versammlung", „Entwurf einer Resolution über das provisorische Büro der bolschewistischen Fraktion in der Konstituierenden Versammlung" (erstmalig veröffentlicht), „Gespräch über direkte Leitung . . .", „Anweisung an den Stab der Roten Garde", „Entwurf eines Dekrets über die Nationalisierung der See- und Binnenhandelsflotte", „Funkspruch. An alle. An die Friedensdelegation in Brest-Litowsk im besonderen", „Funkspruch an alle, alle", „Brest-Litowsk. Russische Friedensdelegation. An Trotzki" und „Gespräch Lenins über direkte Leitung mit dem Moskauer Sowjet, 20. Februar 1918". Sie alle wurden von Lenin nach dem bewaffneten Oktoberaufstand verfaßt und spiegeln den Kampf der bolschewistischen Partei für die Festigung der Sowjetmacht und für einen gerechten, demokratischen Frieden wider.

DIE BOLSCHEWIKI MÜSSEN DIE MACHT ERGREIFEN[1]

Brief an das Zentralkomitee, an das Petrograder und das Moskauer Komitee der SDAPR

Nachdem die Bolschewiki in den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten beider Hauptstädte die Mehrheit erhalten haben, können und *müssen* sie die Staatsmacht in ihre Hände nehmen.

Sie können das, denn die aktive Mehrheit der revolutionären Elemente des Volkes beider Hauptstädte genügt, um die Massen mitzureißen, den Widerstand des Gegners zu brechen, ihn zu zerschlagen, die Macht zu erobern und zu behaupten. Denn indem sie unverzüglich einen demokratischen Frieden anbieten, unverzüglich den Bauern den Boden geben, die von Kerenski böse zugerichteten und zerschlagenen demokratischen Einrichtungen und Freiheiten wiederherstellen, werden die Bolschewiki eine Regierung bilden, die *niemand* stürzen kann.

Die Mehrheit des Volkes ist *für* uns. Das hat der lange und schwere Weg vom 6. Mai bis zum 31. August und 12. September bewiesen[2]: die Mehrheit in den hauptstädtischen Sowjets ist das *Ergebnis* der Entwicklung des Volkes *zu uns hin*. Die Schwankungen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, das Erstarken der Internationalisten unter ihnen beweisen dasselbe.

Die Demokratische Beratung vertritt *nicht* die Mehrheit des revolutionären Volkes, sondern *nur die paktiererischen kleinbürgerlichen Spitzen*. Man darf sich nicht durch Wahlziffern täuschen lassen, nicht auf die Wahlen kommt es an: man vergleiche die Wahlen zu den Stadtdumas von Petrograd und Moskau und die Wahlen zu den Sowjets. Man vergleiche die Moskauer Wahlen und den Moskauer Streik vom 12. August: das sind die objektiven Tatsachen über die Mehrheit der revolutionären Elemente, die die Massen führen.

Die Demokratische Beratung betrügt die Bauern, gibt ihnen weder Frieden noch Land.

Einzig und allein die bolschewistische Regierung wird die Bauern zufriedenstellen.

*

Warum müssen die Bolschewiki gerade *jetzt* die Macht ergreifen?

Weil unsere Chancen durch die bevorstehende Preisgabe Petrograds hundertfach schlechter werden.

Die Preisgabe Petrograds aber *können* wir mit einer Armee, an deren Spitze Kerenski und Co. stehen, *nicht verhindern.*

Auch die Konstituierende Versammlung dürfen wir nicht „abwarten", denn eben durch die Preisgabe Petrograds *können* Kerenski und Co. die Konstituierende Versammlung jederzeit *vereiteln.* Nur unsere Partei kann, nachdem sie die Macht ergriffen hat, die Einberufung der Konstituierenden Versammlung sicherstellen, sie wird, nachdem sie die Macht ergriffen hat, die anderen Parteien der Verschleppung der Konstituierenden Versammlung anklagen und diese Beschuldigung beweisen.[3]

Ein Separatfrieden zwischen den englischen und deutschen Imperialisten muß und kann verhindert werden, aber nur, wenn man rasch handelt.

Das Volk ist der Schwankungen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre müde. Nur unser Sieg in den Hauptstädten wird die Bauern mitreißen.

*

Es geht nicht um den „Tag" des Aufstands, nicht um den „Augenblick" des Aufstands im engeren Sinne. Das wird lediglich die gemeinsame Stimme derjenigen entscheiden, die mit den Arbeitern und Soldaten, mit den *Massen* in Fühlung stehen.

Es geht darum, daß unsere Partei jetzt auf der Demokratischen Beratung faktisch ihren *eigenen Parteitag* abhält, und dieser Parteitag *muß* (ob er will oder nicht, er muß es) *das Schicksal der Revolution* entscheiden.

Es geht darum, der Partei die *Aufgabe* klarzumachen: Auf die Tagesordnung ist der *bewaffnete Aufstand* in Petrograd und Moskau (samt Gebiet), die Eroberung der Macht, der Sturz der Regierung zu setzen. Man muß überlegen, *wie* man hierfür agitieren kann, ohne sich in der Presse in dieser Form auszudrücken.

Man muß sich der Marxschen Worte über den Aufstand: „*Der Aufstand ist eine Kunst*"[4] usw. erinnern und sie durchdenken.

*

Es wäre naiv, eine „formelle" Mehrheit der Bolschewiki abzuwarten: keine Revolution wartet *darauf*. Auch Kerenski und Co. warten nicht, sondern bereiten die Kapitulation Petrograds vor. Gerade die erbärmlichen Schwankungen der „Demokratischen Beratung" müssen und werden die Geduld der Arbeiter Petrograds und Moskaus zum Reißen bringen! Die Geschichte wird es uns nicht verzeihen, wenn wir jetzt nicht die Macht ergreifen.

Wir haben keinen Apparat? Der Apparat ist da: die Sowjets und die demokratischen Organisationen. Die internationale Lage ist *gerade* jetzt, am *Vorabend* eines Separatfriedens zwischen den Engländern und den Deutschen, *für uns*. Gerade jetzt den Völkern den Frieden anbieten heißt *siegen*.

Wenn wir *mit einem Schlag* die Macht sowohl in Moskau als auch in Petrograd ergreifen (es ist nicht wichtig, wer beginnt; vielleicht kann sogar Moskau beginnen), werden wir *unbedingt und zweifellos* siegen.

N. Lenin

Geschrieben 12.–14. (25.–27.) September 1917.
Zuerst veröffentlicht 1921 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 2.

Nach dem Text der Zeitschrift, verglichen mit einer maschinegeschriebenen Abschrift.

MARXISMUS UND AUFSTAND

Brief an das Zentralkomitee der SDAPR

Zu den böswilligsten und wohl verbreitetsten Entstellungen des Marxismus durch die herrschenden „sozialistischen" Parteien gehört die opportunistische Lüge, die Vorbereitung des Aufstands, überhaupt die Betrachtung des Aufstands als eine Kunst, sei „Blanquismus".

Schon der Führer des Opportunismus, Bernstein, hat traurigen Ruhm erworben, als er den Marxismus des Blanquismus beschuldigte, und die heutigen Opportunisten erneuern und „bereichern" im Grunde mit ihrem Geschrei vom Blanquismus die dürftigen „Ideen" Bernsteins um kein Jota.

Die Marxisten des Blanquismus bezichtigen, weil sie den Aufstand als eine Kunst betrachten! Kann es eine empörendere Entstellung der Wahrheit geben, wo doch kein einziger Marxist leugnen wird, daß gerade Marx sich hierzu auf die bestimmteste Weise, völlig präzis und unanfechtbar geäußert hat, indem er den Aufstand eben eine *Kunst* nannte und sagte, daß man den Aufstand als eine Kunst betrachten, daß man einen ersten Erfolg *erringen* und von Erfolg zu Erfolg weiterschreiten müsse, ohne die *Offensive* gegen den Feind zu unterbrechen, daß man seine Verwirrung ausnutzen müsse usw. usf.

Um erfolgreich zu sein, darf sich der Aufstand nicht auf eine Verschwörung, nicht auf eine Partei stützen, er muß sich auf die fortgeschrittenste Klasse stützen. Dies zum ersten. Der Aufstand muß sich auf den *revolutionären Aufschwung des Volkes* stützen. Dies zum zweiten. Der Aufstand muß sich auf einen solchen *Wendepunkt* in der Geschichte der anwachsenden Revolution stützen, wo die Aktivität der vordersten Reihen des Volkes am größten ist, wo die *Schwankungen* in den Reihen

der Feinde und *in den Reihen der schwachen, halben, unentschlossenen Freunde der Revolution* am stärksten sind. Dies zum dritten. Durch diese drei Bedingungen eben unterscheidet sich der *Marxismus* in der Behandlung der Frage des Aufstands *vom Blanquismus.*

Sind aber diese Bedingungen einmal gegeben, so ist die Weigerung, den Aufstand *als eine Kunst* zu betrachten, Verrat am Marxismus und Verrat an der Revolution.

Um zu beweisen, warum man gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt einen Zeitpunkt sehen muß, an dem die Partei *verpflichtet* ist, festzustellen, daß der *Aufstand* vom objektiven Gang der Ereignisse auf die Tagesordnung gesetzt ist, verpflichtet ist, ihn als eine Kunst zu betrachten – um dies zu beweisen, dürfte es das beste sein, sich der vergleichenden Methode zu bedienen und den 3. und 4. Juli den Septembertagen gegenüberzustellen.

Am 3. und 4. Juli konnte man, ohne gegen die Wahrheit zu verstoßen, die Frage so stellen: Richtiger wäre es, die Macht zu ergreifen, denn die Feinde werden uns sonst ohnehin des Aufstands bezichtigen und mit uns wie mit Aufständischen abrechnen. Daraus aber durfte man nicht schließen, daß man wirklich die Macht ergreifen sollte, denn die objektiven Voraussetzungen für einen siegreichen Aufstand waren damals nicht gegeben.

1. Die Klasse, die die Avantgarde der Revolution ist, stand noch nicht hinter uns.

Wir hatten noch nicht die Mehrheit unter den Arbeitern und Soldaten der Hauptstädte. Jetzt haben wir sie in beiden Sowjets. Sie ist *erst* durch die Geschichte des Juli und August geschaffen worden, durch die während der „Abrechnung" mit den Bolschewiki und aus dem Kornilowputsch gewonnenen Erfahrungen.

2. Es gab damals keinen revolutionären Aufschwung des ganzen Volkes. Jetzt, nach dem Kornilowputsch, gibt es ihn. Die Provinz und die Machtergreifung durch die Sowjets an vielen Orten beweisen das.

3. Es gab damals keine *Schwankungen* im großen, allgemein politischen Maßstab unter unseren Feinden und in den Reihen des unentschlossenen Kleinbürgertums. Jetzt sind die Schwankungen gewaltig: unser Hauptfeind, der Imperialismus – der alliierte und der Weltimperialismus, denn die „Alliierten" stehen an der Spitze des Weltimperialismus –, hat zwi-

schen dem Krieg bis zum Siege und einem Separatfrieden gegen Rußland *zu schwanken begonnen.* Unsere kleinbürgerlichen Demokraten, die offenkundig die Mehrheit im Volke eingebüßt haben, sind gewaltig ins Schwanken geraten, sie haben auf den Block, d. h. die Koalition, mit den Kadetten verzichtet.

4. Am 3. und 4. Juli wäre daher der Aufstand ein Fehler gewesen: Wir hätten die Macht weder physisch noch politisch behaupten können. Physisch nicht, wenn auch Petrograd zeitweise in unseren Händen war, denn unsere Arbeiter und Soldaten wären damals nicht bereit gewesen, um des Besitzes von Petrograd willen *sich zu schlagen und zu sterben:* noch gab es nicht die „rasende Wut", den glühenden Haß *sowohl gegen* die Kerenski *wie gegen* die Zereteli-Tschernow, noch waren unsere Leute nicht gestählt durch die Verfolgung der Bolschewiki unter Mitwirkung der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki.

Politisch hätten wir die Macht am 3. und 4. Juli nicht behaupten können, denn *vor dem Kornilowputsch* hätten die Armee und die Provinz gegen Petrograd marschieren können – und sie wären marschiert.

Jetzt ist das Bild ein ganz anderes.

Hinter uns ist die Mehrheit der *Klasse*, der Avantgarde der Revolution, der Avantgarde des Volkes, die fähig ist, die Massen mitzureißen.

Hinter uns ist die *Mehrheit* des Volkes, denn der Rücktritt Tschernows ist das zwar bei weitem nicht einzige, aber sichtbarste, anschaulichste Zeichen dafür, daß die Bauernschaft vom Block der Sozialrevolutionäre (und von den Sozialrevolutionären selber) *den Boden nicht bekommen* wird. Das aber ist der Kernpunkt, der der Revolution den Charakter einer allgemeinen Volksrevolution verleiht.

Wir sind in der vorteilhaften Lage einer Partei, die inmitten unerhörter Schwankungen sowohl des *gesamten Imperialismus* als auch des ganzen Blocks der Menschewiki und Sozialrevolutionäre ihren Weg genau kennt.

Der Sieg ist uns sicher, denn das Volk ist am Rande der Verzweiflung, wir aber weisen dem ganzen Volk den sicheren Ausweg: „in den Kornilowtagen" haben wir dem ganzen Volk gezeigt, was unsere Führung bedeutet, und dann haben wir den Blockisten einen Kompromiß *vorgeschlagen*, den *diese ablehnten*, wobei sie keineswegs aufhörten zu schwanken.

Es wäre ein großer Fehler, zu glauben, daß unser Kompromißvorschlag *noch* nicht abgelehnt sei, daß die Demokratische Beratung ihn *noch* akzeptieren könne. Den Kompromißvorschlag machte *die Partei den Parteien.* Anders konnte er nicht gemacht werden. Die *Parteien* haben ihn abgelehnt. Die Demokratische Beratung ist nur eine *Beratung,* sonst nichts. Man darf eines nicht vergessen: die *Mehrheit* des revolutionären Volkes, die arme und erbitterte Bauernschaft, ist dort nicht vertreten. Es ist das eine Beratung der *Minderheit des Volkes* – man darf diese offenkundige Wahrheit nicht vergessen. Es wäre ein großer Fehler, schlimmster parlamentarischer Kretinismus unserseits, in der Demokratischen Beratung ein Parlament sehen zu wollen, denn selbst *wenn* sie sich als permanentes und souveränes Parlament der Revolution proklamierte, so würde sie dennoch *nichts entscheiden*: die Entscheidung liegt *außerhalb der Demokratischen Beratung,* sie liegt in den Arbeitervierteln Petrograds und Moskaus.

Alle objektiven Voraussetzungen eines erfolgreichen Aufstands sind gegeben. Wir befinden uns in der außerordentlich günstigen Lage, daß *nur* unser Sieg im Aufstand den für das Volk so qualvollen Schwankungen, dieser unerträglichsten Sache in der Welt, ein Ende setzen wird; daß *nur* unser Sieg im Aufstand der Bauernschaft unverzüglich Boden geben wird; daß nur *unser* Sieg im Aufstand das Spiel mit dem Separatfrieden gegen die Revolution *vereiteln* wird, vereiteln durch das offene Angebot eines umfassenderen, gerechteren, baldigeren Friedens, eines Friedens *zum Nutzen* der Revolution.

Nur unsere Partei *kann* schließlich, nachdem sie im Aufstand gesiegt hat, Petrograd retten, denn wenn unser Friedensangebot abgelehnt wird und wir nicht einmal einen Waffenstillstand erhalten, dann werden *wir* zu „Vaterlandsverteidigern" werden, dann werden wir *an die Spitze der Kriegsparteien* treten, werden wir die *„kriegerischste"* aller Parteien sein, werden wir den Krieg wirklich revolutionär führen. Wir werden den Kapitalisten alles Brot und *alle* Stiefel wegnehmen. Wir werden ihnen nur die Rinden lassen, werden sie in Bastschuhe stecken. Wir werden alles Brot und alles Schuhwerk an die Front schicken.

Und wir werden dann Petrograd behaupten.

Die materiellen sowohl wie die moralischen Hilfsquellen für einen wirklich revolutionären Krieg sind in Rußland noch unermeßlich groß; die Chancen stehen neunundneunzig zu eins, daß die Deutschen uns zum

mindesten einen Waffenstillstand zugestehen werden. Jetzt aber einen Waffenstillstand erhalten heißt schon die *ganze Welt* besiegen.

*

Nachdem wir erkannt haben, daß der Aufstand der Arbeiter Petrograds und Moskaus absolut notwendig ist, um die Revolution zu retten, um Rußland vor der „separaten" Aufteilung durch die Imperialisten beider Koalitionen zu retten, müssen wir erstens unsere politische Taktik in der Beratung den Bedingungen des heranreifenden Aufstands anpassen; zweitens müssen wir beweisen, daß wir den Marxschen Gedanken, daß es gilt, den Aufstand als eine Kunst zu betrachten, nicht bloß in Worten anerkennen.

Wir müssen auf der Beratung unverzüglich eine feste Fraktion der Bolschewiki schaffen, ohne einer hohen Zahl nachzujagen und ohne uns davor zu fürchten, die Schwankenden im Lager der Schwankenden zu lassen: sie sind *dort* für die Sache der Revolution nützlicher als im Lager der entschlossenen und rückhaltlos ergebenen Kämpfer.

Wir müssen eine kurze Deklaration der Bolschewiki abfassen, in der wir aufs schärfste betonen, daß lange Reden, daß „Reden" überhaupt unangebracht sind, daß eine sofortige Aktion zur Rettung der Revolution notwendig ist, daß der völlige Bruch mit der Bourgeoisie absolut notwendig ist, daß die ganze jetzige Regierung ausnahmslos abgesetzt werden muß, daß mit den englisch-französischen Imperialisten, die die „separate" Aufteilung Rußlands vorbereiten, völlig gebrochen werden muß, daß die gesamte Macht sofort in die Hände der *vom revolutionären Proletariat geführten revolutionären Demokratie* übergehen muß.

Unsere Deklaration muß die kürzeste und schärfste Formulierung *dieser* Schlußfolgerung sein, verbunden mit den Programmpunkten: Friede den Völkern, Land den Bauern, Konfiskation der skandalösen Profite und Zügelung der skandalösen Sabotage der Produktion durch die Kapitalisten.

Je kürzer, je schärfer die Deklaration sein wird, desto besser. In ihr muß man nur noch zwei äußerst wichtige Punkte klar hervorheben: Das Volk ist der Schwankungen müde, die Unentschlossenheit der Sozialrevolutionäre und Menschewiki hat die Geduld des Volkes erschöpft; wir

brechen endgültig mit diesen *Parteien*, denn sie haben die Revolution verraten.

Und der andere Punkt: Das sofortige Angebot eines Friedens ohne Annexionen, der sofortige Bruch mit den alliierten Imperialisten und mit allen Imperialisten bringt uns sofort entweder den Waffenstillstand, oder das ganze revolutionäre Proletariat geht zum Standpunkt der Vaterlandsverteidigung über, und die revolutionäre Demokratie wird unter seiner Führung einen wirklich gerechten, einen wirklich revolutionären Krieg führen.

Nachdem wir diese Deklaration verlesen, nachdem wir aufgerufen haben werden, sich zu *entscheiden* und nicht zu reden, zu *handeln* und nicht Resolutionen zu schreiben, müssen wir unsere ganze Fraktion *in die Betriebe und Kasernen schicken*: dort ist ihr Platz, dort ist der Lebensnerv, dort ist der rettende Quell der Revolution, dort ist die treibende Kraft der Demokratischen Beratung.

Dort müssen wir in glühenden, leidenschaftlichen Reden unser Programm auseinandersetzen und die Frage stellen: entweder *restlose* Annahme dieses Programms durch die Beratung oder Aufstand. Einen Mittelweg gibt es nicht. Warten darf man nicht. Die Revolution geht zugrunde.

Wenn wir die Frage so stellen und die ganze Fraktion in den Betrieben und Kasernen konzentrieren, *werden wir den Zeitpunkt für den Beginn des Aufstands richtig bestimmen.*

Um aber an den Aufstand marxistisch heranzugehen, d. h. ihn als eine Kunst zu betrachten, müssen wir zugleich, ohne eine Minute zu verlieren, einen *Stab* der aufständischen Abteilungen organisieren, die Kräfte verteilen, die zuverlässigen Regimenter an den wichtigsten Punkten einsetzen, das Alexandra-Theater umzingeln, die Peter-Pauls-Festung besetzen, den Generalstab und die Regierung verhaften, den Offiziersschülern und der Wilden Division Truppen entgegenschicken, die eher bereit sind zu sterben als den Feind in die Zentren der Stadt vordringen zu lassen; wir müssen die bewaffneten Arbeiter mobilisieren, sie zum letzten, erbittertsten Gefecht aufrufen, müssen schlagartig das Telegrafenamt und die Telefonzentrale besetzen, *unseren* Aufstandsstab bei der Telefonzentrale unterbringen, mit ihm alle Fabriken, alle Regimenter, alle Punkte des bewaffneten Kampfes usw. telefonisch verbinden.

Das alles natürlich beispielsweise, nur als *Illustration* dafür, daß man im gegenwärtigen Augenblick dem Marxismus, der Revolution nicht treu bleiben kann, *wenn man nicht den Aufstand als eine Kunst betrachtet.*

N. Lenin

Geschrieben am 13./14. (26./27.) September 1917.

Zuerst veröffentlicht 1921 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 2.

Nach dem Text der Zeitschrift, verglichen mit einer maschinegeschriebenen Abschrift.

DIE RUSSISCHE REVOLUTION UND DER BÜRGERKRIEG

Man schreckt mit dem Bürgerkrieg

Erschrocken darüber, daß die Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Koalition mit den Kadetten abgelehnt haben[5], daß die Demokratie am Ende sehr gut auch ohne die Kadetten eine Regierung bilden und Rußland gegen sie regieren könnte, versucht die Bourgeoisie mit allen Kräften, der Demokratie Angst zu machen.

Tüchtig Angst machen! – das ist die Losung der ganzen bürgerlichen Presse. Angst machen mit allen Kräften! Lügen, verleumden, aber Angst machen!

Die „Birshowka"[6] schreckt mit erfundenen Nachrichten über bolschewistische Aktionen. Man schreckt mit Gerüchten über den Rücktritt Alexejews und über die Gefahr eines deutschen Durchbruchs nach Petrograd, als hätten die Tatsachen nicht bewiesen, daß gerade die Kornilowgenerale (zu denen zweifellos auch Alexejew gehört) fähig sind, den Deutschen die Front in Galizien wie auch vor Riga und vor Petrograd zu öffnen, daß vor allem gerade die Kornilowgenerale den Haß der Armee gegen das Hauptquartier wecken.

Diese Methode, die Demokratie einzuschüchtern, versucht man durch den Hinweis auf die Gefahr eines „Bürgerkriegs" „solider" und überzeugender zu gestalten. Von allen Formen der Einschüchterung ist wohl das Schrecken mit dem Bürgerkrieg die am meisten verbreitete. Das Komitee der Partei der Volksfreiheit in Rostow am Don hat in seiner Resolution vom 1. September (Nr. 210 der „Retsch"[7]) diesen landläufigen, in Spießerkreisen so verbreiteten Gedanken wie folgt formuliert:

„Das Komitee ist überzeugt, daß ein Bürgerkrieg alle Errungenschaften der Revolution hinwegfegen und unsere junge, noch nicht erstarkte Freiheit in

Strömen von Blut ertränken kann, und glaubt darum, daß im Interesse der Wahrung der revolutionären Errungenschaften gegen eine durch unerfüllbare sozialistische Utopien diktierte Vertiefung der Revolution energisch Protest erhoben werden muß . . ."

Hier ist in äußerst klarer, präziser, wohldurchdachter und ausführlicher Form der Grundgedanke zum Ausdruck gebracht, der sich in den Leitartikeln der „Retsch", in den Artikeln Plechanows und Potressows, in den Leitartikeln der menschewistischen Blätter usw. usf. unzählige Male findet. Es wird darum nicht ohne Nutzen sein, bei diesem Gedanken etwas länger zu verweilen.

Versuchen wir, die Frage des Bürgerkriegs auf Grund auch der bereits erworbenen halbjährigen Erfahrungen unserer Revolution konkreter zu untersuchen.

Diese Erfahrungen zeigen uns, in vollem Einklang mit den Erfahrungen aller europäischen Revolutionen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, daß der Bürgerkrieg die schärfste Form des Klassenkampfes ist, wobei sich eine Reihe wirtschaftlicher und politischer Zusammenstöße und Schlachten wiederholt, häuft, erweitert und verschärft, bis sich diese Zusammenstöße in den bewaffneten Kampf der einen Klasse gegen die andere verwandeln. Am häufigsten, ja man kann sagen fast ausschließlich, kommt es dabei in einigermaßen freien und fortgeschrittenen Ländern zwischen jenen Klassen zum Bürgerkrieg, deren Gegensätze durch die ganze ökonomische Entwicklung des Kapitalismus, durch die ganze Geschichte der modernen Gesellschaft in der ganzen Welt geschaffen und vertieft werden: zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

So haben wir auch in dem vergangenen Halbjahr unserer Revolution am 20.–21. April und 3.–4. Juli sehr heftige spontane Ausbrüche erlebt, die der Eröffnung des Bürgerkriegs durch das Proletariat sehr nahekamen. Der Kornilowaufstand wiederum stellte eine von den Gutsbesitzern und Kapitalisten mit der Partei der Kadetten an ihrer Spitze unterstützte militärische Verschwörung dar, die bereits zur faktischen Eröffnung des Bürgerkriegs von seiten der Bourgeoisie führte.

Dies sind die Tatsachen, dies ist die Geschichte unserer eigenen Revolution. Vor allem aus dieser Geschichte müssen wir lernen, vor allem über ihren Verlauf und ihre Klassenbedeutung müssen wir nachdenken.

Versuchen wir, die Ansätze des Bürgerkriegs des Proletariats mit den

Ansätzen des Bürgerkriegs der Bourgeoisie in Rußland zu vergleichen vom Standpunkt: 1. der Spontaneität der Bewegung, 2. ihrer Ziele, 3. des Bewußtseinsgrades der an der Bewegung beteiligten Massen, 4. der Stärke der Bewegung, 5. ihrer Standhaftigkeit. Wir sind der Meinung, daß der Bewußtseinsgrad der ganzen russischen Revolution sehr, sehr viel gewinnen würde, wenn alle Parteien, die jetzt fortwährend mit dem Worte „Bürgerkrieg" um sich werfen, die Frage auf diese Weise stellten und versuchten, die Ansätze zum Bürgerkrieg an Hand der Tatsachen zu untersuchen.

Beginnen wir mit der Spontaneität der Bewegung. Was den 3.–4. Juli anbelangt, so stehen uns die Aussagen solcher Zeugen zur Verfügung wie die menschewistische „Rabotschaja Gaseta"[8] und das sozialrevolutionäre „Delo Naroda"[9], die die *Tatsache* des spontanen Anwachsens der Bewegung zugegeben haben. Diese Aussagen habe ich in einem Artikel im „Proletarskoje Delo"[10] angeführt, der unter dem Titel „Antwort an die Verleumder"* als besondere Flugschrift erschienen ist. Trotzdem stellen die Menschewiki und Sozialrevolutionäre aus durchaus begreiflichen Gründen – um sich und ihre Beteiligung an der Verfolgung der Bolschewiki zu rechtfertigen – offiziell nach wie vor die Spontaneität des Ausbruchs vom 3.–4. Juli in Abrede.

Lassen wir zunächst das Strittige beiseite. Befassen wir uns mit dem Unstrittigen. Die Spontaneität der Bewegung vom 20. und 21. April wird von niemand bestritten. Dieser spontanen Bewegung schloß sich die Partei der Bolschewiki mit der Losung an: „Alle Macht den Sowjets", ihr schloß sich, ganz unabhängig von der Partei, der verstorbene Linde an, der 30 000 bewaffnete Soldaten auf die Straße führte, die bereit waren, die Regierung zu verhaften. (Übrigens ist, nebenbei gesagt, diese Tatsache nicht untersucht und nicht analysiert worden. Denkt man aber darüber nach und stellt den 20. April in den historischen Zusammenhang der Ereignisse, d. h. betrachtet man ihn als Glied einer Kette, die sich vom 28. Februar bis zum 29. August hinzieht, so wird es klar, daß die Schuld und der Fehler der Bolschewiki darin bestanden, daß ihre Taktik *nicht genügend* revolutionär war, nicht aber darin, daß diese übermäßig revolutionär war, wie uns von den Spießern vorgeworfen wird.)

Die Spontaneität der Bewegung, die der Eröffnung des Bürgerkriegs

* Siehe Werke, Bd. 25, S. 209–220. *Die Red.*

durch das Proletariat nahekam, ist also nicht zu bezweifeln. Dagegen gibt es beim Kornilowputsch nichts, was auch nur entfernt an Spontaneität erinnerte: hier handelt es sich nur um eine Verschwörung von Generalen, die darauf rechneten, durch Täuschung und durch die Befehlsgewalt einen Teil der Truppen mit sich zu reißen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Spontaneität einer Bewegung ein Zeichen dafür ist, daß sie tiefe und feste Wurzeln in den Massen hat und nicht auszumerzen ist. Vom Gesichtspunkt der Spontaneität der Bewegung aus beweisen also die Tatsachen, daß die proletarische Revolution festen Boden, die bürgerliche Konterrevolution dagegen keinen Boden hat.

Betrachten wir die Ziele der Bewegung. Der 20.–21. April kam sehr nahe an die bolschewistischen Losungen heran. Der 3.–4. Juli aber reifte geradezu im Zusammenhang mit diesen Losungen, unter ihrem Einfluß und ihrer Führung. Die Partei der Bolschewiki sprach ganz unverhüllt, bestimmt, klar, unzweideutig und in aller Öffentlichkeit sowohl in ihren Zeitungen wie in ihrer mündlichen Agitation von der Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft, vom Frieden und vom sofortigen Friedensangebot, von der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien – von diesen wichtigsten *Zielen* des proletarischen Bürgerkriegs.

Was die Ziele des Kornilowputsches betrifft, so wissen wir alle, und es stellt auch unter den Demokraten niemand in Abrede, daß diese Ziele in der Diktatur der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie, in der Auseinanderjagung der Sowjets, in der Vorbereitung einer monarchistischen Restauration bestanden. Die Partei der Kadetten, diese Hauptpartei der Kornilowleute (man sollte sie übrigens von jetzt an auch Kornilowpartei nennen), die über eine größere Presse und über größere agitatorische Kräfte verfügt als die Bolschewiki, hat es niemals gewagt und wird es niemals wagen, vor dem Volk offen von einer Diktatur der Bourgeoisie, einer Auseinanderjagung der Sowjets oder von den Zielen der Kornilowleute überhaupt zu sprechen!

Vom Gesichtspunkt der Ziele der Bewegung aus beweisen die Tatsachen, daß der proletarische Bürgerkrieg mit einer offenen Darlegung seiner Endziele vor das Volk treten kann und sich dadurch die Sympathien der Werktätigen erwirbt, während der Bürgerkrieg der Bourgeoisie nur durch die Verheimlichung seiner Ziele versuchen kann, einen Teil der

Massen zu gewinnen; daher der gewaltige Unterschied in der Frage des Bewußtseinsgrades der Massen.

Objektive Angaben über diese Frage gibt es, wie es scheint, ausschließlich im Zusammenhang mit der Parteizugehörigkeit und den Wahlen. Andere Tatsachen, die ein genaues Urteil über den Bewußtseinsgrad der Massen erlauben, scheint es nicht zu geben. Daß die proletarisch-revolutionäre Bewegung unter der Führung der Partei der Bolschewiki und die bürgerliche konterrevolutionäre unter der Führung der Partei der Kadetten steht, ist klar und kann nach den halbjährigen Erfahrungen der Revolution schwerlich bestritten werden. Zur Klarstellung der betrachteten Frage könnte man an Hand der Tatsachen drei Vergleiche anstellen. Eine Gegenüberstellung der Petrograder Wahlen zu den Bezirksdumas im Mai und zur zentralen Duma im August ergibt eine Verminderung der Kadettenstimmen und ein ungeheures Anwachsen der bolschewistischen Stimmen. Die Presse der Kadetten gibt zu, daß in der Regel dort, wo beträchtliche Massen von Arbeitern oder Soldaten beisammen sind, auch die Stärke des Bolschewismus liegt.

Ferner kann das bewußte Mitwirken der *Massen* in der Partei angesichts des Fehlens jeder Statistik über die Mitgliederbewegung, den Versammlungsbesuch usw. nur an Hand solcher Tatsachen wie die veröffentlichten Angaben über Geldsammlungen für die Partei beurteilt werden. Diese Angaben zeigen den gewaltigen Massenheroismus der bolschewistischen Arbeiter bei der Sammlung von Geldmitteln für die „Prawda"[11], für die verbotenen Zeitungen usw. Die Berichte über die Sammlungen sind stets veröffentlicht worden. Bei den Kadetten sehen wir nichts dergleichen: ihre Parteiarbeit wird, das liegt auf der Hand, durch Beiträge der Reichen „genährt". Es gibt auch nicht die Spur einer aktiven Unterstützung durch die Massen.

Schließlich zeigt uns ein Vergleich der Bewegungen des 20.–21. April und des 3.–4. Juli einerseits mit dem Kornilowputsch anderseits, daß die Bolschewiki die Massen offen auf ihre Feinde im Bürgerkrieg, das heißt auf die Bourgeoisie, die Gutsbesitzer und Kapitalisten, hinweisen. Der Kornilowputsch hat bereits gezeigt, daß die Truppen, die Kornilow Gefolgschaft leisteten, *direkt betrogen* worden sind, wobei dieser Betrug schon bei der ersten Begegnung der „Wilden Division" und der Kornilowschen Truppentransporte mit den Petrogradern offenkundig wurde.

Weiter. Welche Belege gibt es für die *Stärke* des Proletariats und der Bourgeoisie im Bürgerkrieg? Die Stärke der Bolschewiki liegt allein in der Zahl der Proletarier, in ihrem Klassenbewußtsein, in den Sympathien der sozialrevolutionären und menschewistischen „unteren Schichten" (d. h. der Arbeiter und armen Bauern) für die bolschewistischen Losungen. Daß faktisch gerade diese Losungen die *Mehrheit* der aktiven revolutionären Massen in Petrograd am 20.–21. April, am 18. Juni und am 3.–4. Juli mit sich rissen, ist eine Tatsache.

Dabei bestätigt ein Vergleich der Angaben über die „Parlaments"-wahlen mit den Angaben über die genannten Massenbewegungen in bezug auf Rußland vollkommen die im Westen oft beobachtete Tatsache, daß die *Stärke* des revolutionären Proletariats vom Gesichtspunkt der Einwirkung *auf die Massen* und ihrer Mobilisierung für den Kampf im *außerparlamentarischen* Kampf unvergleichlich *größer* ist als im parlamentarischen. Das ist eine für die Frage des Bürgerkriegs sehr wichtige Beobachtung.

Es ist begreiflich, warum alle Bedingungen und alle Umstände des parlamentarischen Kampfes und der Wahlen die Stärke der unterdrückten Klassen kleiner erscheinen lassen als die Kraft, die diese im Bürgerkrieg tatsächlich entfalten können.

Die Stärke der Kadetten und der Kornilowclique liegt in der Kraft des *Reichtums*. Daß das englisch-französische Kapital und der Imperialismus *für* die Kadetten und *für* die Kornilowleute sind, beweisen eine lange Reihe politischer Aktionen und die Presse. Es ist allgemein bekannt, daß die ganze „Rechte" der Moskauer Beratung[12] vom 12. August hemmungslos für Kornilow und Kaledin eintrat. Es ist allgemein bekannt, wie die französische und die englische bürgerliche Presse Kornilow „unterstützte". Es gibt Anzeichen dafür, daß er von den *Banken* unterstützt wurde.

Die ganze Macht des Reichtums stand hinter Kornilow, doch welch rascher und jämmerlicher Zusammenbruch! Außer den Reichen sind bei den Kornilowleuten nur zweierlei gesellschaftliche Kräfte zu finden: die „Wilde Division" und die Kosaken. Im ersten Fall handelt es sich *nur* um die Macht der Unwissenheit und des Betrugs. Diese Macht ist um so gefährlicher, je mehr die Presse in den Händen der Bourgeoisie bleibt. Nach dem Sieg im Bürgerkrieg würde das Proletariat *diese* „Kraft"quelle sofort und radikal unterbinden.

Was die Kosaken betrifft, so haben wir es hier mit einer aus reichen, kleinen oder mittleren Grundbesitzern (der durchschnittliche Grundbesitz beträgt etwa 50 Desjatinen) bestehenden Bevölkerungsschicht eines der Randgebiete Rußlands zu tun, die in ihrem Leben, ihrer Wirtschaftsweise und ihren Sitten besonders viel mittelalterliche Züge bewahrt hat. Man kann hierin die sozialökonomische Basis einer russischen Vendée sehen. Was haben aber die *Tatsachen* der Kornilow-Kaledin-Bewegung gezeigt? Sogar Kaledin, der von den Gutschkow, Miljukow, Rjabuschinski und Co. unterstützte „geliebte Führer", hat eine Massenbewegung *dennoch nicht auszulösen vermocht!!* Kaledin steuerte viel „direkter", viel geradliniger auf den Bürgerkrieg zu als die Bolschewiki. Kaledin zog aus, „den Don zu wecken". Und doch hat Kaledin in „seinem" Gebiet, in dem von der gesamtrussischen Demokratie isolierten Kosakengebiet, keine Massenbewegung entfacht! Dagegen sehen wir spontane Ausbrüche der Bewegung des Proletariats im Zentrum des Einflusses und der Kraft der antibolschewistischen gesamtrussischen Demokratie.

Es gibt keine objektiven Unterlagen für die Stellung der verschiedenen Schichten und der verschiedenen wirtschaftlichen Gruppen der Kosaken zur Demokratie und zum Kornilowputsch. Es gibt nur Anzeichen, daß die Mehrheit der armen und mittleren Kosaken mehr zur Demokratie hinneigt und nur die Offiziere mitsamt den Spitzen der wohlhabenden Kosaken unbedingte Anhänger Kornilows sind.

Wie dem auch sei, nach den Erfahrungen des 26. bis 31. August kann als historisch bewiesen gelten, daß die kosakische Massenbewegung zugunsten der bürgerlichen Konterrevolution äußerst schwach ist.

Es bleibt die letzte Frage: die *Standhaftigkeit* der Bewegung. Was die bolschewistische, proletarisch-revolutionäre Bewegung betrifft, so haben wir die bewiesene Tatsache, daß der Kampf gegen den Bolschewismus während des halbjährigen Bestehens der Republik in Rußland sowohl ideologisch geführt wurde, bei *ungeheurem* Übergewicht der Presseorgane und der agitatorischen Kräfte auf seiten der Gegner des Bolschewismus (wobei man sehr „kühn" den Verleumdungsfeldzug zum „ideologischen" Kampf zählt), als auch *durch Repressalien*: Hunderte wurden verhaftet, die zentrale Druckerei zerstört, das Zentralorgan und eine Reihe anderer Zeitungen verboten. Das Ergebnis beweisen die Tatsachen: die ungeheure Stärkung des Bolschewismus bei den Augustwahlen in

Petrograd, ferner die Stärkung der sich dem Bolschewismus nähernden internationalistischen und „linken" Strömungen in der sozialrevolutionären und der menschewistischen Partei. Die Standhaftigkeit der proletarisch-revolutionären Bewegung im republikanischen Rußland ist also sehr groß. Die Tatsachen zeigen, daß die vereinten Anstrengungen der Kadetten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki diese Bewegung *nicht* im geringsten zu schwächen *vermochten*. Im Gegenteil, gerade die Koalition der Kornilowleute mit der „Demokratie" hat den Bolschewismus *gestärkt*. Außer der ideologischen Einwirkung *und* den Repressalien kann es keine anderen Kampfmittel gegen die proletarisch-revolutionäre Strömung geben.

Was die Standhaftigkeit der kadettisch-kornilowschen Bewegung betrifft, so fehlen uns vorläufig Unterlagen. Verfolgungen waren die Kadetten überhaupt nicht ausgesetzt. Sogar Gutschkow wurde freigelassen, nicht einmal Maklakow und Miljukow wurden verhaftet. Nicht einmal die „Retsch" wurde verboten. Die Kadetten werden geschont. Die Regierung Kerenski macht den Kornilowkadetten *den Hof*. Und wenn man die Frage so stellte: Nehmen wir an, die englisch-französischen und die russischen Rjabuschinski stiften den Kadetten, dem „Jedinstwo"[13], dem „Den"[14] usw. weitere Millionen und aber Millionen für eine neue Wahlkampagne in Petrograd – wäre es wahrscheinlich, daß die Zahl ihrer Stimmen sich jetzt, nach dem Kornilowputsch, vergrößern würde? Nach den Versammlungen usw. zu urteilen wird man diese Frage wohl negativ beantworten müssen ...

*

Fassen wir die Ergebnisse unseres Tatsachenvergleichs aus der Geschichte der russischen Revolution zusammen, so kommen wir zu dem Schluß, daß die Eröffnung des Bürgerkriegs durch das Proletariat die Kraft, die Bewußtheit, die Bodenständigkeit, das Wachstum und die Standhaftigkeit der Bewegung offenbart hat. Die Eröffnung des Bürgerkriegs durch die Bourgeoisie offenbarte keinerlei Kraft, keinerlei Bewußtheit von Massen, keinerlei Bodenständigkeit, keinerlei Aussichten auf einen Sieg.

Das Bündnis der Kadetten mit den Sozialrevolutionären und Menschewiki gegen die Bolschewiki, d. h. gegen das revolutionäre Proletariat, ist

mehrere Monate hindurch in der Praxis erprobt worden, und dieses Bündnis der sich vorübergehend im Hintergrund haltenden Kornilowleute mit der „Demokratie" hat in der Praxis nicht zur Schwächung, sondern zur Stärkung der Bolschewiki, zum Zusammenbruch der „Koalition", zur Stärkung der „linken" Opposition auch bei den Menschewiki geführt.

Ein Bündnis der Bolschewiki mit den Sozialrevolutionären und Menschewiki gegen die Kadetten, gegen die Bourgeoisie *ist noch nicht erprobt.* Oder, um es genauer zu sagen, ein solches Bündnis ist nur *an einer Front erprobt worden,* nur in den *fünf Tagen* vom 26. bis 31. August, in der Zeit des Kornilowputsches. In dieser Zeit ergab dieses Bündnis einen völligen Sieg über die Konterrevolution, der mit einer Leichtigkeit errungen wurde wie bisher in keiner Revolution, es ergab eine so vernichtende Niederlage der Konterrevolution der Bourgeoisie, der Gutsbesitzer und Kapitalisten, der alliierten Imperialisten und der Kadetten, daß der Bürgerkrieg *von dieser Seite her* zusammenbrach, sich gleich am Anfang in nichts auflöste und zerfiel, noch ehe es zu irgendeinem „Gefecht" hätte kommen können.

Und angesichts dieser geschichtlichen Tatsache schreit die ganze bürgerliche Presse mit allen ihren Nachbetern (den Plechanow, Potressow, Breschko-Breschkowskaja usw.) aus allen Kräften, daß gerade ein Bündnis der Bolschewiki mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären die Schrecken eines Bürgerkriegs „heraufbeschwöre"! . . .

Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Traurig ist, daß eine solche offenkundige, augenscheinliche, himmelschreiende Absurdität, eine solche Verhöhnung der Tatsachen, der ganzen Geschichte unserer Revolution überhaupt Zuhörer finden kann . . . Es beweist die noch immer kolossale Verbreitung der bürgerlich eigennützigen Lüge (was unvermeidlich ist, solange die Presse von der Bourgeoisie monopolisiert ist), einer Lüge, die die am wenigsten zu bezweifelnden, greifbaren und unstrittigen Lehren der Revolution überwuchert und übertönt.

Wenn es eine absolut unstrittige, durch die Tatsachen restlos bewiesene Lehre der Revolution gibt, so nur die, daß einzig und allein ein Bündnis der Bolschewiki mit den Sozialrevolutionären und Menschewiki, einzig und allein der sofortige Übergang der ganzen Macht in die Hände der Sowjets einen Bürgerkrieg in Rußland unmöglich machen würde. Denn gegen ein solches Bündnis, gegen die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-

und Bauerndeputierten ist kein von der Bourgeoisie eröffneter Bürgerkrieg denkbar, ein solcher „Krieg" würde es nicht einmal bis zur ersten Schlacht bringen, die Bourgeoisie würde *ein zweitesmal*, nach dem Kornilowputsch, nicht einmal eine „Wilde Division", nicht einmal die frühere Anzahl von Kosakenabteilungen finden, die sie gegen die Sowjetregierung werfen könnte!

Die friedliche Entwicklung einer jeden Revolution ist an und für sich eine außerordentlich seltene und schwierige Sache, denn die Revolution ist die äußerste Zuspitzung der schärfsten Klassengegensätze, aber in einem Bauernland, in dem das Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft den durch einen zutiefst ungerechten und verbrecherischen Krieg gequälten Massen den *Frieden* und den Bauern den ganzen *Boden* geben *kann*, in einem solchen Lande, in einem so einzigartigen geschichtlichen Augenblick ist die friedliche Entwicklung der Revolution, wenn die ganze Macht an die Sowjets übergeht, *möglich* und *wahrscheinlich*. Innerhalb der Sowjets kann der Machtkampf der Parteien friedlich verlaufen, wenn die Sowjets voll und ganz demokratisch sind, wenn sie auf solche „kleine Diebereien", auf solchen „Diebstahl" an den demokratischen Prinzipien verzichten, wie die Gewährung eines Vertreters auf je fünfhundert Wähler bei den Soldaten, aber auf je tausend bei den Arbeitern. In der demokratischen Republik sind solche kleine Diebereien zum Aussterben verurteilt.

Gegen die Sowjets, die allen Boden ohne Ablösung den Bauern übergeben und allen Völkern einen gerechten Frieden anbieten, gegen diese Sowjets ist jedwedes Bündnis der englisch-französischen und der russischen Bourgeoisie, der Kornilow, Buchanan und Rjabuschinski, der Miljukow, Plechanow und Potressow völlig ungefährlich, völlig ohnmächtig.

Der Widerstand der Bourgeoisie gegen die entschädigungslose Übergabe des Bodens an die Bauern, gegen ebensolche Umgestaltungen auf anderen Lebensgebieten, gegen einen gerechten Frieden und den Bruch mit dem Imperialismus ist selbstverständlich unvermeidlich. Aber damit dieser Widerstand sich bis zum Bürgerkrieg steigere, bedarf es irgendwelcher *Massen*, die fähig sind zu *kämpfen* und die Sowjets zu besiegen. Über solche Massen aber verfügt die Bourgeoisie *nicht*, und sie wird sie nirgendwo hernehmen können. Je früher und je entschlossener die Sowjets die ganze Macht ergreifen, um so rascher werden sich sowohl die

„Wilden Divisionen" als auch die Kosaken spalten, spalten in eine verschwindende Minderheit überzeugter Kornilowleute und eine überwältigende Mehrheit von Anhängern eines demokratischen und *sozialistischen* (denn gerade vom Sozialismus wird dann die Rede sein) Bündnisses zwischen den Arbeitern und Bauern.

Übernehmen die Sowjets die Macht, so wird der Widerstand der Bourgeoisie dazu führen, daß *jeder* Kapitalist von *Dutzenden und Hunderten* Arbeitern und Bauern „beaufsichtigt", überwacht, kontrolliert und registriert wird, deren eigenste Interessen den Kampf gegen die Irreführung des Volkes durch die Kapitalisten erfordern. Die Formen und Methoden dieser Registrierung und Kontrolle sind gerade durch den Kapitalismus ausgearbeitet und vereinfacht worden, gerade durch solche Schöpfungen des Kapitalismus wie die Banken, Großbetriebe, Syndikate, Eisenbahnen, die Post, die Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften. Die Sowjets werden sich völlig damit begnügen können, die Kapitalisten, die sich einer genauen Kontrolle entziehen oder das Volk betrügen, mit der Konfiskation ihres gesamten Vermögens und kurzfristiger Haft zu bestrafen, um auf diesem unblutigen Wege jeden Widerstand der Bourgeoisie zu brechen. Denn gerade durch die Banken, wenn diese nationalisiert sind, gerade durch die Angestelltenverbände, durch die Post, die Konsumgenossenschaften und die Gewerkschaften wird die Kontrolle und Registrierung allumfassend, allmächtig, allgegenwärtig und unüberwindbar werden.

Und die russischen Sowjets, das Bündnis der russischen Arbeiter und armen Bauern, machen ihre *Schritte zum* Sozialismus nicht allein. Wären wir allein, so würden wir diese Aufgabe nicht vollenden und friedlich bewältigen können, denn diese Aufgabe ist ihrem Wesen nach international. Aber wir verfügen über eine ungeheure Reserve, über die Armee der fortgeschritteneren Arbeiter der anderen Länder, in denen der Bruch Rußlands mit dem Imperialismus und dem imperialistischen Krieg die dort heranreifende sozialistische Arbeiterrevolution unvermeidlich beschleunigen wird.

*

Man spricht von den „Strömen von Blut" im Bürgerkrieg. Das steht in der oben angeführten Resolution der Kornilowkadetten. Diese Phrase wiederholen in tausend Tonarten alle Bourgeois und alle Opportunisten.

Alle klassenbewußten Arbeiter lachen darüber und werden darüber lachen, nach dem Kornilowputsch können sie gar nicht anders.

Aber die Frage der „Ströme von Blut" kann und muß in der Kriegszeit, in der wir leben, auf dem Boden einer ungefähren Berechnung der Kräfte, einer Abschätzung der Folgen und Ergebnisse gestellt werden, man muß sie ernst nehmen, nicht als hohle, landläufige Phrase, nicht nur allein als Heuchelei der Kadetten, die ihrerseits *alles dafür* getan haben, es Kornilow zu ermöglichen, um der Wiederaufrichtung der Diktatur der Bourgeoisie, der Macht der Gutsbesitzer und der Monarchie willen, Rußland mit „Strömen von Blut" zu überschwemmen.

„Ströme von Blut", sagt man uns. Betrachten wir *auch diese* Seite der Frage.

Nehmen wir an, daß die Menschewiki und Sozialrevolutionäre weiterhin schwanken, die Macht den Sowjets *nicht* übergeben, Kerenski *nicht* stürzen, das alte, faule Kompromiß mit der Bourgeoisie in klein wenig veränderter Form erneuern (an Stelle der Kadetten z. B. „parteilose" *Kornilowleute*), den Staatsapparat nicht durch einen Sowjetapparat ersetzen, kein Friedensangebot machen, mit dem Imperialismus nicht brechen, das Land der Gutsbesitzer nicht konfiszieren. Nehmen wir an, daß die gegenwärtigen Schwankungen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki zu einem solchen Ergebnis führen, nehmen wir ein solches Ergebnis des „12. September" an.

Die Erfahrungen unserer eigenen Revolution sprechen mit aller Deutlichkeit dafür, daß die Folge die weitere Schwächung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, ihre weitere Loslösung von den Massen, eine unerhörte Steigerung der Empörung und der Wut der Massen, eine gewaltige Stärkung der Sympathien für das revolutionäre Proletariat, für die Bolschewiki wäre.

Das hauptstädtische Proletariat stünde dann der Kommune, dem proletarischen Aufstand, der Machteroberung, dem Bürgerkrieg in seiner höheren und entschiedeneren Form noch näher als jetzt: ein solches Ergebnis muß nach den Erfahrungen des 20.–21. April und des 3.–4. Juli als geschichtlich unvermeidlich betrachtet werden.

„Ströme von Blut", schreien die Kadetten. Aber diese Ströme von Blut würden dem Proletariat und der armen Bauernschaft den Sieg bringen, und dieser Sieg würde mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 Prozent

den *Frieden* an die Stelle des imperialistischen Krieges setzen, *d. h.* das Leben von *Hunderttausenden* retten, die heute für die Aufteilung der Profite und der Eroberungen (Annexionen) der Kapitalisten ihr Blut vergießen. Hätte der 20.–21. April mit dem Übergang der ganzen Macht an die Sowjets geendet und innerhalb der Sowjets den Bolschewiki im Bündnis mit der armen Bauernschaft den Sieg gebracht, so hätte dies, selbst wenn es „Ströme von Blut" gekostet hätte, einer *halben Million* russischer Soldaten, die bestimmt in den Kämpfen des 18. Juni zugrunde gingen, das Leben gerettet.

So rechnet jeder klassenbewußte russische Arbeiter und Soldat, und so wird er rechnen, wenn er die überall erhobene Frage des Bürgerkriegs abwägt und beurteilt, und einen solchen Arbeiter und Soldaten, der manches erlebt und durchdacht hat, wird natürlich das Geschrei von den „Strömen von Blut" nicht schrecken, das die Leute, Parteien und Gruppen anheben, die das Leben *weiterer Millionen* russischer Soldaten für Konstantinopel, für Lwów, für Warschau, für den „Sieg über Deutschland" hinopfern wollen.

Keine „Ströme von Blut" im inneren Bürgerkrieg kann man auch nur annähernd mit den Blut*meeren* vergleichen, die die russischen Imperialisten nach dem 19. Juni vergossen haben (obwohl das durch die Übergabe der Macht an die Sowjets mit sehr großer Wahrscheinlichkeit hätte vermieden werden können).

Ihr Herren Miljukow, Potressow, Plechanow solltet in Kriegszeiten etwas vorsichtiger sein, wenn ihr *gegen* die „Ströme von Blut" im Bürgerkrieg argumentiert, denn die Soldaten kennen und sahen *Meere* von Blut.

Die internationale Lage der russischen Revolution ist heute, im Jahre 1917, im vierten Jahr eines unerhört schweren, für die Völker überaus qualvollen, verbrecherischen Krieges, so, daß ein gerechtes Friedensangebot des im Bürgerkrieg siegreichen russischen Proletariats 99 Prozent Wahrscheinlichkeit bietet, zum Waffenstillstand und zum Frieden zu gelangen, *ohne neue Meere von Blut zu vergießen.*

Denn die Vereinigung des sich bekriegenden englisch-französischen und deutschen Imperialismus *gegen* die russische sozialistische proletarische Republik ist praktisch *unmöglich*, während die Vereinigung des englischen, japanischen und amerikanischen Imperialismus gegen uns im höchsten Grade schwer zu verwirklichen ist und schon dank der geo-

graphischen Lage Rußlands uns keineswegs gefährlich sein kann. Indessen ist das Vorhandensein revolutionärer und sozialistischer proletarischer Massen in *allen* europäischen Staaten eine Tatsache, das Heranreifen und die Unvermeidlichkeit der sozialistischen Weltrevolution unterliegen keinem Zweifel, und dieser Revolution ernstlich helfen kann man natürlich nicht durch Delegationen und nicht durch Stockholmer Konferenzspielereien mit den ausländischen Plechanow und Zereteli, sondern nur durch ein Vorwärtstreiben der russischen Revolution.

Die Bourgeois schreien, daß eine Niederlage der Kommune in Rußland, d. h. eine Niederlage des Proletariats, wenn dieses die Macht ergriffe, unvermeidlich sei.

Das ist ein verlogenes, durch Klasseneigennutz diktiertes Geschrei.

Hat das Proletariat Rußlands die Macht ergriffen, so hat es *alle* Aussichten, sie zu behaupten und Rußland bis zur siegreichen Revolution im Westen zu führen.

Denn erstens haben wir seit den Zeiten der Kommune viel hinzugelernt, wir würden ihre verhängnisvollen Fehler nicht wiederholen, wir würden die Banken nicht in den Händen der Bourgeoisie belassen, uns nicht auf die Abwehr unserer Versailler (d. h. der Kornilowleute) beschränken, sondern zur Offensive gegen sie übergehen und sie vernichten.

Zweitens wird das siegreiche Proletariat Rußland den Frieden bringen. Und nach allen Schrecken des mehr als drei Jahre währenden Völkermordens wird keine Macht der Erde die Regierung des *Friedens*, eines ehrlichen, aufrichtigen und gerechten Friedens, stürzen können.

Drittens wird das siegreiche Proletariat den Bauern sofort und ohne Ablösung Land geben. Und die erdrückende Mehrheit der gequälten, durch das „Spiel mit den Gutsbesitzern", das unsere Regierung, besonders die „Koalitions"regierung, besonders die Kerenskiregierung betreibt, aufgebrachten Bauernschaft wird das siegreiche Proletariat voll und ganz, vorbehaltlos und mit allen Kräften unterstützen.

Meine Herren Menschewiki und Sozialrevolutionäre, ihr redet in einem fort von den „heroischen Anstrengungen" des Volkes. Erst dieser Tage stieß ich wieder und wieder in einem Leitartikel eurer „Iswestija ZIK"[15] auf diese Phrase. Bei euch ist das *nur* eine Phrase. Aber die Arbeiter und Bauern, die das lesen, *denken* darüber nach, und jedes Nachdenken, bestärkt durch die Erfahrung des Kornilowputsches, durch die „Erfah-

rung" mit dem Ministerium Peschechonow, durch die „Erfahrungen" mit dem Ministerium Tschernow *und so weiter*, jedes Nachdenken führt unvermeidlich zu der Schlußfolgerung: Diese „heroische Anstrengung", das ist doch nichts anderes als das Vertrauen der armen Bauern zu den städtischen Arbeitern, ihren treuesten Verbündeten und Führern. Diese heroische Anstrengung, das ist nichts anderes als der Sieg des russischen Proletariats im Bürgerkrieg über die Bourgeoisie, denn nur ein solcher Sieg kann von den qualvollen Schwankungen erlösen, einen Ausweg schaffen, Land und Frieden geben.

Ist es möglich, das Bündnis der städtischen Arbeiter mit den armen Bauern durch eine sofortige Übergabe der Macht an die Sowjets zu verwirklichen, dann um so besser. Die Bolschewiki werden *alles* tun, damit diese *friedliche* Entwicklung der Revolution gesichert wird. Ohne das wird auch die Konstituierende Versammlung allein, für sich genommen, keine Rettung bringen, denn in ihr können ja die Sozialrevolutionäre ihr Vereinbarungs„spiel" mit den Kadetten, mit der Breschko-Breschkowskaja und mit Kerenski (worin sind sie besser als die Kadetten?) usw. usf. fortsetzen.

Wenn sogar die Erfahrung des Kornilowputsches die „Demokratie" nichts gelehrt hat und sie die verderbliche Politik der Schwankungen und des Paktierens fortsetzt, so werden wir sagen: Nichts untergräbt die proletarische Revolution so sehr wie diese Schwankungen. Schreckt uns also nicht, Herrschaften, mit dem Bürgerkrieg: er ist unvermeidlich, wenn ihr nicht sofort und restlos mit der Kornilowclique und mit der „Koalition" Schluß machen wollt – und dieser Krieg wird den Sieg über die Ausbeuter bringen, den Bauern das Land, den Völkern den Frieden geben und den sicheren Weg zur siegreichen Revolution des sozialistischen Weltproletariats bahnen.

Geschrieben in der ersten Septemberhälfte 1917.

Veröffentlicht am 29. (16.) September 1917 im „Rabotschi Put" (Weg des Arbeiters) Nr. 12. Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text des „Rabotschi Put".

HELDEN DER FÄLSCHUNG UND FEHLER DER BOLSCHEWIKI[16]

Die sogenannte Demokratische Beratung ist zu Ende. Noch eine Komödie ist, Gott sei Dank, überstanden. Wir kommen trotz allem vorwärts, wenn unserer Revolution im Buch des Schicksals nicht mehr als eine bestimmte Anzahl Komödien vorgezeichnet sind.

Um die politischen Ergebnisse der Beratung richtig beurteilen zu können, müssen wir uns bemühen, exakt ihre Klassenbedeutung festzustellen, wie sie sich aus den objektiven Tatsachen ergibt.

Die weitere Zersetzung der Regierungsparteien, der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki, der offenkundige Verlust ihrer Mehrheit in der revolutionären Demokratie, die fortschreitende Vereinigung und Selbstentlarvung des Bonapartismus, sowohl des Herrn Kerenski als auch der Herren Zereteli, Tschernow und Co. – das ist die Klassenbedeutung der Beratung.

Die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki haben die Mehrheit in den Sowjets verloren. Sie mußten darum zur Fälschung greifen: die übernommene Verpflichtung, in drei Monaten einen neuen Sowjetkongreß einzuberufen, verletzen, sich der Rechenschaftslegung vor den Wählern des ZEK der Sowjets entziehen und die „Demokratische" Beratung zusammenschieben. Davon sprachen die Bolschewiki vor der Beratung, und die Ergebnisse der Beratung haben ihnen völlig recht gegeben. Die Liberdan und die Herren Zereteli, Tschernow und Co. sahen, daß ihre Mehrheit in den Sowjets zusammenschmilzt, und griffen darum zur Fälschung.

Argumente wie die, daß die Genossenschaften „bereits große Bedeutung unter den demokratischen Organisationen erlangt haben", ebenso

wie die „rechtmäßig" gewählten städtischen und Semstwovertreter, solche Argumente sind so fadenscheinig, daß nur dreiste Heuchelei sie allen Ernstes vorbringen kann. Erstens ist das ZEK durch die Sowjets gewählt, und wenn es sich der Pflicht entzieht, den Sowjets Rechenschaft zu geben und seine Funktion in *ihre Hände* zurückzulegen, so ist das bonapartistischer Betrug. Zweitens vertreten die Sowjets die revolutionäre Demokratie, insofern sie diejenigen umfassen, die gewillt sind, revolutionär zu kämpfen. Den Genossenschaftern und den städtischen Vertretern sind die Türen nicht verschlossen. Die Herren der Sowjets waren dieselben Sozialrevolutionäre und Menschewiki.

Wer sich *nur* auf die Genossenschaften beschränkte, *nur* innerhalb der Grenzen der munizipalen (kommunalen und Semstwo-) Arbeit blieb, strich sich damit freiwillig aus den Reihen der revolutionären Demokratie, zählte sich zur reaktionären oder neutralen Demokratie. Jeder weiß, daß sich *nicht* nur Revolutionäre mit der genossenschaftlichen und munizipalen Arbeit befassen, sondern *auch* Reaktionäre. Jeder weiß, daß man in die Genossenschaften und Munizipalitäten vorwiegend für Arbeiten von *nicht* allgemeinpolitischer Spannweite und Bedeutung gewählt wird.

Insgeheim eine Hilfsmannschaft aus Anhängern des „Jedinstwo" und „parteilosen" Reaktionären durchzuschmuggeln, das war das Ziel der Liberdan, Zereteli, Tschernow und Co., als sie die Beratung zusammenschoben. Darin besteht ihre Fälschung. Darin besteht ihr Bonapartismus, der sie mit dem Bonapartisten Kerenski vereint. Diebstahl an der Demokratie bei heuchlerischer Wahrung des äußeren Anscheins der Demokratie – das ist der Kern der Sache.

Nikolaus II. bestahl die Demokratie um sozusagen große Summen: er berief Vertretungskörperschaften ein, gab aber den Gutsbesitzern eine hundertmal stärkere Vertretung als den Bauern. Die Liberdan, Zereteli und Tschernow befassen sich mit kleinen Diebstählen an der Demokratie: sie berufen eine „Demokratische Beratung" ein, in der *sowohl* die Arbeiter *wie* die Bauern mit vollem Recht auf die Beschneidung ihrer Vertretung hinweisen, auf das *u n* gleiche Verhältnis, auf die *U n* gerechtigkeit zugunsten der der Bourgeoisie (und der reaktionären Demokratie) besonders nahestehenden Elemente der Genossenschaften und Munizipalitäten.

Die Herren Liberdan, Zereteli und Tschernow haben mit der Masse der Arbeiter und armen Bauern gebrochen, haben sich von ihr entfernt.

Ihre Rettung liegt in der Fälschung, mit der sich auch „ihr" Kerenski hält.

Die Differenzierung der Klassen schreitet fort. Im Innern der Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki erstarkt der Protest, reift infolge des Verrats der „Führer" an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung die offene Spaltung heran. Die Führer stützen sich, entgegen den Prinzipien der Demokratie, auf die *Minderheit*. Daher sind für sie Fälschungen *unvermeidlich*.

Kerenski entlarvt sich immer mehr als Bonapartist. Man rechnete ihn zu den „Sozialrevolutionären". Wir wissen jetzt, daß er nicht nur ein „März"sozialrevolutionär ist, von den Trudowiki „reklamehalber" hierher herübergewechselt. Er ist Anhänger der Breschko-Breschkowskaja, dieser „Frau Plechanow" unter den Sozialrevolutionären oder „Frau Potressow" im sozialrevolutionären „Den". Kerenski *gehört* zu dem sogenannten „rechten" Flügel der sogenannten „sozialistischen" Parteien, zu den Plechanow, Breschkowskaja, Potressow; dieser Flügel aber unterscheidet sich durch *nichts* Ernsthaftes von den Kadetten.

Kerenski wird von den Kadetten nicht umsonst gelobt. Er macht *ihre* Politik, er berät sich *hinter dem Rücken des Volkes* mit ihnen und mit Rodsjanko, er wurde von Tschernow und von anderen der Gemeinschaft mit Sawinkow, dem Freund Kornilows, überführt. Kerenski ist ein *Kornilowmann*, der sich *zufällig* mit Kornilow überworfen hat und nach wie vor im intimsten Bündnis mit anderen Kornilowleuten steht. Das ist eine *Tatsache*, die bewiesen ist sowohl durch die Enthüllungen Sawinkows und des „Delo Naroda" als auch durch das fortdauernde politische Spiel, das „Minister-Karussell", Kerenskis mit den Kornilowleuten unter dem Namen „Handels- und Industrieklasse".

Geheime Abmachungen mit den Kornilowleuten, geheime Techtelmechtel mit den „alliierten" Imperialisten (durch Vermittlung von Tereschtschenko und Co.), geheime Verschleppung und Sabotierung der Konstituierenden Versammlung, geheimer Betrug an den Bauern, um Rodsjanko, d. h. den Gutsbesitzern gefällig zu sein (Verdoppelung der Getreidepreise) – das ist es, was Kerenski *in Wirklichkeit* treibt. Das ist seine *Klassen*politik. Darin besteht sein Bonapartismus.

Um dies auf der Beratung zu verschleiern, mußten die Liberdan, Zereteli und Tschernow sie zusammenschieben.

Und für die Teilnahme der Bolschewiki an dieser niederträchtigen Fälschung, an dieser Komödie, gab es ausschließlich nur dieselbe Rechtfertigung wie für unsere Teilnahme an der III. Duma: auch im „Stall" müssen wir unsere Sache vertreten, auch aus dem „Stall" müssen wir Enthüllungsmaterial zur Aufklärung des Volkes liefern.

Der Unterschied ist jedoch der, daß die III. Duma während des offenkundigen Niedergangs der Revolution einberufen wurde, während jetzt unverkennbar eine *neue Revolution* heranwächst – wir wissen leider sehr wenig über das Ausmaß und das Tempo dieses Anwachsens.

*

Als charakteristischste Episode der Beratung betrachte ich das Auftreten Sarudnys. Er erzählt, daß Kerenski auf eine Reorganisation der Regierung „nur anzuspielen brauchte" – und sofort reichten alle Minister ihre Demission ein. „Schon am nächsten Tag", fährt der naive, kindlich-naive (und noch gut, wenn *nur* naive) Sarudny fort, „schon am nächsten Tag lud man uns trotz unserer Demission ein, beriet sich mit uns, und schließlich konnten wir bleiben."

„Allgemeine Heiterkeit im Saal", vermerken an dieser Stelle die offiziellen „Iswestija".

Lustige Leute, diese Teilnehmer an der bonapartistischen Beschwindelung des Volkes durch die Republikaner! Wir sind ja alle revolutionäre Demokraten, ohne Scherz!

„Von Anfang an", sagte Sarudny, „hörten wir zwei Dinge: man solle die Kampffähigkeit der Armee und die Beschleunigung des Friedens auf demokratischer Grundlage anstreben. Was nun den Frieden betrifft, so habe ich in den anderthalb Monaten, in denen ich Mitglied der Provisorischen Regierung war, nicht erfahren, ob die Provisorische Regierung in dieser Richtung etwas getan hat. Ich habe nichts gesehen. (Beifall und Zurufe: ‚Sie hat nichts getan', vermerken die ‚Iswestija'.) Als ich mich als Mitglied der Provisorischen Regierung danach erkundigte, erhielt ich keine Antwort..."

So sprach, laut Bericht der offiziellen „Iswestija", Sarudny. Und die Beratung hört schweigend zu, duldet solche Dinge, unterbricht den Redner nicht, bricht die Sitzung nicht ab, erhebt sich nicht, um Kerenski und die Regierung davonzujagen! Bewahre! Diese „revolutionären Demokraten" halten unerschütterlich zu Kerenski!

Sehr gut, ihr Herren, aber wodurch unterscheidet sich dann der Begriff „revolutionärer Demokrat" von dem Begriff Lakai?

Daß Lakaien lustig lachen können, wenn „ihr" Minister, der sich durch seltene Naivität oder seltenen Stumpfsinn auszeichnet, ihnen berichtet, wie Kerenski die Minister wegjagt (um sich hinter dem Rücken des Volkes, „unter vier Augen", mit den Kornilowleuten zu verständigen), ist natürlich. Daß Lakaien schweigen, wenn „ihr" Minister, der scheinbar die allgemeinen Phrasen vom Frieden ernst genommen und ihre Heuchelei nicht begriffen hat, zugibt, daß man ihm auf seine Frage nach realen Friedensschritten nicht einmal eine Antwort gab, ist nicht erstaunlich. Denn Lakaien ziemt es eben, sich von der Regierung nasführen zu lassen. Aber wo ist hier der Revolutionismus, wo die Demokratie??

Wäre es denn verwunderlich, wenn den revolutionären Soldaten und Arbeitern der Gedanke käme: „Schön wär's, wenn die Decke des Alexandra-Theaters herunterkommen und diese ganze Bande von Lakaienseelen erschlagen würde, die schweigen können, wenn man ihnen deutlich genug klarmacht, wie Kerenski und Co. sie mit ihrem Geschwätz vom Frieden an der Nase herumführen; die fröhlich lachen können, wenn ihre eigenen Minister ihnen klipp und klar erklären, daß der Ministerwechsel eine Komödie ist (die Kerenskis Kuhhandel mit den Kornilowleuten deckt). Gott schütze uns vor unseren Freunden, mit den Feinden werden wir schon selbst fertig! Gott schütze uns vor solchen Anwärtern auf die revolutionär-demokratische Führung, mit den Kerenski, den Kadetten und den Kornilowleuten werden wir schon selbst fertig."

*

Und hier komme ich zu den Fehlern der Bolschewiki. Es war ein offensichtlicher Fehler, sich in einem solchen Augenblick auf ironischen Beifall und Zwischenrufe zu beschränken.

Das Volk ist der Schwankungen und Verschleppungen überdrüssig. Die Unzufriedenheit wächst zusehends. Eine neue Revolution naht heran. Die reaktionären Demokraten, die Liberdan, Zereteli usw. haben alles Interesse, das Volk mit der Komödie der „Beratung" *abzulenken*, das Volk mit dieser Komödie zu *„beschäftigen"* und die Bolschewiki von den Massen zu *trennen*, indem sie die bolschewistischen Delegierten bei einer so unwürdigen Beschäftigung festhalten wie das Dasitzen und

Anhören der Sarudny! Dabei sind die Sarudny noch ehrlicher als die anderen!!

Die Bolschewiki hätten die Beratung verlassen sollen, zum Zeichen des Protestes und auch, um nicht einer Beratung auf den Leim zu gehen, mit der die Aufmerksamkeit des Volkes von den ernsten Problemen abgelenkt werden sollte. Die Bolschewiki hätten ein bis drei ihrer 136 Abgeordneten für den „Verbindungsdienst" zurücklassen sollen, die telefonisch mitteilen konnten, wann das niederträchtige Geschwätz zu Ende ist und die Abstimmung beginnt. Aber die Bolschewiki durften nicht *zulassen*, daß ihre Zeit für offensichtliche Nichtigkeiten *in Anspruch genommen* wurde, für diesen offensichtlichen Betrug am Volk, dessen offensichtliches Ziel es war, die heranwachsende Revolution durch nichtige Spielereien zu *schwächen*.

$^{99}/_{100}$ der bolschewistischen Delegation hätten in die Fabriken und Kasernen gehen sollen; dort wäre der wirkliche Platz der Delegierten gewesen, die aus allen Ecken Rußlands zusammengekommen waren und nach der Rede Sarudnys den ganzen Abgrund der sozialrevolutionären und menschewistischen Fäulnis gesehen hatten. Dort, in den Massen hätten in Hunderten und Tausenden Versammlungen und Gesprächen die Lehren dieser Komödie, dieser Beratung erörtert werden sollen, die nur dazu angetan war, dem Kornilowmann Kerenski Aufschub zu gewähren, ihm neue Abwandlungen des „Minister-Karussells" zu erleichtern.

Die Bolschewiki fanden nicht die richtige Einstellung zum Parlamentarismus in einer Zeit revolutionärer (nicht „konstitutioneller") Krisen, fanden nicht die richtige Einstellung zu den Sozialrevolutionären und Menschewiki.

Wie es dazu kam, ist verständlich: die Geschichte nahm mit dem Kornilowputsch eine *sehr* jähe Wendung. Die Partei ist bei dieser Wendung hinter dem unwahrscheinlich schnellen Tempo der Geschichte zurückgeblieben. Die Partei ist dieser erbärmlichen Schwatzbude vorübergehend auf den Leim gegangen.

Man hätte dieser Schwatzbude ein Hundertstel der Kräfte, $^{99}/_{100}$ aber den *Massen* widmen sollen.

Wenn die Wendung es erforderte, den Sozialrevolutionären und Menschewiki einen Kompromiß anzubieten (mir persönlich scheint es, daß sie

es erforderte), hätte man das klar, offen, schnell tun müssen, um der möglichen und wahrscheinlichen Ablehnung der Freunde des Bonapartisten Kerenski, einen Kompromiß mit den Bolschewiki einzugehen, *sofort Rechnung zu tragen.*

Diese Ablehnung war bereits in den Artikeln des „Delo Naroda" und der „Rabotschaja Gaseta" unmittelbar *vor* der Beratung enthalten. Man hätte, ohne auch nur *eine Minute* zu verlieren, sagen müssen, so offiziell, so offen, so klar wie nur möglich den Massen sagen müssen: Die Herren Sozialrevolutionäre und Menschewiki haben unseren Kompromiß zurückgewiesen, nieder mit den Sozialrevolutionären und Menschewiki! Begleitet von *dieser* Losung in den Betrieben und Kasernen, hätte die Beratung über die Naivitäten Sarudnys in „Heiterkeit" ausbrechen dürfen!

Die Atmosphäre einer gewissen Schwärmerei für die „Beratung" und was damit zusammenhängt hat sich offenbar von verschiedenen Seiten her gebildet. Es war ein Fehler des Gen. Sinowjew, über die Kommune so zweideutig (mindestens zweideutig) zu schreiben, daß der Eindruck entstehen mußte, als könnte die Kommune nach ihrem Sieg in Petrograd eine Niederlage erleiden *wie 1871 in Frankreich.* Das ist absolut falsch. Nach ihrem Sieg in Petrograd *würde* die Kommune auch in Rußland *siegen.* Es war auch ein Fehler seinerseits, zu schreiben, die Bolschewiki hätten recht daran getan, eine proportionale Zusammensetzung des Präsidiums im Petrograder Sowjet vorauszusetzen. Bei einer derartigen proportionalen Zulassung der Herren Zereteli wird das revolutionäre Proletariat *im Sowjet* niemals etwas Vernünftiges zustande bringen: sie zulassen heißt *sich selbst* jede Arbeit *unmöglich* machen, heißt die Sowjetarbeit *zugrunde richten.* Es war ein Fehler des Gen. Kamenew, die erste Rede in der Beratung in rein „konstitutionellem" Geiste zu halten und die lächerliche Frage des Vertrauens oder des „Mißtrauens" gegenüber der Regierung zu stellen. Wenn man in einer solchen Versammlung jene *Wahrheit* über den Kornilowmann Kerenski nicht äußern *durfte,* die *bereits* sowohl im „Rabotschi Put" wie im Moskauer „Sozial-Demokrat"[17] ausgesprochen worden war, warum konnte man sich dann nicht auf diese Zeitungen berufen und *vor den Massen festhalten,* daß die Beratung die Wahrheit über den Kornilowmann Kerenski nicht hören will?

Ein Fehler der Abordnungen der Petrograder Arbeiter war es, nach

der Rede Sarudnys, nach Klärung der Situation, Redner in eine *derartige* Beratung zu schicken. War es nötig, Perlen vor die Freunde Kerenskis zu werfen? War es nötig, proletarische Kräfte für die Komödie der Beratung abzuziehen? Warum hätte man diese Abordnungen nicht ebenso friedlich und legal in die Kasernen und die besonders rückständigen Fabriken schicken sollen? Das wäre millionenmal nützlicher, dringlicher, ernsthafter und vernünftiger gewesen als die Fahrt zum Alexandra-Theater und die Gespräche mit den Genossenschaftern, die mit dem „Jedinstwo" und Kerenski sympathisieren.

Zehn überzeugte Soldaten oder Arbeiter aus einer rückständigen Fabrik *sind tausendmal mehr wert* als *hundert* von den Liberdan zusammengeschobene Delegierte verschiedener Abordnungen. Die Ausnutzung des Parlamentarismus besteht besonders in revolutionären Zeiten ganz und gar nicht darin, daß man mit den Vertretern der Fäulnis kostbare Zeit verliert, sondern darin, *die Massen am Beispiel dieser Fäulnis aufzuklären.*

Warum sollten diese proletarischen Abordnungen die Beratung nicht dazu „ausnutzen", um, sagen wir, zwei Plakate herauszugeben und in den Kasernen und Fabriken *auszuhängen*, die zeigen, daß die Beratung eine Komödie ist? Auf dem einen Plakat könnte man Sarudny mit einer Narrenkappe abbilden, wie er auf den Bühnenbrettern tanzt und dabei das Liedchen singt: „Kerenski ließ uns *vertreiben*, Kerenski hieß uns *bleiben*." Und ringsherum Zereteli, Tschernow, Skobelew, ein Genossenschafter Arm in Arm mit Liber und Dan, und alle krümmen sich vor Lachen. Unterschrift: *„Sie freuen sich."*

Das zweite Plakat. Derselbe Sarudny spricht zum selben Publikum: „Anderthalb Monate fragte ich nach dem Frieden. *Ich bekam keine Antwort.*" Das Publikum schweigt. Die Mienen zeigen „staatsmännische Würde". Besonders würdevoll ist Zereteli, der unauffällig in sein Notizbuch schreibt: „Dieser Sarudny ist ein Tölpel! Der Trottel sollte lieber Mist karren als Minister sein! Er als Verteidiger der Koalition macht sie schlimmer herunter als hundert Bolschewiki! Er war Minister, hat es aber nicht gelernt, wie ein Minister zu reden, etwa so: Anderthalb Monate habe ich unentwegt das Anwachsen der Friedenskampagne verfolgt und bin überzeugt vom endgültigen Erfolg dieser Kampagne gerade unter der Koalition in Verbindung mit der großen Idee von Stockholm usw. usf.

Dann würde sogar die ‚Russkaja Wolja'[18] auch Sarudny als Ritter der russischen Revolution preisen."

Unterschrift: „Revolutionär-demokratische" Beratung käuflicher Männer.

Geschrieben vor Abschluß der Beratung: den ersten Satz abändern – z. B. „ist im Grunde zu Ende" usw.

Geschrieben im September 1917, nicht später als am 22. (5. Oktober).

Gekürzt veröffentlicht am 7. Oktober (24. September) 1917 im „Rabotschi Put" Nr. 19. Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Manuskript.

AUS DEM TAGEBUCH EINES PUBLIZISTEN

Die Fehler unserer Partei

Freitag, 22. September 1917

Je mehr man über die Bedeutung der sogenannten Demokratischen Beratung nachdenkt, je aufmerksamer und mit je mehr Abstand man sie betrachtet – und der Abstand, sagt man, erlaubt besser zu sehen –, um so fester wird die Überzeugung, daß die Teilnahme unserer Partei an der Beratung ein Fehler war. Man hätte sie boykottieren müssen. Man wird vielleicht fragen, welchen Nutzen es hat, sich mit dieser Frage zu befassen. Geschehenes läßt sich nicht ungeschehen machen. Jedoch wäre ein solcher Einwand in bezug auf eine Taktik von gestern offensichtlich unhaltbar. Wir haben stets die Taktik von Leuten verurteilt – und als Marxisten müssen wir das –, die „von der Hand in den Mund" leben. Die Erfolge des Augenblicks genügen uns nicht. Überhaupt genügen uns Berechnungen für die Minute oder den Tag nicht. Wir müssen uns stets kontrollieren durch das *Studium* der Kette der politischen Geschehnisse in ihrer Gesamtheit, in ihrem ursächlichen Zusammenhang, in ihren Ergebnissen. Durch die Analyse der Fehler von gestern lernen wir die Fehler von heute und von morgen vermeiden.

Im Lande wächst unverkennbar eine neue Revolution heran, eine Revolution *anderer* Klassen (als der Klassen, die die Revolution gegen den Zarismus vollbrachten). Damals war das eine Revolution des Proletariats, der Bauernschaft und der mit dem englisch-französischen Finanzkapital verbündeten Bourgeoisie gegen den Zarismus.

Jetzt wächst die Revolution des Proletariats und der Mehrheit der Bauern heran, und zwar der armen Bauern, gegen die Bourgeoisie, gegen ihren Verbündeten, das englisch-französische Finanzkapital, gegen ihren Regierungsapparat, an dessen Spitze der Bonapartist Kerenski steht.

Wir wollen uns jetzt nicht bei den Tatsachen aufhalten, die das Heranwachsen einer neuen Revolution bezeugen, denn nach den Artikeln unseres Zentralorgans „Rabotschi Put" zu urteilen, ist die Partei mit ihren Ansichten hierüber bereits ins reine gekommen. Das Heranwachsen einer neuen Revolution ist, so scheint es, eine Erscheinung, die von der Partei allgemein anerkannt ist. Natürlich bedarf es noch zusammenfassender Daten über dieses Heranwachsen, doch das wird Gegenstand anderer Artikel sein müssen.

Im Augenblick ist es wichtiger, die größte Aufmerksamkeit den Klassenunterschieden zwischen der alten und der neuen Revolution zuzuwenden, der Einschätzung der politischen Situation und unserer Aufgaben vom Standpunkt dieser Haupterscheinung, der Wechselbeziehung der Klassen. Damals, in der ersten Revolution, waren die Avantgarde die Arbeiter und die Soldaten, d. h. das Proletariat und die fortgeschrittensten Schichten der Bauernschaft.

Diese Avantgarde *riß* nicht nur viele der schlimmsten, schwankenden Elemente des Kleinbürgertums *mit sich* (wir erinnern an die Schwankungen der Menschewiki und Trudowiki in der Frage der Republik), sondern auch die monarchistische Partei der Kadetten, die liberalen Bourgeois, die sie republikanisch machte. Warum war eine solche Wandlung möglich?

Weil für die Bourgeoisie die ökonomische Herrschaft alles, die Form der politischen Herrschaft dagegen zweitrangig ist; die Bourgeoisie kann auch unter der Republik herrschen, für ihre Herrschaft bestehen unter der Republik sogar größere Sicherheiten, in dem Sinne, daß bei dieser politischen Ordnung keinerlei Änderungen in der Zusammensetzung der Regierung oder in der Zusammensetzung und Gruppierung der herrschenden Parteien die Bourgeoisie berühren.

Gewiß, die Bourgeoisie war für die Monarchie und wird es bleiben, weil der brutalere, der militärische Schutz des Kapitals durch die monarchistischen Institutionen den Kapitalisten und Grundbesitzern faßlicher und „vertrauter" ist. Aber bei einem starken Druck „von unten" hat sich die Bourgeoisie immer und überall mit der Republik „abgefunden", wenn sie nur ihre ökonomische Herrschaft behielt.

Jetzt stehen das Proletariat und die arme Bauernschaft, d. h. die *Mehrheit* des Volkes, in einem solchen Verhältnis zur Bourgeoisie und zum „alliierten" Imperialismus (wie auch zum Weltimperialismus), daß man

die Bourgeoisie *nicht „mit sich reißen" kann*. Mehr noch: die Oberschichten des *Klein*bürgertums und die wohlhabenderen Schichten des *demokratischen* Kleinbürgertums sind sichtlich gegen eine neue Revolution. Diese Tatsache tritt so klar zutage, daß es jetzt nicht notwendig ist, auf sie einzugehen. Die Herren Liberdan, Zereteli und Tschernow illustrieren diese Tatsache außerordentlich anschaulich.

Das Wechselverhältnis der Klassen ist ein anderes geworden, das ist der springende Punkt.

Nicht mehr dieselben Klassen stehen „diesseits und jenseits der Barrikade".

Das ist die Hauptsache.

Das und *nur* das ist die *wissenschaftliche* Grundlage, die es erlaubt, von einer *neuen* Revolution zu sprechen, die, rein theoretisch gesprochen, die Frage abstrakt genommen, legal vor sich gehen könnte, wenn zum Beispiel die von der Bourgeoisie einberufene Konstituierende Versammlung eine Mehrheit gegen die Bourgeoisie, eine Mehrheit der Parteien der Arbeiter und der armen Bauern ergäbe.

Das objektive Wechselverhältnis der Klassen, ihre (ökonomische und politische) Rolle außerhalb der Vertretungskörperschaften des gegebenen Typus und innerhalb dieser Körperschaften, das Anwachsen oder der Niedergang der Revolution, das Verhältnis zwischen den außerparlamentarischen und den parlamentarischen Kampfmitteln – das sind die wichtigsten, grundlegenden, objektiven Faktoren, die berücksichtigt werden müssen, wenn man die Taktik des Boykotts oder der Beteiligung nicht willkürlich, auf Grund seiner „Sympathien", sondern marxistisch ableiten will.

Die Erfahrung unserer Revolution zeigt anschaulich, wie man an die Frage des Boykotts marxistisch herangehen muß.

Warum hat sich der Boykott der Bulyginschen Duma als eine richtige Taktik erwiesen?

Weil er dem objektiven Wechselverhältnis der gesellschaftlichen Kräfte in ihrer Entwicklung entsprach. Er gab die Losung der anwachsenden Revolution für den Sturz der alten Macht, die, um das Volk von der Revolution abzulenken, eine paktiererische, grob verfälschte Körperschaft (die Bulyginsche Duma) einberief, die darum keinerlei Aussichten bot, ernstlich beim Parlamentarismus „einzuhaken". Die außerparlamenta-

rischen Kampfmittel des Proletariats und der Bauernschaft waren stärker. Das sind die Faktoren, aus denen heraus sich die richtige, der objektiven Lage Rechnung tragende Taktik des Boykotts der Bulyginschen Duma ergab.

Warum hat sich die Taktik des Boykotts der III. Duma als falsch erwiesen?

Weil sie sich nur auf den schimmernden „Glanz" der Losung des Boykotts und auf die Abscheu vor dem zutiefst reaktionären Geist des „Stalls" vom 3. Juni stützte. Aber die objektive Lage war so, daß einerseits die Revolution sich in einem schroffen Niedergang befand und immer mehr abebbte. Um ihr wieder Aufschwung zu geben, gewann die parlamentarische Stütze (sogar aus dem Innern des „Stalls" heraus) ungeheure politische Bedeutung, denn außerparlamentarische Mittel der Propaganda, der Agitation, der Organisation gab es fast gar nicht, oder sie waren äußerst schwach. Anderseits hinderte ihr zutiefst reaktionärer Geist die III. Duma nicht, Organ eines tatsächlichen Klassenverhältnisses zu sein, und zwar der Stolypinschen Vereinigung der Monarchie mit der Bourgeoisie. Dieses neue Klassenverhältnis mußte das Land überwinden.

Das sind die Faktoren, aus denen heraus sich die richtige, der objektiven Lage Rechnung tragende Taktik der Beteiligung an der III. Duma ergab.

Es genügt, sich diese Lehren der Erfahrung, die Bedingungen für eine marxistische Behandlung der Frage Boykott oder Beteiligung zu durchdenken, um sich zu überzeugen, wie absolut falsch die Taktik der Beteiligung an der „Demokratischen Beratung", am „Demokratischen Rat" oder am Vorparlament ist.

Einerseits wächst eine neue Revolution heran. Die Welle steigt an. Die außerparlamentarischen Mittel der Propaganda, Agitation und Organisation sind gewaltig. Die Bedeutung der „parlamentarischen" Tribüne ist in diesem Vorparlament äußerst gering. Anderseits bringt dieses Vorparlament kein neues Klassenverhältnis zum Ausdruck und „dient" keinem solchen; die Bauernschaft zum Beispiel ist hier *schlechter* vertreten als in den bereits bestehenden Organen (dem Sowjet der Bauerndeputierten). Der ganze Sinn des Vorparlaments ist eine bonapartistische *Fälschung* nicht nur in dem Sinne, daß die schmutzige Bande der Liberdan, Zereteli und Tschernow in Gemeinschaft mit Kerenski und Co. die Zusammen-

setzung dieser Zeretelischen Bulygin-Duma *zusammengeschoben*, gefälscht hat, sondern auch in dem weit tieferen Sinne, daß es die einzige Bestimmung des Vorparlaments ist, die Massen zu nasführen, die Arbeiter und Bauern zu betrügen, sie von der neuen ansteigenden Revolution abzulenken, die unterdrückten Klassen zu blenden durch ein neues Gewand für die *alte*, schon ausprobierte, zerzauste, abgenutzte „Koalition" mit der Bourgeoisie (d. h. für die Verwandlung der Herren Zereteli und Co. durch die Bourgeoisie in Clowns, die behilflich sind, das Volk dem Imperialismus und dem imperialistischen Krieg unterzuordnen).

Wir sind jetzt schwach – sagt der Zar im August 1905 den Fronherren, den Gutsbesitzern. – Unsere Macht wankt. Die Welle der Arbeiter- und Bauernrevolution steigt. Man muß die „kleinen Leute" nasführen, ihnen Honig um den Mund schmieren ...

Wir sind jetzt schwach – sagt der heutige „Zar", der Bonapartist Kerenski, den Kadetten, den parteilosen Tit Titytsch*, den Plechanow, Breschkowskaja und Co. – Unsere Macht wankt. Die Welle der Arbeiter- und Bauernrevolution gegen die Bourgeoisie steigt. Man muß die Demokratie nasführen und deshalb jenem Narrengewand eine andere Farbe geben, das seit dem 6. Mai 1917 die sozialrevolutionären und menschewistischen „Führer der revolutionären Demokratie", unsere lieben Freunde Zereteli und Tschernow, tragen, um das Volk zu narren. Es ist nicht schwer, ihnen mit dem „Vorparlament" Honig um den Mund zu schmieren.

Wir sind jetzt stark – sagt der Zar den Fronherren, den Gutsbesitzern im Juni 1907. – Die Welle der Arbeiter- und Bauernrevolution ebbt ab. Aber wir werden uns nicht in alter Weise halten können, und der Betrug allein genügt nicht. Eine neue Politik auf dem Lande, ein neuer ökonomischer und politischer Block mit den Gutschkow-Miljukow, mit der Bourgeoisie, ist notwendig.

So kann man drei Situationen darstellen: August 1905, September 1917, Juni 1907, um die objektiven Grundlagen der Boykottaktik, ihren Zusammenhang mit dem Wechselverhältnis der Klassen anschaulicher zu erläutern. Immer betrügen die Unterdrücker die unterdrückten Klassen, aber die Bedeutung dieses Betrugs ist in den verschiedenen geschichtlichen

* Gestalt aus der Komödie A. Ostrowskis „Der bittre Rest beim fremden Fest". *Die Red.*

Zeitpunkten verschieden. Man kann die Taktik nicht allein darauf aufbauen, daß die Unterdrücker das Volk betrügen; man muß sie bestimmen, indem man die Klassenverhältnisse *in ihrer Gesamtheit* und die Entwicklung sowohl des außerparlamentarischen wie des parlamentarischen Kampfes analysiert.

Die Taktik der Beteiligung am Vorparlament ist *falsch*, sie entspricht nicht dem objektiven Klassenverhältnis, den objektiven Bedingungen des Augenblicks.

Man mußte die Demokratische Beratung boykottieren, wir haben uns alle geirrt, als wir das nicht taten, aber ein Versehen ist kein Vergehen. Den Fehler werden wir korrigieren, wenn nur der aufrichtige Wille vorhanden ist, für den revolutionären Kampf der Massen einzutreten, wenn wir nur über die objektiven Grundlagen der Taktik ernstlich nachdenken.

Man muß das Vorparlament boykottieren. Man muß in den Sowjet der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, in die Gewerkschaftsverbände, überhaupt zu den Massen gehen. Man muß die *Massen* zum Kampf aufrufen. Man muß *ihnen* die richtige und klare Losung geben: die bonapartistische Bande Kerenskis und *sein* verfälschtes Vorparlament, diese Zeretelische Bulygin-Duma auseinanderzujagen. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre haben sogar nach dem Kornilowputsch unseren Kompromiß, die friedliche Übergabe der Macht an die Sowjets (in denen wir *damals* noch *nicht* die Mehrheit hatten) abgelehnt, sie sind wieder in den Sumpf der schmutzigen und niederträchtigen Machenschaften mit den Kadetten hinabgesunken. Nieder mit den Menschewiki und den Sozialrevolutionären! Schonungsloser Kampf gegen sie. Es gilt, sie schonungslos aus allen revolutionären Organisationen zu verjagen, keine Verhandlungen, keine Gemeinschaft mit diesen *Freunden der Kischkin*, den Freunden der kornilowschen Gutsbesitzer und Kapitalisten.

Sonnabend, 23. September

Trotzki ist für den Boykott eingetreten. Bravo, Genosse Trotzki!

Der Boykottismus hat in der Fraktion der Bolschewiki, die zur Demokratischen Beratung gekommen sind, eine Niederlage erlitten.

Es lebe der Boykott!

Auf keinen Fall können und dürfen wir uns mit der Beteiligung abfinden. Die Fraktion einer Beratung ist nicht das höchste Parteiorgan, und

auch die Beschlüsse der höchsten Organe unterliegen einer Revision auf Grund der praktischen Erfahrung.

Man muß um jeden Preis eine Beschlußfassung in der Frage des Boykotts sowohl durch das Plenum des Exekutivkomitees als auch durch einen außerordentlichen Parteitag herbeiführen. Man muß sofort die Frage des Boykotts zur Plattform für die Wahlen zum Parteitag und für *sämtliche* Wahlen innerhalb der Partei machen. Zur Erörterung der Frage müssen die *Massen* herangezogen werden. Es ist notwendig, daß die klassenbewußten Arbeiter die Sache in ihre Hand nehmen, sie erörtern und einen Druck auf die *„Spitzen"* ausüben.

Es kann nicht daran gezweifelt werden, daß in den „Spitzen" unserer Partei Schwankungen zu beobachten sind, die *verhängnisvoll* werden können, denn der Kampf entwickelt sich; unter bestimmten Verhältnissen aber, in einem bestimmten Augenblick können Schwankungen die Sache *zugrunde richten*. Solange es nicht zu spät ist, muß man mit allen Kräften den Kampf aufnehmen und die richtige Linie der Partei des revolutionären Proletariats durchsetzen.

In den „parlamentarischen" Spitzen unserer Partei ist nicht alles in Ordnung; es ist notwendig, ihnen mehr Aufmerksamkeit zu widmen, sie mehr unter die Kontrolle der Arbeiter zu stellen; die Kompetenz der Parlamentsfraktionen muß strenger festgelegt werden.

Der Fehler unserer Partei tritt klar zutage. Für die kämpfende Partei der fortgeschrittensten Klasse sind Fehler kein Unglück. Ein Unglück wäre das Beharren auf einem Fehler, wäre die falsche Scham, einen Fehler zuzugeben und zu korrigieren.

Sonntag, 24. September

Der Sowjetkongreß ist auf den 20. Oktober verschoben worden. Das entspricht angesichts des Tempos, in dem Rußland lebt, beinahe einem Aufschub auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Zum zweitenmal wiederholt sich die Komödie, die die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki nach dem 20.–21. April gespielt haben.

Zuerst veröffentlicht 1924 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 3

Nach einer maschinegeschriebenen Abschrift.

DIE AUFGABEN DER REVOLUTION

Rußland ist ein kleinbürgerliches Land. Die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung gehört zur Klasse der Kleinbürger. Ihr Schwanken zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist unvermeidlich. Nur wenn sie sich dem Proletariat anschließt, ist ein leichter, friedlicher, rascher und ruhiger Sieg der Sache der Revolution, der Sache des Friedens, der Freiheit sowie die Übergabe des Grund und Bodens an die Werktätigen gesichert.

Der Verlauf unserer Revolution zeigt uns dieses Schwanken in der Praxis. Machen wir uns also keine Illusionen über die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, schreiten wir unbeirrt auf unserem proletarischen Klassenwege weiter. Das Elend der armen Bauern, die Schrecken des Krieges, die Schrecken des Hungers – all das zeigt den Massen immer anschaulicher, daß der proletarische Weg richtig ist, daß es notwendig ist, die proletarische Revolution zu unterstützen.

Die „friedlichen" kleinbürgerlichen Hoffnungen auf die „Koalition" mit der Bourgeoisie, auf das Paktieren mit ihr, auf die Möglichkeit, „ruhig" den „baldigen" Zusammentritt der Konstituierenden Versammlung abzuwarten usw. – all das wird durch den Verlauf der Revolution rücksichtslos, grausam, unerbittlich zerschlagen. Der Kornilowputsch war die letzte harte Lehre, eine Lehre in großem Maßstab, die zu den Tausenden und aber Tausenden von kleineren Lehren hinzukommt, zu den Lehren, die sich aus dem Betrug der Kapitalisten und Gutsbesitzer an den Arbeitern und Bauern in Stadt und Land, aus dem Betrug der Offiziere an den Soldaten usw. usf. ergeben.

Die Unzufriedenheit, die Empörung und Erbitterung in der Armee, in der Bauernschaft, unter den Arbeitern wächst. Die alles versprechende und nichts erfüllende „Koalition" der Sozialrevolutionäre und Menschewiki

wiki mit der Bourgeoisie reizt die Massen, öffnet ihnen die Augen, treibt sie zum Aufstand.

Die Opposition der Linken unter den Sozialrevolutionären (Spiridonowa u. a.) und unter den Menschewiki (Martow u. a.) wächst an, sie hat bereits im „Rat" und auf dem „Parteitag" dieser Parteien bis zu 40 Prozent erreicht. Und *unten*, im Proletariat und in der Bauernschaft, besonders in der armen Bauernschaft, besteht die *Mehrheit* der Sozialrevolutionäre und Menschewiki aus *„Linken"*.

Der Kornilowputsch lehrt. Der Kornilowputsch hat vieles gelehrt.

Man kann nicht wissen, ob die Sowjets jetzt imstande sein werden, weiter zu gehen als die Führer der Sozialrevolutionäre und Menschewiki und so eine friedliche Entwicklung der Revolution zu sichern, oder ob sie wieder auf der Stelle treten und damit den proletarischen Aufstand unvermeidlich machen werden.

Man kann das nicht wissen.

Unsere Sache ist es zu helfen, damit alles getan werde, um die „letzte" Chance einer friedlichen Entwicklung der Revolution zu sichern, zu helfen, indem wir unser Programm darlegen, indem wir seinen Charakter als Programm des ganzen Volkes, seine absolute Übereinstimmung mit den Interessen und Forderungen der gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung erläutern.

Die hier folgenden Zeilen sind denn auch ein Versuch, dieses Programm darzulegen.

Gehen wir mit diesem Programm mehr zu den „unteren Schichten", zu den Massen, den Angestellten, den Arbeitern, den Bauern, nicht nur zu denen, die zu uns gehören, sondern besonders auch zu den sozialrevolutionären, den parteilosen, den unaufgeklärten Massen. Ermutigen wir sie, selbständig zu urteilen, eigene Beschlüsse zu fassen, *ihre* Delegationen in die Beratung, in die Sowjets, zur Regierung zu entsenden – dann wird unsere Arbeit nicht umsonst sein, *wie immer* der Ausgang der Beratung *auch sein mag*. Dann wird sie für die Beratung wie für die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung wie für jede politische Tätigkeit überhaupt von Nutzen sein.

Das Leben lehrt, daß das bolschewistische Programm und die bolschewistische Taktik richtig sind. Vom 20. April bis zum Kornilowputsch – „so kurze Zeit verstrich, so vieles ist geschehen".

Die eigene Erfahrung hat den *Massen*, die eigene Erfahrung hat den *unterdrückten* Klassen in dieser Zeit ungeheuer viel gegeben, während die Führer der Sozialrevolutionäre und Menschewiki sich von den Massen völlig losgelöst haben. Das wird sich am sichersten gerade an Hand eines ganz konkreten Programms zeigen, sofern es gelingt, die Diskussion über dieses Programm in die Massen zu tragen.

DAS PAKTIEREN MIT DEN KAPITALISTEN IST VERDERBLICH

1. Läßt man die Vertreter der Bourgeoisie, wenn auch nur in geringer Zahl, an der Macht, läßt man so notorische Kornilowleute wie die Generale Alexejew, Klembowski, Bagration, Gagarin usw. am Ruder oder Leute, die ihre völlige Ohnmacht gegenüber der Bourgeoisie und ihre Fähigkeit, auf bonapartistische Art zu handeln, bewiesen haben, wie Kerenski, so heißt das einerseits der Hungersnot und einer unabwendbaren Wirtschaftskatastrophe, die von den Kapitalisten vorsätzlich beschleunigt und verschärft wird, Tür und Tor öffnen, und anderseits eine militärische Katastrophe vorbereiten, denn die Armee haßt das Hauptquartier und kann nicht mit Begeisterung an einem imperialistischen Krieg teilnehmen. Außerdem werden die Kornilowschen Generale und Offiziere, wenn sie an der Macht bleiben, zweifellos *vorsätzlich den Deutschen die Front öffnen*, wie sie es mit Galizien und Riga getan haben. Verhüten kann das nur die Bildung einer neuen Regierung auf neuen Grundlagen, von denen weiter unten die Rede sein wird. Nach all dem, was wir seit dem 20. April erlebt haben, wäre jedes weitere Paktieren mit der Bourgeoisie nicht nur ein Fehler der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, sondern direkter Verrat am Volke und an der Revolution.

DIE MACHT DEN SOWJETS

2. Die gesamte Macht im Staate muß ausschließlich an die Vertreter der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten übergehen, und zwar auf Grund eines bestimmten Programms und bei voller Verantwort-

lichkeit der Machtorgane gegenüber den Sowjets. Es müssen sofort Neuwahlen zu den Sowjets vorgenommen werden, damit sowohl der gesamten Erfahrung des Volkes in den letzten, besonders inhaltsreichen Wochen der Revolution Rechnung getragen werde als auch die schreienden Ungerechtigkeiten (nichtproportionelle Wahlen, ungleiche Wahlen usw.) beseitigt werden, die an manchen Orten unkorrigiert geblieben sind.

Wo es in der Provinz noch keine demokratisch gewählten Körperschaften gibt, wie auch in der Armee, muß die gesamte Macht ausschließlich an die örtlichen Sowjets und die von ihnen gewählten Kommissare und andere, jedoch nur gewählte Körperschaften übergehen.

Allerorts und unbedingt müssen mit voller Unterstützung des Staates die Arbeiter und die revolutionären Truppen, d. h. die Truppen, die in der Tat gezeigt haben, daß sie fähig sind, die Kornilowleute niederzuschlagen, bewaffnet werden.

FRIEDEN DEN VÖLKERN

3. Die Sowjetregierung muß *unverzüglich allen* kriegführenden Völkern (d. h. gleichzeitig sowohl ihren Regierungen als auch den Arbeiter- und Bauernmassen) vorschlagen, sofort einen allgemeinen Frieden auf demokratischer Grundlage sowie auch unverzüglich einen Waffenstillstand zu schließen (sei es auch nur für drei Monate).

Die Hauptbedingung für einen demokratischen Frieden ist der Verzicht auf Annexionen (Eroberungen) – nicht in dem falschen Sinne, daß alle Mächte das Verlorene zurückgewinnen, sondern in dem einzig richtigen Sinne, daß ausnahmslos *jede* Völkerschaft, sowohl in Europa wie in den Kolonien, die Freiheit und die Möglichkeit erhält, selbst zu entscheiden, ob sie einen *separaten* Staat bilden oder einem beliebigen anderen Staat angehören will.

Zugleich mit dem Angebot der Friedensbedingungen muß die Sowjetregierung sofort selbst an deren tatsächliche Erfüllung gehen, d. h., sie muß die Geheimverträge, durch die wir auch heute noch gebunden sind, die der Zar abgeschlossen hat und die den russischen Kapitalisten die Ausplünderung der Türkei, Österreichs usw. verheißen, veröffentlichen und annullieren. Ferner müssen wir sofort die Bedingungen der Ukrainer und Finnen erfüllen, ihnen, wie allen nichtrussischen Nationalitäten in

Rußland, die volle Freiheit einschließlich der Freiheit der Lostrennung gewähren, dasselbe Prinzip auf *ganz* Armenien anwenden, müssen wir uns verpflichten, Armenien und die von uns besetzten türkischen Gebiete zu räumen, usw.

Solche Friedensbedingungen werden bei den Kapitalisten keine wohlwollende Aufnahme finden, werden aber bei allen Völkern einer so ungeheuren Sympathie begegnen und einen so gewaltigen, welthistorischen Sturm der Begeisterung und der allgemeinen Empörung über die Hinausziehung des räuberischen Krieges auslösen, daß wir höchstwahrscheinlich sofort einen Waffenstillstand und die Zustimmung zur Eröffnung von Friedensverhandlungen erhalten werden. Denn die Arbeiterrevolution gegen den Krieg wächst überall unaufhaltsam, und nicht Phrasen über den Frieden (mit denen *alle* imperialistischen Regierungen, darunter auch unsere Kerenskiregierung, die Arbeiter und Bauern seit langem betrügen), sondern nur der Bruch mit den Kapitalisten und ein Friedensangebot sind imstande, diese Revolution voranzutreiben.

Wenn das am wenigsten Wahrscheinliche eintreten sollte, d. h., wenn kein einziger kriegführender Staat auch nur auf den Waffenstillstand eingehen sollte, dann wird der Krieg unserseits tatsächlich ein aufgezwungener Krieg, tatsächlich ein gerechter Krieg, ein Verteidigungskrieg sein. Schon allein der Umstand, daß das Proletariat und die arme Bauernschaft das erkennen werden, wird Rußland auch in militärischer Hinsicht um vieles stärker machen, besonders nach dem völligen Bruch mit den Kapitalisten, die das Volk ausplündern, ganz zu schweigen davon, daß dann der Krieg unserseits nicht nur in Worten, sondern in der Tat ein Krieg im Bündnis mit den unterdrückten Klassen aller Länder, ein Krieg im Bündnis mit den unterdrückten Völkern der ganzen Welt sein wird.

Insbesondere gilt es, das Volk vor der Behauptung der Kapitalisten zu warnen, auf die mitunter besonders eingeschüchterte Leute und Spießbürger hereinfallen: daß nämlich die englischen und anderen Kapitalisten, wenn wir unser jetziges, räuberisches Bündnis mit ihnen lösen, der russischen Revolution schweren Schaden zufügen könnten. Diese Behauptung ist durch und durch verlogen, denn die „Finanzhilfe der Alliierten", die die Bankiers bereichert, „unterstützt" die russischen Arbeiter und Bauern nur so wie der Strick den Gehenkten. In Rußland gibt es genügend Getreide, Kohle, Erdöl und Eisen, und es bedarf, damit diese Produkte

richtig verteilt werden können, nur der Befreiung von den Gutsbesitzern und Kapitalisten, die das Volk ausplündern. Was aber die Möglichkeit einer militärischen Bedrohung des russischen Volkes durch seine jetzigen Verbündeten anbelangt, so ist es eine offensichtlich unsinnige Annahme, die Franzosen und die Italiener könnten ihre Truppen mit den deutschen vereinigen und sie gegen Rußland werfen, das einen gerechten Frieden angeboten hat; England, Amerika und Japan aber, selbst wenn sie Rußland den Krieg erklärten (was für sie im höchsten Maße schwierig sein würde, sowohl weil ein solcher Krieg bei den Massen außerordentlich unpopulär wäre als auch weil die materiellen Interessen der Kapitalisten dieser Länder in bezug auf die Aufteilung Asiens und insbesondere die Ausplünderung Chinas auseinandergehen), könnten Rußland nicht den hundertsten Teil des Schadens und der Leiden zufügen, die der Krieg gegen Deutschland, Österreich und die Türkei verursacht.

DER BODEN DEN WERKTÄTIGEN

4. Die Sowjetregierung muß sofort die Aufhebung des Privateigentums an den Gutsbesitzerländereien ohne Ablösung verkünden und bis zur Entscheidung durch die Konstituierende Versammlung diese Ländereien den Bauernkomitees zur Verwaltung übergeben. Denselben Bauernkomitees muß auch das Inventar der Gutsbesitzer zur Verwaltung übergeben werden, wobei es unbedingt in erster Linie den armen Bauern unentgeltlich zur Benutzung überlassen werden soll.

Diese Maßnahmen, die von der gewaltigen Mehrheit der Bauernschaft schon lange, sowohl in den Resolutionen ihrer Kongresse wie in Hunderten von örtlichen Wähleraufträgen (wie dies unter anderem auch aus der Zusammenfassung der 242 Wähleraufträge in den „Iswestija Sowjeta Krestjanskich Deputatow"[19] ersichtlich ist), gefordert werden, sind unbedingt notwendig und unaufschiebbar. Es dürfen keinerlei Verzögerungen mehr geduldet werden, unter denen die Bauernschaft zur Zeit der „Koalitions"regierung so sehr gelitten hat.

Jede Regierung, die mit der Durchführung dieser Maßnahmen zögern würde, muß als *volksfeindliche* Regierung betrachtet werden, die verdient, durch den Aufstand der Arbeiter und Bauern gestürzt und zer-

treten zu werden. Und umgekehrt, nur die Regierung, die diese Maßnahmen durchgeführt hat, wird eine Volksregierung sein.

KAMPF GEGEN HUNGER UND ZERRÜTTUNG

5. Die Sowjetregierung muß sofort im gesamtstaatlichen Maßstab die Arbeiterkontrolle über Produktion und Verbrauch einführen. Geschieht das nicht, so sind, wie die Erfahrung seit dem 6. Mai bereits gezeigt hat, alle Reformversprechen und Reformversuche wirkungslos, und dem ganzen Land drohen von Woche zu Woche mehr die Hungersnot und eine beispiellose Katastrophe.

Notwendig ist die sofortige Nationalisierung der Banken und des Versicherungswesens wie auch der wichtigsten Industriezweige (Erdöl-, Steinkohlen-, Hüttenindustrie, Zuckerindustrie usw.), zugleich mit der unbedingten Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses und der Einführung einer unablässigen Aufsicht der Arbeiter und Bauern über die verschwindende Minderheit der Kapitalisten, die sich an den Staatslieferungen bereichern und sich der Rechnungslegung und einer gerechten Besteuerung ihrer Profite und Vermögen entziehen.

Diese Maßnahmen, die weder den Mittelbauern noch den Kosaken oder den kleinen Handwerkern auch nur eine Kopeke ihres Eigentums nehmen, sind unbedingt gerecht im Interesse der gleichmäßigen Verteilung der Kriegslasten und unaufschiebbar zur Bekämpfung des Hungers. Erst wenn den marodierenden Kapitalisten Zügel angelegt sind und der vorsätzlichen Stillegung der Produktion durch sie ein Ende gemacht ist, wird es möglich sein, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht, den geregelten Austausch von Getreide gegen Industrieprodukte, den Rückfluß der vielen Milliarden Papiergeld, die jetzt von den Reichen zurückgehalten werden, in die Staatskasse sicherzustellen.

Ohne diese Maßnahmen ist auch die entschädigungslose Aufhebung des Privateigentums an den Gutsbesitzerländereien unmöglich, denn die Gutsbesitzerländereien sind zum größten Teil an die Banken verpfändet, und die Interessen der Gutsbesitzer und Kapitalisten sind unlösbar miteinander verflochten.

Die letzte Resolution der Ökonomischen Abteilung des Gesamtrussischen ZEK der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten („Rabotschaja Gaseta" Nr. 152) anerkennt nicht nur die *„Verderblichkeit"* der Regierungsmaßnahmen (wie der Erhöhung der Getreidepreise zur Bereicherung der Gutsbesitzer und Kulaken), nicht nur „die Tatsache *völliger Untätigkeit* der bei der Regierung gebildeten Zentralorgane zur Regulierung des Wirtschaftslebens", sondern sogar die *„Verletzung der Gesetze"* durch diese Regierung. Dieses Eingeständnis der Regierungsparteien, der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, zeigt ein übriges Mal das ganze Verbrechen der Politik des Paktierens mit der Bourgeoisie.

DER KAMPF GEGEN DIE KONTERREVOLUTION DER GUTSBESITZER UND KAPITALISTEN

6. Der Kornilowsche und Kaledinsche Aufstand wurde unterstützt von der gesamten Klasse der Gutsbesitzer und Kapitalisten mit der Partei der Kadetten (der „Volksfreiheit") an der Spitze. Das ist schon durch die in den „Iswestija ZIK" veröffentlichten Tatsachen völlig erwiesen.

Doch weder zur vollständigen Unterdrückung dieser Konterrevolution noch selbst zu ihrer Untersuchung ist etwas getan worden, und ohne den Übergang der Macht an die Sowjets kann auch nichts Ernsthaftes getan werden. Keine Kommission ist imstande, wenn sie nicht über Staatsgewalt verfügt, eine gründliche Untersuchung vorzunehmen, die Schuldigen zu verhaften usw. Nur die Sowjetregierung kann und muß das tun. Nur sie kann die Kornilowschen Generale und die Häuptlinge der bürgerlichen Konterrevolution (Gutschkow, Miljukow, Rjabuschinski, Maklakow und Co.) verhaften, die konterrevolutionären Verbände (die Reichsduma, die Offiziersverbände usw.) liquidieren, deren Mitglieder unter die Aufsicht der örtlichen Sowjets stellen, die konterrevolutionären Truppenteile auflösen und damit Rußland vor einer unvermeidlichen Wiederholung „kornilowscher" Anschläge schützen.

Nur die Sowjetregierung kann eine Kommission einsetzen, die die Affäre der Kornilowleute gründlich und öffentlich untersuchen würde, wie auch alle übrigen Affären, ganz gleich ob die Bourgeoisie eine Untersuchung eingeleitet hat oder nicht; und nur wenn eine solche Kommission

eingesetzt wäre, würde die Partei der Bolschewiki ihrerseits die Arbeiter auffordern, ihr unbedingt Folge zu leisten und sie zu unterstützen.

Nur die Sowjetregierung könnte erfolgreich gegen eine so schreiende Ungerechtigkeit kämpfen wie die, daß sich die Kapitalisten mittels der aus dem Volk herausgepreßten Millionen der größten Druckereien und der meisten Zeitungen bemächtigt haben. Die bürgerlichen konterrevolutionären Zeitungen („Retsch", „Russkoje Slowo"[20] usw.) müssen verboten, ihre Druckereien beschlagnahmt werden, Privatanzeigen in den Zeitungen müssen zum Staatsmonopol erklärt und der Regierungszeitung zugeleitet werden, die von den Sowjets herausgegeben wird und den Bauern die Wahrheit sagt. Nur so kann und muß der Bourgeoisie die mächtige Waffe ungestrafter Lüge und Verleumdung, des Volksbetrugs, der Irreführung der Bauernschaft, der Vorbereitung der Konterrevolution aus der Hand geschlagen werden.

DIE FRIEDLICHE ENTWICKLUNG DER REVOLUTION

7. Der Demokratie Rußlands, den Sowjets, den Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki bietet sich jetzt die in der Geschichte der Revolutionen außerordentlich seltene Möglichkeit, die Einberufung der Konstituierenden Versammlung zur angesetzten Zeit ohne neue Verschleppungen zu gewährleisten, die Möglichkeit, das Land vor der Gefahr einer militärischen und wirtschaftlichen Katastrophe zu bewahren, die Möglichkeit, eine friedliche Entwicklung der Revolution zu sichern.

Wenn die Sowjets jetzt die Staatsmacht ganz und ungeteilt in ihre Hände nehmen, um das oben dargelegte Programm durchzuführen, so ist ihnen nicht nur die Unterstützung von neun Zehnteln der Bevölkerung Rußlands, der Arbeiterklasse und der ungeheuren Mehrheit der Bauernschaft, sicher. Den Sowjets ist auch der gewaltige revolutionäre Enthusiasmus der Armee und der Mehrheit des Volkes sicher, jener Enthusiasmus, ohne den der Sieg über den Hunger und über den Krieg unmöglich ist.

Von einem Widerstand gegen die Sowjets könnte jetzt überhaupt keine Rede sein, wenn es ihrerseits keine Schwankungen gäbe. Keine Klasse wird es wagen, einen Aufstand gegen die Sowjets zu entfachen, und die durch die Erfahrung des Kornilowputsches belehrten Gutsbesitzer und

Kapitalisten werden angesichts einer ultimativen Forderung der Sowjets die Macht friedlich abtreten. Um den Widerstand der Kapitalisten gegen das Programm der Sowjets zu überwinden, wird es genügen, die Ausbeuter unter die Aufsicht der Arbeiter und Bauern zu stellen und über die Widersetzlichen solche Strafen zu verhängen wie die Beschlagnahme des gesamten Vermögens, verbunden mit einer kurzen Haft.

Durch die Übernahme der ganzen Macht könnten die Sowjets jetzt noch – und wahrscheinlich ist das die letzte Chance – die friedliche Entwicklung der Revolution sichern, die friedliche Wahl der Deputierten durch das Volk, den friedlichen Kampf der Parteien innerhalb der Sowjets, die Erprobung der Programme der verschiedenen Parteien durch die Praxis, den friedlichen Übergang der Macht aus den Händen einer Partei in die einer anderen.

Läßt man diese Möglichkeit ungenutzt, so zeigt der ganze Entwicklungsgang der Revolution, angefangen von der Bewegung des 20. April bis zum Kornilowputsch, daß der schärfste Bürgerkrieg zwischen Bourgeoisie und Proletariat unvermeidlich wird. Die unabwendbare Katastrophe wird diesen Krieg näher bringen. Er wird, wie alle dem menschlichen Verstand zugänglichen Tatsachen und Erwägungen zeigen, mit einem vollen Sieg der Arbeiterklasse enden müssen, die bei der Durchführung des dargelegten Programms von der armen Bauernschaft unterstützt wird, aber dieser Krieg kann sich als sehr schwer und sehr blutig erweisen, er kann Zehntausenden Gutsbesitzern und Kapitalisten und mit ihnen sympathisierenden Offizieren das Leben kosten. Das Proletariat wird keine Opfer scheuen, um die Revolution zu retten, die anders als durch das dargelegte Programm nicht gerettet werden kann. Das Proletariat würde aber die Sowjets mit allen Mitteln unterstützen, würden sie ihre letzte Chance einer friedlichen Entwicklung der Revolution wahrnehmen.

Geschrieben in der ersten Septemberhälfte 1917.

Veröffentlicht am 9. und 10. Oktober (26. und 27. September) 1917 im „Rabotschi Put" Nr. 20 und 21. Unterschrift: N. K.

Nach dem Text des „Rabotschi Put".

BRIEF AN DEN VORSITZENDEN DES GEBIETSKOMITEES DER ARMEE, DER FLOTTE UND DER ARBEITER FINNLANDS I. T. SMILGA

An Genossen Smilga.

Ich benutze die günstige Gelegenheit, um mich mit Ihnen ausführlicher zu unterhalten.

1

Die allgemeine politische Lage beunruhigt mich sehr. Der Petrograder Sowjet und die Bolschewiki haben der Regierung den Krieg erklärt. Aber die Regierung hat das Heer und bereitet sich *systematisch* vor (Kerenski ist im Hauptquartier, es ist klar, daß er sich mit den Kornilowleuten über Truppen zur Niederwerfung der Bolschewiki verständigt, und zwar *sachlich*).

Und was tun wir? Nehmen wir nur Resolutionen an? Wir verlieren Zeit, setzen „Termine" fest (am 20. Oktober ist der Sowjetkongreß – ist es nicht lächerlich, die Sache so aufzuschieben? Ist es nicht lächerlich, sich darauf zu verlassen?). Eine systematische Arbeit, um *ihre* militärischen Kräfte auf den Sturz Kerenskis vorzubereiten, betreiben die Bolschewiki *nicht*.

Die Ereignisse haben vollauf die Richtigkeit des Vorschlags bestätigt, den ich in der Zeit der Demokratischen Beratung machte, nämlich daß die Partei den bewaffneten Aufstand auf die Tagesordnung setzen *muß*.* Die Ereignisse *zwingen* dazu. Die Geschichte hat jetzt zur wichtigsten *politischen* Frage die *militärische* Frage gemacht. Ich fürchte, die Bolschewiki, die in „Tagesfragen", in kleinen laufenden Angelegenheiten aufgehen und darauf „*hoffen*", daß „die Welle Kerenski hinwegfegen wird", vergessen das. Eine solche Hoffnung ist naiv, das ist, als wollte man sich

* Siehe den vorliegenden Band, S. 1–3. *Die Red.*

aufs „vielleicht" verlassen. Wollte sich die Partei des revolutionären Proletariats so verhalten, so kann das ein Verbrechen sein.

Meines Erachtens muß man in der Partei für eine ernste Behandlung der Frage des bewaffneten Aufstands agitieren – zu diesem Zweck sollte man auch diesen Brief auf der Maschine abschreiben und den Petrograder und Moskauer Genossen zustellen.

2

Weiter über Ihre Rolle. Es scheint, das einzige, was wir *ganz* in unseren Händen haben können und was eine *ernste* militärische Rolle spielt, das sind die finnländischen Truppen und die Baltische Flotte. Ich denke, Sie müßten Ihren hohen Posten ausnutzen, die ganze Kleinarbeit, die ganze Routinearbeit auf Ihre Gehilfen und Sekretäre abwälzen, Sie sollten keine Zeit mit „Resolutionen" vergeuden, sondern Ihre *ganze Aufmerksamkeit* der *militärischen* Vorbereitung der finnländischen Truppen + Flotte auf den bevorstehenden Sturz Kerenskis widmen. Man muß ein *Geheim*komitee aus den *zuverlässigsten* Militärs bilden und mit ihm *alle Seiten* der Sache besprechen, die genauesten Informationen über die Zusammensetzung und die Standorte der Truppen bei Petrograd und in Petrograd, über den Transport der finnländischen Truppen nach Petrograd, über die Bewegung der Flotte usw. sammeln (und *selbst* nachprüfen).

Wir können uns als die Genarrten erweisen, wenn wir das nicht tun: mit prächtigen Resolutionen und mit den Sowjets, aber *ohne die Macht!!* Ich denke, daß es Ihnen möglich sein wird, wirklich zuverlässige und erfahrene Militärs zu finden, nach Ino[21] und anderen wichtigen Punkten zu fahren, die Sache *ernsthaft* abzuwägen und zu studieren, ohne sich auf die bei uns *allzusehr zur Gewohnheit gewordenen* prahlerischen allgemeinen Phrasen zu verlassen.

Daß wir *auf keinen Fall* den Abtransport von Truppen aus Finnland zulassen dürfen, ist klar. Es ist besser, *alles* zu wagen, den Aufstand, die Ergreifung der Macht – um sie dem Sowjetkongreß in die Hände zu legen. Ich lese heute in den Zeitungen, daß schon in zwei Wochen die Gefahr einer Truppenlandung gleich Null sein wird. Folglich ist nur ganz wenig Zeit zur Vorbereitung geblieben.

3

Weiter. Die „Macht" in Finnland muß ausgenutzt werden für eine systematische Propaganda unter den Kosaken, die sich hier in Finnland befinden. Einen Teil von ihnen haben Kerenski und Co. absichtlich, z. B. aus Wiborg, aus Angst vor der „Bolschewisierung" abtransportiert und nach Uusikirkko und Perkjärvi, zwischen Wiborg und Terijoki, in eine (vor den Bolschewiki) sichere Isolierung gebracht. Man muß alle Informationen über die Standorte der Kosaken studieren und die Entsendung von *Agitatorentrupps* aus den besten Kräften der Matrosen und Soldaten Finnlands zu ihnen organisieren. Das ist notwendig. Dasselbe gilt für die Literatur.

4

Weiter. Natürlich erhalten sowohl Matrosen wie Soldaten Urlaub. Man muß aus den zeitweilig aufs Land Beurlaubten Agitatorentrupps zusammenstellen, die systematisch alle Gouvernements bereisen und auf dem Lande agitieren, und zwar sowohl im allgemeinen als auch für die Konstituierende Versammlung. Ihre Lage ist außerordentlich günstig, denn Sie können sofort *beginnen*, den Block mit den linken Sozialrevolutionären zu verwirklichen, der allein uns die feste Macht in Rußland und die Mehrheit in der Konstituierenden Versammlung sichern kann. Solange man noch herumstreitet, bilden Sie sofort bei sich einen solchen *Block*, organisieren Sie die Herausgabe von Flugblättern (stellen Sie fest, was dafür und für ihren Transport nach Rußland in technischer Hinsicht getan werden kann), und dann wird es notwendig sein, daß jede Agitatorengruppe für das Land aus mindestens *zwei* Leuten besteht: einem Bolschewik und einem linken Sozialrevolutionär. Auf dem Lande herrscht vorläufig die „Firma" der Sozialrevolutionäre, und Sie müssen Ihr Glück nutzen (bei Ihnen gibt es linke Sozialrevolutionäre), um *im Namen dieser* Firma auf dem Lande einen Block der Bolschewiki mit den *linken* Sozialrevolutionären, der Bauern mit den Arbeitern und nicht mit den Kapitalisten zustande zu bringen.

5

Meines Erachtens muß man zur richtigen Orientierung der Geister sofort folgende Losung in Umlauf setzen: Die Macht muß sofort in die

Hände des Petrograder Sowjets übergehen, *der sie* dem Sowjetkongreß *übergeben wird*. Denn wozu soll man noch drei Wochen des Krieges und der „kornilowschen Vorbereitungen" Kerenskis hinnehmen.

Die *Propagierung* dieser Losung durch die Bolschewiki und die linken Sozialrevolutionäre in Finnland kann nur von Nutzen sein.

6

Da Sie in Finnland an der Spitze der „Macht" stehen, so fällt Ihnen noch eine sehr wichtige, wenn auch bescheidene Aufgabe zu: den illegalen Literaturversand *aus* Schweden zu organisieren. Tun wir das nicht, so ist alles Gerede über die „Internationale" eine *Phrase*. Das zu organisieren ist durchaus möglich: erstens durch Bildung einer eigenen Organisation *aus Soldaten* an der Grenze; zweitens, wenn man das nicht kann, dadurch, daß man *regelmäßige Reisen* wenigstens *eines* zuverlässigen Menschen an jenen Ort organisiert, an dem ich mit Hilfe *des Mannes, bei dem ich* vor dem Eintreffen in Helsingfors *einen Tag gewohnt habe* (Rovio kennt ihn), anfing, den Transport in Gang zu bringen. Vielleicht müßte man mit Geld etwas aushelfen. Leiten Sie das unbedingt in die Wege!

7

Ich denke, wir müßten uns treffen, um über diese Dinge zu sprechen. Sie würden, wenn Sie kämen, kaum einen Tag verlieren, wenn Sie aber kommen, *nur* um mich zu sehen, so veranlassen Sie Rovio, bei Huttunen telefonisch anzufragen, ob die „Schwägerin" Rovios (die „Schwägerin" sind Sie) die „Schwester" Huttunens (die Schwester bin ich) treffen kann. Denn es kann sein, daß ich sehr plötzlich abreise.

Bestätigen Sie mir unbedingt den Empfang dieses Briefes *(verbrennen Sie ihn)* durch denselben Genossen, der diesen Brief Rovio übergeben wird und *der bald zurückfährt*.

Für den Fall, daß ich lange hier bleiben sollte, müssen wir die Postverbindung organisieren: *Sie könnten* dabei *behilflich sein*, indem Sie den Eisenbahnangestellten Sendungen für den Wiborger *Sowjet* (Innenkuvert: für Huttunen) übergeben.

8

Schicken Sie mir durch denselben Genossen einen Ausweis (möglichst formell: auf dem Formular des Gebietskomitees, mit der Unterschrift des Vorsitzenden, gestempelt, entweder mit Maschine oder aber *sehr deutlich* geschrieben) auf den Namen Konstantin Petrowitsch Iwanow, in dem es heißt, daß der Vorsitzende des Gebietskomitees für diesen Genossen bürgt, daß er *alle Sowjets*, sowohl den **Wiborger** Sowjet der Soldatendeputierten als auch die übrigen, bittet, ihm *volles* Vertrauen entgegenzubringen, ihm Hilfe und Unterstützung zu gewähren.

Ich brauche das für *jeden* Fall, denn möglich ist sowohl ein „Konflikt" wie eine „Begegnung".

9

Besitzen Sie vielleicht das Moskauer Sammelbändchen „Zur Revision des Parteiprogramms"[22]? Versuchen Sie, es bei irgend jemand in Helsingfors aufzutreiben, und schicken Sie es mir durch denselben Genossen.

10

Vergessen Sie nicht, Rovio ist ein ausgezeichneter Mensch, aber ein *Faulpelz*. Man muß hinter ihm her sein und ihn zweimal am Tag *erinnern*. Sonst tut er nichts.

Mit Gruß K. *Iwanow*

Geschrieben am 27. September (10. Oktober) 1917.

Zuerst veröffentlicht am 7. November 1925 in der „Prawda" Nr. 255.

Nach dem Manuskript.

Российская Соціалъ-Демократическая Рабочая Партія.

Цѣна 20 коп.

Пролетаріи всѣхъ странъ, соединяйтесь!

Центральный органъ Р. С.-Д. Р. П.

РАБОЧІЙ ПУТЬ

№ 30 Суббота ЕЖЕДНЕВНАЯ ГАЗЕТА 20-го Октября (7-го октября ст. ст.) 1917 г.

Товарищи рабочіе, солдаты и крестьяне! Готовьтесь къ Всероссійскому Съѣзду Совѣтовъ на 28-ое октября! Немедленно созывайте Областные Съѣзды Совѣтовъ!

Сегодня въ номерѣ

Кризисъ назрѣлъ

Отъ редакціи.

Erste Seite des „Rabotschi Put" Nr. 30 vom 20. (7.) Oktober 1917, mit W. I. Lenins Artikel „Die Krise ist herangereift"

Verkleinert

DIE KRISE IST HERANGEREIFT[23]

I

Kein Zweifel, die letzten Septembertage brachten uns einen gewaltigen Umschwung in der Geschichte der russischen Revolution und allem Anschein nach auch der Weltrevolution.

Die internationale Arbeiterrevolution begann mit dem Auftreten einzelner, die selbstlos und mutig all das vertraten, was vom verfaulten offiziellen „Sozialismus" – in Wirklichkeit Sozialchauvinismus – an Ehrlichem übriggeblieben war. Liebknecht in Deutschland, Adler in Österreich, Maclean in England, das sind die bekanntesten Namen dieser vereinzelten Helden, die die schwere Rolle der Vorboten der Weltrevolution auf sich nahmen.

Die zweite Etappe in der geschichtlichen Vorbereitung dieser Revolution war die Gärung in den breiten Massen, die zum Ausdruck kam sowohl in der Spaltung der offiziellen Parteien als auch in der Herausgabe illegaler Literatur und in Straßendemonstrationen. Der Protest gegen den Krieg erstarkte – die Zahl der Opfer der Regierungsrepressalien stieg. Die Gefängnisse der sich ihrer Gesetzlichkeit und sogar ihrer Freiheit rühmenden Länder, die Gefängnisse Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Englands, füllten sich mit Dutzenden und Hunderten von Internationalisten, Kriegsgegnern, Anhängern der Arbeiterrevolution.

Jetzt hat die dritte Etappe begonnen, die als Vorabend der Revolution bezeichnet werden kann. Die Massenverhaftungen der Parteiführer im freien Italien und besonders die ersten *militärischen Aufstände* in Deutschland, das sind unzweifelhafte Anzeichen des großen Umschwungs, Anzeichen des *Vorabends der Revolution* im Weltmaßstab.

Zweifellos gab es in Deutschland auch früher schon vereinzelte Fälle von Meutereien in der Armee, aber sie waren so unbedeutend, so zersplittert, so schwach, daß man sie vertuschen, verschweigen und so vor allem die *Ansteckung der Massen* durch sie verhindern konnte. Endlich reifte nun in der Flotte eine Bewegung heran, die sogar bei der Strenge des deutschen militärischen Zuchthausregimes, trotz der bis ins einzelne ausgearbeiteten und mit unglaublicher Pedanterie durchgeführten Maßregeln, *nicht* mehr vertuscht, nicht mehr totgeschwiegen werden *konnte*.

Es kann keinen Zweifel geben. Wir stehen an der Schwelle der proletarischen Weltrevolution. Und da wir russischen Bolschewiki als einzige von allen proletarischen Internationalisten aller Länder uns einer verhältnismäßig sehr großen Freiheit erfreuen, eine legale Partei und gegen zwei Dutzend Zeitungen besitzen, die hauptstädtischen Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten auf unserer Seite haben, in einer revolutionären Zeit die *Mehrheit* der Volksmassen auf unserer Seite haben, können und müssen auf uns wahrhaftig die Worte Anwendung finden: Wem viel gegeben ist, von dem wird man viel fordern.

II

In Rußland ist die Revolution zweifellos an ihrem Wendepunkt angelangt.

In diesem Bauernland, unter einer revolutionären, republikanischen Regierung, die unterstützt wird von den Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die gestern noch in der kleinbürgerlichen Demokratie die Vorherrschaft hatten, wächst ein *Bauernaufstand* heran.

Das ist unglaublich, aber es ist eine Tatsache.

Uns Bolschewiki überrascht diese Tatsache nicht, wir haben schon immer gesagt, daß die Regierung der berüchtigten „Koalition" mit der Bourgeoisie eine Regierung des *Verrats* am Demokratismus und an der Revolution ist, eine Regierung des *imperialistischen* Gemetzels, eine Regierung zum *Schutz* der Kapitalisten und Gutsbesitzer *vor* dem Volk.

Infolge des Betrugs der Sozialrevolutionäre und Menschewiki gab und gibt es in Rußland, in der Republik, in der Zeit der Revolution, neben den Sowjets eine Regierung der Kapitalisten und Gutsbesitzer. Das ist die

bittere und unheilvolle Wirklichkeit. Was Wunder, wenn in Rußland angesichts der unerhörten Leiden, die die Verlängerung des imperialistischen Krieges und seine Folgen dem Volke bringen, ein Bauernaufstand begonnen hat und um sich greift?

Was Wunder, wenn Gegner der Bolschewiki, die Führer der *offiziellen* Partei der Sozialrevolutionäre, der Partei, die die „Koalition" immer unterstützt hat, der Partei, die noch bis zu den letzten Tagen oder Wochen die Mehrheit des Volkes auf ihrer Seite hatte, der Partei, die nach wie vor die „neuen" Sozialrevolutionäre beschimpft und bekämpft, die sich überzeugt haben, daß die Koalitionspolitik Verrat an den Interessen der Bauernschaft ist – was Wunder, wenn diese Führer der offiziellen Partei der Sozialrevolutionäre am 29. September in einem redaktionellen Leitartikel des „Delo Naroda", ihres offiziellen Organs, schreiben:

„Fast nichts wurde bisher getan zur Beseitigung jener Knechtschaftsverhältnisse, die noch immer im Dorfe besonders Zentralrußlands herrschen ... Das Gesetz über die Regelung der Bodenverhältnisse im Dorfe, das seit langem schon der Provisorischen Regierung vorliegt und sogar das Fegefeuer des juristischen Beirats glücklich passiert hat, ist irgendwo in den Schreibstuben hoffnungslos steckengeblieben ... Haben wir nicht recht, wenn wir behaupten, daß unsere republikanische Regierung sich noch bei weitem nicht frei gemacht hat von den alten Gewohnheiten der zaristischen Verwaltung, daß die Stolypinschen Gewaltmethoden kräftig weiterleben in den Methoden der revolutionären Minister?"

Das schreiben die offiziellen Sozialrevolutionäre! Man überlege nur: Die Anhänger der Koalition sind *gezwungen* zuzugeben, daß nach sieben Monaten Revolution in einem Bauernland „fast nichts getan ist zur Beseitigung der Knechtschaft" der Bauern, ihrer Knechtung durch die Gutsbesitzer! Diese Sozialrevolutionäre sind *gezwungen*, ihren Kollegen Kerenski und seine ganze Ministerbande *Stolypinisten* zu nennen.

Kann es ein beredteres Zeugnis aus dem Lager unserer Gegner geben, das nicht nur bestätigt, daß die Koalition zusammengebrochen ist, nicht nur, daß die offiziellen Sozialrevolutionäre, die Kerenski dulden, eine *volksfeindliche, bauernfeindliche, konterrevolutionäre* Partei geworden sind, sondern auch, daß die ganze russische Revolution an einem Wendepunkt steht?

Ein Bauernaufstand in einem Bauernland gegen die Regierung des Sozialrevolutionärs Kerenski, der Menschewiki Nikitin und Gwosdew und anderer Minister, die das Kapital und die Interessen der Gutsbesitzer vertreten! Niederschlagung dieses Aufstands durch *militärische Maßnahmen* einer republikanischen Regierung!

Kann man angesichts solcher Tatsachen noch ehrlicher Freund des Proletariats sein und zugleich bestreiten, daß die Krise herangereift ist, daß die Revolution einen gewaltigen Umschwung durchmacht, daß der Sieg der Regierung über den Bauernaufstand jetzt das endgültige Begräbnis der Revolution, der endgültige Triumph des Kornilowsystems wäre?

III

Es ist vollkommen klar: wenn es in einem Bauernland nach sieben Monaten demokratischer Republik zu einem Bauernaufstand kommt, so beweist das unwiderlegbar den gesamtnationalen Zusammenbruch der Revolution, so beweist das, daß die Revolution eine unerhörte Krise durchmacht und daß die konterrevolutionären Kräfte jetzt *aufs Ganze* gehen.

Das ist vollkommen klar. Angesichts einer solchen Tatsache wie des Bauernaufstands hätten alle anderen politischen Symptome, selbst wenn sie diesem Heranreifen der gesamtnationalen Krise widersprächen, nicht die geringste Bedeutung.

Aber alle Symptome weisen im Gegenteil gerade darauf hin, daß die gesamtnationale Krise herangereift ist.

Nach der Agrarfrage ist im gesamtstaatlichen Leben Rußlands, insbesondere für die kleinbürgerlichen Bevölkerungsmassen, die nationale Frage von besonders großer Bedeutung. Und wir sehen, daß auf der von Herrn Zereteli und Co. zusammengeschobenen „Demokratischen" Beratung die „nationale" Kurie in bezug auf Radikalismus an zweiter Stelle steht, sie steht hinsichtlich des Prozentsatzes der *gegen* die Koalition abgegebenen Stimmen (40 von 55) nur den Gewerkschaften nach und *übertrifft* die Kurie der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Aus Finnland zieht die Regierung Kerenski, die Regierung der Niederwerfung des Bauernaufstands, die revolutionären Truppen ab, um die reaktionäre finnische Bourgeoisie zu stärken. In der Ukraine häufen

sich die Konflikte der Ukrainer im allgemeinen und der ukrainischen Truppen im besonderen mit der Regierung.

Nehmen wir weiter die Armee, die in Kriegszeiten eine für das ganze staatliche Leben besonders große Rolle spielt. Wir sahen die völlige *Abkehr* der finnländischen Truppen und der Baltischen Flotte von der Regierung. Wir haben das Zeugnis des Offiziers Dubassow, eines Nicht-Bolschewiken, der im Namen der ganzen Front spricht und revolutionärer als alle Bolschewiki erklärt, daß die Soldaten nicht weiterkämpfen werden.[24] Wir lesen in den Regierungsberichten, daß die Stimmung der Soldaten „nervös" sei, daß für die „Ordnung" (d. h. für die Beteiligung dieser Truppen an der Unterdrückung des Bauernaufstands) keine Gewähr bestehe. Wir haben endlich die Wahlen in Moskau, wo von 17 000 Soldaten 14 000 für die Bolschewiki stimmen.

Überhaupt ist das Stimmenverhältnis bei den Bezirksdumawahlen in Moskau eines der auffallendsten Symptome für den tiefgreifenden Umschwung in der Stimmung der ganzen Nation. Daß Moskau kleinbürgerlicher ist als Petrograd, ist allgemein bekannt. Daß das Moskauer Proletariat unvergleichlich engere Beziehungen zum flachen Lande, viel mehr bäuerliche Sympathien hat, den Stimmungen der Bauern im Dorfe viel näher ist, ist eine oft bestätigte und unbestreitbare Tatsache.

Und nun sinkt in Moskau die Stimmenzahl der Sozialrevolutionäre und Menschewiki von 70 Prozent im Juni auf 18 Prozent. Das Kleinbürgertum hat sich von der Koalition abgewandt, das Volk hat sich von ihr abgewandt, daran ist nicht zu zweifeln. Der Stimmenanteil der Kadetten stieg von 17 Prozent auf 30 Prozent, aber sie sind in der Minderheit, einer hoffnungslosen Minderheit, geblieben, obwohl die „rechten" Sozialrevolutionäre und die „rechten" Menschewiki sich ihnen offenkundig angeschlossen haben. Und die „Russkije Wedomosti"[25] sagen, daß die *absolute* Stimmenzahl der Kadetten von 67 000 auf 62 000 gefallen ist. Nur die Stimmenzahl der Bolschewiki ist von 34 000 auf 82 000 gestiegen. Sie erhielten 47 Prozent aller Stimmen. Daß wir jetzt zusammen mit den linken Sozialrevolutionären die Mehrheit sowohl in den Sowjets wie in der Armee wie *im Lande* haben, daran kann nicht der geringste Zweifel bestehen.

Zu den Symptomen, die nicht nur symptomatische, sondern auch eine sehr reale Bedeutung haben, gehört ferner die Tatsache, daß das Heer der

Eisenbahner und Postangestellten, das von gewaltiger allgemein-wirtschaftlicher, allgemein-politischer und militärischer Bedeutung ist, sich nach wie vor in scharfem Konflikt mit der Regierung befindet, wobei sogar die menschewistischen Vaterlandsverteidiger mit „ihrem" Minister Nikitin unzufrieden sind, während die offiziellen Sozialrevolutionäre Kerenski und Co. „Stolypinisten" nennen. Ist es nicht klar, daß eine solche „Unterstützung" der Regierung durch die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, wenn überhaupt, nur negative Bedeutung haben kann?

IV

. . . . . .

V

Ja, die Führer des Zentralexekutivkomitees verfolgen eine richtige Taktik zur Verteidigung der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer. Und es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die Bolschewiki, ließen sie sich in die Falle konstitutioneller Illusionen, des „Glaubens" an den Sowjetkongreß und an die Einberufung der Konstituierenden Versammlung, des „Abwartens" des Sowjetkongresses usw. locken, *erbärmliche Verräter* an der Sache des Proletariats wären.

Sie wären Verräter, denn sie würden durch ihr Verhalten die deutschen revolutionären Arbeiter verraten, die in der Flotte einen Aufstand begonnen haben. Unter solchen Umständen ist ein „Abwarten" des Sowjetkongresses usw. *Verrat am Internationalismus*, Verrat an der Sache der internationalen sozialistischen Revolution.

Denn der Internationalismus besteht nicht in Phrasen, nicht in Solidaritätsbeteuerungen, nicht in Resolutionen, sondern in *Taten*.

Die Bolschewiki wären Verräter an der *Bauernschaft*, denn die Niederwerfung des Bauernaufstands durch eine Regierung dulden, die *sogar* das „Delo Naroda" mit den Stolypinleuten vergleicht, heißt die ganze Revolution *zugrunde richten*, sie für immer und unwiderruflich zugrunde richten. Man zetert über Anarchie, über wachsende Gleichgültigkeit der Massen: wie sollten auch die Massen den Wahlen nicht gleichgültig

gegenüberstehen, wenn die Bauernschaft *in einen Aufstand getrieben* wird und die sogenannte „revolutionäre Demokratie" seine militärische Niederwerfung geduldig hinnimmt!!

Die Bolschewiki wären Verräter an der Demokratie und an der Freiheit, denn die Niederwerfung des Bauernaufstands in einem solchen Augenblick dulden *heißt* zulassen, daß die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung *genau ebenso* – und noch schlimmer, gröber – verfälscht werden, wie die „Demokratische Beratung" und das „Vorparlament" verfälscht wurden.

Die Krise ist herangereift. Die ganze Zukunft der russischen Revolution steht auf dem Spiel. Es geht um die Ehre der bolschewistischen Partei. Die ganze Zukunft der internationalen Arbeiterrevolution für den Sozialismus steht auf dem Spiel.

Die Krise ist herangereift . . .

29. September 1917

Bis hierher kann gedruckt werden. Das Weitere *zur Verteilung* an die Mitglieder *des Zentralkomitees, des Petrograder Komitees, des Moskauer Komitees* und *der Sowjets.*

VI

Was also tun? Man muß „aussprechen was ist"*, die Wahrheit zugeben, daß bei uns im ZK und in den Parteispitzen eine Strömung oder Meinung existiert, die für das *Abwarten* des Sowjetkongresses, *gegen* die sofortige Machtergreifung, *gegen* den sofortigen Aufstand ist. Diese Strömung oder Meinung muß *niedergekämpft* werden.[26]

Sonst würden sich die Bolschewiki auf ewig *mit Schmach bedecken* und als Partei *erledigt* sein.

Denn einen solchen Augenblick verpassen und den Sowjetkongreß „abwarten" ist *vollendete Idiotie* oder *vollendeter Verrat.*

Ein vollendeter Verrat an den deutschen Arbeitern. Wir können doch nicht warten, bis sie die Revolution *beginnen!!* Dann werden auch die

* „aussprechen was ist" bei Lenin deutsch. *Die Red.*

Liberdan für ihre „Unterstützung" sein. Sie *kann* aber *nicht* beginnen, solange Kerenski, Kischkin und Co. an der Macht sind.

Ein vollendeter Verrat an der Bauernschaft. Die Niederwerfung des Bauernaufstands zulassen, obwohl wir beide *hauptstädtischen* Sowjets in Händen haben, heißt jedes Vertrauen der Bauern *verlieren* und *verdientermaßen verlieren*, heißt sich in den Augen der Bauern mit den Liberdan und den anderen Schuften auf eine Stufe stellen.

Den Sowjetkongreß „abwarten" ist vollendete Idiotie, denn das heißt *Wochen* verlieren, Wochen und sogar Tage aber entscheiden jetzt *alles*. Das heißt der Machtergreifung feige *entsagen*, denn am 1.–2. November wird sie unmöglich sein (sowohl politisch als auch technisch: man wird für den Tag des so einfältig „angesetzten"* Aufstands Kosaken bereithalten).

Den Sowjetkongreß „abwarten" ist Idiotie, denn der Kongreß **wird nichts ergeben,** *kann nichts ergeben!*

Die „moralische" Bedeutung? Erstaunlich!! Die „Bedeutung" von Resolutionen und von Unterhaltungen mit den Liberdan, während wir wissen, daß die Sowjets *für* die Bauern sind und daß man den Bauernaufstand *niederschlägt!!* Dadurch degradieren wir die *Sowjets* zu erbärmlichen Schwatzbuden. Schlagt erst Kerenski, dann beruft den Kongreß ein.

Der Sieg des Aufstands ist den Bolschewiki jetzt *sicher*: 1. wir können** (wenn wir nicht auf den Sowjetkongreß „warten") *plötzlich* und von drei Stellen aus, in Petrograd, Moskau und der Baltischen Flotte, losschlagen; 2. wir haben Losungen, die uns Unterstützung gewährleisten: Nieder mit der Regierung, die den Aufstand der Bauern gegen die Gutsbesitzer unterdrückt! 3. wir haben die Mehrheit *im Lande*; 4. die Menschewiki und Sozialrevolutionäre sind in voller Auflösung; 5. wir haben die technische Möglichkeit, die Macht in Moskau zu ergreifen (Moskau könnte sogar beginnen, um den Feind durch Überraschung zu überrum-

* Den Sowjetkongreß zum 20. Oktober „einberufen", damit er die „Machtergreifung" beschließe – was ist das anderes als ein einfältiges „Ansetzen" des Aufstands?? Jetzt können wir die Macht ergreifen, am 20.–29. Oktober wird man das nicht mehr zulassen.

** Was hat die Partei zum *Studium* der Standortverteilung der Truppen usw., zur Durchführung des Aufstands als „Kunst" getan? Nur Reden im ZEK u. ä.!!

peln); 6. wir haben in Petrograd *Tausende* bewaffneter Arbeiter und Soldaten, die *mit einem Schlage* den Winterpalast, den Generalstab, die Telefonzentrale und alle großen Druckereien besetzen können; von dort kann man uns nicht mehr vertreiben – und in der *Armee* wird eine solche Agitation einsetzen, daß es *unmöglich* sein wird, gegen diese Regierung des Friedens, des Bodens für die Bauern usw. zu kämpfen.

Wenn wir gleichzeitig und plötzlich von drei Stellen aus losschlagen, in Petrograd, in Moskau und in der Baltischen Flotte, so werden wir mit 99 Prozent Wahrscheinlichkeit mit geringeren Opfern siegen, als der 3.–5. Juli gekostet hat, denn *die Truppen werden nicht* gegen die Regierung des Friedens *marschieren*. Selbst wenn Kerenski *jetzt schon* „zuverlässige" Kavallerie usw. in Petrograd hat, wird er gezwungen sein, *sich zu ergeben*, wenn wir von zwei Seiten den Schlag führen und die Armee *mit uns* sympathisiert. Ergreifen wir selbst bei so günstigen Aussichten, wie sie jetzt bestehen, nicht die Macht, so wird alles Reden, daß die Macht den Sowjets gehören müsse, zur *Lüge*.

Jetzt die Macht nicht ergreifen, „warten", im ZEK schwatzen, sich auf den „Kampf um das Organ" (des Sowjets), auf den „Kampf für den Kongreß" beschränken heißt die *Revolution zugrunde richten*.

Wenn ich sehe, daß das ZK meine Vorstellungen in diesem Sinne seit dem Beginn der Demokratischen Beratung *nicht einmal beantwortet*, daß das Zentralorgan aus meinen Artikeln die Hinweise auf so himmelschreiende Fehler der Bolschewiki *streicht* wie den schmachvollen Beschluß der Beteiligung am Vorparlament, wie die Überlassung von Sitzen im Präsidium des Sowjets an die Menschewiki usw. usf., so muß ich darin einen „zarten" Wink erblicken, daß das ZK diese Frage nicht einmal zu erörtern wünscht, einen zarten Wink, den Mund zu halten und mich zu entfernen.

Ich bin gezwungen, *meinen Austritt aus dem ZK zu beantragen*, was ich hiermit tue, und mir die Freiheit der Agitation *in den unteren* Parteiorganisationen und auf dem Parteitag vorzubehalten.

Denn es ist meine tiefste Überzeugung, daß wir die Revolution *zugrunde richten*, wenn wir den Sowjetkongreß „abwarten" und jetzt den Augenblick verpassen.

29. IX. *N. Lenin*

PS: Eine ganze Reihe von Tatsachen hat gezeigt, daß *sogar* die Kosakentruppen gegen eine Regierung des Friedens nicht marschieren werden! Und wie viele sind es? Wo sind sie? Und wird nicht die ganze Armee Truppen *für* uns stellen?

Kapitel I–III und V veröffentlicht am 20. (7.) Oktober 1917 im „Rabotschi Put" Nr. 30; Kapitel VI zuerst veröffentlicht 1924.

Kapitel I–III nach dem Zeitungstext, Kapitel V und VI nach dem Manuskript.

WERDEN DIE BOLSCHEWIKI DIE STAATSMACHT BEHAUPTEN?[27]

Geschrieben Ende September –
1. (14.) Oktober 1917.
Veröffentlicht im Oktober 1917
in der Zeitschrift „Prosweschtschenije"
Nr. 1–2.

Nach dem Text der Zeitschrift.

VORWORT ZUR ZWEITEN AUFLAGE

Die vorliegende Broschüre wurde, wie aus dem Text ersichtlich, Ende September geschrieben und am 1. Oktober 1917 abgeschlossen.

Die Revolution vom 25. Oktober hat die in dieser Broschüre aufgerollte Frage aus dem Bereich der Theorie in den Bereich der Praxis verlegt.

Nicht durch Worte, sondern durch Taten muß diese Frage jetzt beantwortet werden. Die theoretischen Argumente gegen die bolschewistische Staatsmacht stehen auf äußerst schwachen Füßen. Diese Argumente sind schlagend widerlegt worden.

Jetzt besteht die Aufgabe darin, durch die *Praxis* der führenden Klasse – des Proletariats – die Lebensfähigkeit der Arbeiter- und Bauernregierung zu beweisen. Alle klassenbewußten Arbeiter, alle lebendigen und aufrechten Elemente in der Bauernschaft, alle Werktätigen und Ausgebeuteten werden alle Kräfte anspannen, um diese gewaltigste geschichtliche Frage in der Praxis zu lösen.

Ans Werk, alle ans Werk, die Sache der sozialistischen Weltrevolution muß und wird siegen.

N. Lenin

Petersburg, 9. November 1917

Veröffentlicht 1918 in der Broschüre:
N. Lenin, „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?", Serie „Soldaten- und Bauernbibliothek", Petersburg.

Nach dem Text der Broschüre.

Worüber sind sich alle Richtungen einig, von der „Retsch" bis zur „Nowaja Shisn"[28] einschließlich, von den Kornilowkadetten bis zu den Halbbolschewiki, *alle* mit Ausnahme der Bolschewiki?

Darüber, daß die Bolschewiki sich entweder niemals entschließen werden, allein die ganze Staatsmacht zu übernehmen, oder daß sie, falls sie sich doch dazu entschließen und die Staatsmacht übernehmen, nicht imstande sein werden, sie auch nur die allerkürzeste Zeit zu behaupten.

Sollte jemand einwenden, die Übernahme der ganzen Staatsmacht durch die Bolschewiki allein sei eine völlig irreale politische Frage, und nur schlimmster Eigendünkel irgendeines „Fanatikers" könne diese für real ansehen, dann werden wir diesen Einwand dadurch widerlegen, daß wir Erklärungen der verantwortlichsten und einflußreichsten politischen Parteien und Richtungen verschiedener „Farbe" genau anführen.

Zunächst aber zwei Worte zu der ersten der aufgeworfenen Fragen, nämlich: Werden die Bolschewiki sich entschließen, allein die ganze Staatsmacht zu übernehmen? Schon auf dem Gesamtrussischen Sowjetkongreß hatte ich Gelegenheit, diese Frage in einem Zwischenruf, den ich während einer der Ministerreden Zeretelis machte, mit einem kategorischen Ja zu beantworten. Und ich bin weder in der Presse noch in mündlichen Äußerungen auf Erklärungen von bolschewistischer Seite gestoßen, die besagt hätten, daß wir die Macht nicht allein übernehmen sollten. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine politische Partei im allgemeinen und die Partei der fortgeschrittensten Klasse im besonderen keine Existenzberechtigung hätte, daß sie unwürdig wäre, als Partei zu gelten, und in jeder Hinsicht ein klägliches Nichts wäre, wenn

sie, ist einmal die Möglichkeit der Machtübernahme gegeben, auf die Macht verzichten wollte.

Nehmen wir nun die Erklärungen der Kadetten, der Sozialrevolutionäre und der Halbbolschewiki (ich möchte lieber Viertelbolschewiki sagen) zu der uns interessierenden Frage.

Der Leitartikler der „Retsch" vom 16. September schreibt:

„Unstimmigkeit und Ratlosigkeit herrschten im Saale des Alexandra-Theaters, und die sozialistische Presse spiegelt das gleiche Bild wider. Durch Bestimmtheit und Geradlinigkeit zeichnet sich nur der Standpunkt der Bolschewiki aus. In der Beratung ist das der Standpunkt der Minderheit. In den Sowjets ist das eine immer stärker werdende Strömung. Aber trotz ihres ganzen rhetorischen Draufgängertums, ihrer prahlerischen Phrasen, ihres zur Schau getragenen Selbstvertrauens sind die Bolschewiki, mit Ausnahme einiger weniger Fanatiker, bloße Maulhelden. Die ‚ganze Macht' zu übernehmen würden sie aus eigenem Antrieb nicht versuchen. Desorganisatoren und Zerstörer par excellence*, sind sie im Grunde Feiglinge, die sich in tiefster Seele sowohl ihrer Ignoranz als auch der Kurzlebigkeit ihrer gegenwärtigen Erfolge sehr wohl bewußt sind. Genausogut wie wir alle verstehen auch sie, daß der erste Tag ihres endgültigen Triumphs zugleich auch der erste Tag ihres jähen Niedergangs wäre. Ihrer ganzen Natur nach verantwortungslos, ihren Methoden und Mitteln nach Anarchisten, sind sie nur als eine der Richtungen des politischen Denkens, oder richtiger als eine seiner Verirrungen, denkbar. Die beste Art, den Bolschewismus auf lange Jahre loszuwerden, sich seiner zu entledigen, wäre es, die Geschicke des Landes in die Hände seiner Führer zu legen. Und wäre nicht das Bewußtsein der Unzulässigkeit und der Verderblichkeit solcher Experimente, so könnte man sich aus Verzweiflung auch zu einem solchen heroischen Mittel entschließen. Zum Glück, wie gesagt, streben diese traurigen Helden des Tages selber in Wirklichkeit keineswegs nach der Eroberung der gesamten Macht. Zu einer konstruktiven Arbeit sind sie unter keinen Umständen fähig. Somit beschränkt sich ihre ganze Bestimmtheit und Geradlinigkeit auf die Sphäre der politischen Tribüne, der Versammlungsphraseologie. Praktisch kann ihre Position von keinem Standpunkt aus in Rechnung gestellt werden. Übrigens, in einer Beziehung hat sie auch eine gewisse reale Wirkung: sie vereinigt alle übrigen Schattierungen des ‚sozialistischen Denkens' in der ablehnenden Haltung zu ihr . . ."

So urteilen die Kadetten. Und nun der Standpunkt der größten, der „herrschenden und regierenden" Partei in Rußland, der „Sozialrevolu-

* im wahrsten Sinne. *Die Red.*

tionäre", in einem gleichfalls nicht gezeichneten, d. h. redaktionellen Leitartikel ihres offiziellen Organs „Delo Naroda" vom 21. September:

„Sollte die Bourgeoisie nicht gewillt sein, bis zur Konstituierenden Versammlung auf dem Boden der von der Beratung bestätigten Plattform mit der Demokratie zusammenzuarbeiten, dann *muß die Koalition aus dem Schoß der Beratung hervorgehen.* Das ist ein schweres Opfer für die Verteidiger der Koalition, *aber dieses Opfer müssen auch die Verfechter der Idee einer ‚reinen Linie' der Macht bringen.* Wir befürchten jedoch, daß eine Verständigung hier vielleicht doch nicht zustande kommt. Und dann bleibt die dritte und letzte Kombination: die Macht organisieren *muß* dann diejenige Hälfte der Beratung, die die Idee der Homogenität der Macht *prinzipiell* verteidigt hat.

Sagen wir es klar heraus: *Die Bolschewiki werden ein Kabinett bilden müssen.* Sie haben der revolutionären Demokratie den Haß gegen die Koalition mit größter Energie eingeimpft, ihr von einer Beseitigung des ‚Paktierertums' alles Heil versprochen und alles Elend des Landes mit diesem Paktierertum erklärt.

Wenn sie sich der Tragweite ihrer *Agitation* bewußt waren, wenn sie *die Massen nicht betrogen haben, so sind sie verpflichtet,* die so freigebig ausgestellten Wechsel einzulösen.

Die Frage ist klar gestellt.

Und sie sollen ja keine unnützen Anstrengungen machen, sich hinter in Eile aufgestellten Theorien zu verschanzen, daß es für sie unmöglich sei, die Macht zu übernehmen.

Solche Theorien wird die Demokratie nicht gelten lassen.

Gleichzeitig müssen ihnen die Anhänger der Koalition volle Unterstützung garantieren. Das sind die drei Kombinationen, die drei Wege, vor denen wir stehen – andere gibt es nicht!" (Hervorhebungen vom „Delo Naroda" selbst.)

So urteilen die Sozialrevolutionäre. Und nun schließlich die „Position" – wenn man Versuche, zwischen zwei Stühlen zu sitzen, eine Position nennen kann – der „Viertelbolschewiki" von der „Nowaja Shisn", die wir dem redaktionellen Leitartikel des Blattes vom 23. September entnehmen:

„Wenn die Koalition mit Konowalow und Kischkin wieder zustande kommt, so wird das nichts anderes bedeuten als eine neue Kapitulation der Demokratie und die Aufhebung der von der Beratung gefaßten Resolution über eine verantwortliche, auf der Plattform vom 14. August stehende Regierung...

... So wenig wie die verantwortlichen sozialistischen Minister im Koalitionskabinett sich rechenschaftspflichtig fühlten, genauso wenig dürfte auch ein homogenes Ministerium der Menschewiki und Sozialrevolutionäre dies Gefühl haben ... Eine solche Regierung wäre nicht nur außerstande, die ‚lebendigen Kräfte' der Revolution um sich zu sammeln, sie könnte auch nicht darauf rechnen, von der Vorhut der Revolution, dem Proletariat, auch nur einigermaßen tatkräftig unterstützt zu werden.

Kein besserer, sondern ein noch schlechterer Ausweg aus der Situation, eigentlich gar kein Ausweg, sondern einfach ein Fiasko wäre jedoch die Bildung eines homogenen Kabinetts von anderem Typus, die Bildung einer Regierung ‚des Proletariats und der armen Bauernschaft'. Allerdings wird eine solche Losung eigentlich von niemand aufgestellt, außer in gelegentlichen, schüchternen und nachträglich systematisch ‚erläuterten' Bemerkungen des ‚Rabotschi Put'." (Diese schreiende Unwahrheit wird „kühn" hingeschrieben von verantwortlichen Publizisten, die sogar den Leitartikel des „Delo Naroda" vom 21. September vergessen haben ...)

„Formal haben die Bolschewiki jetzt die Losung ‚Alle Macht den Sowjets' wiederaufleben lassen. Diese Losung war aufgegeben worden, als die Sowjets, vertreten durch das ZEK, nach den Julitagen eindeutig den Weg aktiv antibolschewistischer Politik beschritten. Jetzt dagegen kann man die ‚Sowjetlinie' nicht nur als wiederausgerichtet betrachten, man hat sogar allen Grund zu der Annahme, daß der geplante Sowjetkongreß eine bolschewistische Mehrheit ergeben wird. Unter diesen Umständen ist die von den Bolschewiki wieder zum Leben erweckte Losung ‚Alle Macht den Sowjets' eine ‚taktische Linie', die auf nichts anderes hinzielt als auf die Diktatur des Proletariats und der ‚armen Bauernschaft'. Allerdings versteht man unter den Sowjets auch die Sowjets der Bauerndeputierten, und somit setzt die bolschewistische Losung eine Macht voraus, die sich auf den überwiegenden Teil der ganzen Demokratie Rußlands stützt. Aber in diesem Fall verliert die Losung ‚Alle Macht den Sowjets' ihre selbständige Bedeutung, da sie die Sowjets, ihrer Zusammensetzung nach, fast gleichbedeutend macht mit dem von der Beratung gebildeten ‚Vorparlament' ..." (Diese Behauptung der „Nowaja Shisn" ist eine ganz schamlose Lüge, die der Erklärung gleichkommt, Verfälschung und Vorspiegelung des Demokratismus seien „fast gleichbedeutend" mit Demokratismus: das Vorparlament ist ein *Schwindel*, der den Willen

einer Minderheit des Volkes, besonders der Kuskowa, Berkenheims, der Tschaikowski und Co., für den Willen der Mehrheit ausgibt. Dies erstens. Zweitens stellten selbst die von den Awksentjew und Tschaikowski verfälschten Bauernsowjets auf der Beratung einen so hohen Prozentsatz von Koalitionsgegnern, daß sich, die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten hinzugenommen, *ein unbedingtes Fiasko der Koalition* ergeben müßte. Und drittens bedeutet „Die Macht den Sowjets", daß die Macht der Bauernsowjets sich hauptsächlich auf das Land erstrecken würde, auf dem Lande aber ist das Überwiegen der *armen* Bauern gesichert...) „Wenn das ein und dasselbe ist, so muß die bolschewistische Losung unverzüglich von der Tagesordnung abgesetzt werden. Wenn dagegen die Losung ‚Die Macht den Sowjets' nur die Diktatur des Proletariats verhüllt, so bedeutet eine solche Macht eben das Scheitern und den Untergang der Revolution.

Muß denn erst bewiesen werden, daß das Proletariat, nicht nur von den übrigen Klassen des Landes, sondern auch von den wirklich lebendigen Kräften der Demokratie isoliert, weder technisch imstande sein wird, den Staatsapparat in Besitz zu nehmen und ihn in einer außerordentlich komplizierten Situation in Gang zu setzen, noch politisch fähig sein wird, dem ganzen Ansturm der feindlichen Kräfte standzuhalten, der nicht nur die Diktatur des Proletariats, sondern obendrein auch die ganze Revolution hinwegfegen würde?

Die einzige Regierung, die den Erfordernissen des Augenblicks entspricht, wäre jetzt eine wirklich ehrliche Koalition innerhalb der Demokratie."

*

Der Leser möge uns die langen Auszüge verzeihen, sie waren aber unbedingt notwendig. Es war notwendig, den Standpunkt der verschiedenen, den Bolschewiki feindlichen Parteien genau darzulegen. Es war notwendig, den äußerst wichtigen Umstand genau nachzuweisen, daß *alle* diese Parteien die Übernahme der gesamten Staatsmacht durch die Bolschewiki allein nicht nur als eine durchaus reale, sondern auch als eine aktuelle, lösungsreife Frage erkannt haben.

Jetzt zur Analyse der Argumente, aus denen „alle", von den Kadetten bis zu den Leuten von der „Nowaja Shisn", die Überzeugung schöpfen, daß die Bolschewiki die Macht nicht werden behaupten können.

Die solide „Retsch" führt überhaupt keine Argumente an. Sie überschüttet die Bolschewiki nur mit einer Flut gröbster und niederträchtigster Schimpfworte. Das von uns angeführte Zitat beweist übrigens, wie völlig falsch die Annahme wäre, die „Retsch" „provoziere" die Bolschewiki zur Machtergreifung, und daher gelte: „Hütet euch, Genossen, denn Feindes Rat ist sicher schlecht!" Wenn wir, anstatt sowohl die allgemeinen als auch die konkreten Erwägungen sachlich zu prüfen, uns „überzeugen" ließen, daß die Bourgeoisie uns zur Machtergreifung „provoziert", so würden wir als die von der Bourgeoisie Geprellten dastehen, denn die Bourgeoisie wird ganz bestimmt stets gehässig prophezeien, die Machtergreifung durch die Bolschewiki bringe millionenfaches Unheil, sie wird stets wütend keifen: „Am besten wäre es, sich die Bolschewiki dadurch mit einem Schlag und auf ‚lange Jahre' vom Hals zu schaffen, daß man sie an die Macht heranläßt und dann zerschmettert." Ein solches Geschrei ist zwar, wenn man will, ebenfalls eine „Provokation", nur im entgegengesetzten Sinn. Die Kadetten und die Bourgeoisie „raten" uns durchaus nicht und haben uns niemals „geraten", die Macht zu ergreifen, sie suchen uns nur mit den angeblich unlösbaren Aufgaben der Machtausübung zu *schrecken.*

Nein. Wir dürfen uns durch das Geschrei der erschrockenen Bourgeois nicht schrecken lassen. Wir müssen fest im Gedächtnis behalten, daß wir uns niemals „unlösbare" soziale Aufgaben gestellt haben, daß aber die *durchaus* lösbaren Aufgaben unverzüglicher Schritte zum Sozialismus als des einzigen Auswegs aus einer sehr schwierigen Lage *nur gelöst werden können* von der Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft. Der Sieg, und zwar ein dauerhafter Sieg, ist jetzt mehr als je und mehr als irgendwo sonst dem Proletariat in Rußland sicher, wenn es die Macht ergreift.

Wir wollen rein sachlich die *konkreten* Umstände erwägen, die dieses oder jenes besondere Moment ungünstig gestalten, werden uns aber keinen Augenblick durch das wilde Gebrüll der Bourgeoisie einschüchtern lassen und nicht vergessen, daß die Übernahme der gesamten Macht durch die Bolschewiki zu einer wahrhaft *lösungsreifen* Frage wird. Jetzt droht unserer Partei, falls wir das vergessen, eine unermeßlich größere Gefahr, als wenn wir die Machtergreifung für „verfrüht" ansehen würden. Ein „Verfrüht" kann es in dieser Hinsicht jetzt *nicht* geben: dafür

sprechen unter einer Million Chancen alle, eine oder zwei vielleicht ausgenommen.

Anläßlich des wutschäumenden Geschimpfes der „Retsch" kann und muß man wiederholen:

Nicht an des Lobes sanft Tribut,
Am wilden Haßgeschrei der Wut
Erkennen wir des Beifalls Stimme.

Daß die Bourgeoisie einen so wilden Haß gegen uns hegt, bietet eine der anschaulichsten Illustrationen für die Wahrheit, daß wir dem Volk die *richtigen* Mittel und Wege zum Sturz der bourgeoisen Herrschaft zeigen.

*

Das „Delo Naroda" hat diesmal als seltene Ausnahme geruht, uns nicht mit seinem Geschimpfe zu beehren, hat jedoch auch nicht die Spur eines Arguments angeführt. Nur in indirekter Form, andeutungsweise, versucht das Blatt uns mit der Perspektive zu *schrecken*: „Die Bolschewiki werden ein Kabinett bilden müssen." Ich halte es für durchaus möglich, daß die Sozialrevolutionäre, die uns schrecken möchten, selbst ganz aufrichtig erschrocken sind, zu Tode erschreckt durch das Schreckgespenst eines erschreckten Liberalen. Ebenso halte ich es für möglich, daß es den Sozialrevolutionären gelingen mag, in irgendwelchen besonders hochgestellten und besonders verrotteten Körperschaften vom Schlage des ZEK und ähnlicher „Kontakt"kommissionen (d. h. Kommissionen, die mit den Kadetten Fühlung haben, einfach gesagt, die mit ihnen schöntun) den einen oder anderen Bolschewik zu erschrecken, denn erstens herrscht in allen diesen ZEK, im „Vorparlament" usw. eine ganz abscheuliche, zum Erbrechen muffige Atmosphäre, die längere Zeit zu atmen für *jeden* Menschen schädlich ist, und zweitens wirkt Aufrichtigkeit ansteckend, und ein aufrichtig erschrockener Philister ist fähig, sogar einmal einen Revolutionär vorübergehend in einen Philister zu verwandeln.

Aber wie verständlich, „menschlich" gesehen, dieses aufrichtige Erschrockensein des Sozialrevolutionärs auch sein mag, der das Malheur hatte, mit Kadetten zusammen Minister zu sein oder bei den Kadetten als ministeriabel zu gelten – sich schrecken zu lassen ist ein politischer Fehler, der sich nur zu leicht schier als Verrat am Proletariat erweisen

kann. Heraus mit euren sachlichen Argumenten, ihr Herren! Hofft nicht, daß wir uns durch euer Erschrockensein werden schrecken lassen!

*

Sachliche Argumente finden wir diesmal nur in der „Nowaja Shisn". Sie tritt diesmal in der Rolle eines Anwalts der Bourgeoisie auf, einer Rolle, die dieser in jeder Hinsicht angenehmen Dame* viel besser zu Gesicht steht als die sie sichtlich „schockierende" Rolle eines Verteidigers der Bolschewiki.

Der Anwalt hat *sechs* Argumente ins Treffen geführt:

1. Das Proletariat sei „von den übrigen Klassen des Landes isoliert";
2. es sei „von den wirklich lebendigen Kräften der Demokratie isoliert";
3. es werde „technisch nicht imstande sein, den Staatsapparat in Besitz zu nehmen";
4. es werde diesen Apparat „nicht in Gang setzen können";
5. „die Situation ist außerordentlich kompliziert";
6. es werde „nicht fähig sein, dem ganzen Ansturm der feindlichen Kräfte standzuhalten, der nicht nur die Diktatur des Proletariats, sondern obendrein auch die ganze Revolution hinwegfegen würde".

Das erste Argument ist von der „Nowaja Shisn" geradezu lächerlich ungeschickt formuliert, denn wir kennen in der kapitalistischen und halbkapitalistischen Gesellschaft nur drei Klassen: Bourgeoisie, Kleinbürgertum (dessen Hauptvertreter die Bauernschaft ist) und Proletariat. Welchen Sinn hat es nun, von einer Isoliertheit des Proletariats von den übrigen Klassen zu sprechen, wo es sich um den Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie handelt? um die Revolution gegen die Bourgeoisie?

Wahrscheinlich wollte die „Nowaja Shisn" sagen, das Proletariat sei von der Bauernschaft isoliert, denn schließlich konnten doch hier wirklich nicht die Gutsbesitzer gemeint sein. Aber klar und deutlich sagen, das Proletariat sei heute von der Bauernschaft isoliert, das konnte man nicht, denn die himmelschreiende Unrichtigkeit einer solchen Behauptung springt in die Augen.

Man kann sich schwer vorstellen, daß in einem kapitalistischen Land

* Anspielung auf eine Episode in N. W. Gogols Roman „Die toten Seelen". *Die Red.*

das Proletariat so wenig vom Kleinbürgertum isoliert wäre – und wohlgemerkt: in einer Revolution *gegen die Bourgeoisie* – wie heute das Proletariat in Rußland. An objektiven und unbestreitbaren Beweisen dafür liegen uns die neuesten Angaben über die Stimmenzahlen *für* und *gegen* die Koalition mit der Bourgeoisie in den „Kurien" der Zeretelischen „Bulygin-Duma", d. h. der berüchtigten „Demokratischen" Beratung vor. Nehmen wir die Kurien der Sowjets, dann erhalten wir:

	Für die Koalition	Gegen die Koalition
Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten	83	192
Sowjets der Bauerndeputierten	102	70
Alle Sowjets	185	262

Insgesamt also eine Mehrheit für die proletarische Losung: *gegen* die Koalition mit der Bourgeoisie. Wir haben schon oben gesehen, daß selbst die Kadetten gezwungen sind, das Erstarken des bolschewistischen Einflusses in den Sowjets anzuerkennen. Dabei handelt es sich hier doch um eine Beratung, einberufen von den *gestrigen* Führern der Sowjets, den Sozialrevolutionären und Menschewiki, die in den zentralen Körperschaften eine sichere Mehrheit haben! Zweifellos erscheint das *tatsächliche* Übergewicht der Bolschewiki in den Sowjets hier *geringer, als es ist.*

Sowohl in der Frage der Koalition mit der Bourgeoisie als auch in der Frage der sofortigen Übergabe der Gutsbesitzerländereien an die Bauernkomitees haben die Bolschewiki schon jetzt die *Mehrheit* in den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, *die Mehrheit des Volkes*, die Mehrheit des Kleinbürgertums hinter sich. Der „Rabotschi Put" bringt in Nr. 19 vom 24. September Angaben über die am 18. September in Petrograd abgehaltene Beratung der lokalen Sowjets der Bauerndeputierten, die er der Nr. 25 des sozialrevolutionären Organs „Snamja Truda"[29] entnimmt. In dieser Beratung sprachen sich für eine uneingeschränkte Koalition die Exekutivkomitees von vier Bauernsowjets aus (die der Gouvernements Kostroma, Moskau, Samara und Taurien). Für eine Koalition ohne Kadetten sprachen sich die Exekutivkomitees von *drei* Gouvernements (Wladimir, Rjasan und das Schwarzmeergouvernement) und von *zwei* Armeen aus. Gegen die Koalition sprachen sich die Exekutivkomitees von *dreiundzwanzig* Gouvernements und *vier* Armeen aus.

Die Mehrheit der Bauern ist also gegen die Koalition!

So sieht die „Isoliertheit des Proletariats" aus.

Übrigens muß bemerkt werden, daß sich für die Koalition drei Randgouvernements ausgesprochen haben, nämlich Samara, Taurien und das Schwarzmeergouvernement, wo es verhältnismäßig sehr viele reiche Bauern und Großgrundbesitzer gibt, die Lohnarbeiter beschäftigen, und vier industrielle Gouvernements (Wladimir, Rjasan, Kostroma und Moskau), in denen die bäuerliche Bourgeoisie ebenfalls stärker ist als in den meisten Gouvernements Rußlands. Es wäre interessant, ausführlicheres Material zu dieser Frage zu sammeln und zu untersuchen, ob es nicht Angaben gerade über die *armen* Bauern in den Gouvernements mit der *„reichsten"* Bauernschaft gibt.

Interessant ist ferner, daß die „nationalen Gruppen" den Koalitionsgegnern eine sehr bedeutende Mehrheit erbrachten, nämlich: 40 gegen 15 Stimmen. Die annexionistische, brutale Gewaltpolitik der Bonapartisten Kerenski und Co. gegenüber den nicht vollberechtigten Nationen Rußlands hat ihre Früchte getragen. Die große Masse der Bevölkerung der unterdrückten Nationen, d. h. die Masse ihres Kleinbürgertums, vertraut dem Proletariat Rußlands mehr als der Bourgeoisie, denn die Geschichte hat hier den Befreiungskampf der unterdrückten Nationen gegen die Unterdrückernationen auf die Tagesordnung gesetzt. Die Bourgeoisie hat die Sache der Freiheit der unterdrückten Nationen hinterhältig verraten, das Proletariat ist der Sache der Freiheit treu.

Die nationale Frage und die Agrarfrage sind für die kleinbürgerlichen Massen der Bevölkerung Rußlands gegenwärtig die Kardinalfragen. Das ist unbestreitbar. In beiden Fragen nun ist das Proletariat *„nicht* isoliert", und das in einem Maße, wie es selten vorkommt. Es hat die Mehrheit des Volkes hinter sich. Es *allein* ist fähig, in beiden Fragen eine entschlossene, wirklich „revolutionär-demokratische" Politik zu betreiben, die der proletarischen Staatsmacht nicht nur sofort die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit sichern, sondern auch einen wahren Sturm revolutionärer Begeisterung in den Massen auslösen würde, denn zum erstenmal würden es die Massen mit einer Regierung zu tun haben, die nicht die schonungslose Unterdrückung der Bauern durch die Gutsbesitzer, der Ukrainer durch die Großrussen fördert, wie unter dem Zarismus, die nicht, verhüllt durch hochtrabende Phrasen, bestrebt ist, die gleiche Politik in der Republik fortzusetzen, die nicht zu Schikanen, Beleidigungen, Ränken,

Verschleppungen, Behinderungen und Ausflüchten greift (all das, was Kerenski den Bauern und den unterdrückten Nationen beschert), die ihnen vielmehr durch Taten bewiesene aufrichtige Sympathien entgegenbringt, unverzüglich revolutionäre Maßnahmen gegen die Gutsbesitzer ergreift und sofort die *volle* Freiheit für Finnland, die Ukraine, Belorußland, für die Mohammedaner usw. wiederherstellt.

Die Herren Sozialrevolutionäre und Menschewiki wissen das sehr gut, und deshalb schmuggeln sie die halbkadettischen Spitzen der Genossenschafter durch als Hilfskräfte für ihre *reaktionär*-demokratische Politik *gegen* die Massen. Deshalb werden sie es niemals wagen, die Massen zu befragen, ein Referendum oder auch nur eine Abstimmung in allen lokalen Sowjets, in allen lokalen Organisationen über bestimmte Fragen der praktischen Politik durchzuführen, zum Beispiel darüber, ob alle Gutsbesitzerländereien sofort den Bauernkomitees übergeben werden sollen, ob diese oder jene Forderungen der Finnen oder Ukrainer erfüllt werden sollen u. dgl. m.

Dann die Friedensfrage, diese Kardinalfrage des ganzen heutigen Lebens. Das Proletariat sei „von den übrigen Klassen isoliert"... Das Proletariat tritt hier wahrhaftig als Vertreter der *gesamten* Nation, aller lebendigen und aufrechten Elemente *aller* Klassen, als Vertreter der gigantischen Mehrheit des Kleinbürgertums auf, denn nur das Proletariat wird, nachdem es die Macht erlangt hat, *sofort* allen kriegführenden Völkern einen gerechten Frieden anbieten, nur das Proletariat wird zu wirklich *revolutionären* Maßnahmen bereit sein (Veröffentlichung der Geheimverträge usw.), um möglichst schnell einen möglichst gerechten Frieden herbeizuführen.

Nein. Die Herren von der „Nowaja Shisn", die von Isoliertheit des Proletariats schreien, bringen damit nur zum Ausdruck, daß sie subjektiv von der Bourgeoisie eingeschüchtert sind. Objektiv ist die Lage in Rußland zweifellos so, daß das Proletariat *gerade jetzt* von der Mehrheit des Kleinbürgertums *nicht* „isoliert" ist. Gerade jetzt, nach den traurigen Erfahrungen mit der „Koalition", hat das Proletariat die Sympathien der *Mehrheit* des Volkes für sich. D i e s e Voraussetzung dafür, daß die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten werden, *ist* vorhanden.

*

Das zweite Argument besagt, das Proletariat sei „von den wirklich lebendigen Kräften der Demokratie isoliert". Was das bedeuten soll, ist völlig unverständlich. Wahrscheinlich ist es „griechisch", wie die Franzosen in solchen Fällen zu sagen pflegen.

Die Schreiber der „Nowaja Shisn" sind ministeriable Leute. Sie wären vollauf tauglich, unter den Kadetten Minister zu sein. Denn von solchen Ministern wird eben die Fähigkeit verlangt, wohlklingende und glattgeschniegelte Phrasen herzusagen, die absolut keinen Sinn haben, mit denen sich jede Gemeinheit verschleiern läßt und denen deshalb der Beifall der Imperialisten und der Sozialimperialisten sicher ist. Der Beifall der Kadetten, der Breschkowskaja, Plechanows und Co. ist den Leuten von der „Nowaja Shisn" sicher, wenn sie behaupten, das Proletariat sei von den wirklich lebendigen Kräften der Demokratie isoliert, denn *indirekt* wird hier gesagt – oder diese Behauptung wird so aufgefaßt werden, als ob es ihnen gesagt worden wäre –, die Kadetten, die Breschkowskaja, Plechanow, Kerenski und Co. seien „die lebendigen Kräfte der Demokratie".

Das stimmt nicht. Sie sind tote Kräfte. Die Geschichte der Koalition hat es bewiesen.

Eingeschüchtert durch die Bourgeoisie und die bürgerlich-intellektuelle Umgebung, sehen die Leute von der „Nowaja Shisn" als „lebendig" den *rechten* Flügel der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki an, der sich durch nichts Wesentliches von den Kadetten unterscheidet, so die „Wolja Naroda"[30], das „Jedinstwo" u. ä. Wir dagegen halten nur das für lebendig, was mit den Massen und nicht mit den Kulaken verbunden ist, nur das, was durch die Lehren der Koalition von dieser abgestoßen worden ist. Die „tätigen lebendigen Kräfte" der kleinbürgerlichen Demokratie repräsentiert der linke Flügel der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki. Das Erstarken dieses linken Flügels, besonders nach der Konterrevolution vom Juli, ist eines der sichersten objektiven Kennzeichen dafür, daß das Proletariat *nicht* isoliert ist.

Noch anschaulicher zeigen das in allerletzter Zeit die Linksschwankungen des sozialrevolutionären Zentrums, die durch Tschernows Erklärung vom 24. September, seine Gruppe könne eine neue Koalition mit Kischkin und Co. nicht unterstützen, bewiesen sind. Diese Linksschwankungen des sozialrevolutionären Zentrums, das bisher die erdrückende

Mehrheit der Repräsentanten der sozialrevolutionären Partei stellte – der Partei, die nach der in den Städten und besonders auf dem Land von ihr aufgebrachten Stimmenzahl die führende und vorherrschende ist –, beweisen, daß die von uns oben zitierten Äußerungen des „Delo Naroda", wonach es unter gewissen Umständen für die Demokratie notwendig sein könne, einer rein bolschewistischen Regierung „volle Unterstützung zu garantieren", jedenfalls nicht nur Phrasen sind.

Tatsachen wie die Weigerung des sozialrevolutionären Zentrums, eine neue Koalition mit Kischkin zu unterstützen, oder das Überwiegen der Koalitions*gegner* unter den auf dem Boden der *Vaterlandsverteidigung* stehenden *Menschewiki* aus der Provinz (Shordanija im Kaukasus usw.) sind ein objektiver Beweis dafür, daß ein gewisser Teil der *Massen*, die bisher den Menschewiki und den Sozialrevolutionären gefolgt sind, eine rein bolschewistische Regierung *unterstützen* wird.

Gerade die *lebendigen* Kräfte der Demokratie sind es, von denen das Proletariat Rußlands heute nicht isoliert ist.

*

Das dritte Argument: das Proletariat werde „technisch nicht imstande sein, den Staatsapparat in Besitz zu nehmen". Das ist wohl das allergewöhnlichste, das landläufigste Argument. Es verdient sowohl aus diesem Grunde die größte Aufmerksamkeit als auch deshalb, weil es auf eine der *ernstesten*, eine der *schwierigsten* Aufgaben hinweist, vor denen das siegreiche Proletariat stehen wird. Zweifellos sind diese Aufgaben sehr schwierig, aber wenn wir, die wir uns Sozialisten nennen, auf diese Schwierigkeit nur hinwiesen, um uns vor der Erfüllung dieser Aufgaben zu *drücken*, dann würde der Unterschied zwischen uns und den Lakaien der Bourgeoisie praktisch gleich Null sein. Die Schwierigkeit der Aufgaben, die die proletarische Revolution zu lösen hat, muß die Freunde des Proletariats zu noch aufmerksamerem und konkreterem Studium der Methoden anspornen, mit deren Hilfe diese Aufgaben bewältigt werden können.

Unter Staatsapparat sind vor allem das stehende Heer, die Polizei und die Beamtenschaft zu verstehen. Die Schreiber der „Nowaja Shisn", die davon sprechen, daß das Proletariat diesen Apparat technisch nicht werde in Besitz nehmen können, zeigen damit ihre äußerste Ignoranz und ihren

mangelnden Willen, den Realitäten und den Erwägungen Rechnung zu tragen, die in der bolschewistischen Literatur längst dargelegt worden sind.

Die Schreiber der „Nowaja Shisn" halten sich alle wenn nicht für Marxisten, so doch für des Marxismus Kundige, für gebildete Sozialisten. Marx aber hat auf Grund der Erfahrungen der Pariser Kommune gelehrt, daß das Proletariat *nicht* die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und sie für seine eignen Zwecke in Bewegung setzen *kann*, daß das Proletariat diese Maschinerie *zerbrechen* und durch eine neue ersetzen *muß*. (Darüber spreche ich ausführlicher in einer Broschüre, deren erste Folge bereits beendet ist und die demnächst unter dem Titel „Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution"* erscheinen wird.) Diese neue Staatsmaschinerie wurde von der Pariser Kommune geschaffen, und einen „Staatsapparat" vom *gleichen Typus* stellen die russischen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten dar. Auf diesen Umstand habe ich seit dem 4. April 1917 viele Male hingewiesen, davon ist in den Resolutionen der bolschewistischen Konferenzen wie auch in der bolschewistischen Literatur die Rede. Die „Nowaja Shisn" hätte natürlich erklären können, daß sie sowohl mit Marx als auch mit den Bolschewiki absolut nicht einverstanden sei; wenn aber eine Zeitung, die die Bolschewiki wegen ihres angeblich unernsten Verhaltens zu schwierigen Fragen so oft und so hochnäsig abkanzelt, dieser Frage ganz aus dem Wege geht, so stellt sie sich damit nur ein Armutszeugnis aus.

Den „Staatsapparat" „in Besitz nehmen" und ihn „in Gang setzen" kann das Proletariat *nicht*. Es kann aber alles *zerschlagen*, was im alten Staatsapparat der Unterdrückung dient, alles, was es in ihm an Schablone, unverbesserlich Bourgeoisem gibt, und an dessen Stelle *seinen eigenen*, neuen Apparat setzen. Dieser Apparat sind eben die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten.

Man muß es als geradezu ungeheuerlich bezeichnen, daß die „Nowaja Shisn" diesen „Staatsapparat" völlig vergessen hat. Die Leute von der „Nowaja Shisn", die in ihren theoretischen Betrachtungen so vorgehen, tun damit auf dem Gebiet der politischen Theorie im Grunde dasselbe, was die Kadetten in der politischen Praxis tun. Denn wenn das Proletariat

* Siehe Werke, Bd. 25, S. 393 ff. *Die Red.*

und die revolutionäre Demokratie tatsächlich *keinerlei* neuen Staatsapparat *brauchen*, dann verlieren die Sowjets ihre raison d'être*, sie verlieren die Existenzberechtigung, und dann haben die Kornilowkadetten *recht*, die die Sowjets völlig ausschalten wollen!

Diese ungeheuerliche theoretische Verirrung und politische Blindheit der „Nowaja Shisn" sind um so ungeheuerlicher, als sogar die internationalistischen Menschewiki (mit denen die „Nowaja Shisn" bei den letzten Wahlen zur Petrograder Stadtduma einen Block einging) in dieser Frage eine gewisse Annäherung an die Bolschewiki bekundet haben. So lesen wir in der von Gen. Martow auf der Demokratischen Beratung vorgebrachten Deklaration der Sowjetmehrheit:

„Die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, in den ersten Tagen der Revolution von dem machtvollen Aufschwung wahrhaft schöpferischer Volkskraft ins Leben gerufen, bildeten jenes neue Gewebe des revolutionären Staatswesens, das das verschlissene Gewebe des alten Staatswesens ersetzt hat..."

Das ist ein wenig zu schön gesagt, d. h., die Gewundenheit der Ausdrücke verdeckt hier die mangelnde Klarheit des politischen Denkens. Die Sowjets haben das alte „Gewebe" *noch nicht* ersetzt, und dieses alte „Gewebe" ist *nicht* das Staatswesen des alten Regimes, sondern das Staatswesen *sowohl* des Zarismus *als auch* der bürgerlichen Republik. Doch überragt Martow hier auf jeden Fall die Leute von der „Nowaja Shisn" um zwei Haupteslängen.

Die Sowjets sind der neue Staatsapparat, der erstens die bewaffnete Macht der Arbeiter und Bauern schafft, wobei diese Macht nicht wie die Macht des alten stehenden Heeres vom Volke losgelöst, sondern aufs engste mit ihm verbunden ist; in militärischer Hinsicht ist diese Macht unvergleichlich stärker als die früheren; in revolutionärer Hinsicht ist sie durch nichts anderes zu ersetzen. Zweitens schafft dieser Apparat eine so enge, untrennbare, leicht zu kontrollierende und zu erneuernde Verbindung mit den Massen, mit der Mehrheit des Volkes, wie es sie im früheren Staatsapparat nicht einmal andeutungsweise gab. Drittens ist dieser Apparat dank der Wählbarkeit und Absetzbarkeit seines Bestandes ohne bürokratische Formalitäten und nach dem Willen des Volkes viel demokratischer als die früheren Apparate. Viertens schafft er eine feste

* ihren Daseinsgrund. *Die Red.*

Verbindung mit den mannigfachsten Berufen, wodurch er es erleichtert, die verschiedensten Reformen von einschneidendster Bedeutung ohne Bürokratie durchzuführen. Fünftens schafft er eine Organisationsform der Vorhut, d. h. des bewußtesten, energischsten und fortgeschrittensten Teils der *unterdrückten* Klassen, der Arbeiter und der Bauern, und stellt auf diese Weise einen Apparat dar, mit dessen Hilfe die Vorhut der unterdrückten Klassen die *ganze gigantische Masse* dieser Klassen, die bisher völlig außerhalb des politischen Lebens, außerhalb der Geschichte stand, zu heben, zu erziehen, zu schulen und zu führen vermag. Sechstens ermöglicht er es, die Vorteile des Parlamentarismus mit den Vorteilen der unmittelbaren und direkten Demokratie zu vereinigen, d. h. in der Person der gewählten Volksvertreter sowohl die gesetzgebende Funktion *als auch den Vollzug der Gesetze* zu vereinigen. Im Vergleich mit dem bürgerlichen Parlamentarismus ist das in der Entwicklung der Demokratie ein Fortschritt von welthistorischer Bedeutung.

Unsere Sowjets im Jahre 1905 waren sozusagen nur Embryos, denn sie existierten bloß einige Wochen. Es ist klar, daß unter den damaligen Verhältnissen von ihrer allseitigen Entwicklung keine Rede sein konnte. Auch in der Revolution von 1917 kann davon noch keine Rede sein, denn einige Monate sind eine außerordentlich kurze Zeitspanne, und was die Hauptsache ist: die sozialrevolutionären und menschewistischen Führer haben die Sowjets *prostituiert*, sie zu Schwatzbuden, zum Anhängsel der Paktiererpolitik der Führer herabgewürdigt. Unter der Führung der Liber, Dan, Zereteli, Tschernow faulten die Sowjets, zersetzten sie sich bei lebendigem Leibe. Sich wirklich entwickeln, die ihnen innewohnenden Kräfte und Fähigkeiten voll entfalten können die Sowjets erst, wenn sie die *gesamte* Staatsmacht ergriffen haben, denn sonst können sie *nichts tun*, sonst sind sie entweder einfache Embryos (und allzulange kann man nicht Embryo sein) oder ein Spielzeug. „Doppelherrschaft" bedeutet Paralyse der Sowjets.

Hätte die schöpferische Volkskraft der revolutionären Klassen nicht die Sowjets hervorgebracht, so wäre die proletarische Revolution in Rußland eine hoffnungslose Sache; denn mit dem alten Apparat würde das Proletariat die Macht zweifellos nicht behaupten können, ein neuer Apparat aber kann nicht auf einmal geschaffen werden. Die traurige Geschichte der Zereteli-Tschernowschen Prostituierung der Sowjets, die

Geschichte der „Koalition" ist zugleich die Geschichte der Befreiung der Sowjets von kleinbürgerlichen Illusionen, ihrer Wanderung durch das „Fegefeuer" eines praktischen Studiums der ganzen Niedertracht und Schmutzigkeit *aller* und *jeglicher* bürgerlichen Koalitionen. Wir wollen hoffen, daß dieses „Fegefeuer" die Sowjets nicht verzehrt, sondern gestählt hat.

*

Die Hauptschwierigkeit der proletarischen Revolution liegt in der Verwirklichung einer vom ganzen Volk getragenen genauesten und gewissenhaftesten Rechnungsführung und Kontrolle, der *Arbeiterkontrolle* über die Produktion und die Verteilung der Produkte.

Als die Schreiber der „Nowaja Shisn" uns entgegneten, wir verfielen in Syndikalismus, wenn wir die Losung der „Arbeiterkontrolle" aufstellen, da war dieser Einwand ein Musterstückchen schülerhaft einfältiger Anwendung eines nicht durchdachten, sondern nach Struvescher Manier *eingepaukten* „Marxismus". Der Syndikalismus lehnt entweder die revolutionäre Diktatur des Proletariats ab oder räumt ihr, wie der politischen Macht überhaupt, einen ganz untergeordneten Platz ein. Wir räumen ihr den ersten Platz ein. Sagt man einfach im Geiste der Leute von der „Nowaja Shisn": *keine* Arbeiterkontrolle, *sondern* staatliche Kontrolle, so kommt eine bürgerlich-reformistische Phrase, eine im Grunde rein kadettische Formel heraus, denn gegen eine *Beteiligung* der Arbeiter an einer „staatlichen" Kontrolle haben die Kadetten nichts. Die Kornilowkadetten wissen sehr gut, daß eine solche Beteiligung für die Bourgeoisie das beste Mittel ist, die Arbeiter übers Ohr zu hauen, das beste Mittel einer verfeinerten politischen *Korrumpierung* aller möglichen Gwosdew, Nikitin, Prokopowitsch, Zereteli und dieser ganzen Bande.

Sagen wir „Arbeiterkontrolle" und stellen dabei diese Losung immer *neben* die Diktatur des Proletariats, immer *im Anschluß* an sie, so machen wir damit klar, von welchem Staat die Rede ist. Der Staat ist das Organ der Herrschaft einer *Klasse*. Welcher Klasse? Herrscht die Bourgeoisie, dann ist es eben ein kadettisch-kornilowisch-kerenskisches Staatswesen, von dem dem arbeitenden Volk in Rußland schon seit über einem halben Jahr „kornilisch und kerenisch" zumute ist. Herrscht das Proletariat, handelt es sich um den proletarischen Staat, *das heißt* um die Diktatur des Proletariats, so *kann* die Arbeiterkontrolle zu einer volksumspannen-

den, allumfassenden, allgegenwärtigen, genauesten und gewissenhaftesten *Rechnungsführung* über die Erzeugung und Verteilung der Produkte werden.

Darin liegt die Hauptschwierigkeit, das ist die Hauptaufgabe der proletarischen, d. h. der sozialistischen Revolution. Ohne die Sowjets wäre diese Aufgabe, zumindest für Rußland, unlösbar. Die Sowjets *kennzeichnen* jene organisatorische Arbeit des Proletariats, durch die diese welthistorisch wichtige Aufgabe gelöst werden *kann*.

Damit sind wir bei einer anderen Seite der Frage des Staatsapparats angelangt. Außer dem vorwiegend „unterdrückenden" Apparat des stehenden Heeres, der Polizei und der Beamtenschaft gibt es im modernen Staat einen Apparat, der besonders eng mit den Banken und Syndikaten verbunden ist, einen Apparat, der eine große Arbeit auf dem Gebiet der Rechnungsführung und Registrierung leistet, wenn man sich so ausdrücken darf. Dieser Apparat darf und soll nicht zerschlagen werden. Man muß ihn aus der Unterordnung unter die Kapitalisten befreien, muß ihn den Kapitalisten entreißen und alle Fäden ihres Einflusses *abschneiden, abschlagen, abhacken*, muß ihn den proletarischen Sowjets *unterordnen* und auf eine breitere, umfassendere Grundlage stellen, ihn mit dem ganzen Volke verbinden. Und das *kann* geschehen, wenn man sich auf die vom Großkapitalismus schon hervorgebrachten Errungenschaften stützt (wie überhaupt die proletarische Revolution ihr Ziel nur erreichen kann, wenn sie sich auf diese Errungenschaften stützt).

Der Kapitalismus hat *Apparate* der Rechnungsführung in Gestalt der Banken, der Syndikate, der Post, der Konsumgenossenschaften und der Angestelltenverbände geschaffen. *Ohne die Großbanken wäre der Sozialismus nicht zu verwirklichen.*

Die Großbanken *sind* jener „Staatsapparat", den wir für die Verwirklichung des Sozialismus *brauchen* und den wir vom Kapitalismus *fertig übernehmen*, wobei unsere Aufgabe hier lediglich darin besteht, das zu *entfernen*, was diesen ausgezeichneten Apparat *kapitalistisch verunstaltet*, ihn *noch größer*, noch demokratischer, noch umfassender zu gestalten. Quantität wird in Qualität umschlagen. Eine einheitliche Staatsbank allergrößten Umfangs mit Zweigstellen in jedem Amtsbezirk, bei jeder Fabrik – das ist schon zu neun Zehnteln ein *sozialistischer* Apparat. Das bedeutet eine gesamtstaatliche *Buchführung*, eine gesamtstaatliche

Rechnungsführung über die Produktion und die Verteilung der Produkte, das ist sozusagen eine Art *Gerippe* der sozialistischen Gesellschaft.

Diesen „Staatsapparat" (der im Kapitalismus nicht ganz ein staatlicher Apparat ist, der aber bei uns, im Sozialismus, ganz staatlich sein wird) können wir „übernehmen" und mit einem Schlag, durch einen einzigen Erlaß „in Gang setzen", denn die tatsächliche Arbeit der Buchführung, der Kontrolle, der Registrierung, der Rechnungsführung und Berechnung leisten hier *Angestellte*, von denen die meisten selbst in proletarischen oder halbproletarischen Verhältnissen leben.

Durch einen einzigen Erlaß der proletarischen Regierung können und müssen diese Angestellten in Staatsangestellte verwandelt werden, ähnlich wie die Wachhunde des Kapitalismus vom Schlage Briands und anderer bürgerlicher Minister die streikenden Eisenbahner durch einen einzigen Erlaß zu Staatsangestellten machen. Solche Staatsangestellte werden wir in viel größerer Zahl brauchen und bekommen *können*, denn der Kapitalismus hat die Funktionen der Rechnungsführung und Kontrolle vereinfacht und auf verhältnismäßig unkomplizierte *Eintragungen* reduziert, die jeder lese- und schreibkundige Mensch vornehmen kann.

Die „Verstaatlichung" der Masse der Bank-, Syndikats-, Handels- usw. usf. Angestellten ist völlig durchführbar sowohl technisch (dank der vom Kapitalismus und Finanzkapitalismus für uns geleisteten Vorarbeit) als auch politisch, unter der Voraussetzung der Kontrolle und Aufsicht seitens der *Sowjets*.

Gegen die höchsten Angestellten, deren es sehr wenig gibt, die aber zu den Kapitalisten halten, wird man, wie gegen die Kapitalisten, „mit Strenge" vorgehen müssen. Sie werden, gleich den Kapitalisten, *Widerstand* leisten. Diesen Widerstand wird man *brechen* müssen, und wenn der unsterblich-naive Peschechonow schon im Juni 1917 wie ein echter „politischer Säugling" lallte, daß „der Widerstand der Kapitalisten gebrochen" sei, so wird das *Proletariat* das, was bei ihm eine kindische Phrase, kindliche Prahlerei und bubenhafte Angeberei war, *in der Tat verwirklichen*.

Das können wir tun, denn es handelt sich darum, den Widerstand einer geringfügigen Minderheit der Bevölkerung zu brechen, buchstäblich eines Häufleins von Menschen, von denen ein jeder unter eine der-

artige *Aufsicht* der Angestelltenverbände, der Gewerkschaften, der Konsumgenossenschaften und der Sowjets gestellt werden wird, daß jeder dieser Tit Titytsch *eingekreist* sein wird wie die Franzosen bei Sedan. Diese Tit Titytsch kennen wir namentlich: es genügt, die Listen der Direktoren, der Verwaltungsratsmitglieder, der Großaktionäre usw. in die Hand zu nehmen. Es sind das einige hundert, höchstens einige tausend in *ganz* Rußland, und jedem von ihnen wird der proletarische Staat mit Hilfe des Apparats der Sowjets, der Angestelltenverbände usw. zehn und hundert Kontrolleure beigeben können, so daß es durch die *Arbeiterkontrolle* (über die Kapitalisten) wahrscheinlich sogar gelingen wird, statt den „Widerstand zu brechen", jeden wie immer gearteten Widerstand *unmöglich* zu machen.

Die Konfiskation des Eigentums der Kapitalisten wird nicht einmal der „Kernpunkt" der Sache sein, sondern gerade die allumfassende, vom ganzen Volk getragene Arbeiterkontrolle über die Kapitalisten und ihre möglichen Anhänger. Mit der Konfiskation allein ist es nicht getan, denn sie enthält kein Element der Organisation, der Rechnungsführung über die richtige Verteilung. Die Konfiskation können wir leicht durch die Erhebung einer *gerechten* Steuer ersetzen (sei es auch nach den „Schingarjowschen" Sätzen) – wichtig ist nur, daß es unmöglich gemacht wird, sich der Rechenschaftslegung auf irgendeine Weise zu entziehen, die Wahrheit zu verhehlen, das Gesetz zu umgehen. Diese Möglichkeit wird aber *nur* durch die Arbeiterkontrolle des *Arbeiterstaates ausgeschaltet werden.*

Die *Zwangssyndizierung*, d. h. die Zwangsvereinigung zu Verbänden unter der Kontrolle des Staates, das ist es, was der Kapitalismus vorbereitet hat, das ist es, was in Deutschland durch den Junkerstaat verwirklicht worden ist, das ist es, was in Rußland die Sowjets, die Diktatur des Proletariats vollauf werden verwirklichen können und was *uns* einen sowohl universellen als auch ganz neuen und unbürokratischen *„Staatsapparat" bringen wird.**

*

* Ausführlicher über die Bedeutung der Zwangssyndizierung siehe in meiner Broschüre „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll". (Siehe Werke, Bd. 25, S. 352–355. *Die Red.*)

Das vierte Argument der Anwälte der Bourgeoisie: das Proletariat werde den Staatsapparat nicht „in Gang setzen" können. Im Vergleich zum Vorangegangenen sagt dieses Argument nichts Neues. Den alten Apparat könnten wir natürlich weder in Besitz nehmen noch in Gang setzen. Der neue Apparat, die Sowjets, ist durch den „machtvollen Aufschwung wahrhaft schöpferischer Volkskraft" *bereits* in Gang gesetzt. Dieser Apparat muß bloß von den *Fesseln* befreit werden, die ihm die Vorherrschaft der sozialrevolutionären und menschewistischen Führer angelegt hat. Dieser Apparat ist *bereits* in Bewegung, man muß nur jene mißgestalteten kleinbürgerlichen Anhängsel beiseite werfen, die ihn daran hindern, vorwärtszukommen, mit Volldampf vorwärtszukommen.

Zur Vervollständigung des oben Gesagten müssen hier zwei Umstände untersucht werden: erstens die neuen Mittel der Kontrolle, die *nicht* von uns, sondern vom Kapitalismus in seinem imperialistischen Kriegsstadium geschaffen worden sind; zweitens die Bedeutung des vertieften Demokratismus für die *Verwaltung* eines Staates von proletarischem Typus.

Das Getreidemonopol und die Brotkarten haben nicht wir eingeführt, sondern der kriegführende kapitalistische Staat. Dieser Staat hat schon im Rahmen des Kapitalismus die allgemeine Arbeitspflicht geschaffen, dieses Militärzuchthaus für die Arbeiter. Aber auch hier, wie in seinem ganzen historischen Wirken, nimmt das Proletariat seine Waffen vom Kapitalismus, es „erfindet" sie nicht, schafft sie nicht „aus dem Nichts".

Getreidemonopol, Brotkarte, allgemeine Arbeitspflicht sind in den Händen eines proletarischen Staates, in den Händen der über die ganze Macht verfügenden Sowjets das machtvollste Mittel der Rechnungsführung und Kontrolle, ein Mittel, das, auf die Kapitalisten und *auf die Reichen überhaupt* ausgedehnt, auf diese von den *Arbeitern* angewandt, eine in der Geschichte bislang unbekannte Kraft zur „Ingangsetzung" des Staatsapparats, zur Überwindung des Widerstands der Kapitalisten, zu ihrer Unterwerfung unter den proletarischen Staat darstellen wird. Dieses Mittel der Kontrolle und des *Arbeitszwanges* ist stärker als die Gesetze des Konvents und seine Guillotine. Die Guillotine schüchterte *nur* ein, brach nur den *aktiven* Widerstand. *Uns genügt das nicht.*

Uns genügt das nicht. Wir müssen die Kapitalisten nicht nur „einschüchtern" in dem Sinne, daß sie die Allmacht des proletarischen Staates spüren und nicht einmal daran denken, ihm aktiven Widerstand zu

leisten. Wir müssen auch den *passiven*, zweifellos noch gefährlicheren und schädlicheren Widerstand brechen. Wir müssen nicht nur jeden wie immer gearteten Widerstand brechen. Wir müssen *sie zwingen*, in dem neuen staatsorganisatorischen Rahmen *zu arbeiten*. Es genügt nicht, die Kapitalisten „fortzujagen", man muß sie (nachdem man die Untauglichen, hoffnungslos „Widerspenstigen" fortgejagt hat) *in den neuen Staatsdienst* einreihen. Das gilt sowohl für die Kapitalisten als auch für eine gewisse Oberschicht der bürgerlichen Intelligenz, der Angestellten usw.

Und wir haben die Mittel dazu. Die Mittel und Waffen dazu hat uns der kriegführende kapitalistische Staat selbst in die Hand gegeben. Diese Mittel sind: Getreidemonopol, Brotkarte, allgemeine Arbeitspflicht. „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen!" – das ist die grundlegende, allererste und wichtigste Regel, die die Sowjets der Arbeiterdeputierten verwirklichen können und verwirklichen werden, sobald sie zur Staatsmacht geworden sind.

Ein Arbeitsbuch hat jeder Arbeiter. Dieses Dokument erniedrigt ihn nicht, wenn es auch *heute* zweifellos ein Dokument der kapitalistischen Lohnsklaverei ist, ein Zeugnis dafür, daß der werktätige Mensch diesem oder jenem Schmarotzer gehört.

Die Sowjets werden das Arbeitsbuch *für die Reichen* und *dann* allmählich auch für die ganze Bevölkerung einführen (in einem Bauernland wird das Arbeitsbuch wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus für die überwiegende Mehrheit der Bauernschaft unnötig sein). Das Arbeitsbuch wird aufhören, ein Kennzeichen des „gemeinen Volkes", ein Dokument der „niederen" Stände, ein Zeugnis der Lohnsklaverei zu sein. Es wird ein Zeugnis dafür werden, daß es in der neuen Gesellschaft keine „Arbeiter" mehr gibt, dafür aber auch niemand, der nicht *Arbeitender* wäre.

Die Reichen müssen ihr Arbeitsbuch von dem Arbeiter- oder Angestelltenverband bekommen, dem ihr Tätigkeitsgebiet am nächsten liegt, sie müssen allwöchentlich oder in anderen bestimmten Zeitabschnitten von diesem Verband bescheinigt erhalten, daß sie ihre Arbeit gewissenhaft ausführen; ohne diese Bescheinigung können sie keine Brotkarte und überhaupt keine Lebensmittel beziehen. Wir brauchen gute Organisatoren des Bankfachs und des Betriebszusammenschlusses (darin haben die Kapitalisten mehr Erfahrungen, und mit erfahrenen Leuten geht die Arbeit leichter vonstatten); wir brauchen im Vergleich

zu früher in immer wachsender Zahl Ingenieure, Agronomen, Techniker, wissenschaftlich gebildete Fachleute aller Art – wird der proletarische Staat sagen. Wir werden allen diesen Kräften eine angemessene und gewohnte Arbeit anweisen, wir werden die Gleichheit der Entlohnung in ihrem vollen Ausmaße wahrscheinlich erst allmählich einführen, während der Übergangszeit also für solche Fachleute eine höhere Entlohnung beibehalten, doch werden wir sie unter eine allseitige Arbeiterkontrolle stellen und die restlose und unbedingte Verwirklichung des Grundsatzes durchsetzen: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen!" Die organisatorische Form der Arbeit aber brauchen wir nicht zu erfinden, wir übernehmen sie fertig vom Kapitalismus – Banken, Syndikate, erstklassige Fabriken, Versuchsstationen, Akademien u. dgl. m.; wir werden lediglich aus den Erfahrungen der fortgeschrittenen Länder die allerbesten Vorbilder übernehmen müssen.

Und natürlich geben wir uns in keiner Weise dem Utopismus hin, wir verlassen den Boden der nüchternsten praktischen Berechnung nicht, wenn wir sagen: die ganze Kapitalistenklasse wird den hartnäckigsten Widerstand leisten, aber durch Organisierung der ganzen Bevölkerung in den Sowjets wird dieser Widerstand gebrochen werden, wobei man besonders hartnäckige und widerspenstige Kapitalisten selbstverständlich mit der Konfiskation ihres gesamten Vermögens und mit Gefängnis wird bestrafen müssen; dafür aber wird der Sieg des Proletariats die Zahl solcher Fälle *vermehren*, wie diesen zum Beispiel, von dem ich in den heutigen „Iswestija" lese:

„Am 26. September erschienen im Zentralrat der Betriebskomitees zwei Ingenieure und erklärten, eine Gruppe von Ingenieuren habe beschlossen, einen Verband sozialistischer Ingenieure zu gründen. Da er die gegenwärtige Zeit ihrem Wesen nach für den Beginn der sozialen Revolution halte, stelle der Verband sich den Arbeitermassen zur Verfügung und möchte bei der Verteidigung der Arbeiterinteressen in vollem Einklang mit den Arbeiterorganisationen wirken. Die Vertreter des Zentralrats der Betriebskomitees antworteten darauf, der Rat werde gern in seiner Organisation eine Ingenieursektion bilden, die in ihr Programm die von der ersten Konferenz der Betriebskomitees aufgestellten Hauptgrundsätze der Arbeiterkontrolle über die Produktion aufnimmt. In den nächsten Tagen wird eine gemeinsame Sitzung der Delegierten des Zentralrats der Betriebskomitees und der Initiativgruppe sozialistischer Ingenieure stattfinden." („Iswestija ZIK" vom 27. September 1917.)

*

Das Proletariat, sagt man uns, werde den Staatsapparat nicht in Gang setzen können.

Rußland wurde nach der Revolution des Jahres 1905 von 130 000 Gutsbesitzern regiert, und zwar mittels endloser Vergewaltigung und Drangsalierung von 150 Millionen Menschen, deren ungeheure Mehrzahl zu Zuchthausarbeit und zu einem Hungerdasein gezwungen wurde.

Und da sollen 240 000 Mitglieder der Partei der Bolschewiki nicht imstande sein, Rußland zu regieren, es im Interesse der Armen und gegen die Reichen zu regieren! Diese 240 000 Menschen haben schon jetzt nicht weniger als eine Million Stimmen der erwachsenen Bevölkerung hinter sich, denn gerade ein solches Verhältnis zwischen der Zahl der Parteimitglieder und der Zahl der für die Partei abgegebenen Stimmen ist durch die Erfahrungen Europas und durch die Erfahrungen Rußlands, zum Beispiel bei den Augustwahlen zur Petrograder Duma, festgestellt worden. Da haben wir also schon einen „Staatsapparat" von *einer Million* Menschen, die dem sozialistischen Staat aus Überzeugung ergeben sind und nicht, weil sie am 20. jeden Monats einen schönen Batzen einstecken.

Darüber hinaus besitzen wir ein „Wundermittel", um unseren Staatsapparat sofort, mit einem Schlage, zu *verzehnfachen*, ein Mittel, über das kein einziger kapitalistischer Staat jemals verfügt hat oder je verfügen kann. Dieses Wundermittel ist die Heranziehung der Werktätigen, die Heranziehung der armen Bevölkerung zur täglichen Arbeit an der Verwaltung des Staates.

Um klarzumachen, wie leicht dieses Wundermittel angewendet werden kann und wie unfehlbar es wirkt, wollen wir ein möglichst einfaches und anschauliches Beispiel nehmen.

Der Staat muß eine bestimmte Familie zwangsweise aus ihrer Wohnung ausquartieren und eine andere darin unterbringen. Der kapitalistische Staat tut das oft genug, auch unser Staat, der proletarische oder sozialistische Staat, wird das tun.

Der kapitalistische Staat setzt eine Arbeiterfamilie, die ihren Ernährer verloren und die Miete nicht bezahlt hat, auf die Straße. Es erscheint der Gerichtsvollzieher, der Polizist oder Milizionär, ja ein ganzes Aufgebot. Ist die Exmittierung in einem Arbeiterviertel durchzuführen, so wird eine Kosakenabteilung benötigt. Warum? Weil der Gerichtsvollzieher und der

„Milizionär" sich weigern, ohne sehr starke militärische Bedeckung hinzugehen. Sie wissen, daß das Schauspiel der Exmittierung bei der ganzen umwohnenden Bevölkerung, bei Tausenden und aber Tausenden an den Rand der Verzweiflung getriebenen Menschen eine so ungeheure Erbitterung, einen solchen Haß gegen die Kapitalisten und gegen den kapitalistischen Staat hervorruft, daß der Gerichtsvollzieher und das Milizaufgebot jeden Augenblick in Stücke gerissen werden könnten. Starke militärische Kräfte sind erforderlich; in einer großen Stadt müssen mehrere Regimenter zusammengezogen werden, und zwar unbedingt aus irgendeinem fernen Randgebiet, damit die Soldaten mit dem Leben der städtischen Armen nicht vertraut sind, damit der Soldat nicht mit Sozialismus „infiziert" werden kann.

Der proletarische Staat muß eine Familie, die äußerste Not leidet, zwangsweise in die Wohnung eines Reichen einquartieren. Nehmen wir an, unsere Abteilung Arbeitermiliz bestehe aus 15 Personen: zwei Matrosen, zwei Soldaten, zwei klassenbewußte Arbeiter (von denen nur einer Mitglied unserer Partei oder Sympathisierender sein mag), ferner ein Intellektueller und acht Werktätige aus den armen Schichten, darunter unbedingt zumindest fünf Frauen, Dienstboten, ungelernte Arbeiter usw. Die Abteilung erscheint in der Wohnung des Reichen, besichtigt sie und findet für zwei Männer und zwei Frauen fünf Zimmer vor: „Bürger, Sie werden sich für diesen Winter auf zwei Zimmer beschränken müssen, die anderen zwei stellen Sie für zwei Familien bereit, die jetzt im Keller wohnen. Vorübergehend, bis wir mit Hilfe von Ingenieuren (Sie sind wohl selbst Ingenieur?) gute Wohnungen für alle gebaut haben, müssen Sie unbedingt zusammenrücken. Ihr Telefon wird zehn Familien zur Verfügung stehen. Dadurch werden etwa 100 Arbeitsstunden an Laufereien durch die Läden usw. erspart. Ferner haben Sie in Ihrer Familie zwei unbeschäftigte Halbarbeiter, die leichte Arbeit verrichten können: eine Bürgerin von 55 Jahren und einen Bürger von 14 Jahren. Diese werden täglich je drei Stunden Dienst tun, um die richtige Verteilung der Lebensmittel für zehn Familien zu überwachen und die dafür notwendigen Schreibarbeiten zu erledigen. Der Bürger Student in unserer Abteilung wird diese staatliche Verfügung sofort in zwei Exemplaren zu Papier bringen, und Sie werden die Güte haben, uns zu bescheinigen, daß Sie sich verpflichten, der Verfügung genau nachzukommen."

So könnte, meiner Ansicht nach, an anschaulichen Beispielen dargestellt, der Unterschied zwischen dem alten, bürgerlichen und dem neuen, sozialistischen Staatsapparat, zwischen den beiden Staatsverwaltungen aussehen.

Wir sind keine Utopisten. Wir wissen: Nicht jeder ungelernte Arbeiter und jede Köchin sind imstande, sofort an der Verwaltung des Staates mitzuwirken. Darin stimmen wir sowohl mit den Kadetten als auch mit der Breschkowskaja und mit Zereteli überein. Wir unterscheiden uns jedoch von diesen Bürgern dadurch, daß wir den sofortigen Bruch mit dem Vorurteil verlangen, als ob nur Reiche oder aus reichen Familien stammende Beamte imstande wären, den Staat zu *verwalten*, gewohnheitsmäßige, tägliche Verwaltungsarbeit zu leisten. Wir verlangen, daß die *Ausbildung* für die Staatsverwaltung von klassenbewußten Arbeitern und Soldaten besorgt und daß sie unverzüglich in Angriff genommen werde, d. h., daß unverzüglich *begonnen* werde, alle Werktätigen, die ganze arme Bevölkerung, in diese Ausbildung einzubeziehen.

Wir wissen, daß die Kadetten gleichfalls bereit sind, dem Volk Demokratismus beizubringen. Kadettendamen sind bereit, den Dienstmädchen nach besten englischen und französischen Quellen Vorträge über die Gleichberechtigung der Frau zu halten. Ferner wird bei der nächsten musikalisch umrahmten Kundgebung vor Tausenden von Menschen auf der Bühne eine Abküsserei veranstaltet werden: die als Vortragende fungierende Kadettendame wird die Breschkowskaja abküssen, die Breschkowskaja den Exminister Zereteli, und das dankbare Volk wird durch diesen Anschauungsunterricht erfahren, was republikanische Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit ist . . .

Ja, wir räumen ein, daß die Kadetten, die Breschkowskaja und Zereteli auf ihre Art dem Demokratismus ergeben sind und ihn im Volke propagieren. Was aber kann man machen, wenn wir nun einmal eine etwas andere Vorstellung vom Demokratismus haben?

Unserer Meinung nach ist zur Linderung der unerhörten Nöte und Leiden des Krieges, ebenso wie zur Heilung der schrecklichen Wunden, die der Krieg dem Volk geschlagen hat, ein *revolutionärer* Demokratismus, sind *revolutionäre* Maßnahmen notwendig, eben von der Art wie die als Beispiel geschilderte Verteilung von Wohnräumen im Interesse der Armen. *Ganz genauso* muß in Stadt und Land mit den Lebensmitteln,

Kleidungsstücken, Schuhen usw. verfahren werden, auf dem Lande mit dem Grund und Boden usw. Zur Verwaltung des Staates *in diesem* Geiste können wir *sofort einen Staats*apparat von zehn, wenn nicht zwanzig Millionen Menschen *heranziehen*, einen Apparat, wie es ihn in keinem einzigen kapitalistischen Staat jemals gegeben hat. Diesen Apparat können nur wir schaffen, denn uns ist die vollste und rückhaltlose Sympathie der gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung sicher. Diesen Apparat können nur wir schaffen, denn wir haben die klassenbewußten Arbeiter, die durch die lange kapitalistische „Lehrzeit" (nicht umsonst waren wir ja beim Kapitalismus in der Lehre) Disziplin gelernt haben, die *imstande* sind, eine Arbeitermiliz zu schaffen und sie *allmählich zu einer allgemeinen Volks*miliz zu erweitern (wobei mit der Erweiterung sofort begonnen werden muß). Die klassenbewußten Arbeiter müssen die Führung haben, doch zur Verwaltung heranzuziehen vermögen sie die ganze Masse der Werktätigen und Unterdrückten.

Selbstverständlich sind bei den ersten Schritten dieses neuen Apparats Fehler nicht zu vermeiden. Aber haben denn die Bauern keine Fehler gemacht, als sie, von der Leibeigenschaft befreit, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nahmen? Kann es denn einen anderen Weg geben, um das Volk zu lehren, sich selbst zu regieren, um Fehler zu überwinden, als den Weg der Praxis? als den sofortigen Übergang zu einer wirklichen Selbstverwaltung des Volkes? Die Hauptsache ist jetzt, mit jenem bürgerlichen, intelligenzlerischen Vorurteil aufzuräumen, den Staat könnten nur eigens dazu bestellte Beamte verwalten, die ihrer ganzen sozialen Lage nach völlig vom Kapital abhängig sind. Die Hauptsache ist, Schluß zu machen mit einer Lage der Dinge, wo Bourgeois, Bürokraten und „sozialistische" Minister nach alter Manier zu regieren suchen, aber nicht regieren können, und nach sieben Monaten in einem Bauernland einen Bauernaufstand ernten!! Die Hauptsache ist, den Unterdrückten und Werktätigen Vertrauen in ihre eigenen Kräfte einzuflößen, ihnen in der Praxis zu zeigen, daß sie selbst die *richtige*, aufs strengste geregelte, organisierte Verteilung des Brotes, aller Nahrungsmittel, der Milch, der Kleidung, der Wohnungen usw. *im Interesse der Armen* in die Hand nehmen können und müssen. Anders ist eine Rettung Rußlands vor dem Zusammenbruch und dem Untergang *unmöglich*; nimmt man hingegen gewissenhaft, kühn und allerorts die Übergabe des Verwaltungswesens in

die Hände der Proletarier- und Halbproletarier in Angriff, so wird das einen in der Geschichte beispiellosen revolutionären Enthusiasmus in den Massen wecken und die Kräfte des Volkes im Kampf gegen das Elend derart vervielfachen, daß vieles von dem, was unseren engstirnigen, alten, bürokratischen Kräften unmöglich erscheint, sich als durchführbar erweisen wird für die Kräfte der Millionenmasse, die *beginnt, für sich selbst zu arbeiten*, die nicht für den Kapitalisten, nicht für das Herrensöhnchen, nicht für den Bürokraten, nicht unter Zwang arbeitet.

*

Zur Frage des Staatsapparats gehört auch die Frage des Zentralismus, die Gen. Basarow in Nr. 138 der „Nowaja Shisn" vom 27. September in dem Artikel „Die Bolschewiki und das Machtproblem" besonders energisch und mit besonderem Mißgeschick aufgeworfen hat.

Gen. Basarow stellt folgende Betrachtung an: „Die Sowjets sind kein Apparat, der allen Bereichen des Staatslebens angepaßt ist", denn die siebenmonatigen Erfahrungen hätten gezeigt, „Dutzende und Hunderte dokumentarischer Unterlagen, die sich in der Ökonomischen Abteilung des Petersburger Exekutivkomitees befinden", hätten bestätigt, daß die Sowjets, obgleich sie an vielen Orten faktisch über die „gesamte Macht" verfügten, „im Kampf gegen die Zerrüttung keine auch nur einigermaßen befriedigenden Resultate erzielen konnten". Es sei ein Apparat erforderlich, der „nach Produktionszweigen gegliedert, innerhalb jedes Zweiges streng zentralisiert und einer einheitlichen, gesamtstaatlichen Zentralstelle untergeordnet ist". „Es handelt sich", man höre nur, „nicht um die Ersetzung des alten Apparats, sondern lediglich um seine Reformierung ... mögen die Bolschewiki über Menschen mit einem Plan noch so sehr spotten ..."

Alle diese Betrachtungen des Genossen Basarow sind geradezu erstaunlich unbeholfen, sie sind ein Abklatsch von Betrachtungen der Bourgeoisie, eine Widerspiegelung ihres Klassenstandpunkts!

In der Tat. Zu behaupten, die Sowjets hätten jemals irgendwo in Rußland über die „gesamte Macht" verfügt, ist einfach lächerlich (wenn es nicht eine Wiederholung eigennütziger Klassenlügen der Kapitalisten ist). „Gesamte Macht" erfordert Macht über den ganzen Grund und Boden, über alle Banken, über alle Fabriken; ein Mensch, der die Lehren der

Geschichte und die Aussagen der Wissenschaft über den Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft auch nur einigermaßen kennt, hätte diesen „geringfügigen" Umstand nicht „vergessen" können.

Die Lügnermethode der Bourgeoisie besteht darin, daß sie den Sowjets die Macht *nicht* übergibt, jeden ernsten Schritt der Sowjets *sabotiert*, die Regierung nicht aus den Händen gibt, die Macht über den Boden und über die Banken usw. behält, dabei aber die Schuld an der Zerrüttung den Sowjets in die Schuhe schiebt!! Gerade darin bestehen ja die ganzen traurigen Erfahrungen mit der Koalition.

Niemals haben die Sowjets die gesamte Macht besessen, und ihre Maßnahmen konnten zu nichts anderem führen als zu Palliativen und gesteigerter Verwirrung.

Den Bolschewiki, die ihrem Programm wie der ganzen Taktik ihrer Partei nach überzeugte Zentralisten sind, die Notwendigkeit des Zentralismus beweisen wollen heißt wahrlich offene Türen einrennen. Wenn die Schreiber der „Nowaja Shisn" sich einer so sinnlosen Beschäftigung hingeben, so nur, weil sie Sinn und Bedeutung unseres Spottes über ihren „gesamtstaatlichen" Standpunkt überhaupt nicht verstanden haben. Verstanden aber haben das die Leute von der „Nowaja Shisn" deshalb nicht, weil die Lehre vom Klassenkampf für sie nur ein *Lippenbekenntnis* und nicht Sache der Überzeugung ist. Während sie auswendig gelernte Sätze vom Klassenkampf wiederholen, irren sie alle Augenblicke auf den theoretisch ergötzlichen und praktisch reaktionären „Standpunkt" ab, man könne „über den Klassen" stehen, und nennen diese Liebedienerei vor der Bourgeoisie einen „gesamtstaatlichen" Plan.

Der Staat, liebe Leute, ist ein Klassenbegriff. Der Staat ist ein Organ oder eine Maschine der Gewaltanwendung einer Klasse gegen eine andere. Solange er eine Maschine der Gewaltanwendung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist, solange kann es nur *eine* proletarische Losung geben: *Zerstörung* dieses Staates. Sobald es sich aber um einen proletarischen Staat handelt, um eine Maschine der Gewaltanwendung des Proletariats gegen die Bourgeoisie, sind wir durchaus und uneingeschränkt für eine starke Staatsmacht und für den Zentralismus.

Um es populärer zu sagen: Wir machen uns nicht über die „Pläne" lustig, sondern darüber, daß Basarow und Co. nicht begreifen, daß sie mit der Ablehnung der „Arbeiterkontrolle", mit der Ablehnung der „Diktatur

des Proletariats" für die Diktatur der Bourgeoisie *eintreten*. Einen Mittelweg gibt es nicht, er ist der leere Wahn eines kleinbürgerlichen Demokraten.

Gegen den *Zentralismus* der Sowjets, gegen ihre Zusammenfassung in einem Zentrum, hat sich kein Bolschewik jemals gewandt. Gegen Betriebskomitees nach Produktionszweigen und ihre Zentralisierung hat keiner von uns etwas einzuwenden. Basarow schießt *daneben*.

Wir spotten, spotteten und werden spotten nicht über den „Zentralismus" und nicht über „Pläne", sondern über den *Reformismus*. Denn euer Reformismus ist nach den Erfahrungen mit der Koalition ganz und gar lächerlich. Erklärt man: „Nicht Ersetzung, sondern Reformierung des Apparats", so heißt das aber Reformist sein, heißt das nicht revolutionärer, sondern reformistischer Demokrat werden. Der Reformismus bedeutet nichts anderes als Zugeständnisse seitens der herrschenden Klasse, *nicht* aber ihren Sturz, Zugeständnisse seitens der herrschenden Klasse, die die Macht *in ihrer Hand* behält.

Gerade das ist es, was die halbjährige Koalition gezeigt hat.

Eben darüber spotten wir. Basarow, der die Lehre vom Klassenkampf nicht durchdacht hat, läßt sich von der Bourgeoisie einfangen, die im Chor singt: „Ganz recht, wir sind gar nicht gegen das Reformieren, wir sind für die Teilnahme der Arbeiter an der gesamtstaatlichen Kontrolle, wir sind durchaus einverstanden", und der biedere Basarow spielt *objektiv* die Rolle eines Nachbeters der Kapitalisten.

So war es immer, und so wird es immer sein mit Leuten, die in einer Situation heftigen Klassenkampfes eine „mittlere" Position zu beziehen suchen. Eben weil die Schreiber der „Nowaja Shisn" nicht imstande sind, den Klassenkampf zu begreifen, ist ihre Politik ein so lächerliches, ewiges Hin- und Herschwanken zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Heran an die „Pläne", ihr lieben Bürger; das ist keine Politik, das ist keine Sache des Klassenkampfes, hier könnt ihr dem Volke nützen. In eurer Redaktion gibt es eine Menge Volkswirtschaftler. Tut euch mit Ingenieuren und anderen zusammen, die bereit sind, an den Fragen der Regulierung der Produktion und Verteilung zu arbeiten, widmet das Beiblatt eures großen „Apparats" (eurer Zeitung) einer sachlichen Ausarbeitung genauer Daten über Produktion und Verteilung der Produkte in Rußland, über die Banken und Syndikate usw. usw. – damit werdet ihr

dem Volke nützen, hier wird sich euer Sitzen zwischen zwei Stühlen nicht besonders schädlich auswirken, eine solche Arbeit an „Plänen" wird euch nicht den Spott, sondern die Dankbarkeit der Arbeiter einbringen.

Das Proletariat wird, wenn es gesiegt hat, folgendermaßen handeln: Es wird die Volkswirtschaftler, Ingenieure, Agronomen usw. *unter der Kontrolle* der Arbeiterorganisationen an die Ausarbeitung und Prüfung eines „Planes" setzen, wird sie Mittel ausfindig machen lassen, um durch Zentralisation Arbeit zu sparen, und wird sie Maßnahmen und Methoden zur einfachsten, billigsten, praktischsten und universellsten Kontrolle suchen lassen. Wir werden dafür die Volkswirtschaftler, Statistiker, Techniker gut bezahlen, aber . . . aber wir werden ihnen nichts zu essen geben, wenn sie diese Arbeit nicht gewissenhaft und restlos *im Interesse der Werktätigen* ausführen.

Wir sind für den Zentralismus und für einen „Plan", aber für den Zentralismus und für den Plan des *proletarischen* Staates, der proletarischen Regulierung der Produktion und Verteilung im Interesse der Armen, Werktätigen und Ausgebeuteten, *gegen* die Ausbeuter. Als „gesamtstaatlich" sind wir nur das zu verstehen gewillt, was den Widerstand der Kapitalisten bricht, was die gesamte Macht in die Hände der Mehrheit des Volkes legt, d. h. in die Hände der Proletarier und Halbproletarier, der Arbeiter und armen Bauern.

*

Das fünfte Argument besteht darin, die Bolschewiki würden die Staatsmacht nicht behaupten können, denn „die Situation ist außerordentlich kompliziert" . . .

Oh, diese Schlauköpfe! Sie werden sich gar noch bequemen, die Revolution hinzunehmen – wenn nur die „außerordentlich komplizierte Situation" nicht wäre.

Solche Revolutionen gibt es nicht, und die Seufzer nach einer solchen Revolution sind nichts weiter als reaktionäre Lamentationen eines bürgerlichen Intellektuellen. Selbst wenn eine Revolution in einer scheinbar nicht sehr komplizierten Situation begonnen hat, so schafft die Revolution selber in ihrer Entwicklung *immer* eine *außerordentlich* komplizierte Situation. Denn eine wirkliche, eine tiefgehende, eine „Volks"revolution, um mit Marx zu sprechen[31], ist der unglaublich komplizierte und qual-

volle Prozeß des Sterbens einer alten und die Geburt einer neuen Gesellschaftsordnung, einer neuen Lebensstruktur für Millionen und aber Millionen von Menschen. Die Revolution ist der heftigste, wütendste, erbittertste Klassenkampf und Bürgerkrieg. Keine einzige große Revolution in der Geschichte ist ohne Bürgerkrieg ausgekommen. Daß aber der Bürgerkrieg ohne eine „außerordentlich komplizierte Situation" denkbar sei, kann nur ein Mann im Futteral* glauben.

Gäbe es keine außerordentlich komplizierte Situation, so gäbe es auch keine Revolution. Wer Wölfe fürchtet, der meide den Wald.

An dem fünften Argument ist nichts zu untersuchen, denn es enthält weder einen ökonomischen noch einen politischen, noch überhaupt irgendeinen Gedanken. Es enthält nur Seufzer von Menschen, die durch die Revolution betrübt und erschreckt sind. Um diese Seufzer zu charakterisieren, gestatte ich mir, zwei kleine persönliche Erinnerungen anzuführen.

Ein Gespräch mit einem reichen Ingenieur kurz vor den Julitagen. Der Ingenieur war früher einmal Revolutionär, war Mitglied der sozialdemokratischen, ja sogar der bolschewistischen Partei gewesen. Jetzt ist er die verkörperte Angst, die verkörperte Wut über die rabiaten und nicht zu bändigenden Arbeiter. Ja, wenn es wenigstens noch Arbeiter wären wie die deutschen – meinte er (ein gebildeter Mann, der im Ausland war) –, ich verstehe natürlich die Unausbleiblichkeit der sozialen Revolution überhaupt, aber bei uns, angesichts des durch den Krieg so gesunkenen Niveaus der Arbeiter . . ., bei uns ist das keine Revolution, es ist der Abgrund.

Er wäre bereit, die soziale Revolution anzuerkennen, wenn die Geschichte ebenso friedlich, ruhig, glatt und akkurat an die Revolution heranführte, wie ein deutscher D-Zug in die Bahnhofshalle einfährt. Der würdevolle Schaffner öffnet die Wagentüren und ruft: „Haltestelle Soziale Revolution. Alle aussteigen**!" Warum sollte man da nicht seine Stellung als Ingenieur bei den Tit Titytsch aufgeben und eine Ingenieurstellung bei den Arbeiterorganisationen annehmen?

Dieser Mann hat Streiks gesehen. Er weiß, welchen Sturm der Leidenschaften stets, selbst in der friedlichsten Zeit, der einfachste Streik ent-

* Hauptfigur der gleichnamigen Novelle von A. P. Tschechow. *Die Red.*

** „Alle aussteigen" bei Lenin deutsch. *Die Red.*

fesselt. Er versteht natürlich, wie millionenfach stärker dieser Sturm sein muß, wenn der Klassenkampf das *ganze* werktätige Volk eines Riesenlandes aufgewühlt hat, wenn Krieg und Ausbeutung Millionen von Menschen, die durch Jahrhunderte von den Gutsbesitzern gepeinigt, durch Jahrzehnte von den Kapitalisten und zaristischen Beamten ausgeplündert und drangsaliert wurden, an den Rand der Verzweiflung getrieben haben. Er begreift das alles „theoretisch", alles das ist bei ihm nur ein *Lippenbekenntnis*, er ist einfach eingeschüchtert durch die „außerordentlich komplizierte Situation".

Nach den Julitagen mußte ich, dank der besonders fürsorglichen Aufmerksamkeit, mit der mich die Kerenskiregierung beehrte, in die Illegalität gehen. Versteckt gehalten wurde unsereins natürlich von einem Arbeiter. In einem abgelegenen Arbeitervorort Petrograds, in einer kleinen Arbeiterwohnung wird das Mittagessen aufgetragen. Die Hausfrau bringt das Brot. Der Hausherr sagt: „Sehe einer an, was für ausgezeichnetes Brot. ‚Sie' wagen es jetzt wohl nicht, schlechtes Brot zu verkaufen. Wir haben schon gar nicht mehr geglaubt, daß in Petrograd gutes Brot geliefert werden könnte."

Mich überraschte diese klassenmäßige Einschätzung der Julitage. Mein Denken kreiste um die politische Bedeutung des Ereignisses, ich suchte seine Rolle im Gesamtverlauf der Ereignisse zu bestimmen, suchte zu bestimmen, welcher Situation diese Zickzackbewegung der Geschichte entsprungen sei und welche Situation sie schaffen werde, wie wir unsere Losungen und unseren Parteiapparat ändern müßten, um ihn der veränderten Lage anzupassen. An das Brot hatte ich, ein Mensch, der keine Not kannte, nicht gedacht. Das Brot stellte sich für mich irgendwie von selbst ein, als eine Art Nebenprodukt der schriftstellerischen Arbeit. Zur Grundlage des Ganzen, zum Klassenkampf ums Brot, dringt das Denken durch die politische Analyse auf einem ungewöhnlich komplizierten und verschlungenen Wege vor.

Aber ein Vertreter der unterdrückten Klasse, wenn auch einer der gut bezahlten und durchaus intelligenten Arbeiter, packt den Stier bei den Hörnern, mit jener bewundernswerten Einfachheit und Geradheit, mit jener festen Entschlossenheit, mit jener erstaunlichen Klarheit des Blicks, von der wir Intellektuellen himmelweit entfernt sind. Die ganze Welt zerfällt in zwei Lager: „wir", die Werktätigen, und „sie", die Ausbeuter.

Keine Spur von Betretenheit aus Anlaß des Geschehenen: es ist eine der Schlachten im langwierigen Kampf der Arbeit gegen das Kapital. Wo Holz gehauen wird, da fallen Späne.

„Wie qualvoll ist doch diese ‚außerordentlich komplizierte Situation' der Revolution" – so denkt und fühlt der bürgerliche Intellektuelle.

„Wir haben ‚sie' unter Druck gesetzt, ‚sie' wagen nicht, so frech zu sein wie früher. Packen wir noch fester zu, und wir werden sie ganz stürzen" – so denkt und fühlt der Arbeiter.

*

Das sechste und letzte Argument: das Proletariat werde „nicht fähig sein, dem ganzen Ansturm der feindlichen Kräfte standzuhalten, der nicht nur die Diktatur des Proletariats, sondern obendrein auch die ganze Revolution hinwegfegen würde".

Schreckt uns nicht, ihr Herren, ihr könnt uns doch nicht einschüchtern. Wir haben diese feindlichen Kräfte und ihren Ansturm in der Kornilowiade kennengelernt (von der sich die Kerenskiherrschaft durch nichts unterscheidet). Wie das Proletariat und die arme Bauernschaft die Kornilowbande hinweggefegt haben, in welche erbärmliche und hilflose Lage die Anhänger der Bourgeoisie sowie die spärlichen Repräsentanten besonders wohlhabender und der Revolution besonders „feindlich" gesinnter lokaler Schichten der kleinen Grundbesitzer geraten sind, das haben alle gesehen, das vergißt das Volk nicht. Das „Delo Naroda" vom 30. September, das den Arbeitern zuredet, sie sollten mit der Kerenskiherrschaft (d. h. der Kornilowherrschaft) und der zusammengeschobenen Zeretelischen Bulygin-Duma „Geduld haben" bis zur Konstituierenden Versammlung (deren Einberufung unter dem Schutz „militärischer Maßnahmen" gegen die aufständische Bauernschaft erfolgt!), das „Delo Naroda" wiederholt, sich überschlagend, gerade das sechste Argument der „Nowaja Shisn" und schreit bis zur Heiserkeit: „Die Kerenskiregierung wird sich auf keinen Fall unterwerfen" (nämlich der Macht der Sowjets, der Macht der Arbeiter und Bauern, die das „Delo Naroda", um den Pogromhelden und Antisemiten, den Monarchisten und Kadetten nicht nachzustehen, die Macht „Trotzkis und Lenins" nennt: so sehen die Methoden aus, zu denen die Sozialrevolutionäre greifen!!).

Aber die klassenbewußten Arbeiter werden sich weder von der „Nowaja Shisn" noch vom „Delo Naroda" einschüchtern lassen. „Die Kerenskiregierung", sagt ihr, „wird sich auf keinen Fall unterwerfen", d. h., um es einfacher, offener, klarer zu sagen, sie wird den Kornilowputsch wiederholen. Und die Herren vom „Delo Naroda" wagen zu behaupten, dies werde der „Bürgerkrieg" sein, dies seien „schreckliche Perspektiven"!

Nein, ihr Herren, ihr werdet die Arbeiter nicht betrügen können. Das wird kein Bürgerkrieg sein, sondern die völlig aussichtslose Meuterei eines Häufleins von Kornilowleuten: oder sie wollen sich dem Volke „nicht unterwerfen" und es um jeden Preis zu einer erweiterten Wiederholung dessen provozieren, was in Wiborg den Kornilowleuten widerfahren ist; *wenn* die Sozialrevolutionäre das *wollen*, wenn das Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre Kerenski das will – so kann er das Volk bis zum Äußersten treiben. Aber die Arbeiter und Soldaten werdet ihr Herren damit nicht ins Bockshorn jagen.

Was für eine maßlose Unverschämtheit: sie haben eine neue Bulyginsche Duma zusammengeschoben, sich durch Fälschungen reaktionäre Genossenschafter und Dorfkulaken zu Hilfe geholt, ihnen Kapitalisten und Gutsbesitzer (die sogenannten Zensuselemente) hinzugesellt und wollen mit dieser Bande von Kornilowleuten *den Willen des Volkes*, den Willen der Arbeiter und Bauern *durchkreuzen*.

Sie haben es in einem Bauernland so weit gebracht, daß sich überall ein breiter Strom von Bauernaufständen ergießt! Man überlege sich nur: In einer demokratischen Republik mit einer Bevölkerung, die zu 80 Prozent aus Bauern besteht, haben sie diese bis zum Bauernaufstand getrieben ... Dasselbe „Delo Naroda", die Zeitung Tschernows, das Organ der Partei der „Sozialrevolutionäre", das am 30. September die Schamlosigkeit besitzt, den Arbeitern und Bauern „Geduld" anzuraten, war im Leitartikel vom 29. September zu folgendem Eingeständnis gezwungen:

„*Fast nichts* wurde bisher getan zur Beseitigung jener *Knechtschaftsverhältnisse*, die noch immer im Dorfe besonders Zentralrußlands *herrschen*."

Dasselbe „Delo Naroda" sagt in demselben Leitartikel vom 29. September, daß „die Gewaltmethoden Stolypins kräftig weiterleben" in den Methoden der „revolutionären Minister", d. h. mit anderen Worten, klarer und einfacher gesagt: es bezeichnet Kerenski, Nikitin, Kischkin und Co. als *Stolypinleute*.

Die „Stolypinleute" Kerenski und Co. haben die Bauern zum Aufstand getrieben, sie ergreifen jetzt „militärische Maßnahmen" gegen die Bauern und vertrösten das Volk auf die Einberufung der Konstituierenden Versammlung (obgleich Kerenski und Zereteli schon einmal das Volk *betrogen* haben, als sie am 8. Juli feierlich erklärten, daß die Konstituierende Versammlung fristgemäß am 17. September zusammentreten werde, dann aber *ihr Wort brachen* und die Konstituierende Versammlung entgegen den Ratschlägen selbst des *Menschewiken Dan* verschoben, und zwar nicht bis Ende Oktober, wie das damalige menschewistische ZEK es wollte, sondern bis Ende November). Die „Stolypinleute" Kerenski und Co. vertrösten das Volk auf die baldige Einberufung der Konstituierenden Versammlung, als ob das Volk Menschen glauben könnte, die in dieser Sache schon einmal gelogen haben, als ob das Volk an eine *korrekte* Einberufung der Konstituierenden Versammlung durch eine Regierung glauben könnte, die in entlegenen Dörfern zu *militärischen Maßnahmen* greift, das heißt eine Regierung, die die willkürliche Verhaftung denkender Bauern und die *Verfälschung* der Wahlen offenkundig *deckt*.

Man treibt die Bauern zum Aufstand und ist schamlos genug, ihnen zu sagen: „Ihr müßt ‚Geduld haben', ihr müßt abwarten, müßt derselben Regierung vertrauen, die mit ‚militärischen Maßnahmen' die aufständischen Bauern niederschlägt!"

Man hat es dahin gebracht, daß Hunderttausende russischer Soldaten bei der Offensive nach dem 19. Juni ums Leben kamen, daß der Krieg sich in die Länge zieht, es ist bis zum Aufstand der deutschen Matrosen gekommen, die ihre Vorgesetzten ins Wasser werfen, bis zu alledem hat man es kommen lassen und schwätzt dabei fortwährend vom Frieden, *ohne allen* Kriegführenden einen gerechten Frieden *anzubieten*, und ist schamlos genug, den Arbeitern und Bauern zu sagen, den zugrunde gehenden Soldaten zu sagen: „Ihr müßt Geduld haben", vertraut der Regierung des „Stolypinmannes" Kerenski, vertraut noch einen Monat den Kornilowgeneralen, vielleicht werden sie in diesem Monat noch einige zehntausend Soldaten auf die Schlachtbank schicken ... „Ihr müßt Geduld haben."

Ist das vielleicht keine Schamlosigkeit??

Nein, ihr Herren Sozialrevolutionäre, ihr Parteikollegen Kerenskis, ihr werdet die Soldaten nicht betrügen können!

Keinen einzigen Tag, keine einzige *weitere* Stunde werden die Arbeiter und Soldaten die Regierung Kerenskis dulden, denn sie wissen, daß eine *Sowjet*regierung *sofort* allen Kriegführenden einen gerechten Frieden anbieten wird, daß sie also *aller Wahrscheinlichkeit nach* den sofortigen Waffenstillstand und einen baldigen Frieden bringen wird.

Keinen einzigen Tag, keine einzige *weitere* Stunde werden die Soldaten unserer bäuerlichen Armee dulden, daß entgegen dem Willen der Sowjets die Kerenskiregierung bleibe, die mit *militärischen Maßnahmen* den Bauernaufstand niederschlägt.

Nein, ihr Herren Sozialrevolutionäre, ihr Parteikollegen Kerenskis, ihr werdet die Arbeiter und Bauern nicht länger betrügen können.

*

In der Frage des Ansturms der feindlichen Kräfte, der, wie die zu Tode erschrockene „Nowaja Shisn" versichert, die Diktatur des Proletariats hinwegfegen würde, steckt noch ein ungeheuerlicher logischer und politischer Fehler, den nur Leute übersehen können, die sich fast bis zur Unzurechnungsfähigkeit haben erschrecken lassen.

„Der Ansturm der feindlichen Kräfte würde die Diktatur des Proletariats hinwegfegen", sagt ihr. Schön. Nun seid ihr lieben Mitbürger aber doch alle Volkswirtschaftler und gebildete Leute. Ihr alle wißt, daß es ein Widersinn ist und von Unwissenheit zeugt, Demokratie und Bourgeoisie einander gegenüberzustellen, daß es dasselbe ist, als wollte man Pfunde und Ellen einander gegenüberstellen. Denn es gibt eine demokratische Bourgeoisie und undemokratische (zu einer Vendée fähige) Schichten des Kleinbürgertums.

„Feindliche Kräfte", das ist eine Phrase. Ein Klassenbegriff aber ist die *Bourgeoisie* (hinter der auch die Gutsbesitzer stehen).

Die Bourgeoisie mitsamt den Gutsbesitzern, das Proletariat, das Kleinbürgertum, die Kleinbesitzer, in erster Linie die Bauernschaft – das sind die drei grundlegenden „Kräfte", in die Rußland, wie auch *jedes* kapitalistische Land, zerfällt. Das sind die drei grundlegenden „Kräfte", die in jedem kapitalistischen Land (auch in Rußland) nicht nur durch die wissenschaftliche ökonomische Analyse, sondern auch *durch die politischen Erfahrungen* der ganzen neuesten Geschichte *aller* Länder, durch die Erfahrungen *aller* europäischen Revolutionen seit dem 18. Jahrhundert,

durch die Erfahrungen der *beiden* russischen Revolutionen von 1905 und 1917 längst nachgewiesen worden sind.

Ihr droht also den Proletariern, der Ansturm der Bourgeoisie werde ihre Macht hinwegfegen? Darauf und nur darauf läuft eure Drohung hinaus, irgendeinen anderen Inhalt hat sie nicht.

Schön. Wenn beispielsweise die Bourgeoisie imstande ist, die Macht der Arbeiter und der armen Bauern hinwegzufegen, dann bleibt nichts anderes übrig als die „Koalition", d. h. das Bündnis oder das Übereinkommen der Kleinbürger mit der Bourgeoisie. Etwas anderes ist gar nicht denkbar!!

Aber die ein halbes Jahr lang ausprobierte Koalition hat doch zu einem Fiasko geführt, und ihr selbst, ihr lieben, aber denkunfähigen Bürger von der „Nowaja Shisn", habt euch von der Koalition *l o s g e s a g t*.

Was ergibt sich nun?

Ihr habt euch so verheddert, ihr Herren von der „Nowaja Shisn", habt euch so erschrecken lassen, daß ihr mit der einfachsten Überlegung nicht ins reine kommt, daß ihr *kaum bis drei, geschweige denn bis fünf zählen* könnt.

Entweder die ganze Macht der Bourgeoisie – das verfechtet ihr seit langem nicht mehr, und die Bourgeoisie selbst wagt nicht einmal, derartiges auch nur anzudeuten, da sie weiß, daß das Volk eine solche Macht am 20.–21. April schon einmal mit einer einzigen Bewegung seiner Schultern abgeschüttelt hat und sie jetzt dreimal entschiedener, schonungsloser abschütteln würde. Oder die Macht dem Kleinbürgertum, das bedeutet dessen Koalition (Bündnis, Übereinkommen) mit der Bourgeoisie, denn die Macht selbständig und unabhängig übernehmen will und kann das Kleinbürgertum *nicht*, wie die Erfahrung aller Revolutionen bewiesen hat, wie auch die ökonomische Wissenschaft beweist, die klarlegt, daß man in einem kapitalistischen Land für das Kapital oder für die Arbeit eintreten kann, daß man aber in der Mitte nicht stehenbleiben kann. Diese Koalition hat in Rußland im Laufe eines halben Jahres Dutzende Methoden ausprobiert und hat Bankrott gemacht.

Oder schließlich, die ganze Macht den Proletariern und armen Bauern, gegen die Bourgeoisie, um deren Widerstand zu brechen. Das wurde noch nicht ausprobiert, und davon *ratet* ihr Herren von der „Nowaja Shisn" dem Volke *ab*, das ihr mit eurer eigenen Angst vor der Bourgeoisie zu schrecken sucht.

Etwas Viertes läßt sich nicht denken.

Wenn also die „Nowaja Shisn" die Diktatur des Proletariats fürchtet und sie wegen einer angeblich möglichen Niederwerfung der proletarischen Staatsmacht durch die Bourgeoisie ablehnt, so ist das gleichbedeutend mit einer *heimlichen Rückkehr* zur Position des *Paktierens* mit den Kapitalisten!!! Es liegt auf der Hand, wer den Widerstand fürchtet, wer nicht an die Möglichkeit glaubt, daß dieser Widerstand gebrochen werden kann, wer das Volk lehrt: „Fürchtet den Widerstand der Kapitalisten, ihr werdet mit ihm nicht fertig werden", der ruft *damit* erneut zum Paktieren mit den Kapitalisten auf.

Hilflos und jämmerlich hat sich die „Nowaja Shisn" verheddert, wie sich jetzt alle kleinbürgerlichen Demokraten verheddert haben, die das Fiasko der Koalition sehen, sie nicht offen zu verteidigen wagen und gleichzeitig, geschützt von der Bourgeoisie, die Allgewalt der Proletarier und der armen Bauernschaft fürchten.

*

Den Widerstand der Kapitalisten fürchten und sich gleichzeitig als Revolutionär bezeichnen, zu den Sozialisten gehören wollen – welche Schmach! Wie tief mußte der vom Opportunismus verderbte internationale Sozialismus ideologisch sinken, damit solche Stimmen laut werden *konnten!*

Die Widerstandskraft der Kapitalisten haben wir, hat das ganze Volk bereits kennengelernt, denn die Kapitalisten sind politisch bewußter als die anderen Klassen und haben sofort die Bedeutung der Sowjets begriffen, sie haben sofort *alle ihre Kräfte* bis zum Äußersten angespannt, sie haben alle Minen springen lassen, sind vor nichts zurückgeschreckt und haben zu den unerhörtesten Mitteln der Lüge und der Verleumdung, zu militärischen Verschwörungen gegriffen, *um die Sowjets zu sprengen*, sie zu einem Nichts zu machen, sie (mit Hilfe der Menschewiki und Sozialrevolutionäre) zu prostituieren, sie in Schwatzbuden zu verwandeln, die Bauern und Arbeiter monatelang mit leerem Geschwätz und mit Revolutionsspielerei zu ermüden.

Die Widerstandskraft der Proletarier und der armen Bauern aber *haben wir noch nicht kennengelernt*, denn diese Kraft wird sich erst dann in ihrer ganzen Größe aufrichten, wenn die Macht in den Händen des

Proletariats ist, wenn Dutzende Millionen Menschen, die jetzt von Not und kapitalistischer Sklaverei erdrückt werden, aus eigener Erfahrung sehen und *spüren*, daß die Macht im Staate den unterdrückten Klassen gehört, daß die Staatsmacht die Armen in ihrem Kampf gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten unterstützt, daß sie deren Widerstand *b r i c h t*. *Erst* dann werden wir sehen können, welche noch unerschlossenen Kräfte zur Abwehr der Kapitalisten im Volke schlummern, erst dann wird das offenbar werden, was Engels den „versteckten Sozialismus" nennt, erst dann wird sich gegen jedes *Zehntausend* offener oder verkappter, aktiv handelnder oder passiven Widerstand leistender Feinde der Staatsmacht der Arbeiterklasse eine *Million* neuer Kämpfer erheben, die bis dahin politisch geschlafen, in qualvollem Elend und in Verzweiflung dahinvegetiert haben, die den Glauben daran verloren hatten, daß auch sie Menschen sind, daß auch sie ein Recht zum Leben haben, daß die ganze Macht des modernen zentralisierten Staates auch ihnen dienen kann, daß die proletarischen Miliztrupps auch *sie* vertrauensvoll zur unmittelbaren, engsten, tagtäglichen Beteiligung an der Staatsverwaltung auffordern.

Die Kapitalisten mitsamt den Gutsbesitzern haben unter wohlwollender Beteiligung der Herrschaften Plechanow, Breschkowskaja, Zereteli, Tschernow und Co. *alles* getan, um die demokratische Republik zu *besudeln*, sie durch Liebedienerei vor dem Reichtum dermaßen zu besudeln, daß das Volk in Apathie und Teilnahmslosigkeit verfällt, daß *ihm alles gleich ist*, denn für einen Hungernden kann es keinen Unterschied geben zwischen Republik und Monarchie, der frierende, barfüßige, erschöpfte Soldat, der für fremde Interessen zugrunde geht, kann die Republik nicht ins Herz schließen.

Wenn aber der letzte ungelernte Arbeiter, jeder beliebige Arbeitslose, jede Köchin, jeder ruinierte Bauer gesehen hat – nicht aus den Zeitungen erfahren, sondern mit eigenen Augen gesehen hat –, daß die proletarische Regierung nicht vor dem Reichtum kriecht, sondern den Armen hilft, daß diese Regierung nicht vor revolutionären Maßnahmen haltmacht, daß sie den Schmarotzern die überschüssigen Lebensmittel wegnimmt und sie den Hungernden gibt, daß sie die Obdachlosen in Wohnungen der Reichen einquartiert, daß sie die Reichen zwingt, die Milch zu bezahlen, ihnen jedoch keinen Tropfen Milch gibt, solange nicht die Kinder *aller* armen Familien in genügendem Maße damit versorgt sind, daß der Grund und

Boden an die Werktätigen übergeht, daß die Fabriken und Banken unter die Kontrolle der Arbeiter kommen, daß die Millionäre für jede Vermögensverschleierung sofortige und strenge Strafe trifft – wenn erst die arme Bevölkerung alles das gesehen und verspürt hat, dann werden keinerlei Kräfte der Kapitalisten und Kulaken, keinerlei Kräfte des über Hunderte Milliarden gebietenden internationalen Finanzkapitals die Volksrevolution besiegen können, im Gegenteil, dann wird *sie* die ganze Welt besiegen, denn in allen Ländern reift der sozialistische Umsturz heran.

Unsere Revolution ist unbesiegbar, wenn sie keine Angst vor sich selbst hat und die gesamte Macht in die Hände des Proletariats legt, denn hinter uns stehen die noch unermeßlich größeren, entwickelteren, besser organisierten internationalen Kräfte des Proletariats, die zeitweilig zwar durch den Krieg niedergehalten, aber nicht vernichtet, sondern im Gegenteil durch ihn vervielfacht worden sind.

*

Angst, die Herren Kapitalisten würden die Macht der Bolschewiki, das heißt die Macht des Proletariats, dem die rückhaltlose Unterstützung der armen Bauernschaft gesichert ist, „hinwegfegen"! Welche Kurzsichtigkeit, welche schmachvolle Angst vor dem Volke, welche Heuchelei! Leute, die diese Angst äußern, gehören jener „höheren" (nach kapitalistischen Begriffen höheren, in Wirklichkeit aber *verfaulten*) „Gesellschaft" an, die das Wort „Gerechtigkeit" im Munde führt, ohne selbst daran zu glauben, gewohnheitsmäßig, als Phrase, ohne ihm irgendeinen Inhalt zu geben.

Hier ein Beispiel:

Herr Peschechonow ist ein bekannter Halbkadett. Ein gemäßigterer Trudowik und Gesinnungsgenosse der Breschkowskaja und der Plechanow läßt sich nicht finden. Einen der Bourgeoisie ergebeneren Minister hat es noch nicht gegeben. Einen glühenderen Anhänger der „Koalition", des Übereinkommens mit den Kapitalisten, hat die Welt noch nicht gesehen!

Und nun war dieser Herr laut Bericht der „Iswestija" der Vaterlandsverteidiger *gezwungen*, in seiner Rede auf der „Demokratischen" (Iles Bulyginschen) Beratung folgende Eingeständnisse zu machen:

„Es gibt zwei Programme. Das eine ist ein Programm von Gruppenansprüchen, von klassenmäßigen und nationalen Forderungen. Am offensten

verfechten dieses Programm die Bolschewiki. Aber auch anderen Teilen der Demokratie fällt es durchaus nicht leicht, auf dieses Programm zu verzichten. Sind es doch die Ansprüche der werktätigen Massen, die Ansprüche der benachteiligten und unterdrückten Nationalitäten. Und darum ist es für die Demokratie nicht so leicht, mit den Bolschewiki zu brechen und auf diese Klassenforderungen zu verzichten, vor allem weil diese Forderungen im Grunde genommen gerecht sind. Aber dieses Programm, für das wir vor der Revolution gekämpft, um dessentwillen wir die Revolution vollbracht haben und das wir unter anderen Bedingungen alle sehr einmütig unterstützen würden, birgt unter den gegebenen Verhältnissen eine ungeheure Gefahr in sich. Die Gefahr ist gegenwärtig um so größer, als diese Forderungen in einem Augenblick gestellt werden müßten, wo der Staat sie unmöglich erfüllen kann. Zuerst einmal muß das Ganze – der Staat – behauptet, vor dem Untergang gerettet werden, und dazu gibt es nur einen Weg: nicht die Erfüllung von Forderungen, wie gerecht und fundiert sie auch erscheinen mögen, sondern im Gegenteil, Beschränkungen, Opfer, die von allen Seiten gebracht werden müssen." („Iswestija ZIK" vom 17. September.)

Herr Peschechonow begreift nicht, daß er, solange die Kapitalisten an der Macht sind, *nicht* das Ganze, sondern die eigennützigen Interessen des russischen und des „alliierten" imperialistischen Kapitals verteidigt. Herr Peschechonow begreift nicht, daß der Krieg erst nach dem Bruch mit den Kapitalisten, mit *ihren* Geheimverträgen, mit *ihren* Annexionen (Eroberungen fremder Gebiete), mit *ihren* Bank- und Finanzschwindeleien aufhören würde, ein Eroberungskrieg, ein imperialistischer Krieg, ein Raubkrieg zu sein. Herr Peschechonow begreift nicht, daß erst *nach* diesem Bruch der Krieg, wenn der Gegner einen ihm formell angebotenen gerechten Frieden ablehnen sollte, ein Verteidigungskrieg, ein gerechter Krieg werden würde. Herr Peschechonow begreift nicht, daß die Verteidigungsfähigkeit eines Landes, das das Joch des Kapitals abgeschüttelt, den Bauern Boden gegeben, die Banken und Fabriken unter Arbeiterkontrolle gestellt hat, *um ein vielfaches* größer sein würde als die eines kapitalistischen Landes.

Die Hauptsache aber: Herr Peschechonow begreift nicht, daß er, der dem Bolschewismus recht geben und anerkennen muß, daß dessen Forderungen die Forderungen der *„werktätigen Massen"*, d. h. der Bevölkerungsmehrheit sind, damit seine eigene Position, die Position der gesamten kleinbürgerlichen Demokratie restlos *aufgibt*.

Darin liegt unsere Kraft. Darum wird unsere Regierung unbesiegbar sein: denn selbst unsere Gegner sind zu dem Eingeständnis gezwungen, daß das bolschewistische Programm das Programm der „werktätigen Massen" und der „unterdrückten Nationalitäten" ist.

Ist doch Herr Peschechonow ein politischer Freund der Kadetten, des Publikums vom „Jedinstwo" und „Delo Naroda", der Breschkowskaja und der Plechanow, ist er doch ein Vertreter der Kulaken und jener Herren, deren Gemahlinnen und Schwestern morgen den noch atmenden Bolschewiki mit ihren Schirmen die Augen ausstechen würden, wenn es zur Niederwerfung der Bolschewiki durch die Truppen Kornilows oder (was ganz dasselbe ist) durch die Truppen Kerenskis käme.

Und ein solcher Herr ist zu dem Eingeständnis *gezwungen*, daß die bolschewistischen Forderungen „gerecht" sind.

Für ihn ist „Gerechtigkeit" nur eine Phrase. Aber für die Massen der Halbproletarier, für die Mehrheit der durch den Krieg ruinierten, ausgesogenen, gemarterten Kleinbürger in Stadt und Land ist das keine Phrase, sondern die akuteste, brennendste, wichtigste Frage, die Frage des Hungertods, des Stückchens Brot. Darum *kann keine* Politik auf der „Koalition", auf der „Vereinbarung" der Interessen der Hungernden und Ruingeweihten mit den Interessen der Ausbeuter aufgebaut werden. Darum ist die Unterstützung einer bolschewistischen Regierung durch *diese* Massen, in ihrer erdrückenden Mehrheit, *gesichert*.

Gerechtigkeit sei ein leeres Wort, sagen die Intellektuellen und jene Schurken, die sich mit der großartigen Begründung, daß sie das *„Hinterteil"* des ökonomischen Materialismus „erschaut haben", gern für Marxisten ausgeben.

Ideen werden zur Gewalt, sobald sie die Massen ergreifen. Und gerade jetzt verkörpern die Bolschewiki, d. h. die Vertreter des revolutionär-proletarischen Internationalismus, in ihrer Politik die Idee, die unübersehbare Massen der Werktätigen in der ganzen Welt bewegt.

Gerechtigkeit allein, die Gefühle der durch die Ausbeutung empörten Massen allein hätten diese nie und nimmer auf den richtigen Weg zum Sozialismus geführt. Nachdem aber dank dem Kapitalismus der materielle Apparat der Großbanken, der Syndikate, der Eisenbahnen usw. entstanden ist, nachdem die fortgeschrittenen Länder mit ihren überaus reichen Erfahrungen Wunder der Technik angehäuft haben, deren

Anwendung vom Kapitalismus *gehemmt* wird, nachdem die klassenbewußten Arbeiter sich zu einer Partei von einer Viertelmillion Mitgliedern zusammengeschlossen haben, um diesen Apparat mit Unterstützung aller Werktätigen und Ausgebeuteten planmäßig in ihre Hand zu nehmen und in Gang zu setzen – nachdem diese Voraussetzungen *gegeben* sind, gibt es auf der ganzen Erde keine Gewalt, die die Bolschewiki, *wenn sie sich nicht einschüchtern lassen* und es verstehen, die Macht zu ergreifen, daran hindern könnte, die Macht bis zum Siege der sozialistischen Weltrevolution zu behaupten.

NACHWORT

Die vorstehenden Zeilen waren bereits geschrieben, als uns der Leitartikel der „Nowaja Shisn" vom 1. Oktober eine neue Perle des Stumpfsinns bescherte, der um so gefährlicher ist, als er sich hinter der Maske einer Sympathie für die Bolschewiki und unter dem Mantel der Philisterweisheit versteckt: „Laßt euch nicht provozieren" (ja, laßt euch nicht einfangen – von dem Geschrei über Provokation, das die Bolschewiki schrecken und veranlassen soll, die Macht *nicht* zu ergreifen).

Hier diese Perle:

„Die Lehren solcher Bewegungen wie die vom 3. bis 5. Juli einerseits und der Kornilowtage anderseits haben mit voller Klarheit gezeigt, daß eine Demokratie, die über die in der Bevölkerung einflußreichsten Organe verfügt, unbesiegbar ist, wenn sie im Bürgerkrieg eine defensive Stellung bezieht, daß sie aber eine Niederlage erleidet und alle schwankenden Zwischenelemente verliert, wenn sie die Initiative zur Offensive ergreift."

Wenn die Bolschewiki einem derartigen philisterhaften Stumpfsinn gegenüber, wie er in diesem Gedankengang zum Ausdruck kommt, in irgendeiner Form auch nur die geringste Nachgiebigkeit an den Tag legten, so würden sie damit sowohl ihre eigene Partei als auch die Revolution zugrunde richten.

Denn der Verfasser der zitierten Betrachtung, der sich daranmacht, über den Bürgerkrieg zu sprechen (gerade das richtige Thema für die in jeder Hinsicht angenehme Dame), hat die *geschichtlichen Lehren* in dieser Frage bis zu einer unglaublichen Komik entstellt.

Über *diese* Lehren, über die geschichtlichen Lehren in *dieser* Frage, urteilte der Repräsentant und Begründer der proletarisch-revolutionären Taktik, Karl Marx, folgendermaßen:

„Nun ist der Aufstand eine Kunst ebenso wie der Krieg oder andere Künste, und gewissen Regeln unterworfen, deren Vernachlässigung zum Verderben der Partei führt, die sich ihrer schuldig macht. Diese Regeln, logische Folgerungen aus dem Wesen der Parteien und der Verhältnisse, mit denen man in solchem Falle zu tun hat, sind so klar und einfach, daß die kurze Erfahrung von 1848 die Deutschen ziemlich bekannt mit ihnen gemacht hatte. Erstens darf man nie mit dem Aufstand spielen, wenn man nicht entschlossen ist, allen Konsequenzen des Spiels Trotz zu bieten. Der Aufstand ist eine Rechnung mit höchst unbestimmten Größen, deren Wert sich jeden Tag ändern kann; die Streitkräfte, gegen die man zu kämpfen hat, haben den Vorteil der Organisation, Disziplin und der herkömmlichen Autorität ganz auf ihrer Seite" (Marx meint hier den „schwierigsten" Fall des Aufstands: den Aufstand gegen eine „unerschütterte" alte Macht, gegen eine Armee, die noch nicht unter dem Einfluß der Revolution und der Regierungsschwankungen zersetzt ist); „kann man nicht große Gegenmächte dagegen aufbringen, so wird man geschlagen und vernichtet. Zweitens, ist der Aufstand einmal begonnen, dann handle man mit der größten Entschiedenheit und ergreife die Offensive. Die Defensive ist der Tod jeder bewaffneten Erhebung; diese ist verloren, ehe sie sich noch mit dem Feinde gemessen hat. Überrasche die Gegner, solange ihre Truppen zerstreut sind, sorge täglich für neue, wenn auch kleine Erfolge; halte das moralische Übergewicht fest, das die erste erfolgreiche Erhebung dir gebracht; ziehe jene schwankenden Elemente an dich, die immer dem stärksten Anstoß folgen und sich immer auf die sicherere Seite schlagen; zwinge deine Feinde zum Rückzug, bevor sie ihre Kräfte gegen dich zusammenfassen können; kurz, nach den Worten Dantons, des größten bisher bekannten Meisters revolutionärer Taktik: de l'audace, de l'audace, encore de l'audace!*" („Revolution und Kontre-Revolution in Deutschland", deutsche Ausgabe von 1907, S. 118.)

Wir haben das alles geändert – können die „Auch-Marxisten" von der „Nowaja Shisn" von sich sagen –, wir haben statt der dreifachen Kühnheit zwei Tugenden: „Wir haben zwo: Gemäßigtheit und Ordnungsliebe." „Uns" gelten die Erfahrungen der Weltgeschichte, die Erfahrungen der Großen Französischen Revolution nichts. Für „uns" sind die durch die

* Kühnheit, Kühnheit, abermals Kühnheit! *Die Red.*

Moltschalinsche* Brille verzerrten Erfahrungen der beiden Bewegungen von 1917 wichtig.

Sehen wir uns diese Erfahrungen ohne diese nette Brille an.

Den 3.–5. Juli vergleicht ihr mit einem „Bürgerkrieg", denn ihr habt Alexinski, Perewersew und Co. Glauben geschenkt. Es ist für die Herrschaften von der „Nowaja Shisn" bezeichnend, daß sie *solchen* Leuten Glauben schenken (ohne das geringste selbständig unternommen zu haben, um über den 3.–5. Juli *Informationen einzuholen*, obgleich ihnen der gewaltige Apparat einer großen Tageszeitung zur Verfügung steht).

Aber nehmen wir selbst für einen Augenblick an, der 3.–5. Juli wäre nicht ein Ansatz zum Bürgerkrieg gewesen, den die Bolschewiki in den Grenzen eines Ansatzes gehalten haben, sondern wirklich ein Bürgerkrieg. Nehmen wir das an.

Was bewiese denn in diesem Fall diese Lehre?

Erstens, daß die Bolschewiki *nicht* zur Offensive übergingen, denn es ist unbestreitbar, daß sie in der Nacht vom 3. zum 4. Juli und selbst am 4. Juli durch eine Offensive sehr viel hätten gewinnen können. Die Defensive war ihre Schwäche – wenn man von einem Bürgerkrieg spricht (wie es die „Nowaja Shisn" tut, und nicht von der Umwandlung einer spontanen Explosion in eine Demonstration von der Art der vom 20.–21. April, wie es den *Tatsachen* entspricht).

Also spricht die „Lehre" *gegen* die Schlauköpfe von der „Nowaja Shisn".

Zweitens, wenn die Bolschewiki am 3.–4. Juli einen Aufstand nicht einmal bezweckt haben, wenn *keine einzige Körperschaft* der Bolschewiki eine solche Frage auch nur aufgeworfen hat, so liegt der Grund dafür *außerhalb* unseres Streits mit der „Nowaja Shisn". Denn wir streiten über die *Lehren* des „Bürgerkriegs", d. h. des Aufstands, nicht aber über einen Fall, wo eine revolutionäre Partei durch den Umstand, daß sie offenkundig nicht die Mehrheit auf ihrer Seite hat, von dem Gedanken an einen Aufstand zurückgehalten wird.

Da jedermann weiß, daß die Bolschewiki die Mehrheit sowohl in den Sowjets der Hauptstädte als auch im Lande (über 49 Prozent der Stim-

* Moltschalin – Gestalt aus Gribojedows Komödie „Verstand schafft Leiden". *Die Red.*

men in Moskau) erst *geraume Zeit* nach dem Juli 1917 bekommen haben, so sind also die „Lehren" wiederum durchaus nicht, durchaus nicht so, wie sie die in jeder Hinsicht angenehme Dame „Nowaja Shisn" zu sehen wünscht.

Nein, nein, laßt lieber die Finger von der Politik, ihr Bürger von der „Nowaja Shisn"!

Hat die revolutionäre Partei nicht die Mehrheit in den Vortrupps der revolutionären Klassen und im Lande, so kann von einem Aufstand keine Rede sein. Außerdem sind für einen Aufstand erforderlich: 1. das Anwachsen der Revolution im gesamtnationalen Maßstab; 2. der völlige moralische und politische Zusammenbruch der alten Regierung, zum Beispiel der „Koalitions"regierung; 3. große Schwankungen im Lager aller Zwischenelemente, d. h. derjenigen, die *nicht* völlig für die Regierung sind, obgleich sie gestern noch völlig für sie waren.

Warum hat die „Nowaja Shisn", als sie von den „Lehren" des 3.–5. Juli zu sprechen begann, diese außerordentlich wichtige Lehre nicht einmal bemerkt? Weil hier an eine politische Frage nicht Politiker herangetreten sind, sondern durch die Bourgeoisie erschreckte Leute aus einem Intellektuellenzirkel.

Weiter. Drittens besagen die Tatsachen, daß der *Zerfall* der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki gerade *nach* dem 3.–4. Juli beginnt, gerade im Zusammenhang damit, daß sich die Herren Zereteli durch ihre *Juli*politik *entlarvten*, gerade im Zusammenhang damit, daß die *Massen* in den Bolschewiki *ihre eigenen* Vorkämpfer erkannten, in den „Sozialblockisten" aber Verräter. *Noch vor* dem Kornilowputsch wurde dieser Zerfall völlig bewiesen durch die Wahlen vom 20. August in Petrograd, die den Bolschewiki einen Sieg und den „Sozialblockisten" eine vernichtende Niederlage brachten. (Das „Delo Naroda" suchte dies unlängst zu widerlegen, wobei es *verheimlichte*, wie die Abstimmungsergebnisse *aller* Parteien waren; das ist aber Selbstbetrug und Betrug am Leser; nach den Angaben des „Den" vom 24. August, die sich nur auf die Stadt beziehen, erhöhte sich der Anteil der für die Kadetten abgegebenen Stimmen von 22 auf 23 Prozent, während die absolute Stimmenzahl für sie um 40 Prozent zurückging; der Anteil der für die Bolschewiki abgegebenen Stimmen stieg von 20 auf 33 Prozent, während die absolute Stimmenzahl für sie sich nur um 10 Prozent verminderte; der Anteil der für alle „Mittelparteien"

abgegebenen Stimmen fiel von 58 auf 44 Prozent, die absolute Zahl der Stimmen für sie aber um 60 Prozent!!)

Der Zerfall der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki nach den Julitagen und vor den Kornilowtagen wird auch durch das Anwachsen des „linken" Flügels in beiden Parteien bewiesen, der fast 40 Prozent erreichte: die „Rache" für die Verfolgungen der Bolschewiki durch die Herren Kerenski.

Die proletarische Partei hat, trotz des „Verlustes" einiger hundert Mitglieder, durch den 3.–4. Juli ungeheuer *gewonnen*, denn gerade in diesen schweren Tagen sahen und begriffen die *Massen* die Treue der Bolschewiki und den *Verrat* der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki. Die „Lehre" fällt also ganz und gar nicht im Sinne der „Nowaja Shisn", sondern ganz anders aus: gehe nicht von den brodelnden Massen über zu den „Moltschalins der Demokratie", und wenn du den Aufstand beginnst, dann ergreife die Offensive, solange die Kräfte des Feindes zerstreut sind, überrumple ihn.

Ist es nicht so – ihr Herren „Auch-Marxisten" von der „Nowaja Shisn"?

Oder besteht der „Marxismus" darin, seiner Taktik *nicht* die genaue Einschätzung der *objektiven* Lage zugrunde zu legen, sondern sinn- und kritiklos „Bürgerkrieg" und „Sowjetkongreß und Einberufung der Konstituierenden Versammlung" in einen Topf zu werfen?

Das ist doch einfach lächerlich, Herrschaften, das ist doch eine glatte Verhöhnung sowohl des Marxismus als auch jeder Logik überhaupt!

Wenn die *objektive* Lage der Dinge *keinen* Grund für eine Verschärfung des Klassenkampfes bis zum „Bürgerkrieg" gibt, warum habt ihr dann *anläßlich* der Frage „Sowjetkongreß und Konstituierende Versammlung" (eben so ist der hier in Rede stehende Leitartikel der „Nowaja Shisn" betitelt) vom „Bürgerkrieg" zu sprechen begonnen? Dann hätte man dem Leser deutlich sagen und ihm beweisen müssen, daß die objektive Lage *keinen* Boden für einen Bürgerkrieg biete und daß man daher friedliche, konstitutionell-legale, juristisch und parlamentarisch „einfache" Dinge, wie zum Beispiel den Sowjetkongreß und die Konstituierende Versammlung, zur Grundlage der Taktik machen könne und müsse. Dann *könnte* man der Meinung sein, daß ein solcher Kongreß und eine solche Versammlung wirklich zu *entscheiden* vermöchten.

Wenn aber die objektiven Verhältnisse des Augenblicks den Bürgerkrieg unvermeidlich oder auch nur wahrscheinlich machen, wenn ihr vom Bürgerkrieg nicht „ins Blaue hinein" zu sprechen begonnen habt, sondern weil ihr das Vorhandensein einer Bürgerkriegssituation klar gesehen, gefühlt, gespürt habt, wie könnt ihr dann den Sowjetkongreß oder die Konstituierende Versammlung in den Vordergrund stellen?? Das ist doch eine Verhöhnung der hungernden und gequälten Massen! Wird etwa der Hungernde zwei Monate „warten" wollen? Oder wird die Zerrüttung, von deren Anwachsen ihr selber täglich schreibt, bis zum Sowjetkongreß oder bis zur Konstituierenden Versammlung „warten" wollen? Oder wird die deutsche Offensive ohne ernste Friedensschritte unserseits (d. h. ohne ein an alle Kriegführenden gerichtetes formelles Anerbieten eines gerechten Friedens) auf den Sowjetkongreß oder die Konstituierende Versammlung „warten" wollen? Oder habt ihr irgendwelche Anhaltspunkte für die Annahme, daß die Geschichte der russischen Revolution, die vom 28. Februar bis zum 30. September ungemein stürmisch und in einem unerhört raschen Tempo verlaufen ist, vom 1. Oktober bis zum 29. November[32] in einem ganz ruhigen, friedlichen, legal ausgeglichenen Tempo weitergehen wird, das Explosionen, Sprünge, Kriegsniederlagen, wirtschaftliche Krisen ausschließt? Oder wird die Armee an der Front, von der ein *Nicht*-Bolschewik, der Offizier Dubassow, offiziell im Namen der Front erklärt hat, daß sie „nicht kämpfen werde", bis zum „angesetzten" Datum ruhig hungern und frieren? Oder wird der Bauernaufstand deshalb, weil ihr ihn als „Anarchie" und „Pogrom" bezeichnet, deshalb, weil Kerenski „militärische" Kräfte *gegen die Bauern* schickt, aufhören, ein Element des Bürgerkriegs zu sein? Oder ist eine ruhige, geregelte, unverfälschte Tätigkeit der Regierung zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung *in einem Bauern*land möglich, ist sie *denkbar*, wenn diese Regierung gleichzeitig den Bauernaufstand *unterdrückt*?

Lacht nicht über „Konfusion im Smolny-Institut"[33], Herrschaften! Eure Konfusion ist nicht geringer. Auf die dräuenden Fragen des Bürgerkriegs antwortet ihr mit konfusen Phrasen und jämmerlichen konstitutionellen Illusionen. Darum sage ich, daß die Bolschewiki, wenn sie solchen Stimmungen nachgäben, sowohl ihre Partei als auch ihre Revolution zugrunde richten würden.

1. Oktober 1917 *N. Lenin*

AN DIE ARBEITER, BAUERN UND SOLDATEN

Genossen! Die Partei der „Sozialrevolutionäre", der Kerenski angehört, fordert euch in ihrer Zeitung „Delo Naroda" (vom 30. September) auf, *„Geduld zu haben"*.

„Ihr müßt Geduld haben", schreibt sie und empfiehlt, die Macht in den Händen der Kerenskiregierung zu belassen, empfiehlt, die Macht nicht den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten zu übergeben. Möge Kerenski sich auf die Gutsbesitzer, Kapitalisten und Kulaken stützen, mögen die Sowjets, die die Revolution vollbracht und die Kornilowgenerale besiegt haben, „Geduld haben", sagt man uns. Mögen sie „Geduld haben" bis zur baldigen Einberufung der Konstituierenden Versammlung.

Genossen! Schaut um euch, schaut, was im Dorfe, was in der Armee vor sich geht, und ihr werdet sehen, daß die Bauern und die Soldaten nicht länger warten können. Über ganz Rußland ergießt sich der breite Strom des *Aufstands der Bauern*, denen man durch Betrug noch immer den Boden vorenthält. Die Bauern können nicht warten. Kerenski entsendet *Truppen*, um die Bauern niederzuschlagen und die Gutsbesitzer zu schützen, Kerenski hat sich wiederum hinter den Kulissen mit den Kornilowschen Generalen und Offizieren verständigt, die es mit den Gutsbesitzern halten.

Weder die Arbeiter in den Städten noch die Soldaten an der Front können diese militärische Niederschlagung des gerechten Kampfes der Bauern um den Boden dulden.

Über das, was in der Armee an der Front vor sich geht, hat der Offizier Dubassow, ein Parteiloser, vor ganz Rußland erklärt: „Die Soldaten werden nicht weiterkämpfen." Die Soldaten sind erschöpft, die Soldaten

gehen barfuß, die Soldaten hungern, die Soldaten wollen nicht für die Interessen der Kapitalisten kämpfen, sie wollen nicht *„dulden"*, daß man ihnen nur schöne Worte von Frieden auftischt und in Wirklichkeit das *Angebot eines Friedens*, eines gerechten Friedens ohne Eroberungen, an *alle* kriegführenden Völker monatelang hinausschiebt (wie dies Kerenski tut).

Genossen! Wisset, daß Kerenski wieder mit den Kornilowschen Generalen und Offizieren verhandelt, um *gegen die Sowjets* der Arbeiter- und Soldatendeputierten *Truppen aufmarschieren zu lassen*, um die Sowjets *nicht zur Macht kommen zu lassen!* Den Sowjets wird sich Kerenski *„auf keinen Fall unterwerfen"* – gibt das „Delo Naroda" unumwunden zu.

Geht also alle in die Kasernen, geht zu den Kosakenverbänden, geht zu den Werktätigen und klärt das Volk über die *Wahrheit* auf:

Wenn die Sowjets die Macht haben, so wird spätestens am 25. Oktober (wenn am 20. Oktober der Sowjetkongreß zusammentritt) allen kriegführenden Völkern *ein gerechter Frieden angeboten werden*. Wir werden in Rußland eine *Arbeiter- und Bauernregierung* haben, und sie wird *unverzüglich*, ohne einen Tag zu verlieren, *allen kriegführenden Völkern einen gerechten Frieden anbieten*. Dann wird das Volk erfahren, wer den ungerechten Krieg will. Dann wird das Volk in der Konstituierenden Versammlung entscheiden.

Wenn die Sowjets die Macht haben, werden die Ländereien *der Gutsbesitzer unverzüglich zum Besitz und Eigentum des ganzen Volkes* erklärt.

Das ist es, wogegen Kerenski und seine Regierung kämpfen, die sich auf die Kulaken, Kapitalisten und Gutsbesitzer stützt!

Das sind die Leute, um derentwillen, um deren Interessen willen man euch auffordert, „Geduld zu haben"!

Seid ihr gewillt, „Geduld zu haben", damit Kerenski mit Waffengewalt die Bauern niederschlägt, die sich erhoben haben, um den Grund und Boden zu erkämpfen?

Seid ihr gewillt, „Geduld zu haben", damit der Krieg weiter in die Länge gezogen, damit das *Friedensangebot*, damit die Zerreißung der Geheimverträge des Exzaren mit den russischen und englisch-französischen Kapitalisten hinausgeschoben werden?

Genossen! Vergeßt nicht, daß Kerenski das Volk schon einmal betrogen hat, als er versprach, die Konstituierende Versammlung einzuberufen! Am 8. Juli versprach er feierlich, sie zum 17. September einzuberufen, und er hat *das Volk betrogen!* Genossen! Wer der Kerenskiregierung Glauben schenkt, ist ein Verräter an seinen Brüdern, an den Bauern und Soldaten!

Nein, das Volk wird *keinen einzigen Tag* mehr die Verschleppungen dulden! Man darf *keinen einzigen Tag* mehr dulden, daß die Bauern mit Waffengewalt niedergeschlagen werden, daß Tausende und aber Tausende im Krieg umkommen, während man sofort einen *gerechten Frieden anbieten* kann und muß.

Nieder mit der Regierung Kerenskis, der sich mit den Kornilowschen Generalen und Gutsbesitzern verständigt, um die Bauern niederzuschlagen, um auf die Bauern zu schießen, um den Krieg zu verlängern!

Alle Macht den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten!

Geschrieben nach dem 30. September (13. Oktober) 1917.

Zuerst veröffentlicht am 23. April 1924 in der „Prawda" Nr. 93.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN DAS ZK, DAS MOSKAUER KOMITEE, DAS PETROGRADER KOMITEE UND AN DIE BOLSCHEWISTISCHEN MITGLIEDER DER SOWJETS VON PETROGRAD UND MOSKAU[34]

Werte Genossen! Die Ereignisse schreiben uns so klar unsere Aufgabe vor, daß eine Verzögerung entschieden *zum Verbrechen* wird.

Die Agrarbewegung wächst an. Die Regierung verstärkt ihre wilden Repressalien, im Heer wachsen die Sympathien für uns (99 Prozent der Soldatenstimmen in Moskau sind für uns, die finnländischen Truppen und die Flotte sind gegen die Regierung, die Äußerung Dubassows über die Front im allgemeinen).

In Deutschland ist der Beginn der Revolution, besonders nach den Matrosenerschießungen, offenkundig. Die Wahlen in Moskau – 47 Prozent Bolschewiki – sind ein gigantischer Sieg. Zusammen mit den linken Sozialrevolutionären haben wir die *klare* Mehrheit *im Lande*.

Die Eisenbahner und die Postangestellten befinden sich im Konflikt mit der Regierung.[35] Die Liberdan reden schon statt vom Kongreß am 20. Oktober vom Kongreß um den 20. herum usw. usf.

Unter solchen Umständen zu „warten" wäre ein Verbrechen.

Die Bolschewiki haben nicht das Recht, auf den Sowjetkongreß zu warten, sie müssen *die Macht sofort ergreifen*. Dadurch retten sie sowohl die Weltrevolution (denn andernfalls droht ein Pakt der Imperialisten aller Länder, die nach den Erschießungen in Deutschland einander entgegenkommen werden, um *sich gegen uns zu vereinigen*) wie auch die russische Revolution (sonst kann die Welle echter Anarchie stärker werden *als wir*) und das Leben von Hunderttausenden im Felde.

Zögern wäre ein Verbrechen. Den Sowjetkongreß abwarten wäre kindische Formalitätsspielerei, schändliche Formalitätsspielerei, wäre Verrat an der Revolution.

Wenn man die Macht nicht ohne Aufstand ergreifen kann, so muß man *sofort mit dem Aufstand beginnen.* Es ist sehr gut möglich, daß man gerade jetzt die Macht ohne Aufstand ergreifen kann: zum Beispiel wenn der Moskauer Sowjet sofort, augenblicklich, die Macht ergriffe und sich (zusammen mit dem Petrograder Sowjet) zur Regierung proklamierte. In Moskau ist der Sieg sicher und niemand da, der kämpfen könnte. In Petrograd kann man abwarten. Die Regierung kann nichts machen, es gibt keine Rettung für sie, und sie wird kapitulieren.

Denn im Besitz der Macht, der Banken, der Fabriken, des „Russkoje Slowo", gewinnt der Moskauer Sowjet eine gewaltige Basis und Stärke, wobei er vor ganz Rußland agitieren und die Frage so stellen wird: Den *Frieden* werden wir *morgen* anbieten, wenn der Bonapartist Kerenski kapituliert (und wenn er nicht kapituliert, werden wir ihn stürzen). *Sofort* den Bauern *den Boden, sofort* Zugeständnisse an die Eisenbahner und Postangestellten usw.

Es ist nicht unbedingt nötig, mit Petrograd „anzufangen". Wenn Moskau unblutig „anfängt", wird es bestimmt unterstützt werden: 1. durch die Sympathie der Armee an der Front, 2. durch die Bauern allerorts, 3. die Flotte sowie die finnländischen Truppen *rücken auf Petrograd vor.*

Selbst wenn Kerenski vor Petrograd ein bis zwei Kavalleriekorps hat, muß er kapitulieren. Der Petrograder Sowjet kann abwarten, wobei er für die Moskauer Sowjetregierung agitiert. Die Losung: Die Macht den Sowjets, den Boden den Bauern, Frieden den Völkern, Brot den Hungernden.

Der Sieg ist sicher und zu neun Zehnteln auch die Aussicht, daß er unblutig sein wird.

Warten wäre ein Verbrechen an der Revolution.

Gruß *N. Lenin*

Geschrieben am 1. (14.) Oktober 1917.
Zuerst veröffentlicht 1921 in: N. Lenin (W. Uljanow), Gesammelte Werke, Band XIV, 2. Halbband.

Nach einer maschinegeschriebenen Abschrift.

THESEN ZUM REFERAT IN DER KONFERENZ DER PETERSBURGER ORGANISATION AM 8. OKTOBER, ZUR RESOLUTION UND ZUR DIREKTIVE FÜR DIE PARTEITAGSDELEGIERTEN[36]

ZUR TEILNAHME DER PARTEI AM VORPARLAMENT

1. Die Teilnahme unserer Partei am „Vorparlament" oder „Demokratischen Rat" oder „Rat der Republik" ist ein offenkundiger Fehler und eine Abweichung vom proletarisch-revolutionären Weg.

2. Die objektive Lage ist so, daß im Lande unzweifelhaft eine Revolution gegen die bonapartistische Regierung Kerenskis heranreift (Bauernaufstand, wachsende Unzufriedenheit und Konflikte mit der Regierung in der Armee und in den nationalen Gruppen, Konflikt mit den Eisenbahnern und Postangestellten, völliges Fiasko der menschewistischen und sozialrevolutionären Paktierer bei den Wahlen usw.).

Sich angesichts eines solchen Heranreifens der Revolution an einem verfälschten, zur Täuschung des Volkes zusammengeschobenen Parlament beteiligen heißt diese Täuschung erleichtern, die Vorbereitung der Revolution *erschweren* und die Aufmerksamkeit des Volkes und die Kräfte der Partei von der aktuellen Aufgabe des Kampfes um die Macht und für den Sturz der Regierung ablenken.

3. Der Parteitag muß deshalb die Mitglieder unserer Partei aus dem Vorparlament abberufen, das Vorparlament boykottieren und das Volk aufrufen, die Kräfte zu sammeln, um diese Zeretelische „Bulygin-Duma" auseinanderzujagen.

ÜBER DIE LOSUNG „ALLE MACHT DEN SOWJETS"

1. Die ganze halbjährige Arbeit der Bolschewiki in der Revolution, die ganze Kritik, die sie an den Menschewiki und Sozialrevolutionären

wegen ihres „Paktierertums" und weil diese Parteien die Sowjets in Schwatzbuden verwandeln, geübt haben, fordern von den Bolschewiki die gewissenhafte, marxistisch konsequente Befolgung dieser Losung; leider machen sich bei den Spitzen der Partei Schwankungen bemerkbar, gewissermaßen eine „Angst" vor dem Kampf um die Macht, die Neigung, diesen Kampf durch Resolutionen, Proteste und Kongresse zu ersetzen.

2. Alle Erfahrungen der beiden Revolutionen, sowohl vom Jahre 1905 als auch vom Jahre 1917, wie auch alle Beschlüsse der Partei der Bolschewiki, alle ihre politischen Erklärungen seit vielen Jahren laufen darauf hinaus, daß der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten nur als Organ des Aufstands, nur als Organ der revolutionären Macht real ist. Außerhalb dieser Aufgabe sind die Sowjets ein bloßes Spielzeug, das unvermeidlich zur Apathie, Gleichgültigkeit und Enttäuschung der Massen führt, denen die endlose Wiederholung von Resolutionen und Protesten mit vollem Recht zuwider geworden ist.

3. Besonders jetzt, wo das Land vom Bauernaufstand überflutet wird, den Kerenski mit Hilfe ausgesuchter Truppen niederschlägt, wo sogar die militärischen Maßnahmen im Dorfe offenkundig die Gefahr einer Verdrehung und Verfälschung der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung in sich bergen, wo es in Deutschland bis zu einem Aufstand in der Flotte gekommen ist, besonders jetzt wäre es ein Verrat an den Bauern wie an der Sache der internationalen sozialistischen Revolution, wollten die Bolschewiki darauf verzichten, die Sowjets zu einem Organ des Aufstands zu machen.

4. Die Machtergreifung durch die Sowjets ist die Aufgabe eines erfolgreichen Aufstands. Darum müssen die besten Kräfte der Partei in die Fabriken und Kasernen geschickt werden, damit sie den Massen ihre Aufgabe auseinandersetzen und wir, gestützt auf eine richtige Einschätzung der Stimmung der Massen, den richtigen Augenblick für den Sturz der Regierung Kerenski wählen.

Diese Aufgabe unbedingt mit dem Sowjetkongreß verbinden, sie diesem Kongreß unterordnen, heißt *mit dem Aufstand spielen*, indem man seinen Zeitpunkt im voraus bestimmt, der Regierung die Bereitstellung von Truppen erleichtert und die Masse durch die Illusion irreführt, daß durch eine „Resolution" des Sowjetkongresses eine Frage entschieden

werden könne, die nur die Macht des aufständischen Proletariats zu entscheiden vermag.

5. Wir müssen die konstitutionellen Illusionen und die Hoffnungen auf den Sowjetkongreß bekämpfen, die vorgefaßte Meinung, der Sowjetkongreß müsse unbedingt „abgewartet" werden, aufgeben und alle Kräfte darauf konzentrieren, den Massen die Unvermeidlichkeit eines Aufstands klarzumachen und diesen vorzubereiten. Würden die Bolschewiki, die die Sowjets der beiden Hauptstädte beherrschen, auf diese Aufgabe verzichten, sich mit der Einberufung der Konstituierenden Versammlung (*d. h.* mit der Verfälschung der Konstituierenden Versammlung) durch die Regierung Kerenski zufriedengeben, so würden sie die von ihnen propagierte Losung „Die Macht den Sowjets" zu einer hohlen Phrase herabwürdigen und sich als Partei des revolutionären Proletariats politisch entehren.

6. Das trifft besonders jetzt zu, wo die Wahlen in Moskau den Bolschewiki 49½ Prozent der Stimmen brachten und wo die Bolschewiki, bei Unterstützung durch die linken Sozialrevolutionäre, einer Unterstützung, die schon längst praktische Tatsache ist, unzweifelhaft die Mehrheit im Lande hinter sich haben.

Bemerkung zur Resolution über die Losung „Die Macht den Sowjets"

Man braucht nicht alles aus den Thesen zur Losung „Die Macht den Sowjets" zu drucken, wenn *wir aber darauf verzichten,* solche äußerst dringende und wichtige Fragen, für deren Diskussion die volle Pressefreiheit fehlt oder die man der Feinde wegen nicht in die Öffentlichkeit tragen kann, *in der Partei zu diskutieren* und *den Massen klarzumachen,* so ist das gleichbedeutend mit dem Verlust der Verbindung zwischen der Partei und der Avantgarde des Proletariats.

Geschrieben zwischen dem 29. September und 4. Oktober (12. und 17. Oktober) 1917.

Veröffentlicht (unvollständig) 1921 in: N. Lenin (W. Uljanow), Gesammelte Werke, Band XIV, II. Halbband.

Nach einer maschinegeschriebenen Abschrift.

BRIEF AN DIE PETROGRADER STADTKONFERENZ

In geschlossener Sitzung zu verlesen

Genossen! Gestatten Sie mir, die Aufmerksamkeit der Konferenz auf den äußersten Ernst der politischen Lage zu lenken. Ich kann mich nur auf die Nachrichten der Morgenzeitungen vom Sonnabend stützen. Diese Nachrichten aber zwingen, die Frage so zu stellen:

Beweist nicht die völlige Untätigkeit der englischen Flotte im allgemeinen und auch der englischen Unterseeboote bei der Besetzung Ösels durch die Deutschen, im Zusammenhang mit der Absicht der Regierung, ihren Sitz von Petrograd nach Moskau zu verlegen, daß zwischen den russischen und den englischen Imperialisten, zwischen Kerenski und den englisch-französischen Kapitalisten eine *Verschwörung* zustande gekommen ist mit dem Ziel, Petrograd an die Deutschen auszuliefern und die russische Revolution *auf diesem Wege* zu erdrosseln?

Ich denke, ja.

Die Verschwörung ist vielleicht nicht auf direktem Wege zustande gekommen, sondern wiederum durch die Vermittlung irgendwelcher Kornilowleute (Maklakows, anderer Kadetten, „parteiloser" russischer Millionäre usf.), das alles aber ändert nichts am Kern der Sache.

Die Schlußfolgerung ist klar:

Man muß einsehen, daß die Revolution zugrunde geht, wenn die Kerenskiregierung nicht in der allernächsten Zukunft von den Proletariern und Soldaten gestürzt wird. Die Frage des Aufstands ist auf die Tagesordnung gesetzt.

Man muß alle Kräfte mobilisieren, um die Arbeiter und Soldaten mit dem Gedanken zu erfüllen, daß der entschlossene, entscheidende Endkampf für den Sturz der Kerenskiregierung unbedingte Notwendigkeit geworden ist.

Man muß sich an die Moskauer Genossen wenden und sie dazu bewegen, die Macht in Moskau zu ergreifen, die Kerenskiregierung für abgesetzt zu erklären und den Sowjet der Arbeiterdeputierten von Moskau zur Provisorischen Regierung Rußlands auszurufen, damit diese sofort ein Friedensangebot macht und Rußland vor der Verschwörung rettet. Die Moskauer Genossen sollten die Frage des Aufstands in Moskau auf die Tagesordnung setzen.

Man muß den für den 8. Oktober nach Helsingfors einberufenen Gebietskongreß der Sowjets der Soldatendeputierten des Nordbezirks[37] ausnützen und (bei der Rückreise der Delegierten über Petrograd) alle Kräfte mobilisieren, um sie für den Aufstand zu gewinnen.

Man muß sich an das ZK unserer Partei mit dem Ersuchen und dem Vorschlag wenden, den Austritt der Bolschewiki aus dem Vorparlament zu beschleunigen und alle Kräfte darauf zu richten, die Verschwörung Kerenskis mit den Imperialisten anderer Länder vor den Massen aufzudecken und den Aufstand vorzubereiten, um den richtigen *Zeitpunkt* des Aufstands zu wählen.

PS. Die Resolution der *Soldaten*sektion des Petrograder Sowjets gegen die Übersiedlung der Regierung aus Petrograd[38] hat gezeigt, daß auch unter den Soldaten die Überzeugung von der Verschwörung Kerenskis *heranreift*. Man muß alle Kräfte anspannen, um diese *richtige* Überzeugung zu stärken und unter den Soldaten zu agitieren.

*

Ich stelle den Antrag, folgende Resolution anzunehmen:

„Die Konferenz stellt nach Erörterung der gegenwärtigen, von allen als im höchsten Grade kritisch anerkannten Lage folgende Tatsachen fest:

1. Die Offensivoperationen der deutschen Flotte, die sehr merkwürdige völlige Untätigkeit der englischen Flotte und im Zusammenhang damit die Absicht der Provisorischen Regierung, von Petrograd nach Moskau zu übersiedeln, erwecken den stärksten Verdacht, daß die Regierung Kerenskis (oder, was dasselbe ist, die hinter ihm stehenden russischen Imperialisten) eine Verschwörung mit den englisch-französischen Imperialisten eingegangen ist, um Petrograd den Deutschen auszuliefern und auf *diese* Weise die Revolution zu erdrosseln.

2. Dieser Verdacht wird im höchsten Maße erhärtet und erlangt den

in derartigen Fällen größtmöglichen Grad der Wahrscheinlichkeit angesichts folgender Umstände:

erstens, in der Armee wächst seit langem und festigt sich immer mehr die Überzeugung, daß so, wie die zaristischen Generale die Armee verraten haben, auch die Generale Kornilows und Kerenskis sie verraten (insbesondere die Preisgabe Rigas);

zweitens, die englisch-französische bürgerliche Presse macht kein Hehl aus ihrem wütenden, bis zur Raserei gesteigerten Haß gegen die Sowjets und aus ihrer Bereitschaft, diese um jeden noch so blutigen Preis zu vernichten;

drittens, die halbjährige Geschichte der russischen Revolution hat vollauf bewiesen, daß Kerenski, die Kadetten, die Breschkowskaja, Plechanow und ähnliche Politiker bewußt oder unbewußt Werkzeuge in den Händen des englisch-französischen Imperialismus sind;

viertens, die unbestimmten, aber hartnäckigen Gerüchte von einem Separatfrieden zwischen England und Deutschland ‚auf Kosten Rußlands' konnten nicht grundlos entstehen;

fünftens, alle Gegebenheiten der Kornilowschen Verschwörung beweisen, wie dies sogar aus den Erklärungen der im allgemeinen mit Kerenski sympathisierenden Zeitungen ‚Delo Naroda' und ‚Iswestija' hervorgeht, daß Kerenski in die Kornilowgeschichte aufs stärkste verwickelt ist, daß er der gefährlichste Kornilowmann war und ist; Kerenski hat die Führer des Kornilowputsches, wie Rodsjanko, Klembowski, Maklakow u. a., gedeckt.

Hiervon ausgehend, stellt die Konferenz fest, daß das ganze Geschrei Kerenskis und der ihn unterstützenden bürgerlichen Zeitungen über die Verteidigung Petrograds glatter Betrug und Heuchelei ist und daß die Soldatensektion des Petrograder Sowjets durchaus recht hat, wenn sie den Plan einer Evakuierung aus Petrograd aufs schärfste verurteilt; – sie stellt ferner fest, daß es zur Verteidigung Petrograds und zur Rettung der Revolution unbedingt und dringlichst erforderlich ist, daß sich die erschöpfte Armee von der Ehrlichkeit der Regierung überzeugt und auf dem Wege revolutionärer Maßnahmen gegen die Kapitalisten, die bis jetzt den Kampf gegen die Zerrüttung sabotiert haben (was sogar von der Ökonomischen Abteilung des menschewistisch-sozialrevolutionären ZEK zugegeben wird), Brot, Kleidung und Schuhwerk erhält.

Die Konferenz erklärt deshalb, daß es nur durch den Sturz der Kerenskiregierung einschließlich des zusammengeschobenen Rates der Republik und ihre Ersetzung durch eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung möglich ist:

a) den Bauern den Boden zu geben, anstatt den Aufstand der Bauern niederzuschlagen;

b) sofort einen gerechten Frieden anzubieten und dadurch unserer ganzen Armee den Glauben an die Aufrichtigkeit der Regierung zu geben;

c) entschiedenste revolutionäre Maßnahmen gegen die Kapitalisten zu treffen, um die Armee mit Brot, Kleidung und Schuhwerk zu versorgen und den Kampf gegen die Zerrüttung zu führen.

Die Konferenz ersucht das ZK dringend, alle Maßnahmen zu treffen, um die Führung des unvermeidlichen Aufstands der Arbeiter, Soldaten und Bauern für den Sturz der volksfeindlichen und fronherrlichen Kerenskiregierung zu übernehmen.

Die Konferenz beschließt, sofort Delegationen nach Helsingfors, Wiborg, Kronstadt, Reval, zu den Truppenteilen südlich von Petrograd und nach Moskau zu entsenden, die für den Anschluß an diese Resolution und dafür agitieren, daß es unerläßlich ist, durch den raschen allgemeinen Aufstand und den Sturz Kerenskis den Weg zu bahnen für den Frieden, für die Rettung Petrograds und der Revolution, für die Übergabe des Bodens an die Bauern und der Macht an die Sowjets."

Geschrieben am 7. (20.) Oktober 1917.
Zuerst veröffentlicht 1924.

Nach einer maschinegeschriebenen Abschrift.

ZUR REVISION DES PARTEIPROGRAMMS

Geschrieben 6.–8. (19.–21.) Oktober 1917.

Veröffentlicht im Oktober 1917 in der Zeitschrift „Prosweschtschenije" Nr. 1–2. Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der Zeitschrift.

Auf der Tagesordnung des vom Zentralkomitee zum 17. Oktober einberufenen außerordentlichen Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki) steht die Revision des Parteiprogramms. Bereits die Konferenz vom 24.–29. April[39] hatte in einer Resolution auf die Notwendigkeit einer Revision hingewiesen und in acht Punkten ihre Richtung dargelegt.* Dann erschien in Petrograd** und Moskau*** je eine der Revision gewidmete Broschüre und in Nr. 4 der Moskauer Zeitschrift „Spartak"[40] vom 10. August ein Artikel des Gen. N. I. Bucharin zu diesem Thema.

Wir wollen die Erwägungen der Moskauer Genossen untersuchen.

I

Die Grundfrage bei der Revision des Parteiprogramms ist für die Bolschewiki, die sich alle darüber einig sind, daß eine „Charakterisierung des Imperialismus und der Epoche imperialistischer Kriege im Zusammenhang mit der herannahenden sozialistischen Revolution" gegeben werden muß (§ 1 der Resolution der Konferenz vom 24.–29. April), die Frage,

* Siehe Werke, Bd. 24, S. 272/273. *Die Red.*

** „Materialien zur Revision des Parteiprogramms", herausgegeben und mit einem Vorwort versehen von N. Lenin, Verlag „Priboi", 1917.

*** „Materialien zur Revision des Parteiprogramms", Sammelband mit Artikeln von W. Miljutin, W. Sokolnikow, A. Lomow, W. Smirnow. Herausgegeben vom Gebietsbüro der SDAPR des Moskauer Industriebezirks, 1917.

wie man das neue Programm abfassen soll: soll das alte Programm ergänzt werden durch die Charakterisierung des Imperialismus (diese Ansicht vertrat ich in der Petrograder Broschüre), oder soll der ganze Text des alten Programms umgearbeitet werden? (Diese Ansicht äußerte die auf der Aprilkonferenz gebildete Kommission, und sie vertreten die Moskauer Genossen.) So lautet für unsere Partei vor allem die Frage.

Wir haben zwei Entwürfe: der eine, von mir vorgelegte Entwurf ergänzt das alte Programm durch eine Charakterisierung des Imperialismus.* Der andere, von Gen. W. Sokolnikow vorgelegte und auf den Bemerkungen des Dreierausschusses (gewählt von der auf der Aprilkonferenz gebildeten Kommission) fußende Entwurf arbeitet den ganzen allgemeinen Teil des Programms um.

Auch ich habe (in der erwähnten Broschüre, S. 11**) schon meine Ansicht über die theoretische Unrichtigkeit des von der Kommission entworfenen Planes der Umarbeitung geäußert. Betrachten wir jetzt die Ausführung dieses Planes im Entwurf des Gen. Sokolnikow.

Gen. Sokolnikow teilt den allgemeinen Teil unseres Programms in 10 Abschnitte und versieht jeden Abschnitt oder Absatz mit einer besonderen Nummer (siehe S. 11–18 der Moskauer Broschüre). Auch wir wollen uns an diese Numerierung halten, um dem Leser die Auffindung der entsprechenden Stellen zu erleichtern.

Der erste Absatz des jetzigen Programms besteht aus zwei Sätzen. Der erste besagt, daß die Arbeiterbewegung durch die Entwicklung des Austauschs international geworden ist. Der zweite, daß die russische Sozialdemokratie sich als einen Trupp der Weltarmee des Proletariats betrachtet. (Weiter ist im zweiten Absatz von dem gemeinsamen Endziel aller Sozialdemokraten die Rede.)

Gen. S. läßt den zweiten Satz unverändert, ersetzt aber den ersten durch einen neuen, indem er den Hinweis auf die Entwicklung des Austauschs ergänzt sowohl durch den „Kapitalexport" wie durch den Übergang des proletarischen Kampfes in die „sozialistische Weltrevolution".

Sofort kommt etwas Unlogisches, eine Verwechslung der *Themen*, ein Durcheinander zweier *Typen* der Programmstruktur heraus. Eins von beiden: *Entweder* man beginnt mit einer Charakterisierung des Imperia-

* Siehe Werke, Bd. 24, S. 459/460, 470. *Die Red.*

** Siehe ebenda, S. 465/466. *Die Red.*

lismus als *Ganzes*, dann kann man nicht den „Kapitalexport" für sich allein herausreißen, und dann kann man nicht, wie es Gen. S. tut, die Analyse des „Verlaufs der Entwicklung" der bürgerlichen Gesellschaft im *zweiten* Absatz unverändert dastehen lassen. Oder man läßt den Typus der Programmstruktur unverändert, d. h., man erklärt zunächst, warum unsere Bewegung international geworden und welches ihr gemeinsames Endziel ist, wie der „Verlauf der Entwicklung" der bürgerlichen Gesellschaft zu diesem Endziel führt.

Um die Unlogik, die Folgewidrigkeit der Programmstruktur bei Gen. S. anschaulicher aufzuzeigen, führen wir den Anfang des alten Programms ungekürzt an:

„Die Entwicklung des Warenaustauschs hat eine so enge Verbindung zwischen allen Völkern der zivilisierten Welt hergestellt, daß die große Freiheitsbewegung des Proletariats international werden mußte und schon seit langem international geworden ist."

Gen. S. ist hier mit zwei Dingen unzufrieden: 1. beschreibe das Programm, wenn es von der Entwicklung des Austauschs spricht, ein überholtes „Entwicklungsstadium"; 2. hinter das Wort „zivilisierten" setzt Gen. S. ein Ausrufezeichen und bemerkt, daß „die enge Verbindung zwischen Metropole und Kolonie" bei uns „nicht vorgesehen ist".

„Werden Protektionismus, Zollkriege und imperialistische Kriege das Band der proletarischen Bewegung zerreißen?" fragt Gen. S. und antwortet: „Wenn wir dem Text unseres Programms glauben, ja, denn sie zerreißen die durch den Austausch geknüpften Verbindungen."

Eine recht sonderbare Kritik. Weder der Protektionismus noch ein Zollkrieg „zerreißen" den Austausch, sie verändern oder unterbrechen ihn nur vorübergehend an einer Stelle, um ihn an anderer Stelle fortzusetzen. Der jetzige Krieg hat den Austausch nicht zerrissen, sondern nur an einigen Stellen erschwert, auf andere Stellen verlegt, aber als Weltzusammenhang *bestehen lassen*. Der anschaulichste Beweis dafür sind die Wechselkurse. Dies erstens. Zweitens lesen wir im Entwurf des Gen. S.: „Die Entwicklung der Produktivkräfte, die auf der Basis des Warenaustauschs und des Kapitalexports alle Völker in die Weltwirtschaft einbezogen hat" usw. Der imperialistische Krieg unterbricht (stellenweise, vorübergehend) ebenso wie den Austausch auch den Kapitalexport; die „Kritik" des Genossen S. trifft somit auch *ihn selbst*.

Drittens war (im alten Programm) davon die Rede, warum die Arbeiterbewegung *„seit langem"* international geworden ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sie das schon vor dem Kapitalexport als dem höchsten Stadium des Kapitalismus geworden war.

Schlußfolgerung: Gen. S. hat ein *Stückchen* der Definition des Imperialismus (Kapitalexport) an offenbar *falscher Stelle* eingeflickt.

Ferner gefallen die Worte „zivilisierte Welt" dem Genossen S. nicht, denn sie deuten nach seiner Meinung etwas Friedliches, Harmonisches an und lassen die Kolonien vergessen.

Das Gegenteil ist richtig. Wenn es von der „zivilisierten Welt" spricht, weist das Programm auf das *Dis*harmonische, auf die Existenz nichtzivilisierter Länder (das ist doch eine *Tatsache*) hin, während es im Entwurf des Genossen S. *viel harmonischer* zugeht, denn dort ist einfach von der „Einbeziehung aller Völker in die Weltwirtschaft" die Rede!! Als ob alle Völker *gleichmäßig* in die Weltwirtschaft einbezogen wären! Als ob zwischen den „zivilisierten" und nichtzivilisierten Völkern nicht gerade *auf Grund* der „Einbeziehung in die Weltwirtschaft" *Knechtschafts*verhältnisse bestünden!

Bei Genossen S. kommt geradezu eine *Verschlechterung* des alten Programms in beiden von ihm berührten Themen heraus. Die Internationalität ist bei ihm *schwächer* betont. Es ist uns aber sehr wichtig, zu zeigen, daß diese schon *vor langer Zeit*, sehr lange vor der Epoche des Finanzkapitals entstanden ist. Auch ergibt sich bei ihm in der Frage des Verhältnisses zu den Kolonien *mehr* „Harmonie". Es steht uns aber schlecht an, die unleugbare Tatsache zu verschweigen, daß die Arbeiterbewegung vorläufig leider *nur* die zivilisierten Länder erfaßt hat.

Ich wäre gern bereit, dem Gen. S. zuzustimmen, wenn er einen *klareren* Hinweis auf die Ausbeutung der Kolonien forderte. Das ist wirklich ein *wichtiger* Bestandteil des Begriffes Imperialismus. Aber gerade in dem von Gen. S. vorgeschlagenen ersten Absatz finden wir keinen einzigen diesbezüglichen Hinweis. Die verschiedenen Bestandteile des Begriffes Imperialismus sind bei ihm über verschiedene Stellen *verstreut*, zum Schaden sowohl der Folgerichtigkeit wie der Klarheit.

Wir werden gleich sehen, wie der *ganze* Entwurf des Gen. S. an einer solchen Zerrissenheit und Folgewidrigkeit leidet.

II

Der Leser werfe einen flüchtigen Blick auf den Zusammenhang und die Folgerichtigkeit der *Themenstellung* in den verschiedenen Absätzen des alten Programms (die Absätze nach der Numerierung des Genossen S.):

1. Die Arbeiterbewegung ist seit langem international geworden. Wir sind einer ihrer Trupps.
2. Das Endziel der Bewegung wird durch den Verlauf der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft bestimmt. Der Ausgangspunkt: das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Besitzlosigkeit der Proletarier.
3. Wachstum des Kapitalismus. Verdrängung der Kleinproduzenten.
4. Verschärfte Ausbeutung (Frauenarbeit, Reservearmee usw.).
5. Krisen.
6. Fortschritt der Technik und wachsende Ungleichheit.
7. Anwachsender Kampf der Proletarier. Die materiellen Voraussetzungen der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus.
8. Soziale Revolution des Proletariats.
9. Deren Bedingung: die Diktatur des Proletariats.
10. Die Aufgabe der Partei: den Kampf des Proletariats für die soziale Revolution zu leiten.

Ich füge noch ein Thema hinzu:

11. Der Kapitalismus hat sich zum höchsten Stadium (Imperialismus) entwickelt, und jetzt hat die Ära der proletarischen Revolution begonnen.

Man vergleiche damit die Reihenfolge der *Themen* – nicht einzelner Textkorrekturen, sondern gerade der Themen – im Entwurf des Genossen S. wie auch die *Themen seiner Zusätze über den Imperialismus*:

1. Die Arbeiterbewegung ist international. Wir sind einer ihrer Trupps. (Eingefügt ist: Kapitalexport, Weltwirtschaft, Übergang des Kampfes in die Weltrevolution, d. h. ein Stückchen aus der Definition des Imperialismus.)
2. Das Endziel der Bewegung wird durch den Verlauf der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft bestimmt. Der Ausgangspunkt: das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Besitzlosigkeit der Proletarier. (In der Mitte ist eingefügt: die allmächtigen Banken und Syndikate, monopolistische Weltverbände, d. h. ein zweites Stückchen der Definition des Imperialismus.)

3. Wachstum des Kapitalismus. Verdrängung der Kleinproduzenten.

4. Verschärfte Ausbeutung (Frauenarbeit, Reservearmee, ausländische Arbeiter usw.).

5. Krisen und Kriege. Eingefügt ist noch ein Stückchen der Definition des Imperialismus: „Versuche einer Aufteilung der Welt"; die Monopolverbände und der Kapitalexport sind noch einmal wiederholt; dem Wort Finanzkapital ist in Klammern die Erläuterung hinzugefügt: „Produkt der Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital."

6. Fortschritt der Technik und wachsende Ungleichheit. Eingefügt ist noch ein Stückchen der Definition des Imperialismus: Teuerung, Militarismus. Die Monopolverbände werden nochmals wiederholt.

7. Anwachsender Kampf der Proletarier. Die materiellen Voraussetzungen der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus. In der Mitte eine Einfügung, die noch einmal wiederholt: „Monopolistischer Kapitalismus" und darauf hinweist, daß die Banken und Syndikate einen Apparat der gesellschaftlichen Regulierung usw. vorbereiten.

8. Soziale Revolution des Proletariats. (Einfügung, daß sie der Herrschaft des Finanzkapitals ein Ende bereiten wird.)

9. Diktatur des Proletariats als deren Bedingung.

10. Die Aufgabe der Partei: den Kampf des Proletariats für die soziale Revolution zu leiten. (In der Mitte die Einfügung, daß die soziale Revolution auf der Tagesordnung steht.)

Mir scheint, aus dieser Gegenüberstellung geht klar hervor, daß ein „mechanischer" Charakter der Zusätze (den einige Genossen befürchteten) gerade im Entwurf des Genossen S. zu finden ist. Verschiedene Stückchen der Definition des Imperialismus sind ganz folgewidrig, wie ein Mosaik, über die verschiedenen Punkte verstreut. Eine allgemeine und geschlossene Vorstellung vom Imperialismus wird nicht gewonnen. Es gibt übermäßig viel Wiederholungen. Die alte Disposition ist beibehalten. Der alte allgemeine Plan des Programms ist beibehalten: aufzuzeigen, daß das „Endziel" der Bewegung „bestimmt wird" durch den Charakter der modernen bürgerlichen Gesellschaft und durch den *Verlauf ihrer Entwicklung*. Aber gerade der „Verlauf der Entwicklung" ist nicht herausgekommen, herausgekommen sind Bruchstücke der Definition des Imperialismus, die meist *nicht* an der rechten Stelle eingefügt sind.

Nehmen wir den zweiten Absatz. Gen. S. läßt hier Anfang und Ende

unverändert. Der Anfang besagt, daß die Produktionsmittel einer kleinen Anzahl von Leuten gehören, und das Ende, daß die Mehrheit der Bevölkerung aus Proletariern und Halbproletariern besteht. *In der Mitte* fügt Gen. S. einen besonderen Satz ein, wonach „im letzten Vierteljahrhundert die direkte oder indirekte Verfügung über die kapitalistisch organisierte Produktion in die Hände allmächtiger" Banken, Trusts usw. „übergegangen ist".

Das steht *vor* dem Satz über die *Verdrängung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe!!* Denn dieser steht erst im *dritten* Absatz. Aber die Trusts sind doch die höchste und späteste Erscheinungsform gerade dieses Prozesses der Verdrängung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe. Geht es denn an, zuerst von dem Aufkommen der Trusts und erst dann von der Verdrängung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe zu sprechen? Wird dadurch die logische Aufeinanderfolge nicht verletzt? Denn woher kommen wohl die Trusts? Ergibt sich nicht ein theoretischer Fehler? Wie und warum ist die Verfügung in ihre Hände „übergegangen"? Man kann das nicht verstehen, ohne sich vorher über die Verdrängung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe klargeworden zu sein.

Nehmen wir den dritten Absatz. Sein Thema ist die Verdrängung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe. Auch hier läßt Gen. S. den Anfang (daß die Bedeutung der Großbetriebe zunimmt) und das Ende (die Kleinproduzenten werden verdrängt) unberührt und fügt in der Mitte hinzu, daß die Großbetriebe „zu gigantischen Organismen verschmelzen, die eine ganze Reihe aufeinanderfolgender Stufen der Produktion und Zirkulation vereinigen". Aber dieser Zusatz gilt bereits einem anderen Thema, und zwar der Konzentration der Produktionsmittel und der Vergesellschaftung der Arbeit durch den Kapitalismus, der Schaffung der materiellen Voraussetzungen für die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Im alten Programm wird dieses Thema erst im siebenten Absatz behandelt.

Gen. S. behält diesen allgemeinen Plan bei. Auch er spricht von den materiellen Voraussetzungen der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus *erst im 7. Absatz.* Auch er läßt in diesem 7. Absatz den Hinweis auf die Konzentration der Produktionsmittel und auf die Vergesellschaftung der Arbeit stehen!

Das Ergebnis ist, daß ein Bruchstück aus dem Hinweis auf die Konzen-

tration mehrere Paragraphen *vor* dem allgemeinen, zusammenfassenden, vollständigen Paragraphen eingefügt wurde, der sich speziell mit der Konzentration befaßt. Das ist der Gipfel der Unlogik und ist nur dazu angetan, den breiten Massen das Verstehen unseres Programms zu erschweren.

III

Den fünften Absatz des Programms, der von den Krisen handelt, unterzieht Gen. S. „einer allgemeinen Umarbeitung". Er findet, daß das alte Programm „der Volkstümlichkeit zuliebe theoretisch sündigt" und „von der Marxschen Krisentheorie abweicht".

Gen. S. ist der Meinung, daß das im alten Programm gebrauchte Wort „Überproduktion" „zur Grundlage der Erklärung" der Krisen gemacht wird und daß „eine solche Ansicht eher der Theorie von Rodbertus entspricht, der in der Erklärung der Krisen von der Unterkonsumtion der Arbeiterklasse ausging".

Ein Vergleich des alten Textes mit dem von Gen. S. vorgeschlagenen neuen läßt leicht erkennen, wie außerordentlich mißglückt dieses Suchen nach einer theoretischen Ketzerei, wie sehr *an den Haaren* herbeigezogen hier Rodbertus ist.

Im alten Text wird *nach* dem Hinweis (im Absatz 4) auf den „technischen Fortschritt", auf die Erhöhung des Grades der Ausbeutung der Arbeiter, auf die relative Verringerung des Bedarfs an Arbeitern gesagt: „*Eine solche* Lage der Dinge innerhalb der bürgerlichen Länder usw. gestaltet den Absatz der Waren, die in stets wachsenden Mengen erzeugt werden, immer schwieriger und schwieriger. Die *Überproduktion*, die sich in Krisen ... und Perioden der Stagnation ... äußert, ist die unvermeidliche Folge ..."

Es ist klar, daß hier die Überproduktion keineswegs zur „Grundlage der Erklärung" gemacht, sondern nur der Ursprung der Krisen und der Perioden der Stagnation *beschrieben wird*. Im Entwurf des Gen. S. lesen wir:

„Die allein auf die Profitjägerei gerichtete Entwicklung der Produktivkräfte, die sich in diesen widerspruchsvollen Formen vollzieht, in denen die Produktionsbedingungen und die Konsumtionsbedingungen, die Bedingungen der Realisation des Kapitals und die Bedingungen seiner Akkumulation aufeinander-

stoßen, führt unvermeidlich zu scharfen Industriekrisen und Depressionen und damit zu einer Absatzstockung der anarchisch in stets wachsender Menge produzierten Waren."

Gen. S. hat genau dasselbe gesagt, denn eine „Absatzstockung" der in „wachsender Menge" produzierten Waren ist eben *Überproduktion*. Gen. S. brauchte dieses in keiner Hinsicht falsche Wort nicht zu fürchten. Auch irrt er, wenn er schreibt, daß man an Stelle von „Überproduktion" „hier mit demselben oder sogar noch größerem Recht Unterproduktion setzen könnte" (S. 15 der Moskauer Broschüre).

Man versuche einmal, „Absatzstockung" der „in stets wachsender Menge produzierten Waren" „Unterproduktion" zu nennen! Das wird schwerlich gelingen.

Der Rodbertusianismus besteht keineswegs in dem Gebrauch des Wortes „Überproduktion" (das nur allein einen der tiefsten *Widersprüche* des Kapitalismus *genau beschreibt*), sondern in der Erklärung der Krisen *ausschließlich* aus der Unterkonsumtion der Arbeiterklasse. Das alte Programm aber leitet die Krisen *nicht* daraus ab. Es beruft sich auf *„eine solche* Lage der Dinge innerhalb der bürgerlichen" Länder, wie sie vorher, im vorhergehenden Absatz, gerade geschildert wird und die gekennzeichnet ist durch den „technischen Fortschritt" und die „relative Verringerung des Bedarfs an lebendiger Arbeitskraft". Daneben spricht das alte Programm noch von der „sich ständig verschärfenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt".

Damit ist gerade das *Grundlegende* über das Aufeinanderstoßen der Bedingungen der Akkumulation und der Bedingungen der Realisation gesagt, und zwar bei weitem *klarer*. Die Theorie wurde hier nicht, wie dies Gen. S. irrtümlich glaubt, „der Volkstümlichkeit zuliebe" „geändert", sondern klar und volkstümlich dargelegt. Das ist ein Vorzug.

Über Krisen kann man natürlich Bände schreiben, man kann eine konkretere Analyse der Bedingungen der Akkumulation geben, man kann von der Rolle der *Produktionsmittel* sprechen, von dem Austausch des Mehrwerts und des variablen Kapitals in den Produktionsmitteln gegen das konstante Kapital in den Konsumtionsmitteln, von der Entwertung des konstanten Kapitals durch neue Erfindungen und so weiter und so weiter. Aber das versucht ja auch Gen. S. nicht!! Seine angebliche Verbesserung des Programms besteht lediglich in folgendem:

1. Er läßt den Übergang von Absatz 4 zu Absatz 5, von dem Hinweis auf den technischen Fortschritt usw. zu den Krisen, bestehen, *schwächt* aber den *Zusammenhang* zwischen den beiden Absätzen *ab*, indem er die Worte „*eine solche* Lage der Dinge" streicht.

2. Er fügt theoretisch klingende Phrasen über den Zusammenstoß zwischen Produktionsbedingungen und Konsumtionsbedingungen, zwischen den Bedingungen der Realisation und den Bedingungen der Akkumulation hinzu, Phrasen, die zwar nichts Falsches enthalten, aber keinen neuen Gedanken bringen, denn der vorhergehende Absatz sagt das Grundlegende gerade zu dieser Frage klarer.

3. Er fügt die „Profitjägerei" hinzu, einen Ausdruck, der in ein Programm wenig paßt und der hier wohl gerade „der Volkstümlichkeit *zuliebe*" gebraucht wird, denn dieser *selbe Gedanke* ist bereits mehrfach zum Ausdruck gekommen, sowohl in den Worten über die „Bedingungen der Realisation" wie in den Worten über die „Waren"produktion usw.

4. Er ersetzt das Wort „Stagnation" durch „Depression"; eine unglückliche Änderung.

5. Er fügt dem alten Text das Wort „anarchisch" hinzu („anarchisch in stets wachsender Menge produzierte Waren"). Dieser Zusatz ist theoretisch falsch, denn gerade die „Anarchie" oder die „Planlosigkeit", wenn man den im Entwurf des Erfurter Programms gebrauchten und von Engels angefochtenen Ausdruck nimmt, charakterisieren die Trusts *nicht*.*

Bei Gen. S. heißt es folgendermaßen:

„Die Waren werden anarchisch in stets wachsender Menge produziert. Die Versuche der kapitalistischen Verbände (Trusts usw.), durch Einschränkung der Produktion die Krisen zu beseitigen, leiden Schiffbruch" usw...

Aber eben die Trusts produzieren die Waren *nicht* anarchisch, sondern auf Grund von Berechnungen. Die Trusts *begnügen sich nicht* damit, die Produktion zu „beschränken". *Versuche*, die Krisen zu beseitigen, machen sie nicht, solche „Versuche" der Trusts kann es nicht geben. Bei Gen. S. gibt es eine Reihe von Ungenauigkeiten. Man müßte sagen: Obwohl die

* Engels kritisiert die Worte „Privatproduktion" und „Planlosigkeit" im Erfurter Programmentwurf; er schreibt: „Wenn wir von den Aktiengesellschaften übergehen zu den Trusts, die ganze Industriezweige beherrschen und monopolisieren, so hört da nicht nur die Privatproduktion auf, sondern auch die Planlosigkeit."[41]

Trusts die Waren nicht anarchisch, sondern auf Grund von Berechnungen produzieren, sind die Krisen dennoch nicht zu beseitigen infolge der oben aufgezeigten Eigenschaften des Kapitalismus, die auch bei den Trusts fortbestehen. Und wenn die Trusts in den Perioden des größten Aufschwungs und der Spekulation die Produktion einschränken, um sich „nicht zu übernehmen", so werden sie damit im besten Falle die größten Unternehmen vor Schaden bewahren, Krisen aber wird es trotzdem geben.

Wenn wir alles über die Krisen Gesagte zusammenfassen, kommen wir zu dem Schluß, daß der Entwurf des Gen. S. *keine* Verbesserung des alten Programms bringt. Im Gegenteil, der neue Entwurf enthält Ungenauigkeiten. Die Notwendigkeit einer Korrektur des alten Textes ist unbewiesen geblieben.

IV

In der Frage der Kriege imperialistischen Charakters sündigt der Entwurf des Gen. S. in zweierlei Hinsicht durch theoretische Unrichtigkeit.

Erstens gibt er keine Wertung des in Frage stehenden, des jetzigen Krieges. Er sagt, die imperialistische Epoche erzeuge imperialistische Kriege. Das ist richtig und müßte natürlich im Programm gesagt werden. Aber das ist zuwenig. Es muß außerdem noch gesagt werden, daß gerade der jetzige Krieg, der Krieg 1914–1917, ein imperialistischer Krieg ist. Die deutsche „Spartakusgruppe" hat in ihren in deutscher Sprache im Jahre 1915 erschienenen „Leitsätzen" die Behauptung aufgestellt, daß es in der Ära des Imperialismus *keine* nationalen Kriege *geben könne*.[42] Das ist eine offenkundig unrichtige Behauptung, denn der Imperialismus verschärft die nationale Unterdrückung, folglich sind nationale Aufstände und nationale Kriege (jeder Versuch, einen Unterschied zwischen Aufständen und Kriegen zu konstruieren, wäre zum Scheitern verurteilt) nicht nur möglich und wahrscheinlich, sondern geradezu unausbleiblich.

Der Marxismus fordert eine unbedingt genaue Wertung jedes einzelnen Krieges auf Grund konkreter Tatsachen. Es ist sowohl theoretisch falsch wie auch praktisch unzulässig, die Frage des gegenwärtigen Krieges mit allgemeinen Erörterungen zu umgehen. Denn dahinter verstecken sich die Opportunisten, die sich hier ein Schlupfloch schaffen: im allgemeinen ist der Imperialismus die Epoche imperialistischer Kriege, aber

dieser Krieg war *nicht ganz* imperialistisch (so argumentierte z. B. Kautsky).

Zweitens verbindet Gen. S. „Krisen und Kriege" *miteinander*, gewissermaßen als zweieinige Begleiterscheinung des Kapitalismus im allgemeinen und des modernen Kapitalismus im besonderen. Auf S. 20/21 der Moskauer Broschüre findet sich im Entwurf des Gen. S. diese Verbindung von Krisen und Kriegen gleich *dreimal*. Und dabei handelt es sich nicht nur um die Unerwünschtheit von Wiederholungen im Programm. Es handelt sich um einen prinzipiellen Fehler.

Die Krisen, gerade in der Form der Überproduktion oder einer „Absatzstockung der Waren", wenn Gen. S. das Wort Überproduktion verpönt, sind eine Erscheinung, die *ausschließlich* dem Kapitalismus eigen ist. Kriege aber sind sowohl dem auf der Sklaverei beruhenden wie dem fronherrschaftlichen Wirtschaftssystem eigen. Imperialistische Kriege hat es ebenso auf dem Boden der Sklaverei gegeben (der Krieg zwischen Rom und Karthago war auf beiden Seiten ein imperialistischer Krieg) als auch im Mittelalter und in der Epoche des Handelskapitalismus. Jeder Krieg, in dem *beide* kriegführenden Lager fremde Länder oder Völker unterdrücken, in dem sie um die Aufteilung der Beute kämpfen, darum, „wer mehr unterdrücken und mehr plündern darf", muß imperialistisch genannt werden.

Wenn wir sagen, daß nur der moderne Kapitalismus, nur der Imperialismus imperialistische Kriege mit sich brachte, so ist das nicht falsch, denn das *vorhergehende* Stadium des Kapitalismus, das Stadium der freien Konkurrenz oder das Stadium des vormonopolistischen Kapitalismus war vorwiegend durch *nationale* Kriege in Westeuropa charakterisiert. Sagt man aber, daß es in dem vorhergehenden Stadium überhaupt keine imperialistischen Kriege gegeben hat, so ist das schon falsch, so bedeutet das, daß man die *ebenfalls* imperialistischen „Kolonialkriege" vergißt. Das erstens.

Zweitens aber ist gerade die *Verbindung* von Krisen und Kriegen falsch, denn das sind Erscheinungen ganz verschiedener Ordnung, verschiedenen historischen Ursprungs und verschiedener Klassenbedeutung. Man kann zum Beispiel nicht wie Gen. S. in seinem Entwurf sagen: „Die Krisen wie die Kriege ihrerseits ruinieren die Kleinproduzenten noch mehr, steigern noch mehr die Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapi-

tal ..." Denn *möglich* sind Kriege im Interesse der Befreiung der Lohnarbeit vom Kapital, im Kampfe der Lohnarbeiter gegen die Kapitalistenklasse, möglich sind nicht nur reaktionär-imperialistische, sondern auch revolutionäre Kriege. „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik" der einen *oder* der anderen Klasse; und in jeder Klassengesellschaft, in der auf Sklaverei beruhenden, in der fronherrschaftlichen und in der kapitalistischen, hat es Kriege gegeben, die die Politik der unterdrückenden Klassen fortsetzten, aber es hat auch Kriege gegeben, die die Politik der unterdrückten Klassen fortsetzten. Aus demselben Grunde kann man auch nicht wie Gen. S. sagen: „Die Krisen und Kriege zeigen, daß sich das kapitalistische System aus einer Form der Entwicklung der Produktivkräfte in deren Hemmschuh verwandelt."

Daß der jetzige imperialistische Krieg durch seinen reaktionären Charakter und durch seine Lasten die Massen revolutioniert und die Revolution beschleunigt, das ist richtig und muß gesagt werden. Das ist auch richtig und kann gesagt werden im Hinblick auf die imperialistischen Kriege überhaupt, als die für die Epoche des Imperialismus *typischen* Kriege. Aber das kann man nicht von allen „Kriegen" überhaupt sagen, und außerdem darf man auf keinen Fall Krisen und Kriege miteinander verbinden.

V

Wir müssen jetzt das Fazit in jener Hauptfrage ziehen, die nach dem einmütigen Beschluß aller Bolschewiki im neuen Programm in erster Linie beleuchtet und bewertet werden muß. Es ist dies die Frage des *Imperialismus*. Gen. Sokolnikow vertritt die Meinung, daß es zweckmäßiger sei, diese Beleuchtung und Bewertung sozusagen stückweise zu geben, d. h. die verschiedenen Merkmale des Imperialismus auf die verschiedenen Paragraphen des Programms zu verteilen; ich glaube, daß es zweckmäßiger wäre, dies in einem besonderen Paragraphen oder in einem besonderen Teil des Programms zu tun und dort alles zusammenzutragen, was über den Imperialismus gesagt werden muß. Den Mitgliedern der Partei liegen jetzt beide Entwürfe vor, und der Parteitag wird entscheiden. Wir sind aber mit Gen. Sokolnikow vollkommen darin einverstanden, daß vom Imperialismus gesprochen werden muß; zu untersuchen bleibt, ob nicht

Meinungsverschiedenheiten in der Frage bestehen, *wie* der Imperialismus zu beleuchten und zu bewerten ist.

Vergleichen wir von diesem Standpunkt aus die beiden Entwürfe zum neuen Programm. In meinem Entwurf sind fünf hauptsächliche Unterscheidungsmerkmale des Imperialismus angegeben: 1. Monopolverbände der Kapitalisten; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital; 3. Kapitalexport nach fremden Ländern; 4. territoriale Aufteilung der Welt, eine Aufteilung, die bereits beendet ist; 5. ökonomische Aufteilung der Welt unter die internationalen Trusts. (In meiner Broschüre „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus", die später erschienen ist als die „Materialien zur Revision des Parteiprogramms", sind diese fünf Merkmale des Imperialismus auf S. 85 angeführt.*) Im Entwurf des Gen. Sokolnikow finden wir im wesentlichen dieselben fünf Hauptmerkmale, so daß sich in unserer Partei offenbar eine sehr weitgehende prinzipielle Übereinstimmung in der Frage des Imperialismus herausgebildet hat, wie auch zu erwarten war, denn die praktische, sowohl die mündliche wie die schriftliche Agitation unserer Partei in dieser Frage hat schon lange, seit Beginn der Revolution, die vollständige Einmütigkeit aller Bolschewiki in dieser Grundfrage offenbart.

Es bleibt zu untersuchen, welche Unterschiede der *Formulierung* in der Definition und Charakterisierung des Imperialismus zwischen den beiden Entwürfen bestehen. Beide Entwürfe enthalten einen konkreten Hinweis darauf, von welchem Zeitpunkt an eigentlich von einer Verwandlung des Kapitalismus in den Imperialismus gesprochen werden kann, und daß ein solcher Hinweis notwendig ist, um überhaupt eine genaue und historisch richtige Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung geben zu können, dürfte wohl kaum bestritten werden. Gen. S. sagt: „im letzten Vierteljahrhundert"; bei mir heißt es: „ungefähr seit Beginn des 20. Jahrhunderts". In der eben zitierten Broschüre über den Imperialismus ist (z. B. auf S. 10/11**) das Zeugnis eines Ökonomen angeführt, der die Kartelle und Syndikate speziell studiert hat und als Wendepunkt für den *vollen* Sieg der Kartelle in Europa die Krise 1900–1903 angibt. Es scheint mir darum genauer, zu sagen: „ungefähr seit Beginn des 20. Jahrhunderts" als „im letzten Vierteljahrhundert". Dies wird auch schon darum richtiger sein,

* Siehe Werke, Bd. 22, S. 270/271. *Die Red.*

** Siehe ebenda, S. 205/206. *Die Red.*

weil sowohl jener Spezialist, auf den ich mich soeben berief, wie überhaupt die europäischen Ökonomen meist deutsche Daten benutzen, Deutschland aber im Prozeß der Kartellbildung die übrigen Länder *überholt* hat.

Weiter. Von den Monopolen heißt es in meinem Entwurf: „Die Monopolverbände der Kapitalisten haben entscheidende Bedeutung erlangt." Im Entwurf des Genossen S. wiederholt sich der Hinweis auf die Monopolverbände *mehrfach*, aber unter allen diesen Hinweisen ist nur einer, der sich durch verhältnismäßige Bestimmtheit auszeichnet. Nämlich folgender:

„Im letzten Vierteljahrhundert ist die direkte oder indirekte Verfügung über die kapitalistisch organisierte Produktion in die Hände allmächtiger, untereinander vereinigter Banken, Trusts und Syndikate übergegangen, die monopolistische Weltverbände gebildet haben, an deren Spitze ein Häuflein von Magnaten des Finanzkapitals steht."

Mir scheint, hier ist zuviel „Agitation", d. h. „der Volkstümlichkeit zuliebe" ist in das Programm etwas aufgenommen, was nicht hineingehört. In Zeitungsartikeln, in Reden, in populären Broschüren ist „Agitation" notwendig, aber das Parteiprogramm muß sich durch ökonomische Genauigkeit auszeichnen und darf nichts Überflüssiges enthalten. Daß die Monopolverbände „entscheidende Bedeutung" erlangt haben, scheint mir die genaueste Formulierung zu sein, und damit ist alles gesagt. Indes enthält der angeführte Absatz aus dem Entwurf des Gen. S. nicht nur viel Überflüssiges, sondern theoretisch anfechtbar ist auch der Ausdruck „die Verfügung über die kapitalistisch organisierte Produktion". Nur über die kapitalistisch organisierte? Nein, das ist zu schwach. Auch die offenkundig *nicht* kapitalistisch organisierte Produktion, die kleinen Handwerker, die Bauern, die kleinen Baumwollproduzenten in den Kolonien usw. usw., sind von den Banken und überhaupt vom Finanzkapital abhängig geworden. Wenn wir vom „Weltkapitalismus" im allgemeinen sprechen (und nur von ihm kann man hier sprechen, wenn man nicht in Fehler verfallen will), so schließen wir, wenn wir sagen, die Monopolverbände haben „entscheidende Bedeutung" erlangt, *keinerlei* Produzenten von der Unterstellung unter diese entscheidende Bedeutung aus. Den Einfluß der Monopolverbände auf die „kapitalistisch organisierte Produktion" zu beschränken, ist falsch.

Ferner ist im Entwurf des Genossen S. über die Rolle der Banken zweimal dasselbe gesagt: einmal in dem eben angeführten Absatz und ein zweites Mal im Absatz über die Krisen und Kriege, wo folgende Definition gegeben ist: „Das Finanzkapital (das Produkt der Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital)". In meinem Entwurf heißt es: „Das hochkonzentrierte Bankkapital hat sich mit dem Industriekapital verschmolzen." Es genügt, wenn das im Programm einmal gesagt ist.

Das dritte Merkmal: „Der Kapitalexport nach fremden Ländern hat sehr große Ausmaße angenommen" (so heißt es in meinem Entwurf). Im Entwurf des Gen. S. finden wir einmal einen einfachen Hinweis auf den „Kapitalexport", ein anderes Mal wird in einem ganz anderen Zusammenhang von den „neuen Ländern" gesprochen, die „Anlagegebiete für das auf der Suche nach Extraprofiten exportierte Kapital bilden". Man kann hier den Hinweis auf die Extraprofite und auf die neuen Länder schwerlich als richtig gelten lassen, denn einen Kapitalexport gibt es auch aus Deutschland nach Italien, aus Frankreich nach der Schweiz usw. Man führt unter dem Imperialismus Kapital auch in die alten Länder aus, und nicht nur der *Extra*profite wegen. Das, was in bezug auf die neuen Länder richtig ist, ist falsch in bezug auf den Kapitalexport im allgemeinen.

Das vierte Merkmal ist das, was Hilferding den „Kampf um das Wirtschaftsgebiet" genannt hat. Diese Bezeichnung ist *nicht* genau, denn sie bringt nicht zum Ausdruck, wodurch sich der moderne Imperialismus vor allem von den *früheren* Formen des Kampfes um das Wirtschaftsgebiet unterscheidet. Um ein solches Gebiet kämpfte auch das alte Rom, kämpften die europäischen Staaten des 16.–18. Jahrhunderts, als sie sich Kolonien eroberten, kämpfte das alte Rußland, als es Sibirien eroberte, usw. usf. Das Unterscheidungsmerkmal des heutigen Imperialismus besteht darin, daß (wie es in meinem Programmentwurf heißt) „die ganze Welt territorial bereits unter die reichsten Länder aufgeteilt ist", d. h., die Aufteilung der Erde unter den Staaten ist beendet. Gerade aus diesem Umstand folgt die besondere Schärfe des Kampfes um die *Neuaufteilung* der Welt, die besondere Schärfe der Zusammenstöße, die zu Kriegen führt.

Im Entwurf des Gen. S. ist das mit sehr vielen Worten, aber theoretisch wohl kaum richtig ausgedrückt. Ich werde gleich seine Formulierung anführen, da sie aber zugleich auch die Frage der ökonomischen Aufteilung

der Welt mit umfaßt, muß man vorher auch dieses letzte, fünfte Merkmal des Imperialismus berühren. In meinem Entwurf ist dieses Merkmal so formuliert:

„... die ökonomische Aufteilung der Welt unter die internationalen Trusts hat begonnen." Die Daten der politischen Ökonomie und der Statistik gestatten es nicht, mehr zu sagen. Eine *solche* Aufteilung der Welt ist ein sehr wichtiger Prozeß, er hat aber eben erst begonnen. Wegen *dieser* Aufteilung der Welt, wegen der *Neuaufteilung* kommt es zu imperialistischen Kriegen, sobald die territoriale Aufteilung beendet ist, d. h. sobald *kein* „freies" Land mehr da ist, das man, ohne einen Krieg gegen den Rivalen zu führen, erobern kann.

Betrachten wir nun die Formulierung des Genossen S.:

„Aber das Herrschaftsgebiet der kapitalistischen Verhältnisse erweitert sich ununterbrochen auch nach außen durch ihre Übertragung auf neue Länder, die für die monopolistischen Kapitalistenverbände Warenmärkte, Rohstoffquellen und Anlagegebiete für das auf der Suche nach Extraprofiten exportierte Kapital bilden. Ungeheure Massen akkumulierten Mehrwerts, die dem Finanzkapital (dem Produkt der Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital) zur Verfügung stehen, werden auf den Weltmarkt geworfen. Der Wettbewerb der national mächtigen und zuweilen auch international organisierten Kapitalistenverbände um die Beherrschung des Marktes, um den Besitz oder die Kontrolle der Territorien schwächerer Länder, d. h. um das Vorzugsrecht auf ihre schonungslose Unterdrückung, führt unausbleiblich zu den Versuchen, die ganze Welt unter die reichsten kapitalistischen Staaten aufzuteilen, zu imperialistischen Kriegen, die allgemeines Elend, Zerrüttung und Verwilderung erzeugen."

Wir haben hier übermäßig viele Worte, Worte, die eine Reihe theoretischer Fehler verdecken. Man kann nicht von „Versuchen", die Welt aufzuteilen, sprechen, denn die Welt *ist bereits* aufgeteilt. Der Krieg 1914–1917 ist nicht ein „Versuch der Aufteilung" der Welt, sondern ein Kampf *um die Neuaufteilung* der bereits aufgeteilten Welt. Der Krieg war für den Kapitalismus unvermeidlich geworden, weil der Imperialismus mehrere Jahre vorher die Welt *aufgeteilt* hatte, sozusagen nach dem alten Maß der Kräfte, das der Krieg „korrigieren" soll.

Den Kampf um Kolonien (um „neue Länder") ebenso wie den Kampf um den „Besitz der Territorien schwächerer Länder", all das hat es auch *vor* dem Imperialismus gegeben. Charakteristisch für den heutigen Impe-

rialismus ist etwas *anderes*: nämlich, daß zu Beginn des 20. Jahrhunderts die ganze Erde von dem einen oder anderen Staat besetzt, daß sie aufgeteilt war. Nur deshalb war die *Neuaufteilung* der „Herrschaft über die Welt" auf der Basis des Kapitalismus nicht anders möglich als um den Preis eines Weltkrieges. Auch „international organisierte Kapitalistenverbände" hat es schon *vor* dem Imperialismus gegeben: jede Aktiengesellschaft mit Beteiligung von Kapitalisten verschiedener Länder ist ein „international organisierter Kapitalistenverband".

Charakteristisch für den Imperialismus ist *etwas anderes*, das es früher, vor dem 20. Jahrhundert, *nicht gegeben hat*, nämlich: die ökonomische Aufteilung der Welt unter die internationalen Trusts, die *vertragsmäßige* Aufteilung der Länder unter sie als Absatzgebiete. Gerade das kommt im Entwurf des Genossen S. nicht zum Ausdruck, so daß die Macht des Imperialismus *schwächer* dargestellt wird, als sie ist.

Schließlich ist es theoretisch falsch, davon zu sprechen, daß die Massen des akkumulierten *Mehrwerts* auf den Weltmarkt geworfen werden. Das sieht der Realisierungstheorie Proudhons sehr ähnlich, nach der die Kapitalisten sowohl das konstante wie das variable Kapital leicht realisieren können, aber bei der Realisierung des Mehrwerts auf Schwierigkeiten stoßen. In Wirklichkeit können die Kapitalisten ohne Schwierigkeiten und ohne Krisen weder den Mehrwert noch auch das variable und das konstante Kapital realisieren. Auf den Markt geworfen werden Warenmassen, die nicht nur akkumulierten Wert darstellen, sondern auch den Wert, der das variable und das konstante Kapital reproduziert. So werden z. B. auf den Weltmarkt Massen von Eisenbahnschienen oder Eisen geworfen, die im Austausch gegen Konsumtionsmittel der Arbeiter oder gegen andere Produktionsmittel (Holz, Erdöl usw.) realisiert werden sollen.

VI

Indem wir hiermit die Analyse des Entwurfs des Genossen Sokolnikow abschließen, müssen wir eine sehr wertvolle Ergänzung besonders hervorheben, die er vorschlägt und die man meines Erachtens annehmen und sogar erweitern sollte. Und zwar schlägt er vor, dem Absatz, der vom technischen Fortschritt und von der zunehmenden Verwendung der

Frauen- und Kinderarbeit handelt, hinzuzufügen: „wie auch die Arbeit ungelernter, aus rückständigen Ländern importierter ausländischer Arbeiter" (zu verwenden). Das ist eine wertvolle und notwendige Ergänzung. Gerade für den Imperialismus ist eine solche Ausbeutung der Arbeit *schlechter bezahlter* Arbeiter aus rückständigen Ländern besonders charakteristisch. Gerade darauf basiert in einem gewissen Grade der *Parasitismus* der reichen imperialistischen Länder, die auch einen Teil ihrer eigenen Arbeiter durch eine höhere Bezahlung bestechen, während sie gleichzeitig die Arbeit der „billigen" ausländischen Arbeiter maßlos und schamlos ausbeuten. Die Worte „schlechter bezahlten" müßten hinzugefügt werden, ebenso wie die Worte: „und oft rechtlosen", denn die Ausbeuter der „zivilisierten" Länder machen sich immer den Umstand zunutze, daß die importierten ausländischen Arbeiter rechtlos sind. Das läßt sich ständig nicht nur in Deutschland hinsichtlich der russischen, d. h. der aus Rußland zureisenden Arbeiter, sondern auch in der Schweiz hinsichtlich der Italiener, in Frankreich hinsichtlich der Spanier und Italiener usw. beobachten.

Vielleicht wäre es zweckmäßig, im Programm die Sonderstellung des Häufleins der reichsten imperialistischen Länder, die sich durch die Ausplünderung der Kolonien und der schwachen Nationen parasitär bereichern, stärker zu betonen und anschaulicher auszudrücken. Das ist eine äußerst wichtige Eigenart des Imperialismus, die übrigens bis zu einem gewissen Grade die Entstehung tiefgehender revolutionärer Bewegungen in jenen Ländern erleichtert, die die Opfer der imperialistischen Raubzüge sind, die vor der Gefahr stehen, durch die imperialistischen Giganten (wie Rußland) aufgeteilt und versklavt zu werden, eine Eigenart, die aber anderseits bis zu einem gewissen Grade die Entstehung tiefgehender revolutionärer Bewegungen in jenen Ländern erschwert, die viele Kolonien und fremde Länder auf imperialistische Weise ausplündern und so einen (verhältnismäßig) sehr großen Teil ihrer Bevölkerung zu *Teilnehmern* an der Aufteilung der imperialistischen Beute machen.

Ich würde darum vorschlagen, sagen wir an der Stelle meines Entwurfs, die eine Charakteristik des Sozialchauvinismus gibt (S. 22 der Broschüre*), einen Hinweis auf diese Ausbeutung einer Reihe andrer Länder durch die reichsten Länder einzufügen. Die entsprechende Stelle des Entwurfs

* Siehe Werke, Bd. 24, S. 471. *Die Red.*

würde also folgendermaßen lauten (kursiv hervorgehoben die neuen Zusätze):

„Eine solche Entstellung ist einerseits die Strömung des Sozialchauvinismus, des Sozialismus in Worten, des Chauvinismus in Wirklichkeit, wobei man die Verteidigung der räuberischen Interessen ‚seiner' nationalen Bourgeoisie *im imperialistischen Krieg wie auch die Verteidigung der privilegierten Lage der Bürger der reichen Nation, die aus der Ausplünderung der Kolonien und der schwachen Nationen ungeheure Einkünfte bezieht,* durch die Losung der ‚Vaterlandsverteidigung' bemäntelt. Eine solche Entstellung ist anderseits die ebenso verbreitete und internationale Strömung des ‚Zentrums' usw."

Die Hinzufügung der Worte „im imperialistischen Krieg" ist wegen der größeren Genauigkeit notwendig: die „Vaterlandsverteidigung" ist nichts anderes als eine Losung, die den Krieg rechtfertigt, ihn für legitim und gerecht erkennt. Es gibt verschiedene Kriege. Es kann auch revolutionäre Kriege geben. Es muß deshalb mit absoluter Genauigkeit gesagt werden, daß hier gerade vom imperialistischen Krieg die Rede ist. Das wird vorausgesetzt, sollte aber, um Fehldeutungen vorzubeugen, nicht vorausgesetzt, sondern klar und deutlich gesagt werden.

VII

Vom allgemeinen oder theoretischen Teil des Programms gehen wir zum Minimalprogramm über. Wir stoßen hier sofort auf den äußerlich „sehr radikalen", doch sehr unvernünftigen Vorschlag der Genossen N. Bucharin und W. Smirnow, das Minimalprogramm *überhaupt zu streichen.* Die Teilung in ein Maximalprogramm und ein Minimalprogramm sei „veraltet", wozu brauche man es, wo es doch um den Übergang zum Sozialismus geht. Weg mit dem Minimalprogramm, her mit dem Programm der Übergangsmaßnahmen zum Sozialismus.

Das ist der Vorschlag der beiden genannten Genossen, die sich jedoch aus irgendeinem Grunde nicht entschließen konnten, einen entsprechenden Entwurf vorzulegen (obwohl die Tatsache, daß die Revision des Parteiprogramms auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt ist, diese Genossen geradezu verpflichtete, einen solchen Entwurf zu verfassen). Vielleicht sind die Urheber dieses „radikal" scheinenden Vor-

schlags selber unschlüssig geworden ... Wie dem auch sei, man muß sich mit ihrer Meinung auseinandersetzen.

Krieg und Zerrüttung zwingen alle Länder, vom monopolistischen Kapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus überzugehen. Das ist die objektive Lage. Aber in revolutionären Verhältnissen, in einer Revolution geht der staatsmonopolistische Kapitalismus *unmittelbar* in den Sozialismus über. Man kann in der Revolution nicht vorwärtsgehen, ohne zum Sozialismus zu schreiten – das ist die objektive, durch Krieg und Revolution geschaffene Lage. Unsere Aprilkonferenz hat ihr Rechnung getragen, indem sie die Losungen der „Sowjetrepublik" (die politische Form der Diktatur des Proletariats) und der Nationalisierung der Banken und Syndikate (die wichtigste der Übergangsmaßnahmen auf dem Wege zum Sozialismus) aufstellte. Bis hierher stimmen alle Bolschewiki miteinander überein. Aber die Genossen W. Smirnow und N. Bucharin wollen weitergehen und das Minimalprogramm *ganz* streichen. Dies würde bedeuten, daß man dem weisen Rat des weisen Sprichworts zuwiderhandelt, das da lautet:

„Rühme dich nicht, wenn du in die Schlacht ziehst, sondern erst, wenn du aus der Schlacht zurückkehrst!"

Wir ziehen in die Schlacht, d. h., wir kämpfen für die Eroberung der politischen Macht durch unsere Partei. Diese Macht wäre die Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft. Wenn wir diese Macht ergreifen, fürchten wir uns nicht, über die Schranken der bürgerlichen Ordnung hinauszugehen, sondern im Gegenteil, wir sagen klar, direkt, unzweideutig und in aller Öffentlichkeit, daß wir über diese Schranken hinausgehen, daß wir furchtlos zum Sozialismus schreiten werden und daß unser Weg eben über die Sowjetrepublik führt, über die Nationalisierung der Banken und Syndikate, die Arbeiterkontrolle, die allgemeine Arbeitspflicht, die Nationalisierung des Bodens, die Konfiskation des gutsherrlichen Inventars usw. usw. In diesem Sinne haben wir ein Programm der Übergangsmaßnahmen auf dem Wege zum Sozialismus gegeben.

Aber wir dürfen uns nicht rühmen, wenn wir in die Schlacht ziehen, wir dürfen das Minimalprogramm nicht streichen, denn das wäre gleichbedeutend mit leerer Prahlerei: Wir wollen nichts „von der Bourgeoisie fordern", sondern alles selbst verwirklichen, wir wollen uns nicht mit Kleinigkeiten innerhalb des Rahmens der bürgerlichen Ordnung befassen.

Das wäre leere Prahlerei, denn zuerst muß man die Macht erobern, wir aber haben sie noch nicht erobert. Zuerst müssen die Übergangsmaßnahmen auf dem Wege zum Sozialismus in der Praxis durchgeführt, muß unsere Revolution bis zum Sieg der sozialistischen Weltrevolution weitergeführt werden, erst dann können und müssen wir, *„aus der Schlacht zurückgekehrt"*, das Minimalprogramm *als nunmehr überflüssig* streichen.

Kann man jetzt die Gewähr dafür übernehmen, daß das Minimalprogramm nicht mehr notwendig ist? Selbstverständlich nicht, aus dem einfachen Grunde, weil wir die Macht noch nicht erobert, den Sozialismus nicht verwirklicht haben, ja noch nicht einmal zum Anfang der sozialistischen Weltrevolution gelangt sind.

Man muß standhaft, mutig, ohne Schwankungen diesem Ziel *zustreben*, aber es ist lächerlich, zu sagen, es sei erreicht, wenn es ganz offenkundig noch nicht erreicht ist. Das Minimalprogramm jetzt schon streichen hieße erklären, verkünden (einfach gesagt, prahlen), „wir haben bereits gesiegt".

Nein, liebe Genossen, wir haben noch nicht gesiegt.

Wir wissen nicht, ob wir morgen oder etwas später siegen werden. (Ich persönlich bin geneigt, zu glauben, daß es morgen sein wird – ich schreibe dies am 6. Oktober 1917 – und daß wir uns mit der Machtergreifung verspäten können, aber auch morgen ist immerhin morgen und nicht heute.) Wir wissen nicht, wie bald nach unserem Sieg die Revolution im Westen kommen wird. Wir wissen nicht, ob es nach unserem Sieg nicht noch vorübergehende Perioden der Reaktion und des Sieges der Konterrevolution geben wird – unmöglich ist das keineswegs –, und darum werden wir, wenn wir gesiegt haben, eine „dreifache Befestigungslinie" gegen eine solche Möglichkeit errichten.

Wir wissen das alles nicht und *können es nicht wissen.* Niemand *kann* das wissen. Und darum ist es auch lächerlich, das Minimalprogramm zu streichen, das *unentbehrlich* ist, solange wir noch im Rahmen der bürgerlichen Ordnung leben, solange wir diesen Rahmen noch nicht gesprengt haben, solange wir das Grundlegende für den Übergang zum Sozialismus nicht getan haben, den Feind (die Bourgeoisie) nicht geschlagen und, nachdem wir ihn geschlagen, nicht vernichtet haben. All das wird sein und vielleicht viel eher, als viele glauben (ich persönlich glaube, daß es morgen *beginnen* muß), *aber es ist noch nicht da.*

Nehmen wir das Minimalprogramm auf politischem Gebiet. Dieses

Programm ist für eine bürgerliche Republik berechnet. Wir fügen hinzu, daß wir uns durch ihren Rahmen nicht beschränken lassen, sondern sofort für den höheren Typus der *Sowjetrepublik* kämpfen. Das müssen wir tun. Wir müssen mit ganzer Kraft, kühn und entschlossen zur neuen Republik voranschreiten, und *ich bin überzeugt, daß wir gerade das tun werden.* Aber man darf auf keinen Fall das Minimalprogramm streichen, denn erstens gibt es die Sowjetrepublik *noch* nicht; zweitens ist die Möglichkeit von „Restaurationsversuchen" nicht ausgeschlossen, und diese müssen zuerst überwunden und zurückgeschlagen werden; drittens sind beim Übergang vom Alten zum Neuen vorübergehende „kombinierte Typen" möglich (wie das dieser Tage der „Rabotschi Put" richtig bemerkte), so zum Beispiel die Sowjetrepublik mitsamt der Konstituierenden Versammlung.[43] Bringen wir zuerst all das *hinter uns*, dann ist immer noch Zeit, das Minimalprogramm zu streichen.

Dasselbe gilt für das wirtschaftliche Gebiet. Wir sind uns alle darüber einig, daß die *Angst*, zum Sozialismus voranzuschreiten, die größte Erbärmlichkeit und *Verrat* an der Sache des Proletariats ist. Wir sind uns alle darüber einig, daß die wichtigsten ersten Schritte auf diesem Wege solche Maßnahmen sein müssen wie die Nationalisierung der Banken und Syndikate. Führen wir zuerst diese und andere ähnliche Maßnahmen durch, und *dann werden wir weiter sehen.* Wir werden dann *klarer sehen*, denn die praktische Erfahrung, die millionenmal mehr wert ist als die besten Programme, wird unseren Horizont unermeßlich erweitern. Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, ja unzweifelhaft, daß es auch hier nicht ohne „kombinierte Typen" der Übergangszeit gehen wird; so können wir zum Beispiel die Kleinbetriebe mit ein oder zwei Lohnarbeitern weder sofort nationalisieren noch auch nur einer wirklichen Arbeiterkontrolle unterstellen. Mag ihre Rolle auch verschwindend klein, mögen sie auch durch die Nationalisierung der Banken und Trusts an Händen und Füßen gebunden sein, mag das alles sein, aber wozu das Minimalprogramm streichen, solange es wenn auch nur kleine Winkel gibt, wo die bürgerlichen Verhältnisse weiterbestehen? Als Marxisten, die kühn zur größten Revolution der Welt voranschreiten und zugleich den Tatsachen nüchtern Rechnung tragen, haben wir nicht das Recht, das Minimalprogramm zu streichen.

Wollten wir das Minimalprogramm jetzt streichen, so würden wir da-

mit beweisen, daß wir, noch ehe wir gesiegt haben, den Kopf verloren haben. Den Kopf aber dürfen wir weder vor dem Sieg noch während des Sieges noch nach dem Sieg verlieren, denn wenn wir den Kopf verlieren, verlieren wir alles.

Was die konkreten Vorschläge betrifft, so hat Gen. N. Bucharin eigentlich nichts gesagt, denn er wiederholt nur, was über die Nationalisierung der Banken und Syndikate schon längst gesagt wurde. Gen. W. Smirnow gibt in seinem Artikel eine sehr interessante und lehrreiche Aufzählung in Frage kommender Umgestaltungen, die auf die Regulierung der Produktion und der Konsumtion der Produkte hinauslaufen. Das ist in allgemeiner Form beispielsweise in meinem Entwurf *bereits* enthalten, es steht dort dahinter ein *„usw."*. Jetzt schon darüber hinauszugehen und sich auf eine Konkretisierung der einzelnen Maßnahmen einzulassen, scheint mir unzweckmäßig. *Nach* den grundlegenden Maßnahmen vom neuen Typus, *nach* der Nationalisierung der Banken, *nach* der Inangriffnahme der Arbeiterkontrolle wird vieles besser zu übersehen sein, und die Erfahrung wird *eine Masse Neues* lehren, denn es wird die Erfahrung von Millionen sein, eine Erfahrung, die im Aufbau neuer Wirtschaftsverhältnisse unter der bewußten Teilnahme von Millionen erworben ist. In Artikeln, Broschüren, Reden das Neue zu *umreißen*, Pläne aufzustellen, sie zu bewerten, die lokalen Teilerfahrungen der verschiedenen Sowjets oder Versorgungskomitees usw. zu verarbeiten – das alles ist selbstverständlich eine sehr nützliche Arbeit. Aber in das Programm eine übermäßige Detaillierung hineinzutragen ist verfrüht, ja es kann sogar schädlich sein, weil es uns in Einzelheiten die Hände bindet. Wir müssen freie Hand haben, um mit größerer Kraft das Neue schaffen zu können, wenn wir den neuen Weg erst ganz betreten haben werden.

VIII

Im Artikel des Gen. Bucharin ist noch eine andere Frage angeschnitten, auf die man eingehen muß.

„Die Revision unseres Parteiprogramms muß mit der Ausarbeitung eines einheitlichen Programms für die internationale Partei des Proletariats verbunden sein."

Das ist nicht ganz klar gesagt. Versteht man es so, daß der Verfasser uns von der Annahme eines neuen Programms abrät und diese Angelegenheit bis zur Schaffung eines einheitlichen internationalen Programms, des Programms der III. Internationale, aufschieben will, so müßte einer solchen Meinung auf das entschiedenste widersprochen werden. Denn ein Aufschub aus einem solchen Grunde (ich nehme an, daß es andere Gründe für einen Aufschub nicht gibt, z. B. hat niemand einen Aufschub wegen unzureichender Vorbereitung unserer Parteimaterialien für die Revision verlangt) würde einer Verschleppung der Gründung der III. Internationale, und zwar durch *uns*, gleichkommen. Die Gründung der III. Internationale darf natürlich nicht formal aufgefaßt werden. Solange die proletarische Revolution nicht wenigstens in *einem* Lande gesiegt hat, oder solange der Krieg nicht beendet ist, kann man nicht auf einen raschen und erfolgreichen Schritt vorwärts in der Sache der Einberufung einer *großen* Konferenz der revolutionären internationalistischen Parteien der verschiedenen Länder, auf ein Übereinkommen dieser Parteien über die formelle Bestätigung eines neuen Programms hoffen. Bis dahin aber muß die Sache durch die Initiative jener Parteien vorangetrieben werden, die jetzt in einer besseren Lage sind als die andern und den ersten Schritt tun können, ohne ihn natürlich für den letzten zu halten, ohne das eigene Programm um jeden Preis den anderen „linken" (d. h. revolutionären internationalistischen) Programmen entgegenzustellen, sondern eben indem sie die Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms *vorbereiten*. Außer Rußland gibt es heute kein Land in der Welt, wo die Internationalisten eine solche verhältnismäßige Versammlungsfreiheit hätten und wo es so viele über die internationalen Strömungen und Programme gut unterrichtete Genossen gäbe wie in unserer Partei. Darum müssen wir unbedingt die Initiative auf uns nehmen. Das ist unsere direkte Pflicht als Internationalisten.

Offenbar ist gerade das auch die Ansicht des Gen. Bucharin, denn er sagt zu Anfang seines Artikels, daß „der eben beendete Parteitag" (geschrieben im August) „die Umarbeitung des Programms für notwendig erkannt hat" und daß „zu diesem Zweck ein besonderer Parteitag einberufen werden wird". Aus diesen Worten kann man schließen, daß Gen. Bucharin gegen die Annahme eines neuen Programms auf diesem Parteitag nichts einzuwenden hat.

Wenn dem so ist, so gelangen wir in der aufgeworfenen Frage zu voller Einmütigkeit. Es wird sich wohl kaum jemand finden, der dagegen wäre, daß unser Parteitag nach Annahme des neuen Programms den Wunsch ausspricht, daß ein gemeinsames einheitliches Programm der III. Internationale geschaffen werde, und zu diesem Zweck bestimmte Schritte unternimmt, wie z. B. die Beschleunigung einer Konferenz der Linken, die Herausgabe eines Sammelbandes in mehreren Sprachen, die Bildung einer Kommission für die Sammlung des Materials über das, was von anderen Ländern zur „Sondierung" (nach dem richtigen Ausdruck des Genossen Bucharin) des Weges zum neuen Programm getan worden ist (die Tribunisten in Holland[44], die Linken in Deutschland. Die „Liga für sozialistische Propaganda" in Amerika[45] hat Gen. Bucharin bereits genannt, man könnte noch auf die „Sozialistische *Arbeiter*partei" Amerikas[46] hinweisen und darauf, wie diese die Frage der Ablösung „des politischen Staates durch eine industrielle Demokratie" stellt).

Ferner muß ich einen Hinweis des Gen. Bucharin auf einen Mangel in meinem Entwurf als unbedingt richtig anerkennen. Gen. B. zitiert jene Stelle dieses Entwurfs (S. 23 der Broschüre*), wo von der gegenwärtigen Situation in Rußland, von der Provisorischen Regierung der Kapitalisten usw. die Rede ist. Gen. Bucharin hat recht, wenn er diese Stelle kritisiert und sagt, daß sie in eine taktische Resolution oder in eine Plattform gehöre. Ich schlage darum vor, entweder den ganzen letzten Absatz auf Seite 23 vollständig zu streichen oder ihn folgendermaßen zu fassen:

„In ihrem Bestreben, eine Staatsordnung zu schaffen, die am besten sowohl die wirtschaftliche Entwicklung und die Rechte des Volkes im allgemeinen sichern würde als auch im besonderen die Möglichkeit, den Übergang zum Sozialismus denkbar schmerzlos zu vollziehen, kann sich die Partei des Proletariats nicht auf ... beschränken" usw.

Schließlich muß ich hier zu einem Punkt auf eine Frage antworten, die bei einigen Genossen aufgetaucht, aber, soweit ich weiß, in der Presse nicht aufgeworfen worden ist. Es ist das die Frage des Paragraphen 9 des politischen Programms, die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen. Der Punkt besteht aus zwei Teilen: der erste gibt eine neue Formulierung des Selbstbestimmungsrechts, der zweite enthält nicht eine Forderung, sondern eine Deklaration. Die Frage, die mir gestellt wurde,

* Siehe Werke, Bd. 24, S. 472. *Die Red.*

war die, ob eine Deklaration hier am Platze sei. Im allgemeinen gehören Deklarationen nicht ins Programm, aber eine Ausnahme von der Regel ist hier meines Erachtens unerläßlich. An Stelle des Wortes Selbstbestimmung, das oft zu falschen Auslegungen Anlaß bot, setze ich einen ganz präzisen Begriff: „Recht auf freie Lostrennung." Nach den Erfahrungen der halbjährigen Revolution des Jahres 1917 kann wohl kaum bestritten werden, daß die Partei des revolutionären Proletariats Rußlands, eine Partei, die sich in ihrer Arbeit der großrussischen Sprache bedient, verpflichtet ist, das Recht auf Lostrennung anzuerkennen. Nachdem wir die Macht errungen haben, würden wir unbedingt Finnland, der Ukraine, Armenien, jeder vom Zarismus (und von der großrussischen Bourgeoisie) unterdrückten Nationalität unverzüglich dieses Recht zuerkennen. Doch wir unserseits wollen die Lostrennung gar nicht. Wir wollen einen möglichst großen Staat, einen möglichst engen Bund einer möglichst großen Zahl von Nationen, die in Nachbarschaft der Großrussen leben; wir wollen das im Interesse der Demokratie und des Sozialismus, im Interesse der Einbeziehung einer möglichst großen Zahl von Werktätigen verschiedener Nationen in den Kampf des Proletariats. Wir wollen eine *revolutionär-proletarische* Einheit, *Vereinigung*, nicht Trennung. Wir wollen eine *revolutionäre* Vereinigung, und darum stellen wir nicht die Losung der Vereinigung all und jeder Staaten überhaupt auf, denn die soziale Revolution setzt auf die Tagesordnung *nur* die Vereinigung jener Staaten, die zum Sozialismus übergegangen sind und übergehen, der sich befreienden Kolonien usw. Wir wollen eine *freie* Vereinigung, und darum sind wir verpflichtet, das Recht auf Lostrennung anzuerkennen (ohne das Recht auf Lostrennung kann die Vereinigung nicht als frei bezeichnet werden). Wir sind um so mehr verpflichtet, das Recht auf Lostrennung anzuerkennen, als sich infolge der Unterdrückungsmaßnahmen des Zarismus und der großrussischen Bourgeoisie bei den benachbarten Nationen eine Unmenge Erbitterung und Mißtrauen gegen die Großrussen schlechthin angehäuft hat, und dieses Mißtrauen kann nur durch *Taten* und nicht durch Worte zerstreut werden.

Aber wir wollen die Vereinigung, und das muß gesagt werden; das im Programm der Partei eines buntscheckigen Nationalitätenstaates zu sagen, ist so wichtig, daß man um dessentwillen vom Üblichen abweichen und einer Deklaration Raum geben muß. Wir wollen, daß die Republik

des russischen (ich wäre sogar nicht abgeneigt zu sagen: des großrussischen, denn das ist richtiger) Volkes die anderen Nationen *an sich ziehe*. Aber wodurch? Nicht durch Gewalt, sondern ausschließlich durch freiwillige Vereinbarung. Andernfalls würden die Einheit und der brüderliche Bund der *Arbeiter* aller Länder untergraben. Zum Unterschied von den bürgerlichen Demokraten ist unsere Losung nicht die Brüderlichkeit der Völker, sondern die Brüderlichkeit der *Arbeiter* aller Nationalitäten, denn der Bourgeoisie aller Länder vertrauen wir nicht, wir betrachten sie als Feind.

Darum muß man hier eine Ausnahme von der Regel zulassen und in den Paragraphen 9 *eine Prinzipienerklärung* aufnehmen.

IX

Die vorstehenden Zeilen waren bereits geschrieben, als Nr. 31 des „Rabotschi Put" mit dem Artikel des Gen. J. Larin „Die Arbeiterforderungen unseres Programms" erschien. Dieser Artikel ist als Beginn der Diskussion über die Programmentwürfe in unserem Zentralorgan zu begrüßen. Gen. Larin geht besonders auf einen Abschnitt des Programms ein, an dessen Bearbeitung ich keinen Anteil hatte und dessen Entwurf nur in der Fassung der „Unterkommission für Arbeiterschutz" vorhanden ist, einer Kommission, die auf der Konferenz vom 24.–29. April 1917 gebildet wurde. Gen. Larin schlägt eine Reihe von *Ergänzungen* vor, die meiner Ansicht nach durchaus annehmbar sind, die er aber leider nicht immer genau formuliert hat.

Mißlungen scheint mir bei Gen. Larin die Formulierung eines Punktes: „Die richtige (?) Verteilung der Arbeitskräfte auf Grund (?) der demokratischen (?) Selbstverwaltung der Arbeiter hinsichtlich der Verfügung (?) über ihre Person (?)." Nach meiner Ansicht ist das schlechter als die Formulierung der Unterkommission: „Die Arbeitsbörsen müssen proletarische Klassenorganisationen sein" usw. (siehe S. 15 der „Materialien"). Ferner hätte Gen. Larin in der Frage der Mindestlöhne seinen Vorschlag ausführlicher ausarbeiten und genau formulieren, d. h. mit der *Geschichte* der Ansichten Marx' und des Marxismus zu diesem Punkt *verbinden* müssen.

Gen. Larin findet ferner, daß der politische und der die Agrarfragen behandelnde Teil des Programms „eine sorgfältigere Redigierung" verlangen. Es ist zu wünschen, daß unsere Parteipresse auch die Fragen der *Formulierung* der einen oder der anderen Forderung sofort zu diskutieren beginnt und das keinesfalls bis zum Parteitag verschiebt, denn erstens wird sonst der Parteitag nicht gut vorbereitet sein, und zweitens weiß jeder, der Gelegenheit hatte, an Programmen und Resolutionen zu arbeiten, wie oft die sorgfältige Ausarbeitung der *Formulierung* eines bestimmten Punktes prinzipielle Unklarheiten oder Meinungsverschiedenheiten *aufdeckt und beseitigt.*

Endlich schreibt Gen. Larin zur Frage des finanzwirtschaftlichen Teiles des Programms: „An seiner Stelle findet sich ein fast leerer Raum, nicht einmal die Annullierung der Kriegsanleihen und der Staatsschulden des Zarismus" (nur des Zarismus?), „der Kampf gegen die fiskalische Ausnützung der Staatsmonopole usw. sind erwähnt." Sehr zu wünschen wäre, daß Gen. Larin mit seinen konkreten Vorschlägen nicht bis zum Parteitag zurückhält, sondern sie gleich jetzt vorlegt, da anders eine ernsthafte Vorbereitung nicht möglich ist. Was die Frage der Annullierung der Staatsschulden anbelangt (natürlich nicht nur des Zarismus, sondern auch der Bourgeoisie), so muß das Problem der kleinen Anleihezeichner sorgfältig überlegt werden, während man hinsichtlich des „Kampfes gegen die fiskalische Ausnützung der Staatsmonopole" überlegen muß, wie es um das Monopol der Produktion von Luxusartikeln bestellt ist und wie der geplante Punkt mit der Programmforderung nach Aufhebung aller indirekten Steuern verbunden werden soll.

Ich wiederhole: Um eine ernsthafte Vorbereitung des Programms zu gewährleisten, damit tatsächlich die ganze Partei daran mitarbeitet, müssen sich alle Interessierten *sofort* an die Arbeit machen und sowohl ihre Überlegungen als auch die *genauen Entwürfe* bereits fertig formulierter Punkte, die Ergänzungen oder Abänderungen enthalten, *veröffentlichen.*

RATSCHLÄGE EINES AUSSENSTEHENDEN

Ich schreibe diese Zeilen am 8. Oktober und habe wenig Hoffnung, daß die Petrograder Genossen sie schon am 9. in Händen haben werden. Es ist möglich, daß meine Zeilen zu spät kommen, denn der Kongreß der Sowjets des Nordens ist für den 10. Oktober angesetzt. Aber dennoch will ich versuchen – für den Fall, daß die wahrscheinliche Aktion der Arbeiter und Soldaten Petrograds und des ganzen „Umkreises" bald stattfinden wird, aber noch nicht stattgefunden hat –, mit meinen „Ratschlägen eines Außenstehenden" aufzutreten.

Daß die ganze Macht an die Sowjets übergehen muß, ist klar. Genauso unstrittig muß es für jeden Bolschewik sein, daß einer revolutionären proletarischen (oder bolschewistischen – das ist jetzt ein und dasselbe) Macht die größten Sympathien und die rückhaltlose Unterstützung aller Werktätigen und Ausgebeuteten in der ganzen Welt überhaupt, namentlich in den kriegführenden Ländern, und insbesondere in der russischen Bauernschaft, sicher sind. Es verlohnt sich nicht, bei dieser allzu bekannten und längst bewiesenen Wahrheit zu verweilen.

Dagegen muß man bei dem verweilen, was wohl kaum allen Genossen ganz klar ist, daß nämlich der Übergang der Macht an die Sowjets jetzt in der Praxis den bewaffneten Aufstand bedeutet. Man sollte meinen, das sei ganz augenfällig, aber nicht alle haben das begriffen und machen sich das klar. Jetzt auf den bewaffneten Aufstand verzichten hieße auf die Hauptlosung des Bolschewismus (alle Macht den Sowjets) und überhaupt auf den ganzen revolutionären proletarischen Internationalismus verzichten.

Doch der bewaffnete Aufstand ist eine *besondere* Form des politischen

Kampfes, die besonderen Gesetzen unterworfen ist, und diese müssen gründlich durchdacht werden. Wunderbar plastisch hat Karl Marx diese Wahrheit ausgedrückt, als er schrieb, daß der bewaffnete *„Aufstand eine Kunst ist genau wie der Krieg"*.

Die wichtigsten Regeln dieser Kunst sind nach Marx:

1. *Nie* mit dem Aufstand *spielen*, hat man ihn aber einmal begonnen, so muß man genau wissen, daß man *bis zu Ende gehen* muß.

2. Am entscheidenden Ort und im entscheidenden Augenblick muß ein *großes Übergewicht an Kräften* konzentriert werden, denn sonst wird der Feind, der besser ausgebildet und organisiert ist, die Aufständischen vernichten.

3. Sobald der Aufstand begonnen hat, gilt es, mit der größten *Entschiedenheit* zu handeln und unter allen Umständen und unbedingt die *Offensive* zu ergreifen. „Die Defensive ist der Tod der bewaffneten Erhebung."

4. Man muß bestrebt sein, den Feind zu überraschen und den Augenblick abzupassen, wo seine Truppen zerstreut sind.

5. Es gilt, *täglich* (handelt es sich um *eine* Stadt, so können wir sagen stündlich) wenn auch kleine Erfolge zu erreichen und dadurch um jeden Preis das *„moralische Übergewicht"* festzuhalten.

Marx hat die Lehren aus allen Revolutionen, was den bewaffneten Aufstand betrifft, mit den Worten „Dantons, des größten bisher bekannten Meisters revolutionärer Taktik", so zusammengefaßt: „Kühnheit, Kühnheit, abermals Kühnheit!"[47]

Auf Rußland und auf den Oktober 1917 angewandt, heißt das: gleichzeitige, möglichst überraschende und schnelle Offensive auf Petrograd, unbedingt sowohl von außen wie von innen, sowohl aus den Arbeitervierteln wie aus Finnland, aus Reval und aus Kronstadt, Offensive der *gesamten* Flotte und Konzentrierung eines *ungeheuren* Kräfte*übergewichts* gegenüber unserer 15 000- bis 20 000köpfigen (vielleicht auch stärkeren) „Bürgerwehr" (Offiziersschüler), unseren „Vendée-Truppen" (ein Teil der Kosaken) usw.

Unsere *drei* Hauptkräfte: die Flotte, die Arbeiter und die Truppenteile, sind so zu kombinieren, daß unbedingt besetzt und um den Preis *noch so großer Verluste* behauptet werden: a) das Telefonamt, b) das Telegrafenamt, c) die Bahnhöfe und vor allem d) die Brücken.

Aus den *entschlossensten* Elementen (unseren „Stoßtrupps" und der *Arbeiterjugend* und ebenso den besten Matrosen) sind kleine Abteilungen zu bilden, die die wichtigsten Punkte besetzen und überall, bei allen wichtigen Operationen *eingesetzt* werden, wie zum Beispiel:

Petrograd umzingeln und abschneiden, es durch einen kombinierten Angriff der Flotte, der Arbeiter und der Truppen einnehmen – das ist eine Aufgabe, die *Kunst und dreifache Kühnheit* erfordert.

Aus den besten Arbeitern sind mit Gewehren und Handgranaten bewaffnete Abteilungen zu bilden, um die „Zentren" des Feindes (Offiziersschulen, Telegrafen-, Telefonamt und so weiter) anzugreifen und zu umzingeln, und die Losung dieser Abteilungen muß sein: *Auch wenn wir alle zugrunde gehen, der Feind kommt nicht durch.*

Wir wollen hoffen, daß, wenn die Aktion beschlossen wird, die Führer mit Erfolg das große Vermächtnis von Danton und Marx befolgen werden.

Der Erfolg der russischen sowohl wie der Weltrevolution hängt von zwei, drei Tagen des Kampfes ab.

Geschrieben am 8. (21.) Oktober 1917.
Zuerst veröffentlicht am 7. November 1920 in der „Prawda" Nr. 250.
Unterschrift: Ein Außenstehender.

Nach dem Text der „Prawda".

BRIEF AN DIE GENOSSEN BOLSCHEWIKI, DIE AM KONGRESS DER SOWJETS DES NORDGEBIETS TEILNEHMEN

Genossen! Unsere Revolution macht eine im höchsten Grade kritische Zeit durch. Diese Krise fällt zusammen mit der großen Krise des Heranreifens der sozialistischen Weltrevolution und ihrer Bekämpfung durch den Weltimperialismus. Den verantwortlichen Führern unserer Partei fällt eine gigantische Aufgabe zu, und wenn sie diese nicht erfüllen, so droht der völlige Zusammenbruch der internationalistischen proletarischen Bewegung. In diesem Augenblick bedeutet eine Verzögerung wahrhaftig den Tod.

Werfen Sie einen Blick auf die internationale Lage. Das Heranreifen der Weltrevolution ist unbestreitbar. Der Ausbruch der Empörung der tschechischen Arbeiter wurde mit unglaublicher Brutalität niedergeschlagen, was davon zeugt, daß die Regierung äußerst erschreckt ist. Auch in Italien ist es zu einer Massenerhebung in Turin gekommen. Am wichtigsten aber ist der Aufstand in der deutschen Flotte. Man muß sich die unglaublichen Schwierigkeiten vor Augen halten, die sich in einem Lande wie Deutschland einer Revolution entgegenstellen, zumal unter den jetzigen Verhältnissen. Es ist unzweifelhaft, daß der Aufstand in der deutschen Flotte ein Anzeichen der großen Krise des Heranreifens der Weltrevolution ist. Wenn unsere Chauvinisten, die die Niederlage Deutschlands predigen, von den Arbeitern Deutschlands den sofortigen Aufstand fordern, so wissen wir russischen revolutionären Internationalisten aus den Erfahrungen der Jahre 1905–1917, daß sich kein deutlicheres Symptom für das Heranreifen der Revolution denken läßt als ein Aufstand unter den Truppen.

Man bedenke, wie wir jetzt vor den deutschen Revolutionären dastehen.

Sie können uns sagen: Wir haben nur Liebknecht, der offen zur Revolution aufgerufen hat. Seine Stimme wird hinter Zuchthausmauern erstickt. Wir haben keine einzige Zeitung, die offen die Notwendigkeit einer Revolution klarmacht, wir haben keine Versammlungsfreiheit. Wir haben keinen einzigen Sowjet der Arbeiter- oder Soldatendeputierten. Unsere Stimme dringt nur schwach bis zu den wirklichen breiten Massen vor. Wir haben dennoch einen Aufstand versucht, obwohl unsere Chancen kaum eins zu neunundneunzig standen. Ihr russischen revolutionären Internationalisten aber habt ein halbes Jahr freier Agitation hinter euch, ihr habt etwa zwei Dutzend Zeitungen, ihr habt eine ganze Reihe von Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, ihr habt in den Sowjets beider Hauptstädte gesiegt, auf eurer Seite stehen die ganze Baltische Flotte und alle russischen Truppen in Finnland, und ihr antwortet nicht auf unseren Ruf zum Aufstand, ihr stürzt euren Imperialisten Kerenski nicht, obwohl die Chancen für den siegreichen Ausgang eures Aufstands neunundneunzig zu eins stehen.

Ja, wir werden wirkliche Verräter an der Internationale sein, wenn wir in einem solchen Augenblick, unter so günstigen Umständen, einen solchen Ruf der deutschen Revolutionäre *nur* mit... Resolutionen beantworten.

Nehmen Sie hinzu, daß uns allen das rasche Fortschreiten der Verständigung und der Verschwörung der internationalen Imperialisten gegen die russische Revolution sehr wohl bekannt ist. Die Revolution um jeden Preis abzuwürgen, sie abzuwürgen sowohl durch militärische Maßnahmen wie durch einen Frieden auf Kosten Rußlands – das ist das Ziel, dem sich der internationale Imperialismus immer mehr nähert. Das ist es, was die Krise der sozialistischen Weltrevolution besonders verschärft, das ist es, was eine Verzögerung des Aufstands besonders gefährlich – ich möchte fast sagen: zu einem Verbrechen unserseits – macht.

Nehmen Sie ferner die innere Lage Rußlands. Der Zusammenbruch der kleinbürgerlichen Paktiererparteien, die die blinde Vertrauensseligkeit der Massen gegenüber Kerenski mitsamt den Imperialisten überhaupt verkörperten, ist völlig herangereift. Der Zusammenbruch ist vollständig. Die Tatsache, daß die Sowjetkurie auf der Demokratischen Beratung gegen die Koalition gestimmt hat, die Tatsache, daß die *Mehrheit* der örtlichen Sowjets der Bauerndeputierten gegen die Koalition gestimmt hat (gegen den Willen ihres Zentralsowjets, in dem die Awksentjew und

andere Freunde Kerenskis sitzen), die Wahlen in Moskau, wo die Arbeiterbevölkerung die engsten Verbindungen mit der Bauernschaft hat und wo *mehr als 49 Prozent* für die Bolschewiki stimmten (und bei den Soldaten 14 000 von 17 000) – ist das etwa nicht der völlige Zusammenbruch des Vertrauens der Volksmassen zu Kerenski und zu den Leuten, die mit Kerenski und Co. paktieren? Kann man sich denn vorstellen, daß die Volksmassen den Bolschewiki noch deutlicher, als es durch diese Abstimmungen geschehen ist, zu verstehen geben können: Führt uns, wir werden euch folgen.

Wir aber, die wir somit die Mehrheit der Volksmassen für uns gewonnen haben, die wir die beiden hauptstädtischen Sowjets erobert haben, wir sollen warten. Worauf? Daß Kerenski und seine Kornilowgenerale Petrograd den Deutschen ausliefern und dergestalt direkt oder indirekt, offen oder versteckt, *sowohl* mit Buchanan *wie* mit Wilhelm konspirieren, um die russische Revolution endgültig abzuwürgen.

Aber nicht nur, daß das Volk bei den Wahlen in Moskau und bei den Neuwahlen zu den Sowjets uns sein Vertrauen ausgesprochen hat. Es machen sich Anzeichen einer wachsenden Apathie und Gleichgültigkeit bemerkbar. Das ist begreiflich. Das bedeutet nicht den Niedergang der Revolution, wie die Kadetten und ihre Nachbeter schreien, sondern das Schwinden des Vertrauens zu Resolutionen und Wahlen. In der Revolution fordern die Massen von den führenden Parteien Taten und nicht Worte, den Sieg im Kampf und nicht Gerede. Der Augenblick rückt näher, wo im Volke die Meinung aufkommen kann, daß auch die Bolschewiki nicht besser seien als die anderen, da sie nicht zu *handeln* verstehen, nachdem wir ihnen unser Vertrauen ausgesprochen haben . . .

Im ganzen Land flammt der Bauernaufstand auf. Es ist sonnenklar, daß die Kadetten und die kadettischen Schleppenträger seine Bedeutung auf jede Art herabzumindern suchen, in ihm nur „Pogrome" und „Anarchie" sehen wollen. Diese Lüge wird dadurch widerlegt, daß man in den Zentren des Aufstands begonnen hat, den Grund und Boden den Bauern zu übergeben: „Pogrome" und „Anarchie" haben noch niemals zu so ausgezeichneten politischen Resultaten geführt! Die gewaltige Kraft des Bauernaufstands geht schon daraus hervor, daß auch die Paktierer, die Sozialrevolutionäre vom „Delo Naroda" und *sogar* die Breschko-Breschkowskaja begonnen haben, von der Übergabe des Bodens an die

Bauern zu sprechen, um die Bewegung einzudämmen, ehe sie ihnen endgültig über den Kopf gewachsen ist.

Wir aber sollen warten, bis es den Kosakentruppen des Kornilowmannes Kerenski (der gerade in der letzten Zeit von den Sozialrevolutionären selbst der Teilnahme am Kornilowputsch überführt wurde) gelingt, die Bauernaufstände *einen nach dem anderen* niederzuschlagen?

Anscheinend haben viele führende Funktionäre unserer Partei die *besondere* Bedeutung jener Losung nicht erkannt, die wir alle anerkannt und endlos wiederholt haben. Das ist die Losung: Alle Macht den Sowjets. Es hat Perioden, es hat Augenblicke in dem halben Jahr der Revolution gegeben, wo diese Losung *nicht* den Aufstand bedeutete. Vielleicht haben diese Perioden und diese Augenblicke einen Teil der Genossen geblendet und sie vergessen lassen, daß diese Losung jetzt auch für uns, zum mindesten seit Mitte September, *gleichbedeutend ist mit dem Aufruf zum Aufstand.*

In dieser Hinsicht kann auch nicht der geringste Zweifel bestehen. Das „Delo Naroda" hat dies unlängst auf „populäre" Art erläutert, als es schrieb: „Kerenski wird sich auf keinen Fall unterwerfen!" Natürlich nicht!

Die Losung „Alle Macht den Sowjets" ist nichts anderes als die Aufforderung zum Aufstand. Und die Schuld wird in vollem Umfang und unbedingt uns treffen, wenn wir, die wir monatelang die Massen zum Aufstand, zur Abkehr von der Politik des Paktierens aufriefen, diese Massen angesichts des drohenden Zusammenbruchs der Revolution nicht in den Aufstand führen, nachdem diese Massen uns das Vertrauen ausgesprochen haben.

Die Kadetten und Paktierer schrecken mit dem Beispiel des 3.–5. Juli, mit der wachsenden Schwarzhunderteragitation u. dgl. m. Wenn aber der 3.–5. Juli ein Fehler war, so nur insofern, als wir die Macht nicht ergriffen haben. Ich glaube, das war damals kein Fehler, denn wir hatten zu jener Zeit *noch* nicht die Mehrheit, jetzt aber wäre das ein verhängnisvoller Fehler und schlimmer als ein Fehler. Das Anwachsen der Schwarzhunderteragitation ist als Verschärfung der äußersten Gegensätze in der Atmosphäre der heranwachsenden proletarisch-bäuerlichen Revolution verständlich. Aber daraus ein Argument *gegen* den Aufstand machen zu wollen ist lächerlich, denn die Ohnmacht der von den Kapitalisten

gekauften Schwarzhunderter, die *Ohnmacht der Schwarzhunderter im Kampf* bedarf nicht einmal eines Beweises. Im Kampf sind sie einfach eine Null. Im Kampf können sich Kornilow und Kerenski nur auf die Wilde Division und vielleicht auf die Kosaken stützen. Jetzt aber hat die Zersetzung auch bei den Kosaken begonnen, und außerdem bedrohen sie die Bauern aus dem Innern ihrer Kosakengebiete mit dem Bürgerkrieg.

Ich schreibe diese Zeilen Sonntag, den 8. Oktober, Sie werden sie nicht vor dem 10. Oktober lesen. Von einem durchreisenden Genossen hörte ich, daß Leute, die auf der Warschauer Strecke gefahren sind, erzählen: Kerenski bringt Kosaken nach Petrograd! Das ist durchaus glaubwürdig, und wir werden uns selbst schuldig machen, wenn wir das nicht *allseitig* nachprüfen und nicht die Kräfte und die Verteilung der *Kornilowtruppen des zweiten Aufgebots gründlich studieren.*

Kerenski hat neuerlich Kornilowtruppen an Petrograd herangebracht, um die Übergabe der Macht an die Sowjets, ein sofortiges Friedensangebot durch die Sowjetmacht und die unverzügliche Übergabe des ganzen Grund und Bodens an die Bauern zu verhindern, um Petrograd den Deutschen auszuliefern, selbst aber nach Moskau auszureißen! Das ist die Losung für den Aufstand, die wir nach Kräften verbreiten müssen und die einen gewaltigen Erfolg haben wird.

Man darf nicht auf den Gesamtrussischen Sowjetkongreß warten, den das Zentralexekutivkomitee auch bis zum November verschleppen kann, man darf nicht weiter warten und Kerenski dadurch Zeit lassen, noch mehr Kornilowtruppen heranzubringen. Auf dem Sowjetkongreß sind Finnland, die Flotte und Reval vertreten, die zusammen sofort den Marsch auf Petrograd gegen die Kornilowregimenter in die Wege leiten können, mit Kriegsschiffen, Artillerie, Maschinengewehren und zwei bis drei Korps von Soldaten, die, zum Beispiel in Wiborg, ihren ganzen Haß gegen die Kornilowgenerale bekundet haben, mit denen Kerenski wieder angebändelt hat.

Es wäre ein gewaltiger Fehler, wollte man sich die Möglichkeit entgehen lassen, die Kornilowregimenter des zweiten Aufgebots sofort zu schlagen, und das aus der Erwägung heraus, daß die Überführung der Baltischen Flotte nach Petrograd den Deutschen die Front öffnen würde. Die Kornilowschen Verleumder werden das behaupten, werden auch jede andere Lüge verbreiten, es ist aber eines Revolutionärs unwürdig, sich

durch Lügen und Verleumdungen einschüchtern zu lassen. Kerenski wird Petrograd den Deutschen ausliefern, das ist jetzt sonnenklar; keinerlei gegenteilige Beteuerungen werden uns diese feste Überzeugung nehmen können, die sich aus dem ganzen Gang der Ereignisse und aus der ganzen Politik Kerenskis ergibt.

Kerenski und die Kornilowleute werden Petrograd den Deutschen ausliefern. Eben um Petrograd zu retten, muß Kerenski gestürzt werden, müssen *die Sowjets der beiden Hauptstädte* die Macht ergreifen, und diese Sowjets werden sofort allen Völkern den Frieden anbieten und damit ihre Pflicht gegenüber den deutschen Revolutionären erfüllen und einen entscheidenden Schritt tun zur Vereitelung der verbrecherischen Verschwörungen gegen die russische Revolution, der Verschwörungen des internationalen Imperialismus.

Nur die sofortige Aktion der Baltischen Flotte, der Truppen aus Finnland, Revals und Kronstadts gegen die Kornilowtruppen bei Petrograd kann die russische Revolution und die Weltrevolution retten. Bei einer solchen Aktion stehen die Chancen neunundneunzig zu eins, daß sie *in wenigen Tagen* zur Kapitulation eines Teils der Kosakentruppen, zur gänzlichen Zerschlagung des anderen Teils und zum Sturze Kerenskis führen wird, denn die Arbeiter und Soldaten beider Hauptstädte werden eine solche Aktion unterstützen.

Verzögerung bedeutet den Tod.

Die Losung „Alle Macht den Sowjets" ist eine Losung des Aufstands. Wer diese Losung gebraucht, ohne sich dessen bewußt zu sein, ohne das überlegt zu haben, der mag sich selbst Vorwürfe machen. Den Aufstand aber muß man verstehen als *Kunst* zu behandeln – ich habe darauf bestanden während der Demokratischen Beratung und bestehe auch jetzt darauf, denn *das* lehrt der Marxismus, das lehrt die ganze jetzige Lage in Rußland und in der ganzen Welt.

Es geht nicht um Abstimmungen, nicht um die Einbeziehung der „linken Sozialrevolutionäre", nicht um die Gewinnung der provinziellen Sowjets, nicht um ihren Kongreß. Es geht um den Aufstand, den Petrograd, Moskau, Helsingfors, Kronstadt, Wiborg und Reval beschließen *können* und müssen. *Vor Petrograd* und in Petrograd – hier kann und muß dieser Aufstand beschlossen und durchgeführt werden, so ernsthaft, so gut vorbereitet, so rasch, so energisch wie möglich.

Die Flotte, Kronstadt, Wiborg, Reval können und müssen gegen Petrograd ziehen, die Kornilowregimenter vernichten, in beiden Hauptstädten den Aufstand entfachen, die Massenagitation für eine Macht entfalten, die sofort den Bauern den Boden übergibt und sofort ein Friedensangebot macht, sie müssen die Regierung Kerenski stürzen und diese Macht schaffen.

Verzögerung bedeutet den Tod.

N. Lenin

8. Oktober 1917

Zuerst veröffentlicht am 7. November 1925 in der „Prawda" Nr. 255.

Nach einer maschinegeschriebenen Abschrift.

SITZUNG DES ZENTRALKOMITEES DER SDAPR(B) 10. (23.) OKTOBER 1917[48]

1

REFERAT

Protokollarische Niederschrift

Genosse Lenin konstatiert, daß seit Anfang September eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber der Frage des Aufstands zu beobachten ist. Indes können wir das nicht zulassen, wenn wir die Losung der Machtergreifung durch die Sowjets allen Ernstes aufstellen. Darum hätte man sich schon längst näher mit der technischen Seite der Frage befassen müssen. Jetzt ist allem Anschein nach schon ziemlich viel Zeit versäumt worden.

Jedenfalls ist das eine brennende Frage, und der entscheidende Augenblick ist nahe.

Die internationale Lage ist so, daß die Initiative bei uns liegen muß.

Was jetzt mit dem Rückzug bis Narwa und der Preisgabe Petrograds eingefädelt wird, drängt uns noch mehr zu entscheidenden Aktionen.

Auch die politische Lage wirkt nachdrücklich in dieser Richtung. Am 3.–5. Juli wären entschiedene Aktionen von unserer Seite daran gescheitert, daß wir nicht die Mehrheit hinter uns hatten. Seither befinden wir uns in einem Aufschwung, der mit Riesenschritten voranschreitet.

Der Absentismus und die Gleichgültigkeit der Massen lassen sich damit erklären, daß die Massen der Worte und Resolutionen müde sind.

Heute steht die Mehrheit hinter uns. Politisch ist die Frage des Übergangs der Macht völlig herangereift.

Auch die Agrarbewegung verläuft in derselben Richtung, denn es ist klar, daß Riesenkräfte notwendig wären, um diese Bewegung einzudäm-

men. Die Losung der Übergabe des gesamten Grund und Bodens ist zur allgemeinen Losung der Bauern geworden. Die politische Situation ist also reif. Es ist notwendig, von der technischen Seite zu sprechen. Das ist der Kern der ganzen Sache. Indes gibt es bei uns, wie bei den Vaterlandsverteidigern, die Neigung, die systematische Vorbereitung des Aufstands als eine Art politische Sünde zu betrachten.

Es ist sinnlos, auf die Konstituierende Versammlung zu warten, die offenkundig nicht auf unserer Seite sein wird, denn das heißt unsere Aufgabe komplizieren.

Der Gebietskongreß und der Vorschlag aus Minsk[49] müssen genutzt werden, um entscheidende Aktionen zu beginnen.

Zuerst veröffentlicht 1922 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 10.

Nach dem handschriftlichen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

2

RESOLUTION

Das Zentralkomitee stellt fest, daß sowohl die internationale Lage der russischen Revolution (der Aufstand in der deutschen Flotte als höchster Ausdruck des Heranreifens der sozialistischen Weltrevolution in ganz Europa, ferner die Gefahr eines Friedens der Imperialisten mit dem Ziel, die Revolution in Rußland zu erdrosseln) als auch die militärische Lage (der nicht zu bezweifelnde Entschluß der russischen Bourgeoisie sowie Kerenskis und Co., Petrograd den Deutschen auszuliefern) und die Eroberung der Mehrheit in den Sowjets durch die proletarische Partei – daß all dies im Zusammenhang mit dem Bauernaufstand und mit der Tatsache, daß sich das Vertrauen des Volkes unserer Partei zugewandt hat (die Wahlen in Moskau), und endlich die offenkundige Vorbereitung eines zweiten Kornilowputsches (Abtransport von Truppen aus Petrograd, Zusammenziehung von Kosaken bei Petrograd, Umzingelung von Minsk durch Kosaken usw.) – daß all dies den bewaffneten Aufstand auf die Tagesordnung setzt.

Das Zentralkomitee stellt somit fest, daß der bewaffnete Aufstand unumgänglich und völlig herangereift ist, und fordert alle Parteiorganisationen auf, sich hiervon leiten zu lassen und von diesem Gesichtspunkt aus alle praktischen Fragen zu behandeln und zu entscheiden (Sowjetkongreß des Nordgebiets, Abtransport von Truppen aus Petrograd, die Aktionen der Moskauer und der Minsker usw.).

Zuerst veröffentlicht 1922 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 10.

Nach dem Manuskript.

SITZUNG DES ZENTRALKOMITEES DER SDAPR(B) 16. (29.) OKTOBER 1917[50]

1

REFERAT

Protokollarische Niederschrift

Genosse Lenin verliest die vom ZK in der vorigen Sitzung angenommene Resolution. Er teilt mit, daß die Resolution gegen zwei Stimmen angenommen wurde. Wenn die Genossen, die Einwände hatten, sich äußern wollen, kann man eine Diskussion eröffnen, einstweilen aber begründet er diese Resolution.

Hätten die Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit der Politik des Paktierens gebrochen, so hätte man ihnen ein Kompromiß anbieten können. Ein solches Angebot wurde auch gemacht, aber es war klar, daß dieses Kompromiß von diesen Parteien abgelehnt wurde.* Anderseits zeichnete sich zu diesem Zeitpunkt schon klar ab, daß die Massen mit uns gehen. Das war noch vor dem Kornilowputsch. Als Beweis führt Lenin die Ergebnisse der Petrograder und Moskauer Wahlen an. Der Kornilowputsch aber hat die Massen noch entschiedener zu uns hin gedrängt. Das Kräfteverhältnis auf der Demokratischen Beratung. Die Lage ist klar: entweder eine Kornilowsche Diktatur oder die Diktatur des Proletariats und der armen Schichten der Bauernschaft. Von Stimmungen der Massen auszugehen ist unmöglich, denn diese Stimmungen sind veränderlich und unberechenbar; wir müssen ausgehen von der objektiven Analyse und Einschätzung der Revolution. Die Massen haben den Bolschewiki ihr Vertrauen geschenkt und fordern von ihnen nicht Worte, sondern Taten, eine entschiedene Politik sowohl im Kampfe gegen den Krieg wie im Kampfe gegen die wirtschaftliche Zerrüttung. Nimmt man die politische Analyse der Revolution zum Ausgangspunkt, so wird vollkommen klar, daß heute sogar die anarchischen Aktionen das bestätigen.

* Siehe Werke, Bd. 25, S. 313–319. *Die Red.*

Weiter analysiert Lenin die Lage in Europa und weist nach, daß dort die Revolution noch schwieriger ist als bei uns. Wenn es in einem Lande wie Deutschland zu einem Aufstand in der Flotte kam, so beweist das, daß auch dort die Dinge schon sehr weit gediehen sind. Die internationale Lage liefert uns eine Reihe von objektiven Anhaltspunkten dafür, daß wir, wenn wir jetzt handeln, das ganze proletarische Europa auf unserer Seite haben werden; Lenin weist nach, daß die Bourgeoisie Petrograd preisgeben will. Die einzige Möglichkeit, das zu verhindern, ist, Petrograd selbst zu nehmen. Aus all dem ergibt sich klar, daß auf der Tagesordnung der bewaffnete Aufstand steht, von dem in der Resolution des ZK die Rede ist.

Was die praktischen Schlußfolgerungen aus der Resolution betrifft, so ist es zweckmäßiger, diese erst zu ziehen, nachdem die Berichte der Vertreter der Hauptstädte entgegengenommen worden sind.

Aus der politischen Analyse des Klassenkampfes in Rußland wie in Europa ergibt sich die Notwendigkeit der entschlossensten und aktivsten Politik, die nur im bewaffneten Aufstand bestehen kann.

2

AUSFÜHRUNGEN
Protokollarische Niederschrift

1

Genosse Lenin polemisiert gegen Miljutin und Schotman und weist nach, daß es nicht auf die bewaffneten Kräfte ankommt, daß es sich nicht um einen Kampf gegen die Truppen handelt, sondern um den Kampf eines Teils der Truppen gegen den anderen Teil. Er sieht keinen Pessimismus in dem, was hier gesagt wurde. Er weist nach, daß die Kräfte auf seiten der Bourgeoisie gering sind. Die Tatsachen beweisen, daß wir dem Feind überlegen sind. Warum kann das ZK nicht anfangen? Das läßt sich aus allem nicht folgern. Will man die Resolution des ZK zurückweisen, so muß man beweisen, daß es keine Zerrüttung gibt, daß die internationale Lage nicht zu Komplikationen führt. Wenn die Gewerkschaftsvertreter die ganze Macht fordern, so wissen sie sehr gut, was sie wollen. Die objektiven Verhältnisse beweisen, daß die Bauernschaft der Führung bedarf; dem Proletariat wird sie folgen.

Man befürchtet, daß wir die Macht nicht behaupten werden, aber gerade jetzt haben wir besonders gute Aussichten, die Macht zu behaupten.

Lenin gibt dem Wunsch Ausdruck, daß die Debatte auf dem Boden einer sachlichen Besprechung der Resolution geführt werden möge.

2

Wenn alle Resolutionen so durchfielen, könnte man gar nichts Besseres wünschen. Jetzt sagt Sinowjew: Weg mit der Losung „Die Macht den Sowjets", man müsse einen Druck auf die Regierung ausüben. Wenn man sagt, daß der Aufstand herangereift ist, so kann man nicht von Verschwörungen sprechen. Wenn der Aufstand politisch unausbleiblich ist, so muß man den Aufstand als eine Kunst betrachten. Und politisch ist er schon herangereift.

Gerade weil das Brot nur für den Tag reicht, können wir nicht auf die Konstituierende Versammlung warten. Lenin beantragt, die Resolution zu bestätigen, sich entschieden an die Vorbereitungen zu machen und die Bestimmung des Zeitpunkts dem ZK und dem Sowjet zu überlassen.

3

Genosse Lenin erwidert Sinowjew, daß man die jetzige Revolution nicht der Februarrevolution gegenüberstellen könne. Zur Sache schlägt er folgende Resolution vor.

RESOLUTION

Die Versammlung begrüßt die Resolution des ZK und billigt sie voll und ganz; sie fordert alle Organisationen und alle Arbeiter und Soldaten auf, den bewaffneten Aufstand allseitig und tatkräftig vorzubereiten und das vom Zentralkomitee zu diesem Zweck geschaffene Zentrum zu unterstützen, sie gibt der vollen Überzeugung Ausdruck, daß das ZK und der Sowjet rechtzeitig den günstigen Zeitpunkt und die zweckmäßigen Mittel des Angriffs bestimmen werden.

Zuerst veröffentlicht 1927 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 10.

Nach dem handschriftlichen Exemplar der protokollarischen Niederschrift, die Resolution nach dem Manuskript.

BRIEF AN DIE GENOSSEN

Genossen! Die Zeit, in der wir leben, ist so kritisch, die Ereignisse folgen so unglaublich schnell aufeinander, daß der Publizist, der durch den Willen des Schicksals etwas abseits vom großen Strom der Geschichte zu stehen gezwungen ist, Gefahr läuft, ständig zu spät zu kommen oder sich als uninformiert zu erweisen, besonders wenn seine Schreiben mit Verspätung das Licht der Welt erblicken. Obwohl ich das sehr wohl weiß, bin ich doch gezwungen, diesen Brief an die Bolschewiki zu richten, selbst auf die Gefahr hin, daß er überhaupt nicht veröffentlicht wird, denn die Schwankungen, gegen die mit aller Entschlossenheit mich zu wenden ich für meine Pflicht halte, sind unerhört und können verheerende Folgen für die Partei, für die Bewegung des internationalen Proletariats, für die Revolution haben. Was aber die Gefahr der Verspätung anbelangt, so will ich, um ihr vorzubeugen, anführen, welche Nachrichten von welchem Datum mir zur Verfügung stehen.

Es gelang mir erst am Montag, dem 16. Oktober, morgens, einen Genossen zu treffen, der tags zuvor an einer sehr wichtigen bolschewistischen Versammlung in Petrograd teilgenommen hatte und mich ausführlich über die Diskussion informierte.[51] Zur Diskussion stand eben die Frage des Aufstands, die auch von den Sonntagsblättern aller Richtungen diskutiert wird. In der Versammlung waren die einflußreichsten Genossen aller Zweige der bolschewistischen Arbeit in der Hauptstadt vertreten. Und nur eine verschwindende Minderheit der Versammlung – ganze zwei Genossen – nahm eine ablehnende Haltung ein. Die Argumente, die diese Genossen vorbrachten, sind so schwach, in diesen Argumenten kommt eine so erstaunliche Kopflosigkeit und Verängstigung, eine solche Preis-

gabe aller Grundideen des Bolschewismus und des revolutionären proletarischen Internationalismus zum Ausdruck, daß es schwerfällt, für so schmachvolle Schwankungen eine Erklärung zu finden. Aber die Tatsache steht fest, und da eine revolutionäre Partei in einer so ernsten Frage keine Schwankungen dulden darf, da dieses Genossenpärchen, das seine Prinzipien eingebüßt hat, eine gewisse Verwirrung stiften kann, ist es notwendig, die Argumente dieser Genossen zu analysieren, ihre Schwankungen aufzudecken und zu zeigen, wie schmachvoll sie sind. In den folgenden Zeilen soll versucht werden, diese Aufgabe zu erfüllen.

„Wir haben nicht die Mehrheit im Volke, ohne diese Vorbedingung ist der Aufstand aussichtslos ..."

Leute, die so etwas sagen können, entstellen entweder die Wahrheit, oder es sind Pedanten, die unter allen Umständen, ohne die realen Bedingungen der Revolution auch nur im geringsten zu berücksichtigen, von vornherein die Gewähr haben möchten, daß die Partei der Bolschewiki im ganzen Lande aufs Haar genau die Hälfte der Stimmen plus eine Stimme erhalten würde. Derartige Garantien hat die Geschichte niemals, in keiner einzigen Revolution geboten und kann sie absolut nicht bieten. Eine solche Forderung stellen heißt seine Zuhörer verhöhnen und ist nichts als die Bemäntelung der eigenen *Flucht* vor der Wirklichkeit.

Denn die Wirklichkeit zeigt uns augenfällig, daß eben nach den Julitagen die Mehrheit des Volkes rasch auf die Seite der Bolschewiki überzugehen begann. Das haben sowohl, noch vor dem Kornilowputsch, die Wahlen vom 20. August in Petrograd bewiesen, wo der Prozentsatz der bolschewistischen Stimmen in der Stadt, ohne die Vorstädte, von 20 Prozent auf 33 Prozent stieg, als auch die Bezirksdumawahlen in Moskau im September, wo der Prozentsatz der bolschewistischen Stimmen von 11 Prozent auf 49⅓ Prozent stieg (ein Moskauer Genosse, den ich dieser Tage gesprochen habe, nannte mir als genaue Ziffer 51 Prozent). Das haben die Neuwahlen zu den Sowjets bewiesen. Das hat die Tatsache bewiesen, daß die Mehrzahl der Bauernsowjets, entgegen ihrem „Awksentjewschen" Zentralsowjet, sich *gegen* die Koalition ausgesprochen hat. Gegen die Koalition sein, das heißt *praktisch* den Bolschewiki folgen. Ferner zeigen die Nachrichten von der Front immer häufiger und eindeutiger, daß die *Masse* der Soldaten, ungeachtet der böswilligen Ver-

leumdungen und Attacken der sozialrevolutionären und menschewistischen Führer, der Offiziere, Deputierten usw. usw., sich immer entschlossener zu den Bolschewiki schlägt.

Die wichtigste Tatsache des gegenwärtigen Lebens in Rußland schließlich ist der *Bauernaufstand*. Da haben wir den objektiven, nicht in Worten, sondern durch Taten offenbarten Übergang des Volkes auf die Seite der Bolschewiki. Denn wie sehr auch die bürgerliche Presse und ihre kläglichen Nachbeter aus den Reihen der „schwankenden" „Nowaja-Shisn"-Leute und Co. lügen, wie sehr sie auch über Pogrome und über Anarchie zetern mögen, die Tatsachen lassen sich nicht aus der Welt schaffen. Die Bauernbewegung im Gouvernement Tambow war im physischen wie im politischen Sinne ein Aufstand, ein Aufstand, der solche glänzenden politischen Resultate gezeitigt hat wie vor allem die Einwilligung, den Bauern den Boden zu übergeben. Nicht umsonst *schreit* jetzt das ganze sozialrevolutionäre Geschmeiß einschließlich des „Delo Naroda", durch den Aufstand eingeschüchtert, daß es notwendig sei, das Land den Bauern zu übergeben! Das zeigt *in der Praxis* die Richtigkeit des Bolschewismus und seinen Erfolg. Es *hat sich gezeigt*, daß es unmöglich ist, die Bonapartisten und ihre Lakaien im Vorparlament anders zu „belehren" als durch den Aufstand.

Das ist eine Tatsache. Tatsachen sind ein hartnäckig Ding. Und ein solches tatsächliches „Argument" *für* den Aufstand ist tausendmal gewichtiger als die „pessimistischen" Ausflüchte eines kopflosen und erschreckten Politikers.

Wäre der Bauernaufstand nicht ein Ereignis von gesamtnationaler politischer Bedeutung, so würden die sozialrevolutionären Lakaien aus dem Vorparlament nicht schreien, daß es notwendig sei, das Land den Bauern zu übergeben.

Ein anderes ausgezeichnetes politisches und revolutionäres Ergebnis des Bauernaufstands, das bereits im „Rabotschi Put" vermerkt wurde, ist die Getreidezufuhr nach den Eisenbahnstationen des Gouvernements Tambow.[52] Da habt ihr noch ein „Argument", ihr Herren, die ihr den Kopf verloren habt, ein Argument für den Aufstand, als das einzige Mittel, das Land vor dem bereits an die Türe pochenden Hunger und vor einer Krise von unerhörtem Ausmaß zu retten. Während die sozialrevolutionären und menschewistischen Volksverräter keifen, drohen, Resolutionen ab-

fassen und die Hungernden auf die Einberufung der Konstituierenden Versammlung vertrösten, wird das Volk die Getreidefrage *auf bolschewistische Art*, durch den *Aufstand* gegen die Gutsbesitzer, Kapitalisten und Aufkäufer, lösen.

Und die ausgezeichneten Früchte einer *solchen* (einzig realen) Lösung der Getreidefrage mußte die *bürgerliche* Presse anerkennen, sogar die „Russkaja Wolja", die meldete, daß die Eisenbahnstationen des Gouvernements Tambow mit Getreidevorräten vollgestopft sind... *Nachdem die Bauern sich erhoben haben!!*

Nein, jetzt daran zweifeln, daß die Mehrheit des Volkes den Bolschewiki folgt und folgen wird, heißt schmählich schwanken und in der Praxis *alle* Prinzipien des proletarischen Revolutionismus über Bord werfen, sich vom Bolschewismus gänzlich lossagen.

„Wir sind nicht stark genug, um die Macht zu ergreifen, und die Bourgeoisie ist nicht stark genug, um die Konstituierende Versammlung zu torpedieren..."

Der erste Teil dieses Arguments ist eine bloße Variante des vorhergehenden. Es gewinnt auch dann nicht an Überzeugungskraft, wenn die eigene Kopflosigkeit und Angst vor der Bourgeoisie ihren Ausdruck findet in Pessimismus in bezug auf die Arbeiter und in Optimismus in bezug auf die Bourgeoisie. Wenn die Offiziersschüler und Kosaken sagen, sie würden bis zum letzten Blutstropfen gegen die Bolschewiki kämpfen, so verdient das vollen Glauben; wenn aber die Arbeiter und Soldaten in Hunderten von Versammlungen ihr absolutes Vertrauen zu den Bolschewiki zum Ausdruck bringen und ihre Bereitschaft erklären, Blut und Leben für den Übergang der Macht an die Sowjets einzusetzen – so hält man es für „angebracht", daran zu erinnern, daß es eine Sache ist, für etwas zu stimmen, eine andere Sache aber, sich dafür zu schlagen!

Natürlich, wenn man so argumentiert, ist der Aufstand „widerlegt". Es fragt sich nur, wodurch unterscheidet sich dieser eigentümlich ausgerichtete, eigentümlich zweckdienliche „Pessimismus" von einem politischen Überlaufen auf die Seite der Bourgeoisie?

Man betrachte die Tatsachen, man denke an die von unseren Pessimisten „vergessenen" tausendfachen Erklärungen der Bolschewiki. Wir haben tausendmal gesagt, daß die Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-

deputierten eine Macht darstellen, daß sie die Avantgarde der Revolution sind, daß sie die Macht ergreifen *können*. Wir haben den Menschewiki und Sozialrevolutionären tausendmal vorgeworfen, daß sie über „bevollmächtigte Organe der Demokratie" Phrasen dreschen, gleichzeitig aber *Angst haben*, die Macht in die Hände der Sowjets zu legen.

Und was hat der Kornilowputsch bewiesen? Er hat bewiesen, daß die Sowjets tatsächlich eine Macht sind.

Und nachdem dies durch die Erfahrung und durch Tatsachen bewiesen worden ist, werden wir den Bolschewismus aufgeben, werden wir uns von uns selbst lossagen und erklären: Wir sind nicht stark genug (obwohl die Sowjets der beiden Hauptstädte und die Mehrzahl der Sowjets in der Provinz auf der Seite der Bolschewiki stehen)!!! Nun, sind das nicht schmähliche Schwankungen? Im Grunde genommen werfen unsere „Pessimisten" die Losung „Alle Macht den Sowjets" über Bord, sie *fürchten* nur, dies einzugestehen.

Wie will man beweisen, daß die Bourgeoisie nicht stark genug ist, die Konstituierende Versammlung zu torpedieren?

Wenn die Sowjets *nicht die Kraft haben*, die Bourgeoisie zu stürzen, so *heißt das*, daß die Bourgeoisie stark genug ist, die Konstituierende Versammlung zu torpedieren, denn dann kann dies niemand verhindern. Den Versprechungen Kerenskis und Co. vertrauen, an die Resolutionen des Lakaien-Vorparlaments glauben – ist dies eines Mitglieds der proletarischen Partei und eines Revolutionärs würdig?

Die Bourgeoisie hat nicht nur die *Macht*, die Konstituierende Versammlung zu torpedieren, wenn die jetzige Regierung nicht gestürzt wird, sondern sie kann dieses Resultat auch *indirekt* erreichen, indem sie Petrograd den Deutschen ausliefert, die Front öffnet, die Aussperrungen vermehrt und die Getreidezufuhr sabotiert. Es ist durch *Tatsachen* bewiesen, daß die Bourgeoisie all das teilweise bereits getan hat. Sie ist also imstande, das auch *ganz* zu tun, wenn die Arbeiter und Soldaten sie nicht stürzen.

„Die Sowjets sollen die Pistole sein, der Regierung auf die Brust gesetzt mit der Forderung, die Konstituierende Versammlung einzuberufen und auf Kornilowsche Anschläge zu verzichten . . ."

So weit hat es einer der beiden traurigen Pessimisten gebracht!

Es mußte so weit kommen, denn der Verzicht auf den Aufstand *ist* der Verzicht auf die Losung „Alle Macht den Sowjets".

Gewiß, Losungen sind „kein Heiligtum", das ist unbestritten. Aber warum hat *niemand* die Frage der Änderung dieser Losung aufgeworfen (wie ich es nach den Julitagen getan habe*)? Warum *fürchtet* man sich, offen darüber zu sprechen, obwohl seit September in der Partei die Frage des Aufstands diskutiert wird, der von nun an zur Verwirklichung der Losung „Alle Macht den Sowjets" *unvermeidlich* geworden ist?

Unsere traurigen Pessimisten werden sich da nie und nimmer herausreden können. Der Verzicht auf den Aufstand ist der Verzicht auf die Übertragung der Macht an die Sowjets, ist „Übertragung" aller Hoffnungen und aller Erwartungen auf die gütige Bourgeoisie, die „versprochen" hat, die Konstituierende Versammlung einzuberufen.

Ist es denn schwer zu begreifen, daß die Konstituierende Versammlung *gesichert* und ihr Erfolg garantiert ist, wenn die *Macht* in den Händen der Sowjets liegt? Das haben die Bolschewiki tausendmal gesagt. *Niemand* hat je den Versuch gemacht, das zu widerlegen. Einen solchen „kombinierten Typus" ließen alle gelten. Aber mit dem Wörtchen „kombinierter Typus" jetzt den *Verzicht* auf die Übertragung der Macht an die Sowjets einschmuggeln, *heimlich* einschmuggeln, weil man *Angst hat*, sich offen von unserer Losung loszusagen – was ist das? Kann man zur Charakterisierung dieses Verhaltens einen parlamentarischen Ausdruck finden?

Man hat unserem Pessimisten treffend geantwortet: „Eine Pistole ohne Kugel?" Wenn ja, so bedeutet das das direkte Überlaufen zu den Liberdan, die tausendmal die Sowjets für eine „Pistole" erklärt und tausendmal das Volk betrogen haben, denn die Sowjets blieben *unter ihrer Herrschaft* eine Null.

Ist das aber eine Pistole „mit Kugel", so bedeutet das eben die *technische* Vorbereitung des Aufstands, denn die Kugel muß beschafft, die Pistole geladen werden, auch wäre *eine* Kugel ein bißchen wenig.

Entweder Übertritt zu den Liberdan und *offener* Verzicht auf die Losung „Alle Macht den Sowjets" oder Aufstand. Einen Mittelweg gibt es nicht.

---

* Siehe Werke, Bd. 25, S. 181–189. *Die Red.*

„Die Bourgeoisie kann Petrograd den Deutschen nicht ausliefern, wenn auch Rodsjanko das will, denn es kämpfen nicht die Bourgeois, sondern unsere heldenmütigen Matrosen ..."

Dieses Argument läuft wiederum auf denselben „Optimismus" *gegenüber der Bourgeoisie* hinaus, den unvermeidlich jene Genossen auf Schritt und Tritt bekunden, die die revolutionären Kräfte und Fähigkeiten des Proletariats so pessimistisch einschätzen.

Es kämpfen die heldenmütigen Matrosen, *aber* das hat *zwei* Admirale nicht daran gehindert, vor der Einnahme der Insel Ösel zu *verschwinden!!*

Das ist eine Tatsache. Tatsachen sind ein hartnäckig Ding. Die Tatsachen beweisen, daß die Admirale sich nicht schlechter auf den Verrat *verstehen* als Kornilow. Daß aber das Hauptquartier nicht reformiert ist, daß das Offizierskorps aus Kornilowleuten besteht, ist eine nicht zu bestreitende Tatsache.

Wenn die Kornilowleute (mit Kerenski an der Spitze, denn er ist auch ein Kornilowmann) Petrograd ausliefern *wollen*, so können sie es auf zweierlei, ja sogar „dreierlei" Art tun.

Erstens können sie durch Verrat der Kornilowschen Offiziere die Nordfront von der Landseite her öffnen.

Zweitens können sie sich über die Aktionsfreiheit der ganzen deutschen Flotte „verständigen", die *stärker* ist als wir, sie können sich verständigen sowohl mit den deutschen wie mit den englischen Imperialisten. Außerdem konnten die „verschwundenen Admirale" *auch die Pläne* an die Deutschen verraten.

Drittens können sie durch Aussperrungen und Sabotage der Brotbelieferung unsere Truppen zur *völligen* Verzweiflung treiben und ohnmächtig machen.

Keiner dieser drei Wege läßt sich leugnen. Die Tatsachen haben bewiesen, daß die bürgerlich-kosakische Partei Rußlands an alle diese drei Türen bereits gepocht und versucht hat, sie zu öffnen.

Folglich? Folglich dürfen wir nicht *warten*, bis die Bourgeoisie die Revolution erdrosselt.

Daß die „Wünsche" Rodsjankos keine Luftgebilde sind, hat die Erfahrung bewiesen. Rodsjanko ist ein Mann der Tat. Hinter Rodsjanko steht das *Kapital*. Das ist nicht zu bestreiten. Das Kapital ist eine ungeheure Kraft, solange das Proletariat nicht an der Macht ist. Die Politik

des Kapitals hat Rodsjanko nach bestem Wissen und Gewissen *jahrzehntelang* durchgeführt.

Folglich? Folglich heißt in der Frage des Aufstands schwanken, des einzigen Mittels, die Revolution zu retten, in die zur Hälfte Liberdansche, sozialrevolutionär-menschewistische feige Vertrauensseligkeit gegenüber der Bourgeoisie, zur Hälfte „bäuerlich"-blinde Vertrauensseligkeit verfallen, gegen die die Bolschewiki vor allem angekämpft haben.

Entweder die Hände untätig in den Schoß legen und abwarten, den „Glauben" an die Konstituierende Versammlung beteuern, bis Rodsjanko und Co. Petrograd ausliefern und die Revolution erdrosseln, oder – der Aufstand. Einen Mittelweg gibt es nicht.

Selbst die Einberufung der Konstituierenden Versammlung ändert für sich allein hier nichts, denn durch keinerlei „Konstituantentum", durch keinerlei Abstimmung selbst der allersouveränsten Versammlung läßt sich die Hungersnot bannen, läßt sich Wilhelm ins Bockshorn jagen. Sowohl die Einberufung der Konstituierenden Versammlung wie ihr *Erfolg* ist abhängig von dem Übergang der Macht an die Sowjets; diese alte bolschewistische Wahrheit wird immer anschaulicher und immer *grausamer* von der Wirklichkeit bestätigt.

„Wir werden mit jedem Tag stärker, wir können als starke Opposition in die Konstituierende Versammlung einziehen, wozu sollen wir alles aufs Spiel setzen ..."

Das Argument eines Philisters, der „gelesen" hat, daß die Konstituierende Versammlung einberufen wird, und sich vertrauensvoll mit dem höchst legalen und loyalen konstitutionellen Weg beruhigt.

Schade nur, daß man weder die Frage der Hungersnot noch die Frage der Preisgabe Petrograds durch das *Warten* auf die Konstituierende Versammlung lösen kann. Diese „Kleinigkeit" vergessen die naiven oder verwirrten oder eingeschüchterten Leute.

Der Hunger wartet nicht. Der Bauernaufstand hat nicht gewartet. Der Krieg wartet nicht. Die Admirale, die sich aus dem Staube gemacht haben, haben nicht gewartet.

Oder wird, weil wir Bolschewiki den Glauben an die Einberufung der Konstituierenden Versammlung *proklamieren*, der Hunger warten wollen? Werden die geflüchteten Admirale warten wollen? Werden die

Maklakow und Rodsjanko sich bereit finden, die Aussperrungen, die Sabotage der Getreidezufuhr, die geheimen Abreden mit den englischen und deutschen Imperialisten aufzugeben?

Denn eben *darauf* läuft es bei den Helden der „konstitutionellen Illusionen" und des parlamentarischen Kretinismus hinaus. Das lebendige Leben verschwindet, übrig bleibt nur *ein Fetzen Papier* über die Einberufung der Konstituierenden Versammlung, übrig bleiben nur die Wahlen.

Und diese Blinden wundern sich noch, daß das hungernde Volk und die von den Generalen und Admiralen verratenen Soldaten den Wahlen gleichgültig gegenüberstehen! Oh, die Neunmalweisen!

„Ja, wenn die Kornilowleute wieder anfingen, dann würden wir es ihnen zeigen! Aber selbst anfangen, wozu das riskieren? . . ."

Das ist so außerordentlich überzeugend und außerordentlich revolutionär. Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber wenn wir ihr den *Rücken* zukehren und in Betrachtung des ersten Kornilowputsches immerzu wiederholen: „Ja, wenn die Kornilowleute anfingen"; wenn wir das tun, was wird das für eine ausgezeichnete revolutionäre Strategie sein! Wie sieht sie dem „vielleicht" und „mag sein" ähnlich! Vielleicht werden die Kornilowleute wieder zur unrechten Zeit anfangen! – Nicht wahr, welch starkes „Argument"? Welch ernste Begründung der proletarischen Politik?

Und wenn die Kornilowleute des zweiten Aufgebots etwas hinzugelernt haben? Wenn sie Hungerkrawalle, den Durchbruch der Front, die Preisgabe von Petrograd *abwarten* und bis dahin *nicht anfangen*? Was dann?

Man rät uns, die Taktik der proletarischen Partei darauf aufzubauen, daß die Kornilowleute möglicherweise einen ihrer früheren Fehler wiederholen werden.

Vergessen wir alles, was die Bolschewiki hundertmal aufgezeigt und *bewiesen* haben, was die halbjährige Geschichte unserer Revolution bewiesen hat, nämlich: daß es *keinen* andern Ausweg gibt, daß es ihn objektiv nicht gibt, nicht geben kann, als den der Diktatur der Kornilowleute oder den der Diktatur des Proletariats! Vergessen wir das, sagen wir uns von all dem los, und warten wir! Worauf? Auf ein Wunder: dar-

auf, daß der stürmische und katastrophale Gang der Ereignisse vom 20. April bis zum 29. August abgelöst wird (angesichts der Kriegsverlängerung, der zunehmenden Hungersnot) durch die friedliche, ruhige, glatte, legale Einberufung der Konstituierenden Versammlung und die Durchführung ihrer überaus gesetzlichen Beschlüsse. Das ist die „marxistische" Taktik! Wartet, ihr Hungernden, Kerenski hat versprochen, die Konstituierende Versammlung einzuberufen!

„In der internationalen Lage gibt es eigentlich nichts, was uns verpflichten würde, unverzüglich zu handeln, wir würden der Sache der sozialistischen Revolution in Westeuropa eher schaden, wenn wir uns erschießen ließen ..."

Dieses Argument ist wahrlich großartig: Scheidemann „selbst", Renaudel „selbst" hätten nicht geschickter mit den Sympathien der Arbeiter für den Erfolg der internationalen sozialistischen Revolution „operieren" können!

Man bedenke nur: Die Deutschen haben, unter verteufelt schwierigen Verhältnissen, mit *nur einem* Liebknecht (der dazu noch im Zuchthaus sitzt), ohne Zeitungen, ohne Versammlungsfreiheit, ohne Sowjets, angesichts einer ungeheuren Feindseligkeit *aller* Bevölkerungsklassen bis zum letzten begüterten Bauern gegen die Idee des Internationalismus, angesichts der ausgezeichneten Organisation der imperialistischen Groß-, Mittel- und Kleinbourgeoisie, die Deutschen, d. h. die deutschen revolutionären Internationalisten, die Arbeiter im Matrosenkittel, haben einen Aufstand in der Flotte begonnen – bei einer Chance von vielleicht eins zu hundert.

Wir aber, die wir Dutzende von Zeitungen, die wir Versammlungsfreiheit haben, über die *Mehrheit* in den Sowjets verfügen, wir, die wir im Vergleich zu den proletarischen Internationalisten in der ganzen Welt die besten Bedingungen haben, wir werden darauf verzichten, die deutschen Revolutionäre durch unseren Aufstand zu unterstützen. Wir werden argumentieren wie die Scheidemänner und die Renaudel: Das Vernünftigste ist, keinen Aufstand zu machen, denn wenn man uns niederknallt, so verliert die Welt in uns so prächtige, so vernünftige, so ideale Internationalisten!!

Beweisen wir, daß wir vernünftig sind. Nehmen wir eine Sympathieresolution für die *deutschen Aufständischen* an und lehnen wir den *Auf-*

stand in Rußland ab. Das wird dann ein echter, vernünftiger Internationalismus sein. Und wie schnell wird der Internationalismus in der ganzen Welt aufblühen, wenn *überall* eine so weise Politik obsiegen wird!...

Der Krieg hat die Arbeiter aller Länder bis aufs Blut gemartert. Die Empörungen mehren sich, in Italien, in Deutschland, in Österreich. Wir *allein* haben die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, aber wir werden *abwarten*, werden die deutschen Internationalisten ebenso verraten, wie wir die russischen Bauern verraten, die uns nicht mit Worten, sondern mit Taten, mit ihrem Aufstand gegen die Gutsbesitzer, zum Aufstand gegen die Kerenskiregierung auffordern...

Mag die Wolke der imperialistischen Verschwörung der Kapitalisten aller Länder, die sich anschicken, die russische Revolution zu erdrosseln, sich verdichten – wir werden ruhig abwarten, bis man uns mit dem *Rubel* erdrosselt! Anstatt die Verschwörer anzugreifen und sie durch den Sieg der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten zu zerschlagen, werden wir auf die Konstituierende Versammlung warten, die alle internationalen Verschwörungen durch *Abstimmungen* besiegen wird, wenn Kerenski und Rodsjanko ehrlich die Konstituierende Versammlung einberufen. Sind wir denn berechtigt, die Ehrlichkeit eines Kerenski und eines Rodsjanko anzuzweifeln?

„Aber ‚alle' sind gegen uns! Wir sind isoliert; das ZEK wie die internationalistischen Menschewiki wie die Leute von der ‚Nowaja Shisn' wie die linken Sozialrevolutionäre, sie alle haben gegen uns Aufrufe erlassen und werden sie erlassen!..."

Ein schlagendes Argument. Bisher haben wir die Schwankenden wegen ihrer Schwankungen schonungslos gegeißelt. *Dadurch* haben wir die Sympathien des Volkes erworben. *Dadurch* haben wir die Sowjets erobert, ohne die man den Aufstand nicht sicher, rasch, zuverlässig durchführen könnte. Nun wollen wir die eroberten Sowjets benutzen, um *auch selbst in das Lager der Schwankenden überzugehen.* Was für ein glänzender Aufstieg des Bolschewismus!

Das ganze Wesen der Politik der Liberdan und Tschernow wie auch der „linken" Sozialrevolutionäre und Menschewiki besteht in *Schwankungen.* Als *Gradmesser* für die *Linksschwenkung der Massen* haben die linken Sozialrevolutionäre und die internationalistischen Menschewiki

ungeheure politische Bedeutung. Zwei solche Tatsachen wie der Übergang von zirka 40 Prozent der Menschewiki und Sozialrevolutionäre in das Lager der Linken einerseits und der Bauernaufstand anderseits stehen unzweifelhaft und offensichtlich in Zusammenhang.

Aber gerade der Charakter dieses Zusammenhangs enthüllt die ganze abgrundtiefe Charakterlosigkeit der Leute, denen es jetzt einfällt zu jammern, weil das bei lebendigem Leibe verfaulte ZEK oder die schwankenden linken Sozialrevolutionäre und Co. gegen uns aufgetreten sind. Denn *diesen* Schwankungen der kleinbürgerlichen Führer, der Martow, Kamkow, Suchanow und Co., ist der *Aufstand* der Bauern gegenüberzustellen. Das ist eine *reale* politische Gegenüberstellung. Mit wem soll man zusammengehen? Mit dem schwankenden Häuflein Petrograder Führer, die *indirekt* die *Linksschwenkung* der Massen zum Ausdruck bringen und die bei *jeder* politischen Wendung schmählich lamentierten, schwankten, die Liberdan und Awksentjew und Co. um Verzeihung baten – *oder mit diesen linksorientierten Massen*?

So, nur so lautet die Frage.

Da die Martow, Kamkow und Suchanow den Bauernaufstand verraten haben, schlägt man auch uns, der Arbeiterpartei der revolutionären Internationalisten, vor, den Aufstand zu verraten. Eben darauf läuft die Politik des „Schielens" nach den linken Sozialrevolutionären und den internationalistischen Menschewiki hinaus.

Wir aber sagten: Um den Schwankenden zu helfen, muß man aufhören, selbst zu schwanken. Diese „lieben" linken kleinbürgerlichen Demokraten schwankten auch zur Koalition hin! Wir rissen sie schließlich mit, weil wir selbst nicht schwankten. Und das Leben hat uns recht gegeben.

Durch ihre Schwankungen haben diese Herren stets der Revolution geschadet. Nur wir stellten uns schützend vor die Revolution. Und jetzt sollen wir die Segel streichen, wo der Hunger an die Tore Petrograds pocht und Rodsjanko und Co. sich anschicken, es auszuliefern?!

„Aber wir haben nicht einmal feste Verbindungen mit den Eisenbahnern und den Postangestellten. Ihre offiziellen Vertreter sind die Planson. Kann man denn ohne die Post und die Eisenbahnen siegen? ..."

Ja, ja, die Planson hier, die Liberdan dort. Welches Vertrauen brach-

ten ihnen die *Massen* entgegen? Haben wir nicht stets behauptet, daß diese Führer die *Massen* verraten? Haben sich denn die Massen nicht bei den Wahlen in Moskau wie bei den Wahlen zu den Sowjets von diesen Führern abgewandt, um zu *uns* zu stoßen? Oder hungert die Masse der Eisenbahner und Postangestellten nicht? Streikt sie nicht gegen die Regierung Kerenski und Co.?

„Und hatten wir vor dem 28. Februar Verbindungen mit diesen Verbänden?" fragte ein Genosse einen „Pessimisten". Dieser antwortete mit dem Hinweis darauf, daß die beiden Revolutionen nicht miteinander zu vergleichen seien. Aber dieser Hinweis *stärkt* nur die Position des Fragestellers. Denn gerade die Bolschewiki sind es, die tausendmal von der langen Vorbereitung der *proletarischen* Revolution *gegen die Bourgeoisie* gesprochen haben (und sie taten das nicht, um es am Vorabend des entscheidenden Moments zu vergessen). Gerade die *Lostrennung* der proletarischen Elemente der Massen von den kleinbürgerlichen und bürgerlichen Spitzen ist für das politische und wirtschaftliche Leben des Verbands der Post- und Telegrafenangestellten und des Eisenbahnerverbands kennzeichnend. Es handelt sich gar nicht darum, unbedingt von vornherein „Verbindungen" mit diesem oder jenem Verband sicherzustellen, es handelt sich darum, daß nur der Sieg des Aufstands des Proletariats und der Bauern die *Massen* im Heer der Eisenbahner und Post- und Telegrafenangestellten befriedigen *kann*.

„Petrograd hat Brot für zwei bis drei Tage. Werden wir den Aufständischen Brot geben können? . . ."

Eine der tausend skeptischen Bemerkungen (die Skeptiker können *immer* „zweifeln", und ihre Zweifel können nur durch die Erfahrung widerlegt werden), eines jener Argumente, mit denen man die eigene Schuld den anderen in die Schuhe schiebt.

Gerade die Rodsjanko und Co., gerade die Bourgeoisie bereiten die Hungersnot vor und spekulieren darauf, die Revolution durch den Hunger zu ersticken. Es gibt keine andere Rettung, und es *kann keine* andere Rettung vor dem Hunger geben als den Aufstand der Bauern gegen die Gutsbesitzer auf dem Lande und den Sieg der Arbeiter über die Kapitalisten in der Stadt und im Zentrum. Anders wird es *weder* möglich sein, das Getreide der Reichen trotz ihrer Sabotage zu erfassen und heran-

zuführen, *noch* den Widerstand der bestochenen Angestellten und der sich bereichernden Kapitalisten zu brechen, *noch* eine strenge Rechnungsführung zu organisieren. Das hat gerade die Geschichte der Versorgungsinstitutionen und der Versorgungsmühen der „Demokratie" bewiesen, die millionenmal über die Sabotage der Kapitalisten *klagte*, die *jammerte* und *flehentlich bat*.

Keine Macht in der Welt außer der Macht der siegreichen proletarischen Revolution ist imstande, von den Klagen, Bitten und Tränen zur *revolutionären Tat* überzugehen. Und je weiter die proletarische Revolution hinausgeschoben wird, je mehr die Ereignisse oder die Schwankungen der schwankenden und kopflos gewordenen Elemente sie verzögern, um so mehr Opfer wird sie fordern und um so schwieriger wird es werden, die Zufuhr und Verteilung des Getreides *in Gang zu bringen*.

Verzögerung des Aufstands bedeutet den Tod – das muß denjenigen gesagt werden, die den traurigen „Mut" haben, die wachsende Zerrüttung und den nahenden Hunger mit anzusehen und den Arbeitern vom Aufstand *abzuraten (das heißt, ihnen zu raten, abzuwarten, sich weiter auf die Bourgeoisie zu verlassen)*.

„Auch die Lage an der Front ist noch nicht gefährlich. Selbst wenn die Soldaten von sich aus einen Waffenstillstand schließen, so ist das noch kein Unglück ..."

Aber die Soldaten werden keinen Waffenstillstand schließen. Dazu bedarf es der Staatsmacht, die man ohne den Aufstand nicht erlangen kann. Die Soldaten werden einfach *davonlaufen*. Davon zeugen die Berichte von der Front. Man kann nicht weiter warten, ohne Gefahr zu laufen, das Komplott Rodsjankos mit Wilhelm zu fördern und den *völligen* Zerfall bei einer Massenflucht der Soldaten zu erleben, wenn sie *(die schon nahezu verzweifelt sind)* völlig verzweifeln und alles seinem Schicksal überlassen.

„Wenn wir aber die Macht ergreifen und weder einen Waffenstillstand noch einen demokratischen Frieden erlangen, so kann es passieren, daß die Soldaten den revolutionären Krieg nicht mitmachen. Was dann?"

Ein Argument, das den Ausspruch in Erinnerung bringt: Ein Narr kann zehnmal mehr Fragen stellen, als zehn Weise beantworten können.

Wir haben niemals die Schwierigkeiten der *Staatsmacht* im imperialistischen Krieg geleugnet, doch haben wir dessenungeachtet stets die Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft *propagiert*. Sollen wir jetzt, wo der Moment der Aktion gekommen ist, darauf verzichten??

Wir haben stets gesagt, daß die Diktatur des Proletariats in einem Lande gewaltige Veränderungen sowohl in der internationalen Lage wie in der Wirtschaft dieses Landes und in der Stellung und Stimmung der Armee erzeugt – und wir sollen jetzt all das „vergessen" und uns durch die „Schwierigkeiten" der Revolution einschüchtern lassen??

„Nach allen Berichten fehlt in den Massen die Stimmung, die sie auf die Straße treibt. Zu den Symptomen, die einen Pessimismus rechtfertigen, gehört auch, daß die Pogrom- und Schwarzhunderterpresse immer stärkere Verbreitung findet..."

Wenn man sich von der Bourgeoisie einschüchtern läßt, dann ist es natürlich, daß alle Gegenstände und Erscheinungen eine gelbe Farbe annehmen. Erstens ersetzt man das marxistische Kriterium der Bewegung durch ein intellektuell-impressionistisches, *an die Stelle* der politischen Einschätzung der Entwicklung des Klassenkampfes und des Ganges der Ereignisse im Maßstab des ganzen Landes, im internationalen Maßstab setzt man subjektive Eindrücke von Stimmungen. Daß die feste Linie der Partei, ihre unbeugsame Entschlossenheit *ebenfalls* ein *Faktor* der Stimmung, insbesondere in zugespitzten revolutionären Momenten ist, das vergißt man allerdings „gelegentlich". Manchmal kommt es sehr „gelegen", zu vergessen, daß verantwortliche Führer durch ihre Schwankungen und ihre Bereitwilligkeit, das zu verbrennen, was sie noch gestern anbeteten, die ungebührlichsten Schwankungen auch in die Stimmungen gewisser Schichten der Masse hineintragen.

Zweitens – und das ist im gegenwärtigen Augenblick die Hauptsache –, wenn sie von der Stimmung der Massen sprechen, vergessen charakterlose Leute hinzuzufügen,

daß „alle" die Stimmung als gespannt und abwartend schildern;

daß „alle" darin übereinstimmen, daß auf den Ruf der Sowjets und zum Schutz der Sowjets die Arbeiter wie ein Mann in Aktion treten würden;

daß „alle" darin übereinstimmen, daß die Arbeiter sehr ungehalten sind über die Unentschlossenheit der Zentren in der Frage des ent-

scheidenden „letzten Gefechts", dessen Unvermeidlichkeit klar erkannt wird;

daß „alle" einmütig die Stimmung der breitesten Massen als nahezu verzweifelt schildern und auf die Tatsache der gerade auf diesem Boden zunehmenden anarchistischen Tendenzen hinweisen;

daß „alle" ferner zugeben, daß unter den klassenbewußten Arbeitern eine ausgesprochene Abneigung wahrzunehmen ist, *nur* zu Demonstrationszwecken, *nur* zu Teilkämpfen auf die Straße zu gehen, denn in der Luft liegt das Herannahen nicht eines Teilkampfes, sondern der großen Schlacht; daß einzelne Streiks, Demonstrationen und Aktionen aussichtslos sind, ist in der Praxis erprobt und allen bewußt.

Und so weiter.

Gehen wir bei dieser Einschätzung der Stimmung der Massen aus von der ganzen Entwicklung des Klassenkampfes und des politischen Kampfes und vom ganzen Verlauf der Ereignisse während des halben Jahres unserer Revolution, so sehen wir deutlich, wie die von der Bourgeoisie eingeschüchterten Leute die Dinge entstellen. Die Dinge liegen eben nicht so wie vor dem 20. und 21. April, dem 9. Juni, dem 3. Juli, denn damals gab es eine *elementare Erregung*, die wir als Partei entweder nicht aufzufangen verstanden (20. April) oder zurückdämmten und zu einer friedlichen Demonstration gestalteten (9. Juni und 3. Juli). Denn wir wußten damals sehr gut, daß die Sowjets *noch* nicht in unseren Händen waren, daß die Bauern *noch* an den Weg der Liberdan-Tschernow und nicht an den bolschewistischen Weg (den Aufstand) glaubten, daß folglich die Mehrheit des Volkes nicht hinter uns stehen konnte, daß folglich der Aufstand verfrüht war.

Damals war in der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter die Frage des letzten Gefechts überhaupt noch *nicht* aufgetaucht; es gab keine einzige Parteikörperschaft, die diese Frage aufgeworfen hätte. Und in der breiten unaufgeklärten Masse bestand weder Zielstrebigkeit noch die Entschlossenheit der Verzweiflung, sondern eben nur eine elementare *Erregung* und die naive Hoffnung, durch eine einfache „Aktion", durch eine einfache Demonstration auf die Kerenski und die Bourgeoisie „einzuwirken".

Für den Aufstand braucht man nicht das, sondern die bewußte, feste und unbeugsame Entschlossenheit der klassenbewußten Elemente, sich

bis zuletzt zu schlagen. Dies einerseits. Anderseits bedarf es der angespannten, verzweifelten Stimmung der breiten Massen, die *fühlen*, daß durch Halbheiten nun nichts mehr zu retten ist, daß von „einwirken" nicht die Rede sein kann, daß die Hungernden „alles kurz und klein schlagen werden, ja sogar rein anarchistisch", *wenn* die Bolschewiki es nicht verstehen, sie im letzten Gefecht zu führen.

Gerade zu diesem Zusammentreffen der durch die Erfahrung gelehrten Zielstrebigkeit bei den Klassenbewußten mit einer der Verzweiflung nahen Stimmung des Hasses gegen die Aussperrer und Kapitalisten bei den breitesten Massen hat die Entwicklung der Revolution in der Tat *sowohl* unter den Arbeitern *als auch* unter den Bauern geführt.

Gerade auf diesem Boden wird auch der „Erfolg" der sich bolschewistisch gebärdenden Lumpen aus der Schwarzhunderterpresse verständlich. Daß die Schwarzhunderter der nahenden Entscheidungsschlacht zwischen Bourgeoisie und Proletariat schadenfroh entgegensehen, das ist nichts Neues, das ist bisher ausnahmslos in allen Revolutionen so gewesen, das ist absolut unvermeidlich. Läßt man sich *dadurch* bange machen, so muß man nicht nur auf den Aufstand, sondern auch auf die proletarische Revolution überhaupt verzichten. Denn in der kapitalistischen Gesellschaft kann es *kein* Anwachsen dieser Revolution geben, das *nicht* von der Schadenfreude der Schwarzhunderter und ihrer Hoffnung begleitet wäre, dabei für sich etwas herauszuschlagen.

Die klassenbewußten Arbeiter wissen wohl, daß die Schwarzhunderter Hand in Hand mit der Bourgeoisie arbeiten und daß der entscheidende Sieg der Arbeiter (an den die Kleinbürger nicht glauben, den die Kapitalisten fürchten, den die Schwarzhunderter mitunter, überzeugt, daß die Bolschewiki die Macht nicht behaupten werden, aus Schadenfreude herbeiwünschen) – daß dieser Sieg die Schwarzhunderter *zerschmettern* wird, daß die Bolschewiki es *verstehen werden*, die Macht mit fester Hand und zum größten Nutzen für die ganze vom Kriege gequälte und gemarterte Menschheit zu behaupten.

In der Tat, wer kann bei klarem Verstand daran zweifeln, daß die *Rodsjanko* und Suworin Hand in Hand arbeiten? daß sie die Rollen untereinander verteilt haben?

Haben denn die Tatsachen nicht bewiesen, daß Kerenski auf Bestellung Rodsjankos arbeitet und daß die „Staatsdruckerei der Russischen Repu-

blik" (wer lacht da?) auf Staatskosten die Schwarzhunderterreden der Schwarzhunderter aus der „Reichsduma" druckt? Haben denn nicht *sogar* die vor „ihrem Mann" kriechenden Lakaien vom „Delo Naroda" diese Tatsache enthüllt? Haben denn die Erfahrungen *aller* Wahlen nicht bewiesen, daß das „Nowoje Wremja"[53], diese käufliche, den Interessen der zaristischen Gutsbesitzer dienende Zeitung, die Wahllisten der Kadetten voll und ganz unterstützt?

Haben wir nicht erst gestern gelesen, daß das Handels- und Industriekapital (das parteilose natürlich, oh, selbstverständlich das parteilose, denn die Wichljajew und Rakitnikow, die Gwosdew und Nikitin koalieren sich nicht mit den Kadetten, Gott bewahre, sondern mit den *parteilosen* Handels- und Industriekreisen!) den Kadetten 300 000 Rubel ausgeworfen hat?

Die ganze Schwarzhunderterpresse ist, betrachtet man die Dinge vom klassenmäßigen und nicht vom sentimentalen Standpunkt, eine *Filiale* der Firma „Rjabuschinski, Miljukow und Co.". Das Kapital kauft sich einerseits die Miljukow, Saslawski, Potressow und so weiter und anderseits die Schwarzhunderter.

Es gibt kein anderes Mittel, dieser widerwärtigen Volksverseuchung mit dem Gift der billigen Schwarzhunderterpest ein Ende zu bereiten, als den *Sieg des Proletariats.*

Und kann man sich darüber wundern, daß die vom Hunger und durch den verlängerten Krieg gequälte und gemarterte Masse nach dem Gift der Schwarzhunderter „greift"? Kann man sich eine kapitalistische Gesellschaft am Vorabend des Zusammenbruchs *ohne* die Verzweiflung der unterdrückten Massen vorstellen? Und *muß* nicht die Verzweiflung der Massen, unter denen die Unwissenheit groß ist, zum Ausdruck kommen im gesteigerten Absatz eines jeden Giftes?

Nein, aussichtslos ist die Stellung jener, die, indem sie von der Stimmung der Massen reden, ihre persönliche Charakterlosigkeit auf die Massen abwälzen wollen. Die Massen lassen sich einteilen in bewußt Abwartende und in Menschen, die unbewußt der Verzweiflung verfallen, doch die Massen der Unterdrückten und der Hungernden sind *nicht* charakterlos.

„Eine marxistische Partei kann anderseits die Frage des Aufstands nicht auf eine militärische Verschwörung reduzieren ..."

Der Marxismus ist eine außerordentlich tiefe und vielseitige Lehre. Kein Wunder darum, daß *Bruchstücke* von Marx-Zitaten – besonders wenn sie an *un*passender Stelle angeführt werden – stets unter den „Argumenten" derer anzutreffen sind, die mit dem Marxismus brechen. Eine militärische Verschwörung ist Blanquismus, *wenn* sie nicht von der Partei einer bestimmten Klasse organisiert wird, *wenn* ihre Urheber das politische Moment im allgemeinen und das internationale im besonderen nicht berücksichtigt haben, *wenn* diese Partei nicht die durch objektive Tatsachen bewiesene Sympathie der Mehrheit des Volkes genießt, *wenn* die Entwicklung der revolutionären Ereignisse nicht zur praktischen Widerlegung der kompromißlerischen Illusionen des Kleinbürgertums geführt hat, *wenn* die Mehrheit der als „bevollmächtigt" anerkannten oder sonstwie wirksam gewordenen Organe des revolutionären Kampfes in der Art der „Sowjets" nicht erobert ist, *wenn* in der Armee (in Kriegszeiten) nicht eine völlig ausgereifte Stimmung gegen die Regierung vorhanden ist, die den ungerechten Krieg entgegen dem Willen des Volkes in die Länge zieht, *wenn* die Losungen des Aufstands (wie „Alle Macht den Sowjets", „Das Land den Bauern", „Sofortiges Angebot eines demokratischen Friedens an alle kriegführenden Völker, zugleich unverzügliche Aufhebung der Geheimverträge und Abschaffung der Geheimdiplomatie" usw.) nicht die größte Verbreitung gefunden und größte Popularität gewonnen haben, *wenn* die fortgeschrittenen Arbeiter nicht von der verzweifelten Lage der Massen überzeugt und nicht der Unterstützung der Landbevölkerung sicher sind, einer Unterstützung, die zum Ausdruck kommt in einer ernsthaften Bauernbewegung oder in Erhebungen gegen die Gutsbesitzer und die diese schützende Regierung, *wenn* die wirtschaftliche Lage des Landes die begründete Hoffnung auf eine glückliche Überwindung der Krise durch friedliche und parlamentarische Mittel bietet.

Das genügt wohl?

In meiner Broschüre „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?" (ich hoffe, sie wird schon in diesen Tagen erscheinen) habe ich ein Marx-Zitat angeführt, das sich wirklich auf die Frage des Aufstands bezieht und die Merkmale des Aufstands als „Kunst" bestimmt.*

* Siehe den vorliegenden Band, S. 117. *Die Red.*

Ich möchte wetten, daß die Maulhelden, die jetzt in Rußland gegen die militärische Verschwörung wettern, wenn man sie auffordern würde, den Mund aufzumachen und zu erklären, welcher Unterschied besteht zwischen der „Kunst" des bewaffneten Aufstands und der verwerflichen militärischen Verschwörung, entweder das oben Gesagte wiederholen oder sich blamieren und das allgemeine Gelächter der Arbeiter hervorrufen würden. Versucht es doch einmal, verehrte Auch-Marxisten! Singt uns ein Lied *gegen* die „militärische Verschwörung"!

NACHWORT

Vorstehende Zeilen waren bereits niedergeschrieben, als ich Dienstag um 8 Uhr abends die Petrograder Morgenzeitungen mit dem Artikel des Herrn W. Basarow in der „Nowaja Shisn" erhielt. Herr W. Basarow behauptet, daß „in der Stadt ein handschriftliches Flugblatt zirkuliert, das sich im Namen zweier prominenter Bolschewiki gegen die Aktion ausspricht".

Wenn das wahr ist, so bitte ich die Genossen, in deren Hände dieser Brief frühestens Mittwoch mittag gelangen kann, *ihn* möglichst schnell *drucken* zu lassen.

Er wurde nicht für den Druck geschrieben, sondern nur zur brieflichen Aussprache mit Parteimitgliedern. Wenn aber die nicht zur Partei gehörenden und von der Partei wegen ihrer erbärmlichen Charakterlosigkeit tausendmal verspotteten Helden von der „Nowaja Shisn" (die vorgestern für die Bolschewiki und gestern für die Menschewiki stimmten und sie auf dem weltberühmten Vereinigungskongreß *beinahe* vereinigt hätten) – wenn solche Individuen von Mitgliedern unserer Partei, die gegen den Aufstand agitieren, ein *Flugblatt* erhalten, so darf man nicht schweigen. Man muß auch *für* den Aufstand agitieren. Mögen die Anonymen endgültig ans Tageslicht treten und die wohlverdiente Strafe für ihr schändliches Schwanken erhalten, und sei es auch nur in Form des Gelächters aller klassenbewußten Arbeiter. Ich habe bis zum Abgang dieses Schreibens nach Petrograd nur eine Stunde Zeit, und so möchte ich nur in wenigen Worten eine „Methode" der traurigen Helden der kopflosen „Nowaja-Shisn"-Clique festhalten. Herr W. Basarow versucht, gegen Gen. Rjasanow zu polemisieren, der gesagt hat, und zwar tausendmal

richtig gesagt hat, daß „den Aufstand alle die vorbereiten, die in den Massen eine Stimmung der Verzweiflung und der Indifferenz erzeugen".

Der traurige Held einer traurigen Sache „entgegnet":

„Haben denn Verzweiflung und Indifferenz jemals gesiegt?"

Oh, die erbärmlichen Einfaltspinsel von der „Nowaja Shisn"! Sie kennen in der Geschichte *solche* Beispiele von Aufständen, wo die Massen der unterdrückten Klassen im verzweifelten Kampf siegten, ohne durch lange Leiden und die äußerste Verschärfung von Krisen jeder Art an den Rand der Verzweiflung getrieben worden zu sein? Wann waren denn diese Massen nicht erfaßt von Indifferenz (Gleichgültigkeit) gegen die verschiedenen lakaienhaften Vorparlamente, gegen die leere Revolutionsspielerei, gegen das Herabwürdigen der Sowjets von Organen der Macht und des Aufstands zu leeren Schwatzbuden durch die Liberdan?

Oder haben vielleicht die erbärmlichen Einfaltspinsel von der „Nowaja Shisn" bei den Massen *Gleichgültigkeit* entdeckt ... gegen die Brotfrage? gegen die Verlängerung des Krieges? gegen die Übergabe des Bodens an die Bauern?

N. Lenin

Geschrieben am 17. (30.) Oktober 1917.
Veröffentlicht am 1., 2. und 3. November (19., 20. und 21. Oktober) 1917 im „Rabotschi Put" Nr. 40, 41 und 42.

Nach dem Text des „Rabotschi Put".

BRIEF AN DIE MITGLIEDER DER PARTEI DER BOLSCHEWIKI[54]

Genossen! Es war mir nicht möglich, die Petrograder Zeitungen vom Mittwoch, dem 18. Oktober, zu bekommen. Als man mir telefonisch den vollständigen Text der Erklärung Kamenews und Sinowjews übermittelte, die in dem außerparteilichen Blatt „Nowaja Shisn" veröffentlicht wurde, sträubte ich mich, es zu glauben. Zweifel sind jedoch unmöglich, und ich bin gezwungen, die Gelegenheit wahrzunehmen, diesen Brief den Parteimitgliedern bis Donnerstag abend oder Freitag früh zukommen zu lassen, denn es wäre ein Verbrechen, angesichts der Tatsache eines so unerhörten *Streikbrechertums* zu schweigen.

Je ernster die praktische Frage, je verantwortlicher – und je „prominenter" die Leute, die einen Streikbruch begehen, um so gefährlicher ist er, um so entschlossener muß man die Streikbrecher hinauswerfen, um so unverzeihlicher wäre es, etwa wegen früherer „Verdienste" des Streikbrechers zu schwanken.

Man bedenke nur! In Parteikreisen ist bekannt, daß die Partei seit September die Frage des Aufstands erörtert. Niemand hat je etwas von einem einzigen Brief oder Schreiben eines der Genannten gehört! Jetzt, sozusagen am Vorabend des Sowjetkongresses, treten zwei prominente Bolschewiki *gegen* die Mehrheit und somit offenkundig *gegen das ZK* auf. Das wird nicht offen gesagt, und dadurch wird der Schaden für die Sache noch größer, denn in Andeutungen zu sprechen ist noch gefährlicher.

Aus dem Wortlaut der Erklärung Kamenews und Sinowjews geht ganz klar hervor, daß sie sich gegen das ZK wenden, sonst wäre ihre Erklärung sinnlos; aber *welchen* Beschluß des ZK sie anfechten, wird nicht gesagt. Warum?

Es ist klar: weil das ZK diesen Beschluß nicht veröffentlicht hat.

Was ergibt sich also?

In der allerwichtigsten Kampffrage greifen am Vorabend des kritischen Tages, des 20. Oktober, zwei „prominente Bolschewiki" einen *unveröffentlichen* Beschluß der Parteizentrale in einem *außerparteilichen* Presseorgan an, und noch dazu in einer Zeitung, die in dieser Frage *Hand in Hand mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterpartei* geht!

Das ist ja tausendmal niederträchtiger und *millionenmal schädlicher* als alle Äußerungen z. B. sogar Plechanows in der außerparteilichen Presse in den Jahren 1906/1907, die von der Partei so scharf verurteilt wurden! Damals handelte es sich schließlich nur um die Wahlen, während es jetzt um den Aufstand zur Eroberung der Macht geht!

In einer solchen Frage, *nach* Beschlußfassung der Zentrale, diesen *unveröffentlichten* Beschluß vor den Rodsjanko und Kerenski, in einem außerparteilichen Blatt, anfechten – kann man sich ein schlimmeres verräterisches, streikbrecherisches Verhalten vorstellen?

Ich würde es als eigene Schmach ansehen, wollte ich aus Rücksicht auf meine früheren engen Beziehungen zu diesen ehemaligen Genossen schwanken, sie zu verurteilen. Ich sage offen, daß ich beide nicht mehr als Genossen betrachte und mit aller Kraft sowohl im ZK als auch auf dem Parteitag für den Ausschluß der beiden aus der Partei kämpfen werde.

Denn eine Arbeiterpartei, die durch das Leben selbst immer häufiger unmittelbar vor den Aufstand gestellt wird, ist nicht imstande, diese schwere Aufgabe zu lösen, wenn unveröffentlichte Beschlüsse der Zentrale, nach ihrer Annahme, in der außerparteilichen Presse angefochten und Schwankungen und Verwirrung in die Reihen der Kämpfer hineingetragen werden.

Mögen die Herren Sinowjew und Kamenew mit einigen Dutzend Leuten, die den Kopf verloren haben, oder mit Kandidaten für die Konstituierende Versammlung ihre eigene Partei gründen. Arbeiter werden einer solchen Partei nicht beitreten, denn die erste Losung dieser Partei wird lauten:

> „ZK-Mitgliedern, die in der Frage des Entscheidungskampfes in der Sitzung des ZK niedergestimmt werden, ist es gestattet, sich der außerparteilichen Presse zu bedienen, um unveröffentlichte Parteibeschlüsse anzugreifen."

Mögen sie sich eine *solche* Partei aufbauen; unsere bolschewistische Arbeiterpartei wird dadurch nur gewinnen.

Wenn alle Dokumente veröffentlicht sein werden, wird der Streikbruch Sinowjews und Kamenews noch viel klarer zutage treten. Inzwischen mögen die Arbeiter sich folgende Frage stellen:

„Nehmen wir an, der Vorstand des Gesamtrussischen Gewerkschaftsbundes hätte nach einmonatiger Beratung und mit einer Mehrheit von über 80 Prozent beschlossen, einen Streik vorzubereiten, über den Zeitpunkt aber und über andere Umstände einstweilen nichts zu veröffentlichen. Nehmen wir an, zwei Mitglieder würden, unter dem Vorwand einer ‚besonderen Meinung', *nach* dem Beschluß nicht nur Briefe an die Ortsgruppen richten, in denen sie die Revision des Beschlusses fordern, sondern auch die Veröffentlichung ihrer Briefe in der *außer*parteilichen Presse zulassen. Nehmen wir endlich an, sie würden auch selber den Beschluß in der außerparteilichen Presse angreifen, obwohl er noch nicht veröffentlicht ist, und den Streik vor den Kapitalisten schmähen.

Es fragt sich, würden die Arbeiter schwanken, solche Streikbrecher aus ihren Reihen auszustoßen?"

*

Was die Frage des Aufstands jetzt, so kurz vor dem 20. Oktober, betrifft, so kann ich aus der Ferne nicht beurteilen, wie weit die Sache durch dieses streikbrecherische Auftreten in der außerparteilichen Presse verdorben wurde. Ohne Zweifel ist *praktisch* ein sehr großer Schaden angerichtet worden. Um die Sache wiedergutzumachen, muß vor allem die Einheit der bolschewistischen Front durch Ausschluß der Streikbrecher wiederhergestellt werden.

Die Schwäche der ideologischen Argumente gegen den Aufstand wird um so klarer, je mehr wir sie ans Tageslicht ziehen. Ich habe dieser Tage einen Artikel darüber an den „Rabotschi Put" geschickt, und wenn die Redaktion es nicht für möglich halten sollte, diesen Artikel zu bringen, werden ihn die Parteimitglieder wahrscheinlich im Manuskript kennenlernen.*

Diese mit Verlaub zu sagen „ideologischen" Argumente lassen sich auf

* Siehe den vorliegenden Band, S. 182–203. *Die Red.*

zwei zurückführen. Erstens: das „Abwarten" der Konstituierenden Versammlung. Warten wir ab, vielleicht können wir die Sache noch hinziehen. Das ist das ganze Argument. Vielleicht können wir ungeachtet des Hungers und der Zerrüttung, obwohl die Geduld der Soldaten erschöpft ist, ungeachtet der Rodsjankoschen Schritte zur Auslieferung Petrograds an die Deutschen, ungeachtet der Aussperrungen die Sache noch hinziehen.

„Vielleicht" und „mag sein", darin liegt die ganze Kraft des Arguments.

Zweitens: ein hysterischer Pessimismus. Bei der Bourgeoisie und bei Kerenski steht alles ausgezeichnet, bei uns dagegen alles schlecht. Bei den Kapitalisten ist alles großartig vorbereitet, bei den Arbeitern dagegen alles schlecht. Die „Pessimisten" in bezug auf die militärische Seite der Sache schreien aus vollem Halse, während die „Optimisten" schweigen, denn außer Streikbrechern wird wohl kaum jemand daran Gefallen finden, gewisse Dinge vor Rodsjanko und Kerenski aufzudecken.

Eine schwere Zeit. Eine schwere Aufgabe. Ein schwerer Verrat.

Und trotzdem wird die Aufgabe gelöst werden, die Arbeiter werden sich zusammenschließen, der Bauernaufstand und die äußerste Ungeduld der Soldaten an der Front werden das Ihre tun! Schließen wir die Reihen enger – das Proletariat muß siegen!

N. Lenin

Geschrieben am 18. (31.) Oktober 1917.
Zuerst veröffentlicht am 1. November 1927 in der „Prawda" Nr. 250.

Nach dem Manuskript.

DIE AUFGABEN UNSERER PARTEI IN DER INTERNATIONALE

(Anläßlich der III. Konferenz der Zimmerwalder[55])

In Nr. 22 des „Rabotschi Put" vom 28. September wurde das Manifest der III. Konferenz der Zimmerwalder abgedruckt. Wenn wir uns nicht irren, so wurde es nur noch in der Zeitung der internationalistischen Menschewiki, der „Iskra"[56], in Nr. 1 vom 26. September, veröffentlicht, unter Hinzufügung ganz kurzer Angaben über die Zusammensetzung der III. Konferenz der Zimmerwalder und ihren Zeitpunkt (20.–27. August neuen Stils); in anderen Zeitungen erschienen weder das Manifest noch irgendwelche ausführlichen Meldungen über die Konferenz.

Wir verfügen jetzt über einiges Material über diese Konferenz, bestehend aus einem Artikel in der Zeitung der schwedischen linken Sozialdemokraten, der „Politiken" (dieser Artikel erschien in Übersetzung im Organ der finnischen sozialdemokratischen Partei „Työmies")[57], und aus zwei schriftlichen Mitteilungen, Mitteilungen eines polnischen und eines russischen Genossen, die an der Konferenz teilgenommen haben. Wir wollen vorerst, auf Grund dieser Nachrichten, über die Konferenz im allgemeinen berichten, um dann zu ihrer Einschätzung und zur Einschätzung der Aufgaben unserer Partei überzugehen.

I

Auf der Konferenz waren Vertreter der folgenden Parteien und Gruppen anwesend: 1. der deutschen „unabhängigen" sozialdemokratischen Partei („Kautskyaner"); 2. der schweizerischen Partei; 3. der schwedischen *linken* Partei (die bekanntlich jede Verbindung mit der opportuni-

stischen Partei Brantings abgebrochen hat); 4. der Norweger und 5. der Dänen (aus unserem Material ist nicht ersichtlich, ob es sich um die offizielle, opportunistische dänische Partei mit Minister Stauning an der Spitze handelt); 6. der finnischen sozialdemokratischen Partei; 7. der Rumänen; 8. der SDAPR (Bolschewiki); 9. der SDAPR (Menschewiki) (Panin hatte mit der Begründung, die Konferenz sei eine nur unvollständige Vertretung, schriftlich erklärt, er werde nicht teilnehmen; Axelrod dagegen kam zeitweise zu den Sitzungen, *unterschrieb jedoch nicht das Manifest*); 10. der internationalistischen Menschewiki; 11. der amerikanischen Gruppe „christlicher internationalistischer Sozialisten" (?); 12. der amerikanischen „Gruppe für sozialdemokratische Propaganda" (allem Anschein nach ist das dieselbe Gruppe, die in meiner Broschüre „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution (Entwurf einer Plattform der proletarischen Partei)", S. 24*, erwähnt wird, denn eben diese Gruppe begann im Januar 1917 die Zeitung „The Internationalist" herauszugeben); 13. der durch den „Landesvorstand" vereinigten polnischen Sozialdemokraten; 14. der österreichischen Opposition („Karl-Marx-Klub", der von der österreichischen Regierung nach der Tötung Stürgkhs durch Friedrich Adler aufgelöst wurde; diesen Klub erwähne ich in derselben Broschüre auf S. 25**); 15. der bulgarischen „unabhängigen Gewerkschaftsverbände" (die, wie der Autor des in meinem Besitz befindlichen Briefes hinzufügt, nicht zu den „Tesnjaki" [„Engherzigen"], d. h. zur linken, internationalistischen bulgarischen Partei, sondern zu den „Weitherzigen", d. h. zur opportunistischen bulgarischen Partei gehören); dieser Vertreter traf, wie auch die Vertreter der (16.) serbischen Partei, erst nach Schluß der Konferenz ein.

Von diesen 16 Parteien und Gruppen gehören zu jener „dritten" Strömung, von der die Resolution unserer Konferenz vom 24.–29. April 1917 spricht (und meine Broschüre, S. 23***, wo diese Strömung als Strömung der „wirklichen Internationalisten" bezeichnet wird), die Nummern 3, 8, 12, 13 und 14; näher zu dieser „linken" Strömung, oder zwischen ihr und dem „Zentrum" der Kautskyaner, stehen dann die Gruppen 4 und 16, obzwar es schwer ist, ihre Position genau zu bestimmen – möglicherweise

* Siehe Werke, Bd. 24, S. 64. *Die Red.*
** Siehe ebenda, S. 65. *Die Red.*
*** Siehe ebenda, S. 63–65. *Die Red.*

gehören sie auch zum „Zentrum". Weiter gehören die Gruppen 1, wahrscheinlich 2, 6 und 7, die Gruppe 10 und wahrscheinlich 15 zum kautskyanischen „Zentrum". Die Gruppen 5 (wenn es die Partei Staunings ist) und 9 sind Vaterlandsverteidiger, Ministerialisten, Sozialchauvinisten. Schließlich die offenbar vollständig zufällige Gruppe 11.

Hieraus ist ersichtlich, daß die Zusammensetzung der Konferenz äußerst bunt, ja sogar unsinnig war, denn es fanden sich Leute zusammen, die sich *im Grundlegenden nicht* einig und daher *unfähig* sind, wirklich einmütig, wirklich gemeinsam zu handeln, Leute, die in der *Grund*richtung ihrer Politik unvermeidlich auseinandergehen müssen. Natürlich sind die „Frucht" der „Zusammenarbeit" solcher Leute entweder Zank und „Tratsch" oder aber Kautschuk- und Kompromißresolutionen, die geschrieben werden, um die Wahrheit zu verbergen. Beispiele und Beweise dafür werden wir sogleich sehen . . .*

Geschrieben nach dem 28. September (11. Oktober) 1917.
Zuerst veröffentlicht 1928 im Lenin-Sammelband VII.

Nach dem Manuskript.

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

BRIEF AN DAS ZENTRALKOMITEE DER SDAPR(B)

Werte Genossen!

Eine Partei, die sich selbst achtet, kann keinen Streikbruch und keine Streikbrecher in ihrer Mitte dulden. Das liegt auf der Hand. Je mehr man aber über das Auftreten Sinowjews und Kamenews in der außerparteilichen Presse nachdenkt, um so unbestreitbarer wird es, daß ihre Handlungsweise den vollendeten Tatbestand des Streikbruchs darstellt. Der Winkelzug Kamenews in der Sitzung des Petrograder Sowjets ist geradezu niederträchtig. Er ist, sagt er, ganz mit Trotzki einverstanden. Aber ist es denn schwer zu begreifen, daß Trotzki vor den Feinden mehr zu sagen *nicht* das Recht hatte, nicht mehr sagen *konnte*, nicht mehr sagen durfte, als er gesagt hat. Ist es denn schwer zu begreifen, daß die Partei, die den *eigenen* Beschluß (über die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands, über seine völlige Reife, seine allseitige Vorbereitung usw.) vor dem Feinde geheimhält, die *Pflicht* hat, daß dieser Beschluß sie dazu *verpflichtet*, in öffentlichen Äußerungen nicht nur die „Schuld", sondern auch die Initiative auf den Gegner abzuwälzen. Nur Kinder könnten das nicht begreifen. Der Winkelzug Kamenews ist einfach eine Gaunerei. Dasselbe muß über den Winkelzug Sinowjews gesagt werden. Zumindest über seinen „Rechtfertigungs"brief (an das Zentralorgan, wie es scheint); und nur diesen Brief habe ich gesehen (denn die besondere Meinung, die angebliche besondere Meinung, über die die *bürgerliche* Presse aus vollem Halse schreit, habe ich, ein Mitglied des ZK, *bisher* noch nicht gesehen). Einige der „Argumente" Sinowjews: Lenin hat seine Briefe „*vor* der Annahme irgendwelcher Beschlüsse" verschickt, und ihr habt nicht protestiert. Das schreibt Sinowjew buchstäblich und unterstreicht selber das

Wort *vor* viermal. Ist es denn schwer zu begreifen, daß man, *bevor* in der Zentrale der Streik beschlossen ist, sowohl für wie gegen den Streik agitieren darf, daß es aber Streikbruch ist, *nachdem* der Streik beschlossen wurde (nach dem zusätzlichen Beschluß, dies vor dem Feind geheimzuhalten), gegen den Streik zu agitieren? Jeder Arbeiter wird das begreifen. Die Frage des bewaffneten Aufstands wurde in der Zentrale seit September erörtert. Damals eben hätten Sinowjew und Kamenew schriftlich auftreten können und *müssen*, damit *alle* ihre Argumente kennenlernen, damit sich *alle* von ihrer völligen Kopflosigkeit überzeugen. Wer *vor* der Beschlußfassung einen ganzen Monat lang seine Ansichten vor der Partei verbirgt und *nach* der Beschlußfassung seine besondere Meinung verschickt, ist ein Streikbrecher.

Sinowjew stellt sich so, als verstünde er diesen Unterschied nicht, als verstünde er nicht, daß nach dem Beschluß über den Streik, dem Beschluß der Zentrale, nur Streikbrecher bei den unteren Instanzen gegen diesen Beschluß agitieren können. Jeder Arbeiter wird das begreifen.

Sinowjew aber hat gerade sowohl in der Versammlung am Sonntag, wo er und Kamenew keine einzige Stimme erhalten haben, wie in seinem jetzigen Brief gegen den Beschluß der Zentrale agitiert und ihm entgegengewirkt. Denn Sinowjew hat die Schamlosigkeit, zu behaupten, daß „die Partei nicht befragt" worden sei und daß solche Fragen „nicht von zehn Leuten entschieden werden können". Man bedenke nur. Alle ZK-Mitglieder wissen, daß bei der entscheidenden Sitzung mehr als zehn Mitglieder des ZK zugegen waren, daß die *Mehrheit des Plenums* anwesend war, daß Kamenew selber in dieser Versammlung erklärte: „Diese Versammlung ist entscheidend", daß man von den abwesenden Mitgliedern des ZK ganz genau wußte, daß *die meisten* mit Sinowjew und Kamenew *nicht einverstanden* sind. Jetzt aber, *nach* der Beschlußfassung des ZK in einer auch von Kamenew als *entscheidend* bezeichneten Sitzung, hat ein Mitglied des ZK die Frechheit, zu schreiben: „Die Partei ist nicht befragt worden", „solche Fragen können nicht von zehn Leuten entschieden werden"; das ist der vollendete Tatbestand des Streikbruchs. Bis zum Parteitag entscheidet das ZK. Das ZK hat entschieden. Kamenew und Sinowjew, die *vor* dem Beschluß nicht schriftlich hervorgetreten waren, begannen den Beschluß des ZK *anzufechten, nachdem* er gefaßt war.

Das ist der vollendete Tatbestand des Streikbruchs. Nach Annahme des Beschlusses ist es absolut *unzulässig*, ihn anzufechten, sobald es sich um die unverzügliche und *geheime* Vorbereitung des Streiks handelt. Sinowjew hat die Frechheit, es jetzt *uns* in die Schuhe zu schieben, „den Feind gewarnt" zu haben. Wo ist da die Grenze der Schamlosigkeit? Wer hat denn in Wirklichkeit die Sache verdorben, wer hat den Streik dadurch hintertrieben, daß der „Feind gewarnt" wurde, wenn nicht die Leute, die in der *außerparteilichen* Presse aufgetreten sind?

In einer Zeitung, die in *dieser* Frage mit der ganzen Bourgeoisie zusammengeht, *gegen* einen „entscheidenden" Beschluß der Partei auftreten!

Wenn das geduldet wird, dann ist die Partei unmöglich, dann ist die Partei zerschlagen.

Das, was Basarow erfährt und in einer außerparteilichen Zeitung bringt, als „besondere Meinung" bezeichnen – das heißt die Partei verhöhnen.

Das Auftreten Kamenews und Sinowjews in der außerparteilichen Presse war auch noch darum besonders niederträchtig, weil die Partei ihre *verlogene Denunziation* nicht offen widerlegen kann: Ich kenne die Beschlüsse über den Zeitpunkt nicht, schreibt und druckt Kamenew in eigenem und in Sinowjews Namen. (Sinowjew ist für das ganze Verhalten und Vorgehen Kamenews nach einer solchen Erklärung voll verantwortlich.)

Wie kann das ZK das widerlegen?

Wir können vor den Kapitalisten nicht die Wahrheit sagen, wir können nicht sagen, daß wir den Streik *beschlossen* haben und daß wir beschlossen haben, die *Wahl des Zeitpunkts* für den Streikbeginn *geheimzuhalten*.

Wir können die verlogene Denunziation Sinowjews und Kamenews nicht widerlegen, *ohne der Sache noch mehr zu schaden*. Darin besteht ja eben die maßlose Niedertracht, der tatsächliche Verrat dieser beiden Personen, daß sie den Plan der Streikenden an die Kapitalisten verraten haben, denn da wir in der Presse schweigen, errät jeder, *wie* die Sache steht.

Kamenew und Sinowjew haben an Rodsjanko und Kerenski den Beschluß des ZK ihrer Partei über den bewaffneten Aufstand, darüber, die

Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand und die Wahl des Zeitpunkts für den bewaffneten Aufstand vor dem Feinde geheimzuhalten, *verraten*. Das ist eine Tatsache. Keinerlei Winkelzüge können diese Tatsache aus der Welt schaffen. Zwei Mitglieder des ZK haben durch eine verlogene Denunziation die Beschlüsse der Arbeiter an die Kapitalisten *verraten*. Die Antwort darauf kann und darf nur *eine* sein – der sofortige Beschluß des ZK:

„Das ZK stellt fest, daß das Auftreten Sinowjews und Kamenews in der außerparteilichen Presse den vollendeten Tatbestand des Streikbruchs darstellt, und schließt beide aus der Partei aus."

Es fällt mir nicht leicht, dies über Genossen zu schreiben, die mir früher nahestanden, aber ein Schwanken würde ich hier für ein Verbrechen halten, denn anders ist eine Partei von Revolutionären, die prominente Streikbrecher nicht bestraft, *verloren*.

Die Frage des bewaffneten Aufstands, selbst wenn er durch die Streikbrecher, die die Sache an Rodsjanko und Kerenski verrieten, auf lange Zeit hinausgeschoben sein sollte, ist nicht von der Tagesordnung *abgesetzt*, durch die Partei nicht abgesetzt. Wie kann man sich aber zum bewaffneten Aufstand rüsten und ihn vorbereiten, wenn man in seiner Mitte „prominente" Streikbrecher *duldet*? Je „prominenter" sie sind, desto *gefährlicher* sind sie, desto weniger ist es zulässig zu „verzeihen". On n'est trahi que par les siens, wie die Franzosen sagen. Zum Verräter kann nur ein Mensch *aus den eigenen Reihen* werden.

Je *„prominenter"* die Streikbrecher, desto unerläßlicher ist es, sie sofort mit dem Ausschluß zu bestrafen.

Nur so kann eine Gesundung der Arbeiterpartei erreicht werden, nur so kann man sich von dem Dutzend charakterloser Intelligenzler befreien, kann man, die Reihen der Revolutionäre fester schließend, den großen und größten Schwierigkeiten die Stirn bieten und *mit den revolutionären Arbeitern* marschieren.

Wir können die Wahrheit nicht veröffentlichen: daß Sinowjew und Kamenew *nach* der entscheidenden Sitzung des ZK die Frechheit hatten, in der Versammlung am Sonntag eine *Revision* zu verlangen, daß Kamenew schamlos schrie: „Das ZK hat Schiffbruch erlitten, denn es hat in der ganzen Woche nichts getan" (ich konnte das *nicht* widerlegen, denn es durfte nicht gesagt werden, *was getan worden ist*), und daß Sinowjew

mit einer Unschuldsmiene die von der Versammlung abgelehnte Resolution vorschlug: „Bis zur Beratung mit den am 20. zum Sowjetkongreß eintreffenden Bolschewiki keine Aktion zu beginnen."

Man bedenke nur: Nachdem die *Zentrale* die Frage des Streiks entschieden hat, der Versammlung der unteren Parteiorganisationen vorzuschlagen, die Frage aufzuschieben und (bis zum Kongreß am 20., der Kongreß aber wurde dann aufgeschoben ... Die Sinowjew glauben den Liberdan) einem *solchen* Kollegium zu übertragen, das im Parteistatut nicht vorgesehen ist, das dem ZK *nicht* übergeordnet ist, das Petrograd *nicht* kennt.

Und nach alledem hat Sinowjew noch die Frechheit, zu schreiben: „So wird die Einheit der Partei wohl kaum gefestigt."

Man versuche das anders zu nennen als eine Drohung mit der Spaltung.

Ich antworte auf diese Drohung, daß ich bis ans Ende gehen werde, daß ich mir die Redefreiheit vor den Arbeitern verschaffen und *um jeden Preis* den Streikbrecher Sinowjew als Streikbrecher brandmarken werde. Auf die Drohung mit der Spaltung antworte ich mit der Erklärung des Krieges bis ans Ende, bis zum Ausschluß beider Streikbrecher aus der Partei.

Der Vorstand einer Gewerkschaft hat nach *monatelangen* Debatten beschlossen: Der Streik ist unvermeidlich und reif, den Zeitpunkt wollen wir vor den Unternehmern geheimhalten. Danach wenden sich zwei Mitglieder des Vorstandes *an die unteren* Organisationen, um diesen Beschluß anzufechten, und erleiden eine Schlappe. Dann treten die beiden vor den Augen der Kapitalisten in der Presse auf und verraten durch eine verlogene Denunziation den Beschluß des Vorstandes, vereiteln dadurch den Streik zur guten Hälfte oder verzögern ihn bis zu einem ungünstigeren Zeitpunkt und warnen den Feind.

Das ist der vollendete Tatbestand des Streikbruchs. Darum fordere ich den Ausschluß der beiden Streikbrecher und behalte mir das Recht vor (im Hinblick auf ihre Drohung mit der Spaltung), *alles* zu veröffentlichen, sobald es veröffentlicht werden kann.

Geschrieben am 19. Oktober (1. November) 1917.

Zuerst veröffentlicht am 1. November 1927 in der „Prawda" Nr. 250.

Nach einer maschinegeschriebenen Abschrift.

EIN NEUER BETRUG DER PARTEI DER SOZIALREVOLUTIONÄRE AN DEN BAUERN

Die Partei der Sozialrevolutionäre hat in ihrem Hauptorgan, dem „Delo Naroda", am 18. und 19. Oktober feierlich und in aller Öffentlichkeit erklärt, daß der neue Bodengesetzentwurf des Landwirtschaftsministers ein „wichtiger Schritt zur Verwirklichung des Agrarprogramms der Partei" sei, daß „das ZK der Partei alle Parteiorganisationen dringend auffordert, eine energische Agitation zugunsten des Gesetzentwurfes zu entfalten und ihn unter den Massen zu popularisieren".

Dieser in seinen Hauptteilen im „Delo Naroda" veröffentlichte Gesetzentwurf des Ministers S. L. Maslow, eines Mitglieds der Partei der Sozialrevolutionäre, ist indes *ein Betrug an den Bauern.* Die Partei der Sozialrevolutionäre hat die Bauern betrogen: sie ist von ihrem Entwurf in der Bodenfrage hinabgeglitten zu dem Plan der Gutsbesitzer und Kadetten, zur „gerechten Abschätzung" und Aufrechterhaltung des Eigentums der Gutsbesitzer am Grund und Boden. Die Partei der Sozialrevolutionäre hat sich auf ihren Parteitagen während der ersten (1905) und der zweiten (1917) russischen Revolution feierlich und in aller Öffentlichkeit verpflichtet, die Bauernforderung nach *Konfiskation* der Gutsbesitzerländereien, d. h. ihres *entschädigungslosen* Übergangs an die Bauern, zu unterstützen. In dem jetzigen Entwurf des Herrn S. L. Maslow aber wird nicht nur das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden aufrechterhalten, sondern sogar der Zins, den die Bauern nach „gerechter" Abschätzung für die „gepachteten" Ländereien zahlen, *gebt an die Gutsbesitzer.*

Dieser Gesetzentwurf des Herrn S. L. Maslow, das ist der vollständige Verrat der Partei der Sozialrevolutionäre an den Bauern, der vollständige Übergang dieser Partei in das Lager der Gutsbesitzer. Man muß alle

Kräfte anspannen, alle Anstrengungen machen, um die Erkenntnis dieser Wahrheit unter den Bauern weitestgehend zu verbreiten.

„Delo Naroda" vom 18. Oktober hat die Paragraphen 25–40 des Entwurfs von S. L. Maslow veröffentlicht. Hier das Grundlegende und Wichtigste aus diesem Entwurf:

1. In den zu bildenden „provisorischen Pachtfonds" gelangen *nicht alle* Gutsbesitzerländereien.

2. Die Überführung der Gutsbesitzerländereien in diesen Fonds erfolgt durch die *Bodenkomitees*, die auf Grund des Gesetzes der *Gutsbesitzer*regierung des Fürsten Lwow vom 21. April 1917 gegründet worden sind.

3. Der Pachtzins, den die Bauern für diese Gutsbesitzerländereien zu zahlen haben, wird „entsprechend dem Reinertrag" von den Bodenkomitees festgesetzt und gelangt nach Abzug der zu leistenden Zahlungen an den „betreffenden Eigentümer", *das heißt an den Gutsbesitzer.*

Das ist ein dreifacher Betrug der Sozialrevolutionäre an den Bauern, und darum muß auf jeden dieser drei Punkte ausführlicher eingegangen werden.

In den „Iswestija Wserossiskowo Sowjeta Krestjanskich Deputatow" Nr. 88 vom 19. August ist der „Muster-Wählerauftrag, zusammengestellt an Hand von 242 Wähleraufträgen, die von den örtlichen Deputierten dem 1. Gesamtrussischen Sowjetkongreß der Bauerndeputierten 1917 in Petrograd überreicht wurden" veröffentlicht.

Diese Zusammenfassung von 242 Wähleraufträgen, die die Delegierten der Bauern aus der Provinz zusammengestellt haben, ist die *beste* Unterlage für die Beurteilung dessen, *was die Bauern wollen*. Und dieser zusammenfassende Wählerauftrag zeigt sehr anschaulich, wie die Bauern durch den Entwurf S. L. Maslows und der Partei der Sozialrevolutionäre betrogen werden.

Die Bauern fordern die Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden; die entschädigungslose Überführung des *gesamten* privaten usw. Grundbesitzes in das Gemeineigentum des Volkes; die Umwandlung der Ländereien mit hochentwickelten Wirtschaften (Gärten, Plantagen usw.) in „Musterwirtschaften" und ihre Übergabe in die „ausschließliche Nutzung des Staates und der Gemeinden"; die Konfiskation „des *gesamten* lebenden und toten Wirtschaftsinventars" usw.

So sind auf Grund der 242 Wähleraufträge aus der Provinz, die die Bauern selber erteilt haben, klar und deutlich die Forderungen der Bauern zum Ausdruck gebracht.

Die Partei der Sozialrevolutionäre jedoch, die eine „Koalition" (d. h. ein Bündnis oder ein Abkommen) mit der Bourgeoisie (den Kapitalisten) und den Gutsbesitzern eingegangen ist, die sich an der Regierung der Kapitalisten und Gutsbesitzer beteiligt, hat statt dessen jetzt einen Entwurf verfaßt, *der das Eigentum der Gutsbesitzer nicht aufhebt*, sondern *nur einen Teil* der Gutsbesitzerländereien einem *provisorischen Pachtfonds* überweist!!

Gärten, Plantagen, Zuckerrübenschläge u. a. m. können auf Grund dieses Entwurfs dem Pachtfonds *nicht* überwiesen werden! *Nicht* überwiesen werden können die Ländereien, die „für die Befriedigung des Bedarfs des Besitzers, seiner Familie, seiner Angestellten und Arbeiter und für die Haltung des vorhandenen Viehs" notwendig sind!!

Der reiche Gutsbesitzer also, der Betriebe zur Verarbeitung von Zuckerrüben und Kartoffeln, Öl- oder Getreidemühlen, Gärten und Plantagen, Hunderte Stück Vieh besitzt, der Dutzende Angestellte und Arbeiter beschäftigt, behält seine *Großwirtschaft, die zudem eine kapitalistische Wirtschaft ist*. So frech, so schamlos hat die Partei der Sozialrevolutionäre die Bauern betrogen!

Die Überführung der Gutsbesitzerländereien, oder der „privaten Ländereien", wie es im Entwurf heißt, in den Pachtfonds erfolgt durch die *Bodenkomitees*, die auf Grund des Gesetzes vom 21. April 1917 von der *Gutsbesitzer*regierung des *Fürsten Lwow* und Co. geschaffen wurden, jener Regierung Miljukows und Gutschkows, der Imperialisten und Ausplünderer der Volksmassen, die die Arbeiter und Soldaten Petrograds durch die Bewegung vom 20.–21. April, d. h. vor einem halben Jahr schon, zerschlagen haben.

Es ist klar, daß das Gesetz dieser Gutsbesitzerregierung über die Bodenkomitees alles andere als ein demokratisches (dem Volke dienendes) Gesetz ist. Im Gegenteil, dieses Gesetz enthält eine ganze Reihe äußerst empörender Abweichungen vom Demokratismus. § XI dieses Gesetzes z. B. räumt „den Bodenkomitees der Gouvernements das Recht ein, Beschlüsse der Amtsbezirks- und Kreiskomitees bis zum endgültigen Beschluß des Hauptbodenkomitees aufzuheben". Die Komitees aber sind

nach diesem betrügerisch abgefaßten Gutsbesitzergesetz so zusammengesetzt, daß das Kreiskomitee weniger demokratisch ist als das Amtsbezirkskomitee, das Gouvernementskomitee weniger demokratisch als das Kreiskomitee, das Hauptkomitee weniger demokratisch als das Gouvernementskomitee!

Das Amtsbezirks-Bodenkomitee ist in seiner ganzen Zusammensetzung von der Bevölkerung des Amtsbezirks gewählt. Dem Kreiskomitee gehören, nach dem Gesetz, z. B. der Friedensrichter an, ferner 5 Mitglieder der „provisorischen Exekutivkomitees" (bis zur Organisierung der neuen Selbstverwaltung). Dem Gouvernementskomitee gehören nicht nur ein Mitglied des Kreisgerichts und der Friedensrichter an, sondern auch ein Vertreter des Ministeriums, den der Minister *ernennt*, usw. Dem Hauptbodenkomitee gehören 27 Mitglieder „nach Aufforderung durch die Provisorische Regierung" an! Ihm gehört je ein Vertreter von elf politischen Parteien an, wobei die Mehrheit (6 von 11) *auf die Kadetten und rechts von ihnen stehende Parteien* entfällt. Nun, ist das keine Mogelei der Lwow, Schingarjow (sie haben das Gesetz unterzeichnet) und ihrer Freunde? Ist das nicht eine Verhöhnung des Demokratismus den Gutsbesitzern zuliebe?

Bestätigt das nicht voll und ganz die oft wiederholte Erklärung der Bolschewiki, daß nur die *Sowjets der Bauerndeputierten*, die von *der Masse der Werktätigen* gewählt sind und von diesen jederzeit abgesetzt werden können, imstande sind, den Willen der Bauernschaft richtig zum Ausdruck zu bringen und in die Tat umzusetzen?

Die Sozialrevolutionäre, die infolge der blinden Vertrauensseligkeit der Bauern im Gesamtrussischen Exekutivkomitee der Sowjets der Bauerndeputierten die Mehrheit bekommen haben, haben *Verrat* an den Bauern, *Verrat* an den Bauernsowjets geübt, sind *auf die Seite der Gutsbesitzer übergegangen* und haben sich mit dem Gesetz des Gutsbesitzers Fürst Lwow über die Bodenkomitees zufriedengegeben. Darin besteht der zweite Hauptbetrug der Sozialrevolutionäre an den Bauern.

Und mit um so größerem Nachdruck müssen wir, die Arbeiterpartei, die Forderung der Bolschewiki wiederholen: alle Macht auf dem Lande den Sowjets der Bauerndeputierten und der Landarbeiterdeputierten!

Die Wähleraufträge der Bauern fordern die Konfiskation, die *entschädigungslose* Enteignung der Gutsbesitzerländereien, die Konfiskation der

Gestüte und der privaten Rassevieh- und Geflügelzüchtereien, die Übergabe der Ländereien mit hochentwickelten Wirtschaften in die Nutzung des Staates, die Beschlagnahme des gesamten lebenden und toten Inventars der Güter.

An Stelle all dessen setzt der sozialrevolutionäre Ministerentwurf den Bauern die *Aufrechterhaltung des Pachtzinses* vor, der nach wie vor in die Tasche des Gutsbesitzers gelangt!

„Der Pachtzins", lautet § 33 des sozialrevolutionären Entwurfs, „wird an die Komitees gezahlt, die" (nach Abzug der Zahlungen an die Staatskasse usw.) „den Rest dem betreffenden Eigentümer überweisen."

So bescheren die „Sozialrevolutionäre", nachdem sie die Bauern mit hochtrabenden Versprechungen betrogen haben, der Bauernschaft einen *gutsherrlich-kadettischen* Bodengesetzentwurf!!

Das ist vollständiger Betrug an den Bauern.

Von den Bauernforderungen nach Konfiskation ist hier absolut nichts übriggeblieben. Das ist keine Konfiskation des gutsherrlichen Grundbesitzes, sondern seine *Festigung* durch die „republikanische" Regierung, die den Gutsbesitzern die *Unantastbarkeit* des Inventars *sichert*, die Unantastbarkeit des Bodens, der dem Unterhalt der „Angestellten und Arbeiter" dient, des Bodens, der „vom Besitzer für die Anpflanzung von Zuckerrüben und anderen technischen Kulturen vorgesehen ist" („vorgesehen" allein genügt!!), die Aufrechterhaltung der *Zahlungen* für den ganzen übrigen Boden, der dem Pachtfonds überwiesen wird. Die Bodenkomitees werden verwandelt in *Eintreiber des Pachtzinses* für die hochwohlgeborenen Herren Grundeigentümer!!

Das gutsherrliche Eigentum wird von den Sozialrevolutionären nicht aufgehoben, sondern gefestigt. Ihr Übergang ins Lager der Gutsbesitzer, ihr Verrat an den Bauern tritt jetzt sonnenklar zutage.

Man darf sich von den gerissenen Kadetten, diesen treuen Freunden der Kapitalisten und der Gutsbesitzer, nicht betrügen lassen. Die Kadetten tun so, als sei der Entwurf der Sozialrevolutionäre außerordentlich „revolutionär", in allen bürgerlichen Zeitungen wird *gegen* den Entwurf Lärm geschlagen, überall werden Notizen über den *„Widerstand"* der bürgerlichen Minister (und natürlich ihrer direkten Handlanger, wie z. B. Kerenskis) gegen diesen „schrecklichen" Gesetzentwurf veröffentlicht. Das alles ist eine Komödie, ein Spiel, die hohe Forderung eines feilschenden

Kaufmanns, der die Charakterlosigkeit der Sozialrevolutionäre erkannt hat und noch mehr abzuhandeln hofft. In Wirklichkeit ist S. L. Maslows Entwurf ein Entwurf ganz im Geiste der *Gutsbesitzer*, geschrieben *für* eine Verständigung mit den Gutsbesitzern, *für* ihre Rettung.

Wenn das „Delo Naroda" in den genannten Nummern diesen Entwurf einen „hervorragenden Gesetzentwurf über den Grund und Boden" nennt, der „den Anfang macht (!) mit der großen (!!) Reform der Sozialisierung (!!!) des Bodens", so ist das reinste Scharlatanerie. In dem Entwurf gibt es nicht die geringste „Sozialisierung" (es sei denn die „soziale" Hilfe für die Gutsbesitzer zur sicheren Erlangung des Pachtzinses), er enthält absolut nichts „Revolutionär-demokratisches", überhaupt nichts als die im europäischen *bürgerlichen Reformertum* üblichen „Reformen" von irländischem Typus.[58]

Wir wiederholen, es ist ein Entwurf *für* die Rettung der Gutsbesitzer, *für* die „Beschwichtigung" des begonnenen Bauernaufstands durch geringfügige Zugeständnisse, die das Wichtigste den Gutsbesitzern belassen.

Die Tatsache, daß die Sozialrevolutionäre einen so schmachvollen Entwurf der Regierung unterbreiten, ist ein anschauliches Zeugnis für die unerhörte Heuchelei, mit der die Bolschewiki beschuldigt werden, durch ihre Pläne der Übergabe der Macht an die Sowjets die Konstituierende Versammlung „torpedieren" zu wollen. „Es sind nur noch ganze 40 Tage bis zur Konstituierenden Versammlung" – schreien heuchlerisch die Kadetten, die Kapitalisten, die Gutsbesitzer, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre! Hinten herum aber wird der Regierung ein umfangreicher Gesetzentwurf über den Grund und Boden vorgelegt, der die Bauern *betrügt*, sie den Gutsbesitzern *unterjocht*, das Eigentum der Gutsbesitzer am Boden *festigt*.

Wenn es gilt, die Gutsbesitzer gegen den immer mehr anwachsenden Bauernaufstand zu schützen, dann *„kann man"* auch 40 Tage vor der Konstituierenden Versammlung, auch 30 Tage vor ihrem Zusammentritt einen umfangreichen Gesetzentwurf durchbringen.

Wenn aber von dem Übergang der ganzen Macht in die Hände der Sowjets die Rede ist, *um* den *ganzen* Boden den Bauern zu geben, um das Eigentum der Gutsbesitzer am Boden *sofort* aufzuheben, um *sofort* einen gerechten Frieden anzubieten – oh, dann erheben die Kadetten, die Kapi-

talisten, die Gutsbesitzer, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre ein einmütiges Geheul gegen die Bolschewiki.

Mögen denn die Bauern wissen, wie die Partei der Sozialrevolutionäre sie betrogen, wie sie sie an die Gutsbesitzer verraten hat.

Mögen die Bauern wissen, daß nur die *Arbeiter*partei, nur die *Bolschewiki* ganz und gar und bis zuletzt *gegen* die Kapitalisten, gegen die Gutsbesitzer sind, daß nur sie für die Interessen der *armen* Bauernschaft und *aller* Werktätigen eintreten.

20. Oktober 1917

Veröffentlicht am 6. November (24. Oktober) 1917. im „Rabotschi Put" Nr. 44. Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text des „Rabotschi Put".

BRIEF AN DIE MITGLIEDER DES ZK

Genossen!

Ich schreibe diese Zeilen am 24. abends. Die Lage ist über alle Maßen kritisch. Es ist sonnenklar, daß jetzt eine Verzögerung des Aufstands schon wahrhaftig den Tod bedeutet.

Unter Aufbietung aller Kräfte bemühe ich mich, die Genossen zu überzeugen, daß jetzt alles an einem Haar hängt, daß auf der Tagesordnung Fragen stehen, die nicht durch Konferenzen, nicht durch Kongresse (selbst nicht durch Sowjetkongresse) entschieden werden, sondern ausschließlich durch die Völker, durch die Masse, durch den Kampf der bewaffneten Massen.

Der Ansturm der Bourgeoisie, der Kornilowleute, die Entfernung Werchowskis zeigt, daß nicht gewartet werden darf. Man muß um jeden Preis heute abend, heute nacht die Regierung verhaften, nachdem man die Offiziersschüler entwaffnet hat (sie besiegt hat, wenn sie Widerstand leisten) usw.

Man darf nicht warten!! Man kann alles verlieren!!

Die Bedeutung der sofortigen Machtübernahme: Schutz des *Volkes* (nicht des Kongresses, sondern des Volkes, in erster Linie der Armee und der Bauern) vor der Kornilowschen Regierung, die Werchowski verjagt und eine zweite Kornilowsche Verschwörung eingefädelt hat.

Wer soll die Macht übernehmen?

Das ist jetzt nicht wichtig: Mag sie das Revolutionäre Militärkomitee[59] übernehmen „oder eine andere Körperschaft", die erklärt, daß sie die Macht nur den wahren Vertretern der Interessen des Volkes, der Interessen der Armee (sofortiges Friedensangebot), der Interessen der Bauern (vom Boden muß sofort Besitz ergriffen, das Privateigentum aufgehoben werden), der Interessen der Hungernden übergeben wird.

Es ist notwendig, daß alle Bezirke, alle Regimenter, alle Kräfte sofort mobilisiert werden und unverzüglich zum Revolutionären Militärkomitee, zum ZK der Bolschewiki Delegationen entsenden mit der dringenden Forderung: Auf keinen Fall darf die Macht bis zum 25. in den Händen Kerenskis und Co. belassen werden, unter keinen Umständen; die Sache ist unbedingt heute abend oder heute nacht zu entscheiden.

Eine Verzögerung wird die Geschichte den Revolutionären nicht verzeihen, die heute siegen können (und heute bestimmt siegen werden), während sie morgen Gefahr laufen, vieles, ja alles zu verlieren.

Wenn wir heute die Macht ergreifen, so ergreifen wir sie nicht gegen die Sowjets, sondern für sie.

Die Machtergreifung ist Sache des Aufstands; ihr politisches Ziel wird nach der Machtergreifung klarwerden.

Es wäre verderblich oder ein rein formales Herangehen, wollten wir die unsichere Abstimmung am 25. Oktober abwarten, das Volk hat das Recht und die Pflicht, solche Fragen nicht durch Abstimmungen, sondern durch Gewalt zu entscheiden; das Volk hat das Recht und die Pflicht, in kritischen Augenblicken der Revolution seinen Vertretern, selbst seinen besten Vertretern, die Richtung zu weisen und nicht auf sie zu warten.

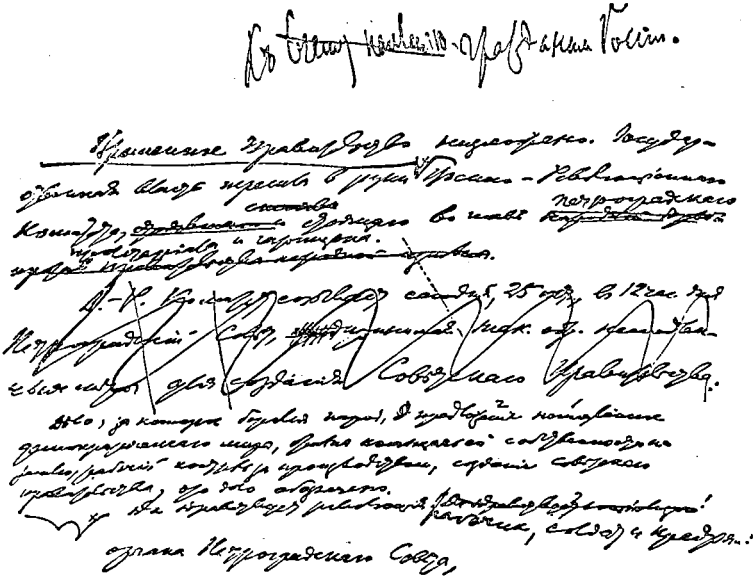
Das hat die Geschichte aller Revolutionen bewiesen, und maßlos wäre das Verbrechen der Revolutionäre, wenn sie den Augenblick vorübergehen ließen, obwohl sie wissen, daß die *Rettung der Revolution*, das Friedensangebot, die Rettung Petrograds, die Rettung vor dem Hunger, die Übergabe des Grund und Bodens an die Bauern von ihnen abhängen.

Die Regierung wankt. Man muß ihr *den Rest geben*, koste es, was es wolle!

Eine Verzögerung der Aktion bedeutet den Tod.

Geschrieben am 24. Oktober (6. November) 1917.
Zuerst veröffentlicht 1924.

Nach einer maschinegeschriebenen Abschrift.



Aufruf „An die Bürger Rußlands!", von W. I. Lenin geschrieben am 25. Oktober (7. November) 1917

Verkleinert

AN DIE BÜRGER RUSSLANDS![60]

Die Provisorische Regierung ist gestürzt. Die Staatsmacht ist in die Hände des Organs des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, des Revolutionären Militärkomitees, übergegangen, das an der Spitze des Petrograder Proletariats und der Petrograder Garnison steht.

Die Sache, für die das Volk gekämpft hat: das sofortige Angebot eines demokratischen Friedens, die Aufhebung des Eigentums der Gutsbesitzer am Grund und Boden, die Arbeiterkontrolle über die Produktion, die Bildung einer Sowjetregierung – sie ist gesichert.

Es lebe die Revolution der Arbeiter, Soldaten und Bauern!

Das Revolutionäre Militärkomitee beim Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten

25. Oktober 1917, 10 Uhr morgens.

„Rabotschi i Soldat" Nr. 8,
25. Oktober (7. November) 1917.

Nach dem Text des „Rabotschi i Soldat", verglichen mit dem Manuskript.

SITZUNG DES PETROGRADER SOWJETS DER ARBEITER- UND SOLDATENDEPUTIERTEN 25. OKTOBER (7. NOVEMBER) 1917[61]

1

REDE ÜBER DIE AUFGABEN DER SOWJETMACHT

Kurzer Zeitungsbericht

Genossen! Die Arbeiter- und Bauernrevolution, von deren Notwendigkeit die Bolschewiki immer gesprochen haben, ist vollbracht.

Welche Bedeutung hat diese Arbeiter- und Bauernrevolution? Vor allem besteht die Bedeutung dieser Umwälzung darin, daß wir eine Sowjetregierung, unser eigenes Machtorgan haben werden, ohne jegliche Teilnahme der Bourgeoisie. Die unterdrückten Massen werden selbst die Staatsmacht schaffen. Der alte Staatsapparat wird von Grund aus zerschlagen und ein neuer Verwaltungsapparat in Gestalt der Sowjetorganisationen geschaffen werden.

Von nun an tritt Rußland in eine neue Epoche seiner Geschichte ein, und diese, die dritte russische Revolution muß in ihrem Endergebnis zum Sieg des Sozialismus führen.

Eine unserer nächsten Aufgaben besteht darin, sofort den Krieg zu beenden. Um aber diesen Krieg zu beenden, der mit der gegenwärtigen kapitalistischen Ordnung eng verknüpft ist, muß man – das ist allen klar – das Kapital selbst niederringen.

Dabei wird uns die internationale Bewegung der Arbeiter helfen, die sich bereits in Italien, England und Deutschland zu entfalten beginnt.

Der gerechte, sofortige Frieden, den wir der internationalen Demokratie anbieten, wird überall unter den Massen des internationalen Prole-

tariats leidenschaftlichen Widerhall finden. Um dieses Vertrauen des Proletariats zu festigen, müssen sofort alle Geheimverträge veröffentlicht werden.

Innerhalb Rußlands hat ein gewaltiger Teil der Bauernschaft erklärt: Genug des Spiels mit den Kapitalisten, wir gehen mit den Arbeitern. Wir werden das Vertrauen der Bauern durch ein einziges Dekret erwerben, das das Eigentum der Gutsbesitzer aufhebt. Die Bauern werden verstehen, daß die Rettung für die Bauernschaft nur im Bündnis mit den Arbeitern liegt. Wir werden eine wirkliche Arbeiterkontrolle über die Produktion einführen.

Wir haben jetzt gelernt, einmütig zusammenzuarbeiten. Davon zeugt die soeben vollbrachte Revolution. Wir haben jene Kraft der Massenorganisation, die alles besiegen und das Proletariat zur Weltrevolution führen wird.

In Rußland müssen wir jetzt den Aufbau des proletarischen sozialistischen Staates in Angriff nehmen.

Es lebe die sozialistische Weltrevolution! (Stürmischer Beifall.)

2

RESOLUTION

Der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten begrüßt die siegreiche Revolution des Proletariats und der Garnison Petrograds. Der Sowjet hebt insbesondere die Geschlossenheit, Organisiertheit und Disziplin, die völlige Einmütigkeit hervor, die die Massen bei diesem außergewöhnlich unblutigen und außergewöhnlich erfolgreichen Aufstand an den Tag gelegt haben.

Der Sowjet bringt seine unerschütterliche Überzeugung zum Ausdruck, daß die Arbeiter- und Bauernregierung, die die Revolution als Sowjetregierung schaffen wird und die dem städtischen Proletariat die Unterstützung der ganzen Masse der armen Bauernschaft sichert, daß diese Regierung unbeirrt zum Sozialismus schreiten wird, dem einzigen Mittel, das Land von den unsagbaren Leiden und Schrecken des Krieges zu erlösen.

Die neue Arbeiter- und Bauernregierung wird sofort allen kriegführenden Völkern einen gerechten demokratischen Frieden anbieten.

Sie wird sofort das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden aufheben und den Boden der Bauernschaft übergeben. Sie wird die Arbeiterkontrolle über die Produktion und Verteilung der Produkte sowie die allgemeine Kontrolle des Volkes über die Banken einführen und diese gleichzeitig in ein einziges Staatsunternehmen umwandeln.

Der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten fordert alle Arbeiter und die gesamte Bauernschaft auf, die Arbeiter- und Bauernrevolution mit aller Energie und Hingabe zu unterstützen. Der Sowjet bringt seine Überzeugung zum Ausdruck, daß die städtischen Arbeiter im Bündnis mit der armen Bauernschaft eine unbeugsame kameradschaft-

liche Disziplin an den Tag legen und die straffste revolutionäre Ordnung schaffen werden, die für den Sieg des Sozialismus notwendig ist.

Der Sowjet ist überzeugt, daß das Proletariat der westeuropäischen Länder uns helfen wird, die Sache des Sozialismus zum vollen und dauernden Siege zu führen.

„Iswestija ZIK" Nr. 207, 26. Oktober 1917.

Nach dem Text der „Iswestija ZIK".

ZWEITER GESAMTRUSSISCHER KONGRESS DER SOWJETS DER ARBEITER- UND SOLDATENDEPUTIERTEN[62]

25.–26. Oktober (7.–8. November) 1917

ЕЖЕДНЕВНАЯ ВЕЧЕРНЯЯ ГАЗЕТА

РАБОЧІЙ и СОЛДАТЪ

Органъ Петроградскаго Совѣта Рабочихъ и Солдатскихъ Депутатовъ.

Цѣна в Петроградѣ 15 к.
В п. на 1 мѣс. 20 к.

№ 9. Четвергъ, 26 Октября (8 ноября нов. ст.) 1917 года. № 9.

Адресъ комитета и редакціи: Смольный Институтъ, 3-й этажъ, Комната № 30. Тел. 310-30, 108-43, 04-60. Годовая ст. цѣна № 12?

РАБОЧИМЪ, СОЛДАТАМЪ и КРЕСТЬЯНАМЪ!

Второй Всероссійскій Съѣздъ Совѣтовъ Рабочихъ и Солдатскихъ Депутатовъ открылся. На немъ представлено громадное большинство Совѣтовъ. На съѣздѣ присутствуетъ и рядъ делегатовъ отъ крестьянскихъ Совѣтовъ. Полномочія соглашательскаго Ц. И. К. окончились. Опираясь на волю громаднаго большинства рабочихъ, солдатъ и крестьянъ, опираясь на совершившееся въ Петроградѣ побѣдоносное возстаніе рабочихъ и гарнизона, Съѣздъ беретъ *власть въ свои руки.*

Временное Правительство низложено. Большинство членовъ Временного Правительства уже арестовано.

Совѣтская власть предложитъ немедленный демократическій миръ всѣмъ народамъ и немедленное перемиріе на всѣхъ фронтахъ. Она обезпечиваетъ безвозмездную передачу помѣщичьихъ, удѣльныхъ и монастырскихъ земель въ распоряженіе крестьянскихъ комитетовъ, отстоитъ права солдата, проведя полную демократизацію арміи, установитъ рабочій контроль надъ производствомъ, обезпечитъ своевременный созывъ Учредительнаго Собранія, озаботится доставкой хлѣба въ города и предметовъ первой необходимости въ деревню, обезпечитъ всѣмъ націямъ, населяющимъ Россію, подлинное право на самоопредѣленіе.

Съѣздъ постановляетъ: вся власть на мѣстахъ переходитъ къ Совѣтамъ Рабочихъ, Солдатскихъ и Крестьянскихъ депутатовъ, которые и должны обезпечить подлинный революціонный порядокъ.

Съѣздъ *призываетъ* солдатъ въ окопахъ къ бдительности и стойкости. Съѣздъ Совѣтовъ увѣренъ, что революціонная армія сумѣетъ защитить революцію отъ всякихъ посягательствъ имперіализма, пока новое правительство не добьется заключенія демократическаго мира, который оно непосредственно предложитъ всѣмъ народамъ. Новое Правительство приметъ всѣ мѣры къ тому, чтобы обезпечить революціонную армію всѣмъ необходимымъ, путемъ рѣшительной политики реквизицій и обложенія имущихъ классовъ, а также улучшитъ положеніе солдатскихъ семей.

Корниловцы—Керенскій, Калединъ и др. дѣлаютъ попытки вести войска на Петроградъ. Нѣсколько отрядовъ, обманныхъ путемъ лживыхъ Керенскимъ, перешли на сторону возставшаго народа.

Солдаты, окажите активное противодѣйствіе корниловцу Керенскому! Будьте на сторожѣ!

Желѣзнодорожники, останавливайте всѣ эшелоны, посылаемые Керенскимъ на Петроградъ!

Солдаты, рабочіе, служащіе,—въ вашихъ рукахъ судьба революціи и судьба демократическаго мира!

ДА ЗДРАВСТВУЕТЪ РЕВОЛЮЦІЯ!

Всероссійскій Съѣздъ Совѣтовъ
Рабочихъ и Солдатскихъ Депутатовъ.
Делегаты отъ Крестьянскихъ Совѣтовъ.

Erste Seite der Zeitung „Rabotschi i Soldat" Nr. 9
vom 26. Oktober (8. November) 1917

Verkleinert

1

AN DIE ARBEITER, SOLDATEN UND BAUERN!

Der Zweite Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten ist eröffnet. Auf diesem Kongreß ist die gewaltige Mehrheit der Sowjets vertreten. Auf dem Kongreß ist auch eine Reihe von Delegierten der Bauernsowjets anwesend. Die Vollmachten des paktiererischen ZEK sind abgelaufen. Gestützt auf den Willen der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter, Soldaten und Bauern, gestützt auf den in Petrograd vollzogenen siegreichen Aufstand der Arbeiter und der Garnison, nimmt der Kongreß die Macht in seine Hände.

Die Provisorische Regierung ist gestürzt. Die meisten Mitglieder der Provisorischen Regierung sind bereits verhaftet.

Die Sowjetmacht wird allen Völkern einen sofortigen demokratischen Frieden und den sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten anbieten. Sie wird die entschädigungslose Übergabe der Gutsbesitzer-, Apanage- und Klosterländereien in die Verfügungsgewalt der Bauernkomitees sicherstellen, die Rechte der Soldaten schützen, indem sie die volle Demokratisierung der Armee durchführt, sie wird die Arbeiterkontrolle über die Produktion einführen und die rechtzeitige Einberufung der Konstituierenden Versammlung gewährleisten, sie wird dafür sorgen, daß die Städte mit Brot und die Dörfer mit den wichtigsten Gebrauchsgegenständen beliefert werden, sie wird allen in Rußland lebenden Nationen das wirkliche Recht auf Selbstbestimmung sichern.

Der Kongreß beschließt: Die ganze Macht geht allerorts an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten über, die eine wirkliche revolutionäre Ordnung zu gewährleisten haben.

Der Kongreß ruft die Soldaten in den Schützengräben zur Wachsam-

keit und Standhaftigkeit auf. Der Sowjetkongreß ist überzeugt, daß die revolutionäre Armee es verstehen wird, die Revolution gegen jegliche Anschläge des Imperialismus zu verteidigen, bis die neue Regierung den Abschluß eines demokratischen Friedens erzielt hat, den sie unmittelbar allen Völkern anbieten wird. Die neue Regierung wird alle Maßnahmen treffen, um durch eine entschlossene Politik von Requisitionen und Besteuerungen der besitzenden Klassen die revolutionäre Armee mit allem Nötigen zu versorgen, sie wird auch die Lage der Soldatenfamilien verbessern.

Die Kornilowleute – Kerenski, Kaledin u. a. – versuchen, Truppen gegen Petrograd zu führen. Einige Truppenteile, die Kerenski durch Betrug in Marsch gesetzt hatte, sind auf die Seite des aufständischen Volkes übergegangen.

Soldaten, setzt dem Kornilowmann Kerenski aktiven Widerstand entgegen! Seid auf der Hut!

Eisenbahner, haltet alle Truppentransporte an, die Kerenski gegen Petrograd schickt!

Soldaten, Arbeiter, Angestellte! In euren Händen liegt das Schicksal der Revolution und das Schicksal des demokratischen Friedens!

Es lebe die Revolution!

Der Gesamtrussische Kongreß der Sowjets
der Arbeiter- und Soldatendeputierten
Die Delegierten der Bauernsowjets

Geschrieben am 25. Oktober (7. November) 1917.
Veröffentlicht am 26. Oktober (8. November) 1917 in „Rabotschi i Soldat" Nr. 9.

Nach dem Text des „Rabotschi i Soldat".

2

REDE ÜBER DEN FRIEDEN
26. OKTOBER (8. NOVEMBER)

Die Frage des Friedens ist die aktuellste, die alle bewegende Frage der Gegenwart. Über diese Frage ist viel gesprochen und geschrieben worden, und Sie alle haben sie wahrscheinlich nicht wenig erörtert. Gestatten Sie mir deshalb, die Deklaration zu verlesen, die die von Ihnen gewählte Regierung zu erlassen haben wird.

Dekret über den Frieden

Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 24.–25. Oktober geschaffen wurde und sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten stützt, schlägt allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden aufzunehmen.

Ein gerechter oder demokratischer Frieden, wie ihn die überwältigende Mehrheit der durch den Krieg erschöpften, gepeinigten und gemarterten Klassen der Arbeiter und Werktätigen aller kriegführenden Länder ersehnt, ein Frieden, wie ihn die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturz der Zarenmonarchie auf das entschiedenste und beharrlichste gefordert haben, ein solcher Frieden ist nach der Auffassung der Regierung ein sofortiger Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen.

Die Regierung Rußlands schlägt allen kriegführenden Völkern vor, unverzüglich einen solchen Frieden zu schließen, wobei sie sich bereit erklärt, sofort, ohne die geringste Verzögerung, bis zur endgültigen Bestätigung aller Bedingungen eines solchen Friedens durch die bevollmächtigten Ver-

sammlungen der Volksvertreter aller Länder und aller Nationen, alle entscheidenden Schritte zu unternehmen.

Unter Annexion oder Aneignung fremder Territorien versteht die Regierung, im Einklang mit dem Rechtsbewußtsein der Demokratie im allgemeinen und der werktätigen Klassen im besonderen, jede Angliederung einer kleinen oder schwachen Völkerschaft an einen großen oder mächtigen Staat, ohne daß diese Völkerschaft ihr Einverständnis und ihren Wunsch unmißverständlich, klar und freiwillig zum Ausdruck gebracht hat, unabhängig davon, wann diese gewaltsame Angliederung erfolgt ist, sowie unabhängig davon, wie entwickelt oder rückständig eine solche mit Gewalt angegliederte oder mit Gewalt innerhalb der Grenzen eines gegebenen Staates festgehaltene Nation ist, und schließlich unabhängig davon, ob diese Nation in Europa oder in fernen, überseeischen Ländern lebt.

Wenn irgendeine Nation mit Gewalt in den Grenzen eines gegebenen Staates festgehalten wird, wenn dieser Nation entgegen ihrem zum Ausdruck gebrachten Wunsch – gleichviel, ob dieser Wunsch in der Presse oder in Volksversammlungen, in Beschlüssen der Parteien oder in Empörungen und Aufständen gegen die nationale Unterdrückung geäußert wurde – das Recht vorenthalten wird, nach vollständiger Zurückziehung der Truppen der annektierenden oder überhaupt der stärkeren Nation in freier Abstimmung über die Formen ihrer staatlichen Existenz ohne den mindesten Zwang selbst zu entscheiden, so ist eine solche Angliederung eine Annexion, d. h. eine Eroberung und Vergewaltigung.

Diesen Krieg fortzusetzen, um die Frage zu entscheiden, wie die starken und reichen Nationen die von ihnen annektierten schwachen Völkerschaften unter sich aufteilen sollen, hält die Regierung für das größte Verbrechen an der Menschheit, und sie verkündet feierlich ihre Entschlossenheit, unverzüglich Friedensbedingungen zu unterzeichnen, die diesem Krieg unter den obengenannten, für ausnahmslos alle Völkerschaften gleich gerechten Voraussetzungen ein Ende machen.

Gleichzeitig erklärt die Regierung, daß sie die obengenannten Friedensbedingungen keineswegs als ultimativ betrachtet, d. h., sie ist bereit, auch jegliche anderen Friedensbedingungen zu erwägen, wobei sie lediglich darauf besteht, daß das Angebot der Friedensbedingungen seitens irgendeines kriegführenden Landes möglichst rasch und mit vollster Klarheit, bei unbedingter Ausschaltung jeder Zweideutigkeit und Geheimhaltung erfolgt.

Die Regierung schafft die Geheimdiplomatie ab, sie erklärt, daß sie ihrerseits fest entschlossen ist, alle Verhandlungen völlig offen vor dem ganzen Volk zu führen, und wird unverzüglich darangehen, alle Geheimverträge zu veröffentlichen, die von der Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten in der Zeit vom Februar bis zum 25. Oktober 1917 bestätigt oder abgeschlossen wurden. Alle Bestimmungen dieser Geheimverträge, soweit sie, wie es zumeist der Fall war, den Zweck hatten, den russischen Gutsbesitzern und Kapitalisten Vorteile und Privilegien zu verschaffen, die Annexionen der Großrussen aufrechtzuerhalten oder zu erweitern, werden von der Regierung bedingungslos und sofort für ungültig erklärt.

Indem sich die Regierung an die Regierungen und Völker aller Länder mit dem Vorschlag wendet, sofort offene Verhandlungen über den Friedensschluß aufzunehmen, gibt sie ihrerseits ihrer Bereitschaft Ausdruck, diese Verhandlungen sowohl schriftlich, telegrafisch als auch auf dem Wege mündlicher Unterhandlungen von Vertretern der verschiedenen Länder oder auf Konferenzen dieser Vertreter zu führen. Um solche Unterhandlungen zu erleichtern, entsendet die Regierung ihren bevollmächtigten Vertreter in die neutralen Länder.

Die Regierung schlägt allen Regierungen und Völkern aller kriegführenden Länder vor, sofort einen Waffenstillstand abzuschließen, wobei sie es ihrerseits für wünschenswert hält, daß dieser Waffenstillstand auf mindestens 3 Monate abgeschlossen werde, d. h. für eine Frist, die völlig ausreicht sowohl für den Abschluß von Friedensverhandlungen unter der Teilnahme von ausnahmslos allen Völkerschaften oder Nationen, die in den Krieg hineingezogen oder hineingezwungen wurden, als auch für die Einberufung bevollmächtigter Versammlungen der Volksvertreter aller Länder zur endgültigen Bestätigung der Friedensbedingungen.

Die Provisorische Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands, die dieses Friedensangebot an die Regierungen und an die Völker aller kriegführenden Länder richtet, wendet sich gleichzeitig insbesondere an die klassenbewußten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Krieg beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands. Die Arbeiter dieser Länder haben der Sache des Fortschritts und des Sozialismus die größten Dienste erwiesen – in den großen Vorbildern der Chartistenbewegung in England, in den Revolutionen von weltgeschichtlicher Bedeutung, die das französische

Proletariat vollbracht hat, und schließlich im heroischen Kampf gegen das Sozialistengesetz sowie in der für die Arbeiter der ganzen Welt mustergültigen langwierigen und beharrlichen disziplinierten Arbeit zur Schaffung proletarischer Massenorganisationen in Deutschland. Alle diese Vorbilder proletarischen Heldentums und geschichtlicher Schöpferkraft sind für uns eine Bürgschaft, daß die Arbeiter der genannten Länder die ihnen jetzt gestellte Aufgabe, die Menschheit von den Schrecken des Krieges und seinen Folgen zu befreien, erkennen werden, daß diese Arbeiter uns durch ihre allseitige, entschiedene, rückhaltlos energische Tätigkeit helfen werden, die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen.

Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 24.–25. Oktober geschaffen wurde und sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten stützt, muß sofort Friedensverhandlungen einleiten. Unser Aufruf muß sowohl an die Regierungen als auch an die Völker gerichtet werden. Wir können die Regierungen nicht ignorieren, denn das würde die Möglichkeit des Friedensschlusses hinauszögern; das aber darf eine Volksregierung nicht zulassen. Wir haben jedoch nicht das geringste Recht, uns nicht auch zugleich an die Völker zu wenden. Überall bestehen Gegensätze zwischen Regierungen und Völkern, und deshalb müssen wir den Völkern helfen, in die Fragen des Krieges und des Friedens einzugreifen. Wir werden natürlich unser ganzes Programm eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen in jeder Weise verteidigen. Wir werden nicht davon abgehen, aber wir müssen unseren Feinden die Möglichkeit nehmen, zu sagen, daß ihre Bedingungen andere seien und es deshalb zwecklos sei, mit uns in Verhandlungen zu treten. Nein, wir müssen ihnen diesen Trumpf aus den Händen schlagen und dürfen unsere Bedingungen nicht ultimativ stellen. Deshalb haben wir auch den Satz mit aufgenommen, daß wir jegliche Friedensbedingungen, alle Vorschläge erwägen werden. Erwägen heißt noch nicht annehmen. Wir werden sie der Konstituierenden Versammlung zur Beratung vorlegen, die nun schon definitiv zu entscheiden haben wird, worin man nachgeben kann und worin nicht. Wir kämpfen gegen den Betrug der Regierungen, die alle die Worte Frieden und Gerechtigkeit im Munde führen, in der

Tat aber räuberische Eroberungskriege führen. Keine einzige Regierung spricht alles aus, was sie denkt. Wir aber sind gegen die Geheimdiplomatie und werden offen vor dem ganzen Volk handeln. Wir schließen und schlossen niemals die Augen vor Schwierigkeiten. Der Krieg kann nicht durch die Weigerung, Krieg zu führen, beendet werden, der Krieg kann nicht durch eine der Seiten allein beendet werden. Wir schlagen einen Waffenstillstand auf drei Monate vor, lehnen aber auch eine kürzere Frist nicht ab, damit die erschöpfte Armee wenigstens für einige Zeit frei aufatmen kann, und außerdem müssen in allen Kulturländern die Volksvertretungen einberufen werden, um über die Bedingungen zu beraten.

Mit dem Vorschlag, unverzüglich einen Waffenstillstand zu schließen, wenden wir uns zugleich an die klassenbewußten Arbeiter jener Länder, die für die Entwicklung der proletarischen Bewegung viel getan haben. Wir wenden uns an die Arbeiter Englands, wo es die Chartistenbewegung gegeben hat, an die Arbeiter Frankreichs, die wiederholt in Aufständen die ganze Stärke ihres Klassenbewußtseins bewiesen haben, und an die Arbeiter Deutschlands, die den Kampf gegen das Sozialistengesetz bestanden und mächtige Organisationen geschaffen haben.

In dem Manifest vom 14. März riefen wir dazu auf, die Bankiers zu stürzen, stürzten aber selber unsere eigenen nicht, sondern schlossen sogar ein Bündnis mit ihnen. Jetzt haben wir die Regierung der Bankiers gestürzt.

Die Regierungen und die Bourgeoisie werden alles daransetzen, um sich zu vereinen und die Arbeiter- und Bauernrevolution in Blut zu ersticken. Aber drei Kriegsjahre haben die Massen genügend belehrt. Wir sehen eine Sowjetbewegung in anderen Ländern, wir sehen den Aufstand in der deutschen Flotte, der von den Schergen des Henkers Wilhelm niedergeworfen wurde. Und schließlich dürfen wir nicht vergessen, daß wir nicht im tiefen Afrika leben, sondern in Europa, wo alles schnell bekannt wird.

Die Arbeiterbewegung wird die Oberhand gewinnen und dem Frieden und dem Sozialismus den Weg bahnen. (Lang anhaltender Beifall.)

„Iswestija ZIK" Nr. 208, 27. Oktober 1917, „Prawda" Nr. 171, 10. November (28. Oktober) 1917.

Rede nach dem Text der „Prawda", Dekret nach dem Text der „Iswestija ZIK".

3

SCHLUSSWORT ZUR REDE ÜBER DEN FRIEDEN 26. OKTOBER (8. NOVEMBER)

Ich will nicht über den allgemeinen Charakter der Deklaration sprechen. Die Regierung, die von Ihrem Kongreß eingesetzt werden wird, wird in unwesentlichen Punkten auch Änderungen vornehmen können.

Ich wende mich entschieden dagegen, unsere Friedensforderung in ultimativer Form zu halten. Eine ultimative Form kann für unsere ganze Sache verhängnisvoll werden. Wir können es nicht darauf ankommen lassen, daß irgendeine unwesentliche Abweichung von unseren Forderungen den imperialistischen Regierungen die Möglichkeit gibt, zu sagen, daß sie wegen unserer Unversöhnlichkeit keine Friedensverhandlungen mit uns aufnehmen konnten.

Wir werden unseren Aufruf überall verbreiten, alle werden von ihm erfahren. Es wird nicht möglich sein, die von unserer Arbeiter- und Bauernregierung aufgestellten Bedingungen zu verheimlichen.

Unsere Arbeiter- und Bauernrevolution, die die Regierung der Bankiers und Gutsbesitzer gestürzt hat, läßt sich nicht verheimlichen.

Bei einer ultimativen Form brauchen die Regierungen nicht zu antworten, bei unserer Fassung aber werden sie antworten müssen. Mag jedermann erfahren, was seine Regierung denkt. Wir wollen keine Geheimnisse. Wir wollen, daß die Regierung stets unter der Kontrolle der öffentlichen Meinung ihres Landes steht.

Was wird der Bauer in irgendeinem abgelegenen Gouvernement sagen, wenn er wegen des ultimativen Charakters unserer Forderungen nicht erfährt, was die andere Regierung will. Er würde sagen: Genossen, weshalb habt ihr es unmöglich gemacht, daß man beliebige Friedensbedingungen anbietet. Ich hätte sie besprochen, hätte sie erwogen und dann meinen

Vertretern in der Konstituierenden Versammlung Anweisungen gegeben, was sie zu tun haben. Ich bin bereit, einen revolutionären Kampf für gerechte Bedingungen zu führen, wenn die Regierungen sich nicht einverstanden erklären werden, aber es kann für einige Länder solche Bedingungen geben, daß ich diesen Regierungen empfehlen würde, den Kampf selber weiterzuführen. Die völlige Verwirklichung unserer Ideen hängt allein vom Sturz der gesamten kapitalistischen Ordnung ab. Das ist es, was uns der Bauer sagen könnte, und er würde uns allzu große Unnachgiebigkeit auch in Kleinigkeiten vorwerfen, während es für uns die Hauptsache ist, die ganze Gemeinheit, die ganze Nichtswürdigkeit der Bourgeoisie und ihrer gekrönten und ungekrönten Henker, die an der Spitze der Regierungen stehen, aufzudecken.

Wir dürfen und sollen den Regierungen nicht die Möglichkeit geben, sich hinter unserer Unnachgiebigkeit zu verstecken und den Völkern zu verheimlichen, wofür sie zur Schlachtbank geführt werden. Das ist nur ein Tropfen, aber wir dürfen und sollen nicht auf diesen Tropfen verzichten, der den Stein der bourgeoisen Eroberungspolitik aushöhlt. Ultimative Forderungen würden unseren Gegnern die Lage erleichtern. Wir aber werden dem Volke alle Bedingungen zeigen. Wir werden unsere Bedingungen allen Regierungen stellen, mögen sie ihren Völkern Rede und Antwort stehen. Wir werden der Konstituierenden Versammlung alle Friedensbedingungen zur Prüfung vorlegen.

Genossen, es gibt noch eine Frage, der Sie größte Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Die Geheimverträge müssen veröffentlicht werden. Die Punkte über Annexionen und Kontributionen müssen aufgehoben werden. Es gibt da verschiedene Punkte, Genossen, denn die räuberischen Regierungen haben nicht nur über Räubereien Abkommen getroffen, sie haben neben solchen auch wirtschaftliche Abmachungen getroffen und verschiedene andere Punkte über gutnachbarliche Beziehungen festgelegt.

Wir binden uns nicht durch Verträge. Wir lassen uns nicht durch Verträge umgarnen. Wir lehnen alle Punkte über Raub und Vergewaltigung ab, aber alle Punkte, die gutnachbarliche Beziehungen und wirtschaftliche Abkommen festlegen, nehmen wir gern an, sie können wir nicht ablehnen. Wir schlagen einen Waffenstillstand für drei Monate vor. Wir wählen eine lange Frist, weil die Völker erschöpft sind, weil sie danach dürsten, von diesem blutigen Gemetzel auszuruhen, das nun das vierte

Jahr andauert. Wir müssen verstehen, daß die Völker über die Friedensbedingungen beraten, ihren Willen unter Teilnahme des Parlaments zum Ausdruck bringen müssen; und dazu bedarf es einer bestimmten Frist. Wir fordern einen langen Waffenstillstand, damit die Armee in den Schützengräben sich von dem Alpdruck des ewigen Mordens erholen kann, aber wir werden auch Angebote eines kürzeren Waffenstillstands nicht ablehnen, wir werden sie prüfen und werden sie annehmen müssen, selbst wenn man uns einen Waffenstillstand von einem Monat oder anderthalb Monaten anböte. Auch unser Waffenstillstandsangebot darf keinen ultimativen Charakter tragen, denn wir werden unseren Feinden nicht die Möglichkeit geben, sich hinter unserer Unversöhnlichkeit zu verstecken und den Völkern die ganze Wahrheit zu verheimlichen. Unser Angebot darf nicht ultimativ sein, denn verbrecherisch ist eine Regierung, die keinen Waffenstillstand wünscht. Wenn wir also unserem Waffenstillstandsangebot einen nichtultimativen Charakter verleihen, so sorgen wir dafür, daß sich die Regierungen vor den Augen des Volkes als Verbrecher entlarven, mit solchen Verbrechern aber werden die Völker nicht viel Umstände machen. Man wendet dagegen ein, daß unsere nichtultimativen Forderungen unsere Schwäche offenbaren würden, es ist aber an der Zeit, mit all der bürgerlichen Heuchelei von der Stärke eines Volkes aufzuräumen. Nach bürgerlichen Begriffen kann dann von Stärke gesprochen werden, wenn die Massen den Befehlen der imperialistischen Regierungen gehorchen und blindlings zur Schlachtbank gehen. Die Bourgeoisie hält nur dann einen Staat für stark, wenn er mit der ganzen Macht des Regierungsapparates die Massen dorthin zu dirigieren vermag, wohin es die bürgerlichen Machthaber wollen. Unser Begriff von Stärke ist ein anderer. Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun. Wir brauchen uns nicht davor zu fürchten, die Wahrheit über die Erschöpfung zu sagen, denn welcher Staat ist jetzt nicht erschöpft, welches Volk spricht nicht offen darüber? Nehmen Sie Italien, wo infolge dieser Erschöpfung eine anhaltende revolutionäre Bewegung einsetzte, die die Einstellung des Gemetzels forderte. Finden in Deutschland etwa nicht Massendemonstrationen der Arbeiter statt, in denen die Losungen der Beendigung des Krieges aufgestellt werden? Ist etwa nicht die Erschöpfung die Ursache des Aufstands in der deutschen

Flotte, den der Henker Wilhelm und seine Handlanger so schonungslos unterdrückt haben? Wenn solche Erscheinungen in einem so disziplinierten Land wie Deutschland möglich sind, wo man von der Erschöpfung, von der Beendigung des Krieges zu reden anfängt, so brauchen wir keine Scheu davor zu haben, ebenfalls offen davon zu sprechen, denn das ist die Wahrheit, die in gleichem Maße sowohl für uns als auch für alle kriegführenden, ja sogar für die am Kriege nicht beteiligten Länder gilt.

„Iswestija ZIK" Nr. 209,
28. Oktober 1917,
„Prawda" Nr. 171,
10. November (28. Oktober) 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

4

REDE ÜBER DIE BODENFRAGE 26. OKTOBER (8. NOVEMBER)

Wir sind der Meinung, daß die Revolution gezeigt und bewiesen hat, wie wichtig es ist, die Bodenfrage in aller Klarheit zu stellen. Der Ausbruch des bewaffneten Aufstands, der Ausbruch der zweiten, der Oktoberrevolution, beweist ganz klar, daß der Grund und Boden den Bauern übergeben werden muß. Ein Verbrechen haben die gestürzte Regierung und die Paktiererparteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre begangen, die die Lösung der Bodenfrage unter verschiedenen Vorwänden verschleppten und damit das Land zum Ruin und zum Bauernaufstand führten. Heuchelei und feiger Betrug klingen aus ihrem Gezeter über Pogrome und Anarchie im Dorfe. Wo und wann sind Pogrome und Anarchie durch vernünftige Maßnahmen hervorgerufen worden? Wenn die Regierung vernünftig gehandelt hätte, wenn ihre Maßnahmen den Nöten der armen Bauern entgegengekommen wären, hätte dann die Bauernmasse in Unruhe geraten können? Aber alle Maßnahmen der Regierung, die von den Sowjets der Awksentjew und Dan gebilligt wurden, waren gegen die Bauern gerichtet und trieben sie zum Aufstand.

Nachdem die Regierung den Aufstand hervorgerufen hatte, erhob sie ein Geschrei über Pogrome und Anarchie, die sie doch selber verursacht hatte. Sie wollte den Aufstand mit Blut und Eisen unterdrücken, wurde aber selbst durch den bewaffneten Aufstand der revolutionären Soldaten, Matrosen und Arbeiter hinweggefegt. Die Regierung der Arbeiter- und Bauernrevolution muß vor allem die Bodenfrage lösen, jene Frage, die die gewaltigen Massen der armen Bauern beruhigen und zufriedenstellen kann. Ich will Ihnen die Punkte des Dekrets verlesen, das Ihre Sowjetregierung erlassen muß. Unter einem der Punkte dieses Dekrets ist ein

Wähleraufträg an die Bodenkomitees aufgeführt, der an Hand von 242 Wähleraufträgen der örtlichen Sowjets der Bauerndeputierten zusammengestellt wurde.

Dekret über den Grund und Boden

1. Das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden wird unverzüglich ohne jede Entschädigung aufgehoben.

2. Die Güter der Gutsbesitzer sowie alle Apanage-, Kloster- und Kirchenländereien mit ihrem gesamten lebenden und toten Inventar, ihren Wirtschaftsgebäuden und allem Zubehör gehen bis zur Konstituierenden Versammlung in die Verfügungsgewalt der Amtsbezirks-Bodenkomitees und der Kreissowjets der Bauerndeputierten über.

3. Jegliche Beschädigung des konfiszierten Besitzes, der von nun an dem ganzen Volk gehört, wird als schweres Verbrechen erachtet, das vom Revolutionsgericht zu ahnden ist. Die Kreissowjets der Bauerndeputierten ergreifen alle erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung der strengsten Ordnung bei der Konfiskation der Güter, zur Festlegung, welche Grundstücke und Grundstücke welchen Umfangs der Konfiskation unterliegen, zur Aufstellung eines genauen Verzeichnisses des gesamten der Konfiskation unterliegenden Besitzes und zum strengsten revolutionären Schutz aller in das Eigentum des Volkes übergehenden Wirtschaften mit allen Baulichkeiten, Geräten, Vieh, Vorräten usw.

4. Als Richtschnur für die Durchführung der großen Agrarumgestaltungen muß überall bis zur endgültigen Entscheidung dieser Frage durch die Konstituierende Versammlung der folgende bäuerliche Wähleraufträg dienen, der an Hand von 242 örtlichen Wähleraufträgen der Bauern von der Redaktion der „Iswestija Wserossiskowo Sowjeta Krestjanskich Deputatow" zusammengestellt und in Nummer 88 dieser „Iswestija" (Petrograd, Nr. 88 vom 19. August 1917) veröffentlicht wurde.

Bäuerlicher Wähleraufträg zur Bodenfrage

„Die Bodenfrage kann in ihrem ganzen Umfang nur durch die vom gesamten Volk gewählte Konstituierende Versammlung gelöst werden.

Die gerechteste Lösung der Bodenfrage ist die folgende:

1. *Das Privateigentum am Grund und Boden wird für immer aufgehoben*, der Boden darf weder verkauft noch gekauft, weder in Pacht gegeben noch verpfändet, noch auf irgendeine andere Weise veräußert werden.

Der gesamte Boden: *die Staats-, Apanage-, Kabinetts-, Kloster-, Kirchen-, Possessions-, Majorats-*[63] *und Privatländereien, das Gemeinde- und Bauernland usw., wird entschädigungslos enteignet*, zum Gemeineigentum des Volkes erklärt und allen, die ihn bearbeiten, zur Nutzung übergeben.

Den durch die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse Geschädigten steht lediglich das Recht auf öffentliche Unterstützung zu für die Zeit, die zur Anpassung an die neuen Existenzbedingungen erforderlich ist.

2. Alle Bodenschätze: Erze, Erdöl, Kohle, Salz usw., ebenso die Waldungen und Gewässer von staatlicher Bedeutung gehen in die ausschließliche Nutzung des Staates über. Alle kleinen Flüsse, Seen, Wälder usw. gehen in die Nutzung der Gemeinden über, wobei ihre Verwaltung den örtlichen Selbstverwaltungsorganen obliegt.

3. Ländereien mit *hochentwickelten* Wirtschaften: Gärten, Plantagen, Pflanzschulen, Baumschulen, Gewächshäuser usw., *unterliegen nicht der Aufteilung, sondern werden in Musterwirtschaften umgewandelt* und je nach ihrer Größe und Bedeutung *dem Staat oder den Gemeinden* zur ausschließlichen Nutzung übergeben.

Das Hofland, der den Städten und Dörfern gehörende Boden, einschließlich Haus- und Gemüsegärten, verbleiben in Nutzung der jetzigen Besitzer, wobei der Umfang dieser Grundstücke und die Höhe der Steuern für deren Nutzung durch das Gesetz festgelegt werden.

4. Gestüte, fiskalische und private Rassevieh- und Geflügelzüchtereien usw. werden konfisziert, zum Gemeineigentum des Volkes erklärt und gehen, je nach ihrer Größe und Bedeutung, in die ausschließliche Nutzung entweder des Staates oder der Gemeinde über.

Die Frage der Entschädigung unterliegt der Prüfung durch die Konstituierende Versammlung.

5. Das gesamte lebende und tote Wirtschaftsinventar der konfiszierten Ländereien geht, je nach ihrer Größe und Bedeutung, entschädigungslos in die ausschließliche Nutzung des Staates oder der Gemeinde über.

Die Konfiskation des Inventars erstreckt sich nicht auf die landarmen Bauern.

6. Das Recht der Bodennutzung erhalten alle Bürger des Russischen Staates (ohne Unterschied des Geschlechts), die den Boden selbst, mit Hilfe ihrer Familie, oder genossenschaftlich bearbeiten wollen, und zwar nur für so lange, wie sie imstande sind, ihn zu bearbeiten. Lohnarbeit wird nicht zugelassen.

Wird ein Mitglied einer Dorfgemeinde vorübergehend, auf die Dauer bis zu 2 Jahren, arbeitsunfähig, so ist die Dorfgemeinde verpflichtet, ihm innerhalb dieser Zeit bis zur Wiederherstellung seiner Arbeitsfähigkeit durch gesellschaftliche Bearbeitung seines Bodens Hilfe zu leisten.

Ackerbautreibende, die durch Alter oder Invalidität für immer die Möglichkeit verloren haben, den Boden selbst zu bearbeiten, gehen des Rechtes auf seine Nutzung verlustig, werden aber statt dessen vom Staat durch Pension versorgt.

7. Die Bodennutzung muß ausgleichend sein, d. h., der Boden wird je nach den örtlichen Verhältnissen auf Grund der Arbeitsnorm oder Verbrauchsnorm unter die Werktätigen aufgeteilt.

Die Formen der Bodennutzung müssen vollständig frei sein: Einzelwirtschaften, Einzelhöfe, Gemeinde- und Artelwirtschaften, je nachdem, wie die einzelnen Dörfer und Siedlungen beschließen.

8. Der gesamte Boden geht, nach seiner Enteignung, in den Bodenfonds über, der Eigentum des ganzen Volkes ist. Die Verteilung des Bodens unter die Werktätigen wird von den örtlichen und zentralen Selbstverwaltungskörperschaften geleitet, von den demokratisch organisierten, ständelosen ländlichen und städtischen Gemeinden bis zu den zentralen Gebietsbehörden.

Der Bodenfonds wird periodisch neu aufgeteilt, je nach dem Bevölkerungszuwachs, der Hebung der Produktivität der Landwirtschaft und der Bodenkultur.

Bei der Änderung der Grenzen der Anteile muß der ursprüngliche Kern des Anteils unangetastet bleiben.

Der Boden der ausscheidenden Mitglieder fällt an den Bodenfonds zurück, wobei die nächsten Verwandten der ausscheidenden Mitglieder und die von ihnen bezeichneten Personen das Vorzugsrecht auf die Zuweisung dieser Anteile erhalten.

Die für den Boden aufgewendeten Summen für Düngung und Melioration (grundlegende Verbesserungen) müssen bei der Rückgabe eines Bodenanteils an den Bodenfonds, soweit sie nicht ausgenutzt worden sind, erstattet werden.

Erweist es sich, daß in einzelnen Ortschaften der vorhandene Bodenfonds für die Befriedigung der gesamten örtlichen Bevölkerung nicht ausreicht, so ist die überschüssige Bevölkerung umzusiedeln.

Die Organisierung der Umsiedlung sowie die Unkosten für die Umsiedlung und die Versorgung mit Inventar usw. hat der Staat zu übernehmen.

Die Umsiedlung geht in folgender Reihenfolge vor sich: landlose Bauern, die eine Umsiedlung wünschen, sodann Gemeindemitglieder, die sich etwas zuschulden kommen ließen, Deserteure u. a. und schließlich nach Entscheidung durch das Los oder nach Übereinkunft."

Der ganze Inhalt dieses Wählerauftrags wird als Ausdruck des unbedingten Willens der gewaltigen Mehrheit der aufgeklärten Bauern ganz Rußlands zum provisorischen Gesetz erklärt, das bis zum Zusammentritt der Konstituierenden Versammlung nach Möglichkeit sofort, in gewissen seiner Teile aber in der erforderlichen Reihenfolge durchgeführt werden soll, die von den Kreissowjets der Bauerndeputierten festzusetzen ist.

5. Der Boden der einfachen Bauern und einfachen Kosaken unterliegt nicht der Konfiskation.

Hier werden Stimmen laut, das Dekret selbst und der Wählerauftrag seien von den Sozialrevolutionären abgefaßt worden. Sei's drum. Es ist einerlei, von wem sie abgefaßt worden sind; als demokratische Regierung können wir einen Beschluß der Volksmassen nicht umgehen, selbst wenn wir mit ihm nicht einverstanden wären. Wenn die Bauern das Dekret in der Praxis anwenden und an Ort und Stelle durchführen, so werden sie in der lebendigen Wirklichkeit selbst erkennen, wo die Wahrheit liegt. Und sogar wenn die Bauern den Sozialrevolutionären weiterhin Gefolgschaft leisten, selbst wenn sie dieser Partei die Mehrheit in der Konstituierenden Versammlung geben, werden wir wiederum sagen: Sei's drum. Das Leben ist der beste Lehrmeister, es wird zeigen, wer recht hat; mögen die Bauern an die Lösung dieser Frage von dem einen Ende herangehen und wir von dem anderen. Das Leben wird es mit sich bringen, daß wir in dem allgemeinen Strom der revolutionären schöpferischen Arbeit, bei der Ausarbeitung der neuen Staatsformen einander näherkommen. Wir müssen mit dem Leben Schritt halten, wir müssen der schöpferischen Kraft der Volksmassen volle Freiheit gewähren. Die alte, durch den bewaffneten Aufstand gestürzte Regierung wollte die Bodenfrage mit Hilfe der nicht abgesetzten alten zaristischen Bürokratie lösen. Aber anstatt die Frage zu lösen, führte die Bürokratie lediglich einen Kampf gegen die Bauern. Die Bauern haben in den acht Monaten unserer Revolution manches gelernt, sie wollen selber alle Bodenfragen lösen. Deshalb sind wir gegen jede Abänderung dieses Gesetzentwurfs, wir wollen keine Detaillierung, weil wir ein Dekret und kein Aktionsprogramm schreiben. Rußland ist groß, und die örtlichen Verhältnisse in Rußland sind mannigfaltig. Wir glauben, daß die Bauernschaft selbst es besser als wir verstehen wird, die Frage richtig, so wie es notwendig ist, zu lösen. Ob in unserem Geiste oder im Geiste

des Programms der Sozialrevolutionäre – das ist nicht das Wesentliche. Das Wesentliche ist, daß die Bauernschaft die feste Überzeugung gewinnt, daß es auf dem Lande keine Gutsbesitzer mehr gibt, daß es den Bauern selbst überlassen wird, alle Fragen zu entscheiden, selbst ihr Leben zu gestalten. (Stürmischer Beifall.)

„Iswestija ZIK" Nr. 209,
28. Oktober 1917,
„Prawda" Nr. 171,
10. November (28. Oktober) 1917.

Rede nach dem Text der „Prawda",
Dekret nach dem Text der „Iswestija ZIK".

5

BESCHLUSS ÜBER DIE BILDUNG DER ARBEITER- UND BAUERNREGIERUNG

Der Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten beschließt:

Zur Verwaltung des Landes wird bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung eine provisorische Arbeiter- und Bauernregierung gebildet, die den Namen Rat der Volkskommissare führt. Mit der Leitung der einzelnen Zweige des staatlichen Lebens werden Kommissionen beauftragt, deren Zusammensetzung die Durchführung des vom Kongreß verkündeten Programms in engster Zusammenarbeit mit den Massenorganisationen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Matrosen, Soldaten, Bauern und Angestellten gewährleisten muß. Die Regierungsgewalt wird von dem Kollegium der Vorsitzenden dieser Kommissionen, d. h. vom Rat der Volkskommissare, ausgeübt.

Die Kontrolle über die Tätigkeit der Volkskommissare sowie das Recht, sie abzusetzen, steht dem Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten und seinem Zentralexekutivkomitee zu.

Gegenwärtig setzt sich der Rat der Volkskommissare aus folgenden Personen zusammen:

Vorsitzender des Rates – *Wladimir Uljanow (Lenin)*;

Volkskommissar für Inneres – *A. I. Rykow*;

Für Landwirtschaft – *W. P. Miljutin*;

Für Arbeit – *A. G. Schljapnikow*;

Für Heer und Flotte – ein Komitee in folgender Zusammensetzung: *W. A. Owsejenko (Antonow)*; *N. W. Krylenko* und *P. J. Dybenko*;

Für Handel und Industrie – *W. P. Nogin*,

Für Volksbildung – *A. W. Lunatscharski*;
Für Finanzen – *I. I. Skworzow (Stepanow)*;
Für Auswärtiges – *L. D. Bronstein (Trotzki)*;
Für Justiz – *G. I. Oppokow (Lomow)*;
Für Ernährungswesen – *I. A. Theodorowitsch*;
Für Post und Telegraf – *N. P. Awilow (Glebow)*;
Vorsitzender des Kommissariats für Angelegenheiten der Nationalitäten – *I. W. Dshugaschwili (Stalin)*.

Der Posten des Volkskommissars für das Eisenbahnwesen bleibt vorübergehend unbesetzt.

Geschrieben am 26. Oktober (8. November) 1917.

Veröffentlicht am 27. Oktober (9. November) 1917 in „Rabotschi i Soldat" Nr. 10.

Nach dem Text des „Rabotschi i Soldat".

GESPRÄCH MIT HELSINGFORS ÜBER DIREKTE LEITUNG 27. OKTOBER (9. NOVEMBER) 1917

1

GESPRÄCH MIT DEM VORSITZENDEN DES EXEKUTIVKOMITEES DES HELSINGFORSER SOWJETS DER DEPUTIERTEN DER ARMEE, FLOTTE UND DER ARBEITER A. L. SCHEINMAN

– Sind Sie berechtigt, im Namen des Gebietskomitees der Armee und Flotte zu sprechen?

– Ja, natürlich.

– Sind Sie in der Lage, sofort eine möglichst große Zahl von Torpedobooten und anderen Kriegsschiffen nach Petrograd zu entsenden?

– Wir werden sofort den Vorsitzenden des Zentralkomitees der Baltischen Flotte rufen, da es sich um eine reine Flottenangelegenheit handelt.
Was gibt es Neues in Petrograd?

– Es sind Nachrichten eingelaufen, wonach Truppen Kerenskis vorgedrungen sind und Gatschina besetzt haben, und da ein Teil der Petrograder Truppen erschöpft ist, ist eine möglichst rasche und wirkungsvolle Verstärkung dringend erforderlich.

– Und was noch?

– Anstatt der Frage „Was noch?" habe ich die Erklärung erwartet, daß man bereit ist, aufzubrechen und den Kampf aufzunehmen.

– Das zu wiederholen, ist wohl nicht nötig; wir haben unseren Entschluß mitgeteilt, folglich wird auch alles wirklich getan werden.

– Haben Sie Vorräte an Gewehren und Maschinengewehren? Und in welcher Menge?

– Hier ist der Vorsitzende der Militärabteilung des Gebietskomitees, Michailow. Er wird Sie über die Armee in Finnland unterrichten.

2

GESPRÄCH MIT DEM VORSITZENDEN DER MILITÄRABTEILUNG DES GEBIETSKOMITEES DER ARMEE, FLOTTE UND DER ARBEITER FINNLANDS MICHAILOW

– Wieviel Mann brauchen Sie?

– Wir brauchen ein Maximum, aber nur zuverlässige Leute, die entschlossen sind zu kämpfen. Wieviel solcher Leute haben Sie?

– Etwa 5000. Wir können eiligst Leute schicken, die kämpfen werden.

– In wieviel Stunden können sie mit Gewißheit in Petrograd sein, wenn sie schnellstens aufbrechen?

– Spätestens in 24 Stunden.

– Auf dem Landwege?

– Mit der Eisenbahn.

– Können Sie die Verproviantierung dieser Truppen sicherstellen?

– Jawohl. Es ist reichlich Proviant vorhanden. Wir haben auch gegen 35 Maschinengewehre. Wir können auch ohne Schaden für die hiesige Situation einige Feldartillerie mit Mannschaften schicken.

– Ich bitte dringend im Namen der Regierung der Republik, die Truppen sofort in Marsch zu setzen, und bitte Sie ferner, mir mitzuteilen, ob Sie von der Bildung der neuen Regierung wissen und wie sie von den Sowjets bei Ihnen aufgenommen worden ist.

– Einstweilen haben wir von der Regierung nur aus den Zeitungen erfahren. Daß die Macht in die Hände der Sowjets übergegangen ist, ist bei uns mit Begeisterung begrüßt worden.

– Also werden die Landtruppen sofort in Marsch gesetzt werden, und ihre Verproviantierung ist sichergestellt?

– Jawohl. Wir werden die Truppen sofort in Marsch setzen und sie mit Proviant versehen. Am Apparat ist hier der stellvertretende Vorsitzende des Zentralkomitees der Baltischen Flotte, da Dybenko heute um 10 Uhr abends nach Petrograd gefahren ist.

3

GESPRÄCH MIT DEM VORSITZENDEN DES ZENTRALKOMITEES DER BALTISCHEN FLOTTE N. F. ISMAILOW

– Wieviel Torpedoboote und andere Kriegsschiffe können Sie schicken?

– Das Linienschiff „Respublika" und zwei Torpedoboote.

– Werden sie ebenfalls von Ihnen mit Proviant versorgt werden?

– Die Flotte verfügt über Proviant, und sie werden verproviantiert werden. Alle entsandten Torpedoboote und das Linienschiff „Respublika" werden, das kann ich mit Gewißheit sagen, die Sache der Revolution verteidigen. Seien Sie sicher, daß die Streitkräfte entsandt werden. Das wird unbedingt ausgeführt.

– In wieviel Stunden?

– In spätestens 18 Stunden. Müssen die Schiffe sofort abgehen?

– Jawohl. Die Regierung ist der absoluten Überzeugung, daß sie sofort abgehen müssen. Das Linienschiff muß in den Seekanal einlaufen und möglichst nahe am Ufer festmachen.

– Da das Linienschiff ein großes Schiff mit zwölfzölliger Artillerie ist, darf es nicht in der Nähe des Ufers festmachen: so könnte es mit bloßen Händen genommen werden. Für diesen Zweck kommen die Torpedoboote mit leichter Artillerie und Maschinengewehren in Frage. Was das Linienschiff betrifft, so muß es ungefähr auf der Höhe der Reede oder neben dem Kreuzer „Aurora" festmachen, da seine Artillerie eine Reichweite von 25 Werst hat. Das werden übrigens die Matrosen und der Kommandostab schon besorgen.

– Die Torpedoboote müssen in die Newa einlaufen, bis zur Höhe des Dorfes Rybazkoje, um die Nikolaus-Eisenbahn und alle Zugänge zu ihr zu verteidigen.

– Gut. Wird alles erledigt. Was haben Sie noch zu sagen?

– Ist eine Funkanlage an Bord der „Respublika" und kann sie sich während der Fahrt mit Petrograd in Verbindung setzen?

– Nicht nur auf der „Respublika", sondern auch auf den Torpedobooten, die selbst mit dem Eiffelturm Verbindung aufnehmen können. Im allgemeinen, wir versichern, daß alles gut ausgeführt werden wird.

– Also können wir darauf rechnen, daß alle genannten Schiffe sofort auslaufen?

– Jawohl, das können Sie. Wir werden sofort dringende Anordnungen erteilen, damit die genannten Schiffe rechtzeitig in Petrograd eintreffen.

– Haben Sie Vorräte an Gewehren und Patronen? Schicken Sie soviel wie möglich.

– Wir haben einen kleinen Vorrat auf den Schiffen. Was wir haben, werden wir schicken.

– Auf Wiedersehen. Besten Gruß.

– Auf Wiedersehen. Wer hat gesprochen? Ihr Name?

– Lenin.

– Auf Wiedersehen. Wir werden sofort alles veranlassen.

Zuerst veröffentlicht 1922 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 10.

Nach dem Telegrammstreifen.

BERATUNG DER REGIMENTSVERTRETER DER PETROGRADER GARNISON 29. OKTOBER (11. NOVEMBER) 1917[64]

Zeitungsbericht

1

REFERAT ÜBER DIE GEGENWÄRTIGE LAGE

Auf die politische Lage ausführlich einzugehen ist nicht nötig. Die politische Frage wird jetzt fast völlig zu einer militärischen Frage. Es ist ganz klar, daß Kerenski die Kornilowleute herangezogen hat; er hat sonst niemanden, auf den er sich stützen könnte. In Moskau haben sie den Kreml besetzt, die Vorstädte aber, wo die Arbeiter und überhaupt die arme Bevölkerung wohnen, sind nicht in ihrer Gewalt. An der Front steht niemand hinter Kerenski. Sogar schwankende Elemente, wie zum Beispiel die Mitglieder des Eisenbahnerverbands, sprechen sich für das Dekret über den Frieden und den Grund und Boden aus.

Die gewaltige Mehrheit der Bauern, Soldaten und Arbeiter ist für die Politik des Friedens.

Das ist nicht die Politik der Bolschewiki, überhaupt keine „Partei"-politik, sondern die Politik der Arbeiter, Soldaten und Bauern, d. h. der Mehrheit des Volkes. Wir führen nicht das Programm der Bolschewiki durch, und in der Bodenfrage haben wir unser Programm vollkommen den Wähleraufträgen der Bauern entnommen.

Es ist nicht unsere Schuld, daß die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki gegangen sind. Wir haben ihnen angeboten, die Macht zu teilen, aber sie wollen abwarten, bis der Kampf mit Kerenski beendet sein wird.

Wir haben alle eingeladen, sich an der Regierung zu beteiligen. Die

linken Sozialrevolutionäre haben erklärt, daß sie die Politik der Sowjetregierung unterstützen wollen. Sie haben nicht einmal gewagt zu erklären, daß sie mit dem Programm der neuen Regierung nicht einverstanden wären.

In der Provinz glaubt man solchen Zeitungen wie „Delo Naroda". Hier wissen alle, daß die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki gegangen sind, weil sie in der Minderheit geblieben waren. Die Petrograder Garnison weiß das. Sie weiß, daß wir eine Koalitions-Sowjetregierung wollten. Wir haben niemanden aus dem Sowjet ausgeschlossen. Wenn sie keine gemeinsame Arbeit wollten, um so schlimmer für sie. Den Menschewiki und Sozialrevolutionären werden die Soldaten- und Bauernmassen nicht folgen. Ich zweifle nicht daran, daß in jeder Arbeiter- und Soldatenversammlung neun Zehntel für uns sein werden.

Das Unterfangen Kerenskis ist ein ebenso klägliches Abenteuer wie der Anschlag Kornilows. Aber wir befinden uns jetzt in einem schwierigen Augenblick. Wir müssen energische Maßnahmen ergreifen zur Regelung der Lebensmittelversorgung, zur Beseitigung des Kriegselends. Wir können nicht warten, können keinen einzigen Tag den Aufstand Kerenskis dulden. Wenn die Kornilowleute einen neuen Vormarsch organisieren, so werden wir ihnen ebenso antworten, wie wir heute auf den Aufstand der Offiziersschüler geantwortet haben. Mögen die Offiziersschüler die Schuld bei sich selber suchen. Wir haben die Macht fast ohne Blutvergießen ergriffen. Wenn es Opfer gegeben hat, so nur auf unserer Seite. Das ganze Volk hat gerade die Politik gewollt, die die neue Regierung betreibt. Sie hat diese Politik nicht von den Bolschewiki, sondern von den Soldaten an der Front, den Bauern auf dem Lande und den Arbeitern in den Städten übernommen.

Das Dekret über die Arbeiterkontrolle muß in diesen Tagen herauskommen. Ich wiederhole: die politische Lage ist jetzt zur militärischen Lage geworden. Wir können einen Sieg Kerenskis nicht zulassen: dann würde es weder Frieden noch Land noch Freiheit geben. Ich zweifle nicht daran, daß die Petrograder Soldaten und Arbeiter, die soeben den siegreichen Aufstand vollzogen haben, imstande sein werden, die Kornilowleute zu schlagen. Bei uns hat es Mängel gegeben. Das kann man nicht bestreiten. Sie haben uns manches gekostet. Aber diese Mängel kann man beseitigen. Wir müssen, ohne eine einzige Stunde, ohne eine einzige

Minute zu verlieren, uns selbst organisieren, einen Stab organisieren. Das muß man noch heute tun. Wenn wir organisiert vorgehen, werden wir imstande sein, den Sieg in einigen Tagen, vielleicht auch schneller zu erringen.

Die durch den Willen der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten gebildete Regierung wird es nicht dulden, daß die Kornilowleute sie verhöhnen.

Die politische und die militärische Aufgabe besteht in der Organisierung eines Stabs, der Konzentrierung der materiellen Kräfte, der Versorgung der Soldaten mit allem Notwendigen. Das muß man tun, ohne eine einzige Stunde, ohne eine einzige Minute zu verlieren, damit alles sich ebenso erfolgreich weiterentwickle wie bisher.

2

REDE ÜBER DIE FRAGE DER BEWAFFNUNG DER TRUPPENTEILE

Die Zeit der großen Desorganisation ist zu Ende. Der Leiter des Stabes ist ernannt. Das wird bekanntgegeben werden. Die Periode der Schwankungen ist vorbei. Den Mangel an militärischer Ordnung, an Verbindungen bekamen wir sehr stark zu spüren. Jetzt ist festgestellt, daß in den Truppenteilen große Einigkeit und große Begeisterung herrschen. Ihr müßt selbst ans Werk gehen, jede Aktion selbst überprüfen: ob getan ist, was angeordnet wurde, ob Verbindung mit den Arbeiterorganisationen aufgenommen worden ist usw. Die Arbeiter werden euch dabei unterstützen. Ich möchte euch den Rat geben: Prüft durch eine Kontrollkommission oder durch die Regimentsvertreter jede Meldung, ohne euch auf jemand anderen zu verlassen, ob die Befehle ausgeführt worden sind, ob die Berichte über die Vorräte stimmen. Geht selbst ans Werk, prüft alles selbst, kontrolliert jeden Vorrat, jeden Schritt. Das ist die beste Garantie für den Erfolg.

3

REDE ÜBER DIE HERSTELLUNG DER ORDNUNG IN DER STADT

Ich schließe mich vollkommen der hier ausgesprochenen Meinung an: einen Teil der Arbeit zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt müssen die Arbeiter übernehmen. Bei dieser gemeinsamen Arbeit werden die Soldaten die Arbeiter im Gebrauch der Waffen unterrichten. Unsere Aufgabe, die wir keinen Augenblick außer acht lassen dürfen, ist die allgemeine Bewaffnung des Volkes und die Abschaffung des stehenden Heeres. Wenn die Arbeiterbevölkerung hinzugezogen wird, wird die Arbeit leichter sein. Zweckmäßig ist der Vorschlag der Genossen, jeden Tag zusammenzukommen. Es ist richtig, daß die russische Revolution viel Neues bringt, das keine einzige Revolution aufzuweisen hatte. Ein solches Organ wie die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten hat es früher nicht gegeben. Ihr müßt euch mit den Arbeitern verschmelzen, sie werden euch mit all dem versorgen, womit die Bourgeoisie euch bisher schlecht versorgt hat. Jeder Truppenteil muß zusammen mit der Arbeiterorganisation dafür sorgen, daß alles Notwendige für diesen euren Kampf herbeigeschafft werde, ohne erst auf Weisungen von oben zu warten. Von dieser Nacht an müßt ihr diese Aufgabe selbständig in Angriff nehmen. Wartet nicht auf Direktiven vom Stab, die Truppenteile mögen selbst Vorschläge machen. Ihr habt ein Mittel, das die Bourgeoisie niemals gekannt hat: sie hat nur ein einziges Mittel – sie kann kaufen; ihr aber könnt euch mit den Arbeitern selbst in Verbindung setzen, die alles das produzieren.

„Prawda" Nr. 174,
13. November (31. Oktober) 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

FUNKSPRUCH DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE 30. OKTOBER (12. NOVEMBER) 1917

An alle! An alle!

Der Gesamtrussische Sowjetkongreß hat eine neue, eine Sowjetregierung gebildet. Die Kerenskiregierung ist gestürzt und verhaftet. Kerenski ist geflüchtet. Alle Behörden sind in den Händen der Sowjetregierung. Am 29. Oktober begann ein Aufstand der Offiziersschüler, die am 25. Oktober auf Ehrenwort freigelassen worden waren. Der Aufstand wurde am selben Tage unterdrückt. Kerenski und Sawinkow sind mit Offiziersschülern und einem Teil der Kosaken durch betrügerische Manöver nach Zarskoje Selo vorgedrungen. Die Sowjetregierung hat zur Unterdrückung des neuen Kornilowschen Marsches auf Petrograd Kräfte mobilisiert. Flotteneinheiten, mit dem Panzerkreuzer „Respublika" an der Spitze, sind nach der Hauptstadt beordert worden. Die Offiziersschüler und die Kosaken Kerenskis schwanken. Bei uns treffen Gefangene aus dem Lager Kerenskis ein, die versichern, daß die Kosaken betrogen wurden und nicht schießen werden, wenn sie erfahren, worum es geht. Die Sowjetregierung ergreift alle Maßnahmen, um ein Blutvergießen zu verhüten. Sollte es nicht gelingen, ein Blutvergießen zu vermeiden, sollten die Truppen Kerenskis doch schießen, so wird die Sowjetregierung vor schonungslosen Maßnahmen zur Unterdrückung des neuen Kerenski-Kornilowschen Vorstoßes nicht zurückschrecken.

Wir bringen zur Kenntnis, daß der Sowjetkongreß, dessen Teilnehmer bereits abgereist sind, zwei wichtige Dekrete angenommen hat: 1. über den sofortigen Übergang aller Ländereien der Gutsbesitzer an die Bauernkomitees und 2. über das Angebot eines demokratischen Friedens.

Der Vorsitzende der Sowjetregierung
Wladimir Uljanow (Lenin)

„Iswestija ZIK" Nr. 212, 31. Oktober 1917.

Nach dem Text der „Iswestija ZIK".

ENTWURF EINER DIENSTVORSCHRIFT FÜR ANGESTELLTE

1. Alle Angestellten in größeren staatlichen, öffentlichen und privaten industriellen Unternehmen (mit nicht weniger als 5 Lohnarbeitern) werden verpflichtet, die ihnen übertragenen Arbeiten zu erledigen, und dürfen ihre Arbeitsstelle ohne besondere Genehmigung der Regierung, der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten oder der Gewerkschaften nicht verlassen.

2. Die Verletzung der in § 1 angeführten Vorschrift sowie jede Nachlässigkeit bei der Übergabe der Geschäfte und in der Rechenschaftslegung vor der Regierung und den Machtorganen oder im Verkehr mit dem Publikum und im Dienste der Volkswirtschaft wird mit Einziehung des gesamten Vermögens des Schuldigen und mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft.

Geschrieben Ende Oktober 1917.
Zuerst veröffentlicht 1928 im Lenin-Sammelband VIII.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF VON BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ARBEITERKONTROLLE[65]

1. In allen Industrie-, Handels-, Bank-, landwirtschaftlichen und sonstigen Betrieben mit (insgesamt) nicht weniger als 5 Arbeitern und Angestellten oder mit einem Jahresumsatz von nicht weniger als 10 000 Rubel wird die *Arbeiterkontrolle* über die Herstellung, die Lagerung und den Kauf und Verkauf aller Produkte und Rohstoffe eingeführt.

2. Die Arbeiterkontrolle wird von allen Arbeitern und Angestellten des Betriebes durchgeführt, entweder unmittelbar, wenn der Betrieb so klein ist, daß dies möglich ist, oder von ihren gewählten Vertretern, die *sofort* in allgemeinen Versammlungen zu wählen sind; dabei sind über die Wahlen Protokolle zu führen und die Namen der Gewählten der Regierung und den örtlichen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten mitzuteilen.

3. Ohne Erlaubnis der gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten ist es kategorisch verboten, einen Betrieb oder Produktionszweig, der staatliche Bedeutung hat (siehe § 7), stillzulegen oder irgendwelche Änderungen in seiner Tätigkeit vorzunehmen.

4. Diesen gewählten Vertretern muß die Einsicht in ausnahmslos *alle* Bücher und Dokumente, ebenso die Prüfung ausnahmslos *aller* Lager und Vorräte an Materialien, Werkzeugen und Produkten ermöglicht werden.

5. Die Beschlüsse der gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten sind für die Besitzer der Betriebe verbindlich und können nur durch die Gewerkschaftsverbände und -kongresse aufgehoben werden.

6. In allen Betrieben von staatlicher Bedeutung tragen *alle* Besitzer und *alle* gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten, die zur

Durchführung der Arbeiterkontrolle gewählt wurden, dem Staate gegenüber die Verantwortung für die strengste Ordnung und Disziplin und für den Schutz der Vermögenswerte. Wer sich der Fahrlässigkeit, der Verheimlichung von Vorräten schuldig macht, wer sich der Rechenschaftspflicht entzieht usw., wird mit Einziehung des gesamten Vermögens und mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft.

7. Als Betriebe von staatlicher Bedeutung gelten alle Betriebe, die für die Landesverteidigung arbeiten, ebenso Betriebe, die in der einen oder anderen Weise in Beziehung stehen zur Produktion für die Masse der Bevölkerung lebensnotwendiger Güter.

8. Ausführlichere Regeln für die Arbeiterkontrolle werden von den örtlichen Sowjets der Arbeiterdeputierten und den Konferenzen der Betriebskomitees sowie der Angestelltenausschüsse in Vollversammlungen ihrer Vertreter festgesetzt.

Geschrieben am 26. oder 27. Oktober (8. oder 9. November) 1917.
Zuerst veröffentlicht 1929 in der 2.–3. Ausgabe der Werke W. J. Lenins, Band XXII.

Nach dem Manuskript.

AUSFÜHRUNGEN IN DER SITZUNG DES ZK DER SDAPR(B) 1. (14.) NOVEMBER 1917

Protokollarische Niederschrift

1

Genosse Lenin ist der Auffassung, daß der Politik Kamenews augenblicklich ein Ende gemacht werden muß. Mit dem Gesamtrussischen Exekutivkomitee des Eisenbahnerverbandes sind jetzt keine Verhandlungen zu führen.[66] Man muß Truppen nach Moskau schicken. Er beantragt eine Resolution über das Exekutivkomitee des Eisenbahnerverbandes. Es gehört dem Sowjet nicht an und darf auch nicht zugelassen werden; die Sowjets sind freiwillige Organe, das Eisenbahnerkomitee aber hat keine Stütze in den Massen.

2

Genosse Lenin ist der Auffassung, die Verhandlungen hätten gleichsam als diplomatische Maskierung der militärischen Handlungen dienen sollen. Der einzig richtige Entschluß wäre, die Schwankungen der Schwankenden zu beseitigen und selbst entschlossen aufzutreten. Man muß den Moskauern zu Hilfe kommen, und unser Sieg ist gesichert.

3

Genosse Lenin. Die Frage, die vor uns steht, ist von entscheidender Bedeutung, und es ist an der Zeit, mit den Schwankungen Schluß zu machen. Es ist klar, daß das Eisenbahnerkomitee auf der Seite der Kaledin und Kornilow steht. Wir dürfen nicht schwanken. Hinter uns steht die Mehrheit der Arbeiter, der Bauern und der Armee. Hier hat niemand den

Beweis erbracht, daß die Massen gegen uns sind. Entweder mit den Agenten Kaledins oder mit den Massen. Wir müssen uns auf die Massen stützen, müssen Agitatoren in die Dörfer schicken. Das Eisenbahnerkomitee ist aufgefordert worden, Truppen nach Moskau zu transportieren. Es hat abgelehnt. Wir müssen an die Massen appellieren, und sie werden es davonjagen.

Zuerst veröffentlicht 1922 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 10.

Nach dem handschriftlichen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

RESOLUTION DES ZK DER SDAPR(B) ZUR FRAGE DER OPPOSITION INNERHALB DES ZK 2. (15.) NOVEMBER 1917

Das Zentralkomitee stellt fest, daß die gegenwärtige Sitzung von historischer Tragweite ist und daher die zwei Positionen, die hier zutage getreten sind, festgehalten werden müssen.

1. Das Zentralkomitee stellt fest, daß die Opposition, die sich innerhalb des ZK herausgebildet hat, alle grundlegenden Positionen des Bolschewismus sowie des proletarischen Klassenkampfes überhaupt voll und ganz preisgibt; sie wiederholt die zutiefst unmarxistischen Schlagworte von der Unmöglichkeit der sozialistischen Revolution in Rußland, von der Notwendigkeit, den ultimativen Forderungen und Rücktrittsdrohungen seitens der offenkundigen Minderheit der Sowjetorganisation nachzugeben; sie hintertreibt damit den Willen und den Beschluß des II. Gesamtrussischen Sowjetkongresses und sabotiert die eben geborene Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft.

2. Das Zentralkomitee macht diese Opposition für die Behinderung der revolutionären Arbeit und für die im jetzigen Zeitpunkt verbrecherischen Schwankungen voll verantwortlich, es fordert sie auf, ihre Diskussion und ihren Skeptizismus in die Spalten der Presse zu verlegen und sich von der praktischen Arbeit, an die sie nicht glaubt, zurückzuziehen. Denn aus dieser Opposition spricht nichts weiter als die Verängstigung durch die Bourgeoisie, sie ist nichts anderes als die Widerspiegelung der Stimmungen des ermüdeten (und nicht des revolutionären) Teils der Bevölkerung.

3. Das Zentralkomitee stellt fest, daß man, ohne Verrat an der Losung der Sowjetmacht zu üben, auf eine rein bolschewistische Regierung nicht verzichten kann, nachdem die Mehrheit des II. Gesamtrussischen Sowjet-

kongresses, ohne irgend jemanden vom Kongreß auszuschließen, dieser Regierung die Macht übertragen hat.

4. Das Zentralkomitee stellt fest, daß man, ohne Verrat an der Losung der Macht der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten zu üben, nicht einen kleinlichen Kuhhandel um den Anschluß von Organisationen an die Sowjets anfangen kann, die nicht zum Sowjettypus gehören, d. h. von Organisationen, die nicht auf der freiwilligen Vereinigung der revolutionären Vorhut der für den Sturz der Gutsbesitzer und Kapitalisten kämpfenden Massen beruhen.

5. Das Zentralkomitee stellt fest, daß Zugeständnisse gegenüber ultimativen Forderungen und Drohungen der Minderheit der Sowjets einem völligen Verzicht nicht nur auf die Sowjetmacht gleichkommen, sondern auch auf den Demokratismus, denn solche Zugeständnisse bedeuten, daß die Mehrheit Angst hat, ihre Mehrheit zu nutzen, bedeuten Unterwerfung unter die Anarchie, bedeuten, daß jede beliebige Minderheit ultimative Forderungen wiederholen wird.

6. Das Zentralkomitee stellt fest, daß es niemanden vom II. Gesamtrussischen Sowjetkongreß ausschließt und auch jetzt durchaus bereit ist, diejenigen, die gegangen sind, wieder zuzulassen und eine Koalition mit ihnen im Rahmen der Sowjets einzugehen, daß also die Behauptungen, die Bolschewiki wollten mit niemandem die Macht teilen, absolut unwahr sind.

7. Das Zentralkomitee stellt fest, daß es am Tage der Bildung der jetzigen Regierung, einige Stunden vor dieser Regierungsbildung, drei Vertreter der linken Sozialrevolutionäre zu seiner Sitzung eingeladen und ihnen in aller Form die Teilnahme an der Regierung angeboten hat. Die Absage der linken Sozialrevolutionäre, wenn sie auch nur vorläufig und bedingt war, lädt die ganze Verantwortung für das Nichtzustandekommen eines Abkommens mit ihnen restlos auf diese linken Sozialrevolutionäre.

8. Das Zentralkomitee erinnert daran, daß auf dem II. Gesamtrussischen Sowjetkongreß ein von der Fraktion der Bolschewiki eingebrachter Antrag angenommen worden ist, in dem die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht wurde, den Sowjet durch Soldaten aus den Schützengräben und Bauern aus den Landkreisen, aus den Dörfern zu ergänzen, daß also die Behauptungen, die bolschewistische Regierung sei gegen die Koalition mit

den Bauern, absolut unwahr sind. Im Gegenteil, das ZK erklärt, daß das Bodengesetz unserer Regierung, das eine wortgetreue Abschrift des Wählerauftrags der Sozialrevolutionäre darstellt, in der Praxis die volle und aufrichtigste Bereitschaft der Bolschewiki bewiesen hat, die Koalition mit der gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung Rußlands zu verwirklichen.

9. Das Zentralkomitee stellt schließlich fest, daß der Sieg des Sozialismus sowohl in Rußland als auch in Europa allen Schwierigkeiten zum Trotz nur durch die unentwegte Fortsetzung der Politik der jetzigen Regierung gesichert wird. Das Zentralkomitee ist von dem Sieg dieser sozialistischen Revolution völlig überzeugt und fordert alle Skeptiker und Schwankenden auf, alle ihre Schwankungen zu überwinden und die Tätigkeit dieser Regierung aus ganzer Seele, mit hingebungsvoller Energie zu unterstützen.

Lenin

Veröffentlicht ohne die ersten drei Punkte am 17. (4.) November 1917 in der „Prawda" Nr. 180.

Zuerst vollständig veröffentlicht 1932 in der 2.–3. Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band XXX.

Nach dem Manuskript.

ULTIMATUM DER MEHRHEIT DES ZK DER SDAPR (B) AN DIE MINDERHEIT

Die Mehrheit des ZK der SDAPR (Bolschewiki), die die Politik, wie sie der Rat der Volkskommissare bis zum gegenwärtigen Augenblick betrieben hat, vollkommen gutheißt, hält es für notwendig, an die Minderheit des ZK folgende kategorische Erklärung zu richten:

Die Politik unserer Partei für den gegenwärtigen Zeitabschnitt ist in der von Genossen Lenin vorgeschlagenen und gestern, am 2. November, vom ZK angenommenen Resolution festgelegt.* Diese Resolution erklärt jeden Versuch, unserer Partei den Verzicht auf die Macht aufzuzwingen, für Verrat an der Sache des Proletariats, nachdem der Gesamtrussische Sowjetkongreß, auf der Grundlage unseres Programms, diese Macht im Namen der Millionen Arbeiter, Soldaten und Bauern den Vertretern unserer Partei übergeben hat. Diese Grundlinie unserer Taktik, die sich aus unserem ganzen Kampf gegen die Politik des Paktierens ergibt und von der wir uns im Aufstand gegen die Kerenskiregierung leiten ließen, bildet gegenwärtig den revolutionären Wesenskern des Bolschewismus und wird vom ZK erneut gutgeheißen; sie ist für alle Parteimitglieder und in erster Linie für die Minderheit des ZK unbedingt bindend.

Indes trieben und treiben die Vertreter der Minderheit sowohl vor der gestrigen Sitzung des ZK als auch nach dieser Sitzung eine Politik, die sich offenkundig gegen die Grundlinie unserer Partei richtet, die unsere eigenen Reihen demoralisiert und Schwankungen in einem Augenblick hervorruft, wo größte Festigkeit und Standhaftigkeit notwendig sind.

So hat gestern in der Sitzung des ZEK die bolschewistische Fraktion unter direkter Teilnahme von ZK-Mitgliedern aus dem Lager der Min-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 271–273. *Die Red.*

derheit offen gegen einen Beschluß des ZK gestimmt (in der Frage der zahlenmäßigen und personellen Vertretung unserer Partei in der Regierung). Ein solch unerhörter Disziplinbruch, begangen durch Mitglieder des ZK, hinter dem Rücken des ZK, nach stundenlangen Debatten im ZK, die durch dieselben Vertreter der Opposition hervorgerufen worden waren, zeigt uns ganz klar, daß die Opposition die Parteiinstitutionen mürbe machen will, indem sie die Arbeit der Partei in einem Augenblick sabotiert, da von dem unmittelbaren Ausgang dieser Arbeit das Schicksal der Partei, das Schicksal der Revolution abhängt.

Für eine solche Lage der Dinge können und wollen wir nicht die Verantwortung tragen.

Indem wir uns mit dieser Erklärung an die Minderheit des ZK wenden, fordern wir eine kategorische Antwort in schriftlicher Form auf die Frage, ob die Minderheit sich verpflichtet, sich der Parteidisziplin zu fügen und die Politik durchzuführen, die in der vom ZK angenommenen Resolution des Genossen Lenin formuliert ist.

Sollte eine ablehnende oder unbestimmte Antwort auf diese Frage erfolgen, so werden wir uns sofort an das Petrograder Parteikomitee, an das Moskauer Parteikomitee, an die bolschewistische Fraktion des ZEK, an die Petrograder Stadtkonferenz und an einen außerordentlichen Parteitag mit dem alternativen Antrag wenden:

Entweder muß die Partei die jetzige Opposition beauftragen, eine neue Regierung zusammen mit denjenigen ihrer Verbündeten zu bilden, um derentwillen die Opposition jetzt unsere Arbeit sabotiert – und dann werden wir uns dieser neuen Regierung gegenüber, die zu nichts anderem als zu Schwankungen, zur Ohnmacht und zum Chaos führen kann, aller Verpflichtungen vollkommen enthoben betrachten.

Oder – und daran zweifeln wir nicht – die Partei wird die einzig mögliche, revolutionäre Linie, wie sie in dem gestrigen Beschluß des ZK zum Ausdruck gebracht wurde, gutheißen, und dann muß die Partei die Vertreter der Opposition aufs entschiedenste anweisen, ihre desorganisierende Arbeit nicht im Rahmen unserer Parteiorganisation zu betreiben. Einen anderen Ausweg gibt es nicht und kann es nicht geben. Selbstverständlich wäre eine Spaltung eine außerordentlich bedauerliche Tatsache. Aber eine ehrliche und offene Spaltung ist jetzt unvergleichlich besser als Sabotage innerhalb der Partei, als die Hintertreibung der eigenen Beschlüsse, als

Desorganisation und Entkräftung. Jedenfalls zweifeln wir keinen Augenblick: Wenn wir unsere Meinungsverschiedenheiten dem Urteil der Massen unterbreiten (es sind das im Grunde die gleichen Meinungsverschiedenheiten wie die mit der Gruppe „Nowaja Shisn" und der Gruppe Martows), so wird unsere Politik die unbedingte und selbstlose Unterstützung der revolutionären Arbeiter, Soldaten und Bauern finden und die schwankende Opposition in kürzester Frist isoliert und ohnmächtig sein.

Geschrieben am 3. (16.) November 1917.

Zuerst veröffentlicht 1922 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 7.

Nach einer maschinegeschriebenen Abschrift.

RESOLUTIONSENTWURF ZUR PRESSEFREIHEIT[67]

Die Bourgeoisie verstand unter Pressefreiheit die Freiheit für die Reichen, Zeitungen herauszugeben, die Beherrschung der Presse durch die Kapitalisten, die faktisch überall in allen Ländern, auch in den freiesten, zur Käuflichkeit der Presse geführt hat.

Die Arbeiter- und Bauernregierung versteht unter Pressefreiheit die Befreiung der Presse vom Joch des Kapitals, die Überführung der Papierfabriken und Druckereien in Staatseigentum, das gleiche Recht für jede Gruppe von Staatsbürgern, die eine bestimmte zahlenmäßige Stärke erreicht (z. B. 10 000), über einen entsprechenden Teil der Papiervorräte und der Druckereikapazität zu verfügen.

Als ersten Schritt zur Erreichung dieses Ziels, das unlöslich mit der Befreiung der Werktätigen vom kapitalistischen Joch verbunden ist, setzt die provisorische Arbeiter- und Bauernregierung eine Untersuchungskommission ein, deren Aufgabe es ist, die Verbindungen zwischen den periodischen Druckerzeugnissen und dem Kapital aufzudecken, ihre Geld- und Einkommenquellen, ihre Geldgeber festzustellen, die Deckung ihrer Fehlbeträge und das ganze Geschäftsgebaren der Zeitungen überhaupt zu prüfen. Jedes Verheimlichen von Rechnungsbüchern oder sonstigen Dokumenten vor der Untersuchungskommission wie auch jede wissentlich falsche Aussage werden vom Revolutionsgericht bestraft.

Alle Zeitungsbesitzer und Aktionäre sowie alle Angestellten werden verpflichtet, der *Untersuchungskommission* zur Aufdeckung der Verbindungen zwischen Presse und Kapital und der Abhängigkeit der Presse vom Kapital unverzüglich schriftliche Berichte und Angaben über die genannten Fragen einzureichen, und zwar an das Smolny-Institut in Petrograd.

Die Untersuchungskommission setzt sich aus folgenden Personen zusammen:*

Die Kommission ist berechtigt, ihren Personalbestand zu ergänzen, Sachverständige und Zeugen zu laden, Einblick in alle Bücher zu fordern usw.

Geschrieben am 4. (17.) November 1917.
Zuerst veröffentlicht am 7. November 1932 in der „Prawda" Nr. 309.

Nach dem Manuskript.

* Im Manuskript ist für die Angabe der Namen Platz gelassen. *Die Red.*

SITZUNG DES GESAMTRUSSISCHEN ZENTRALEXEKUTIVKOMITEES 4. (17.) NOVEMBER 1917

1

REDE ZUR PRESSEFRAGE[68]

Gen. Karelin hat uns versichert, daß der Weg, den er beschreitet, zum Sozialismus führe; aber so zum Sozialismus gehen heißt rücklings vorwärtsgehen. Trotzki hatte recht: im Namen der Pressefreiheit wurde der Aufstand der Offiziersschüler organisiert, wurde in Petrograd und Moskau der Krieg erklärt. Dieses Mal sind die Sozialrevolutionäre nicht als Sozialisten und Revolutionäre aufgetreten. In dieser Woche waren alle Telegrafenämter in den Händen Kerenskis. Das Gesamtrussische Exekutivkomitee des Eisenbahnerverbandes war auf ihrer Seite. Aber Truppen hatten sie nicht. Es zeigte sich, daß die Armee hinter uns steht. Ein verschwindendes Häuflein begann den Bürgerkrieg. Er ist nicht zu Ende. Kaledinleute marschieren auf Moskau, Stoßtruppen auf Petrograd. Wir wollen keinen Bürgerkrieg. Unsere Truppen haben große Geduld an den Tag gelegt. Sie haben abgewartet, haben nicht geschossen, und zuerst sind drei unserer Soldaten von den Stoßtruppen getötet worden. Wir sind mit Krasnow milde umgegangen. Er wurde nur in Hausarrest gehalten. Wir sind gegen den Bürgerkrieg. Wenn er aber trotzdem fortdauert, was sollen wir machen? Trotzki hatte recht, als er fragte, in wessen Namen Sie sprechen. Wir fragten Krasnow, ob er dafür bürge, daß Kaledin den Krieg nicht fortsetzen werde. Er antwortete natürlich, daß er das nicht tun könne. Wie sollen wir also die Verfolgungsmaß-

nahmen gegen den Feind einstellen, der seine feindlichen Aktionen nicht eingestellt hat?

Wenn man uns Friedensbedingungen anbietet, so werden wir Verhandlungen aufnehmen. Aber einstweilen bieten uns diejenigen Frieden an, von denen der Frieden nicht abhängt. Das sind nur schöne Worte. Ist doch die „Retsch" ein Organ der Kaledinleute. Wir wollen gern an die Aufrichtigkeit der Sozialrevolutionäre glauben, aber nichtsdestoweniger stehen hinter ihrem Rücken Kaledin und Miljukow.

Je standhafter ihr, Soldaten und Arbeiter, sein werdet, desto mehr werden wir erreichen. Im Gegenteil, man wird sagen: „Sie sind noch nicht stark, wenn sie Miljukow laufen lassen." Wir haben auch früher erklärt, daß wir die bürgerlichen Zeitungen verbieten werden, wenn wir die Macht übernehmen. Duldet man das Erscheinen solcher Zeitungen, so heißt das, daß man aufhört, Sozialist zu sein. Wer da sagt: „Laßt die bürgerlichen Zeitungen erscheinen", versteht nicht, daß wir mit ganzer Kraft dem Sozialismus entgegensteuern. Nach dem Sturz des Zarismus hat man doch die zaristischen Zeitungen verboten! Jetzt haben wir das Joch der Bourgeoisie abgeschüttelt. Nicht wir haben die soziale Revolution erfunden. Sie ist von den Delegierten des Sowjetkongresses proklamiert worden. Niemand hat protestiert. Alle haben das Dekret angenommen, in dem sie proklamiert wurde. Die Bourgeoisie proklamierte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Die Arbeiter sagen: „Nicht das brauchen wir." Man sagt uns: „Wir gehen zurück." Nein, Genossen, die Sozialrevolutionäre sind zu Kerenski zurückgegangen. Man sagt uns, daß unsere Resolution etwas Neues enthalte. Gewiß, wir bringen etwas Neues, weil wir dem Sozialismus entgegengehen. Als die Sozialrevolutionäre in der I. und II. Duma auftraten, hat man ebenfalls darüber gespottet, daß sie etwas Neues sagten.

Die privaten Inserate müssen monopolisiert werden. Die Mitglieder des Druckerverbandes betrachten diese Frage vom Standpunkt ihrer eigenen engen Interessen. Wir werden ihre Interessen sichern, aber in anderer Form. Wir können der Bourgeoisie nicht die Möglichkeit geben, uns zu verleumden. Wir müssen sofort eine Kommission zur Untersuchung der Abhängigkeit der bürgerlichen Zeitungen von den Banken einsetzen. Welche Freiheit brauchen diese Zeitungen? Die Freiheit, eine Masse Papier zu kaufen und eine Masse Schreiberlinge zu dingen? Von

dieser vom Kapital abhängigen Pressefreiheit müssen wir abkommen. Das ist eine Frage von prinzipieller Bedeutung. Wenn wir zur sozialen Revolution voranschreiten, so können wir nicht zu den Bomben Kaledins Lügenbomben hinzufügen.

Mängel sind in unserem Gesetzentwurf natürlich vorhanden. Aber die Sowjets werden das Gesetz überall entsprechend den örtlichen Bedingungen anwenden. Wir sind keine Bürokraten und klammern uns nicht an den Buchstaben, wie das in den alten Kanzleien der Fall war. Ich erinnere mich daran, wie die Sozialrevolutionäre erklärten: Wie furchtbar wenig weiß man auf dem Lande. Dort schöpft man alles aus dem „Russkoje Slowo". Wir sind schuld daran, daß wir die Zeitungen in den Händen der Bourgeoisie gelassen haben. Wir müssen vorwärtsschreiten, einer neuen Gesellschaft entgegengehen, und mit den bürgerlichen Zeitungen ebenso verfahren, wie wir mit den Schwarzhunderterzeitungen im Februar–März verfahren sind.

2

ANTWORT AUF EINE ANFRAGE DER LINKEN SOZIALREVOLUTIONÄRE

Die Anfrage der linken Sozialrevolutionäre beantwortet Genosse Lenin.[69] Er erinnert daran, daß die Bolschewiki in den ersten Tagen des Umsturzes den Vertretern der linken Sozialrevolutionäre anboten, in die neue Regierung einzutreten, daß aber die Fraktion der linken Sozialrevolutionäre selbst, die in jenen schweren, kritischen Tagen nicht die Verantwortung mit ihren Nachbarn von links teilen wollten, die Zusammenarbeit mit den Bolschewiki ablehnte.

Die neue Regierung durfte in ihrer Tätigkeit nicht vor allen Hindernissen haltmachen, die sich ihr bei genauer Beachtung aller Formalitäten in den Weg stellen konnten. Der Augenblick war zu ernst und duldete keinen Verzug. Es durfte keine Zeit verschwendet werden, um Unebenheiten zu glätten, die nur das äußere Bild betrafen, aber nichts am Wesen der neuen Maßnahmen änderten. Hat doch auch der II. Gesamtrussische Sowjetkongreß alle formalen Schwierigkeiten beiseite geschoben und in einer großen Sitzung zwei Gesetze von weltgeschichtlicher Bedeutung angenommen. Mögen vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft diese Gesetze formale Mängel haben, aber die Macht befindet sich doch in den Händen der Sowjets, die die nötigen Korrekturen vornehmen können. Die verbrecherische Untätigkeit der Kerenskiregierung hat das Land und die Revolution an den Rand des Abgrunds gebracht. Zögern bedeutet hier wahrhaftig Tod, und indem die neue Regierung Gesetze erläßt, die den Erwartungen und Hoffnungen der breiten Volksmassen entgegenkommen, errichtet sie Marksteine auf dem Wege der Entwicklung neuer Lebensformen. Die örtlichen Sowjets können die grundlegenden Bestimmungen, die die Regierung erläßt, entsprechend den örtlichen Bedingun-

gen und der Zeit modifizieren, erweitern und ergänzen. Die lebendige schöpferische Tätigkeit der Massen, das ist der Hauptfaktor des neuen öffentlichen Lebens. Mögen die Arbeiter an die Organisierung der Arbeiterkontrolle in ihren Fabriken und Werken gehen, mögen sie das Land mit Fertigerzeugnissen versorgen, sie gegen Brot austauschen. Über jedes Erzeugnis, jedes Pfund Brot muß Buch geführt werden, denn Sozialismus, das ist vor allen Dingen Rechnungsführung. Der Sozialismus wird nicht durch Erlasse von oben geschaffen. Seinem Geiste ist der fiskalisch-bürokratische Automatismus fremd. Der lebendige, schöpferische Sozialismus ist das Werk der Volksmassen selbst.

3

ANTWORT AUF EINE ANFRAGE DER LINKEN SOZIALREVOLUTIONÄRE

1

Lenin geht auf die konkreten Beschuldigungen ein, die gegen den Rat der Volkskommissare erhoben worden sind. Von dem Befehl Murawjows[70] hat der Rat der Volkskommissare erst aus den Zeitungen erfahren, da dem Oberkommandierenden das Recht erteilt worden ist, eigenmächtig Befehle zu erlassen, die keinen Aufschub dulden. Da dieser Befehl zwar nichts enthielt, was dem Geist der neuen Macht widerspricht, in seiner Fassung aber unliebsame Mißverständnisse hervorrufen konnte, hat das Zentralexekutivkomitee ihn annulliert. Ferner kritisieren Sie das Dekret über den Grund und Boden. Dieses Dekret entspricht aber den Forderungen des Volkes. Sie beschuldigen uns des Schematismus. Aber wo sind Ihre Entwürfe, Abänderungsanträge, Resolutionen? Wo sind die Früchte Ihres gesetzgeberischen Schaffens? Sie hatten die Freiheit zu schaffen. Aber wir sehen nichts davon. Sie sagen, wir seien Extremisten. Wer aber sind Sie? Apologeten der parlamentarischen Obstruktion, dessen, was man früher Ränkeschmieden nannte. Wenn Sie unzufrieden sind, so berufen Sie einen neuen Kongreß ein, handeln Sie, aber reden Sie nicht vom Zerfall der Macht. Die Macht gehört unserer Partei, die sich auf das Vertrauen der breiten Volksmassen stützt. Zwar nehmen einige unserer Genossen eine Position ein, die nichts mit dem Bolschewismus gemein hat. Doch die Arbeitermassen Moskaus werden den Rykow und Nogin nicht folgen. Gen. Proschjan hat erklärt, daß die linken Sozialrevolutionäre in Finnland, wo sie mit den Massen Kontakt hatten, die engste Zusammenarbeit des gesamten linken Flügels des revolutio-

nären Sozialismus für notwendig hielten. Wenn hier aber die linken Sozialrevolutionäre sich uns nicht anschließen, so beweisen sie damit nur, daß sie hier das gleiche Schicksal ereilt hat wie ihre Vorläufer, die Vaterlandsverteidiger. Sie haben sich vom Volke getrennt.

2

Lenin und Trotzki verweisen auf das Beispiel der Parteitage und auf die Notwendigkeit, sich der Parteidisziplin unterzuordnen, und erklären, daß sie an der Abstimmung teilnehmen werden.

4

REDE UND RESOLUTION ZUR ERKLÄRUNG EINER GRUPPE DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DEN AUSTRITT AUS DEM RAT DER VOLKSKOMMISSARE

Lenin wendet sich gegen seine Vorredner. Er weist darauf hin, daß die Worte „Der Westen bewahrt schändliches Schweigen"[71] im Munde eines Internationalisten unzulässig sind. Nur ein Blinder kann die Gärung übersehen, die die Arbeitermassen Deutschlands und des Westens erfaßt hat. Die Oberschicht des deutschen Proletariats, die sozialistische Intelligenz besteht dort, wie überall, in ihrer Mehrheit aus Vaterlandsverteidigern. Aber die proletarischen Massen sind entgegen dem Willen ihrer Spitzen bereit, unserem Ruf zu folgen. Die in der deutschen Armee und Flotte herrschende grausame Disziplin hat das Auftreten oppositioneller Elemente nicht verhindern können. Die revolutionären Matrosen der deutschen Flotte, die von vornherein wußten, daß ihr Unternehmen zum Scheitern verurteilt war, gingen heldenmütig in den sicheren Untergang, nur um durch ihren Tod den im Volke noch schlummernden Geist des Aufruhrs zu wecken. Die „Spartakusgruppe" betreibt ihre revolutionäre Propaganda immer intensiver. Der Name Liebknechts, des unermüdlichen Kämpfers für die Ideale des Proletariats, wird in Deutschland mit jedem Tag populärer.

Wir glauben an die Revolution im Westen. Wir wissen, daß sie unvermeidlich ist, aber auf Bestellung läßt sie sich natürlich nicht machen. Konnten wir etwa im Dezember vorigen Jahres mit Bestimmtheit die kommenden Februartage voraussehen? Wußten wir etwa im September mit Sicherheit, daß einen Monat darauf die revolutionäre Demokratie in Rußland die größte Umwälzung der Welt herbeiführen wird? Wir wußten, daß die alte Macht sich auf einem Vulkan befand. Auf Grund vieler Anzeichen errieten wir jene gewaltige unterirdische Bewegung, die in den Tiefen des Volksbewußtseins vor sich ging. Wir fühlten, daß die Luft mit

Elektrizität geladen war. Wir wußten, daß sie sich unvermeidlich in einem reinigenden Gewitter entladen werde. Aber wir konnten nicht prophezeien, an welchem Tage, in welcher Stunde dieses Gewitter ausbrechen werde. Dasselbe Bild wie bei uns sehen wir jetzt auch in Deutschland. Auch dort reift dieselbe dumpfe Unzufriedenheit der Volksmassen heran, die unvermeidlich in eine Volksbewegung münden wird. Wir können die Revolution nicht dekretieren, aber sie zu fördern sind auch wir imstande. Wir werden in den Schützengräben die organisierte Verbrüderung herbeiführen und den Völkern des Westens helfen, die unbesiegbare sozialistische Revolution zu beginnen. Gen. Sachs sprach ferner von einer Dekretierung des Sozialismus. Fordert aber etwa die jetzige Regierung nicht die Massen selbst zur Schaffung besserer Lebensformen auf? Austausch der Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie gegen Brot, strenge Kontrolle und Rechnungsführung in der Produktion – das ist der Anfang des Sozialismus. Jawohl, unsere Republik wird eine Republik der Arbeit sein. Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen.

Weiter. Worin denn äußert sich die Isolierung unserer Partei? Darin, daß einzelne Intellektuelle sich abspalten. Aber wir finden mit jedem Tage immer größere Unterstützung bei der Bauernschaft. Nur der wird siegen und die Macht behaupten, der an das Volk glaubt, der bis auf den Grund der lebendigen Schöpferkraft des Volkes tauchen wird.

Ferner schlägt Genosse Lenin dem ZEK folgende Resolution vor:

Das ZEK beauftragt den Rat der Volkskommissare, zur nächsten Sitzung Kandidaturen für die Posten der Volkskommissare für Inneres, für Handel und Industrie aufzustellen, und schlägt dem Gen. Kolegajew vor, den Posten des Volkskommissars für Landwirtschaft zu übernehmen.

„Prawda" Nr. 182, 20. (7.) November 1917 und „Iswestija ZIK" Nr. 218, 7. November 1917.

Nach dem Text der „Iswestija ZIK": die Resolution zur Erklärung einer Gruppe der Volkskommissare nach dem Text des Buches „Sitzungsprotokolle des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosakendeputierten, II. Wahlperiode", hrsg. vom Gesamtrussischen ZEK, 1918.

REDE IN DER SITZUNG DES PETROGRADER SOWJETS DER ARBEITER- UND SOLDATEN-DEPUTIERTEN ZUSAMMEN MIT DEN VERTRETERN DER FRONT 4. (17.) NOVEMBER 1917

Zeitungsbericht

Ich bin nicht imstande, einen großen Bericht zu erstatten, ich kann mich nur ganz kurz über die Lage der neuen Regierung, über ihr Programm und ihre Aufgaben äußern.

Sie wissen, wie einmütig die Forderung nach einer Politik des Friedens, die Forderung, sofort ein Friedensangebot zu machen, erhoben worden ist. Es gibt keinen einzigen bürgerlichen Minister in ganz Europa und bei uns, der nicht Frieden versprochen hätte. Von der Verlogenheit dieser Reden haben sich die russischen Soldaten überzeugt. Man versprach ihnen eine Politik des Friedens, bot aber keinen Frieden an und trieb sie statt dessen in die Offensive. Wir hielten es für die erste Pflicht unserer Regierung, sofort Frieden anzubieten, und das ist geschehen.

Genosse Lenin legt dar, welche Bedingungen die neue Regierung in ihrem Friedensangebot gestellt hat, und fährt fort: Wenn die Staaten ihre Kolonien behalten, so wird das bedeuten, daß dieser Krieg niemals ein Ende nehmen wird. Welchen Ausweg gibt es? Es gibt nur einen Ausweg: den Sieg der Arbeiter- und Bauernrevolution über das Kapital. Wir haben niemals versprochen, daß man den Krieg auf einen Schlag beenden kann, indem man die Bajonette in die Erde stößt. Es ist Krieg, weil Milliardenkapitale, die unter sich die ganze Welt aufgeteilt haben, zusammengestoßen sind, und ohne die Macht des Kapitals zu beseitigen, kann man dem Krieg kein Ende machen.

Lenin geht auf den Übergang der Macht an die Sowjets ein und erklärt, daß er jetzt eine neue Erscheinung beobachte: Die Bauern wollen nicht glauben, daß die ganze Macht den Sowjets gehört, sie erwarten noch etwas von der Regierung und vergessen, daß der Sowjet keine private,

sondern eine staatliche Einrichtung ist. Wir erklären, daß wir einen neuen Staat wollen, daß der Sowjet die alte Beamtenschaft ersetzen muß, daß das ganze Volk lernen muß, den Staat zu verwalten. Erhebt euch zu eurer ganzen Größe, richtet euch auf, dann werden uns keine Drohungen gefährlich werden. Die Offiziersschüler haben versucht, einen Aufstand zu organisieren, aber wir sind mit ihnen fertig geworden. Sie haben in Moskau ein Gemetzel angerichtet und an der Kremlmauer Soldaten niedergeschossen. Als aber das Volk siegte, hat es den Feinden nicht nur die militärischen Ehren, sondern auch die Waffen gelassen.

Das Gesamtrussische Exekutivkomitee des Eisenbahnerverbandes droht uns mit einem Streik, aber wir werden uns an die Massen wenden und sie fragen, ob sie durch einen Streik die Soldaten an der Front und das Volk im Hinterland dem Hunger ausliefern wollen, und ich zweifle nicht, daß das Eisenbahnerproletariat sich dazu nicht hergeben wird. Man wirft uns vor, daß wir Verhaftungen vornehmen. Jawohl, wir nehmen Verhaftungen vor, und heute haben wir den Direktor der Staatsbank verhaftet. Man wirft uns vor, daß wir Terror anwenden, aber einen Terror, wie ihn die französischen Revolutionäre anwandten, die waffenlose Menschen guillotinierten, wenden wir nicht an und werden wir, wie ich hoffe, nicht anwenden. Ich hoffe, wir werden ihn nicht anwenden, denn wir sind eine Macht. Als wir Verhaftungen vornahmen, sagten wir: wir lassen euch frei, wenn ihr unterschreibt, daß ihr keine Sabotage treiben werdet. Und solche Unterschriften werden gegeben. Unser Mangel besteht darin, daß die Sowjetorganisation noch nicht verwalten gelernt hat, wir halten zuviel Versammlungen ab. Die Sowjets sollten Abteilungen bilden und die Sache der Verwaltung in Angriff nehmen. Unsere Aufgabe besteht darin, zum Sozialismus voranzuschreiten. In diesen Tagen haben die Arbeiter das Gesetz über die Kontrolle der Produktion erhalten. Auf Grund dieses Gesetzes sind die Betriebskomitees eine staatliche Einrichtung. Die Arbeiter müssen sofort dieses Gesetz verwirklichen. Die Arbeiter werden den Bauern Stoffe und Eisen geben, die Bauern aber werden ihnen Brot geben. Ich habe soeben einen Genossen aus Iwanowo-Wosnessensk getroffen, und er hat mir erklärt, daß das die Hauptsache ist. Sozialismus ist Rechnungsführung. Wenn man über jedes Stück Eisen und Stoff Buch führt, so wird das Sozialismus sein. Für die Produktion brauchen wir Ingenieure, und wir schätzen ihre Arbeit sehr. Wir werden sie gern bezahlen. Wir

wollen ihnen einstweilen ihre privilegierte Stellung nicht nehmen. Jeden, der arbeiten will, schätzen wir, aber er soll nicht als Chef, sondern als Gleichberechtigter unter der Kontrolle der Arbeiter arbeiten. Wir hegen keine Spur von Erbitterung gegen ihre Person, und wir werden alles tun, um ihnen zu helfen, sich in der neuen Situation zurechtzufinden.

Was die Bauern betrifft, so sagen wir: Man muß dem werktätigen Bauern helfen, darf den Mittelbauern nicht kränken und muß den reichen Bauern zwingen. Nach der Revolution vom 25. Oktober hat man uns gedroht, daß man uns vernichten werde. Es gibt Leute, die Angst davor bekamen und die Macht wegwerfen wollten, aber es ist nicht gelungen, uns zu vernichten. Es ist nicht gelungen, weil unsere Feinde sich nur auf die Offiziersschüler stützen können, das Volk aber ist für uns. Hätte es nicht jenen allgemeinen Enthusiasmus der Soldaten und Arbeiter gegeben, die Macht wäre niemals den Händen der Machthaber entglitten. Die Macht ist an die Sowjets übergegangen. Die Sowjets sind die Organisation der vollen Freiheit des Volkes. Wir, die Sowjetregierung, haben unsere Vollmachten vom Sowjetkongreß erhalten und werden handeln wie bisher, in der Überzeugung, daß Sie uns unterstützen werden. Wir haben niemand ausgeschlossen. Wenn die Menschewiki und Sozialrevolutionäre gegangen sind, so haben sie damit ein Verbrechen begangen. Wir haben den linken Sozialrevolutionären die Teilnahme an der Regierung angeboten, aber sie haben abgelehnt. Wir wollen nicht um die Macht schachern, wir wollen keinen Kuhhandel. Die städtische Duma, dieses Zentrum der Kornilowleute, werden wir nicht an die Macht heranlassen. Man behauptet, wir seien isoliert. Die Bourgeoisie hat um uns eine Atmosphäre der Lügen und der Verleumdungen geschaffen, aber ich habe noch keinen Soldaten gesehen, der den Übergang der Macht an die Sowjets nicht mit Begeisterung begrüßt hätte. Ich habe keinen Bauern gesehen, der sich gegen die Sowjets ausgesprochen hätte. Wir brauchen ein Bündnis der armen Bauernschaft mit den Arbeitern, dann wird der Sozialismus in der ganzen Welt siegen. (Die Mitglieder des Sowjets erheben sich von ihren Plätzen, und unter stürmischen Ovationen verläßt Lenin die Rednertribüne.)

„Prawda" Nr. 181, 18. (5.) November 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

ANTWORT AUF ANFRAGEN VON BAUERN[72]

In Beantwortung zahlreicher Anfragen von Bauern erklärt der Rat der Volkskommissare: Die gesamte Macht im Staate ist jetzt voll und ganz in die Hände der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten übergegangen. Die Arbeiterrevolution hat in Petrograd und Moskau gesiegt und siegt an allen übrigen Orten Rußlands. Die Arbeiter- und Bauernregierung sichert das Bündnis der Masse der Bauern, der armen Bauern, der Mehrheit der Bauern mit den Arbeitern gegen die Gutsbesitzer, gegen die Kapitalisten.

Deshalb sind die Sowjets der Bauerndeputierten, in erster Linie die Kreissowjets, dann die Gouvernementssowjets von jetzt an bis zur Konstituierenden Versammlung die bevollmächtigten örtlichen Organe der Staatsmacht. Das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden ist vom Zweiten Gesamtrussischen Sowjetkongreß *aufgehoben* worden. Die jetzige Provisorische Arbeiter- und Bauernregierung hat bereits den Erlaß über den Grund und Boden herausgegeben. Auf Grund dieses Erlasses gehen die gesamten Ländereien der Gutsbesitzer vollständig in die Hände der Sowjets der Bauerndeputierten über.

Die Amtsbezirks-Bodenkomitees müssen sofort die Verfügungsgewalt und die strengste Kontrolle über alle Ländereien der Gutsbesitzer übernehmen, die volle Ordnung gewährleisten und über das ehemalige Eigentum der Gutsbesitzer, das jetzt Gemeineigentum des ganzen Volkes geworden ist und deshalb vom Volke selbst geschützt werden muß, sorgfältig wachen.

Alle Anordnungen der Amtsbezirks-Bodenkomitees, die mit Zustimmung der Kreissowjets der Bauerndeputierten getroffen wurden, haben

volle Gesetzeskraft und müssen unbedingt und sofort durchgeführt werden.

Die Arbeiter- und Bauernregierung, die vom Zweiten Gesamtrussischen Sowjetkongreß eingesetzt worden ist, trägt den Namen Rat der Volkskommissare.

Der Rat der Volkskommissare fordert die Bauern auf, selbst die ganze lokale Macht in ihre Hände zu nehmen. Die Arbeiter werden die Bauern restlos, in jeder Weise und mit allen Mitteln unterstützen, werden die Produktion von Maschinen und Geräten in Gang bringen und bitten die Bauern, ihrerseits durch Zufuhr von Getreide zu helfen.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

Petrograd, 5. November 1917

„Iswestija ZIK" Nr. 219, 8. November 1917.

Nach dem Manuskript.

AN DIE BEVÖLKERUNG

Genossen Arbeiter, Soldaten, Bauern, alle Werktätigen!

Die Arbeiter- und Bauernrevolution hat in Petrograd endgültig gesiegt; die letzten Reste der wenigen von Kerenski betrogenen Kosaken sind zerstreut und festgenommen. Die Revolution hat auch in Moskau gesiegt. Noch bevor in Moskau einige Militärzüge aus Petrograd eintrafen, unterzeichneten dort die Offiziersschüler und die anderen Kornilowleute die Friedensbedingungen, die Entwaffnung der Offiziersschüler und die Auflösung des Komitees zur Rettung des Vaterlands[73].

Von der Front und vom Lande kommen täglich und stündlich Mitteilungen, daß die überwiegende Mehrheit der Soldaten in den Schützengräben und der Bauern in den Landkreisen die neue Regierung und ihre Gesetze über das Friedensangebot und die unverzügliche Übergabe des Grund und Bodens an die Bauern unterstützt. Der Sieg der Arbeiter- und Bauernrevolution ist gesichert, denn die Mehrheit des Volkes hat sich bereits für sie erklärt.

Es ist durchaus verständlich, daß die Gutsbesitzer und Kapitalisten, die mit der Bourgeoisie eng verbundenen *leitenden* Angestellten und Beamten, mit einem Wort, alle Reichen und ihre Handlanger, die neue Revolution feindselig aufnehmen, sich ihrem Sieg widersetzen und drohen, den Bankbetrieb stillzulegen, die Arbeit verschiedener Behörden stören oder stillegen, sie in jeder Weise behindern, sie bald direkt, bald indirekt hemmen. Jeder klassenbewußte Arbeiter verstand sehr wohl, daß wir unvermeidlich auf solchen Widerstand stoßen werden, die ganze bolschewistische Parteipresse hat dies viele Male hervorgehoben. Die werk-

tätigen Klassen werden sich keinen Augenblick lang durch diesen Widerstand einschüchtern lassen, werden nicht im geringsten die Drohungen und die Streiks der Anhänger der Bourgeoisie fürchten.

Hinter uns steht die Mehrheit des Volkes. Hinter uns steht die Mehrheit der Werktätigen und Unterdrückten in der ganzen Welt. Unsere Sache ist gerecht. Unser Sieg ist gesichert.

Den Widerstand der Kapitalisten und der leitenden Angestellten werden wir brechen. Wir werden niemandem seinen Besitz nehmen, es sei denn durch ein besonderes Staatsgesetz über die Nationalisierung der Banken und Syndikate. Dieses Gesetz ist in Vorbereitung. Kein einziger Werktätiger, kein Arbeitender wird auch nur eine Kopeke verlieren, im Gegenteil, ihm wird geholfen werden. Außer der strengsten Rechnungsführung und Kontrolle, außer einer gewissenhaften Erhebung der früher festgelegten Steuern will die Regierung keine anderen Maßnahmen treffen.

Im Namen dieser gerechten Forderungen hat sich die gewaltige Mehrheit des Volkes um die provisorische Arbeiter- und Bauernregierung zusammengeschlossen.

Genossen! Werktätige! Denkt daran, daß *ihr selber* jetzt den Staat verwaltet! Niemand wird euch helfen, wenn ihr euch nicht selber vereinigt und nicht *alle Angelegenheiten* des Staates in *eure* Hände nehmt. *Eure* Sowjets sind von nun an die Organe der Staatsgewalt, bevollmächtigte, beschließende Organe.

Schließt euch um eure Sowjets zusammen. Stärkt sie. Ohne auf jemand zu warten, geht selbst ans Werk, beginnt von unten. Stellt die strengste revolutionäre Ordnung her, unterdrückt schonungslos jeden Versuch von Säufern, Raufbolden, konterrevolutionären Offiziersschülern, Kornilowleuten und dergleichen, Anarchie hervorzurufen.

Führt die strengste Kontrolle über die Produktion und über die Erfassung der Produkte ein. Nehmt jeden fest und stellt ihn vor das revolutionäre Gericht des Volkes, der es wagt, die Sache des Volkes zu schädigen, ganz gleich, ob sich dies in Sabotage (Schädigung, Hemmung, Unterminierung) der Produktion, in der Zurückhaltung von Getreide- und Lebensmittelvorräten äußert oder in der Verzögerung von Getreidetransporten, der Desorganisation von Eisenbahn, Post, Telegraf, Telefon und überhaupt in jedem wie immer gearteten Widerstand gegen die große Sache des Friedens, die Übergabe des Grund und Bodens an die Bauern,

die Sicherstellung der Arbeiterkontrolle über die Produktion und über die Verteilung der Produkte.

Genossen! Arbeiter, Soldaten, Bauern und alle Werktätigen! Nehmt die *ganze* Macht in die Hand *eurer* Sowjets! Schützt und hütet wie euren Augapfel den Boden, das Getreide, die Fabriken, die Maschinen, die Produkte, das Verkehrswesen – das alles wird von nun an *gänzlich* euer Eigentum, wird Gemeineigentum des ganzen Volkes sein. Nach und nach werden wir, mit Zustimmung und Billigung der Mehrheit der Bauern, auf Grund der *praktischen* Erfahrungen der Bauern und der Arbeiter, fest und unbeirrt zum Sieg des Sozialismus voranschreiten, den die fortgeschrittenen Arbeiter der zivilisiertesten Länder verankern werden und der den Völkern einen dauerhaften Frieden und die Befreiung von jeglicher Unterdrückung und jeglicher Ausbeutung bringen wird.

Petrograd, 5. November 1917

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

„Prawda" Nr. 4 (Abendausgabe), 19. (6.) November 1917.

Nach dem Manuskript.

VOM ZENTRALKOMITEE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI RUSSLANDS (BOLSCHEWIKI)

An die Genossen Kamenew, Sinowjew, Rjasanow und Larin

Das Zentralkomitee hat bereits einmal den prominentesten Vertretern Ihrer Politik (Kamenew und Sinowjew) ein Ultimatum gestellt und die volle Unterwerfung unter die Beschlüsse und die Linie des ZK, den völligen Verzicht auf die Sabotage seiner Arbeit und auf die desorganisierende Tätigkeit gefordert.*

Damit, daß die Vertreter Ihrer Politik zwar aus dem ZK ausgetreten, aber in der Partei verblieben sind, haben sie die Verpflichtung übernommen, sich den Beschlüssen des ZK unterzuordnen. Indes beschränken Sie sich nicht auf die Kritik innerhalb der Partei, Sie tragen Schwankungen in die Reihen der Teilnehmer des noch nicht abgeschlossenen Aufstands und fahren fort, unter Bruch der Parteidisziplin, außerhalb des Rahmens unserer Partei, in den Sowjets, in den Munizipalinstitutionen, in den Gewerkschaften usw. die Beschlüsse des ZK zu hintertreiben und seine Arbeit zu hemmen.

Daher ist das ZK gezwungen, sein Ultimatum zu wiederholen und Sie aufzufordern, entweder sofort die schriftliche Verpflichtung abzugeben, daß Sie sich den Beschlüssen des ZK unterordnen und in allen Ihren Handlungen und Äußerungen die Politik des ZK vertreten werden, oder aber bis zum Parteitag sich jeder öffentlichen Parteitätigkeit zu enthalten und von allen verantwortlichen Posten in der Arbeiterbewegung zurückzutreten.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 274–276. *Die Red.*

Im Falle der Weigerung, eine dieser beiden Verpflichtungen zu übernehmen, wird das ZK gezwungen sein, die Frage Ihres sofortigen Ausschlusses aus der Partei zu stellen.

Geschrieben am 5. oder 6. (18. oder 19.) November 1917.
Zuerst veröffentlicht 1927 in der Broschüre „Die Partei gegen den Streikbruch Sinowjews und Kamenews im Oktober 1917".

Nach dem Manuskript.

VOM ZENTRALKOMITEE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI RUSSLANDS (BOLSCHEWIKI)

An alle Parteimitglieder und an alle werktätigen Klassen Rußlands

Genossen!

Allen ist bekannt, daß der Zweite Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten eine Mehrheit von Delegierten der bolschewistischen Partei ergeben hat.

Diese Tatsache ist von grundlegender Bedeutung für das Verständnis der soeben in Petrograd und Moskau wie in ganz Rußland vollzogenen siegreichen Revolution. Gerade diese Tatsache vergessen und umgehen ständig alle Anhänger der Kapitalisten und ihre unbewußten Helfershelfer, die das Grundprinzip der neuen Revolution – *Alle Macht den Sowjets* – untergraben. In Rußland darf es keine andere Regierung geben als die *Sowjetregierung*. In Rußland ist die Sowjetmacht erkämpft worden, und es ist gewährleistet, daß die Regierung aus den Händen der einen Sowjetpartei in die Hände einer anderen ohne jede Revolution, durch einfachen Beschluß der Sowjets, durch einfache Neuwahlen der Sowjetdeputierten übergehen kann. Der Zweite Gesamtrussische Sowjetkongreß hat der Partei der Bolschewiki die Mehrheit gebracht. Nur eine von dieser Partei gebildete Regierung ist deshalb eine Sowjetregierung. Und es ist allen bekannt, daß das Zentralkomitee der Partei der Bolschewiki einige Stunden vor der Bildung der neuen Regierung, bevor die Liste der Regierungsmitglieder dem Zweiten Gesamtrussischen Sowjetkongreß vorgelegt wurde, drei prominente Mitglieder der Gruppe der linken Sozialrevolutionäre, die Genossen Kamkow, Spiro und Karelin, zur Sitzung des Zentralkomitees eingeladen *und ihnen angeboten hat*, sich an der neuen Regierung zu beteiligen. Wir bedauern außerordentlich, daß die Genossen linken Sozialrevolutionäre abgelehnt haben, und betrachten ihre Ableh-

nung als unzulässig für einen Revolutionär und Freund der Werktätigen. Wir sind jederzeit bereit, die linken Sozialrevolutionäre in die Regierung aufzunehmen, aber wir erklären, daß wir als Partei, die auf dem Zweiten Gesamtrussischen Sowjetkongreß die Mehrheit erhalten hat, berechtigt und dem Volke gegenüber *verpflichtet* sind, die Regierung zu bilden.

Allen ist bekannt, daß das Zentralkomitee unserer Partei dem Zweiten Gesamtrussischen Sowjetkongreß eine rein bolschewistische Liste der Volkskommissare vorgeschlagen und daß *der Kongreß diese Liste einer rein bolschewistischen Regierung gebilligt hat.*

Deshalb sind die betrügerischen Erklärungen, die bolschewistische Regierung sei *keine* Sowjetregierung, absolut verlogen, sie gehen nur von Feinden des Volkes, nur von Feinden der Sowjetmacht aus und können nur von ihnen ausgehen. Im Gegenteil, *nur* eine bolschewistische Regierung kann jetzt, nach dem Zweiten Gesamtrussischen Sowjetkongreß, bis zur Einberufung des dritten Sowjetkongresses oder bis zu den Neuwahlen der Sowjets oder bis zur Bildung einer neuen Regierung durch das Zentralexekutivkomitee – *nur* eine bolschewistische Regierung kann jetzt als *Sowjet*regierung betrachtet werden.

*

Genossen! Einige Mitglieder des ZK unserer Partei und des Rats der Volkskommissare, Kamenew, Sinowjew, Nogin, Rykow, Miljutin und einige wenige andere, sind gestern, am 4. November, aus dem ZK unserer Partei und – die drei letzten – aus dem Rat der Volkskommissare ausgetreten. In einer so großen Partei wie der unseren ist es trotz des proletarisch-revolutionären Kurses unserer Politik unvermeidlich, daß es einzelne Genossen gibt, die sich im Kampf gegen die Volksfeinde als nicht genügend standhaft und fest erweisen. Die Aufgaben, vor denen jetzt unsere Partei steht, sind wahrhaft unermeßlich, die Schwierigkeiten sind riesengroß, und einige Mitglieder unserer Partei, die früher verantwortliche Posten bekleideten, sind angesichts des Ansturms der Bourgeoisie wankend geworden und aus unserer Mitte geflohen. Die gesamte Bourgeoisie und alle ihre Helfershelfer frohlocken darüber, äußern ihre Schadenfreude, faseln von Zerfall, prophezeien den Untergang der bolschewistischen Regierung.

Genossen! Glaubt diesen Lügen nicht. Die ausgetretenen Genossen haben wie Deserteure gehandelt, haben nicht nur die ihnen anvertrauten

Posten verlassen, sondern auch den ausdrücklichen Beschluß des ZK unserer Partei verletzt, daß sie mit ihrem Austritt wenigstens bis zur Stellungnahme der Petrograder und der Moskauer Parteiorganisation warten sollten. Wir verurteilen diese Desertion aufs entschiedenste. Wir sind zutiefst überzeugt, daß alle klassenbewußten Arbeiter, Soldaten und Bauern, die unserer Partei angehören oder mit ihr sympathisieren, die Handlungsweise der Deserteure ebenso entschieden verurteilen werden.

Wir erklären jedoch, daß die Desertion einiger Leute aus den Spitzen unserer Partei auch nicht für einen Augenblick und nicht im geringsten die Einheit der *Massen*, die unserer Partei folgen, erschüttern und also auch unsere Partei nicht ins Wanken bringen wird.

Genossen, denkt daran, daß zwei der Deserteure, Kamenew und Sinowjew, schon vor dem Aufstand in Petrograd als Deserteure und Streikbrecher aufgetreten sind, denn sie haben nicht nur in der entscheidenden Sitzung des ZK am 10. Oktober 1917 gegen den Aufstand gestimmt, sondern haben auch *nach* der Beschlußfassung durch das ZK vor den Parteifunktionären gegen den Aufstand agitiert. Alle wissen, daß die Zeitungen, die Angst haben, sich auf die Seite der Arbeiter zu stellen, und die mehr zur Bourgeoisie hinneigen (zum Beispiel die „Nowaja Shisn"), damals im Verein mit der gesamten bürgerlichen Presse ein Geschrei und Gezeter erhoben über den „Zerfall" unserer Partei, über das „Scheitern des Aufstands" u. dgl. m. Aber das Leben hat die Lügen und Verleumdungen der einen, die Zweifel, die Schwankungen und die Feigheit der anderen rasch widerlegt. Der „Sturm", den man anläßlich der Schritte Kamenews und Sinowjews zur Vereitelung des Petrograder Aufstands entfachen wollte, erwies sich als *Sturm im Wasserglas*, und der gewaltige Aufschwung der Massen, der gewaltige Heroismus von Millionen Arbeitern, Soldaten und Bauern in Petrograd und Moskau, an der Front, in den Schützengräben und in den Dörfern hat die Deserteure mit derselben Leichtigkeit beiseite geschoben, mit der ein Eisenbahnzug Holzspäne beiseite schiebt.

Mögen sich alle Kleinmütigen, alle Schwankenden, alle Zweifelnden, alle, die sich von der Bourgeoisie einschüchtern oder vom Geschrei ihrer direkten und indirekten Helfershelfer beeinflussen ließen, schämen. *In den Massen* der Petrograder, Moskauer und der übrigen Arbeiter und Soldaten gibt es *keine Spur* von Schwankungen. Unerschütterlich und einig, wie

ein Mann, schützt unsere Partei die Sowjetmacht, wacht sie über die Interessen aller Werktätigen, vor allem der Arbeiter und armen Bauern!

Die Meute der bürgerlichen Federfuchser und der Leute, die sich von der Bourgeoisie einschüchtern ließen, beschuldigt uns, wir seien unnachgiebig, wir seien unversöhnlich, wir wollten die Macht mit keiner anderen Partei teilen. Das ist nicht wahr, Genossen! *Wir haben* den linken Sozialrevolutionären *angeboten*, mit uns die Macht zu teilen, und halten dieses Angebot aufrecht. Es ist nicht unsere Schuld, wenn *sie abgelehnt haben*. Wir haben die Verhandlungen aufgenommen und haben, nachdem der Zweite Sowjetkongreß auseinandergegangen war, in diesen Verhandlungen alle möglichen Zugeständnisse gemacht, einschließlich sogar des bedingten Einverständnisses, Vertreter eines Teils der Petrograder städtischen Duma zuzulassen, dieses Nestes der Kornilowleute, das zuallererst vom Volke hinweggefegt werden wird, wenn die Kornilowhalunken, wenn die Kapitalisten- und Gutsbesitzersöhnchen, die Offiziersschüler, wiederum versuchen sollten, sich dem Willen des Volkes zu widersetzen, wie sie es am vergangenen Sonntag in Petrograd versucht haben und wie sie es von neuem versuchen wollen (was durch die Aufdeckung der Verschwörung Purischkewitschs und die bei ihm gestern, am 3. November, beschlagnahmten Dokumente erwiesen ist). Aber die Herrschaften, die hinter dem Rücken der linken Sozialrevolutionäre stehen und durch diese im Interesse der Bourgeoisie wirken, haben unsere Nachgiebigkeit als Schwäche ausgelegt und sie dazu genutzt, uns neue Ultimaten zu stellen. In der Sitzung vom 3. November erschienen die Herren Abramowitsch und Martow und stellten das Ultimatum: Keine Verhandlungen, solange unsere Regierung die Verhaftungen nicht einstellt und nicht mit dem Verbot bürgerlicher Zeitungen aufhört.

Sowohl unsere Partei als auch das ZEK des Sowjetkongresses haben es *abgelehnt*, auf dieses Ultimatum einzugehen, dessen offensichtliche Urheber die Anhänger Kaledins, der Bourgeoisie, Kerenskis und Kornilows sind. Die Verschwörung Purischkewitschs und das Eintreffen der Delegation eines Truppenteils des 17. Armeekorps in Petrograd am 5. November, die uns mit einem Marsch auf Petrograd droht (eine lächerliche Drohung, denn die Vorhuten dieser Kornilowtruppen sind bereits geschlagen worden und haben bei Gatschina die Flucht ergriffen, während der größte Teil von ihnen sich geweigert hat, gegen die Sowjets zu mar-

schieren) – alle diese Ereignisse haben gezeigt, von wem *in Wirklichkeit* das Ultimatum der Herren Abramowitsch und Martow ausging, wem diese Leute *in Wirklichkeit* dienten.

Mögen alle Werktätigen ruhig und standhaft bleiben! Unsere Partei wird niemals vor den Ultimaten der Minderheit der Sowjets zurückweichen, einer Minderheit, die sich von der Bourgeoisie einschüchtern ließ und faktisch, in Wirklichkeit, trotz ihrer eigenen „guten Absichten", Marionette in den Händen der Kornilowleute ist.

Wir halten fest an dem Grundsatz der Sowjetmacht, d. h. der Macht der *Mehrheit*, die sich auf dem letzten Sowjetkongreß ergeben hat, wir waren bereit und *sind nach wie vor bereit*, die Macht mit der Minderheit der Sowjets zu teilen, unter der Bedingung einer loyalen, ehrlichen Verpflichtung dieser Minderheit, sich der Mehrheit unterzuordnen und das Programm durchzuführen, das der *ganze* Zweite Gesamtrussische Sowjetkongreß *gebilligt* hat und das in allmählichen, aber festen und entschiedenen Schritten zum Sozialismus besteht. Aber wir werden uns keinerlei Ultimaten von Intellektuellengrüppchen unterwerfen, hinter denen keine Massen stehen, hinter denen *in Wirklichkeit* nur die Kornilowleute, Sawinkowleute, Offiziersschüler u. dgl. m. stehen.

Mögen alle Werktätigen ruhig und standhaft bleiben! Unsere Partei, die Partei der Mehrheit in den Sowjets, wacht einmütig und geschlossen über ihre Interessen, und hinter unserer Partei stehen nach wie vor die Millionen der Arbeiter in den Städten, der Soldaten in den Schützengräben, der Bauern in den Dörfern, bereit, den Sieg des Friedens und den Sieg des Sozialismus um jeden Preis herbeizuführen.

Geschrieben am 5./6.
(18./19.) November 1917.
Veröffentlicht am 20. (7.) November 1917 in der „Prawda" Nr. 182.

Nach dem Text der „Prawda".

VORWORT ZUR BROSCHÜRE „WIE HABEN DIE SOZIALREVOLUTIONÄRE DAS VOLK BETROGEN UND WAS HAT DIE NEUE REGIERUNG DER BOLSCHEWIKI DEM VOLKE GEGEBEN?"

Die Bauernschaft Rußlands steht jetzt vor der Aufgabe, die Geschicke des Landes in ihre Hände zu nehmen.

Der Sieg der Arbeiterrevolution in beiden Hauptstädten und im überwiegenden Teil Rußlands hat den Bauern die *Möglichkeit* gegeben, die Regelung der Bodenverhältnisse in *ihre* Hände zu nehmen. Noch nicht alle Bauern haben verstanden, werden aber bald verstehen, daß *ihre* Sowjets der Bauerndeputierten die wirkliche, echte, oberste *Staats*gewalt sind.

Haben die Bauern das verstanden, so wird ihr Bündnis mit den Arbeitern, das Bündnis der Mehrheit der Bauern, der werktätigen, armen Bauern sich festigen. Sowohl in den Sowjets als auch in der Konstituierenden Versammlung ist nur *dieses* Bündnis, nicht aber ein Bündnis der Bauern mit den Kapitalisten, imstande, die Interessen der Werktätigen wirklich sicherzustellen.

Kein Zweifel, die Bauern werden sehr bald verstehen, daß zu ihrer Erlösung von den Schrecken des Krieges, zu ihrer Befreiung vom Joch der Gutsbesitzer und Kapitalisten ein Bündnis der Bauernschaft *nicht* mit den Reichen, sondern mit den Werktätigen in der Stadt, vor allem mit den Fabrikarbeitern erforderlich ist.

Damit die Bauern das schneller verstehen lernen, ist es im übrigen notwendig, daß die Bauern die Versprechungen und Gesetzentwürfe der Sozialrevolutionäre und das Gesetz der neuen Arbeiter- und Bauernregierung über den Grund und Boden genauer, an Hand der Dokumente miteinander vergleichen, einander gegenüberstellen, gegeneinander abwägen.

Mit einem solchen Vergleich beschäftigt sich die vorliegende Broschüre. In ihr werden die Leser die *Dokumente* finden, die in erster Linie für jeden notwendig sind, der sich über die Dinge Klarheit verschaffen will. Was die Sozialrevolutionäre betrifft, so ist das wichtigste Dokument der Bodengesetzentwurf des sozialrevolutionären Ministers Maslow. Diesen Gesetzentwurf bringe ich vollständig nach dem Text des „Delo Naroda" (Zeitung Tschernows). Außerdem bringe ich auch meinen aus diesem Anlaß erschienenen Artikel aus dem „Rabotschi Put".*

Vollständig ist auch das Gesetz der Arbeiter- und Bauernregierung über den Grund und Boden wiedergegeben.**

Genossen! Bauern! Sucht die Wahrheit über die verschiedenen Parteien, und ihr werdet sie finden. Nehmt selbst die Gesetzentwürfe der verschiedenen Parteien über den Grund und Boden und vergleicht sie miteinander.

Lest aufmerksam den Bodengesetzentwurf des Ministers der Sozialrevolutionäre und das Gesetz über den Grund und Boden, das die jetzige bolschewistische Regierung erlassen hat, die ihre Vollmachten vom Zweiten Gesamtrussischen Sowjetkongreß erhielt. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, wie das endgültige Urteil der Bauern ausfallen wird.

Petrograd, 9. November 1917 *N. Lenin*

Veröffentlicht 1917 in der von der Petrograder Druckerei „Selski Westnik" herausgegebenen Broschüre.

Nach dem Text der Broschüre.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 216–222. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 249–252. *Die Red.*

GESPRÄCH DER REGIERUNG ÜBER DIREKTE LEITUNG MIT DEM HAUPTQUARTIER 9. (22.) NOVEMBER 1917

– Ist der Oberkommandierende am Apparat?

– Hier Dieterichs.

– Seien Sie so freundlich und bitten Sie den amtierenden Oberkommandierenden an den Apparat. Wenn General Duchonin dieses Amt nicht ausübt, so wollen Sie, bitte, die Person an den Apparat rufen, die ihn gegenwärtig vertritt. Soweit uns bekannt ist, hat General Duchonin sein Amt noch nicht niedergelegt.

Antwort des Hauptquartiers: – Der amtierende Oberkommandierende General Duchonin hat bis 1 Uhr nachts auf Sie gewartet, jetzt schläft er. Der Apparat funktionierte nicht, dann war er durch eine Verbindung des Hauptquartiers mit dem Generalquartiermeister besetzt.

– Können Sie uns sagen, ob Sie das Funktelegramm des Rats der Volkskommissare erhalten haben, das um 4 Uhr abgegangen ist, und was getan wurde, um die Anweisung des Rats der Volkskommissare auszuführen?

Antwort des Hauptquartiers: – Es ist ein wichtiges Staatstelegramm ohne Nummer und ohne Datum eingegangen. General Duchonin hat deshalb an General Manikowski eine Anfrage hinsichtlich der notwendigen Garantien gerichtet, die die Echtheit des Telegramms bestätigen.

– Was hat Manikowski auf diese Anfrage geantwortet, und um wieviel Uhr und in welcher Weise ist sie erfolgt: durch Funk, telefonisch oder telegrafisch?

Antwort des Hauptquartiers: – Es ist noch keine Antwort eingelaufen, vor einer Stunde ist gebeten worden, die Antwort zu beschleunigen.

– Ich bitte um genaue Angabe, wann und auf welchem Wege die erste Anfrage abgegangen ist? Geht das nicht schneller?

Antwort des Hauptquartiers: – Das Telegramm ist an General Manikowski telegrafisch und durch Funk abgegangen. Gleich wird man mir sagen, um wieviel Uhr.

– Das Telegramm ist um 19 Uhr 50 Minuten übermittelt worden.

– Warum ist diese Anfrage nicht gleichzeitig an mich, als Volkskommissar für Kriegswesen, gerichtet worden? Der Oberkommandierende wußte doch aus einer persönlichen Unterredung mit mir, daß General Manikowski lediglich mit der Weiterführung der technischen Arbeit auf dem Gebiet der Ausrüstung und Versorgung beauftragt ist, während die politische Leitung der Tätigkeit des Kriegsministeriums mir übertragen ist und ich die Verantwortung dafür trage.

Antwort des Hauptquartiers: – Darüber kann ich nichts sagen.

– Wir erklären kategorisch, daß wir General Duchonin voll und ganz für die Verzögerung einer so wichtigen Staatsangelegenheit verantwortlich machen, und fordern unbedingt: erstens die sofortige Entsendung von Parlamentären, zweitens, daß General Duchonin morgen Punkt 11 Uhr früh am Apparat erscheint. Wenn die Verzögerung zur Hungersnot, zum Zerfall oder zu einer Niederlage oder anarchischen Aufständen führt, so wird die ganze Schuld auf Sie fallen, und wir werden das den Soldaten mitteilen.

Antwort des Hauptquartiers: – Ich werde das dem General Duchonin melden.

– Wann wollen Sie das tun? – Sofort? – Dann warten wir auf Duchonin.

Antwort des Hauptquartiers: – Ich werde ihn sofort wecken.

– Am Apparat der zeitweilig amtierende Oberkommandierende, General Duchonin.

– Hier die Volkskommissare, wir warten auf Ihre Antwort.

– Da ich aus dem mir soeben übergebenen Telegrammstreifen des Gesprächs des Generalquartiermeisters mit Ihnen ersehe, daß Sie der Absender des mir zugegangenen Telegramms sind, benötige ich, bevor ich einen Beschluß über dieses von den Volkskommissaren Uljanow-Lenin, Trotzki und Krylenko unterzeichnete Telegramm selbst fassen kann, unbedingt folgende faktische

Angaben: 1. Hat der Rat der Volkskommissare auf seinen Aufruf an die kriegführenden Staaten und das Dekret über den Frieden irgendeine Antwort erhalten? 2. Wie beabsichtigt man mit der rumänischen Armee zu verfahren, die zu unserer Front gehört? 3. Beabsichtigt man, Verhandlungen über einen separaten Waffenstillstand aufzunehmen und mit wem, nur mit den Deutschen oder auch mit den Türken, oder werden wir Verhandlungen über einen allgemeinen Waffenstillstand führen?

– Der Text des Ihnen übermittelten Telegramms ist ganz klar und deutlich, darin ist die Rede von der sofortigen Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen mit allen kriegführenden Staaten; wir sprechen Ihnen entschieden das Recht ab, eine so wichtige Staatsangelegenheit durch irgendwelche vorherige Fragen zu verzögern, und bestehen darauf, daß sofort Parlamentäre entsandt und wir stündlich über den Gang der Verhandlungen unterrichtet werden.

Antwort aus dem Hauptquartier: – Meine Fragen tragen rein technischen Charakter, ohne deren Entscheidung die Führung von Verhandlungen unmöglich ist.

– Sie müssen doch begreifen, daß bei den Verhandlungen viele technische oder genauer gesagt Detailfragen entstehen, auf die wir Ihnen in der Reihenfolge antworten werden, wie diese Fragen entstehen oder vom Feind gestellt werden; deshalb fordern wir nochmals und ultimativ die sofortige und bedingungslose Aufnahme formeller Verhandlungen über einen Waffenstillstand, und zwar mit allen kriegführenden Ländern, sowohl den verbündeten als auch den Ländern, die sich mit uns im Kriegszustand befinden. Wollen Sie uns bitte eine genaue Antwort erteilen.

– Ich begreife nur, daß unmittelbare Verhandlungen mit den Staaten für Sie unmöglich sind. Um so weniger ist es mir möglich, sie in Ihrem Namen zu führen. Nur eine zentrale Regierungsmacht, unterstützt von der Armee und dem Lande, kann für die Feinde genügendes Gewicht und genügende Bedeutung haben, um diesen Verhandlungen die Autorität zu verleihen, die zur Erreichung von Resultaten notwendig ist. Ich bin ebenfalls der Auffassung, daß der schnellste Abschluß eines allgemeinen Friedens im Interesse Rußlands liegt.

– Lehnen Sie es kategorisch ab, uns eine genaue Antwort zu geben und die von uns erteilte Anweisung auszuführen?

– Eine genaue Antwort, warum es für mich unmöglich ist, die in Ihrem Telegramm enthaltene Weisung auszuführen, habe ich erteilt, und ich wiederhole

nochmals, daß den für Rußland notwendigen Frieden nur eine zentrale Regierung bringen kann. *Duchonin.*

– Im Namen der Regierung der Russischen Republik, im Auftrag des Rats der Volkskommissare entheben wir Sie Ihres Amtes wegen Nichtausführung der Anweisungen der Regierung und wegen Ihres Verhaltens, das die werktätigen Massen aller Länder und insbesondere die Armeen in unerhörtes Elend stürzt. Wir befehlen Ihnen unter Androhung der Kriegsgesetze, die Leitung der Geschäfte fortzuführen, bis der neue Oberkommandierende oder der von ihm zur Übernahme der Geschäfte Bevollmächtigte im Hauptquartier eintrifft. Zum Oberkommandierenden wird Fähnrich Krylenko ernannt.

Lenin, Stalin, Krylenko

„Rabotschi i Soldat" Nr. 20,
22. (9.) November 1917.

Nach dem Text des
„Rabotschi i Soldat".

FUNKSPRUCH AN ALLE

An alle Regiments-, Divisions-, Armeekorps-, Armeekomitees usw., an alle Soldaten der revolutionären Armee und alle Matrosen der revolutionären Flotte

Am 7. November nachts richtete der Rat der Volkskommissare an den Oberkommandierenden Duchonin einen Funkspruch, in dem er ihn anwies, allen kriegführenden Ländern, sowohl den verbündeten als auch den mit uns im Kriegszustand befindlichen, sofort und in aller Form einen Waffenstillstand anzubieten.

Dieser Funkspruch lief im Hauptquartier am 8. November morgens um 5 Uhr 5 Minuten ein. Duchonin war angewiesen worden, dem Rat der Volkskommissare fortlaufend über den Gang der Verhandlungen Bericht zu erstatten und ein Abkommen über den Waffenstillstand erst nach der Bestätigung durch den Rat der Volkskommissare zu unterzeichnen. Gleichzeitig wurde der Vorschlag, einen Waffenstillstand abzuschließen, allen bevollmächtigten Vertretern der verbündeten Länder in Petrograd offiziell übermittelt.

Da bis zum Abend des 8. November keine Antwort von Duchonin eintraf, ermächtigte der Rat der Volkskommissare Lenin, Stalin und Krylenko, an Duchonin eine telegrafische Anfrage über die Ursachen der Verzögerung zu richten.

Die Verhandlungen wurden am 9. November von 2 Uhr bis halb 5 Uhr morgens geführt. Duchonin machte zahllose Versuche, einer Erklärung seines Verhaltens und einer genauen Antwort auf die Anweisungen der Regierung auszuweichen; als aber Duchonin in kategorischer Form die Weisung erhielt, sofort offizielle Verhandlungen über einen Waffenstillstand aufzunehmen, lehnte er es ab, dem Folge zu leisten. Daraufhin wurde Duchonin im Namen der Regierung der Russischen Republik und im Auftrag des Rats der Volkskommissare davon in Kenntnis gesetzt, daß

er wegen Nichtausführung der Anweisungen der Regierung und wegen seines Verhaltens, das die werktätigen Massen aller Länder und insbesondere die Armeen in unerhörtes Elend stürzt, seines Amtes enthoben ist. Gleichzeitig wurde Duchonin angewiesen, bis zum Eintreffen des neuen Oberkommandierenden oder des von ihm zur Übernahme der Geschäfte Bevollmächtigten die Geschäfte weiterzuführen. Zum neuen Oberkommandierenden wurde der Fähnrich Krylenko ernannt.

Soldaten! Die Sache des Friedens liegt in euren Händen. Duldet nicht, daß die konterrevolutionären Generale die große Sache des Friedens vereiteln, stellt sie unter Bewachung, um Lynchgerichten, die einer revolutionären Armee unwürdig sind, vorzubeugen und um diese Generale daran zu hindern, dem Gericht zu entgehen, das ihrer wartet. Wahrt strengste revolutionäre und militärische Ordnung.

Mögen die Regimenter, die in den Stellungen liegen, sofort Bevollmächtigte zur förmlichen Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen mit dem Gegner wählen.

Der Rat der Volkskommissare erteilt euch das Recht dazu.

Unterrichtet uns auf jede Weise über jeden Schritt eurer Verhandlungen. Zur Unterzeichnung des endgültigen Waffenstillstandsvertrags ist nur der Rat der Volkskommissare berechtigt.

Soldaten! Die Sache des Friedens liegt in euren Händen! Wachsamkeit, Ausdauer, Energie, und die Sache des Friedens wird siegen!

Im Namen der Regierung der Russischen Republik
Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)
Volkskommissar für Kriegswesen und Oberkommandierender
N. Krylenko

Geschrieben am 9. (22.) November 1917.
Veröffentlicht am 9. (22.) November 1917 in „Rabotschi i Soldat" Nr. 20.

Nach dem Text des „Rabotschi i Soldat".

SITZUNG DES GESAMTRUSSISCHEN ZENTRALEXEKUTIVKOMITEES 10. (23.) NOVEMBER 1917

Protokollarische Niederschrift

1

BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN MIT DUCHONIN

Der volle Wortlaut unserer Verhandlungen mit Duchonin liegt bereits gedruckt vor, und ich kann mich auf einige kurze Erläuterungen beschränken. Für uns war es klar, daß wir es mit einem Menschen, der sich dem Volkswillen widersetzt, einem Feind der Revolution zu tun haben. Duchonin machte verschiedene Ausflüchte und Winkelzüge, um die Sache in die Länge zu ziehen. Man behauptete, an der Echtheit unseres Telegramms zu zweifeln, und richtete eine Anfrage darüber nicht an Krylenko, sondern an General Manikowski. Auf diese Weise haben uns die Generale mindestens 24 Stunden in einer so wichtigen und dringenden Frage wie der Friedensfrage gestohlen. Erst als wir erklärten, daß wir uns an die Soldaten wenden werden, erschien General Duchonin am Apparat. Wir erklärten Duchonin, daß wir von ihm die sofortige Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen verlangen, und nichts weiter. Wir erteilten Duchonin nicht das Recht, einen Waffenstillstand zu schließen. Nicht nur, daß die Frage des Abschlusses eines Waffenstillstands nicht der Kompetenz Duchonins unterlag, es mußte auch jeder seiner Schritte in den Verhandlungen über den Waffenstillstand unter Kontrolle der Volkskommissare stehen. Die bürgerliche Presse wirft uns vor, daß wir einen separaten Waffenstillstand anbieten, daß wir nicht die Interessen

der rumänischen Armee berücksichtigen. Das ist eine glatte Lüge. Wir schlagen vor, sofort Friedensverhandlungen aufzunehmen und einen Waffenstillstand mit allen Ländern ohne Ausnahme zu schließen. Wir haben Nachrichten, daß unsere Funksprüche nach Europa gelangen. So ist unser Funkspruch vom Sieg über Kerenski* von einer österreichischen Funkstation aufgefangen und weitergegeben worden. Die Deutschen aber setzten Störsender ein, um seine Verbreitung zu verhindern. Wir haben die Möglichkeit, uns auf dem Funkwege mit Paris in Verbindung zu setzen, und wenn der Friedensvertrag abgefaßt sein wird, werden wir die Möglichkeit haben, dem französischen Volk mitzuteilen, daß er unterzeichnet werden kann und daß es vom französischen Volk abhängt, in zwei Stunden einen Waffenstillstand zu schließen. Wir werden sehen, was Clemenceau dann sagen wird. Unsere Partei hat niemals erklärt, daß sie sofort Frieden bringen kann. Sie hat erklärt, daß sie sofort Frieden anbieten und die Geheimverträge veröffentlichen werde. Und das ist geschehen – der Kampf für den Frieden hat begonnen. Das wird ein schwieriger und hartnäckiger Kampf sein. Der internationale Imperialismus mobilisiert alle seine Kräfte gegen uns, aber wie groß auch die Kräfte des internationalen Imperialismus sein mögen, unsere Chancen sind sehr gut. In diesem revolutionären Kampf für den Frieden, mit dem Kampf für den Frieden werden wir die revolutionäre Verbrüderung verknüpfen. Es ist der Wunsch der Bourgeoisie, daß ein Komplott der imperialistischen Regierungen gegen uns zustande komme.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 265. *Die Red.*

2

SCHLUSSWORT

Gen. Tschudnowski sprach hier davon, daß er sich „erlaubt" habe, die Tätigkeit der Kommissare einer scharfen Kritik zu unterziehen. Es kann hier nicht die Rede davon sein, ob man sich eine scharfe Kritik erlauben darf oder nicht; diese Kritik ist die Pflicht eines Revolutionärs, und die Volkskommissare halten sich nicht für unfehlbar.

Gen. Tschudnowski hat erklärt, daß ein Schandfrieden für uns unannehmbar sei, er war aber nicht imstande, auch nur ein einziges Wort, eine einzige Tatsache anzuführen, die dafür spräche, daß wir diesen Frieden wirklich nicht annehmen könnten. Wir haben gesagt: der Frieden kann nur vom Rat der Volkskommissare unterzeichnet werden. Als wir Verhandlungen mit Duchonin aufnahmen, wußten wir, daß wir Verhandlungen mit einem Feind aufnehmen; hat man es aber mit einem Feind zu tun, so darf man die eigenen Handlungen nicht hinausschieben. Wir wußten nicht, was bei den Verhandlungen herauskommen würde. Aber wir hatten die nötige Entschlossenheit. Wir mußten sofort am Apparat einen Beschluß fassen. Gegen den widersetzlichen General mußten sofort Maßnahmen ergriffen werden. Wir konnten nicht das ZEK telegrafisch zusammenrufen. Hier liegt keinerlei Verletzung der Prärogativen des ZEK vor. Im Kriege wartet man nicht den Ausgang ab, das aber war ein Krieg gegen die konterrevolutionäre Generalität, und wir haben sofort gegen sie an die Soldaten appelliert.* Wir haben Duchonin abgesetzt, aber wir sind keine Formalisten und Bürokraten, und wir wissen, daß die bloße Absetzung nicht genügt. Er stellt sich uns entgegen, wir aber appellieren gegen ihn an die Soldatenmassen. Wir geben ihnen das Recht, Waffenstillstandsverhandlungen aufzunehmen. Aber wir schließen keinen

* Siehe den vorliegenden Band, S. 309/310. *Die Red.*

Waffenstillstand. Wir haben die Soldaten gewarnt: sie sollen auf die konterrevolutionären Generale aufpassen. Ich bin der Auffassung, daß jedes beliebige Regiment genügend organisiert ist, um die notwendige revolutionäre Ordnung aufrechtzuerhalten. Wenn der Augenblick, wo die Soldaten die Waffenstillstandsverhandlungen aufnehmen, zum Verrat ausgenützt wird, wenn während der Verbrüderung ein Überfall verübt wird, so ist es Pflicht der Soldaten, die Verräter auf der Stelle, ohne jegliche Formalitäten, zu erschießen.

Zu behaupten, daß wir jetzt unsere Front geschwächt haben – für den Fall, daß die Deutschen zur Offensive übergehen –, ist einfach ungeheuerlich. Solange Duchonin nicht entlarvt und nicht abgesetzt war, hatte die Armee nicht die Gewißheit, daß sie eine internationale Friedenspolitik treibt. Jetzt ist diese Gewißheit vorhanden: den Kampf gegen Duchonin kann man nur führen, wenn man an die Organisiertheit und Selbsttätigkeit der Soldatenmasse appelliert. Der Frieden kann nicht allein von oben geschlossen werden. Der Frieden muß von unten herbeigeführt werden. Wir glauben der deutschen Generalität nicht im geringsten, aber wir glauben dem deutschen Volke. Ohne die aktive Mitwirkung der Soldaten wird ein vom Oberkommandierenden geschlossener Frieden nicht von Dauer sein. Ich bin gegen den Vorschlag Kamenews nicht deshalb, weil ich im Prinzip gegen einen solchen Vorschlag bin, sondern weil das, was Kamenew vorschlägt, nicht genügt, weil es unzulänglich ist. Ich habe nichts gegen eine Kommission, schlage aber vor, ihre Funktionen nicht im voraus festzulegen; ich bin gegen unzulängliche Maßnahmen und schlage vor, uns in dieser Hinsicht nicht die Hände zu binden.

„Prawda" Nr. 188,
26. (13.) November 1917.

Nach dem Text des Buches „Sitzungsprotokolle des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosakendeputierten. II. Wahlperiode", hrsg. vom Gesamtrussischen ZEK, 1918.

AUSSERORDENTLICHER GESAMTRUSSISCHER KONGRESS DER SOWJETS DER BAUERNDEPUTIERTEN[74]

10.–25. November (23. November–8. Dezember) 1917

1

ERKLÄRUNG, GERICHTET AN DIE BOLSCHEWISTISCHE FRAKTION DES AUSSERORDENTLICHEN GESAMTRUSSISCHEN KONGRESSES DER SOWJETS DER BAUERNDEPUTIERTEN[75]

Wir fordern kategorisch, daß die Bolschewiki in ultimativer Form eine offene *Abstimmung* über die *unverzügliche* Einladung von Regierungsvertret*ern* verlangen.

Wird es abgelehnt, diesen Antrag in der Plenarsitzung zu *verlesen* und zur Abstimmung zu bringen, so muß die ganze Fraktion der Bolschewiki zum Zeichen des Protestes die Sitzung **verlassen.**

Lenin

Geschrieben am 12. (25.) November 1917.
Zuerst veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

2

REDE ZUR AGRARFRAGE
14. (27.) NOVEMBER

Zeitungsbericht

Genosse Lenin legt im Auftrag der bolschewistischen Fraktion die Auffassungen der Partei der Bolschewiki in der Agrarfrage dar.

Die Partei der Sozialrevolutionäre hat in der Bodenfrage Bankrott gemacht, weil sie die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien zwar in Worten predigte, sich aber weigerte, sie in der Praxis durchzuführen.

Der gutsherrliche Grundbesitz ist die Basis der feudalen Unterdrückung, und die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien ist der erste Schritt der Revolution in Rußland. Aber die Bodenfrage kann nicht unabhängig von den übrigen Aufgaben der Revolution gelöst werden. Die richtige Stellung dieser Aufgaben ergibt sich aus der Analyse der Etappen, die die Revolution durchlaufen hat. Der erste Schritt war der Sturz der Selbstherrschaft und die Errichtung der Macht der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer. Die Interessen der Gutsbesitzer waren eng mit den Interessen der Bourgeoisie, der Banken verknüpft. Die zweite Etappe war die Festigung der Sowjets und die Politik der Verständigung mit der Bourgeoisie. Der Fehler der linken Sozialrevolutionäre bestand darin, daß sie damals nicht gegen die Verständigungspolitik auftraten, wobei sie sich darauf beriefen, daß die Massen nicht reif genug seien. Die Partei ist der Vortrupp der Klasse, und ihre Aufgabe besteht keineswegs darin, den durchschnittlichen Zustand der Masse widerzuspiegeln, sondern darin, die Massen zu führen. Um aber die Schwankenden zu führen, müssen die Genossen linken Sozialrevolutionäre selbst aufhören zu schwanken.

Genossen linke Sozialrevolutionäre! Im Juli begannen die Volksmassen mit der Verständigungspolitik zu brechen, die linken Sozialrevolutionäre jedoch reichen bis auf den heutigen Tag den Awksentjew die ganze Hand, den Arbeitern aber nur den kleinen Finger. Wenn die Politik der Verständigung fortdauert, ist die Revolution verloren. Nur wenn die Bauernschaft die Arbeiter unterstützen wird, kann man die Aufgaben der Revolution lösen. Die Verständigungspolitik ist ein Versuch der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenmassen, die Verwirklichung ihrer Forderungen durch Reformen, durch Zugeständnisse des Kapitals, ohne sozialistische Revolution zu erreichen. Aber man kann dem Volke keinen Frieden, kein Land geben ohne den Sturz der Bourgeoisie, ohne den Sozialismus. Die Aufgabe der Revolution besteht darin, mit der Verständigungspolitik Schluß zu machen. Mit der Verständigungspolitik Schluß machen aber heißt den Weg der sozialistischen Revolution beschreiten.

Weiter verteidigt Genosse Lenin die Instruktionen an die Amtsbezirkskomitees[76]; er spricht von der Notwendigkeit, mit solchen Spitzenorganisationen wie den Armeekomitees, dem Exekutivkomitee der Bauerndeputierten usw. zu brechen. – Wir haben unser Gesetz über die Amtsbezirkskomitees von den Bauern genommen. Die Bauern verlangen Land, Verbot der Lohnarbeit, Inventar für die Bearbeitung des Bodens. Das aber kann man nicht bekommen, ohne das Kapital zu stürzen. Wir haben ihnen gesagt: Ihr wollt Land, das Land aber ist verpfändet und gehört dem russischen und dem internationalen Kapital. Ihr fordert das Kapital heraus, ihr geht dabei einen anderen Weg als wir, aber wir sind mit euch darin einig, daß wir der sozialen Revolution entgegengehen und entgegengehen müssen. Was die Konstituierende Versammlung betrifft, so hat der Referent erklärt, daß die Arbeit der Konstituierenden Versammlung von der Stimmung im Lande abhängen werde. Ich aber sage: Auf die Stimmung kann man hoffen, darf aber das Gewehr nicht vergessen.

Genosse Lenin geht dann auf die Frage des Krieges ein. Als der Redner auf die Absetzung Duchonins und die Ernennung Krylenkos zum Oberkommandierenden zu sprechen kommt, erhebt sich Gelächter. – Ihnen scheint das lächerlich zu sein, aber die Soldaten werden Sie wegen dieses Lachens verurteilen. Wenn es hier Leute gibt, denen es lächerlich erscheint, daß wir einen konterrevolutionären General abgesetzt und Krylenko ernannt haben, der ungeachtet des Generals zur Aufnahme von

Verhandlungen abgereist ist, so haben wir mit solchen Leuten nichts zu reden. Mit Leuten, die den Kampf gegen die konterrevolutionäre Generalität nicht anerkennen, haben wir nichts gemein. Wir würden es vorziehen, eher die Macht aufzugeben, vielleicht in die Illegalität zu gehen, aber mit solchen Leuten wollen wir nichts gemein haben.

„Prawda" Nr. 190,
28. (15.) November 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

3

RESOLUTIONSENTWURF

Der Bauernkongreß unterstützt rückhaltlos und in jeder Weise das Gesetz (Dekret) vom 26. Oktober 1917 über den Grund und Boden, das vom Zweiten Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten bestätigt und vom Rat der Volkskommissare als der provisorischen Arbeiter- und Bauernregierung der Russischen Republik erlassen worden ist. Der Bauernkongreß bringt seine feste und unerschütterliche Entschlossenheit zum Ausdruck, sich für die Durchführung dieses Gesetzes mit allen Kräften einzusetzen, er fordert alle Bauern auf, dieses Gesetz einmütig zu unterstützen und seine sofortige Verwirklichung an Ort und Stelle selbst in die Hand zu nehmen; zugleich fordert der Kongreß die Bauern auf, für alle verantwortlichen Posten und Ämter nur Leute zu wählen, die nicht mit Worten, sondern durch Taten ihre unerschütterliche Treue zur Sache der werktätigen und ausgebeuteten Bauern, ihre Bereitschaft und Fähigkeit bewiesen haben, die Interessen dieser Bauern gegen jeden Widerstand der Gutsbesitzer, Kapitalisten, ihrer Anhänger und Helfershelfer zu verteidigen.

Der Bauernkongreß bringt gleichzeitig seine Überzeugung zum Ausdruck, daß die völlige Verwirklichung aller Maßnahmen, die in dem Gesetz über den Grund und Boden vorgesehen sind, nur möglich ist, wenn die am 25. Oktober begonnene sozialistische Arbeiterrevolution siegt; denn nur die sozialistische Revolution kann die Garantie bieten für den entschädigungslosen Übergang des Bodens an die werktätige Bauernschaft, für die Konfiskation des Inventars der Gutsbesitzer, für den völligen Schutz der Interessen der Lohnarbeiter in der Landwirtschaft zugleich mit der sofortigen Inangriffnahme von Maßnahmen zur unbedingten

Beseitigung des ganzen Systems der kapitalistischen Lohnsklaverei, kann die Garantie bieten für eine richtige und planmäßige Verteilung der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse unter die Gebiete und die Einwohner des Staates, für die Herrschaft über die Banken (ohne die eine Herrschaft des Volkes über den Boden auch bei Aufhebung des privaten Grundeigentums unmöglich ist), dafür, daß eben den Werktätigen und Ausgebeuteten die allseitige Unterstützung des Staates zuteil wird, usw.

Deshalb bringt der Bauernkongreß, der die Revolution vom 25. Oktober voll und ganz unterstützt und gerade als sozialistische Revolution unterstützt, seine unerschütterliche Entschlossenheit zum Ausdruck, die Maßnahmen zur sozialistischen Umgestaltung der Russischen Republik in der notwendigen Reihenfolge, aber ohne jede Schwankungen durchzuführen.

Die notwendige Voraussetzung für den Sieg der sozialistischen Revolution, die allein einen dauernden Erfolg und die völlige Durchführung des Gesetzes über den Grund und Boden gewährleistet, ist das enge Bündnis der werktätigen und ausgebeuteten Bauernschaft mit der Arbeiterklasse – dem Proletariat – in allen fortgeschrittenen Ländern. In der Russischen Republik muß von jetzt an der gesamte Aufbau und die gesamte Verwaltung des Staates, von oben bis unten, auf diesem Bündnis beruhen. Nur ein solches Bündnis, das alle direkten und indirekten, offenen und verhüllten Versuche einer Rückkehr zu der durch das Leben verurteilten Politik der Verständigung mit der Bourgeoisie und den Schrittmachern der bürgerlichen Politik zunichte macht, wird den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt sicherstellen.

Geschrieben am 14. (29.) November 1917.
Veröffentlicht am 15. November 1917 in den „Iswestija ZIK" Nr. 226.

Nach dem Text der „Iswestija ZIK".

4

REDE ANLÄSSLICH DER ERKLÄRUNG DES VERTRETERS DES GESAMTRUSSISCHEN EXEKUTIVKOMITEES DES EISENBAHNERVERBANDES 18. NOVEMBER (1. DEZEMBER)

Zeitungsbericht

Genossen!

Die Erklärung des Gesamtrussischen Exekutivkomitees des Eisenbahnerverbandes ist zweifelsohne nichts anderes als ein einziges Mißverständnis. Kann man sich auch nur einen Augenblick lang vorstellen, daß Truppen, die sich ihrer revolutionären Pflicht bewußt sind, die für die Volksinteressen kämpfen, in das Hauptquartier kommen und anfangen, alles kurz und klein zu schlagen, ohne Forderungen zu stellen, ohne – zumindest den Soldaten rings um das Hauptquartier – zu erklären, warum sie gekommen sind? Sie verstehen, Genossen, daß so etwas unmöglich ist. Eine revolutionäre Armee, die weiß, was sie tut, will, daß diejenigen, an die sie sich wendet, wissen, was man von ihnen fordert. Als wir unsere Forderungen stellten, wurde mehr getan, es wurde darauf hingewiesen, es wurde erklärt, daß der Widerstand ein Widerstand gegen den Willen des Volkes ist, nicht nur ein gewöhnliches schweres Verbrechen, sondern auch ein moralisches Verbrechen gegen die Freiheit, gegen die Interessen und die edelsten Bestrebungen des Volkes. Eine revolutionäre Armee gibt niemals den ersten Schuß ab, sie richtet ihre Erbitterung nur gegen Räuber und Gewalttäter am Volke. Wenn es anders wäre, würde das Wort Revolution seinen Sinn verlieren. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß das Eisenbahnerkomitee, das ungeprüfte Beschuldigungen erhebt, sich gleichzeitig für „neutral" erklärt. Dazu hat es nicht das geringste Recht. Wenn man in Tagen des revolutionären Kampfes, wo jede Minute kostbar ist, wo Nichtübereinstimmung, Neutralität dem Feind die Möglichkeit gibt, das Wort zu ergreifen und sich Gehör zu verschaffen, nicht dem Volke in seinem Kampfe für seine heiligsten Rechte zu Hilfe eilt, so kann ich

eine solche Haltung auf keinen Fall als Neutralität bezeichnen. Das ist nicht Neutralität, ein Revolutionär wird das als Aufwiegelung bezeichnen. (Beifall.) Mit einer solchen Haltung hetzt ihr die Generale zur Aktion auf. Unterstützt ihr uns nicht, so seid ihr gegen das Volk.

General Duchonin braucht ja nur das, um den Waffenstillstand zu verzögern. Indem ihr ihm Vorschub leistet, vereitelt ihr den Waffenstillstand. Bedenkt doch, was für eine schwere Verantwortung auf euch fällt und wie das Volk sich zu euch stellen wird.

Weiterhin erklärt Genosse Lenin, daß an einigen Orten die telegrafischen Verbindungen sabotiert werden. Die Regierung bleibt ohne Nachrichten, und die Gegner verbreiten unsinnige Gerüchte. Ein Beispiel sind die Gerüchte über die polnischen Bataillone, die angeblich gegen die Regierung auftreten. Indes haben die Polen wiederholt erklärt, daß sie sich in die russischen Angelegenheiten nicht einmischen und nicht einmischen werden. Sie haben auch eine Erklärung abgegeben, daß sie für den Waffenstillstand sind.

„Iswestija ZIK" Nr. 230, 19. November 1917.

Nach dem Text der „Iswestija ZIK".

5

SCHLUSSWORT ZUR AGRARFRAGE 18. NOVEMBER (1. DEZEMBER)

Zeitungsbericht

Zu Beginn wies Genosse Lenin auf die Haltlosigkeit der von den linken Sozialrevolutionären gegenüber den Bolschewiki erhobenen Beschuldigung des Anarchismus hin.

Wodurch unterscheiden sich die Sozialisten von den Anarchisten? Dadurch, daß die Anarchisten keine Macht anerkennen, während die Sozialisten, die Bolschewiki mit einbegriffen, für die Übergangszeit zwischen dem Zustand, in dem wir uns befinden, und dem Sozialismus, zu dem wir schreiten, eine Macht bejahen.

Wir Bolschewiki sind für eine feste Macht, aber das muß die Macht der Arbeiter und Bauern sein.

Jede Staatsmacht ist Zwang, aber bisher war diese Macht die Macht einer Minderheit, die Macht des Gutsbesitzers und Kapitalisten über den Arbeiter und Bauern.

Wir aber sind für die Macht, für die feste Macht der Mehrheit der Arbeiter und Bauern über die Kapitalisten und Gutsbesitzer.

Genosse Lenin wies weiter darauf hin, daß in der Resolution der linken Sozialrevolutionäre über den Grund und Boden die neue Regierung als sozialistische Volksregierung bezeichnet wird, und ging ausführlich darauf ein, was die Bolschewiki und die linken Sozialrevolutionäre fest zusammenschmieden kann.

Das Bündnis der Bauern und Arbeiter ist die Grundlage für die Verständigung der linken Sozialrevolutionäre mit den Bolschewiki.

Das ist eine ehrliche Koalition, ein ehrliches Bündnis, aber dieses Bündnis wird eine ehrliche Koalition auch in den Spitzen, zwischen den linken Sozialrevolutionären und den Bolschewiki, sein, wenn die linken Sozialrevolutionäre entschiedener ihre Überzeugung zum Ausdruck bringen,

daß die Revolution, die wir durchleben, eine sozialistische ist. Diese Revolution ist eine sozialistische Revolution. Die Aufhebung des privaten Grundeigentums, die Einführung der Arbeiterkontrolle, die Nationalisierung der Banken – das alles sind Maßnahmen, die zum Sozialismus führen. Das ist noch nicht Sozialismus, aber das sind Maßnahmen, die uns mit Riesenschritten zum Sozialismus bringen. Wir versprechen den Bauern und den Arbeitern nicht sofort ein Land, darin Milch und Honig fließt, doch wir sagen: Das enge Bündnis der Arbeiter und der ausgebeuteten Bauern, der harte, unbeugsame Kampf für die Sowjetmacht führt uns zum Sozialismus, und jede Partei, die eine wahre Volkspartei sein will, muß klar und entschieden anerkennen, daß unsere Revolution eine sozialistische ist.

Und nur dann, wenn die linken Sozialrevolutionäre das klar und unzweideutig erklären, wird unser Bündnis mit ihnen erstarken und wachsen.

Man sagt uns, wir wären gegen die Sozialisierung des Bodens und könnten deshalb zu keinem Einvernehmen mit den linken Sozialrevolutionären gelangen.

Darauf erwidern wir: Ja, wir sind gegen die sozialrevolutionäre Sozialisierung des Bodens, aber das kann uns nicht an einem ehrlichen Bündnis mit den linken Sozialrevolutionären hindern.

Heute oder morgen benennen die linken Sozialrevolutionäre ihren Minister für Landwirtschaft, und wenn er ein Sozialisierungsgesetz einbringt, werden wir nicht dagegen stimmen. Wir werden uns der Stimme enthalten.

Am Schluß seiner Rede unterstrich Genosse Lenin, daß Land und Frieden nur durch das Bündnis der Arbeiter und Bauern errungen werden können.

Unter anderem wurde Genossen Lenin die Frage gestellt, wie sich die Bolschewiki in der Konstituierenden Versammlung verhalten werden, wenn die linken Sozialrevolutionäre dort in der Minderheit bleiben und ein Gesetz über die Sozialisierung des Bodens einbringen: würden sich dann die Bolschewiki der Stimme enthalten? Natürlich nicht. Die Bolschewiki werden für dieses Gesetz stimmen mit dem Vorbehalt, daß wir für dieses Gesetz stimmen, um den Bauern gegen ihre Feinde beizustehen.

„Prawda" Nr. 195,
4. Dezember (21. November) 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

DER RAT DER VOLKSKOMMISSARE AN DAS REVOLUTIONÄRE MILITÄRKOMITEE

Die Zerrüttung des Ernährungswesens, die durch den Krieg, durch die Mißwirtschaft hervorgerufen worden ist, wird von Spekulanten, Marodeuren und ihren Helfershelfern bei den Eisenbahnen, bei den Schiffahrtsgesellschaften, in den Transportkontoren usw. aufs äußerste verschärft.

In einer Zeit der größten Leiden der Volksmassen treiben diese Verbrecher, um sich zu bereichern, ihr Spiel mit der Gesundheit und dem Leben von Millionen Soldaten und Arbeitern.

Ein solcher Zustand darf keinen einzigen Tag mehr geduldet werden.

Der Rat der Volkskommissare fordert das Revolutionäre Militärkomitee auf, die entschiedensten Maßnahmen zu ergreifen, um der Spekulation und Sabotage, der Verheimlichung von Vorräten, dem böswilligen Aufhalten von Gütertransporten usw. ein Ende zu machen.

Alle Personen, die sich derartige Handlungen zuschulden kommen lassen, sind auf Grund besonderer Verfügungen des Revolutionären Militärkomitees *sofort zu verhaften* und bis zur Übergabe an das revolutionäre Militärgericht *in die Gefängnisse Kronstadts einzuliefern.*

Zum Kampf gegen die Marodeure im Ernährungswesen müssen alle Organisationen des Volkes herangezogen werden.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

Geschrieben im November 1917, nicht später als am 10. (23.).

Veröffentlicht am 12. November 1917 in den „Iswestija ZIK" Nr. 223.

Nach dem Text der „Iswestija ZIK".

ÜBER DIE AUFGABEN DER ÖFFENTLICHEN BIBLIOTHEK IN PETROGRAD[77]

Um an der Revolution vernünftig, sinnvoll und erfolgreich teilzunehmen, muß man lernen.

Das Bibliothekswesen in Petrograd ist, nachdem der Zarismus viele Jahre mit der Volksbildung Schindluder getrieben hat, unter aller Kritik.

Unverzüglich und unbedingt notwendig sind folgende grundlegende Veränderungen, die auf Prinzipien beruhen, die in den freien Staaten des Westens, besonders in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, längst verwirklicht sind:

1. Die Öffentliche (ehemals Kaiserliche) Bibliothek muß unverzüglich den *Austausch* von Büchern mit *allen* öffentlichen und staatlichen Bibliotheken Petrograds und der Provinz sowie auch *mit ausländischen* Bibliotheken (Finnlands, Schwedens *und so weiter*) in die Wege leiten.

2. Büchersendungen *von Bibliothek zu Bibliothek* müssen durch Gesetz für *portofrei* erklärt werden.

3. Der Lesesaal der Bibliothek muß, wie es in allen Kulturstaaten in *privaten* Bibliotheken und Lesesälen für die *Reichen* Brauch ist,

täglich, *einschließlich* der Sonn- und Feiertage, von 8 Uhr morgens bis 11 Uhr abends geöffnet sein.

4. Die erforderliche Zahl von Angestellten ist aus den Departements des Ministeriums für Volksbildung, in denen neun Zehntel mit einer nicht bloß nutzlosen, sondern schädlichen Arbeit beschäftigt sind, unverzüglich in die Öffentliche Bibliothek zu überführen (wobei in Anbetracht der kriegsbedingten Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften in stärkerem Maße Frauen zu verwenden sind).

Geschrieben im November 1917.
Zuerst veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

DAS BÜNDNIS DER ARBEITER MIT DEN WERKTÄTIGEN UND AUSGEBEUTETEN BAUERN

Brief an die Redaktion der „Prawda"

Heute, Sonnabend, den 18. November, wurde mir, als ich auf dem Bauernkongreß sprach, öffentlich eine Frage gestellt, auf die ich sofort geantwortet habe. Es ist notwendig, daß diese Frage und meine Antwort sofort der gesamten Leserschaft bekannt werden, denn obwohl ich formal nur in meinem eigenen Namen sprach, sprach ich im Grunde genommen im Namen der gesamten Partei der Bolschewiki.

Die Sache verhielt sich folgendermaßen.

Als ich die Frage des Bündnisses der bolschewistischen Arbeiter mit den linken Sozialrevolutionären berührte, denen jetzt viele Bauern Vertrauen schenken, wies ich in meiner Rede nach, daß dieses Bündnis eine „ehrliche Koalition", ein ehrliches Bündnis sein *kann*, denn es gibt *keine* grundlegenden Differenzen zwischen den Interessen der Lohnarbeiter und den Interessen der werktätigen und ausgebeuteten Bauern. Der Sozialismus kann *durchaus* die Interessen sowohl der einen wie der anderen befriedigen. *Nur* der Sozialismus kann ihre Interessen befriedigen. Daraus ergibt sich die Möglichkeit und Notwendigkeit einer „ehrlichen Koalition" zwischen den Proletariern und den werktätigen und ausgebeuteten Bauern. Dagegen kann eine „Koalition" (ein Bündnis) zwischen den werktätigen und ausgebeuteten Klassen einerseits und der Bourgeoisie anderseits *keine* „ehrliche Koalition" sein, weil die Interessen dieser Klassen grundverschieden sind.

Man stelle sich vor, sagte ich, daß die Bolschewiki die Mehrheit und die linken Sozialrevolutionäre die Minderheit in der Regierung bilden, nehmen wir sogar an, daß nur ein einziger linker Sozialrevolutionär als Kommissar für Landwirtschaft der Regierung angehört. Können die Bolschewiki in diesem Falle ehrliche Koalitionspartner sein?

Jawohl, denn während die Bolschewiki im Kampf gegen die konterrevolutionären Elemente (darunter auch gegen die rechten Sozialrevolutionäre und die „Vaterlandsverteidiger") unversöhnlich sind, wären sie verpflichtet, *sich der Stimme zu enthalten*, wenn Fragen zur Abstimmung gelangen, die rein sozialrevolutionäre Punkte des Agrarprogramms betreffen, das vom Zweiten Gesamtrussischen Sowjetkongreß bestätigt wurde. Ein solcher Punkt ist zum Beispiel der Punkt über die ausgleichende Bodennutzung und die Neuaufteilung des Bodens unter den kleinen Landwirten.

Wenn sich die Bolschewiki bei der Abstimmung über einen solchen Punkt der Stimme enthalten, werden sie ihrem Programm nicht im geringsten untreu. Denn unter der Bedingung des Sieges des Sozialismus (Arbeiterkontrolle über die Fabriken, darauffolgende Expropriation der Fabriken, Nationalisierung der Banken, Schaffung eines Obersten Wirtschaftsrates, der die gesamte Volkswirtschaft des Landes reguliert), unter dieser Bedingung sind die Arbeiter *verpflichtet*, sich mit den Übergangsmaßnahmen *einverstanden zu erklären*, die von den werktätigen und ausgebeuteten Kleinbauern vorgeschlagen werden, wenn diese Maßnahmen der Sache des Sozialismus *nicht schaden*. Auch Kautsky hat, als er noch Marxist war (in den Jahren 1899 bis 1909), wiederholt zugegeben, sagte ich, daß die Übergangsmaßregeln zum Sozialismus in Ländern mit landwirtschaftlichen Großbetrieben und in Ländern mit landwirtschaftlichen Kleinbetrieben nicht die gleichen sein können.

Wir Bolschewiki wären verpflichtet, uns im Rat der Volkskommissare oder im ZEK bei der Abstimmung über einen solchen Punkt der Stimme zu enthalten, denn wenn die linken Sozialrevolutionäre (sowie die auf ihrer Seite stehenden Bauern) der Arbeiterkontrolle, der Nationalisierung der Banken usw. zustimmen, so wäre die ausgleichende Bodennutzung nur eine der *Übergangs*maßnahmen zum vollen Sozialismus. Es wäre unsinnig, wenn das Proletariat solche Übergangsmaßnahmen *aufzwingen* wollte; das Proletariat ist im Interesse des Sieges des Sozialismus verpflichtet, in der Wahl dieser Übergangsmaßnahmen den werktätigen und ausgebeuteten Kleinbauern *nachzugeben*, denn der Sache des Sozialismus würde daraus kein *Schaden* entstehen.

Ein linker Sozialrevolutionär (wenn ich nicht irre, war es Genosse Feofilaktow) stellte mir daraufhin folgende Frage:

„Und was werden die Bolschewiki tun, wenn die Bauern in der Konstituierenden Versammlung ein Gesetz über die ausgleichende Bodennutzung durchbringen wollen, die Bourgeoisie gegen die Bauern ist und die Entscheidung von den Bolschewiki abhängt?"

Ich antwortete darauf: Das Bündnis der Arbeiter mit den werktätigen und ausgebeuteten Bauern wird in diesem Falle, wo die Sache des Sozialismus durch die Einführung der Arbeiterkontrolle, durch die Nationalisierung der Banken usw. gesichert sein wird, die Partei des Proletariats dazu verpflichten, für die Bauern, gegen die Bourgeoisie zu stimmen. Die Bolschewiki werden dann meiner Auffassung nach bei der Abstimmung berechtigt sein, eine besondere Erklärung abzugeben, den Vorbehalt zu machen, daß sie eine abweichende Meinung haben usw., aber sich der Stimme enthalten hieße in diesem Fall, unseren Bundesgenossen *im Kampf für den Sozialismus* wegen Meinungsverschiedenheiten in einer Teilfrage verraten. Niemals würden die Bolschewiki in einer solchen Lage die Bauern verraten. *Niemals* werden die ausgleichende Bodennutzung und ähnliche Maßnahmen dem Sozialismus schaden, wenn die Macht in den Händen der Arbeiter- und Bauernregierung liegt, wenn die Arbeiterkontrolle eingeführt, wenn die Nationalisierung der Banken durchgeführt, wenn ein oberstes Wirtschaftsorgan der Arbeiter und Bauern geschaffen ist, das die *ganze* Volkswirtschaft leitet (reguliert) usw.

Das war meine Antwort.

N. Lenin

Geschrieben am 18. November (1. Dezember) 1917.

Veröffentlicht am 2. Dezember (19. November) 1917 in der „Prawda" Nr. 194.

Nach dem Text der „Prawda".

ENTWURF EINES DEKRETS ÜBER DAS ABBERUFUNGSRECHT[78]

Eine gewählte Körperschaft oder Vertreterversammlung kann als wirklich demokratisch und als wirkliche Vertretung des Willens des Volkes nur dann gelten, wenn das Recht der Wähler, ihre Abgeordneten abzuberufen, anerkannt wird und dieses Recht Anwendung findet. Das ist eine grundlegende, prinzipielle These wirklichen Demokratismus, die für ausnahmslos alle Vertreterversammlungen und auch für die Konstituierende Versammlung gilt.

Das Verhältniswahlsystem, das demokratischer ist als das Mehrheitssystem, erfordert kompliziertere Maßnahmen zur Verwirklichung des Abberufungsrechts, das heißt der tatsächlichen Unterordnung der Abgeordneten unter das Volk. Aber jeder Verzicht auf die Verwirklichung des Abberufungsrechts unter Berufung auf diese Tatsache, jede Verzögerung bei seiner Durchführung, jede Beschränkung dieses Rechts wäre Verrat am Demokratismus, die völlige Lossage von den Grundsätzen und Aufgaben der in Rußland begonnenen sozialistischen Revolution. Das Verhältniswahlsystem erfordert lediglich eine Änderung der Form des Abberufungsrechts, keineswegs dessen Einschränkung.

Da die Grundlage des Verhältniswahlsystems die Anerkennung des Parteiwesens und die Durchführung der Wahlen durch organisierte Parteien bildet, so rufen jede bedeutende Veränderung im Kräfteverhältnis der Klassen und in der Stellung der Klassen zu den Parteien, insbesondere aber Spaltungen innerhalb der größeren Parteien, notwendigerweise das Bedürfnis nach Neuwahlen in dem Wahlkreis hervor, wo das Mißverhältnis zwischen dem Willen der verschiedenen Klassen und ihrer Stärke einerseits und der Parteizusammensetzung der Gewählten ander-

seits klar und unzweideutig hervortritt. Der wahre Demokratismus erfordert dabei unbedingt, daß die Ansetzung von Neuwahlen nicht ausschließlich von der zu wählenden Körperschaft abhängt, d. h., daß das Interesse der Gewählten, ihre Mandate zu behalten, nicht der Realisierung der Forderung des Volkes auf Abberufung seiner Vertreter entgegenwirken kann.

Deshalb beschließt das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten:

Die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten wie auch die Sowjets der Bauerndeputierten eines jeden Wahlkreises sind berechtigt, Neuwahlen zu allen städtischen und ländlichen Körperschaften, überhaupt zu allen Vertretungskörperschaften, einschließlich der Konstituierenden Versammlung, anzusetzen. Die Sowjets sind auch berechtigt, den Termin für Neuwahlen festzulegen. Die Wahlen selbst gehen in der üblichen Weise, streng auf der Grundlage des Verhältniswahlsystems, vor sich.

Geschrieben am 19. November (2. Dezember) 1917.

Veröffentlicht 1918 in dem Buch „Sitzungsprotokolle des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosakendeputierten, II. Wahlperiode", hrsg. vom Gesamtrussischen ZEK, 1918.

Nach dem Manuskript.

REFERAT ÜBER DAS ABBERUFUNGSRECHT IN DER SITZUNG DES GESAMTRUSSISCHEN ZENTRALEXEKUTIVKOMITEES 21. NOVEMBER (4. DEZEMBER) 1917

Die Frage der Neuwahlen, das ist die Frage der wirklichen Realisierung des demokratischen Prinzips. In allen fortgeschrittenen Ländern ist es Brauch und Sitte, daß nur die gewählten Vertreter im Namen des Staates, als Gesetzgeber sprechen dürfen. Aber als die Bourgeoisie das Recht gewährte, Abgeordnete zur Lenkung der Staatsmaschine zu berufen, versagte sie absichtlich das Recht auf Abberufung, das Recht auf wirkliche Kontrolle.

Durch alle revolutionären Zeiten der Geschichte, durch alle Verfassungsänderungen zieht sich indes wie ein roter Faden die Anerkennung des Abberufungsrechts.

Eine demokratische Vertretung besteht und ist überall dort anerkannt, wo es eine parlamentarische Ordnung gibt, doch ist dieses Vertretungsrecht darauf beschränkt, daß das Volk einmal in zwei Jahren zu wählen berechtigt ist – wobei sich oftmals herausstellt, daß mit seinen Stimmen diejenigen gewählt worden sind, die eben dieses Volk zertreten helfen, das Volk aber nicht über das demokratische Recht verfügt, die Gewählten abzusetzen, gegen sie wirksam einzuschreiten.

In Ländern aber, wo sich die alten demokratischen Traditionen erhalten haben, zum Beispiel in einigen Kantonen der Schweiz und in einigen Staaten Amerikas, ist auch das demokratische Abberufungsrecht erhalten geblieben.*

Jede große Umwälzung stellt dem Volk die klare Aufgabe, nicht nur die vorhandenen Gesetze auszunutzen, sondern auch neue entsprechende Gesetze zu schaffen. Deshalb müssen vor der Einberufung der Konstituierenden Versammlung die neuen Wahlbestimmungen überprüft werden.

* In dem in der „Prawda" Nr. 196 vom 5. Dezember (22. November) 1917 veröffentlichten Zeitungsbericht lautet dieser Absatz wie folgt: „In Ländern aber, wo sich die alten Traditionen revolutionärer Zeiten, in denen sie entstanden sind, erhalten haben, zum Beispiel in einigen Kantonen der Schweiz und in einigen Staaten Amerikas, ist auch das demokratische Abberufungsrecht erhalten geblieben." *Die Red.*

Die Sowjets sind von den Werktätigen selber geschaffen worden, durch ihre revolutionäre Energie und schöpferische Kraft, und nur darin liegt die Bürgschaft dafür, daß sie voll und ganz im Interesse der Massen wirken. Jeder Bauer, der Vertreter in den Sowjet entsendet, kann sie auch abberufen, und eben darin besteht der wirkliche Volkscharakter der Sowjets.

Bei uns haben sich die verschiedenen Parteien an der Macht abgelöst; das letztemal war der Übergang des Einflusses von einer Partei auf die andere von einer Umwälzung begleitet, von einer ziemlich stürmischen Umwälzung, wo doch, hätte es das Abberufungsrecht gegeben, eine einfache Abstimmung genügt hätte.

Wir sagen: Freiheit. Was früher Freiheit genannt wurde, war die Freiheit der Bourgeoisie, mittels ihrer Millionen zu betrügen, war die Freiheit, mittels dieses Betrugs ihre Kräfte zu nutzen. Mit der Bourgeoisie und mit dieser Freiheit haben wir endgültig gebrochen. Der Staat ist eine Einrichtung des Zwangs. Früher war das die Gewalt eines Häufleins von Geldsäcken über das ganze Volk. Wir dagegen wollen den Staat zu einer Einrichtung machen, die den Willen des Volkes zu verwirklichen zwingt. Wir wollen die Gewalt im Interesse der Werktätigen organisieren.

Wird das Recht auf Abberufung aus der Konstituierenden Versammlung verweigert, so bedeutet das, dem revolutionären Volkswillen keinen Ausdruck zu geben und die Rechte des Volkes zu usurpieren. Wir haben Verhältniswahlen, in der Tat die demokratischsten Wahlen. Dabei das Abberufungsrecht einzuführen ist etwas schwierig, doch sind die Schwierigkeiten hier rein technischer Natur und sehr leicht zu überwinden. Auf jeden Fall besteht kein Gegensatz zwischen den Verhältniswahlen und dem Abberufungsrecht.

Das Volk stimmt nicht für Personen, sondern für eine Partei. Die Scheidung nach Parteien ist in Rußland sehr weit gediehen, und in den Augen des Volkes hat jede Partei ein bestimmtes politisches Gesicht. Deshalb muß jede Spaltung einer Partei Chaos schaffen, wenn nicht das Abberufungsrecht vorgesehen ist. Die Partei der Sozialrevolutionäre hatte großen Einfluß. Aber nach der Einreichung der Wahllisten hat sich diese Partei gespalten. Die Liste läßt sich nicht ändern, die Konstituierende Versammlung aufschieben kann man auch nicht. So hat das Volk faktisch für eine Partei gestimmt, die schon nicht mehr existierte.

Das hat der linke Zweite Bauernkongreß bewiesen. Es zeigte sich, daß die Bauernschaft betrogen worden ist, nicht durch Personen, sondern durch die Spaltung in der Partei. Hier bedarf es einer Korrektur. Es bedarf der sofortigen Verwirklichung eines direkt und konsequent demokratischen Prinzips, der Einführung des Abberufungsrechts.

Fürchten muß man, daß wir es bei unrichtigen Wahlen belassen. Die Einführung des Rechts auf Neuwahlen aber ist bei dem hohen Bewußtseinsniveau der Massen, von dem der Vergleich der Entwicklung der Revolutionen von 1905 und 1917 zeugt, nichts, was man fürchten müßte.

Man hat dem Volke gesagt, der Sowjet sei ein bevollmächtigtes Organ, es hat das geglaubt, hat dementsprechend gehandelt. Wir müssen die Linie der Demokratisierung fortsetzen und das Abberufungsrecht einführen.

Das Recht auf Abberufung muß den Sowjets als den vollkommensten Trägern des Staatsgedankens, der Idee des Zwangs eingeräumt werden. Dann wird der Übergang der Macht von einer Partei zu einer anderen auf friedlichem Wege vor sich gehen, durch einfache Neuwahlen.

„Prawda" Nr. 196,
5. Dezember (22. November) 1917
und „Soldatskaja Prawda" Nr. 87,
24. November 1917.

Nach dem Text der
„Soldatskaja Prawda".

REDE AUF DEM ERSTEN GESAMTRUSSISCHEN KONGRESS DER KRIEGSFLOTTE 22. NOVEMBER (5. DEZEMBER) 1917[79]

Protokollarische Niederschrift

Im Namen des Rats der Volkskommissare begrüßt Genosse Lenin den Kongreß als Vertretung des großen Heeres der Matrosen, das in der ersten Reihe der Kämpfer für die Befreiung der werktätigen Klassen gestanden hat.

Im weiteren geht Genosse Lenin zur Charakterisierung der gegenwärtigen Lage über. Der Redner stellt fest, daß die Politik der Paktiererregierung Kerenskis, die nicht darauf gerichtet war, die dringendsten Bedürfnisse der breiten Volksmassen zu befriedigen, die es sich zum Prinzip gemacht hatte, die Interessen der Bourgeoisie, die Interessen der Unterdrückerklasse in keiner Weise anzutasten, unvermeidlich zum Bankrott dieser Regierung führen mußte, und fährt dann fort:

Jedoch neben der Provisorischen Regierung bestanden die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die als Produkt der revolutionären Schöpferkraft des aufständischen Volkes immer breitere Schichten der werktätigen Massen um sich scharten. Nur dank den Sowjets ist in Rußland gelungen, was in keiner einzigen der europäischen Revolutionen gelungen ist: das Volk hat eine wirkliche Volksregierung geschaffen und ihr eine feste Stütze gegeben. Die unterdrückten Massen standen nunmehr vor der außerordentlich schwierigen Aufgabe, selber den Staat aufzubauen. Sie sehen, welches Ausmaß der Widerstand der Bourgeoisie gegen uns angenommen hat, wie man unsere Tätigkeit durch Sabotage zu untergraben sucht, mit welchen Lügen und Verleumdungen man uns bei jedem Anlaß und auch ohne Anlaß überschüttet.

Auf uns prasselt ein Hagel von Beschuldigungen nieder, wir würden zum Terror und zur Gewalt greifen, aber wir lassen uns durch diese Ausfälle nicht beunruhigen. Wir sagen: Wir sind keine Anarchisten, wir sind

Anhänger des Staates. Indes, der kapitalistische Staat muß zerstört, die kapitalistische Staatsmacht vernichtet werden. Unsere Aufgabe besteht darin, einen neuen Staat aufzubauen, einen sozialistischen Staat. In dieser Richtung werden wir unermüdlich arbeiten, und keinerlei Hindernisse werden uns schrecken oder zurückhalten. Schon die ersten Schritte der neuen Regierung haben das bewiesen. Aber der Übergang zur neuen Ordnung ist ein außerordentlich komplizierter Prozeß, und zur Erleichterung dieses Übergangs ist eine starke Staatsmacht notwendig. Bisher befand sich die Macht in den Händen der Monarchen und der Statthalter der Bourgeoisie. Alle ihre Anstrengungen, ihre ganze Politik waren darauf gerichtet, Zwang auf die Volksmassen auszuüben. Wir dagegen sagen: Wir brauchen eine starke Staatsmacht, wir brauchen Gewalt und Zwang, aber wir werden sie gegen das Häuflein Kapitalisten, gegen die Klasse der Bourgeoisie richten. Auf die Versuche – sinnlosen, aussichtslosen Versuche –, sich der Sowjetmacht zu widersetzen, werden wir stets mit Zwangsmaßnahmen antworten. Und in allen diesen Fällen trifft die Verantwortung dafür diejenigen, die Widerstand leisten.

Genosse Lenin geht dann zu der Frage der Schaffung eines Staatsapparats über, der im Interesse des Volkes von jedem Bürokratismus frei sein muß, der breitesten Raum für die Erschließung aller schöpferischen Kräfte des Landes geben muß, und sagt:

Die Bourgeoisie und die bürgerlichen Intellektuellenkreise sabotieren die Volksmacht in jeder Weise. Die werktätigen Massen dürfen sich auf niemand anders verlassen, als auf sich selbst. Zweifellos sind die Aufgaben, vor denen das Volk steht, unendlich schwierig und umfangreich. Aber man muß an seine eigenen Kräfte glauben; alles, was im Volke erwacht ist, zur schöpferischen Arbeit fähig ist, muß in unseren Organisationen Aufnahme finden, die bereits vorhanden sind oder die die werktätigen Massen künftig schaffen werden. Die Massen sind ohnmächtig, wenn sie zersplittert sind; sie sind stark, wenn sie geeint sind. Die Massen haben den Glauben an ihre eigenen Kräfte gewonnen und haben, ohne sich an die Hetze der Bourgeoisie zu kehren, selbständig die Verwaltung des Staates in Angriff genommen. Bei den ersten Schritten können Schwierigkeiten auftreten, kann sich der Grad der Vorbereitung als ungenügend erweisen. Aber man muß in der Praxis lernen, das Land zu verwalten, muß erlernen, was früher das Monopol der Bourgeoisie war. In dieser

Hinsicht haben wir in der Flotte ein glänzendes Vorbild für die schöpferischen Möglichkeiten der werktätigen Massen, in dieser Hinsicht hat die Flotte sich als Vortrupp erwiesen.

Genosse Lenin beleuchtet dann die wichtigsten Fragen des gegenwärtigen Augenblicks, die Frage des Grund und Bodens, der Arbeiterpolitik, das nationale Problem und die Frage des Friedens, und geht ausführlich auf jede dieser Fragen ein.

Der Zweite Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten beschloß das Dekret über den Grund und Boden, in dem die Bolschewiki vollständig die in den bäuerlichen Wähleraufträgen niedergelegten Grundsätze übernehmen. Das bedeutete ein Abweichen vom Programm der Sozialdemokraten, denn die Wähleraufträge entsprechen dem Geist des Programms der Sozialrevolutionäre, aber das ist auch ein Beweis dafür, daß die Volksmacht dem Volke nicht ihren Willen aufzwingen wollte, sondern bestrebt war, seinem Willen entgegenzukommen.

Wie die Bodenfrage auch entschieden werden mag, welches Programm auch dem Übergang des Landes an die Bauern zugrunde gelegt werden mag, das wird kein Hindernis für ein festes Bündnis der Bauern und Arbeiter sein. Wichtig ist allein: wenn die Bauern Jahrhunderte hindurch hartnäckig die Aufhebung des Eigentums am Grund und Boden verlangen, so muß dieses Eigentum aufgehoben werden.

Der Redner weist ferner darauf hin, daß mit der Bodenfrage eng die Frage der Industrie verflochten ist, daß zugleich mit der Agrarrevolution die kapitalistischen Verhältnisse radikal zerstört werden müssen, und betont die außerordentliche Wichtigkeit eines festen Bündnisses der Arbeiter und Bauern.

Die Entwicklung der russischen Revolution hat gezeigt, daß die Politik des sklavischen Paktierens mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten wie eine Seifenblase zerplatzt ist. Der Wille der Mehrheit soll herrschen; dieser Wille der Mehrheit wird durch das Bündnis der Werktätigen, durch die ehrliche Koalition der Arbeiter und Bauern auf dem Boden der gemeinsamen Interessen, verwirklicht werden. Die Parteien wechseln und gehen unter, die Werktätigen aber bleiben, und deshalb fordert der Redner auf, in erster Linie für die Festigkeit dieses Bündnisses zu sorgen.

Möge die Flotte, erklärt er, alle ihre Kräfte dafür einsetzen, daß dieses Bündnis die Grundlage des staatlichen Lebens bleibt; wenn dieses Bündnis fest sein wird, so wird nichts imstande sein, den Übergang zum Sozialismus zu verhindern.

Was die nationale Frage betrifft, erklärt Lenin, so muß man die besonders bunte Zusammensetzung der Nationalitäten Rußlands hervorheben, in dem die Großrussen nur ungefähr 40 Prozent ausmachen, während der Rest, die Mehrheit, zu anderen Nationalitäten gehört. Unter dem Zarismus hat sich infolge der nationalen Unterdrückung dieser Völker, einer unerhört grausamen und widersinnigen Unterdrückung, unter den nicht gleichberechtigten Völkerschaften der stärkste Haß gegen die Monarchen aufgespeichert. Man braucht sich daher nicht zu wundern, daß dieser Haß gegen diejenigen, die sogar den Gebrauch der Muttersprache untersagten und die Massen des Volkes zum Analphabetentum verurteilten, sich auch auf alle Großrussen übertragen hat. Man glaubte, die Großrussen seien als privilegierte Nation darauf bedacht, sich die Privilegien zu sichern, die Nikolaus II. und Kerenski für sie so eifrig gehütet hatten.

Man sagt uns, daß Rußland sich zersplittern, in einzelne Republiken zerfallen werde, aber wir brauchen davor keine Angst zu haben. Wieviel selbständige Republiken es auch geben mag, wir werden davor keine Angst haben. Wichtig für uns ist nicht, wo die Staatsgrenze verläuft, sondern daß das Bündnis zwischen den Werktätigen aller Nationen zum Kampf gegen die Bourgeoisie aller Nationen erhalten bleibt. (Stürmischer Beifall.)

Wenn die finnische Bourgeoisie Waffen bei den Deutschen kauft, um sie gegen ihre eigenen Arbeiter zu richten, so bieten wir diesen Arbeitern das Bündnis mit den russischen Werktätigen an. Mag die Bourgeoisie einen schändlichen, erbärmlichen Streit und Schacher um die Grenzen anfangen, die Arbeiter aller Länder und aller Nationen aber werden sich solcher schändlichen Dinge wegen nicht entzweien. (Stürmischer Beifall.)

Wir „erobern" jetzt – ich gebrauche ein schlechtes Wort – Finnland, aber nicht so, wie es die internationalen kapitalistischen Räuber tun. Wir erobern Finnland, indem wir ihm die volle Freiheit einräumen, im Bunde mit uns oder mit anderen zu leben, und zugleich den Werktätigen aller Nationalitäten die volle Unterstützung gegen die Bourgeoisie aller Län-

der garantieren. Dieses Bündnis gründet sich nicht auf Verträge, sondern auf die Solidarität der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter.

Wir sehen jetzt eine nationale Bewegung in der Ukraine und sagen: Wir sind unbedingt für die volle und uneingeschränkte Freiheit des ukrainischen Volkes. Wir müssen mit jener alten, blutigen und schmutzigen Vergangenheit brechen, wo das Rußland der kapitalistischen Unterdrücker die Rolle des Henkers der anderen Völker spielte. Mit dieser Vergangenheit werden wir aufräumen, von dieser Vergangenheit werden wir keinen Stein auf dem andern lassen. (Stürmischer Beifall.)

Wir sagen den Ukrainern: Als Ukrainer könnt ihr euer Leben einrichten, wie ihr wollt. Aber wir reichen den ukrainischen Arbeitern die Bruderhand und sagen ihnen: Mit euch zusammen werden wir gegen eure und unsere Bourgeoisie kämpfen. Nur ein sozialistisches Bündnis der Werktätigen aller Länder wird jeden Boden für nationale Hetze und nationalen Hader beseitigen. (Stürmischer Beifall.)

– Ich komme jetzt zur Frage des Krieges. Gegen den Krieg, den der Zusammenstoß der Räuber wegen der Verteilung der Beute hervorgerufen hat, haben wir einen entschiedenen Kampf aufgenommen. Alle Parteien haben bisher von diesem Kampf geredet, aber über Worte und Heuchelei sind sie nicht hinausgekommen. Jetzt hat der Kampf für den Frieden begonnen. Das ist ein schwerer Kampf. Wer glaubte, daß der Frieden leicht zu erlangen sei, daß man bloß ein paar Worte über den Frieden zu verlieren brauche, damit die Bourgeoisie ihn uns auf dem Teller präsentiere, muß ein sehr naiver Mensch sein. Wer den Bolschewiki eine solche Auffassung unterstellte, ist ein Betrüger. Die Kapitalisten sind wegen der Teilung der Beute in einem Kampf auf Leben und Tod aneinandergeraten. Es ist klar: den Krieg bezwingen heißt das Kapital besiegen, und in diesem Sinne hat die Sowjetmacht den Kampf begonnen. Wir haben die Geheimverträge veröffentlicht und werden das auch weiterhin tun. Keine Wutausbrüche und keine Verleumdungen werden uns davon abhalten. Die Herren Bourgeois speien Gift und Galle, weil das Volk erkennt, weshalb man es zur Schlachtbank getrieben hat. Sie schrecken das Land mit der Perspektive eines neuen Krieges, in dem Rußland isoliert sein würde. Aber jener wütende Haß, den die Bourgeoisie gegen uns, gegen unsere Bewegung für den Frieden an den Tag legt, wird uns nicht aufhalten. Mag sie versuchen, die Völker in ein viertes Jahr des

Krieges gegeneinander zu treiben! Das wird ihr nicht gelingen. Nicht nur bei uns, sondern in allen kriegführenden Ländern reift der Kampf gegen die eigenen imperialistischen Regierungen heran. Sogar in Deutschland, das die Imperialisten jahrzehntelang in ein Heerlager zu verwandeln suchten, wo der ganze Regierungsapparat darauf eingestellt ist, die geringste Äußerung der Volksempörung im Keime zu ersticken, sogar dort ist es bis zum offenen Aufstand in der Flotte gekommen. Man muß wissen, welch unerhörte Ausmaße die Polizeiwillkür in Deutschland hat, um zu begreifen, welche Bedeutung diesem Aufstand zukommt. Aber die Revolution wird nicht auf Bestellung gemacht; die Revolution geht hervor aus dem Ausbruch der Empörung der Volksmassen. Wenn es so leicht war, mit der Bande solcher kläglichen, schwachsinnigen Kreaturen wie Romanow und Rasputin fertig zu werden, so ist es unendlich schwieriger, gegen die organisierte und starke Clique der deutschen gekrönten und ungekrönten Imperialisten zu kämpfen. Aber man kann und muß Hand in Hand arbeiten mit der revolutionären Klasse der Werktätigen aller Länder. Und diesen Weg hat die Sowjetregierung beschritten, als sie die Geheimverträge veröffentlichte und zeigte, daß die Machthaber aller Länder Räuber sind. Das ist eine Propaganda nicht des Wortes, sondern der Tat. (Stürmischer Beifall.)

Der Redner berührte zum Schluß die Frage der Friedensverhandlungen und sagte:

Als die Deutschen auf unsere Forderung, keine Truppen an die Westfront und die italienische Front zu werfen, ausweichend antworteten, brachen wir die Verhandlungen ab, und wir werden sie erst nach einiger Zeit wiederaufnehmen. Und wenn wir das aller Welt offen mitteilen, wird es keinen einzigen deutschen Arbeiter geben, der nicht weiß, daß die Friedensverhandlungen nicht durch unsere Schuld abgebrochen worden sind. Wenn jedoch der Fall eintreten sollte, daß die deutsche Arbeiterklasse mit ihrer Regierung der imperialistischen Räuber zusammenginge und wir vor der Notwendigkeit stünden, den Krieg fortzusetzen, so würde dann das russische Volk, das ohne Murren sein Blut vergoß, das, ohne zu wissen, weshalb und wofür, den Willen einer Regierung ausführte, die es unterdrückte, ohne jeden Zweifel mit zehnfacher Energie, mit zehnfachem Heldenmut den Kampf aufnehmen: denn das wäre ein Kampf für den Sozialismus, für die Freiheit, gegen die die internationale

Bourgeoisie ihre Bajonette richten würde. Wir glauben jedoch an die internationale Solidarität der werktätigen Massen, die alle Hindernisse und Schranken auf dem Wege des Kampfes für den Sozialismus überwinden werden. (Stürmischer Beifall.)

„Iswestija ZIK" Nr. 235, 25. November 1917.

Nach dem Text der „Iswestija ZIK", verglichen mit dem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

VORWORT ZUR BROSCHÜRE „MATERIALIEN ZUR AGRARFRAGE"

In der vorliegenden Broschüre, die wir der Aufmerksamkeit des Lesers empfehlen, sind (auf Initiative nicht des Verfassers, sondern eines bolschewistischen Genossen) die wichtigsten meiner Artikel und Reden zur Agrarfrage zusammengefaßt worden, die für eine Massenverbreitung geeignet sind. Die hier gesammelten Artikel und Reden umfassen den Zeitraum von Ende April bis Ende Oktober 1917. Den Artikeln sind hinzugefügt: die Resolution der Aprilkonferenz der SDAPR (Bolschewiki)* und das Dekret über den Grund und Boden, das am 26. Oktober 1917 vom Zweiten Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten angenommen wurde**. Die Texte dieser beiden Dokumente in ihrer ursprünglichen Fassung (d. h. *die Entwürfe*) wurden von mir verfaßt.

Im ganzen genommen geben diese Dokumente und Artikel ein genaues Bild von der Entwicklung der Auffassungen des Bolschewismus in dem halben Jahr der Revolution und von der Anwendung dieser Auffassungen in der Praxis.

Ich kann noch auf meinen Artikel in der Zeitung „Rabotschi" (Petersburg, 11. September [29. August] 1917, Nr. 6) verweisen: „Aus dem Tagebuch eines Publizisten. Bauern und Arbeiter"***. In diesem Artikel wird jene Zusammenstellung bäuerlicher Wähleraufträge aus Nr. 88 der „Iswestija Wserossiskowo Sowjeta Krestjanskich Deputatow" vom

---

* Siehe Werke, Bd. 24, S. 282–285. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 249–252. *Die Red.*

*** Siehe Werke, Bd. 25, S. 281–289. *Die Red.*

19. August, die in das Dekret über den Grund und Boden vom 26. Oktober 1917 aufgenommen wurde, einer ausführlichen Analyse unterzogen. Zwei Monate vor der Revolution vom 25. Oktober erläutert dieser Artikel, daß sich „die Grundlinie der Sprache des Arbeiters gegenüber dem Bauern ändern muß".

Petersburg, 27. November 1917

N. Lenin

Veröffentlicht im Dezember 1917 in der Broschüre: N. Lenin, „Materialien zur Agrarfrage", Petersburg, Verlag „Priboi".

Nach dem Text der Broschüre.

KONZEPT EINES PROGRAMMS FÜR DIE FRIEDENSVERHANDLUNGEN[80]

1. Politische und wirtschaftliche Verhandlungen.

2. Hauptthema der politischen Verhandlungen und deren Grundprinzip: *„keine Annexionen und Kontributionen"*.

3. Begriff der Annexion:

a) Die Definition der Annexion als Angliederung von Territorien nach Erklärung dieses Krieges ist *u n* tauglich.*

b) Als annektiertes Gebiet ist jedes Territorium zu erklären, dessen Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten (von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an) ihrer Unzufriedenheit mit der Angliederung ihres Territoriums an einen anderen Staat oder mit ihrer Stellung im Staate Ausdruck verliehen hat – ganz gleich, ob diese Unzufriedenheit zum Ausdruck gekommen ist in der Literatur, in Beschlüssen der Landtage, Munizipalitäten, Vertreterversammlungen und dergleichen Körperschaften, in diplomatischen und Staatsakten, die durch die nationale Bewegung dieser Territorien veranlaßt wurden, in nationalen Reibungen, Zusammenstößen, Unruhen usw.**

1. Offizielle Anerkennung des freien Selbstbestimmungsrechts bis zur Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates für jede (nichteigenstaatliche) Nation, die dem jeweiligen kriegführenden Land angehört; 2. das Recht auf Selbstbestimmung wird verwirklicht durch ein Referendum der gesamten Bevölkerung des Gebiets, das vom Recht der Selbstbestimmung Gebrauch macht; 3. die geographischen Grenzen des vom

* Abgelehnt wird eine Definition der Annexion, nach der Territorien als annektiert gelten, die nach der Kriegserklärung angegliedert worden sind.

** Der folgende Text ist von J. W. Stalin verfaßt. *Die Red.*

Recht der Selbstbestimmung Gebrauch machenden Gebiets werden durch demokratisch gewählte Vertreter dieses und der angrenzenden Gebiete festgelegt; 4. Vorbedingungen, die die Verwirklichung des freien Selbstbestimmungsrechts einer Nation garantieren:

a) Abzug der Truppen aus dem Bereich des vom Recht der Selbstbestimmung Gebrauch machenden Gebiets;

b) Rückführung der Flüchtlinge sowie der seit Kriegsbeginn durch die Behörden ausgesiedelten Bewohner des betreffenden Gebiets;

c) Bildung einer provisorischen Verwaltung aus demokratisch gewählten Vertretern der vom Recht der Selbstbestimmung Gebrauch machenden Nation in dem betreffenden Gebiet, der (unter anderem) das Recht zusteht, Punkt *b* in die Tat umzusetzen;

d) Bildung von Kommissionen der vertragschließenden Seiten bei der provisorischen Verwaltung mit dem Recht der gegenseitigen Kontrolle;

e) die für die Durchführung der Punkte *b* und *c* erforderlichen Ausgaben werden aus einem Sonderfonds aus Mitteln derjenigen Seite bestritten, die das Gebiet bisher besetzt hielt.

Geschrieben am 27. November (10. Dezember) 1917.

Zuerst veröffentlicht 1929 im Lenin-Sammelband XI.

Nach dem Manuskript.

DEKRET ÜBER DIE VERHAFTUNG DER FÜHRER DES BÜRGERKRIEGS GEGEN DIE REVOLUTION[81]

Die Mitglieder der leitenden Körperschaften der Kadettenpartei als einer Partei der Volksfeinde sind zu verhaften und vor die Revolutionstribunale zu stellen.

Die örtlichen Sowjets werden in Anbetracht der Verbindung der Kadettenpartei mit dem Kornilow-Kaledinschen Bürgerkrieg gegen die Revolution mit der besonderen Überwachung dieser Partei beauftragt.

Das Dekret tritt vom Augenblick seiner Unterzeichnung an in Kraft.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

Petrograd, 28. November 1917
$10^1/_2$ Uhr abends.

„Prawda" Nr. 23 (Abendausgabe), 12. Dezember (29. November) 1917 und „Iswestija ZIK" Nr. 239, 29. November 1917.

Nach dem Manuskript.

SITZUNG DES GESAMTRUSSISCHEN ZENTRALEXEKUTIVKOMITEES 1. (14.) DEZEMBER 1917

1

REDE ÜBER DIE FRAGE DER KONSTITUIERENDEN VERSAMMLUNG

Betrachten wir die Konstituierende Versammlung außerhalb des Zusammenhangs mit der konkreten Situation des Klassenkampfes, der bis zum Bürgerkrieg fortgeschritten ist, so müssen wir sagen, daß wir einstweilen keine Einrichtung kennen, die besser den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen könnte. Aber man darf nicht im Reich der Phantasie schweben. Die Konstituierende Versammlung wird unter den Bedingungen des Bürgerkriegs wirken müssen. Begonnen haben den Bürgerkrieg die bürgerlich-kaledinschen Elemente.

Nach dem Versuch, den Aufstand in Moskau fortzusetzen, nach dem mißlungenen Versuch Kerenskis, Truppen gegen Petrograd marschieren zu lassen, nach dem fruchtlosen Versuch, die konterrevolutionären Spitzen des Offizierskorps der Armee zu organisieren, versuchen sie jetzt, einen Aufstand im Dongebiet zu organisieren. Dieser Versuch ist aussichtslos, denn die werktätigen Kosaken sind gegen die Kaledinleute.

Auf den Vorwurf, daß man die Partei der Kadetten verfolge, entgegnet Lenin: Man kann den Klassenkampf nicht von dem politischen Gegner trennen. Wenn man sagt, die Kadettenpartei sei keine starke Gruppe, so sagt man die Unwahrheit. Das Zentralkomitee der Kadetten ist der politische Generalstab der Klasse der Bourgeoisie. Die Kadetten

haben die besitzenden Klassen in sich aufgesogen, mit ihnen haben sich Elemente verschmolzen, die rechts von den Kadetten standen. Sie alle unterstützen die Kadettenpartei.

Man fordert uns auf, die Konstituierende Versammlung so einzuberufen, wie sie ursprünglich gedacht war. Nein, meine Herren, entschuldigt schon. Sie war gegen das Volk gedacht. Wir haben den Umsturz durchgeführt, damit wir die Garantie haben, daß die Konstituierende Versammlung nicht gegen das Volk ausgenutzt werden wird, damit diese Garantie in den Händen der Regierung sei. In unserem Dekret wird klar und unzweideutig gesagt, wann die Konstituierende Versammlung einberufen werden wird. In ihm haben wir eine genaue Antwort auf diese Frage gegeben. Bemüht euch nicht, in unseren Herzen zu lesen, wir verheimlichen nichts. Wir haben erklärt: Sobald 400 Abgeordnete da sind, werden wir die Konstituierende Versammlung einberufen. Nicht wir sind schuld, daß die Wahlen später stattgefunden haben als festgesetzt war. In einigen Orten haben die Sowjets selbst spätere Termine für die Wahlen angesetzt. Bei der Verschiedenheit der Wahltermine muß man festsetzen, welche Abgeordnetenzahl genügt, um die Konstituierende Versammlung zu eröffnen. Man hat den Umstand, daß in dem Gesetz diese Zahl nicht angegeben ist, auszunutzen versucht, um die Konstituierende Versammlung bei einer beliebigen Zahl von Abgeordneten einzuberufen. In welcher Lage befände sich eine Regierung, die das zulassen würde? Die Sowjetmacht hat richtig gehandelt, als sie festsetzte, bei welcher Abgeordnetenzahl die Einberufung der Konstituierenden Versammlung als rechtmäßig gelten soll. Die Sowjetmacht hat das getan. Wer nicht einverstanden ist, soll das Dekret kritisieren. Wenn wir anstatt Kritik Anspielungen, allgemeine Vermutungen hören, so weisen wir das zurück.

Steht die revolutionäre Klasse im Kampf gegen die besitzenden Klassen, die Widerstand leisten, so muß sie diesen Widerstand unterdrücken; und wir werden den Widerstand der Besitzenden mit allen jenen Mitteln unterdrücken, mit denen sie das Proletariat unterdrückt haben – andere Mittel sind noch nicht erfunden worden.

Hier wurde erklärt, man müsse die Bourgeoisie isolieren. Aber die Kadetten, die sich hinter einer formal-demokratischen Losung, der Losung der Konstituierenden Versammlung verstecken, beginnen faktisch den Bürgerkrieg. Die Kadetten sagen: „Wir wollen sowohl in der Konsti-

tuierenden Versammlung sitzen als auch zugleich den Bürgerkrieg organisieren", und darauf antworten Sie mit Phrasen von einer Isolierung.

Wir verfolgen nicht Leute, die nur Formalitäten verletzen, wir erheben eine direkte politische Anklage gegen eine politische Partei. So haben auch die französischen Revolutionäre gehandelt. Das ist unsere Antwort an jene Bauern, die gewählt haben, ohne zu wissen, wen sie wählten. Soll das Volk wissen, daß die Konstituierende Versammlung nicht so zusammentreten wird, wie es Kerenski wollte. Wir haben das Abberufungsrecht eingeführt, und die Konstituierende Versammlung wird nicht so ausfallen, wie die Bourgeoisie es sich gedacht hat. Jetzt, einige Tage vor der Einberufung der Konstituierenden Versammlung, organisiert die Bourgeoisie den Bürgerkrieg, verstärkt sie die Sabotage, versucht sie, den Waffenstillstand zu vereiteln. Wir werden uns nicht durch formale Losungen betrügen lassen. Sie wollen in der Konstituierenden Versammlung sitzen und zugleich den Bürgerkrieg organisieren. Möge man unsere Anklage gegen die Partei der Kadetten sachlich untersuchen, möge man beweisen, daß die Kadettenpartei nicht der Generalstab des Bürgerkriegs ist, eines absolut aussichtslosen Bürgerkriegs, der das Land in Blut ertränkt. Gen. Steinberg hat sich nicht bemüht, das zu beweisen. Er hat alles vergessen, was über die Verbindungen der Kadetten mit Kornilow an den Tag gebracht wurde; nicht wir, sondern Tschernow, unser politischer Gegner, hat diese Verbindungen aufgedeckt. Man fordert uns auf, die kleinen Diebe zu fangen. Wir werden die politische Anklage gegen den Generalstab einer ganzen Klasse nicht durch die Jagd nach einzelnen Personen verdunkeln.

Weiter geht Genosse Lenin auf den Einwand ein, daß die Bolschewiki ebenfalls zu Volksfeinden erklärt worden wären. Man hat uns gedroht, daß man uns zu Volksfeinden erklären werde, hat es aber nicht getan. Sie wagten es nicht. Wir haben damals erklärt: „Wenn ihr imstande seid, das zu tun, so versucht es. Versucht es, dem Volke zu sagen, daß die Partei der Bolschewiki, als Partei, als Richtung, ein Feind des Volkes sei." Sie wagten es nicht, sie machten Jagd auf einzelne Personen und verbreiteten Verleumdungen. Wir sagten ihnen: Ihr könnt uns nicht zu Volksfeinden erklären, ihr habt keine Spur prinzipieller Argumente gegen die Bolschewiki, ihr könnt nur Verleumdungen verbreiten. Unsere Anklage gegen die Partei macht mit den kleinlichen Methoden des politischen Kampfes

ein Ende. Wir werden dem Volk die Wahrheit sagen. Wir werden dem Volk sagen, daß seine Interessen höher stehen als die Interessen einer demokratischen Einrichtung. Man darf nicht zu den alten Vorurteilen zurückkehren, die die Interessen des Volkes einem formalen Demokratismus unterordnen. Die Kadetten schreien: „Alle Macht der Konstituierenden Versammlung!", aber in Wirklichkeit bedeutet das bei ihnen: „Alle Macht Kaledin!" Das muß man dem Volke sagen, und das Volk wird uns zustimmen.

„Prawda" Nr. 207,
19. (6.) Dezember 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

2

RESOLUTION ZUM DEKRET ÜBER DIE KADETTENPARTEI

Nach Entgegennahme der Erklärungen der Vertreter des Rats der Volkskommissare über das Dekret, das die Kadetten zu einer Partei der Volksfeinde erklärt und die Verhaftung der Mitglieder der leitenden Körperschaften dieser Partei sowie die Überwachung der Partei in ihrer Gesamtheit durch die Sowjets anordnet, bestätigt das ZEK die Notwendigkeit des entschiedensten Kampfes gegen die bürgerliche Konterrevolution, an deren Spitze die Kadettenpartei steht, die einen erbitterten Bürgerkrieg gegen die Grundlagen der Arbeiter- und Bauernrevolution begonnen hat.

Das ZEK sichert auch für die Zukunft dem Rat der Volkskommissare seine Unterstützung auf diesem Wege zu und weist die Proteste der politischen Gruppen zurück, die durch ihre Schwankungen die Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft untergraben.

„Iswestija ZIK" Nr. 243, 3. Dezember 1917.

Nach dem Text der „Iswestija ZIK".

REDE AUF DEM ZWEITEN GESAMTRUSSISCHEN KONGRESS DER SOWJETS DER BAUERNDEPUTIERTEN 2. (15.) DEZEMBER 1917[82]

Genossen! So wie ich auf dem vorhergehenden Außerordentlichen Kongreß der Bauerndeputierten als Mitglied der Fraktion der Bolschewiki und nicht des Rats der Volkskommissare aufgetreten bin, spreche ich auch jetzt in eben dieser Eigenschaft, da ich es für wichtig halte, daß Sie, der Kongreß der Bauerndeputierten, die Meinung der Partei der Bolschewiki kennen.

Als ich hierher kam, hörte ich einen Teil der Ausführungen des letzten Redners, der, was meine Person betrifft, Ihnen sagte, daß ich Sie mit Bajonetten auseinanderjagen wolle. Genossen! Rußland ist über den Zustand hinaus, wo irgend jemand über dieses Land herrschen könnte. Seitdem die Armee es verstanden hat, die Waffen zur Eroberung der Freiheit einzusetzen, seitdem die Bauern im Soldatenrock mit den Bauern, die keinen solchen Rock tragen, zusammenkommen und sich verständigen können, gibt es, wie Sie wissen, keine Macht, die imstande wäre, den Willen des Volkes, den Willen der Bauern und Arbeiter zu unterjochen.

Genossen! Ich will Ihnen sagen, wie wir den Umsturz vom 25. Oktober auffassen. Genossen! Man hat hier gesagt, daß eine neue Welle der Revolution möglicherweise die Sowjets hinwegfegen werde. Ich erkläre: Das wird nicht sein. Ich bin fest überzeugt, daß die Sowjets niemals untergehen werden; die Revolution vom 25. Oktober hat uns den Beweis dafür erbracht. Die Sowjets werden niemals untergehen: sie entstanden bereits in der ersten Revolution 1905, sie entstanden auch nach der Februarrevolution, und das nicht auf Initiative irgendwelcher Einzelpersonen, sondern durch den Willen der Volksmassen, von unten her. Hier kann es keine Beschränkungen, keine Formalitäten geben, weil die

Sowjets durch den Willen des Volkes geschaffen worden sind und das Volk die Möglichkeit hat, seine Vertreter jederzeit abzuberufen. Die Sowjets stehen höher als alle Parlamente, alle konstituierenden Versammlungen. (Lärm, Rufe: „Lüge!") Die Partei der Bolschewiki hat stets erklärt: das höchste Organ sind die Sowjets. Man kann nicht sagen, das sei eine Lüge, denn mit Hilfe der Konstituierenden Versammlung haben die Revolutionen in Europa, die die Monarchie stürzten, bürgerliche Republiken geschaffen. Eine Revolution wie die unsrige hat es noch nie und nirgendwo gegeben. Man sagt, die Revolution vom 25. Oktober habe nur eine „bolschewistische Regierung" gebracht. Ich könnte darauf hinweisen, daß im Rat der Volkskommissare nicht allein Bolschewiki sind. Wer sich von Ihnen an den Ersten Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten erinnert, muß wissen, daß die Bolschewiki damals in der Minderheit waren; jetzt aber hat das Volk – nachdem es sich durch eigene Erfahrung überzeugt hat, wohin die Politik des Paktierens führt – auf dem Zweiten Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten der Partei der Bolschewiki die Mehrheit gegeben. Wenn man mir sagt, wenn die feindliche Presse schreit, daß die Bajonette sich gegen die Sowjets richten könnten, so muß ich darüber lachen. Die Bajonette sind in den Händen der Arbeiter, Soldaten und Bauern, und in ihren Händen werden sie sich niemals gegen die Sowjets richten. Mag die Konterrevolution die Bajonette gegen die Sowjets richten, sie fürchten sie nicht.

Indem ich zur Frage der Konstituierenden Versammlung komme, muß ich sagen, daß die Konstituierende Versammlung nur dann helfen kann, wenn das Volk selbst sich frei entwickelt und ein neues Leben aufbaut. Und ich frage Sie: Ist das der Fall?

Ich sage Ihnen, was Sie alle wissen: „Nicht der Mensch ist um des Sabbats willen da, sondern der Sabbat um des Menschen willen." Sie wissen, Genossen, wie die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung vor sich gegangen sind. Das ist eine der fortgeschrittensten Wahlmethoden, denn hier werden nicht einzelne Personen, sondern Vertreter der Parteien gewählt. Und das ist ein Schritt vorwärts, denn die Revolution wird nicht von Personen, sondern von Parteien gemacht. Als die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung stattfanden, gab es die einheitliche Partei der Sozialrevolutionäre, die Partei, die die Mehrheit in der Konstituierenden Versammlung hat. Jetzt ist das nicht der Fall. Sie werden viel-

leicht sagen, auch das hätten die Bolschewiki vollbracht. Nein, Genossen, das ist ein in der ganzen Welt gültiges Gesetz. Immer und überall, langsam und unter Schwierigkeiten geht die Teilung des Volkes in zwei Lager vor sich: in das Lager der Enterbten, der Erniedrigten, das Lager derer, die für eine bessere Zukunft aller Werktätigen kämpfen – und in das Lager derer, die auf diese oder jene Weise die Gutsbesitzer und Kapitalisten unterstützen. Als die Wahlen stattfanden, wählte das Volk nicht die, die seinen Willen, seine Wünsche zum Ausdruck bringen. Sie sagen, daß wir die gesamte Partei der Kadetten für Volksfeinde erklärt haben. – Jawohl, das haben wir getan und haben damit den Willen des Zweiten Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten zum Ausdruck gebracht. Und jetzt, wo wir an der Schwelle des Friedens, der Einstellung des entsetzlichen dreijährigen Gemetzels stehen, sind wir überzeugt, daß das die Forderung aller Werktätigen, der Werktätigen aller Länder ist. Der Sturz des Imperialismus in Europa schreitet – langsam und unter Schwierigkeiten – voran, und jetzt werden die Imperialisten aller Länder sehen, daß das Volk stark ist und vermöge seiner Stärke alle bezwingen wird, die sich ihm in den Weg stellen. Wenn man einen Aufstand gegen die Arbeiter und Bauern, gegen die Sowjets, organisiert und mit der anderen Hand das hohe Mandat zur Konstituierenden Versammlung vorweist, so werden wir davor nicht haltmachen. Im Juli hat man uns gesagt: „Wir werden euch für Volksfeinde erklären." Und wir antworteten: „Versucht es." Hätten nur die Herren Bourgeois und ihre Anhänger es versucht, das dem Volke offen zu sagen; aber sie haben es nicht getan, sie haben sich aller möglichen Anwürfe, Verleumdungen und schmutzigen Beschuldigungen gegen uns bedient. Als die Bourgeoisie den Bürgerkrieg begann, wir waren Zeugen dieses Krieges, da organisierte sie den Aufstand der Offiziersschüler, und wir, die Sieger, ließen gegenüber den Besiegten Gnade walten. Wir haben noch mehr getan: wir haben ihnen sogar die militärischen Ehren gelassen. Und jetzt, wo die Konstituierende Versammlung zusammentritt, sagen wir: Wenn 400 Mitglieder der Konstituierenden Versammlung hier sind, werden wir sie eröffnen.* – Wir

* In dem im „Rabotschi i Soldat" Nr. 42 vom 4. (17.) Dezember 1917 veröffentlichten Text ist der Schlußteil der Rede in folgender Fassung wiedergegeben: „Die Volksmacht geht keinerlei Koalition mit dem Kapital ein. Wir schließen keine Geheimverträge ab. Die Volksmacht setzt die Sowjets über

sehen, daß die Verschwörung der Kadetten fortdauert, wir sehen, daß sie im Namen des Geldsackes, des Eigennutzes, des Reichtums den Aufstand gegen die Sowjets organisieren, und wir erklären sie offen für Feinde des Volkes. Jetzt, wo wir bald die Friedensbedingungen kennen werden, wo wir den Waffenstillstand haben werden, wo die Mitglieder der Bodenkomitees nicht mehr verhaftet werden, wo die Gutsbesitzerländereien konfisziert werden, wo die Kontrolle über die Fabriken und Werke eingeführt wird, organisieren sie eine Verschwörung gegen uns, gegen die Sowjets. Und wir erklären, daß sie, die Partei der Kadetten, eine Partei der Bourgeoisie sind, daß sie Feinde des Volkes sind und daß wir gegen sie kämpfen werden.

„Rabotschi i Soldat" Nr. 42, 4. (17.) Dezember 1917.

Nach dem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

---

jeden Schritt, den sie tut, in Kenntnis. Im Namen der Sowjets haben wir einen Waffenstillstand vorgeschlagen, und sollten sich die Bedingungen als nicht angemessen erweisen, wird das Volk sie nicht annehmen. Gegen das revolutionäre Volk hat es keinerlei Gewalttätigkeit gegeben. (Zwischenruf: „Und Duchonin?") Duchonin war beauftragt worden, Verhandlungen über einen Waffenstillstand aufzunehmen. Er hat das abgelehnt. Duchonin hat sich mit Kornilow, Kaledin und anderen Feinden des Volkes verbündet, und in höchster Erregung gegen seinen Feind hat das Volk ihn ermordet. Aber Sie vergessen eine andere Tatsache. Auf der Schpalernajastraße verteilte der Arbeiter Woinow bolschewistische Flugblätter und wurde von Kosaken ermordet. Und nun kommt der Unterschied zwischen diesen beiden Tatsachen. Als der Arbeiter Woinow ermordet wurde, hat das lediglich die „Rabotschaja Gaseta" erwähnt, doch schrieb sie, daß Woinow gestorben sei, nicht, daß er ermordet wurde. Dort wurde ein einfacher Arbeiter ermordet, hier aber ein Mensch, der sich dem Frieden, den Wünschen von $^{99}/_{100}$ der russischen Armee in den Weg gestellt hat. Und als General Duchonin ermordet wurde, verurteilten unsere Zeitungen als erste das eigenmächtige Richten. Darin eben liegt sowohl die Ähnlichkeit als auch der Unterschied. Diejenigen, die für die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion, die für einen demokratischen Frieden, die gegen eine Fortsetzung des blutigen Gemetzels sind, diejenigen werden nicht für die Kadetten sein." *Die Red.*

MANIFEST AN DAS UKRAINISCHE VOLK MIT ULTIMATIVEN FORDERUNGEN AN DIE UKRAINISCHE RADA[83]

Ausgehend von den Interessen der Einheit und des brüderlichen Bündnisses der Arbeiter und der werktätigen, ausgebeuteten Massen im Kampfe für den Sozialismus, ausgehend von der Anerkennung dieser Grundsätze in zahlreichen Beschlüssen der Organe der revolutionären Demokratie, der Sowjets, und insbesondere des Zweiten Gesamtrussischen Sowjetkongresses, bestätigt die sozialistische Regierung Rußlands, der Rat der Volkskommissare, erneut das Recht aller früher vom Zarismus und der großrussischen Bourgeoisie unterdrückten Nationen auf Selbstbestimmung, bis zum Recht dieser Nationen, sich von Rußland loszutrennen.

Daher erkennen wir, der Rat der Volkskommissare, die Ukrainische Volksrepublik sowie ihr Recht an, sich von Rußland völlig zu trennen oder mit der Russischen Republik einen Vertrag über föderative oder ähnliche Beziehungen einzugehen.

Alles, was die nationalen Rechte und die nationale Unabhängigkeit des ukrainischen Volkes betrifft, erkennen wir, der Rat der Volkskommissare, sofort, ohne jede Einschränkung und bedingungslos an.

Gegen die bürgerliche finnische Republik, die einstweilen eine bürgerliche Republik geblieben ist, haben wir keinen einzigen Schritt im Sinne einer Beschränkung der nationalen Rechte und der nationalen Unabhängigkeit des finnischen Volkes unternommen, und wir werden auch keinerlei Schritte unternehmen, die die nationale Unabhängigkeit irgendeiner der Nationen beschränken könnten, die der Russischen Republik angehören oder ihr angehören wollen.

Wir beschuldigen die Rada, daß sie unter dem Deckmantel nationaler Phrasen eine doppelzünglerische bürgerliche Politik treibt, was bereits

seit langem darin zum Ausdruck kommt, daß die Rada die Sowjets und die Sowjetmacht in der Ukraine nicht anerkennt (übrigens hat die Rada die Forderung der Sowjets der Ukraine abgelehnt, unverzüglich einen Landeskongreß der ukrainischen Sowjets einzuberufen). Diese doppelzünglerische Politik, die es uns unmöglich macht, die Rada als bevollmächtigte Vertretung der werktätigen und ausgebeuteten Massen der Ukrainischen Republik anzuerkennen, hat die Rada in der allerletzten Zeit Schritte tun lassen, die jede Möglichkeit einer Verständigung zunichte machen.

Ein solcher Schritt war erstens die Desorganisierung der Front.

Die Rada gruppiert vermittels *einseitiger* Befehle die ukrainischen Truppenteile um, zieht sie von der Front ab und zerstört damit die gemeinsame einheitliche Front *vor* der Abgrenzung, die nur auf Grund einer organisierten Vereinbarung der Regierungen beider Republiken erfolgen kann.

Zweitens hat die Rada mit der Entwaffnung der Sowjettruppen begonnen, die sich in der Ukraine befinden.

Drittens unterstützt die Rada die kadettisch-kaledinsche Verschwörung und Erhebung gegen die Sowjetmacht. Wissentlich zu Unrecht beruft sich die Rada auf die angeblichen autonomen Rechte des „Don- und Kubangebiets" und deckt damit die konterrevolutionären Aktionen Kaledins, die den Interessen und Forderungen der gewaltigen Mehrheit der werktätigen Kosaken zutiefst zuwiderlaufen, sie läßt die Truppen, die zu Kaledin stoßen, ihr Territorium passieren, *lehnt es aber ab, Truppen gegen Kaledin durchzulassen.*

Beschreitet die Rada diesen Weg des unerhörten Verrats an der Revolution, der Unterstützung der schlimmsten Feinde sowohl der nationalen Unabhängigkeit der Völker Rußlands als auch der Sowjetmacht, der Feinde der werktätigen und ausgebeuteten Massen, der Kadetten und Kaledinleute, so zwingt sie uns, ihr ohne Zögern den Krieg zu erklären, selbst wenn sie bereits das formell voll anerkannte und unbestrittene Organ der obersten Staatsmacht einer unabhängigen bürgerlichen Ukrainischen Republik wäre.

Heute, in Anbetracht aller oben dargelegten Umstände, stellt der Rat der Volkskommissare vor dem Angesicht der Völker der Ukrainischen und der Russischen Republik der Rada folgende Fragen:

1. Verpflichtet sich die Rada, von den Versuchen der Desorganisierung der gemeinsamen Front abzulassen?

2. Verpflichtet sich die Rada, in Zukunft ohne Zustimmung des Oberkommandierenden keinerlei Truppenteile in Richtung des Don, des Ural oder anderer Orte passieren zu lassen?

3. Verpflichtet sich die Rada, die revolutionären Truppen in ihrem Kampf gegen den konterrevolutionären kadettisch-kaledinschen Aufstand zu unterstützen?

4. Verpflichtet sich die Rada, alle ihre Versuche, Sowjetregimenter und die Rote Arbeitergarde in der Ukraine zu entwaffnen, einzustellen und sofort die Waffen denen zurückzugeben, denen sie abgenommen wurden?

Sollte binnen 48 Stunden keine befriedigende Antwort auf diese Fragen eintreffen, so wird der Rat der Volkskommissare die Rada als im offenen Kriegszustand mit der Sowjetmacht in Rußland und in der Ukraine befindlich betrachten.

Geschrieben am 3. (16.) Dezember 1917.
Veröffentlicht am 18. (5.) Dezember 1917 in der „Prawda" Nr. 206, am 6. Dezember 1917 in den „Iswestija ZIK" Nr. 244.

Nach dem Manuskript.

REDE IN DER SITZUNG DER ARBEITERSEKTION DES PETROGRADER SOWJETS DER ARBEITER- UND SOLDATENDEPUTIERTEN ÜBER DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE DER ARBEITER PETROGRADS UND DIE AUFGABEN DER ARBEITERKLASSE 4. (17.) DEZEMBER 1917

Zeitungsbericht

Die Revolution vom 25. Oktober hat gezeigt, daß das Proletariat außerordentliche politische Reife besitzt und daß es fähig ist, der Bourgeoisie standhaft entgegenzutreten. Aber für den vollen Sieg des Sozialismus bedarf es der allergrößten Organisiertheit, durchdrungen von dem Bewußtsein, daß das Proletariat die herrschende Klasse werden muß.

Das Proletariat steht vor den Aufgaben der sozialistischen Umgestaltung der staatlichen Ordnung, denn alle halben Entscheidungen, wie leicht es auch sein mag, Argumente für sie anzuführen, sind unhaltbar, weil die ökonomische und wirtschaftliche Lage des Landes einen Punkt erreicht hat, wo halbe Entscheidungen nicht zulässig sind. In unserem gigantischen Kampf gegen den Imperialismus und Kapitalismus ist kein Platz für halbe Maßnahmen.

Die Frage lautet: Siegen oder besiegt werden?

Die Arbeiter müssen das begreifen und begreifen es auch. Das zeigt ganz klar die Tatsache, daß sie halbe Lösungen, Kompromißlösungen, ablehnen. Je tiefer greifend die Umwälzung, desto mehr aktiver Mitarbeiter bedarf es, um das Werk der Ersetzung des Kapitalismus durch den Apparat des Sozialismus zu vollziehen. Dazu ist, selbst wenn keine Sabotage getrieben wird, die Kraft des Kleinbürgertums ungenügend. Nur aus den Tiefen der Volksmassen heraus, durch ihre Selbsttätigkeit kann die Aufgabe bewältigt werden. Deshalb soll man jetzt nicht auf eine augenblickliche Verbesserung der eigenen Lage bedacht sein, son-

dern muß danach trachten, zur herrschenden Klasse zu werden. Es ist nicht zu erwarten, daß das Dorfproletariat seine Interessen klar und deutlich erkennt. Dazu ist nur die Arbeiterklasse fähig, und jeder Proletarier muß, im Bewußtsein der großen Perspektive, sich als Führer fühlen und die Massen mitreißen.

Das Proletariat muß zur herrschenden Klasse werden, das heißt, es muß die Führung aller Werktätigen übernehmen und zur politisch herrschenden Klasse werden.

Wir müssen den Kampf gegen das Vorurteil aufnehmen, daß nur die Bourgeoisie imstande sei, den Staat zu leiten. Die Leitung des Staates muß das Proletariat übernehmen.

Die Kapitalisten tun alles nur mögliche, um der Arbeiterklasse ihre Aufgaben zu erschweren. Und jeder Arbeiterorganisation – den Gewerkschaften, den Betriebskomitees usw. – stehen entscheidende Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiet bevor. Die Bourgeoisie richtet, wo sie nur kann, Schaden an, sabotiert alles, um die Arbeiterrevolution zum Scheitern zu bringen. Und die mit der Organisierung der Produktion verbundenen Aufgaben fallen voll und ganz der Arbeiterklasse zu. Brechen wir ein für allemal mit dem Vorurteil, daß die Staatsgeschäfte, die Leitung der Banken und Betriebe Aufgaben seien, die die Arbeiter nicht bewältigen können. Aber all das kann man nur dadurch lösen, daß man Tag für Tag eine gewaltige organisatorische Arbeit leistet.

Es gilt, den Austausch der Produkte zu organisieren, die Rechnungsführung, die Kontrolle zum System zu machen – das sind die Aufgaben der Arbeiterklasse, und die zu ihrer Verwirklichung notwendigen Kenntnisse hat ihr das Leben in der Fabrik, im Betrieb gegeben.

Möge jedes Betriebskomitee sich nicht nur mit den Angelegenheiten seines Betriebes beschäftigen, sondern sich auch als organisatorische Zelle für den Aufbau des gesamten staatlichen Lebens betrachten.

Es ist leicht, ein Dekret über die Aufhebung des Privateigentums zu erlassen; es aber durchführen, das müssen und können nur die Arbeiter selbst. Mögen auch Fehler vorkommen, das sind Fehler einer neuen Klasse beim Aufbau eines neuen Lebens.

Einen konkreten Plan zur Organisierung des wirtschaftlichen Lebens gibt es nicht und kann es nicht geben.

Niemand kann ihn geben. Nur die Masse kann das tun, von unten,

auf Grund der Erfahrung. Es werden natürlich Direktiven erteilt und die Wege umrissen werden, aber man muß zugleich sowohl von oben wie von unten anfangen.

Die Sowjets müssen zu Organen werden, die die gesamte Produktion in Rußland regulieren, damit sie aber nicht ein Stab ohne Truppen sind, muß man unter den Massen arbeiten . . .*

Die Arbeitermasse muß die Organisierung der Kontrolle und der Produktion in breitem staatlichem Maßstab in Angriff nehmen. Nicht in der Organisierung von Einzelpersonen, sondern in der Organisierung der gesamten werktätigen Masse liegt die Bürgschaft für den Erfolg, und wenn wir das erreichen, wenn wir das wirtschaftliche Leben in Gang bringen, so wird alles, was uns Widerstand entgegensetzt, von selbst hinweggefegt werden.

„Prawda" Nr. 208,
20. (7.) Dezember 1917
und „Soldatskaja Prawda" Nr. 104,
14. Dezember 1917.

Nach dem Text der
„Soldatskaja Prawda".

* Einige Worte sind wegen der Undeutlichkeit der Aufzeichnung ausgelassen. *Die Red.*

ÜBER DIE ERÖFFNUNG DER KONSTITUIERENDEN VERSAMMLUNG

Infolge der Verzögerung bei den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung, die hauptsächlich durch das Verschulden der ehemaligen Gesamtrussischen Wahlkommission entstanden ist, die ferner auch darauf zurückzuführen ist, daß von konterrevolutionären Gruppen als Gegengewicht zu dem von der Sowjetmacht geschaffenen Kommissariat eine Sonderkommission für die Konstituierende Versammlung gebildet wurde, haben sich Gerüchte verbreitet, die Konstituierende Versammlung würde in ihrer jetzigen Zusammensetzung überhaupt nicht einberufen werden. Der Rat der Volkskommissare hält es für notwendig zu erklären, daß diese Gerüchte, die von den Feinden der Sowjets der Bauern-, Arbeiter- und Soldatendeputierten bewußt und böswillig ausgestreut werden, völlig unzutreffend sind. Gemäß dem vom Zentralexekutivkomitee der Sowjets bestätigten Dekret des Rats der Volkskommissare wird die Konstituierende Versammlung einberufen werden, sobald die Hälfte der Mitglieder der Konstituierenden Versammlung, d. h. 400 Abgeordnete, in der Kanzlei des Taurischen Palastes vorschriftsmäßig registriert sind.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
Wl. Uljanow (Lenin)

„Prawda" Nr. 207,
19. (6.) Dezember 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

ENTWURF EINES AUFRUFS DES ZWEITEN GESAMTRUSSISCHEN KONGRESSES DER SOWJETS DER BAUERNDEPUTIERTEN AN DIE BAUERNSCHAFT

Der Zweite Gesamtrussische Bauernkongreß richtet an die Bauernschaft aller Nationen und Völker Rußlands den flammenden Appell, die Macht ihrer Zahl in die Waagschale zu werfen, alle Kräfte des Geistes und des Willens und ihre ganze Energie aufzubieten, um die Schlummernden zu wecken, die Unentschiedenen zu ermutigen und vor aller Welt, an allen Ecken und Enden des Landes, in jedem Dorf, in jedem Stadtviertel der großen Städte im gegenwärtigen – vielleicht dem ernstesten und verantwortungsvollsten – Augenblick der großen russischen Revolution ihr gewichtiges, ihr entscheidendes Wort zu sprechen.

Genossen Bauern! Wir bilden die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes. Wir sind die Hauptmasse der Werktätigen und Ausgebeuteten. Wir sind die Hauptmasse der Kämpfer für die Erfüllung der berechtigten und gerechten Forderungen der Werktätigen, der Forderungen nach Grund und Boden in erster Linie, der Kämpfer gegen jegliche Unterdrückung und Ausbeutung sowohl durch die Gutsbesitzer als auch durch die Kapitalisten.

Genossen Bauern! Wir sind die Hauptmasse unserer Armee, die vor allem die unmenschlichen Qualen des mehr als drei Jahre währenden Krieges ertragen mußte, den die Zaren und die Kapitalisten angezettelt haben, der Armee, der zusammen mit den Arbeitern auch die schwierige, aber dankbare und ehrenvolle Rolle des Vorkämpfers für die Freiheit zufiel, des Vorkämpfers für den Grund und Boden, für den Frieden, für die völlige Befreiung der Werktätigen von jeder Unterdrückung, von jeder Ausbeutung.

Genossen Bauern! Denkt über unseren Aufruf, unseren Appell nach,

den die Deputierten der Bauern an die Bauern aller Nationen Rußlands richten, lest unseren Aufruf in jedem Dorf, in jeder Hütte vor, besprecht ihn in ausnahmslos allen Versammlungen, Zusammenkünften, bäuerlichen Körperschaften, faßt selbst in euren Dörfern feste und entschiedene Beschlüsse. Denn von euren Beschlüssen, von den Beschlüssen der Mehrheit des Volkes, von den Beschlüssen der Bauern selbst hängt das Schicksal unserer Heimat vor allem ab.

Es naht die Stunde der Entscheidung. Wir stehen vor der letzten Schlacht. Das ganze Land, alle Nationen unserer Republik haben sich in zwei große Lager gespalten.

Das eine ist das Lager der Gutsbesitzer und Kapitalisten, der Reichen und ihrer Handlanger, der hohen Beamten und ihrer Freunde, der das Volk Kommandierenden und der Anhänger des Krieges.

Das andere ist das Lager der Arbeiter und der werktätigen und ausgebeuteten Bauern, des armen Volkes und seiner Freunde, der einfachen Soldaten und der Anhänger des Friedens, der Anhänger eines rückhaltlos entschlossenen, kühnen, revolutionären Kampfes für den Frieden, eines Kampfes, in dem es für die Unterdrücker des Volkes keine Schonung gibt.

Zwischen diesen beiden Lagern hat sich in einigen Teilen des Landes der Kampf bereits bis zum direkten, offenen Bürgerkrieg verschärft, bis zum Krieg der Sowjetarmeen gegen die verschwindende Anzahl jener Leute, die auf die Macht des Reichtums hoffen und die Sowjetmacht stürzen wollen, die Staatsmacht und Regierung der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten.

Genossen Bauern! Von eurem gewichtigen, festen, entschlossenen Wort hängt jetzt vieles ab, hängt auch die Beendigung dieses Bürgerkriegs ab, die Möglichkeit, in Rußland auf friedlichem Wege den gesamten Boden entschädigungslos an die Werktätigen zu übergeben, auf friedlichem Wege zum Siege des Sozialismus zu schreiten. Erhebt euch, Genossen Bauern, wie ein Mann! Laßt eure Stimme erschallen, stellt eure Forderungen, stellt in jedem Dorf *eure Wähleraufträge* auf, ihr könnt es erzwingen, daß man euch hört, ihr werdet alle zwingen, euch anzuhören!

Genossen Bauern! Ihr müßt vor allem eure Stimme laut werden lassen, um diejenigen Deputierten des Zweiten Gesamtrussischen Bauernkon-

gresses entschieden zu verurteilen, die sich von diesem Kongreß *abgespalten* haben. Verurteilt die Spalter. Verurteilt die Zerstörer der Einheit der Bauern, der Einheit des werktätigen Volkes, der Einheit der Bauern mit den Arbeitern. Diese Spalter, diese Zerstörer der Einheit der Bauernschaft, diese Überläufer in das Lager der Reichen, in das Lager der Gutsbesitzer und Kapitalisten haben ein unerhörtes Verbrechen begangen. Diese Leute bezeichnen sich als „Sozialrevolutionäre" des rechten Flügels und des Zentrums, als Anhänger Awksentjews und Tschernows. Sie haben an allen Lehren und an dem Programm der Sozialrevolutionäre Verrat geübt, sie sind zu den Feinden des Sozialismus, zu den Würgern der Revolution übergegangen. Sie haben mit den wahren Hütern der Lehre, des Programms und der Forderungen der Sozialrevolutionäre, mit der Partei der „linken internationalistischen Sozialrevolutionäre" gebrochen, die den Interessen der werktätigen Bauernschaft treu geblieben ist. Sie, diese Anhänger Awksentjews und Tschernows, haben den Zweiten Gesamtrussischen Bauernkongreß verlassen und es abgelehnt, sich dem Beschluß der Mehrheit der Bauern unterzuordnen; sie haben das getan, um den Willen der Reichen und Kapitalisten gegen die Bauern durchzusetzen, um die Sache des Friedens zu hintertreiben, um den sofortigen entschädigungslosen Übergang des gesamten Bodens in die Hände des werktätigen Volkes zu verhindern, um die für die Bauern verderbliche Politik der Awksentjew, Tschernow, Maslow und Konsorten zu retten.

Verurteilt diese Verräter an der Sache der Bauernschaft. Dadurch werdet ihr viele Schwankende und Kleinmütige retten, werdet ihr Rußland vor den wahnwitzigen Versuchen retten, den Bürgerkrieg zu entfachen. Diese Versuche sind wahnwitzig, denn sie werden nur dazu führen, daß nutzlos Ströme von Blut vergossen werden, ohne daß sich etwas ändert; nichts in der Welt wird den einmütigen Beschluß der Arbeiter, Soldaten und Bauern, den Beschluß des Zweiten Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten sowie des Zweiten Gesamtrussischen Kongresses der Bauerndeputierten erschüttern.

Verurteilt diese Verräter an der Sache der Bauernschaft. Möge jedes Dorf seinem Vertrauen zu den Beschlüssen dieser beiden Kongresse, der Kongresse der Sowjets der Arbeiter, Soldaten und Bauern, Ausdruck

geben. Möge jedes Dorf aus der Konstituierenden Versammlung diejenigen Deputierten der Partei der Sozialrevolutionäre oder der Bauernsowjets und bäuerlichen Körperschaften *abberufen*, die ihr völliges Einverständnis mit diesen Beschlüssen nicht offen kundgeben und dies nicht durch ihre Taten bewiesen haben.

Genossen Bauern! Ihr alle wißt, daß die Gegner der Beschlüsse des Zweiten Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und des Zweiten Gesamtrussischen Kongresses der Bauerndeputierten nur *durch Betrug* als Vertreter der Bauern in die Konstituierende Versammlung gelangen konnten und gelangt sind. Diese Leute, die sich oft „Sozialrevolutionäre" nennen, haben in Wirklichkeit die Bauern betrogen, die die Wahrheit über die Politik der Awksentjew, Tschernow, Maslow, die Politik der Zugeständnisse an die Gutsbesitzer, des Paktierens mit den Kapitalisten, die Politik der Verhaftung der Mitglieder der örtlichen Bodenkomitees der Bauern, noch nicht kannten. Diese Awksentjew, Maslow, Tschernow haben die Bauern betrogen, denn die Aufstellung der einheitlichen Kandidatenlisten der Partei der Sozialrevolutionäre war am 17. Oktober abgeschlossen, während ganz Rußland *nach* dem 17. Oktober die Wahrheit erfuhr.

Die Wahrheit hat der Zweite Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten vom 25.–26. Oktober 1917 vor ganz Rußland aufgedeckt. Danach wurde diese Wahrheit von der Sowjetmacht, von der Sowjetregierung aufgedeckt, die zum erstenmal die schändlichen Geheimverträge veröffentlicht, zum erstenmal den wirklich revolutionären Kampf um den Frieden aufgenommen, zum erstenmal *durch die Tat* gezeigt hat, wie dieser Kampf geführt werden muß, und die bereits den ersten Erfolg errungen hat: den Waffenstillstand an einer Front.

Diese Wahrheit hat die Sowjetregierung aufgedeckt, die das Dekret über den Grund und Boden erließ, sich damit vorbehaltlos auf die Seite der Bauern stellte und jede Möglichkeit beseitigte, von außen her der uneingeschränkten Macht der Bauern auf dem Lande entgegenzuwirken.

Diese Wahrheit hat der Zweite Gesamtrussische Bauernkongreß aufgedeckt, der zum erstenmal vor der Bauernschaft die schändliche Rolle des Awksentjew-Tschernowschen Exekutivkomitees in einer speziellen, ausführlichen Resolution enthüllte. Der Kongreß geht am 8. Dezember zu Ende, er hat am (?) 30. November 1917 begonnen.

Ihr seht, Genossen Bauern, daß die Bauernschaft bei der Aufstellung der Kandidatenlisten am 17. Oktober und bei den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung am 12. November noch *nicht* die Wahrheit über den Grund und Boden und über den Frieden wissen *konnte*, noch *nicht* ihre Freunde von den Feinden, von den Wölfen im Schafspelz unterscheiden *konnte*. Ihr seht, daß jene Sozialrevolutionäre, die sich den Beschlüssen des Zweiten Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten sowie des Zweiten Gesamtrussischen Kongresses der Bauerndeputierten widersetzen, *nur durch Betrug* im Namen der Bauern auftreten können.

Genossen Bauern, duldet nicht, daß *wegen dieses Betrugs* Blut vergossen wird! Erhebt laut eure Stimme zum Protest gegen diejenigen, die den Zweiten Gesamtrussischen Kongreß der Bauerndeputierten verlassen haben. Nehmt in jedem Gouvernement, in jedem Landkreis, in jedem Amtsbezirk, in jedem Dorf *Wähleraufträge* an, protestiert gegen jene, die den Kongreß verlassen haben, *nennt die Namen* der örtlichen Deputierten der Bauernschaft zur Konstituierenden Versammlung, die sich mit den Beschlüssen dieser Kongresse *nicht* einverstanden erklärt haben, **fordert das Ausscheiden** dieser Deputierten aus der Konstituierenden Versammlung, denn sie können sich nur durch Betrug am Volke für Erwählte des Volkes ausgeben.

Genossen Bauern! Die Konstituierende Versammlung muß den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen. Wer den Zweiten Gesamtrussischen Kongreß der Bauerndeputierten verlassen, wer dessen Willen hintertrieben, wer die Bauern gespalten hat, wer von den Bauern zu den Reichen übergelaufen ist, der ist kein Erwählter des Volkes, der ist ein Verräter, für den ist in der Konstituierenden Versammlung kein Platz. Der bringt nicht den Frieden, nicht den Boden für die Werktätigen, der bringt dem Volke die sinnlose und verbrecherische Auflehnung der Reichen gegen die Sowjetmacht. Das Volk wird den Betrug nicht dulden. Das Volk wird die Hintertreibung seines Willens nicht dulden. Das Volk wird die Sowjetmacht den Reichen zuliebe nicht hergeben. Das Volk wird die Sache des *Friedens*, die es in seine eigenen Hände genommen hat, die Sache der sofortigen, vollständigen und entschädigungslosen Übergabe des *Bodens* an die Werktätigen nicht von den Reichen zerschlagen lassen.

Nur zwei Auswege gibt es für das ganze Land:

Entweder Bürgerkrieg der Kaledinleute, der Kadetten, der Kornilowleute (und ihrer verkappten Bundesgenossen, der Anhänger Awksentjews, Tschernows, Maslows) gegen die Sowjetmacht, ein blutiger Krieg, ein Krieg, der für seine Urheber aussichtslos ist, ein Krieg, der den Sowjets die Macht nicht nehmen, sondern nur größere Erbitterung, größere Opfer, größeres Blutvergießen, größere Verzögerung der gewaltigen sozialistischen Umgestaltungen und größeren Hunger für die getreidearmen Gouvernements bringen wird.

Oder ehrliche Anerkennung durch alle der für alle offensichtlichen Wahrheit: daß die Gegner der Beschlüsse des Zweiten Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten sowie des Zweiten Gesamtrussischen Kongresses der Bauerndeputierten nur durch Betrug als Vertreter der Bauern in die Konstituierende Versammlung gelangen konnten und daß deshalb eine *Neuwahl* dieser Deputierten vorgenommen werden muß.

Einen dritten Weg gibt es nicht. Entweder Vernichtung der Reichen, der Leute um Awksentjew, Tschernow, Maslow in einem blutigen Krieg. Oder ihre Einwilligung, Neuwahlen der Bauerndeputierten zur Konstituierenden Versammlung vorzunehmen, sobald die Gegner der Beschlüsse der beiden Sowjetkongresse, des Zweiten Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und des Zweiten Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Bauerndeputierten, in der Konstituierenden Versammlung im Namen der Bauern auftreten.

Genossen Bauern! Ihr habt das Wort!

Ihr habt das entscheidende Wort!

Durch das entschlossene Wort *aller* Bauern, durch *örtliche Wähleraufträge* von *allen* Bauern *könnt* ihr den Frieden im ganzen Lande, unter allen Nationen Rußlands herstellen, könnt ihr dem Bürgerkrieg ein Ende machen, könnt ihr statt einer durch Betrug zustande gekommenen eine richtige, wirkliche Konstituierende Versammlung sichern, könnt ihr die Beendigung des Krieges durch einen gerechten Frieden beschleunigen und erleichtern, könnt ihr die Übergabe des gesamten Grund und Bodens an die Werktätigen beschleunigen, das Bündnis der Bauern mit den Arbeitern festigen, den Sieg des Sozialismus beschleunigen.

Genossen Bauern, ihr habt das entscheidende Wort! Es lebe die Übergabe des Bodens an die Werktätigen! Es lebe der Frieden! Es lebe der Sozialismus!

Zweiter Gesamtrussischer Kongreß der Bauerndeputierten

Geschrieben am 6./7 (19./20.) Dezember 1917.
Zuerst veröffentlicht 1925 im Lenin-Sammelband IV.

Nach dem Manuskript.

SCHREIBEN AN F. E. DZIERZYNSKI UND ENTWURF EINES DEKRETS ÜBER DEN KAMPF GEGEN KONTERREVOLUTIONÄRE UND SABOTEURE

An Genossen Dzierzynski

Zu Ihrem heutigen Bericht über die Maßnahmen zum Kampf gegen Saboteure und Konterrevolutionäre.

Könnte man nicht etwa *folgendes* Dekret vorbereiten:

Über den Kampf gegen Konterrevolutionäre und Saboteure.

Die Bourgeoisie, die Gutsbesitzer und alle reichen Klassen machen verzweifelte Anstrengungen, um die Revolution zu untergraben, deren Sache es ist, die Interessen der Arbeiter, der werktätigen und ausgebeuteten Massen zu sichern.

Die Bourgeoisie begeht die schlimmsten Verbrechen, sie kauft den Abschaum der Gesellschaft und verkommene Elemente, setzt sie unter Alkohol, um Pogrome hervorzurufen. Die Anhänger der Bourgeoisie, besonders unter den höheren Angestellten, unter den Bankbeamten usw., sabotieren die Arbeit, organisieren Streiks, um die Regierung bei ihren Maßnahmen zur Verwirklichung sozialistischer Umgestaltungen zu lähmen. Das geht sogar bis zur Sabotage im Ernährungswesen, wodurch Millionen Menschen von Hunger bedroht sind.

Zum Kampf gegen Konterrevolutionäre und Saboteure sind außerordentliche Maßnahmen notwendig. Ausgehend von dieser Notwendigkeit, beschließt der Rat der Volkskommissare:

1. Personen, die den reichen Klassen angehören (d. h. die ein monatliches Einkommen von 500 Rubel und mehr haben, Besitzer von städtischen Immobilien, von Aktien und Bargeld in Höhe von über 1000 Rubel), ebenso Angestellte der Banken, der Aktiengesellschaften, der staatlichen und öffentlichen Einrichtungen sind verpflichtet, innerhalb von drei

Tagen* den Hauskomitees eigenhändig unterzeichnete und mit ihrer Adresse versehene Erklärungen über ihr Einkommen, ihre Dienststelle und ihre Beschäftigung in dreifacher Ausfertigung einzureichen.

2. Die Hauskomitees beglaubigen diese Erklärungen durch ihre Unterschrift, behalten ein Exemplar bei sich und übergeben die zwei übrigen Exemplare der Stadtverwaltung und dem Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (Adresse: . . .**).

3. Personen, die sich der Verletzung dieses Gesetzes schuldig machen (die keine Erklärungen abgeben oder falsche Angaben machen usw.), ferner Mitglieder der Hauskomitees, die die Bestimmungen über die Aufbewahrung dieser Erklärungen, über ihre Einsammlung und Weiterleitung an die obenerwähnten Institutionen nicht einhalten, werden je nach dem Grad ihrer Schuld mit einer Geldstrafe bis zu 5000 Rubel für jedes Vergehen, mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Verschickung an die Front bestraft.

4. Dieselbe Strafe trifft Personen, die sich der Sabotage ihrer Arbeit schuldig machen oder sich der Arbeit in den Banken, den staatlichen und öffentlichen Institutionen, den Aktiengesellschaften, den Eisenbahnen usw. entziehen.

5. Als erster Schritt zur Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht wird angeordnet, daß die in § 1 genannten Personen verpflichtet sind, erstens ständig eine Kopie der obengenannten Erklärung mit einer Bescheinigung des Hauskomitees sowie ihres Vorgesetzten oder der gewählten Körperschaften (Betriebskomitees, Versorgungskomitees, Eisenbahnerkomitees, Angestelltenverbände usw.) bei sich zu tragen. In der Bescheinigung muß angegeben sein, welchen gesellschaftlichen Dienst oder welche gesellschaftliche Arbeit die betreffende Person leistet, ob sie als arbeitsunfähiges Mitglied bei ihrer Familie lebt usw.

6. Zweitens sind diese Personen verpflichtet, sich innerhalb einer Woche nach Erlaß dieses Gesetzes ein Konsum- und Arbeitsbuch (beiliegend ein Muster dieses Buches) zu besorgen, in dem allwöchentlich die Einnahmen und Ausgaben und die Bestätigungen der Komitees und der

---

* Im Manuskript steht, von Lenin geschrieben, über den Worten „innerhalb von drei Tagen" „innerhalb 24 Stunden". *Die Red.*

** Im Manuskript hat Lenin für die Adresse Platz gelassen. *Die Red.*

Institutionen darüber eingetragen werden, welcherart gesellschaftlichen Dienst die betreffende Person leistet.

7. Personen, die nicht unter die in § 1 aufgezählten Bedingungen fallen, geben in den Hauskomitees eine in einem Exemplar ausgefertigte Erklärung über ihr Einkommen und ihre Arbeitsstelle ab und sind verpflichtet, eine von dem Hauskomitee beglaubigte Kopie dieser Erklärung bei sich zu tragen.

Geschrieben am 7. (20.) Dezember 1917.
Zuerst veröffentlicht 1924 in der Zeitschrift „Krasny Archiv" (Rotes Archiv) Nr. 5.

Nach dem Manuskript.

REDE IN DER SITZUNG DES ZK DER SDAPR(B) 11. (24.) DEZEMBER 1917[84]

Protokollarische Niederschrift

Genosse Lenin beantragt: 1. das Büro der Fraktion der Konstituierenden Versammlung aufzulösen; 2. der Fraktion unsere Stellung zur Konstituierenden Versammlung in Form von Thesen darzulegen; 3. ein Schreiben an die Fraktion abzufassen, in dem an die Bestimmungen des Parteistatuts über die Unterordnung aller Vertretungskörperschaften unter das ZK erinnert wird; 4. ein Mitglied des ZK mit der Leitung der Fraktion zu betrauen; 5. ein Statut der Fraktion auszuarbeiten.

Zuerst veröffentlicht 1929 im Sammelband „Protokolle des ZK der SDAPR. August 1917–Februar 1918".

Nach dem handschriftlichen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

ENTWURF EINER RESOLUTION ÜBER DAS PROVISORISCHE BÜRO DER BOLSCHEWISTISCHEN FRAKTION IN DER KONSTITUIERENDEN VERSAMMLUNG[85]

In der Erwägung, daß das provisorische Büro der sozialdemokratischen bolschewistischen Fraktion in der Konstituierenden Versammlung nichts unternommen hat, um seiner Hauptaufgabe nachzukommen, d. h. eine prinzipielle Resolution über die Stellung unserer Partei zur Konstituierenden Versammlung auszuarbeiten,

daß in zahlreichen Einzelerklärungen, Anträgen und Abstimmungen der meisten (oder aller?) Mitglieder des provisorischen Büros [Ansichten] hervorgetreten sind, die ganz und gar nicht sozialdemokratisch sind und in bezug auf die Konstituierende Versammlung einen bürgerlich-demokratischen Standpunkt erkennen lassen, der die realen Bedingungen des Klassenkampfes und des Bürgerkriegs nicht berücksichtigt –

beschließt die Fraktion, das provisorische Büro aufzulösen und ein neues zu wählen.

Geschrieben am 11. oder 12. (24. oder 25.) Dezember 1917.
Zum erstenmal veröffentlicht. *Nach dem Manuskript.*

THESEN
ÜBER DIE KONSTITUIERENDE VERSAMMLUNG

1. Die Forderung nach Einberufung der Konstituierenden Versammlung gehörte mit vollem Recht zum Programm der revolutionären Sozialdemokratie, da die Konstituierende Versammlung in der bürgerlichen Republik die höchste Form des Demokratismus ist und da die imperialistische Republik mit Kerenski an der Spitze bei der Bildung des Vorparlaments die Verfälschung der Wahlen und eine Reihe von Verstößen gegen den Demokratismus vorbereitete.

2. Die revolutionäre Sozialdemokratie, die die Forderung nach Einberufung der Konstituierenden Versammlung erhob, hat vom ersten Tage der Revolution von 1917 an wiederholt betont, daß die Republik der Sowjets eine höhere Form des Demokratismus ist als die gewöhnliche bürgerliche Republik mit der Konstituierenden Versammlung.

3. Für den Übergang von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, für die Diktatur des Proletariats, ist die Republik der Sowjets (der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten) nicht nur eine Form demokratischer Einrichtungen von höherem Typus (im Vergleich zur gewöhnlichen bürgerlichen Republik mit einer Konstituierenden Versammlung als ihrer Krönung), sondern sie ist auch die einzige Form, die imstande ist, den schmerzlosesten Übergang zum Sozialismus zu sichern.

4. Die Einberufung der Konstituierenden Versammlung in der Zeit unserer Revolution auf Grund der Kandidatenlisten, die Mitte Oktober 1917 eingereicht worden sind, geht unter Verhältnissen vor sich, die es unmöglich machen, daß der Wille des Volkes im allgemeinen und der werktätigen Massen im besonderen durch die Wahlen zu dieser Konstituierenden Versammlung richtig zum Ausdruck kommt.

5. Erstens, das System der Verhältniswahlen offenbart nur dann den wahren Willen des Volkes, wenn die Kandidatenlisten der Parteien wirklich der realen Gliederung des Volkes in jene Parteigruppierungen entsprechen, die in diesen Listen ihren Ausdruck fanden. Bei uns dagegen hat bekanntlich die Partei, die von Mai bis Oktober im Volke und besonders unter der Bauernschaft die meisten Anhänger hatte, die Partei der Sozialrevolutionäre, Mitte Oktober 1917 einheitliche Kandidatenlisten für die Konstituierende Versammlung eingereicht, sich jedoch nach den Wahlen zu der Konstituierenden Versammlung, noch vor ihrer Einberufung, im November 1917 gespalten.

Daher besteht zwischen dem Willen der Wähler in ihrer Masse und der Zusammensetzung der in die Konstituierende Versammlung Gewählten nicht einmal eine formale Übereinstimmung und kann auch nicht bestehen.

6. Zweitens, eine noch wichtigere, nicht formale, nicht juristische, sondern sozialökonomische, klassenmäßige Quelle des Mißverhältnisses zwischen dem Willen des Volkes und besonders der werktätigen Klassen einerseits und der Zusammensetzung der Konstituierenden Versammlung anderseits ist der Umstand, daß die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung zu einer Zeit vor sich gingen, als die erdrückende Mehrheit des Volkes noch nicht die ganze Tragweite und Bedeutung der Oktoberrevolution, der Sowjetrevolution, der proletarisch-bäuerlichen Revolution erkennen konnte, die am 25. Oktober 1917, d. h. nach der Einreichung der Kandidatenlisten für die Konstituierende Versammlung, begann.

7. Die Oktoberrevolution, die die Macht für die Sowjets eroberte, die politische Herrschaft den Händen der Bourgeoisie entriß und sie in die Hände des Proletariats und der armen Bauernschaft legte, durchläuft vor unseren Augen folgerichtig die Etappen ihrer Entwicklung.

8. Sie begann mit dem Siege vom 24.–25. Oktober in der Hauptstadt, als der II. Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, dieser Vorhut der Proletarier und des politisch aktivsten Teils der Bauernschaft, der Partei der Bolschewiki das Übergewicht gab und sie an die Macht brachte.

9. Die Revolution erfaßte dann im Laufe des November und Dezember die gesamte Masse der Armee und der Bauernschaft, was vor allem in der Absetzung und in der Neuwahl der alten Spitzenorganisationen (Armeekomitees, Gouvernements-Bauernkomitees, ZEK des Gesamtrus-

sischen Sowjets der Bauerndeputierten usw.) zum Ausdruck kam, die die überholte, paktiererische Phase der Revolution, ihre bürgerliche, nicht proletarische Etappe verkörperten und deshalb unter dem Ansturm immer neuer und breiterer Volksmassen unweigerlich vom Schauplatz abtreten mußten.

10. Diese machtvolle Bewegung der ausgebeuteten Massen zur Neubildung der leitenden Körperschaften ihrer Organisationen ist auch jetzt, Mitte Dezember 1917, noch nicht abgeschlossen; der noch nicht beendete Eisenbahnerkongreß ist eine der Etappen dieser Bewegung.

11. Die Gruppierung der Klassenkräfte Rußlands in ihrem Klassenkampf ist also in Wirklichkeit im November und Dezember 1917 eine prinzipiell andere als jene, die in den Kandidatenlisten der Parteien zur Konstituierenden Versammlung Mitte Oktober 1917 ihren Ausdruck finden konnte.

12. Die letzten Ereignisse in der Ukraine (teilweise auch in Finnland, in Belorußland und ebenso im Kaukasus) weisen gleichfalls auf die Neugruppierung der Klassenkräfte hin, die im Prozeß des Kampfes zwischen dem bürgerlichen Nationalismus der Ukrainischen Rada, des Finnischen Landtags usw. einerseits und der Sowjetmacht, der proletarisch-bäuerlichen Revolution jeder dieser nationalen Republiken anderseits erfolgt.

13. Schließlich hat der Bürgerkrieg, der durch den konterrevolutionären kadettisch-kaledinschen Aufstand gegen die Sowjetmacht, gegen die Arbeiter- und Bauernregierung, begonnen wurde, den Klassenkampf aufs äußerste verschärft und es ganz unmöglich gemacht, auf formal-demokratischem Wege die brennendsten Fragen zu entscheiden, vor die die Völker Rußlands und in erster Linie seine Arbeiterklasse und seine Bauernschaft die Geschichte gestellt hat.

14. Nur der volle Sieg der Arbeiter und Bauern über den Aufstand der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer (der in der kadettisch-kaledinschen Bewegung seinen Ausdruck gefunden hat), nur die rücksichtslose militärische Unterdrückung dieses Aufstands der Sklavenhalter vermag die proletarisch-bäuerliche Revolution wirklich zu sichern. Der Gang der Ereignisse und die Entwicklung des Klassenkampfes in der Revolution haben dazu geführt, daß die Losung „Alle Macht der Konstituierenden Versammlung", die den Errungenschaften der Arbeiter- und Bauernrevolution nicht Rechnung trägt, die die Sowjetmacht, die Beschlüsse des II. Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und

Soldatendeputierten, des II. Gesamtrussischen Kongresses der Bauerndeputierten usw. übergeht, daß diese Losung *in Wirklichkeit* zu einer Losung der Kadetten sowie der Kaledinleute und ihrer Helfershelfer *geworden ist*. Dem ganzen Volke ist vollends klar geworden, daß die Konstituierende Versammlung, wenn sie in Gegensatz zur Sowjetmacht geriete, unweigerlich zum politischen Tod verurteilt wäre.

15. Zu den besonders brennenden Fragen des Lebens des Volkes gehört die Frage des Friedens. Ein wirklich revolutionärer Kampf für den Frieden begann in Rußland erst nach dem Sieg der Revolution vom 25. Oktober, und dieser Sieg zeitigte seine ersten Früchte: die Veröffentlichung der Geheimverträge, den Abschluß des Waffenstillstands und die Aufnahme öffentlicher Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen.

Die breiten Volksmassen erhalten erst jetzt wirklich in vollem Umfang und ungehindert die Möglichkeit, die Politik des revolutionären Kampfes für den Frieden kennenzulernen und ihre Ergebnisse zu prüfen.

Zur Zeit der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung hatten die Volksmassen diese Möglichkeit nicht.

Es ist klar, daß auch von dieser Seite der Sache aus gesehen ein Mißverhältnis zwischen der Zusammensetzung der Deputierten zur Konstituierenden Versammlung und dem wirklichen Volkswillen in der Frage der Beendigung des Krieges unvermeidlich ist.

16. Aus der Gesamtheit der oben dargelegten Umstände ergibt sich, daß eine Konstituierende Versammlung, die auf Grund der Kandidatenlisten der Parteien einberufen wird, wie sie vor der proletarisch-bäuerlichen Revolution, zu einer Zeit bestanden, als die Bourgeoisie herrschte, unvermeidlich mit dem Willen und den Interessen der werktätigen und ausgebeuteten Klassen in Konflikt gerät, die am 25. Oktober die sozialistische Revolution gegen die Bourgeoisie begonnen haben. Natürlich stehen die Interessen dieser Revolution höher als die formalen Rechte der Konstituierenden Versammlung, selbst wenn diese formalen Rechte nicht dadurch beeinträchtigt wären, daß in dem Gesetz über die Konstituierende Versammlung die Anerkennung des Rechtes des Volkes fehlt, seine Deputierten jederzeit neu zu wählen.

17. Jeder direkte oder indirekte Versuch, die Frage der Konstituieren-

den Versammlung vom formaljuristischen Standpunkt aus, im Rahmen der gewöhnlichen bürgerlichen Demokratie, unter Außerachtlassung des Klassenkampfes und des Bürgerkriegs zu betrachten, ist Verrat an der Sache des Proletariats, bedeutet Übergang zur Position der Bourgeoisie. Es ist die unbedingte Pflicht der revolutionären Sozialdemokratie, jedermann vor diesem Fehler zu warnen, in den einige wenige bolschewistische Spitzenfunktionäre verfallen, die den Oktoberaufstand und die Aufgaben der Diktatur des Proletariats nicht richtig einzuschätzen vermochten.

18. Die einzige Aussicht auf eine schmerzlose Lösung der Krise, die infolge des Mißverhältnisses zwischen den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und dem Volkswillen sowie den Interessen der werktätigen und ausgebeuteten Klassen entstanden ist, besteht darin, daß das Volk in möglichst weitem Maße und möglichst rasch von dem Recht auf Neuwahl der Mitglieder der Konstituierenden Versammlung Gebrauch macht, daß sich die Konstituierende Versammlung selbst dem Gesetz des ZEK über diese Neuwahlen anschließt und erklärt, daß sie vorbehaltlos die Sowjetmacht, die Sowjetrevolution, deren Politik in der Frage des Friedens, in der Bodenfrage und in der Frage der Arbeiterkontrolle anerkennt, daß die Konstituierende Versammlung sich entschlossen dem Lager der Gegner der kadettisch-kaledinschen Konterrevolution anschließt.

19. Ohne diese Vorbedingungen kann die im Zusammenhang mit der Konstituierenden Versammlung entstandene Krise nur auf revolutionärem Wege, durch die allerenergischsten, raschesten und entschiedensten revolutionären Maßnahmen der Sowjetmacht gegen die kadettisch-kaledinsche Konterrevolution gelöst werden, gleichviel, hinter welchen Losungen und Körperschaften (und sei es auch die Zugehörigkeit zur Konstituierenden Versammlung) sich diese Konterrevolution verstecken mag. Jeder Versuch, der Sowjetmacht in diesem Kampf die Hände zu binden, würde bedeuten, der Konterrevolution Vorschub zu leisten.

Geschrieben am 11. oder 12. (24. oder 25.) Dezember 1917.
Veröffentlicht am 26. (13.) Dezember 1917 in der „Prawda" Nr. 213.

Nach dem Manuskript, verglichen mit der maschinegeschriebenen und von Lenin korrigierten Abschrift.

REDE AUF DEM AUSSERORDENTLICHEN GESAMTRUSSISCHEN KONGRESS DER EISENBAHNER 13. (26.) DEZEMBER 1917[86]

Gestatten Sie mir, im Namen des Rats der Volkskommissare den Kongreß zu begrüßen und die Hoffnung auszusprechen, daß die Eisenbahnerorganisation in Übereinstimmung mit der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter und Bauern Rußlands arbeiten werde. Die von den Arbeitern, Bauern und Soldaten durchgeführte Oktoberrevolution ist zweifelsohne eine sozialistische Revolution. Alle Kräfte der Bourgeoisie und der Oberschichten der Angestellten, die an die alte Ordnung gewöhnt sind und nicht begreifen können, daß diese Revolution die ganze alte Ordnung umgestaltet, haben sich gegen diese Revolution erhoben. Man sehe nur, welches Geschrei sie erheben, daß die Sowjetmacht von der Mehrheit Rußlands nicht anerkannt werde. Sie wissen, was dieses Geschrei wert ist. Wir werden mit Telegrammen überschüttet, wonach Truppen gegen Petrograd, gegen die Errungenschaften der Oktoberrevolution marschieren. Wir werfen diese Telegramme in den Papierkorb, denn wir wissen, daß die Widerlegung nicht lange auf sich warten lassen wird. Die Spitzenorganisationen des ersten Bauernkongresses, vertreten durch die Herren Awksentjew, erklärten im Namen der Bauernmassen, daß sie gegen eine Regierung der Usurpatoren und Gewalttäter seien. Wir aber sagten: „Mögen sie schimpfen, wir werden ja sehen, was die Bauern sagen, wenn wir das Land der Gutsbesitzer konfiszieren und den Bauern übergeben." Und wie Sie sehen, hat auf dem Zweiten Bauernkongreß die Sowjetmacht gesiegt. Mit dem Sowjet der Bauerndeputierten der zweiten Wahlperiode haben wir engen Kontakt hergestellt. Mit ihnen zusammen haben wir die Sowjetmacht der Arbeiter, Soldaten und Bauern organisiert. Dasselbe wird uns bestimmt bei den Massen der Eisenbahner gelingen. Sie wissen,

wie schwer für das Land die Zerrüttung des Eisenbahnwesens ist, die durch die Sabotage der Oberschicht der Beamten noch verschärft wird. Sie wissen, daß die Zerrüttung des Eisenbahnwesens einen reibungslosen Austausch zwischen Stadt und Land, der für die Regelung des Ernährungswesens so notwendig ist, unmöglich macht. Um den Eisenbahnverkehr in Ordnung zu bringen, brauchen wir Ihre Unterstützung, Genossen! Nur durch gemeinsame Anstrengungen, zusammen mit Ihnen, werden wir imstande sein, die Unordnung zu beseitigen und die Macht der Arbeiter, Soldaten und Bauern zu festigen. Die Sowjetmacht fußt allein auf der Unterstützung der breiten werktätigen Massen. Wir sind überzeugt, daß dieser Eisenbahnerkongreß die Regierung der Volkskommissare durch die Schaffung einer Organisation stärken wird, die uns im Kampf für Frieden und Land hilft. Ich schließe, Genossen; ich begrüße Sie nochmals und wünsche Ihnen eine erfolgreiche Arbeit. (Unter dem Beifall fast des gesamten Kongresses verläßt Genosse Lenin den Sitzungssaal. Der Kongreß wählt ihn unter allgemeinem Beifall zu seinem Ehrenvorsitzenden.)

„Prawda" Nr. 214,
27. (14.) Dezember 1917
und „Iswestija ZIK" Nr. 251,
14. Dezember 1917.

Nach dem Text der
„Iswestija ZIK".

REDE ÜBER DIE NATIONALISIERUNG DER BANKEN IN DER SITZUNG DES GESAMTRUSSISCHEN ZENTRALEXEKUTIVKOMITEES 14. (27.) DEZEMBER 1917[87]

Protokollarische Niederschrift

Der Vorredner versuchte uns einzuschüchtern, indem er erklärte, daß wir dem sicheren Untergang entgegengehen, daß wir ganz sicher in den Abgrund geraten. Aber diese Einschüchterungsversuche sind uns nichts Neues. Eben die Zeitung, die die Meinung der Fraktion des Redners vertritt, die „Nowaja Shisn", schrieb vor den Oktobertagen, daß unsere Revolution zu nichts anderem führen werde als zu Pogromen und anarchistischen Putschen. Deshalb sind die Reden, wir gingen den falschen Weg, eine Widerspiegelung der bürgerlichen Mentalität, mit der sogar nicht voreingenommene Leute nicht zu brechen vermögen. (Zwischenruf von seiten der Internationalisten: „Demagogie!") Nein, das ist keine Demagogie, aber eure ständigen Reden vom Beil – das ist in der Tat Demagogie.

Alle in dem Dekret vorgeschlagenen Maßnahmen sind nichts anderes als wirkliche Sicherung der Kontrolle.

Ihr redet von der Kompliziertheit, der Feinheit des Apparats und von der Verworrenheit der Frage. Das ist eine Binsenwahrheit, die allen bekannt ist. Wenn diese Wahrheit nur angewandt wird, um alle sozialistischen Vorhaben zu hemmen, so sagen wir: Wer diesen Weg beschreitet, ist ein Demagoge, und zwar ein gefährlicher Demagoge.

Wir wollen mit der Revision der Safes beginnen, aber man erklärt uns, gestützt auf gelehrte Fachleute, daß sich in ihnen nichts als Dokumente und Wertpapiere befänden. Was ist dann aber Schlimmes dabei, wenn die Vertreter des Volkes sie kontrollieren?

Wenn dem so ist, warum verstecken sich dann diese kritisierenden gelehrten Fachleute? Bei allen Entscheidungen des Rates erklären sie, sie

seien mit uns einverstanden, aber nur prinzipiell. Das ist die Methode der bürgerlichen Intelligenz, aller Kompromißler, die mit ihrem ständigen Einverständnis im Prinzip und ihrer Ablehnung in der Praxis alles zugrunde richten.

Wenn ihr alle Dinge so gut kennt und so erfahren seid, warum helft ihr uns dann nicht, warum sehen wir auf unserem schweren Wege eurerseits nichts als Sabotage?

Ihr geht von einer richtigen wissenschaftlichen Theorie aus, aber für uns ist die Theorie die Begründung beabsichtigter Handlungen, um uns von ihrer Richtigkeit zu überzeugen, und nicht Grund für lähmende Angst. Natürlich, aller Anfang ist schwer, und wir stoßen häufig auf komplizierte Dinge, aber wir sind mit ihnen fertig geworden und werden mit ihnen auch jetzt und in Zukunft fertig werden.

Wenn die Bücher uns nichts als Hemmnisse und ständige Furcht vor jedem neuen Schritt brächten, dann hätten sie keinerlei Wert.

Niemand außer den utopischen Sozialisten hat behauptet, daß man ohne Widerstand, ohne die Diktatur des Proletariats und ohne die alte Welt mit eiserner Hand anzupacken siegen könne.

Ihr habt auch diese Diktatur prinzipiell akzeptiert, übersetzt man aber diesen Ausdruck ins Russische, nennt man ihn „eiserne Hand" und wendet das praktisch an, dann weist ihr warnend auf die Kompliziertheit und Verworrenheit der Dinge hin.

Ihr wollt um keinen Preis zugeben, daß diese eiserne Hand, die zerstört, gleichzeitig aufbaut. Wenn wir vom Prinzip zur Tat übergehen, so ist das ein unbestreitbares Plus.

Zur Durchführung der Kontrolle haben wir sie, die Bankfachleute, aufgefordert, haben mit ihnen zusammen Maßnahmen ausgearbeitet, mit denen sie sich einverstanden erklärten, die es ermöglichen, bei lückenloser Kontrolle und Rechnungslegung Kredite zu erhalten. Aber unter den Bankangestellten fanden sich Leute, denen die Interessen des Volkes teuer sind und die uns sagten: „Sie betrügen euch, unterbindet schnellstens ihre verbrecherische Tätigkeit, die direkt darauf abzielt, euch zu schädigen." Und das haben wir schnellstens getan.

Wir wissen, daß das eine komplizierte Maßnahme ist. Niemand unter uns – nicht einmal, wer eine ökonomische Bildung besitzt – wird die Durchführung dieser Maßnahme übernehmen. Wir werden die Fachleute

auf diesem Gebiet zur Mitarbeit auffordern, aber erst dann, wenn die Schlüssel in unseren Händen sein werden. Dann werden wir sogar ehemalige Millionäre als Sachverständige beschäftigen können. Wer arbeiten will – bitte sehr! Ihr dürft nur nicht jedes revolutionäre Beginnen zu einem toten Buchstaben machen, darauf werden wir uns nicht einlassen. Das Wort Diktatur des Proletariats ist für uns ein ernstes Wort, und wir werden sie zur Wirklichkeit machen.

Wir wollten uns mit den Banken verständigen, wir gaben ihnen Kredite zur Finanzierung der Betriebe, aber sie organisierten eine Sabotage von unerhörtem Ausmaß, und die Praxis ließ uns die Kontrolle auf anderem Wege durchführen.

Ein Genosse von den linken Sozialrevolutionären hat erklärt, daß sie im Prinzip für die sofortige Nationalisierung der Banken stimmen werden, damit dann, in kürzester Frist, praktische Maßnahmen ausgearbeitet werden. Aber das ist ein Irrtum, denn unser Entwurf enthält nichts als Prinzipien. Der Oberste Volkswirtschaftsrat wartet bereits darauf, um sie zu beraten, die Nichtbestätigung des Dekrets aber würde sofort dazu führen, daß die Banken alle Maßnahmen ergreifen, um die Wirtschaft vollkommen zu zerrütten.

Der Erlaß des Dekrets ist unaufschiebbar, sonst werden uns Widerstand und Sabotage zugrunde richten. (Beifall, der in eine Ovation übergeht.)

„Prawda" Nr. 216,
29. (16.) Dezember 1917
und „Iswestija ZIK" Nr. 253,
16. Dezember 1917.

Nach dem Text des Buches „Sitzungsprotokolle des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosakendeputierten, II. Wahlperiode", hrsg. vom Gesamtrussischen ZEK, 1918.

UM BROT UND FRIEDEN[88]

Zwei Fragen haben in diesem Moment den Vorrang vor allen anderen politischen Fragen: Die Frage nach Brot – und die Frage nach Frieden! Der imperialistische Krieg, der Krieg der größten und reichsten Bankfirmen Englands und Deutschlands, dieser Krieg, der um die Verteilung der Beute, um die Beraubung der kleinen und schwachen Völker geführt wird, dieser schreckliche, dieser verbrecherische Krieg, der alle Länder ruiniert, alle Völker ausgepreßt hat, dieser Krieg stellt die Menschheit vor ein Dilemma: Entweder wird die ganze Kultur geopfert, oder es muß auf revolutionärem Wege das kapitalistische Joch abgeschüttelt, die Herrschaft der Bourgeoisie beseitigt, die sozialistische Gesellschaft und der dauernde Friede erobert werden.

Falls der Sozialismus nicht siegt, kann der Friede zwischen den kapitalistischen Staaten nur als Waffenstillstand, als Unterbrechung, als Vorbereitung zu neuem Völkermord gelten. Friede und Brot sind der Arbeiter und Ausgebeuteten Grundforderungen. Der Krieg hat diese Forderungen auf das äußerste zugespitzt. Die zivilisiertesten und kulturell am meisten entwickelten Länder sind durch den Krieg der Hungersnot ausgesetzt worden. Dagegen hat anderseits der Krieg als großer historischer Prozeß die soziale Entwicklung in unerhörter Weise beschleunigt. Der Kapitalismus, der sich zum Imperialismus, das heißt zum monopolisierten Kapitalismus entwickelte, hat sich unter dem Einfluß des Krieges in einen staatsmonopolistischen Kapitalismus verwandelt. Diese Stufe der Entwicklung der Weltökonomie haben wir jetzt erreicht, und sie ist die unmittelbare Vorstufe zum Sozialismus.

Deshalb ist die in Rußland ausgebrochene sozialistische Revolution nur

der Anfang zur sozialistischen Weltrevolution. Friede und Brot, Sturz der Bourgeoisie, revolutionäre Mittel zur Heilung der Wunden, die der Krieg geschlagen hat, vollkommener Sieg des Sozialismus, dem allem gilt der Kampf!

Petrograd, den 14. Dezember 1917

Zuerst veröffentlicht im Mai 1918 in der „Jugend-Internationale" Nr. 11. Unterschrift: W. Lenin. Das Faksimile des ersten Absatzes des Manuskripts veröffentlicht 1919 in der Publikation „Det röda Ryssland. 1917 7/11 1919", Stockholm.

Der erste Absatz nach dem Faksimile, der weitere Text nach der deutschsprachigen Zeitung.

ENTWURF EINES DEKRETS ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG DER NATIONALISIERUNG DER BANKEN UND ÜBER DIE IM ZUSAMMENHANG DAMIT ERFORDERLICHEN MASSNAHMEN[89]

Die kritische Lage in der Lebensmittelversorgung, die Gefahr einer Hungersnot, die durch die Spekulation, die Sabotage der Kapitalisten und Beamten sowie durch die allgemeine Zerrüttung heraufbeschworen wurde, machen es notwendig, außerordentliche revolutionäre Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Übels zu ergreifen.

Damit alle Staatsbürger und in erster Linie alle werktätigen Klassen unter Führung ihrer Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sofort, allseitig, ohne vor irgend etwas haltzumachen und auf dem revolutionärsten Wege diesen Kampf beginnen und die Organisierung eines geregelten Wirtschaftslebens im Lande in Angriff nehmen können, werden folgende Bestimmungen erlassen:

ENTWURF EINES DEKRETS ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG DER NATIONALISIERUNG DER BANKEN UND ÜBER DIE IM ZUSAMMENHANG DAMIT ERFORDERLICHEN MASSNAHMEN

1. Alle Betriebe der Aktiengesellschaften werden zum Eigentum des Staates erklärt.

2. Die Vorstandsmitglieder und Direktoren der Aktiengesellschaften sowie alle Aktionäre, die den reichen Klassen angehören (d. h. deren Gesamtvermögen 5000 Rubel oder deren monatliches Einkommen 500 Rubel übersteigt), sind verpflichtet, die Geschäfte der Betriebe in voller Ordnung weiterzuführen, dabei das Gesetz über die Arbeiterkontrolle zu befolgen, der Staatsbank alle Aktien zu übergeben und den örtlichen Sowjets der

Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten allwöchentlich Berichte über ihre Tätigkeit vorzulegen.

3. Die Staatsanleihen, die ausländischen wie die inländischen, werden annulliert (für nichtig erklärt).

4. Die Interessen der kleinen Inhaber von Obligationen sowie von Aktien jeglicher Art, d. h. der Inhaber, die zu den werktätigen Klassen der Bevölkerung gehören, werden restlos gewahrt.

5. Es wird die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt; alle Bürger beiderlei Geschlechts von 16 bis 55 Jahren sind verpflichtet, die Arbeiten auszuführen, die von den örtlichen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten oder von anderen Organen der Sowjetmacht angeordnet werden.

6. Als erster Schritt zur Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht wird verfügt, daß Angehörige der reichen Klassen (siehe § 2) verpflichtet sind, ein Konsum- und Arbeitsbuch oder ein Budget- und Arbeitsbuch zu besitzen und regelmäßig zu führen, das den entsprechenden Arbeiterorganisationen oder den örtlichen Sowjets und ihren Organen allwöchentlich zur Eintragung eines Vermerks über die Ausführung der übernommenen Arbeit vorgelegt werden muß.

7. Zwecks ordnungsgemäßer Erfassung und Verteilung sowohl der Lebensmittel als auch anderer notwendiger Erzeugnisse sind alle Staatsbürger verpflichtet, sich irgendeiner Konsumgenossenschaft anzuschließen. Die Lebensmittelverwaltungen, die Versorgungskomitees und ähnliche Organisationen ebenso wie die Eisenbahner- und Transportarbeiterverbände kontrollieren unter der Leitung der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten die Durchführung dieses Gesetzes. Die Angehörigen der reichen Klassen sind insbesondere verpflichtet, die Arbeiten zur Organisierung und Verwaltung der Konsumgenossenschaften auszuführen, die die Sowjets ihnen übertragen werden.

8. Die Verbände der Eisenbahnarbeiter und -angestellten sind verpflichtet, schnellstens außerordentliche Maßnahmen zur Verbesserung des Güterverkehrs, insbesondere zur Gewährleistung der Zufuhr von Lebensmitteln, Brennstoffen und anderen dringend gebrauchten Gütern auszuarbeiten und unverzüglich durchzuführen, wobei in erster Linie Bestellungen und Aufträge der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, ferner der von den Sowjets bevollmächtigten Institutionen und des Obersten Volkswirtschaftsrats zu berücksichtigen sind.

Ebenso werden die Eisenbahnerverbände verpflichtet, in Zusammenarbeit mit den örtlichen Sowjets in energischster Weise und ohne vor revolutionären Maßnahmen haltzumachen, den Kampf gegen die Hamsterei zu führen und gegen alle Spekulanten schonungslos vorzugehen.

9. Die Arbeiterorganisationen, die Angestelltenverbände und die örtlichen Sowjets müssen unverzüglich darangehen, die Betriebe, die stillgelegt oder demobilisiert werden, wie auch die Arbeitslosen für eine nützliche Arbeit und für die Herstellung von notwendigen Produkten einzusetzen sowie Aufträge, Rohstoffe und Brennmaterialien zu beschaffen. Die lokalen Verbände und die Sowjets warten damit wie auch mit der Organisierung des Austauschs ländlicher Erzeugnisse gegen städtische keinesfalls bis zum Erhalt besonderer Weisungen von oben, sind jedoch verpflichtet, sich streng an die Direktiven und Anordnungen des Obersten Volkswirtschaftsrats zu halten.

10. Die Angehörigen der reichen Klassen sind verpflichtet, alle ihre Geldbeträge in der Staatsbank und deren Zweigstellen oder in den Sparkassen zu deponieren, wobei sie für den eigenen Verbrauch nicht mehr als 100 bis 125 Rubel wöchentlich (nach Verfügung der örtlichen Sowjets) abheben dürfen; für Produktions- und Handelszwecke dürfen sie Gelder nur auf Grund von schriftlichen Bescheinigungen der Organe der Arbeiterkontrolle erhalten.

Zur Überwachung der tatsächlichen Durchführung dieses Gesetzes werden Bestimmungen über den Umtausch des jetzt gültigen Papiergelds gegen anderes erlassen werden; Personen, die sich des Betrugs am Staate und am Volke schuldig machen, werden mit Konfiskation ihres gesamten Vermögens bestraft.

11. Zur gleichen Strafe sowie zu Gefängnishaft, Abtransport an die Front oder Zwangsarbeit werden alle Personen verurteilt, die diesem Gesetz zuwiderhandeln, wie auch Saboteure, streikende Beamte und Spekulanten. Die örtlichen Sowjets und die ihnen angeschlossenen Institutionen sind verpflichtet, unverzüglich die revolutionärsten Maßnahmen zum Kampf gegen diese wirklichen Volksfeinde auszuarbeiten.

12. Die Gewerkschaften und die anderen Organisationen der Werktätigen organisieren in Zusammenarbeit mit den örtlichen Sowjets und unter Beteiligung der zuverlässigsten, von den Partei- und anderen Organisationen empfohlenen Personen fliegende Gruppen von Kontrolleuren,

die die Durchführung dieses Gesetzes überwachen, die Quantität und Qualität der Arbeit prüfen und diejenigen, die sich der Verletzung oder Umgehung des Gesetzes schuldig machen, den Revolutionsgerichten übergeben.

Die Arbeiter und Angestellten der nationalisierten Betriebe sind verpflichtet, alle Kräfte anzuspannen und außerordentliche Maßnahmen zu treffen, um die Arbeitsorganisation zu verbessern, die Disziplin zu festigen und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Die Organe der Arbeiterkontrolle müssen dem Obersten Volkswirtschaftsrat allwöchentlich Berichte darüber vorlegen, was in dieser Hinsicht erreicht worden ist. Für Mißstände und Versäumnisse werden die Schuldigen vor dem Revolutionsgericht zur Verantwortung gezogen.

Geschrieben nicht vor dem 14. (27.) Dezember 1917.
Zuerst (unvollständig) veröffentlicht im November 1918 in der Zeitschrift „Narodnoje Chosjaistwo" Nr. 11.

Nach dem Manuskript.

FRAGEN AN DIE DELEGIERTEN DES DEMOBILISIERUNGSKONGRESSES DER ARMEE[90]

1. Ist es mehr oder weniger wahrscheinlich, daß die Deutschen in der nächsten Zeit die Offensive eröffnen:

a) vom Standpunkt der physischen und technischen Möglichkeit einer Offensive im Winter;

b) vom Standpunkt der Stimmung der deutschen Soldatenmassen; ist diese Stimmung imstande, eine Offensive zu verhindern oder zumindest aufzuhalten?

2. Kann man annehmen, daß die Deutschen, falls wir sofort die Friedensverhandlungen abbrechen, bei einem unverzüglichen Übergang ihrer Truppen zur Offensive imstande sein werden, uns eine entscheidende Niederlage beizubringen? Sind sie imstande, Petrograd zu nehmen?

3. Ist zu befürchten, daß die Nachricht über den Abbruch der Friedensverhandlungen in der Masse der Armee anarchistische Stimmungen hervorrufen und eine Flucht von der Front zur Folge haben wird, oder kann man gewiß sein, daß die Armee auch nach einer solchen Nachricht standhaft die Front halten wird?

4. Ist unsere Armee, was ihre Kampfkraft betrifft, imstande, einer deutschen Offensive standzuhalten, wenn sie am 1. Januar beginnen sollte? Wenn nicht, nach welcher Frist könnte unsere Armee imstande sein, der deutschen Offensive Widerstand zu leisten?

5. Wäre unsere Armee im Falle einer raschen deutschen Offensive imstande, einen geordneten Rückzug anzutreten und ihre Artillerie zu retten? Wenn ja, könnte man unter solchen Umständen längere Zeit den Vormarsch der Deutschen ins Innere Rußlands aufhalten?

6. Allgemeine Schlußfolgerung: Soll man im Hinblick auf den Zustand der Armee versuchen, die Friedensverhandlungen hinauszuzögern, oder ist ein mit revolutionärer Entschlossenheit und unverzüglich herbeigeführter Abbruch der Friedensverhandlungen wegen der annexionistischen Forderungen der Deutschen vorzuziehen als entschiedener, fester Schritt, der den Boden für einen möglichen revolutionären Krieg bereitet?

7. Soll man sofort zur verstärkten Agitation gegen die annexionistischen Forderungen der Deutschen und zur Agitation für den revolutionären Krieg übergehen?

8. Kann man in sehr kurzer Frist (beispielsweise in 5–10 Tagen) eine Befragung hinlänglich breiter Teile der Feldtruppen durchführen, um der Form mehr entsprechende und vollständigere Antworten auf die oben gestellten Fragen zu erhalten?

9. Ist zu hoffen, daß angesichts der Nachricht über die annexionistischen Forderungen der Deutschen der Zwist mit den Ukrainern an Schärfe verlieren oder sogar durch einen einmütigen Zusammenschluß der Kräfte abgelöst werden wird, oder ist zu erwarten, daß die Ukrainer die schwierigere Lage der Großrussen zur Verschärfung ihres Kampfes gegen die Großrussen ausnutzen werden?

10. Wenn die Armee abstimmen könnte, würde sie für einen sofortigen Frieden unter annexionistischen (Verlust aller besetzten Gebiete) und wirtschaftlich für Rußland außerordentlich schweren Bedingungen stimmen oder für die äußerste Anspannung der Kräfte zur Führung eines revolutionären Krieges, d. h. für den Widerstand gegen die Deutschen?

Geschrieben am 17. (30.) Dezember 1917.
Zuerst veröffentlicht 1927 in Band II der „Schriften des Lenin-Instituts".

Nach dem Text des Buches.

ENTWURF EINER RESOLUTION DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE[91]

1. Verstärkte Agitation gegen den Annexionismus der Deutschen.
2. Bereitstellung zusätzlicher Mittel für diese Agitation.
3. Verlegung der Friedensverhandlungen nach Stockholm.
4. Die Friedensverhandlungen sind fortzusetzen, ihrer Forcierung durch die Deutschen ist entgegenzuwirken.
5. Verstärkte Maßnahmen zur Reorganisierung der Armee bei Verringerung ihres Bestands und gleichzeitiger Stärkung ihrer Verteidigungskraft.
6. Sondermaßnahmen für die Abwehr eines Durchbruchs nach Petrograd.
7. Propaganda und Agitation für die Notwendigkeit des revolutionären Krieges.

Geschrieben am 18. (31.) Dezember 1917.
Zuerst veröffentlicht 1929 im Lenin-Sammelband XI.

Nach dem Manuskript.

RESOLUTION DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE VERHANDLUNGEN MIT DER RADA

Nach Entgegennahme des Berichts des Gen. Proschjan, der als Delegierter des Bauernkongresses mit Winnitschenko, Gruschewski, Porsch und anderen offiziellen Vertretern der Rada eine Unterredung hatte,

und in der Erwägung, daß diese offiziellen Vertreter der Rada ihre prinzipielle Bereitschaft erklärt haben, auf der Grundlage der Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukrainischen Volksrepublik durch den Rat der Volkskommissare und der Anerkennung des konterrevolutionären Charakters der Bestrebungen Kaledins und seiner Helfershelfer durch die Rada Verhandlungen über ein Abkommen mit dem Rat der Volkskommissare aufzunehmen;

in der Erwägung ferner, daß der Rat der Volkskommissare stets und uneingeschränkt das Recht jeder Nation, darunter auch der ukrainischen, auf staatliche Unabhängigkeit anerkannt hat;

daß jeder Versuch, die kriegerischen Konflikte mit der Rada zu liquidieren, wenn die Rada den konterrevolutionären Charakter Kaledins anerkennt und den Krieg gegen ihn nicht behindert, unbedingt zu begrüßen ist;*

in der Überzeugung, daß nur die Sowjets der ukrainischen armen Bauernschaft, der Arbeiter und Soldaten in der Ukraine eine Macht schaffen können, bei der Zusammenstöße zwischen den Brudervölkern unmöglich sind –

beschließt der Rat der Volkskommissare, der es zugleich für zweck-

* Die nächsten beiden Absätze wurden von L. D. Trotzki geschrieben. *Die Red.*

mäßig erachtet, sachliche Verhandlungen mit der Rada zur Liquidierung der Konflikte zu eröffnen, die durch die Politik der Rada in bezug auf die gemeinsame Front und den konterrevolutionären Aufstand Kaledins hervorgerufen wurden:

der Rada Verhandlungen über ein Abkommen auf der erwähnten Grundlage anzubieten und als Verhandlungsort, wo es wahrscheinlich am bequemsten wäre, die Verhandlungen zu führen, Smolensk oder Witebsk vorzuschlagen.

Geschrieben am 19. Dezember 1917 (1. Januar 1918).

Veröffentlicht am 21. Dezember 1917 (3. Januar 1918) in der „Prawda" Nr. 220 und in den „Iswestija ZIK" Nr. 257.

Nach dem Manuskript.

DURCH DEN ZUSAMMENBRUCH DES ALTEN VERÄNGSTIGTE UND FÜR DAS NEUE KÄMPFENDE

„Die Bolschewiki sind bereits zwei Monate an der Macht, und statt eines sozialistischen Paradieses sehen wir die Hölle des Chaos, des Bürgerkriegs und noch größerer Zerrüttung." So schreiben, sprechen und denken die Kapitalisten und mit ihnen ihre bewußten und halbbewußten Anhänger.

Die Bolschewiki sind erst zwei Monate an der Macht, antworten wir darauf, und doch ist bereits ein gewaltiger Schritt vorwärts zum Sozialismus getan worden. Das sehen jene nicht, die es nicht sehen wollen oder es nicht verstehen, die historischen Ereignisse in ihrem Zusammenhang einzuschätzen. Sie wollen nicht sehen, daß in wenigen Wochen die undemokratischen Einrichtungen in der Armee, im Dorfe, in der Fabrik nahezu bis in ihre Grundfesten zerstört worden sind. Einen anderen Weg zum Sozialismus aber als den Weg über eine solche Zerstörung gibt es nicht und kann es nicht geben. Sie wollen nicht sehen, daß in wenigen Wochen an die Stelle der imperialistischen Lüge in der Außenpolitik, die den Krieg in die Länge zog und den Raub und die Eroberung hinter Geheimverträgen versteckte, die wirklich revolutionär-demokratische Politik eines wirklich demokratischen Friedens getreten ist, die bereits einen so bedeutenden praktischen Erfolg gezeitigt hat wie den Waffenstillstand und die hundertfältige Steigerung der propagandistischen Kraft unserer Revolution. Sie wollen nicht sehen, daß die Durchführung der Arbeiterkontrolle und die Nationalisierung der Banken in Angriff genommen wurden. Das aber sind gerade die ersten Schritte zum Sozialismus.

Die historische Perspektive vermögen diejenigen nicht zu verstehen, die erdrückt sind von dem gewohnten Trott des Kapitalismus, die betäubt sind durch den gewaltigen Zusammenbruch des Alten, durch das Krachen und Getöse, durch das „Chaos" (das scheinbare Chaos) des auseinander-

fallenden, einstürzenden jahrhundertealten Gebäudes des Zarismus und der Bourgeoisie, diejenigen, die verängstigt sind durch die Tatsache, daß der Klassenkampf sich bis zum äußersten verschärfte und in den Bürgerkrieg umschlug, den einzig rechtmäßigen, einzig gerechten, einzig heiligen Krieg, nicht im pfäffischen Sinne, sondern im menschlichen Sinne des Wortes, in den heiligen Krieg der Unterdrückten gegen die Unterdrücker für den Sturz dieser Unterdrücker, für die Befreiung der Werktätigen von jeder Unterdrückung. Im Grunde genommen stehen alle diese niedergedrückten, betäubten, verängstigten Bourgeois, Kleinbürger und „Bediensteten der Bourgeoisie", oft ohne sich dessen selbst bewußt zu sein, im Banne jener alten, albernen, sentimentalen, intelligenzlerisch-banalen Vorstellung von der „Einführung des Sozialismus", die sie „vom Hörensagen" gewonnen, wobei sie Bruchstücke der sozialistischen Lehre herausgreifen, die Entstellungen dieser Lehre durch Ignoranten und Halbgebildete nachplappern und uns Marxisten den Gedanken und sogar den Plan zuschreiben, den Sozialismus „einführen" zu wollen.

Uns Marxisten sind solche Gedanken, geschweige denn Pläne fremd. Wir haben stets gewußt, gesagt und immer wieder gesagt, daß man den Sozialismus nicht „einführen" kann, daß er im Verlauf des angespanntesten, heftigsten, bis zur Raserei, bis zur Verzweiflung zugespitzten Klassenkampfes und Bürgerkriegs heranwächst, daß zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus eine lange Periode der „Geburtswehen" liegt, daß die Gewalt stets Geburtshelfer der alten Gesellschaft ist, daß der Übergangsperiode von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaft ein besonderer Staat entspricht (d. h. ein besonderes System der organisierten Gewalt über eine bestimmte Klasse), nämlich: die Diktatur des Proletariats. Die Diktatur aber setzt voraus und bedeutet einen Zustand des latenten Krieges, einen Zustand militärischer Kampfmaßnahmen gegen die Gegner der proletarischen Staatsmacht. Die Kommune war eine Diktatur des Proletariats, und Marx und Engels haben der Kommune den Vorwurf gemacht, haben für eine der Ursachen ihres Untergangs den Umstand gehalten, daß die Kommune von ihrer bewaffneten Macht *nicht* energisch *genug* zur Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter Gebrauch gemacht hat.[92]

Im Grunde genommen ist dieses ganze Intellektuellengeheul über die Unterdrückung des Widerstands der Kapitalisten nichts anderes als ein

Überbleibsel der alten „Verständigungspolitik", um sich „höflich" auszudrücken. Spricht man aber mit proletarischer Offenheit, so muß man sagen: Die fortdauernde Kriecherei vor dem Geldsack – das ist der wirkliche Inhalt des Geheuls gegen die Gewalt, die jetzt (leider noch allzu wenig und nicht energisch genug) von den Arbeitern gegen die Bourgeoisie, gegen die Saboteure, gegen die Konterrevolutionäre angewendet wird. „Der Widerstand der Kapitalisten ist gebrochen", verkündete der gute Peschechonow, der Minister der Paktierer, im Juni 1917. Dieser gute Mann hatte nicht einmal eine Ahnung davon, daß der Widerstand wirklich *gebrochen* werden muß, daß er gebrochen *werden wird*, daß eben dieses Brechen des Widerstands wissenschaftlich als Diktatur des Proletariats bezeichnet wird, daß eine ganze historische Periode gekennzeichnet ist durch die Unterdrückung des Widerstands der Kapitalisten und folglich durch die systematische *Gewaltanwendung* gegen eine ganze Klasse (die Bourgeoisie), gegen ihre Helfershelfer.

Habgier, schmutzige, bösartige, tolle Habgier des Geldsacks, Verängstigung und Speichelleckerei seiner Kostgänger – das ist die wirkliche soziale Grundlage des jetzigen Geheuls der jämmerlichen Intelligenzler von der „Retsch" bis zur „Nowaja Shisn" gegen die Gewaltanwendung durch das Proletariat und die revolutionäre Bauernschaft. Das ist die objektive Bedeutung ihres Geheuls, ihres elenden Gestammels, ihres komödiantenhaften Geschreis von der „Freiheit" (der Freiheit der Kapitalisten, das Volk zu unterdrücken) usw. und dergleichen mehr. Sie wären „bereit", den Sozialismus anzuerkennen, wenn die Menschheit auf einmal, mit einem effektvollen Sprung zum Sozialismus hinübersetzen könnte, ohne Reibungen, ohne Kampf, ohne Zähneknirschen der Ausbeuter, ohne mannigfache Versuche der Ausbeuter, die alte Ordnung zu behaupten oder sie auf Umwegen, heimlich, wiederherzustellen, ohne immer neue „Antworten" der revolutionären proletarischen Gewalt auf solche Versuche. Diese intellektuellen Kostgänger der Bourgeoisie wären „bereit", den Pelz zu waschen, brauchten sie ihn nur nicht naß zu machen, wie es in dem bekannten deutschen Sprichwort heißt.

Wenn die Bourgeoisie und die Beamten, die Angestellten, die Ärzte, die Ingenieure u. a., die daran gewöhnt sind, ihr zu dienen, zu den äußersten Widerstandsmaßnahmen greifen, so entsetzen sich diese Intelligenzler darüber. Sie zittern vor Angst und erheben ein noch lauteres

Gekreisch über die Notwendigkeit der Rückkehr zur „Verständigungspolitik". Uns aber, wie auch alle aufrichtigen Freunde der unterdrückten Klasse, können die äußersten Widerstandsmaßnahmen der Ausbeuter nur freuen, denn wir erwarten das Mannbarwerden, das Reifwerden des Proletariats für die Machtausübung nicht vom Zureden und Überreden, nicht von der Schule süßlicher Predigten oder belehrender Deklamationen, sondern von der Schule des Lebens, von der Schule des Kampfes. Um zur herrschenden Klasse zu werden und die Bourgeoisie endgültig zu besiegen, muß das Proletariat das *erlernen*, denn auf einmal kann es diese Fähigkeit nirgendwo hernehmen. Lernen aber muß man im Kampf. Lehren kann aber nur ein ernster, hartnäckiger, verzweifelter Kampf. Je erbitterter der Widerstand der Ausbeuter ist, desto energischer, entschlossener, schonungsloser, erfolgreicher wird deren Unterdrückung durch die Ausgebeuteten sein. Je mannigfaltiger die Versuche und Anstrengungen der Ausbeuter sein werden, die alte Ordnung zu behaupten, desto schneller wird das Proletariat es lernen, seine Klassenfeinde aus ihren letzten Schlupfwinkeln zu vertreiben, die Wurzeln ihrer Herrschaft zu untergraben, den Boden selbst abzutragen, auf dem die Lohnsklaverei, das Elend der Massen, die Bereicherung und die Unverfrorenheit des Geldsacks gedeihen konnten (und mußten).

In dem Maße, wie der Widerstand der Bourgeoisie und ihrer Kostgänger zunimmt, wächst auch die Kraft des Proletariats und der sich ihm anschließenden Bauernschaft. Die Ausgebeuteten erstarken, reifen heran, wachsen, lernen, werfen den „alten Adam" der Lohnsklaverei von sich ab in dem Maße, wie der Widerstand ihrer Feinde, der Ausbeuter, wächst. Den Sieg werden die Ausgebeuteten davontragen, denn auf ihrer Seite ist das Leben, die Stärke der Zahl, die Stärke der Masse, der unerschöpfliche Kraftquell alles Selbstlosen, Ideellen, Ehrlichen, Vorwärtsstrebenden, alles zum Aufbau des Neuen Erwachenden, die Macht des ganzen gewaltigen Vorrats an Energie und Talenten des sogenannten „einfachen Volkes", der Arbeiter und Bauern. Ihrer ist der Sieg.

Geschrieben 24.–27. Dezember 1917 (6.–9. Januar 1918).
Zuerst veröffentlicht am 22. Januar 1929 in der „Prawda" Nr. 18.
Unterschrift: Lenin.

Nach dem Manuskript.

WIE SOLL MAN DEN WETTBEWERB ORGANISIEREN?

Die bürgerlichen Schriftsteller schrieben und schreiben ganze Berge von Papier voll, um die Konkurrenz, den privaten Unternehmungsgeist und sonstige prächtige Tugenden und Reize der Kapitalisten und der kapitalistischen Ordnung zu verherrlichen. Den Sozialisten wurde vorgeworfen, sie wollten die Bedeutung dieser Tugenden nicht erkennen und der „Natur des Menschen" nicht Rechnung tragen. In Wirklichkeit aber hat der Kapitalismus längst die selbständige kleine Warenproduktion, unter der die Konkurrenz in einigermaßen *breitem* Ausmaß Unternehmungsgeist, Energie, kühne Initiative entwickeln konnte, durch die fabrikmäßige Produktion in Groß- und Riesenbetrieben, durch Aktiengesellschaften, Syndikate und andere Monopole ersetzt. Die Konkurrenz unter einem *solchen* Kapitalismus bedeutet eine unerhört brutale Unterdrückung des Unternehmungsgeistes, der Energie und der kühnen Initiative der *Massen* der Bevölkerung, der gigantischen Mehrheit der Bevölkerung, von neunundneunzig Prozent der Werktätigen, bedeutet ferner, auf den oberen Sprossen der sozialen Leiter, die Ersetzung des Wettbewerbs durch Finanzschwindel, Vetternwirtschaft, Liebedienerei.

Der Sozialismus erstickt keineswegs den Wettbewerb, im Gegenteil, er schafft erstmalig die Möglichkeit, ihn wirklich auf *breiter* Grundlage, wirklich im *Massen*umfang anzuwenden, die Mehrheit der Werktätigen wirklich auf ein Tätigkeitsfeld zu führen, auf dem sie sich hervortun, ihre Fähigkeiten entfalten, jene Talente offenbaren können, die das Volk, einem unversiegbaren Quell gleich, hervorbringt und die der Kapitalismus zu Tausenden und Millionen zertreten, niedergehalten und erdrückt hat.

(a)

Как организовать соревнование?

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Wie soll man den Wettbewerb organisieren?"
Dezember 1917
Verkleinert

Jetzt, da eine sozialistische Regierung an der Macht ist, besteht unsere Aufgabe darin, den Wettbewerb zu organisieren.

Die Nachläufer und Kostgänger der Bourgeoisie schilderten den Sozialismus als einförmige, eintönige, graue Staatskaserne. Die Lakaien des Geldsacks, die Soldknechte der Ausbeuter, die Herren bürgerlichen Intellektuellen, „schreckten" mit dem Sozialismus das Volk, das gerade unter dem Kapitalismus zur Zwangsarbeit und zum Kasernendasein, zur übermäßigen, eintönigen Arbeit, zum Hungerdasein und zu entsetzlichem Elend verurteilt ist. Der erste Schritt zur Befreiung der Werktätigen von dieser Zwangsarbeit ist die Konfiskation der Ländereien der Gutsbesitzer, die Einführung der Arbeiterkontrolle, die Nationalisierung der Banken. Die nächsten Schritte werden sein: die Nationalisierung der Fabriken und Werke, der zwangsweise Zusammenschluß der gesamten Bevölkerung in Konsumgenossenschaften, die gleichzeitig Absatzgenossenschaften sind, die Einführung des Staatsmonopols für den Getreidehandel und für den Handel mit anderen notwendigen Gütern.

Erst jetzt wird in breitem Maße, wahrhaft für die Massen, die Möglichkeit geschaffen, Unternehmungsgeist, Wettbewerb und kühne Initiative zu entfalten. Jede Fabrik, aus der der Kapitalist hinausgeworfen wurde, oder wo er zumindest durch eine wirkliche Arbeiterkontrolle im Zaum gehalten wird, jedes Dorf, wo der Ausbeuter, der Gutsbesitzer, ausgeräuchert und sein Boden beschlagnahmt wurde, ist jetzt, erst jetzt zu einem Betätigungsfeld geworden, auf dem der Arbeitsmann sich hervortun, auf dem er den Rücken ein wenig geradebiegen, sich aufrichten und sich als Mensch fühlen kann. Zum erstenmal nach Jahrhunderten der Arbeit für andere, der unfreien Arbeit für die Ausbeuter, bietet sich ihm die Möglichkeit, *für sich selbst zu arbeiten*, und zwar zu arbeiten, gestützt auf alle Errungenschaften der modernen Technik und Kultur.

Natürlich kann diese in der Geschichte der Menschheit gewaltigste Ablösung der unfreien Arbeit durch die Arbeit für sich selbst nicht ohne Reibungen, Schwierigkeiten, Konflikte, nicht ohne Gewaltanwendung gegenüber den eingefleischten Schmarotzern und ihrem Anhang vor sich gehen. Darüber macht sich kein einziger Arbeiter Illusionen: die in langen, langen Jahren der Zwangsarbeit für die Ausbeuter, die durch endlosen Hohn und Schimpf seitens der Ausbeuter abgehärteten und durch schwere Not gestählten Arbeiter und armen Bauern wissen, daß man Zeit

braucht, um den Widerstand der Ausbeuter zu *brechen*. Die Arbeiter und Bauern sind nicht im geringsten von den sentimentalen Illusionen der Herren Intelligenzler, dieser ganzen haltlosen Bande von der „Nowaja Shisn" usw. angesteckt, die sich gegen die Kapitalisten heiser „schrien", gegen sie „gestikulierten", sie „verdonnerten", um zu heulen und sich wie verprügelte junge Hunde zu benehmen, als es *zum Handeln*, zur Verwirklichung der Drohungen, zur praktischen Durchführung des *Sturzes* der Kapitalisten kam.

Die große Sache der Ablösung der unfreien Arbeit durch die Arbeit für sich selbst, durch die in gigantischem, gesamtstaatlichem Maßstab (in gewissem Grade auch im internationalen, im Weltmaßstab) planmäßig organisierte Arbeit, erfordert außer *„militärischen"* Maßnahmen zur Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter auch riesige *organisatorische* Anstrengungen des Proletariats und der armen Bauernschaft. Die organisatorische Aufgabe ist mit der Aufgabe der schonungslosen militärischen Niederhaltung der Sklavenhalter von gestern (der Kapitalisten) und der Meute ihrer Lakaien, der Herren bürgerlichen Intellektuellen, zu einem untrennbaren Ganzen verflochten. Wir waren immer die Organisatoren und Leiter, wir haben kommandiert – sagen und denken die Sklavenhalter von gestern und ihre Handlanger aus den Reihen der Intellektuellen –, wir wollen es auch weiter bleiben, wir werden dem „einfachen Volk", den Arbeitern und Bauern, nicht gehorchen, wir werden uns ihnen nicht unterordnen, wir werden unser Wissen in eine Waffe zur Verteidigung der Vorrechte des Geldsacks und der Herrschaft des Kapitals über das Volk verwandeln.

So reden, denken und handeln die Bourgeois und die bürgerlichen Intellektuellen. Von ihrem *selbstsüchtigen* Standpunkt aus ist ihr Verhalten begreiflich: Den Speichelleckern und Kostgängern der Fronherren, den Pfaffen, Amtsschreibern, Beamten, wie sie Gogol schilderte, den „Intellektuellen", die Belinski haßten, fiel es ebenfalls „schwer", sich von der Leibeigenschaft zu trennen. Aber die Sache der Ausbeuter und ihres Intellektuellentrosses ist eine aussichtslose Sache. Die Arbeiter und Bauern brechen ihren Widerstand – leider noch nicht entschieden, energisch und rücksichtslos genug – *und werden ihn endgültig brechen*.

„Sie" glauben, daß das „einfache Volk", die „einfachen" Arbeiter und armen Bauern mit der gewaltigen, im weltgeschichtlichen Sinne des Wor-

tes wahrhaft heroischen Aufgabe organisatorischen Charakters, vor die die sozialistische Revolution die Werktätigen gestellt hat, nicht fertig werden. „Ohne uns werden sie nicht auskommen", trösten sich die Intellektuellen, die gewohnt sind, den Kapitalisten und dem kapitalistischen Staat zu dienen. Ihre dreisten Erwartungen werden sich nicht erfüllen: schon jetzt treten gebildete Menschen hervor, die auf die Seite des Volkes, auf die Seite der Werktätigen übergehen und diesen helfen, den Widerstand der Lakaien des Kapitals zu brechen. Organisatorische Talente gibt es unter der Bauernschaft und in der Arbeiterklasse eine Menge, und diese Talente beginnen eben erst, sich ihrer selbst bewußt zu werden, zu erwachen, nach lebendiger, schöpferischer, großer Arbeit zu streben, den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft selbständig in Angriff zu nehmen.

Eine der wichtigsten Aufgaben, wenn nicht die wichtigste, besteht jetzt darin, diese selbständige Initiative der Arbeiter und überhaupt aller Werktätigen und Ausgebeuteten bei der schöpferischen *organisatorischen* Arbeit in möglichst breitem Umfang zu entwickeln. Mit dem alten, *albernen*, unsinnigen, schändlichen und niederträchtigen Vorurteil, nur die sogenannten „höheren Klassen", nur die Reichen oder diejenigen, die durch die Schule der reichen Klassen gegangen sind, seien imstande, den Staat zu verwalten, den organisatorischen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu leiten, muß unter allen Umständen aufgeräumt werden.

Das ist ein Vorurteil. Aufrechterhalten wird es durch den faulen Hang zum Alten, die Verknöcherung, die sklavische Gewohnheit und noch mehr durch den schmutzigen Eigennutz der Kapitalisten, die daran interessiert sind, zu regieren und dabei zu plündern – zu plündern und dabei zu regieren. Nein! Die Arbeiter werden keinen Augenblick vergessen, daß ihnen die Macht des Wissens not tut. Der ungewöhnliche Drang nach Bildung, den die Arbeiter an den Tag legen, gerade jetzt an den Tag legen, ist ein Beweis dafür, daß man sich in dieser Hinsicht im Proletariat keinem Irrtum hingibt noch hingeben kann. Der Arbeit eines *Organisators* ist aber auch der *einfache* Arbeiter und Bauer gewachsen, der lesen und schreiben kann, der Menschenkenntnis und praktische Erfahrung besitzt. Unter dem „einfachen Volk", von dem die bürgerlichen Intellektuellen so hochmütig und geringschätzig reden, gibt es eine *Masse* solcher Leute. Die Arbeiterklasse und die Bauernschaft sind ein noch unberührter und unversiegbarer Quell solcher Talente.

Die Arbeiter und Bauern sind noch „zaghaft", sie haben sich noch nicht daran gewöhnt, daß *sie* jetzt die *herrschende* Klasse sind, sie sind noch nicht entschlossen genug. Diese Eigenschaften konnte der Umsturz in Millionen und aber Millionen Menschen, die ihr ganzes Leben lang durch Hunger und Not gezwungen waren, unter der Knute zu arbeiten, nicht *mit einem Schlag* hervorrufen. Aber gerade darin besteht die Stärke, darin besteht die Lebenskraft, die Unbesiegbarkeit der Oktoberrevolution von 1917, daß sie diese Eigenschaften *weckt*, alle alten Schranken zerbricht, die morschen Fesseln sprengt, die Werktätigen auf den Weg des *selbständigen* schöpferischen Aufbaus eines neuen Lebens führt.

Rechnungsführung und Kontrolle – das ist die *wichtigste* wirtschaftliche Aufgabe eines jeden Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, einer jeden Konsumgenossenschaft, eines jeden Versorgungsverbandes oder -komitees, eines jeden Betriebskomitees oder Organs der Arbeiterkontrolle überhaupt.

Der Kampf gegen die alte Gewohnheit – das Arbeitsmaß und die Produktionsmittel vom Standpunkt des unfreien Menschen zu betrachten, der danach strebt, eine Last mehr loszuwerden, der *Bourgeoisie* wenigstens einen Happen zu entreißen –, dieser Kampf ist unerläßlich. Diesen Kampf haben die fortgeschrittenen, klassenbewußten Arbeiter bereits damit begonnen, daß sie jenen Neulingen unter den Arbeitern eine entschiedene Abfuhr erteilen, die während des Krieges besonders zahlreich in die Fabriken gekommen sind und die jetzt die Fabrik des *Volkes*, die Fabrik, die Eigentum des Volkes geworden ist, so betrachten wollen, wie sie es früher getan haben, als sie nur den einen Gedanken kannten, „möglichst viel herauszuschlagen und sich davonzumachen". Alle bewußten, ehrlichen, denkenden Elemente der Bauernschaft und der werktätigen Massen werden in diesem Kampf auf die Seite der fortgeschrittenen Arbeiter treten.

Rechnungsführung und Kontrolle, *wenn* sie von den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten als der obersten Staatsmacht oder auf Anweisung, im Auftrag *dieser* Staatsmacht ausgeübt wird, allerorts durchzuführende, allgemeine, universelle Rechnungsführung und Kontrolle, Rechnungsführung und Kontrolle über die Arbeitsmenge und über die Verteilung der Produkte – darin besteht das *Wesen* der sozialistischen Umgestaltung, nachdem die politische Herrschaft des Proletariats begründet und gesichert ist.

Die Rechnungsführung und Kontrolle, die für den Übergang zum Sozialismus unentbehrlich ist, kann nur das Werk der Massen sein. Nur durch die freiwillige und gewissenhafte, mit revolutionärem Enthusiasmus geleistete Mitarbeit der *Massen* der Arbeiter und Bauern an der Rechnungsführung und Kontrolle *über die Reichen, die Gauner, die Müßiggänger und Rowdys* ist es möglich, diese Überbleibsel der fluchbeladenen kapitalistischen Gesellschaft, diesen Auswurf der Menschheit, diese rettungslos verfaulten und verkommenen Elemente, diese Seuche, diese Pest, diese Eiterbeule zu besiegen, die der Kapitalismus dem Sozialismus als Erbschaft hinterlassen hat.

Arbeiter und Bauern! Werktätige und Ausgebeutete! Der Grund und Boden, die Banken, die Fabriken, die Werke sind Eigentum des ganzen Volkes geworden! Nehmt *selbst* die Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion und die Verteilung der Produkte in die Hand – darin und *nur* darin liegt der Weg zum Sieg des Sozialismus, die Bürgschaft für seinen Sieg, die Bürgschaft für den Sieg über jede Ausbeutung, über Not und Elend! Denn in Rußland ist genug Getreide, Eisen, Holz, Wolle, Baumwolle und Flachs für alle da. Man muß nur die Arbeit und die Erzeugnisse richtig verteilen, man muß nur eine allgemeine *sachliche, praktische* Kontrolle des ganzen Volkes über diese Verteilung einführen und *nicht nur* in der Politik, sondern auch im *täglichen wirtschaftlichen* Leben die Volksfeinde, die Reichen und ihre Kostgänger, sodann die Gauner, Müßiggänger und Rowdys besiegen.

Für diese Feinde des Volkes, für diese Feinde des Sozialismus und der Werktätigen darf es keine Schonung geben. Kampf auf Leben und Tod gegen die Reichen und ihre Kostgänger, die bürgerlichen Intellektuellen, gegen die Gauner, Müßiggänger und Rowdys. Die einen wie die anderen, diese wie jene, sind leibliche Brüder, Sprößlinge des Kapitalismus, Sprößlinge der feudalen und der bürgerlichen Gesellschaft, einer Gesellschaft, in der ein kleines Häuflein das Volk ausplünderte und das Volk verhöhnte, einer Gesellschaft, in der Not und Elend Tausende und aber Tausende auf den Weg des Rowdytums, der Bestechlichkeit, der Gaunerei stieß und sie aller menschlichen Züge beraubte, einer Gesellschaft, in der unvermeidlich bei den Werktätigen das Bestreben entwickelt wurde: der Ausbeutung zu entrinnen, sei es auch durch Betrug, sich her-

auszuwinden, die widerwärtige Arbeit loszuwerden, sei es auch nur für einen Augenblick, auf irgendeine Weise, koste es, was es wolle, wenigstens ein Stück Brot herauszuschlagen, um nicht zu hungern, um nicht samt der Familie am Hungertuch zu nagen.

Die Reichen und die Gauner – das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille, zwei Hauptarten von *Parasiten*, die der Kapitalismus großgezogen hat, sie sind die Hauptfeinde des Sozialismus; diese Feinde müssen unter die besondere Aufsicht der ganzen Bevölkerung gestellt werden; gegen sie muß rücksichtslos vorgegangen werden, sobald sie die Regeln und Gesetze der sozialistischen Gesellschaft auch nur im geringsten übertreten. Jede Schwäche, jedes Schwanken, jede Sentimentalität in dieser Hinsicht wäre das größte Verbrechen am Sozialismus.

Um die sozialistische Gesellschaft vor diesen Parasiten zu sichern, muß man eine allgemeine, von Millionen und aber Millionen Arbeitern und Bauern freiwillig, energisch, mit revolutionärem Enthusiasmus unterstützte Rechnungsführung und Kontrolle über die Menge der Arbeit, die Produktion und die Verteilung der Produkte organisieren. Um aber diese Rechnungsführung und Kontrolle zu organisieren, die jeder ehrliche, verständige und tüchtige Arbeiter und Bauer *durchaus bewältigen kann*, der er durchaus gewachsen ist, muß man die aus den Reihen der Arbeiter und Bauern selbst hervorgehenden organisatorischen Talente zum Leben erwecken, muß man unter ihnen den *Wettbewerb* um organisatorische Erfolge entfachen und im gesamtstaatlichen Maßstab in Gang bringen, müssen die Arbeiter und Bauern klar den Unterschied erkennen zwischen dem notwendigen Ratschlag des gebildeten Menschen und der notwendigen Kontrolle des „einfachen" Arbeiters und Bauern über die *Schlamperei*, die bei den „Gebildeten" eine so gewöhnliche Erscheinung ist.

Diese Schlamperei, Nachlässigkeit, Unordentlichkeit, Ungenauigkeit, die nervöse Hast, die Neigung, Taten durch Diskussionen, Arbeit durch Gerede zu ersetzen, diese Neigung, alles in der Welt anzufangen und nichts zu Ende zu führen, ist eine jener Eigenschaften der „Gebildeten", die sich keineswegs aus ihrer schlechten Natur und noch weniger aus Böswilligkeit, sondern aus allen ihren Lebensgewohnheiten, ihren Arbeitsverhältnissen, ihrer Übermüdung, der anormalen Trennung der geistigen Arbeit von der körperlichen usw. usf. ergeben.

Unter den Fehlern, Mängeln, Mißgriffen unserer Revolution spielen jene Fehler usw. eine nicht geringe Rolle, die durch diese bedauerlichen – aber im gegebenen Augenblick unvermeidlichen – Eigenschaften der Intellektuellen aus unserer Mitte und durch das *Fehlen* einer genügenden Kontrolle der *Arbeiter* über die *organisatorische* Arbeit der Intellektuellen verursacht werden.

Die Arbeiter und Bauern sind noch „zaghaft"; davon müssen sie sich befreien und werden sie sich *zweifellos* befreien. Ohne Ratschläge, ohne Anleitung durch die Gebildeten, die Intellektuellen, die Fachleute kann man nicht auskommen. Jeder halbwegs verständige Arbeiter und Bauer versteht das sehr gut, und die Intellektuellen in unserer Mitte können sich nicht über Mangel an Aufmerksamkeit und kameradschaftlicher Achtung seitens der Arbeiter und Bauern beklagen. Aber eine Sache sind Ratschläge und Anleitung – eine andere Organisierung der *praktischen* Rechnungsführung und Kontrolle. Die Intellektuellen geben sehr oft ausgezeichnete Ratschläge und Anleitungen, es ist jedoch geradezu lächerlich, *absurd*, schändlich, wie „linkisch", wie unfähig sie sind, diese Ratschläge und Anleitungen *durchzuführen* und eine *praktische Kontrolle* darüber zu schaffen, daß das Wort auch zur Tat werde.

Hier kann man auf keinen Fall ohne die Hilfe und *ohne die führende Rolle* der Organisatoren, der Praktiker aus dem „Volke", aus den Reihen der Arbeiter und werktätigen Bauern auskommen. „Nicht Götter brennen die Tontöpfe!" Diese Wahrheit müssen sich die Arbeiter und Bauern ganz besonders fest einprägen. Sie müssen begreifen, daß jetzt alles *auf die Praxis* ankommt, daß gerade jener geschichtliche Augenblick eingetreten ist, wo die Theorie in die Praxis umgesetzt wird, durch die Praxis belebt, durch die Praxis korrigiert, durch die Praxis erprobt wird, wo die Marxschen Worte sich besonders bewahrheiten: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme"[93] – jeder Schritt der praktischen, wirklichen Zügelung und Beschränkung, der restlosen Erfassung und Überwachung der Reichen und Gauner ist wichtiger als ein Dutzend ausgezeichneter Betrachtungen über den Sozialismus. Denn „grau, teurer Freund, ist alle Theorie und grün des Lebens goldner Baum".

Es gilt, einen Wettbewerb der praktischen Organisatoren aus den Reihen der Arbeiter und Bauern untereinander zu organisieren. Jede

Schablone und jeder Versuch, von oben her ein Schema festzulegen, wozu die Intellektuellen so sehr neigen, muß bekämpft werden. Mit demokratischem und sozialistischem Zentralismus haben weder die Schablone noch das Festlegen eines Schemas von oben her irgend etwas gemein. Die Einheit im Grundlegenden, im Wichtigsten, im Wesentlichen wird nicht gestört, sondern gesichert durch die *Mannigfaltigkeit* der Einzelheiten, der lokalen Besonderheiten, der Methoden des *Herangehens* an die Dinge, der *Methoden* der Durchführung der Kontrolle, der *Wege* zur Ausrottung und Unschädlichmachung der Parasiten (der Reichen und Gauner, der Tagediebe und Hysteriker unter der Intelligenz usw. usf.).

Die Pariser Kommune war ein großes Vorbild dafür, wie Initiative, Selbständigkeit, Freiheit der Bewegung, Schwungkraft von unten mit einem freiwilligen, dem Schablonenhaften fremden Zentralismus verbunden sein können. Unsere Sowjets gehen denselben Weg. Aber sie sind noch „zaghaft", sie haben noch nicht den richtigen Schwung, haben sich noch nicht in ihre neue, große, schöpferische Arbeit zur Schaffung der sozialistischen Ordnung „hineingekniet". Die Sowjets müssen mit größerer Kühnheit und Initiative an die Arbeit gehen. Jede „Kommune" – jede beliebige Fabrik, jedes beliebige Dorf, jede beliebige Konsumgenossenschaft, jedes beliebige Versorgungskomitee, sie alle müssen, untereinander im *Wettbewerb* stehend, als praktische Organisatoren der Rechnungsführung und Kontrolle über die Arbeit und die Verteilung der Produkte auftreten. Das Programm dieser Rechnungsführung und Kontrolle ist einfach, klar, jedem verständlich: Jeder soll Brot haben, alle sollen feste Schuhe und ordentliche Kleidung tragen, eine warme Wohnung haben, gewissenhaft arbeiten; kein einziger Gauner (auch keiner von denen, die sich vor der Arbeit drücken) darf frei herumspazieren, sondern muß im Gefängnis sitzen oder schwerste Zwangsarbeit verrichten; kein einziger Reicher, der die Regeln und Gesetze des Sozialismus verletzt, darf dem Schicksal des Gauners entgehen, das mit Recht das Schicksal des Reichen werden muß. „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen!" – das ist das *praktische* Gebot des Sozialismus. Das ist es, was in der *Praxis* durchgeführt werden muß. Auf solche *praktischen* Erfolge sollen unsere „Kommunen" und unsere Organisatoren aus den Reihen der Arbeiter und Bauern und um so mehr aus den Reihen der Intellektuellen stolz sein (um so *mehr*, weil sie sich *zu sehr, allzu sehr*

daran gewöhnt haben, auf ihre allgemeinen Anweisungen und Resolutionen stolz zu sein).

Tausenderlei Formen und Methoden der praktischen Rechnungsführung und Kontrolle über die Reichen, über die Gauner und Müßiggänger müssen von den Kommunen selbst, von den kleinen Zellen in Stadt und Land ausgearbeitet und in der Praxis erprobt werden. Mannigfaltigkeit ist hier eine Bürgschaft für Lebensfähigkeit, Gewähr für die Erreichung des gemeinsamen, einheitlichen Ziels: der *Säuberung* der russischen Erde von allem Ungeziefer, von den Flöhen – den Gaunern, von den Wanzen – den Reichen usw. usf. An einem Ort wird man zehn Reiche, ein Dutzend Gauner, ein halbes Dutzend Arbeiter, die sich vor der Arbeit drücken (ebenso flegelhaft wie viele Setzer in Petrograd, besonders in den Parteidruckereien), ins Gefängnis stecken. An einem anderen Ort wird man sie die Klosetts reinigen lassen. An einem dritten Ort wird man ihnen nach Abbüßung ihrer Freiheitsstrafe gelbe Pässe aushändigen, damit das ganze Volk sie bis zu ihrer Besserung als *schädliche* Elemente überwache. An einem vierten Ort wird man einen von zehn, die sich des Parasitentums schuldig machen, auf der Stelle erschießen. An einem fünften Ort wird man eine Kombination verschiedener Mittel ersinnen und zum Beispiel durch eine bedingte Freilassung eine rasche Besserung jener Elemente unter den Reichen, den bürgerlichen Intellektuellen, den Gaunern und Rowdys erzielen, die der Besserung fähig sind. Je mannigfaltiger, desto besser, desto reicher wird die allgemeine Erfahrung sein, desto sicherer und rascher wird der Erfolg des Sozialismus sein, desto leichter wird die Praxis – denn nur die Praxis ist dazu imstande – die *besten* Methoden und Mittel des Kampfes herausarbeiten.

In welcher Kommune, in welchem Viertel einer großen Stadt, in welcher Fabrik, in welchem Dorf gibt es *keine* Hungernden, *keine* Arbeitslosen, *keine* reichen Müßiggänger, *keine* Halunken, Lakaien der Bourgeoisie, Saboteure, die sich Intellektuelle nennen? Wo ist mehr getan worden für die Steigerung der Produktivität der Arbeit, für den Bau neuer guter Häuser für die Armen, für ihre Unterbringung in den Häusern der Reichen, für die regelmäßige Versorgung jedes Kindes armer Familien mit einer Flasche Milch? Das sind die Fragen, um die sich der *Wettbewerb* der Kommunen, der Gemeinden, der Konsum- und Produktivvereine und -genossenschaften, der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und

Bauerndeputierten entfalten muß. Das ist die Arbeit, bei der in der Praxis die organisatorischen Talente hervortreten und zur Teilnahme an der Verwaltung des ganzen Staates aufrücken müssen. Es gibt viele solcher Talente im Volk. Sie sind nur niedergehalten worden. Man muß ihnen helfen, sich zu entfalten. Sie und nur sie können, unterstützt von den Massen, Rußland und die Sache des Sozialismus retten.

Geschrieben 24.–27. Dezember 1917 (6.–9. Januar 1918).
Zuerst veröffentlicht am 20. Januar 1929 in der „Prawda" Nr. 17.
Unterschrift: W. Lenin.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES DEKRETS ÜBER DIE KONSUMKOMMUNEN[94]

Der Krieg, der durch den Kampf der Kapitalisten um die Aufteilung der von ihnen geraubten Beute hervorgerufen wurde, hat zu einer beispiellosen Zerrüttung der Wirtschaft geführt. Die verbrecherische Spekulation und die Jagd nach Profit, besonders unter den reichen Klassen, haben diese Zerrüttung noch verschärft, haben Hunderttausende und Millionen Menschen den Qualen des Hungers und der Arbeitslosigkeit ausgesetzt. Die Notwendigkeit, außerordentliche Maßnahmen zur Unterstützung der Hungernden und zum schonungslosen Kampf gegen die Spekulanten zu ergreifen, veranlaßt die Arbeiter- und Bauernregierung, folgende Bestimmungen – als Gesetz der Russischen Republik – zu erlassen:

Alle Staatsbürger müssen einer lokalen Konsumgenossenschaft angehören (des Dorfes, des Amtsbezirks, der Siedlung oder eines bestimmten Stadtviertels, eines Straßenviertels usw.).

Die Wahl der Konsumgenossenschaften durch die Familien ist frei, mit der Einschränkung allein, daß mindestens zwei Drittel der Familien in jeder Konsumgenossenschaft Angehörige der armen Klassen sein müssen (d. h. Arbeiter, Bauern, die keine Lohnarbeiter beschäftigen, usw.).

Jede Konsumgenossenschaft betreibt außer dem Kauf und der Verteilung von Produkten den Absatz der lokalen Erzeugnisse. Die Vorstände der Konsumgenossenschaften bilden *Versorgungskomitees*, wobei ohne schriftliche Bescheinigung des betreffenden Versorgungskomitees keinerlei Transport von Produkten erlaubt ist.

Die bestehenden Konsumgenossenschaften werden nationalisiert und sind verpflichtet, die gesamte Bevölkerung des betreffenden Ortes aufzunehmen.

Privatpersonen können Produkte nicht nur in den lokalen, sondern auch in den zentralen Lagern kaufen, jedoch muß darüber eine Eintragung in die Bücher der lokalen Konsumgenossenschaft erfolgen.

Der Transport sowie der Kauf und Verkauf von Produkten ohne Bescheinigung der Versorgungskomitees wird mit Konfiskation des gesamten Vermögens des Schuldigen, mit Gefängnishaft nicht unter einem halben Jahr und Zwangsarbeit bestraft.

Bescheinigungen über den Transport sowie den Kauf und Verkauf von Produkten müssen in 2 Exemplaren ausgestellt und von mindestens drei Mitgliedern des Vorstands des betreffenden Versorgungskomitees unterzeichnet werden; 1 Exemplar ist in den Akten des Vorstands aufzubewahren.

In jeder Bescheinigung muß angegeben sein: von welcher Konsumgenossenschaft das Produkt abgesandt worden ist und welcher es zugestellt werden soll.

Telegrafenämter befördern die Telegramme der Versorgungskomitees vorrangig.

Alle Versorgungskomitees arbeiten unter der Kontrolle und nach den Weisungen der örtlichen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten.

Jeder hat das Recht, durch seine Konsumgenossenschaft beliebige Produkte zu erwerben, ohne jede Einschränkung, abgesehen von den Beschränkungen, die für die Einfuhr von Produkten aus dem Ausland festgesetzt werden können.

Produkte, die für den Markt hergestellt werden, sind dem lokalen Versorgungskomitee zu freien Preisen zu übergeben, abgesehen von den Fällen, wo durch Gesetz feste Preise festgesetzt werden. Gelder, die für die Bezahlung der Produkte zu entrichten sind, werden auf das Konto des Eigentümers in der lokalen (Dorf-, Amtsbezirks-, Stadt-, Fabrik- usw.) Zweigstelle der Volksbank überwiesen.

Jeder Sowjet der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten ist verpflichtet, eine Gruppe von Kontrolleuren, Revisoren und Instrukteuren zu bilden, deren Aufgabe es ist, die Bevölkerung bei der Organisierung der

Konsumgenossenschaften (Versorgungskomitees) zu unterstützen und ihre Rechnungsführung sowie gesamte Geschäftsführung zu überwachen.

Eine Instruktion über die Rechnungsführung und den Schriftverkehr der Versorgungskomitees wird gesondert herausgegeben.

Geschrieben 24.–27. Dezember 1917 (6.–9. Januar 1918).
Zuerst veröffentlicht am 22. Januar 1929 in den „Iswestija ZIK" Nr. 18.

Nach dem Manuskript.

BESCHLUSS DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE ANTWORT DER RADA AN DEN RAT DER VOLKSKOMMISSARE

Der Rat der Volkskommissare hält die Antwort der Rada für derart unbestimmt und ausweichend, daß sie an eine Verhöhnung grenzt. Die Hauptursache der Differenzen mit der Rada war der Umstand, auf den der Rat der Volkskommissare in seiner ersten Note an die Rada, in der die Friedensverhandlungen angeboten wurden, klar und deutlich hingewiesen hat.* Eben in dieser Note hieß es, daß die direkte oder indirekte Unterstützung der Kaledinleute durch die Rada für uns ein zwingender Grund zur Eröffnung von Kriegshandlungen gegen die Rada ist. Um Kaledin sammeln sich die von allen Ecken und Enden Rußlands zusammenströmenden konterrevolutionären Elemente der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie. Gegen Kaledin ist offensichtlich die Mehrheit der Bauern und der werktätigen Kosaken, sogar im Dongebiet. Die Anerkennung der Sowjetmacht durch die Mehrheit der Bevölkerung Rußlands und in erster Linie der werktätigen Massen aller Nationalitäten ist eine für alle offenbare Tatsache. In der Ukraine selbst nimmt die revolutionäre Bewegung der ukrainischen werktätigen Klassen für den völligen Übergang der Macht an die Sowjets immer größere Ausmaße an und verheißt den Sieg über die ukrainische Bourgeoisie in der nächsten Zukunft.

Die Tatsache, daß die Rada einer Antwort auf die Frage ausweicht, ob sie bereit ist, die direkte und indirekte Unterstützung der Kaledinleute einzustellen, sprengt die von uns begonnenen Friedensverhandlungen und erlegt der Rada die ganze Verantwortung für die Fortsetzung des Bürgerkriegs auf, den die bürgerlichen Klassen der verschiedenen Nationalitäten begonnen haben, eines Bürgerkriegs, der völlig aussichtslos ist, weil die

* Siehe den vorliegenden Band, S. 358–360. *Die Red.*

erdrückende Mehrheit der Arbeiter, der Bauern und der Armee entschieden für die sozialistische Sowjetrepublik eintritt.

Die nationalen Forderungen der Ukrainer aber, die Selbständigkeit ihrer Volksrepublik, ihr Recht, föderative Beziehungen zu verlangen, werden vom Rat der Volkskommissare vollauf anerkannt und geben zu keinerlei Streitigkeiten Anlaß.

Geschrieben am 30. Dezember 1917 (12. Januar 1918).

Veröffentlicht am 31. Dezember 1917 (13. Januar 1918) in der „Prawda" Nr. 227 und in den „Iswestija ZIK" Nr. 264.

Nach dem Manuskript.

REDE BEI DER VERABSCHIEDUNG DER ERSTEN MARSCHABTEILUNGEN DER SOZIALISTISCHEN ARMEE 1. (14.) JANUAR 1918 [95]

Kurzer Zeitungsbericht

Genossen! Ich begrüße in eurer Person das russische Proletariat, das entschlossen ist, den Kampf zu führen für den Triumph der russischen Revolution, für den Triumph ihrer großen Losungen nicht nur in unserem Lande, sondern auch unter den Völkern der ganzen Welt. Ich begrüße in eurer Person jene ersten heldenmütigen Freiwilligen der sozialistischen Armee, die eine mächtige revolutionäre Armee schaffen werden. Und diese Armee ist berufen, die Errungenschaften der Revolution, unsere Volksmacht, die Sowjets der Soldaten-, Arbeiter- und Bauerndeputierten, die ganze neue, wahrhaft demokratische Ordnung gegen alle Feinde des Volkes zu verteidigen, die heute alle Mittel in Bewegung setzen, um die Revolution zugrunde zu richten. Diese Feinde sind die Kapitalisten der ganzen Welt, die gegenwärtig einen Feldzug gegen die russische Revolution organisieren, die allen Werktätigen die Befreiung bringt. Wir müssen zeigen, daß wir eine Macht sind, die imstande ist, alle Hindernisse auf dem Wege der Weltrevolution zu überwinden. Mögen die Genossen, die in die Schützengräben gehen, die Schwachen stützen, die Schwankenden ermuntern und durch ihr persönliches Beispiel allen Ermüdeten neuen Mut geben. Schon erwachen die Völker, schon hören sie den flammenden Ruf unserer Revolution, und bald werden wir nicht mehr allein dastehen, werden sich in unsere Armee die proletarischen Kräfte der anderen Länder einreihen. (Die Worte des Genossen Lenin werden übertönt von Hochrufen und nicht enden wollendem Beifall... Unter den Klängen der „Internationale" begleiten die Freiwilligen der sozialistischen Armee Genossen Lenin zum Auto.)

„Prawda" Nr. 3 (Abendausgabe), 17. (4.) Januar 1918.

Nach dem Text der „Prawda".

GESPRÄCH ÜBER DIREKTE LEITUNG MIT DEM VORSITZENDEN DER SOWJETISCHEN FRIEDENSDELEGATION IN BREST-LITOWSK L. D. TROTZKI[96] 3. (16.) JANUAR 1918

1

Am Apparat Lenin. Ich habe soeben erst Ihren speziellen Brief erhalten. Stalin ist nicht da, und ich konnte ihm den Brief noch nicht zeigen. Ihr Plan erscheint mir diskutabel. Ließe sich seine endgültige Durchführung aber nicht etwas hinausschieben und die endgültige Entscheidung nach einer Sondersitzung des ZEK hier fällen? Sobald Stalin zurückkehrt, werde ich den Brief auch ihm zeigen.

Lenin

Ich möchte mich zunächst mit Stalin beraten, bevor ich Ihre Frage beantworte. Heute reist zu Ihnen eine Delegation des Charkower ukrainischen ZEK ab, die mir versicherte, daß die Kiewer Rada in den letzten Zügen liege.

Lenin

2

Soeben ist Stalin angekommen, ich werde die Sache mit ihm beraten, und wir werden Ihnen sofort eine gemeinsame Antwort geben.

Lenin

3

Teilen Sie Trotzki mit: wir bitten, eine Pause einzulegen und nach Petrograd zu kommen.

Lenin Stalin

Zuerst veröffentlicht 1929 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 5.

Nach dem Telegrammstreifen.

DEKLARATION DER RECHTE DES WERKTÄTIGEN UND AUSGEBEUTETEN VOLKES[97]

Die Konstituierende Versammlung beschließt:

I. 1. Rußland wird zur Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten erklärt. Die gesamte zentrale und lokale Staatsmacht gehört diesen Sowjets.

2. Die Sowjetrepublik Rußland wird auf der Grundlage eines freien Bundes freier Nationen als Föderation nationaler Sowjetrepubliken errichtet.

II. Die Konstituierende Versammlung, die ihre Hauptaufgabe in der Abschaffung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sieht, in der völligen Aufhebung der Scheidung der Gesellschaft in Klassen, in der schonungslosen Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter, in der Schaffung einer sozialistisch organisierten Gesellschaft und im Sieg des Sozialismus in allen Ländern, beschließt ferner:

1. Das Privateigentum am Grund und Boden wird aufgehoben. Der gesamte Grund und Boden mit allen Baulichkeiten, allem Inventar und allem sonstigen Zubehör der landwirtschaftlichen Produktion wird zum Eigentum des gesamten werktätigen Volkes erklärt.

2. Zur Sicherung der Herrschaft des werktätigen Volkes über die Ausbeuter und als erster Schritt zum völligen Übergang der Fabriken, Werke, Bergwerke, Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Verkehrsmittel in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates wird das Sowjetgesetz über die Arbeiterkontrolle und über den Obersten Volkswirtschaftsrat bestätigt.

3. Der Übergang aller Banken in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates wird als eine der Vorbedingungen für die Befreiung der werktätigen Massen vom Joch des Kapitals bestätigt.

(1

Декларация прав трудящегося и эксплуатируемого народа

Учред. Собрание постановляет:

I 1. Россия объявляется республикой Советов рабочих, солдатских и крестьянских депутатов. Вся власть в центре и на местах принадлежит этим Советам.

2. Советская российская республика учреждается на основании свободного союза свободных наций

Основная задача

I. Смысл своей основной задачи учредительное Собрание видит в том, чтобы установить организацию общества, при которой полнейшее осуществление стремлений эксплуатируемых масс, лишенных возможности бороться за свои права, организующих свободный союз свободных наций

II. Социалистическая организация общества в России состоит в том, что земля, как собственность частных лиц, отменяется и признается общенародным достоянием, переходит в руки трудящихся земледельцев без всякого выкупа, организуется пользование землей трудящихся крестьян

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes"
Januar 1918
Verkleinert

4. Um die parasitären Schichten der Gesellschaft zu beseitigen, wird die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt.

5. Um den werktätigen Massen die unumschränkte Macht zu sichern und jede Möglichkeit einer Wiederherstellung der Macht der Ausbeuter auszuschließen, wird die Bewaffnung der Werktätigen, die Bildung einer sozialistischen Roten Armee der Arbeiter und Bauern und die völlige Entwaffnung der besitzenden Klassen dekretiert.

III. 1. Die Konstituierende Versammlung bekundet ihre unerschütterliche Entschlossenheit, die Menschheit den Klauen des Finanzkapitals und des Imperialismus zu entreißen, die in diesem verbrecherischsten aller Kriege die Erde mit Strömen von Blut getränkt haben, und billigt vollauf die von der Sowjetmacht durchgeführte Politik der Zerreißung der Geheimverträge, der Organisierung der breitesten Verbrüderung mit den Arbeitern und Bauern der gegenwärtig gegeneinander Krieg führenden Armeen sowie ihre Bemühungen, um jeden Preis, mit revolutionären Maßnahmen, einen demokratischen Frieden zwischen den Völkern herzustellen, einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung der Nationen.

2. Zum gleichen Zweck besteht die Konstituierende Versammlung auf dem völligen Bruch mit der barbarischen Politik der bürgerlichen Zivilisation, die den Wohlstand der Ausbeuter in einigen wenigen auserwählten Nationen auf der Versklavung der Hunderte Millionen Werktätigen in Asien, in den Kolonien überhaupt und in den kleinen Ländern begründete.

Die Konstituierende Versammlung begrüßt die Politik des Rats der Volkskommissare, der die volle Unabhängigkeit Finnlands[98] proklamiert, mit der Zurückziehung der Truppen aus Persien[99] begonnen und die Freiheit der Selbstbestimmung Armeniens[100] verkündet hat.

3. Die Konstituierende Versammlung sieht in dem Sowjetgesetz über die Annullierung (Nichtigkeitserklärung) der Anleihen, die von den Regierungen des Zaren, der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie aufgenommen wurden, den ersten Schlag gegen das internationale Bank- und Finanzkapital und gibt ihrer Zuversicht Ausdruck, daß die Sowjetmacht auf diesem Wege entschlossen fortschreiten wird bis zum vollen Sieg des internationalen Arbeiteraufstands gegen das Joch des Kapitals.

IV. In Anbetracht der Tatsache, daß die Konstituierende Versammlung auf

Grund von Kandidatenlisten gewählt worden ist, die von den Parteien vor der Oktoberrevolution aufgestellt wurden, als das Volk noch nicht imstande war, sich in seiner ganzen Masse gegen die Ausbeuter zu erheben, als es die ganze Stärke des Widerstands der Ausbeuter bei der Verteidigung ihrer Klassenprivilegien nicht kannte und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft praktisch noch nicht in Angriff genommen hatte – in Anbetracht dieser Tatsache würde es die Konstituierende Versammlung, selbst vom formalen Standpunkt aus, für grundfalsch halten, sich der Sowjetmacht entgegenzustellen.

In der Sache selbst ist die Konstituierende Versammlung der Auffassung, daß jetzt, im Augenblick des letzten Kampfes des Volkes gegen seine Ausbeuter, die Ausbeuter in keinem einzigen Organ der Staatsmacht zugelassen werden können. Die Macht muß gänzlich und ausschließlich den werktätigen Massen und ihrer bevollmächtigten Vertretung – den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten – gehören.

Die Konstituierende Versammlung unterstützt die Sowjetmacht und die Dekrete des Rats der Volkskommissare und ist der Auffassung, daß ihre Aufgaben mit der Festlegung der grundlegenden Richtlinien für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft erschöpft sind.

Bestrebt, ein wirklich freies und freiwilliges und folglich um so engeres und festeres Bündnis der werktätigen Klassen aller Nationen Rußlands herzustellen, beschränkt die Konstituierende Versammlung zugleich ihre Aufgabe auf die Festlegung der Hauptgrundsätze der Föderation der Sowjetrepubliken Rußlands und überläßt es den Arbeitern und Bauern jeder Nation, selbständig auf ihrem eigenen bevollmächtigten Sowjetkongreß zu beschließen, ob und auf welcher Grundlage sie sich an der föderativen Regierung und an den übrigen föderativen Sowjetinstitutionen beteiligen wollen.

Geschrieben im Januar 1918,
nicht später als am 3. (16.).
Veröffentlicht am 17. (4.) Januar 1918
in der „Prawda" Nr. 2
und in den „Iswestija ZIK" Nr. 2.

Nach dem Manuskript.

AN DEN DEMOBILISIERUNGSKONGRESS DER ARMEE

Werte Genossen!

Gen. Podwoiski hat mir Ihre Einladung übermittelt, doch bitte ich, mich zu entschuldigen und es mir nicht übelzunehmen, daß ich mich auf einen Brief an Sie beschränken muß. Ich begrüße von Herzen Ihre Zuversicht, daß *Sie die große Aufgabe, eine sozialistische Armee zu schaffen,* bei allen gegenwärtigen Schwierigkeiten und ungeachtet dieser Schwierigkeiten *erfolgreich lösen werden.* Wir durchleben vielleicht eine der kritischsten Perioden der Revolution, der Sowjetmacht droht der äußere Feind, die Imperialisten Deutschlands und anderer Länder, wie der Feind im Innern, die Konterrevolution, die sich gleichfalls hinter der Losung „Alle Macht der Konstituierenden Versammlung" verschanzt.

Wir werden auch diese Krise überwinden. Daran kann es keinen Zweifel geben! Die Macht, die die Sowjets erobert haben, werden sie behaupten. Die sozialistische Revolution hat begonnen. Sie wird ihren Siegeszug in Rußland wie in der ganzen Welt fortsetzen.

Mit den besten Wünschen für Erfolg und frischen Mut in der Arbeit

Ihr *Lenin*

(Der Brief wird mit lautem, anhaltendem Beifall aufgenommen.)

Geschrieben am 3. (16.) Januar 1918.
Veröffentlicht am 6. (19.) Januar 1918 in der Zeitung „Armija i Flot Rabotschej i Krestjanskoi Rossii" Nr. 4.

Nach dem Text der Zeitung.

BESCHLUSS DES GESAMTRUSSISCHEN ZENTRALEXEKUTIVKOMITEES 3. (16.) JANUAR 1918

Auf Grund aller Errungenschaften der Oktoberrevolution und im Einklang mit der in der Sitzung des Zentralexekutivkomitees vom 3. Januar d. J. angenommenen Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes gehört die ganze Macht in der Republik Rußland den Sowjets und den Sowjetinstitutionen. Deshalb wird jeder Versuch, sich diese oder jene Funktionen der Staatsmacht anzueignen, von wem immer, von welcher Institution immer er ausgehen mag, als konterrevolutionäre Handlung betrachtet werden. Jeder derartige Versuch wird mit allen der Sowjetmacht zu Gebote stehenden Mitteln, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, unterdrückt werden.

„Prawda" Nr. 2, 17. (4.) Januar 1918 und „Iswestija ZIK" Nr. 2 4. Januar 1918.

Nach dem Text der „Prawda".

DEKLARATION DER FRAKTION DER SDAPR (BOLSCHEWIKI), VERLESEN IN DER SITZUNG DER KONSTITUIERENDEN VERSAMMLUNG AM 5. (18.) JANUAR 1918

Die gewaltige Mehrheit des werktätigen Rußlands, die Arbeiter, Bauern und Soldaten, haben der Konstituierenden Versammlung die Forderung gestellt, die Errungenschaften der Großen Oktoberrevolution, die Dekrete der Sowjetmacht über den Grund und Boden, über den Frieden, über die Arbeiterkontrolle und vor allem die Macht der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten anzuerkennen. Das Gesamtrussische ZEK, das den Willen dieser gewaltigen Mehrheit der werktätigen Klassen Rußlands ausführt, hat die Konstituierende Versammlung aufgefordert, diesen Willen als für sich bindend anzuerkennen. Die Mehrheit der Konstituierenden Versammlung hat jedoch in Übereinstimmung mit den Wünschen der Bourgeoisie diese Aufforderung zurückgewiesen und damit dem gesamten werktätigen Rußland den Kampf angesagt.

In der Konstituierenden Versammlung hat die Partei der rechten Sozialrevolutionäre, die Partei Kerenskis, Awksentjews, Tschernows, die Mehrheit erhalten. Diese Partei, die sich als sozialistisch und revolutionär bezeichnet, leitet den Kampf der bürgerlichen Elemente gegen die Arbeiter- und Bauernrevolution und ist in Wirklichkeit eine bürgerliche und konterrevolutionäre Partei.

Die Konstituierende Versammlung in ihrer jetzigen Zusammensetzung ist das Resultat des Kräfteverhältnisses, das sich vor der Großen Oktoberrevolution herausgebildet hatte. Die jetzige konterrevolutionäre Mehrheit der Konstituierenden Versammlung, die auf Grund veralteter Kandidatenlisten gewählt worden ist, verkörpert das Gestern der Revolution und versucht, sich der Arbeiter- und Bauernbewegung in den Weg zu stellen.

Die Debatten im Laufe des ganzen Tages haben klar gezeigt, daß die Partei der rechten Sozialrevolutionäre, genauso wie unter Kerenski, das Volk mit Versprechungen füttert, ihm all und jedes verspricht, in Wirklichkeit aber beschlossen hat, den Kampf zu führen gegen die Macht der Arbeiter-, Bauern- und Soldatensowjets, gegen die sozialistischen Maßnahmen, gegen den entschädigungslosen Übergang des Bodens und des gesamten Inventars an die Bauern, gegen die Nationalisierung der Banken, gegen die Annullierung der Staatsschulden.

Da wir keinen Augenblick die Verbrechen der Feinde des Volkes decken wollen, erklären wir, daß wir die Konstituierende Versammlung verlassen, wobei wir es der Sowjetmacht anheimstellen, endgültig über die Stellung zum konterrevolutionären Teil der Konstituierenden Versammlung zu entscheiden.

„Prawda" Nr. 5 (Abendausgabe), 19. (6.) Januar 1918.

Nach dem Text der „Prawda".

LEUTE AUS JENER WELT

„Freunde, ich habe einen Tag verloren." So lautet ein alter lateinischer Ausspruch. Er kommt einem unwillkürlich in den Sinn, wenn man an den verlorenen Tag vom 5. Januar denkt.

Nach der lebendigen, wirklichen Arbeit, der Arbeit in den Sowjets, unter den Arbeitern und Bauern, die mit *ernster Arbeit*, mit dem Abholzen des Waldes und dem Roden der Baumstümpfe der gutsherrlichen und kapitalistischen Ausbeutung beschäftigt sind, mußte man sich plötzlich in eine „fremde Welt" versetzen, zu irgendwelchen Gestalten jener Welt, aus dem Lager der Bourgeoisie und ihrer freiwilligen und unfreiwilligen, bewußten und unbewußten Verteidiger, Kostgänger, Lakaien und Beschützer. Aus der Welt des Kampfes der werktätigen Massen und ihrer Sowjetorganisation gegen die Ausbeuter – in die Welt der süßlichen Phrasen, der gedrechselten, hohlen Deklamationen, der endlosen Versprechungen, die sich nach wie vor auf das Paktieren mit den Kapitalisten gründen.

Als hätte die Geschichte versehentlich oder irrtümlich die Zeiger zurückgedreht und wir wären für einen Tag nicht im Januar 1918, sondern im Mai oder Juni 1917!

Entsetzlich! Aus der Mitte lebendiger Menschen in eine Gesellschaft von Leichen zu geraten, Leichengruch zu atmen, die Mumien des „sozialen" Geschwätzes à la Louis Blanc, Tschernow und Zereteli wieder zu hören – das ist etwas Unerträgliches!

Recht hatte Gen. Skworzow, der in zwei, drei kurzen, präzisen, einfachen, ruhigen und zugleich erbarmungslos scharfen Sätzen den rechten Sozialrevolutionären erklärte: „Zwischen uns ist alles aus. Wir führen

die Oktoberrevolution gegen die Bourgeoisie zu Ende. Wir stehen auf verschiedenen Seiten der Barrikade."

Und als Antwort darauf – Ströme aalglatter Phrasen Tschernows und Zeretelis, die nur (nur!) eine Frage, die Frage der Sowjetmacht, die Frage der Oktoberrevolution, sorgsam umgehen. „Keinen Bürgerkrieg, keine Sabotage!" beschwört Tschernow, im Namen der rechten Sozialrevolutionäre, die Revolution. Und die rechten Sozialrevolutionäre, die – wie Leichname im Sarge – ein halbes Jahr lang, vom Juni 1917 bis zum Januar 1918, geschlafen haben, erheben sich von den Plätzen und klatschen Beifall, verbissen und hartnäckig. In der Tat, es ist ja so leicht und so angenehm, die Fragen der Revolution durch Beschwörungen zu entscheiden. „Keinen Bürgerkrieg, keine Sabotage, alle sollen die Konstituierende Versammlung anerkennen." Wodurch unterscheidet sich das im Grunde genommen von der Beschwörungsformel: Arbeiter und Kapitalisten, versöhnt euch? Durch gar nichts. Die Kaledin und Rjabuschinski, zusammen mit ihren imperialistischen Freunden in allen Ländern, werden weder wegen der Beschwörungen des süßlichen Schönredners Tschernow noch wegen der langweiligen Belehrungen Zeretelis, die nach einem unverstandenen, nicht durchdachten, überspannten Büchlein schmecken, verschwinden oder ihre Politik ändern.

Entweder muß man die Kaledin und Rjabuschinski besiegen, oder man muß die Revolution aufgeben. Entweder Sieg über die Ausbeuter im Bürgerkrieg oder Untergang der Revolution. Darum ging es in *allen* Revolutionen, in der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts, in der französischen des 18. Jahrhunderts, in der deutschen des 19. Jahrhunderts. Ist es denn denkbar, daß es in der russischen Revolution des 20. Jahrhunderts *nicht* darum ginge? Können denn die Wölfe zu Lämmern werden?

Nicht die Spur eines Gedankens findet sich bei Zereteli und Tschernow, nicht im geringsten sind sie gewillt, die Tatsache des Klassenkampfes anzuerkennen, der sich nicht zufällig, nicht auf einmal, nicht infolge einer Laune oder des bösen Willens von irgend jemand, sondern unvermeidlich, in dem langen Prozeß der revolutionären Entwicklung, in den Bürgerkrieg verwandelt hat.

Ein schwerer, langweiliger, verdrießlicher Tag in den eleganten Räumen des Taurischen Palastes, der sich auch äußerlich vom Smolny etwa so

unterscheidet wie der elegante, aber tote bürgerliche Parlamentarismus von dem proletarischen, einfachen, in vieler Hinsicht noch ungeregelten und unfertigen, aber lebendigen und lebensfähigen Sowjetapparat. Dort, in der alten Welt des bürgerlichen Parlamentarismus, haben die Führer der feindlichen Klassen und der feindlichen Gruppen der Bourgeoisie *Rededuelle* ausgefochten. Hier, in der neuen Welt des proletarisch-bäuerlichen sozialistischen Staates, leisten die unterdrückten Klassen etwas grob, ungeschickt . . .*

Geschrieben am 6. (19.) Januar 1918.
Zuerst veröffentlicht am 21. Januar 1926 in der „Prawda" Nr. 17.

Nach dem Manuskript.

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

ENTWURF EINES DEKRETS ÜBER DIE AUFLÖSUNG DER KONSTITUIERENDEN VERSAMMLUNG[101]

Die russische Revolution hat von ihrem Anbeginn an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten hervorgebracht als Massenorganisation aller werktätigen und ausgebeuteten Klassen, als die Organisation, die allein imstande ist, den Kampf dieser Klassen für ihre völlige politische und wirtschaftliche Befreiung zu leiten.

Im Laufe der ganzen ersten Periode der russischen Revolution mehrten sich die Sowjets, sie wuchsen und erstarkten, sie überwanden auf Grund der eigenen Erfahrungen die Illusionen des Paktierens mit der Bourgeoisie, sie erkannten, daß die Formen des bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus trügerisch sind, und zogen praktisch die Schlußfolgerung, daß die Befreiung der unterdrückten Klassen unmöglich ist ohne den Bruch mit diesen Formen und mit jedwedem Paktieren. Ein solcher Bruch war die Oktoberrevolution, die die ganze Macht in die Hände der Sowjets legte.

Die Konstituierende Versammlung, gewählt auf Grund von Kandidatenlisten, die vor der Oktoberrevolution aufgestellt worden waren, brachte das alte politische Kräfteverhältnis zum Ausdruck, aus einer Zeit, als die Paktierer und die Kadetten an der Macht waren. Das Volk konnte damals, als es für die Kandidaten der Partei der Sozialrevolutionäre stimmte, nicht zwischen den rechten Sozialrevolutionären, den Anhängern der Bourgeoisie, und den linken Sozialrevolutionären, den Anhängern des Sozialismus, seine Wahl treffen. So kam es, daß sich diese Konstituierende Versammlung, die die Krönung der bürgerlichen parlamentarischen Republik sein sollte, der Oktoberrevolution und der Sowjetmacht unvermeidlich in den Weg stellen mußte.

Die Oktoberrevolution rief, indem sie den Sowjets und durch die Sowjets den werktätigen und ausgebeuteten Klassen die Macht gab, den verzweifelten Widerstand der Ausbeuter hervor und offenbarte sich bei der Unterdrückung dieses Widerstands vollauf als Beginn der sozialistischen Revolution. Die werktätigen Klassen mußten sich auf Grund der eigenen Erfahrung davon überzeugen, daß sich der alte bürgerliche Parlamentarismus überlebt hat, daß er mit den Aufgaben der Verwirklichung des Sozialismus absolut unvereinbar ist, daß nicht gesamtnationale, sondern nur Klasseninstitutionen (wie es die Sowjets sind) imstande sind, den Widerstand der besitzenden Klassen zu brechen und das Fundament der sozialistischen Gesellschaft zu legen. Jeder Verzicht auf die uneingeschränkte Macht der Sowjets, auf die vom Volke eroberte Sowjetrepublik zugunsten des bürgerlichen Parlamentarismus und der Konstituierenden Versammlung wäre jetzt ein Schritt rückwärts, würde den Zusammenbruch der ganzen Oktoberrevolution der Arbeiter und Bauern bedeuten.

Die am 5. Januar zusammengetretene Konstituierende Versammlung brachte aus den oben dargelegten Gründen der Partei der rechten Sozialrevolutionäre, der Partei Kerenskis, Awksentjews und Tschernows, die Mehrheit. Natürlich hat diese Partei es abgelehnt, den absolut präzisen, klaren, jede Mißdeutung ausschließenden Antrag des obersten Organs der Sowjetmacht, des ZEK der Sowjets, zur Beratung zu stellen, das Programm der Sowjetmacht, die „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes", die Oktoberrevolution und die Sowjetmacht anzuerkennen. Damit hat die Konstituierende Versammlung alle Bande zwischen sich und der Sowjetrepublik Rußland zerrissen. Es war unvermeidlich, daß die Fraktionen der Bolschewiki und der linken Sozialrevolutionäre, die jetzt offenkundig die erdrückende Mehrheit in den Sowjets bilden und das Vertrauen der Arbeiter und der Mehrheit der Bauern genießen, diese Konstituierende Versammlung verließen.

In der Tat führen die Parteien der rechten Sozialrevolutionäre und Menschewiki außerhalb der Konstituierenden Versammlung den erbittertsten Kampf gegen die Sowjetmacht, rufen in ihrer Presse offen zum Sturz der Sowjetmacht auf, bezeichnen die zur Befreiung von der Ausbeutung notwendige gewaltsame Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter durch die werktätigen Klassen als Willkür und Ungesetzlich-

keit, nehmen die im Dienste des Kapitals stehenden Saboteure in Schutz und gehen so weit, daß sie unverhüllt zum Terror aufrufen, mit dessen Anwendung „unbekannte Gruppen" bereits begonnen haben. Es ist klar, daß der übriggebliebene Teil der Konstituierenden Versammlung infolgedessen nur als Kulisse dienen könnte, hinter der der Kampf der Konterrevolutionäre für den Sturz der Sowjetmacht vor sich gehen würde.

Deshalb beschließt das Zentralexekutivkomitee:

Die Konstituierende Versammlung wird aufgelöst.

Geschrieben am 6. (19.) Januar 1918.
Veröffentlicht am 7. (20.) Januar 1918 in der „Prawda" Nr. 5 und in den „Iswestija ZIK" Nr. 5.

Nach dem Manuskript.

REDE ÜBER DIE AUFLÖSUNG DER KONSTITUIERENDEN VERSAMMLUNG IN DER SITZUNG DES GESAMTRUSSISCHEN ZENTRALEXEKUTIVKOMITEES 6. (19.) JANUAR 1918

Genossen! Der Zusammenstoß zwischen der Sowjetmacht und der Konstituierenden Versammlung ist durch die ganze Geschichte der russischen Revolution vorbereitet worden, die vor die gewaltige Aufgabe gestellt wurde, die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zu vollziehen. Nach den Ereignissen des Jahres 1905 bestand kein Zweifel darüber, daß der Zarismus seine letzten Tage fristete, und nur dank der Rückständigkeit und der Unwissenheit des Dorfes gelang es ihm, dem Abgrund zu entgehen. Begleiterscheinung der Revolution von 1917 war, daß einerseits die bürgerliche imperialistische Partei sich kraft der Ereignisse in eine republikanische Partei verwandelte, während anderseits demokratische Organisationen – die Sowjets – entstanden, die schon im Jahre 1905 geschaffen worden waren, denn schon damals hatten die Sozialisten begriffen, daß durch die Organisation dieser Sowjets etwas Großes, Neues und in der Geschichte der Weltrevolution noch nie Dagewesenes geschaffen wird. Die Sowjets, die das Volk ganz selbständig zu schaffen vermochte, sie sind eine Form des Demokratismus, die in keinem einzigen Lande ihresgleichen hat.

Die Revolution hat zwei Kräfte hervorgebracht: die Vereinigung der Massen zum Sturz des Zarismus und die Organisationen des werktätigen Volkes. Wenn ich das Geschrei der Gegner der Oktoberrevolution über die Undurchführbarkeit und den utopischen Charakter der Ideen des Sozialismus höre, so stelle ich ihnen gewöhnlich die einfache und klare Frage: Was sind die Sowjets für eine Erscheinung? Was ist die Ursache der Entstehung dieser in der Geschichte der Entwicklung der Weltrevolution noch nie dagewesenen Volksorganisationen? Und auf diese Frage

habe ich von niemandem eine bestimmte Antwort bekommen, konnte sie nicht bekommen. Starr an der bürgerlichen Ordnung festhaltend, ziehen sie gegen diese mächtigen Organisationen zu Felde, deren Entstehung noch in keiner einzigen Revolution der Welt wahrgenommen worden ist. Wer gegen die Gutsbesitzer kämpft, der geht in die Sowjets der Bauerndeputierten. Die Sowjets erfassen alle, die nicht untätig bleiben wollen und den Weg der schöpferischen Arbeit einschlagen. Sie haben das ganze Land mit einem Netz bedeckt, und je dichter dieses Netz von Volkssowjets sein wird, desto geringer wird die Möglichkeit der Ausbeutung des werktätigen Volkes sein, denn das Bestehen der Sowjets ist unvereinbar mit dem Gedeihen der bürgerlichen Ordnung; das ist die Quelle aller dieser Widersprüche bei den Repräsentanten der Bourgeoisie, die ihren Kampf gegen unsere Sowjets ausschließlich für ihre eignen Interessen führen.

Der Übergang vom Kapitalismus zur sozialistischen Ordnung ist von einem langwierigen und hartnäckigen Kampf begleitet. Die russische Revolution mußte, nachdem sie den Zarismus gestürzt hatte, unentwegt weiterschreiten, durfte sich nicht auf den Sieg der bürgerlichen Revolution beschränken, denn der Krieg und die durch ihn verursachten unerhörten Leiden der erschöpften Völker haben den Boden für das Aufflammen der sozialen Revolution bereitet. Deshalb ist nichts lächerlicher, als wenn man sagt, die Weiterentwicklung der Revolution, die wachsende Empörung der Massen sei durch irgendeine einzelne Partei, durch eine einzelne Person oder, wie sie schreien, durch den Willen eines „Diktators" hervorgerufen worden. Die Flamme der Revolution loderte auf ausschließlich infolge der unglaublichen Leiden Rußlands und all der Verhältnisse, die der Krieg mit sich brachte, der das werktätige Volk in aller Schärfe, unerbittlich vor die Frage stellte: entweder ein kühner, entschlossener, furchtloser Schritt oder Untergang, Untergang durch den Hungertod.

Und das revolutionäre Feuer kam darin zum Ausdruck, daß die Sowjets – diese Stütze der Revolution des werktätigen Volkes – geschaffen wurden. Das russische Volk tat einen Riesensprung, den Sprung vom Zarismus zu den Sowjets. Das ist eine unwiderlegbare, noch nie und nirgends dagewesene Tatsache. Und während die bürgerlichen Parlamente aller Länder und Staaten, in den Schranken des Kapitalismus und des Eigentums befangen, die revolutionäre Bewegung niemals und nir-

gends irgendwie unterstützt haben, diktieren die Sowjets, die die Flamme der Revolution entfachen, dem Volke gebieterisch: Kämpfe, nimm alles in deine Hände und organisiere dich. Kein Zweifel, im Entwicklungsprozeß der Revolution, der durch die Kraft der Sowjets ausgelöst worden ist, werden alle möglichen Fehler und Mißgriffe vorkommen – aber es ist für niemanden ein Geheimnis, daß jede revolutionäre Bewegung stets unvermeidlich von vorübergehenden Erscheinungen des Chaos, der Zerrüttung und Unordnung begleitet ist. Die bürgerliche Gesellschaft bedeutet gerade Krieg, bedeutet Gemetzel, und diese Tatsache hat den Konflikt zwischen der Konstituierenden Versammlung und den Sowjets hervorgerufen und verschärft, und alle, die uns darauf hinweisen, daß wir die Konstituierende Versammlung einst verteidigt haben, jetzt aber „auseinanderjagen" – bei ihnen allen findet sich keine Spur von einem Gedanken, sie reden nur schwülstige hohle Phrasen. Denn einst war die Konstituierende Versammlung, im Vergleich zum Zarismus und zur Kerenskirepublik, für uns besser als deren berüchtigte Machtorgane, aber in dem Maße, wie die Sowjets entstanden, wurden sie natürlich als revolutionäre Organisationen des ganzen Volkes zu etwas unvergleichlich Höherem als alle Parlamente der ganzen Welt – und das habe ich bereits im April hervorgehoben. Die Sowjets, die mit dem bürgerlichen und gutsherrlichen Eigentum ein für allemal aufräumen und die endgültige Umwälzung vorantreiben, die alle Spuren der bürgerlichen Ordnung hinwegfegt, haben uns auf den Weg geführt, auf dem das Volk an den Aufbau seines Lebens gegangen ist. Wir haben diese große Aufbauarbeit bereits begonnen und haben sehr gut daran getan, daß wir sie begonnen haben. Es besteht kein Zweifel, daß man die sozialistische Revolution dem Volke nicht sofort, in sauberer, glatter, einwandfreier Form präsentieren kann, daß sie nicht ohne Bürgerkrieg, Sabotage und Widerstand vor sich gehen kann. Und diejenigen, die Ihnen das Gegenteil beweisen wollen, sind entweder Lügner oder Menschen im Futteral. (Stürmischer Beifall.) Die Ereignisse vom 20. April, als das Volk selbständig, allein, ohne irgendwelche Anweisungen von „Diktatoren" oder Parteien, gegen die Paktiererregierung auftrat – das hat bereits damals die ganze Schwäche und Unsicherheit der Grundfesten der Bourgeoisie gezeigt. Die Massen haben ihre Stärke empfunden, und ihretwegen begann jenes berühmte Minister-Karussell zur Irreführung des Volkes, das jedoch sehr bald die Sache

durchschaute, besonders nachdem Kerenski, die räuberischen Geheimverträge mit den Imperialisten in beiden Taschen, die Truppen in die Offensive trieb. Das betrogene Volk durchschaute nach und nach das ganze Treiben der Paktierer, seine Geduld ging zu Ende, und das Resultat all dessen war die Oktoberrevolution. Das Volk lernte aus seinen Erfahrungen, aus den Peinigungen, Hinrichtungen und Massenerschießungen, und vergebens versichern seine Henker, daß am Aufstand der Werktätigen die Bolschewiki oder irgendwelche „Diktatoren" schuld seien. Das beweist die Spaltung innerhalb der Volksmassen, auf den Kongressen, Versammlungen, Konferenzen usw. Das Volk hat auch heute nicht aufgehört, sich die Lehren der Oktoberrevolution anzueignen. Diese Revolution hat praktisch gezeigt, wie das Volk darangehen muß, den Boden und die Naturschätze, die Verkehrs- und Produktionsmittel in seine Hände, in die Hände des Arbeiter- und Bauernstaates zu nehmen. Alle Macht den Sowjets – sagten wir, und dafür kämpfen wir. Das Volk wollte die Einberufung der Konstituierenden Versammlung, und wir haben sie einberufen. Es merkte aber sofort, was diese vielberühmte Konstituierende Versammlung eigentlich vorstellt. Und jetzt haben wir den Willen des Volkes ausgeführt, den Willen, der da lautet: Alle Macht den Sowjets! Die Saboteure aber werden wir niederzwingen. Als ich aus dem von Leben überquellenden Smolny in den Taurischen Palast geriet, da war mir zumute, als ob ich mich unter Leichen und leblosen Mumien befände. Im Kampf gegen den Sozialismus griffen sie zu allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, zu Gewalt und Sabotage, und verwandelten auch das, worauf die Menschheit so stolz ist, das Wissen, in ein Werkzeug zur Ausbeutung des werktätigen Volkes; und wenn sie auch dadurch die Bewegung zur sozialistischen Revolution ein wenig hemmen konnten, so ist es ihnen doch nicht gelungen, wird es ihnen niemals gelingen, sie zum Scheitern zu bringen. Denn zu gewaltig ist die Macht der Sowjets, die darangegangen sind, die alten, überlebten Grundfesten der bürgerlichen Ordnung zu zertrümmern, nicht auf Herrenart, sondern auf proletarische, auf Bauernart.

Die Übergabe der ganzen Macht an die Konstituierende Versammlung bedeutet das gleiche Paktieren mit der nichtswürdigen Bourgeoisie. Die russischen Sowjets stellen die Interessen der werktätigen Massen weit über die Interessen des verräterischen Paktierens, das in ein neues Ge-

wand gehüllt ist. Aus den Reden Tschernows und Zeretelis, dieser Politiker, die sich überlebt haben und immer noch den alten Singsang von der Einstellung des Bürgerkriegs herunterleiern, weht der Geist des Alten, Modrigen, Verschimmelten. Aber solange Kaledin da ist und mit der Losung „Alle Macht der Konstituierenden Versammlung!" die Losung „Nieder mit der Sowjetmacht!" verhüllt wird, werden wir dem Bürgerkrieg nicht entgehen, denn um nichts in der Welt werden wir die Sowjetmacht hergeben! (Stürmischer Beifall.) Und als die Konstituierende Versammlung sich erneut anschickte, alle akuten, alle herangereiften Fragen und Aufgaben, die ihr die Sowjets vorgelegt haben, aufzuschieben, da antworteten wir, daß es keine einzige Minute Aufschub geben kann. Und durch den Willen der Sowjetmacht wird die Konstituierende Versammlung, die die Macht des Volkes nicht anerkannt hat, aufgelöst. Den Rjabuschinskis ist ein Strich durch die Rechnung gemacht worden, und ihr Widerstand wird nur zur Verschärfung, zu einem neuen Aufflammen des Bürgerkriegs führen.

Die Konstituierende Versammlung wird aufgelöst, die revolutionäre Sowjetrepublik aber wird triumphieren, koste es, was es wolle. (Stürmischer Beifall, der in eine nicht enden wollende Ovation übergeht.)

„Prawda" Nr. 6,
22. (9.) Januar 1918.

Nach dem Text der „Prawda".

ZUR GESCHICHTE DER FRAGE EINES UNGLÜCKSELIGEN FRIEDENS

Man könnte sagen, daß jetzt wirklich nicht die Zeit ist, sich mit Geschichte zu beschäftigen. Ist kein untrennbarer, unmittelbarer praktischer Zusammenhang zwischen Vergangenheit und Gegenwart in einer bestimmten Frage vorhanden, so ist in der Tat eine solche Behauptung zulässig. Aber die Frage eines unglückseligen Friedens, eines entsetzlich schweren Friedens, ist eine so brennende Frage, daß man sich mit ihrer Klärung beschäftigen muß. Deshalb veröffentliche ich die Thesen zu dieser Frage, die ich am 8. Januar 1918 in einer Versammlung von ungefähr 60 der namhaftesten Petrograder Funktionäre unserer Partei verlesen habe.

Nachstehend diese Thesen:

7. I. 1918

THESEN ÜBER DEN SOFORTIGEN ABSCHLUSS EINES ANNEXIONISTISCHEN SEPARATFRIEDENS[102]

1. Die Lage der russischen Revolution im gegenwärtigen Augenblick ist derart, daß fast alle Arbeiter und die gewaltige Mehrheit der Bauern zweifellos auf der Seite der Sowjetmacht und der von ihr begonnenen sozialistischen Revolution stehen. Insofern ist der Erfolg der sozialistischen Revolution in Rußland gesichert.

2. Gleichzeitig hat der Bürgerkrieg, der durch den wütenden Widerstand der besitzenden Klassen hervorgerufen wurde, die sehr gut begriffen haben, daß sie vor dem letzten Gefecht um die Erhaltung des Privateigen-

tums am Grund und Boden und an den Produktionsmitteln stehen, seinen Höhepunkt noch nicht erreicht. Der Sieg der Sowjetmacht in diesem Kriege ist sicher, aber bis der Widerstand der Bourgeoisie gebrochen ist, wird zwangsläufig noch eine gewisse Zeit vergehen, wird es einer großen Anspannung der Kräfte bedürfen, wird eine gewisse Periode weitgehender Zerrüttung und des Chaos unvermeidlich sein, die die Folge eines jeden Krieges, besonders eines Bürgerkriegs sind.

3. Außerdem hat sich dieser Widerstand in seinen weniger aktiven und nichtmilitärischen Formen: Sabotage, Bestechung der Lumpenproletarier, Bestechung der Agenten der Bourgeoisie, die sich in die Reihen der Sozialisten einschleichen, um deren Sache zugrunde zu richten, usw. usf., als so hartnäckig erwiesen, als fähig erwiesen, so verschiedenartige Formen anzunehmen, daß der Kampf gegen diesen Widerstand sich unvermeidlich noch eine Zeitlang hinziehen und in seinen Hauptformen kaum früher als in einigen Monaten beendet sein wird. Aber ohne einen entscheidenden Sieg über diesen passiven und versteckten Widerstand der Bourgeoisie und ihrer Anhänger ist ein Erfolg der sozialistischen Revolution unmöglich.

4. Schließlich sind die organisatorischen Aufgaben der sozialistischen Umgestaltung in Rußland so gewaltig und so schwierig, daß zu ihrer Lösung – bei der Unmenge von kleinbürgerlichen Weggefährten des sozialistischen Proletariats und bei seinem niedrigen Kulturniveau – ebenfalls eine recht beträchtliche Zeit notwendig ist.

5. Aus allen diesen Umständen zusammengenommen ergibt sich ganz klar, daß für den Erfolg des Sozialismus in Rußland eine gewisse Zeitspanne, mindestens einige Monate, notwendig ist, in der die sozialistische Regierung völlig freie Hand haben muß für den Sieg über die Bourgeoisie zunächst im eigenen Lande und für die Inangriffnahme einer breit angelegten und gründlichen organisatorischen Arbeit unter den Massen.

6. Die Lage der sozialistischen Revolution in Rußland muß einer jeden Bestimmung der internationalen Aufgaben unserer Sowjetmacht zugrunde gelegt werden, denn die internationale Situation hat sich im 4. Kriegsjahr so gestaltet, daß der wahrscheinliche Augenblick des Ausbruchs der Revolution und des Sturzes irgendeiner der europäischen imperialistischen Regierungen (darunter auch der deutschen) sich überhaupt nicht berechnen läßt. Es besteht kein Zweifel, daß die sozialistische Revolution in

Europa kommen muß und kommen wird. Alle unsere Hoffnungen auf den *endgültigen* Sieg des Sozialismus gründen sich auf diese Überzeugung und diese wissenschaftliche Voraussicht. Unsere propagandistische Tätigkeit im allgemeinen und die Organisierung der Verbrüderung im besonderen müssen verstärkt und entwickelt werden. Es wäre aber ein Fehler, die Taktik der sozialistischen Regierung Rußlands darauf aufzubauen, daß man festzustellen versucht, ob die europäische und insbesondere die deutsche sozialistische Revolution im nächsten halben Jahr (oder in einer ähnlichen kurzen Frist) ausbrechen wird oder nicht. Da man das auf keinen Fall bestimmen kann, so würden alle solche Versuche objektiv auf blindes Hasardspiel hinauslaufen.

7. Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk haben im gegenwärtigen Zeitpunkt, bis zum 7. I. 1918, ganz klar gezeigt, daß in der deutschen Regierung (die die übrigen Regierungen des Vierbundes fest am Gängelband hat) die Kriegspartei unbedingt die Oberhand gewonnen hat, die im Grunde genommen Rußland bereits ein Ultimatum gestellt hat (man kann und muß täglich auch mit der förmlichen Überreichung dieses Ultimatums rechnen). Der Inhalt des Ultimatums ist folgender: Entweder Fortsetzung des Krieges oder ein annexionistischer Frieden, d. h. ein Frieden unter der Bedingung, daß wir das ganze von uns besetzte Territorium abtreten, daß die Deutschen das *ganze* von ihnen besetzte Territorium behalten und uns eine Kontribution auferlegen (unter dem Deckmantel einer Bezahlung für den Unterhalt der Kriegsgefangenen), eine Kontribution in Höhe von etwa 3 Milliarden Rubel, die im Laufe einiger Jahre gezahlt werden müssen.

8. Die sozialistische Regierung Rußlands steht vor der eine sofortige Entscheidung fordernden Frage, ob sie diesen annexionistischen Frieden jetzt annehmen oder sofort einen revolutionären Krieg beginnen soll. Irgendwelche Mittelwege sind hier im Grunde genommen ausgeschlossen. Ein weiterer Aufschub ist nicht mehr möglich, denn um die Verhandlungen künstlich in die Länge zu ziehen, haben wir *bereits* alles mögliche und unmögliche getan.

9. Wenn wir die Argumente für einen sofortigen revolutionären Krieg betrachten, so stoßen wir vor allem auf das Argument, daß ein Separatfrieden jetzt objektiv ein Abkommen mit den deutschen Imperialisten, ein „imperialistischer Schacher" usw. wäre und daß folglich ein solcher

Frieden einen völligen Bruch mit den Grundprinzipien des proletarischen Internationalismus bedeuten würde.

Aber dieses Argument ist offenkundig falsch. Arbeiter, die einen Streik verlieren und Bedingungen für die Arbeitsaufnahme unterzeichnen, die für sie unvorteilhaft, für die Kapitalisten aber vorteilhaft sind, begehen keinen Verrat am Sozialismus. Verrat am Sozialismus begehen nur diejenigen, die Vorteile für einen Teil der Arbeiter gegen Vorteile für die Kapitalisten eintauschen; nur solche Abkommen sind prinzipiell unzulässig.

Wer den Krieg gegen den deutschen Imperialismus als Verteidigungskrieg, als gerechten Krieg bezeichnet, in Wirklichkeit aber von den englischen und französischen Imperialisten unterstützt wird und dem Volke die Geheimverträge mit ihnen verheimlicht, der begeht Verrat am Sozialismus. Wer dem Volke nichts verheimlicht, keinerlei Geheimverträge mit den Imperialisten schließt und, wenn im gegebenen Augenblick keine Kräfte für die Fortsetzung des Krieges vorhanden sind, sich einverstanden erklärt, Friedensbedingungen zu unterzeichnen, die für die schwache Nation unvorteilhaft, für die Imperialisten der einen Gruppe aber vorteilhaft sind, begeht nicht den geringsten Verrat am Sozialismus.

10. Ein anderes Argument für den sofortigen Krieg besteht darin, daß wir durch einen Friedensschluß objektiv zu Agenten des deutschen Imperialismus würden, denn wir geben ihm die Möglichkeit, die Truppen von unserer Front abzuziehen, Millionen von Gefangenen freizubekommen usw. Aber auch dieses Argument ist offenkundig falsch, denn ein revolutionärer Krieg würde uns im gegenwärtigen Augenblick objektiv zu Agenten des englischen und französischen Imperialismus machen, ihm Hilfskräfte für seine Zwecke liefern. Die Engländer haben unserem Oberbefehlshaber Krylenko hundert Rubel monatlich für jeden unserer Soldaten angeboten, wenn wir den Krieg fortsetzen. Auch wenn wir von den Engländern und Franzosen keine Kopeke annehmen, werden wir ihnen doch objektiv helfen, indem wir einen Teil der deutschen Truppen fesseln.

Von diesem Gesichtspunkt aus reißen wir uns in beiden Fällen nicht völlig von der einen oder anderen imperialistischen Verbindung los, und es ist ganz klar, daß man sich nicht völlig losreißen kann, wenn man nicht den Weltimperialismus gestürzt hat. Die richtige Schlußfolgerung daraus ist,

daß man seit dem Siege der sozialistischen Regierung in *einem* Lande die Fragen nicht von dem Standpunkt entscheiden darf, ob dieser oder jener Imperialismus vorzuziehen sei, sondern ausschließlich vom Standpunkt der besten Bedingungen für die Entwicklung und die Stärkung der sozialistischen Revolution, die bereits begonnen hat.

Mit anderen Worten: Wir dürfen jetzt in unserer Taktik nicht von dem Prinzip ausgehen, welcher von beiden imperialistischen Gruppen zu helfen jetzt vorteilhafter ist, sondern müssen davon ausgehen, wie man am sichersten und besten der sozialistischen Revolution die Möglichkeit geben kann, sich zu festigen oder sich wenigstens in *einem* Lande so lange zu halten, bis andere Länder sich anschließen werden.

11. Man sagt, daß die deutschen Kriegsgegner unter den Sozialdemokraten jetzt „Defätisten" geworden seien und von uns verlangten, wir sollten dem deutschen Imperialismus keine Zugeständnisse machen. Wir haben jedoch den Defätismus nur im Hinblick auf die *eigene* imperialistische Bourgeoisie anerkannt, und einen Sieg über den fremden Imperialismus, einen Sieg, der in einem formellen oder faktischen Bündnis mit dem „befreundeten" Imperialismus erreicht wird, haben wir stets als prinzipiell unzulässige und überhaupt untaugliche Methode abgelehnt.

Dieses Argument ist also nur eine Abart des vorhergehenden. Wenn die deutschen linken Sozialdemokraten uns auffordern würden, den Separatfrieden für eine *bestimmte* Frist hinauszuzögern, und uns eine revolutionäre Aktion in Deutschland in dieser Frist garantierten, dann *könnten* wir die Frage anders stellen. Aber die deutschen Linken sagen das nicht, im Gegenteil, sie erklären in aller Form: „Haltet euch, solange ihr könnt, entscheidet aber die Frage vom Gesichtspunkt der *russischen* sozialistischen Revolution, denn wir können euch in bezug auf die deutsche Revolution nichts Positives versprechen."

12. Man sagt, daß wir in einer Reihe von Erklärungen der Partei einen revolutionären Krieg direkt „versprochen" haben und daß der Abschluß eines Separatfriedens ein Wortbruch sein werde.

Das ist nicht richtig. Wir haben davon gesprochen, daß eine sozialistische Regierung in der Epoche des Imperialismus den revolutionären Krieg *„vorbereiten und führen" muß**, wir haben davon gesprochen, um gegen den abstrakten Pazifismus, gegen die Theorie der völligen Ver-

* Siehe Werke, Bd. 21, S. 410. *Die Red.*

neinung der „Verteidigung des Vaterlandes" in der Epoche des Imperialismus und schließlich gegen die rein egoistischen Instinkte eines Teils der Soldaten anzukämpfen, aber wir haben nicht die Verpflichtung übernommen, einen revolutionären Krieg zu beginnen ohne Rücksicht darauf, ob man ihn in diesem oder jenem Zeitpunkt führen kann.

Wir müssen auch jetzt unbedingt den revolutionären Krieg *vorbereiten*. Wir halten dieses Versprechen, wie wir überhaupt alle unsere Versprechen gehalten haben, die man sofort erfüllen konnte: Wir haben die Geheimverträge annulliert, haben allen Völkern einen gerechten Frieden angeboten, haben in jeder Weise und wiederholt die Friedensverhandlungen in die Länge gezogen, um den anderen Völkern Zeit zum Anschluß zu lassen.

Aber die Frage, ob man *jetzt, sofort*, einen revolutionären Krieg führen kann, muß man entscheiden, indem man ausschließlich die materiellen Bedingungen seiner Durchführbarkeit und die Interessen der sozialistischen Revolution, die bereits begonnen hat, in Rechnung stellt.

13. Faßt man die Beurteilung der Argumente für einen sofortigen revolutionären Krieg zusammen, so muß man zu der Schlußfolgerung gelangen, daß eine solche Politik vielleicht dem Drang eines Menschen nach dem Schönen, Effektvollen und Blendenden entspricht, aber absolut nicht das objektive Verhältnis der Klassenkräfte und der materiellen Faktoren zum gegenwärtigen Zeitpunkt der begonnenen sozialistischen Revolution berücksichtigt.

14. Es besteht kein Zweifel, daß unsere Armee im gegenwärtigen Augenblick und in den nächsten Wochen (wahrscheinlich auch in den nächsten Monaten) absolut nicht imstande ist, eine deutsche Offensive erfolgreich abzuwehren: erstens wegen der außerordentlichen Ermüdung und Erschöpfung der Mehrheit der Soldaten, bei der unerhörten Zerrüttung des Ernährungswesens, der Unmöglichkeit, die erschöpften Soldaten abzulösen usw.; zweitens wegen der völligen Unzulänglichkeit des Pferdebestands, die unvermeidlich zum Verlust unserer Artillerie führen würde; drittens, weil es ganz unmöglich ist, die Küste von Riga bis Reval zu verteidigen, die dem Gegner die sicherste Chance bietet, den übrigen Teil Livlands, dann Estland zu erobern und einen großen Teil unserer Truppen im Rücken zu umgehen und schließlich Petrograd zu nehmen.

15. Ferner besteht auch kein Zweifel, daß die bäuerliche Mehrheit

unserer Armee sich im gegenwärtigen Augenblick unbedingt für einen annexionistischen Frieden aussprechen würde, nicht aber für einen sofortigen revolutionären Krieg, denn die sozialistische Reorganisation der Armee, ihre Auffüllung mit Abteilungen der Roten Garde usw. hat eben erst begonnen.

Angesichts der völligen Demokratisierung der Armee wäre es Abenteurerpolitik, einen Krieg gegen den Willen der Mehrheit der Soldaten zu führen, um aber eine wirklich starke, ideologisch gefestigte sozialistische Arbeiter- und Bauernarmee zu schaffen, bedarf es zumindest noch vieler Monate.

16. Die arme Bauernschaft in Rußland ist imstande, die von der Arbeiterklasse geführte sozialistische Revolution zu unterstützen, sie ist aber nicht imstande, sofort, im gegenwärtigen Augenblick, einen ernsten revolutionären Krieg zu führen. Dieses objektive Kräfteverhältnis der Klassen in dieser Frage zu ignorieren wäre ein verhängnisvoller Fehler.

17. Mit dem revolutionären Krieg steht es also im gegenwärtigen Augenblick folgendermaßen:

Sollte die deutsche Revolution in den nächsten drei, vier Monaten ausbrechen und siegen, dann würde vielleicht die Taktik des sofortigen revolutionären Krieges unsere sozialistische Revolution nicht zugrunde richten.

Wenn aber die deutsche Revolution in den nächsten Monaten nicht ausbricht, so werden die Ereignisse bei einer Fortsetzung des Krieges unvermeidlich so verlaufen, daß schwerste Niederlagen Rußland zwingen werden, einen noch ungünstigeren Separatfrieden zu schließen, wobei dieser Frieden nicht von der sozialistischen Regierung geschlossen würde, sondern von irgendeiner anderen (beispielsweise von einem Block der bürgerlichen Rada und der Tschernowleute oder irgend etwas Ähnlichem). Denn die bäuerliche Armee, durch den Krieg aufs äußerste erschöpft, würde bereits nach den ersten Niederlagen, wahrscheinlich nicht in einigen Monaten, sondern schon in einigen Wochen, die sozialistische Arbeiterregierung stürzen.

18. Bei einer solchen Lage der Dinge wäre es eine absolut unzulässige Taktik, das Schicksal der in Rußland bereits begonnenen sozialistischen Revolution aufs Spiel zu setzen nur wegen der Hoffnung auf den Ausbruch der deutschen Revolution in der nächsten Zeit, innerhalb einer sehr

kurzen, nach Wochen zählenden Frist. Eine solche Taktik wäre Abenteurerpolitik. Wir haben kein Recht, ein solches Wagnis einzugehen.

19. Und die deutsche Revolution wird, was ihre objektiven Grundlagen betrifft, keineswegs erschwert werden, wenn wir einen Separatfrieden schließen. Wahrscheinlich wird der Taumel des Chauvinismus sie für eine Zeitlang schwächen, aber die Lage Deutschlands bleibt außerordentlich schwer, der Krieg gegen England und Amerika wird sich in die Länge ziehen, der aggressive Imperialismus auf beiden Seiten voll und ganz entlarvt werden. Das Beispiel der sozialistischen Sowjetrepublik in Rußland wird als lebendiges Vorbild vor den Völkern aller Länder stehen, und die propagandistische, revolutionierende Wirkung dieses Vorbilds wird gewaltig sein. Hier – die bürgerliche Ordnung und der völlig als Eroberungskrieg entlarvte Krieg zweier Gruppen von Räubern. Dort – der Frieden und die sozialistische Republik der Sowjets.

20. Indem wir einen Separatfrieden schließen, befreien wir uns im höchsten *für den gegenwärtigen Augenblick möglichen* Grade von beiden einander bekämpfenden imperialistischen Gruppen, nutzen ihre Feindschaft und ihren Krieg – der es ihnen erschwert, ein Abkommen gegen uns zu treffen –, bekommen für eine gewisse Periode die Hände frei, um die sozialistische Revolution fortzusetzen und zu festigen. Die Umgestaltung Rußlands auf der Basis der Diktatur des Proletariats, der Nationalisierung der Banken und der Großindustrie, bei einem unmittelbaren *Produktenaustausch* zwischen der Stadt und den ländlichen Konsumgenossenschaften der Kleinbauern, ist wirtschaftlich durchaus möglich, wenn uns einige Monate friedlicher Arbeit gesichert sind. Eine solche Umgestaltung aber wird den Sozialismus in Rußland wie in der ganzen Welt unbesiegbar machen und zugleich eine feste wirtschaftliche Basis für eine mächtige Rote Armee der Arbeiter und Bauern schaffen.

21. Ein wirklich revolutionärer Krieg wäre gegenwärtig ein Krieg der sozialistischen Republik gegen die bürgerlichen Länder mit dem klar gestellten und von der sozialistischen Armee vollauf gebilligten Ziel, die Bourgeoisie in den anderen Ländern zu stürzen. Aber im *gegenwärtigen* Augenblick können wir uns *offenkundig* ein solches Ziel noch nicht stellen. Objektiv würden wir jetzt für die Befreiung Polens, Litauens und Kurlands Krieg führen. Aber kein Marxist kann, ohne mit den Grundsätzen des Marxismus und des Sozialismus überhaupt zu

brechen, bestreiten, daß die Interessen des Sozialismus höher stehen als die Interessen des Selbstbestimmungsrechts der Nationen. Unsere sozialistische Republik hat alles, was sie konnte, getan und tut auch weiter alles zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts Finnlands, der Ukraine u. a. Aber wenn die Dinge sich konkret so gestaltet haben, daß die Existenz der sozialistischen Republik im gegenwärtigen Augenblick gefährdet wird um der Frage der Verletzung des Selbstbestimmungsrechts einiger Nationen willen (Polens, Litauens, Kurlands u. a.), so versteht es sich von selbst, daß die Interessen der Erhaltung der sozialistischen Republik höher stehen.

Wer also sagt: „Wir können nicht einen solchen schimpflichen, schändlichen usw. Frieden unterzeichnen, Polen verraten usw.", der bemerkt nicht, daß er durch den Abschluß eines Friedens unter der Bedingung der Befreiung Polens den deutschen Imperialismus in seinem Kampf gegen England, gegen Belgien, Serbien und andere Länder nur *noch mehr* stärken würde. Ein Frieden unter der Bedingung der Befreiung Polens, Litauens, Kurlands wäre ein „patriotischer" Frieden *vom Standpunkt Rußlands*, würde aber keineswegs aufhören, ein Frieden *mit den Annexionisten*, mit den deutschen Imperialisten zu sein.

21. Januar 1918. Zu vorstehenden Thesen ist hinzuzufügen:

22. Die Massenstreiks in Österreich und Deutschland, dann die Bildung von Arbeiterräten in Berlin und Wien, endlich der Beginn von bewaffneten Zusammenstößen und Straßenkämpfen in Berlin am 18.–20. Januar, alles das zwingt zur Anerkennung der Tatsache, daß die Revolution in Deutschland begonnen hat.

Hieraus ergibt sich für uns die Möglichkeit, die Friedensverhandlungen noch für eine gewisse Zeitspanne hinauszuzögern und in die Länge zu ziehen.

Geschrieben: Die Thesen am 7. (20.) Januar, die 22. These am 21. Januar (3. Februar), die Einleitung vor dem 11. (24.) Februar 1918.

Veröffentlicht (ohne die 22. These) am 24. (11.) Februar 1918 in der „Prawda" Nr. 34. Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Manuskript. Einleitung nach dem Text der „Prawda".

NACHWORT ZU DEN THESEN ÜBER DEN SOFORTIGEN ABSCHLUSS EINES ANNEXIONISTISCHEN SEPARATFRIEDENS

Die oben aufgeführten Thesen habe ich in einer kleinen inoffiziellen Beratung von Parteifunktionären am 8. Januar 1918 verlesen. Ihre Erörterung zeigte, daß in der Partei zu dieser Frage drei Meinungen bestehen: etwa die Hälfte der Teilnehmer sprach sich für den revolutionären Krieg aus (dieser Standpunkt wurde verschiedentlich als „Moskauer" Standpunkt bezeichnet, denn früher als andere Organisationen nahm ihn das Moskauer Gebietsbüro unserer Partei ein[103]), dann etwa ein Viertel für Genossen Trotzki, der vorschlug, „den Kriegszustand für beendet zu erklären, die Armee zu demobilisieren und nach Hause zu schicken, doch den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen", und schließlich etwa ein Viertel für mich.

Die in der Partei entstandene Lage erinnert mich außerordentlich an die vom Sommer 1907, als sich der weitaus größte Teil der Bolschewiki für den Boykott der III. Duma aussprach, ich aber, neben Dan, für die Beteiligung an ihr eintrat und daraufhin wegen meines Opportunismus aufs heftigste angegriffen wurde. Objektiv haben wir es jetzt gleichermaßen mit einer völlig analogen Fragestellung zu tun: wie damals lassen sich die meisten Parteifunktionäre, aus den besten revolutionären Bestrebungen und den besten Parteitraditionen heraus, von einer „klangvollen" Losung mitreißen, *ohne die neue* sozialökonomische und politische Situation *zu erfassen*, ohne die *veränderten Bedingungen* zu berücksichtigen, die eine schnelle, jähe Veränderung der Taktik erfordern. Und wie damals muß ich alles daransetzen, klarzumachen, daß der Marxismus

die Berücksichtigung der objektiven Bedingungen und ihrer Veränderung fordert, daß man die Frage diesen Bedingungen gemäß konkret stellen muß, daß der grundlegende Wandel jetzt darin besteht, daß die Sowjetrepublik Rußland geschaffen worden ist, daß, sowohl für uns *als auch vom international-sozialistischen Standpunkt aus gesehen*, die Erhaltung dieser Republik, die die sozialistische Revolution bereits begonnen hat, das allerwichtigste ist, daß die Losung des revolutionären Krieges von seiten Rußlands im gegenwärtigen Augenblick entweder eine Phrase, eine leere Demonstration wäre oder objektiv hieße, in eine Falle gehen, die uns die Imperialisten gestellt haben, um uns als vorläufig noch schwachen Faktor wieder in den *imperialistischen* Krieg *hineinzuziehen* und die junge Sowjetrepublik auf möglichst billigem Wege *niederzumachen*.

„Ich vertrete den alten Standpunkt Lenins", rief einer der jungen Moskauer (Jugend ist einer der größten Vorzüge dieser Rednergruppe). Und derselbe Redner warf mir vor, ich wiederholte die alten Argumente der Vaterlandsverteidiger über die Unwahrscheinlichkeit der Revolution in Deutschland.

Das ist ja eben das Schlimme, daß die Moskauer auf dem alten *taktischen* Standpunkt verharren wollen, daß sie durchaus nicht sehen wollen, wie sich die Lage *verändert*, wie sich eine *neue objektive* Lage herausgebildet hat.

Die Moskauer haben in ihrem Drang, alte Losungen zu wiederholen, nicht einmal in Rechnung gestellt, daß wir, die Bolschewiki, jetzt alle Vaterlandsverteidiger geworden sind. Denn nachdem die Bourgeoisie gestürzt ist, die Geheimverträge annulliert und aufgedeckt wurden, allen Völkern das Angebot eines wirklichen Friedens . . .*

Geschrieben zwischen dem 8. und 11. (21. und 24.) Januar 1918.
Zuerst veröffentlicht 1929 im Lenin-Sammelband XI.

Nach dem Manuskript.

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

DRITTER GESAMTRUSSISCHER KONGRESS DER SOWJETS DER ARBEITER-, SOLDATEN- UND BAUERNDEPUTIERTEN[104]

10.–18. (23.–31.) Januar 1918

Veröffentlicht am 12., 13., 14. und 20. Januar 1918 in den „Iswestija ZIK" Nr. 8, 9, 10 und 15, am 26. (13.), 27. (14.) Januar, 2. Februar (20. Januar) 1918 in der „Prawda" Nr. 9, 10 und 15.

Nach dem Text der „Iswestija ZIK".

1

BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE 11. (24.) JANUAR

Genossen! Im Namen des Rats der Volkskommissare habe ich Ihnen Bericht zu erstatten über seine Tätigkeit während der 2 Monate und 15 Tage, die seit Schaffung der Sowjetmacht und der Sowjetregierung in Rußland verflossen sind.

2 Monate und 15 Tage – das sind nur fünf Tage mehr als die Zeitspanne, in der schon einmal die Macht der Arbeiter über ein ganzes Land, über die Ausbeuter und Kapitalisten bestanden hat: die Macht der Pariser Arbeiter in der Zeit der Pariser Kommune von 1871.

Diese Arbeitermacht müssen wir uns vor allem ins Gedächtnis rufen und sie, einen Blick in die Vergangenheit werfend, mit der Sowjetmacht vergleichen, die am 25. Oktober entstanden ist. Ein solcher Vergleich der damaligen Diktatur des Proletariats mit der jetzigen zeigt uns sofort, welch gigantischen Schritt vorwärts die internationale Arbeiterbewegung getan hat und in welch unendlich günstigerer Lage sich die Sowjetmacht in Rußland befindet, trotz der unerhört komplizierten Verhältnisse angesichts des Krieges und der wirtschaftlichen Zerrüttung.

Die Pariser Arbeiter, die zum erstenmal die Kommune, die Keimform der Sowjetmacht geschaffen hatten, fielen, nachdem sie sich 2 Monate und 10 Tage gehalten hatten, unter den Kugeln der französischen Kadetten, Menschewiki und rechten kaledinschen Sozialrevolutionäre. Die französischen Arbeiter mußten mit unerhört schweren Opfern den ersten Versuch einer Arbeiterregierung bezahlen, deren Sinn und Ziele der großen Mehrheit der Bauern in Frankreich unbekannt waren.

Wir befinden uns in weit günstigeren Verhältnissen, weil die russischen Soldaten, Arbeiter und Bauern einen Apparat zu schaffen vermochten, der

die ganze Welt über die Formen ihres Kampfes unterrichtet hat: die Sowjetregierung. Das ist es, was vor allem die Lage der russischen Arbeiter und Bauern im Vergleich zur Staatsmacht des Pariser Proletariats unterscheidet. Die Pariser Proletarier hatten keinen Apparat, und das Land verstand sie nicht. Wir dagegen fanden sofort eine Stütze in der Sowjetmacht, und deshalb haben wir nie daran gezweifelt, daß die Sowjetmacht die Sympathie und die wärmste, hingebungsvollste Unterstützung der gewaltigen Mehrheit der Massen genießt und also unbesiegbar ist.

Die Leute, die der Sowjetmacht skeptisch gegenüberstanden und sie oft bewußt oder unbewußt verkauft und verraten haben, um mit den Kapitalisten und Imperialisten zu paktieren, diese Leute haben allen in den Ohren gelegen, daß sich eine Regierung einzig und allein des Proletariats in Rußland nicht halten könne. Als ob irgend jemand unter den Bolschewiki und ihren Anhängern auch nur einen Augenblick vergessen hätte, daß in Rußland nur eine Macht von Dauer sein kann, die es versteht, die Arbeiterklasse, die Mehrheit der Bauern, alle werktätigen und ausgebeuteten Klassen zu einer einzigen unlösbar verbundenen Kraft zusammenzuschließen, die den Kampf gegen die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie führt.

Wir haben nie daran gezweifelt, daß nur das Bündnis der Arbeiter und der armen Bauern, der Halbproletarier, von dem in unserem Parteiprogramm die Rede ist, in Rußland die Mehrheit der Bevölkerung erfassen und eine dauerhafte Unterstützung der Staatsmacht gewährleisten kann. Und nach dem 25. Oktober ist es uns gelungen, sofort, im Laufe weniger Wochen, alle Schwierigkeiten zu überwinden und die Staatsmacht auf die Grundlage eines solchen festen Bündnisses zu stellen.

Ja, Genossen! Wenn die Partei der Sozialrevolutionäre in ihrer alten Form, als die Bauern noch nicht wußten, wer in dieser Partei wirklich Anhänger des Sozialismus ist, die Losung der ausgleichenden Bodennutzung aufstellte, ohne danach zu fragen, wer diese Aufgabe durchführen wird, ob das im Bunde mit der Bourgeoisie geschehen soll oder nicht, so sagten wir, daß das Betrug ist. Und der Teil, der jetzt erkennen mußte, daß das Volk nicht hinter ihm steht, daß er ein Nichts ist, wollte die ausgleichende Bodennutzung im Bunde mit der Bourgeoisie verwirklichen; darin vor allem bestand der Betrug. Als aber die russische Revolution zeigte, wohin die Zusammenarbeit der werktätigen Massen mit der

Bourgeoisie geführt hatte, in einem der größten Augenblicke im Leben des Volkes, in einer Zeit, da der Krieg das Volk zugrunde gerichtet hatte und weiterhin zugrunde richtete, indem er Millionen zum Hungertod verurteilte, als seine Folgen die Ergebnisse der Paktiererpolitik in der Praxis zeigten, als die Sowjets, die selbst durch die Schule der Paktiererpolitik gingen, diese Ergebnisse am eigenen Leibe zu spüren bekamen, da wurde offensichtlich, daß ein gesunder, lebensfähiger, mächtiger sozialistischer Kern in der Lehre derjenigen enthalten ist, die die Bauernschaft, ihren werktätigen Teil, der großen sozialistischen Bewegung der Arbeiter der ganzen Welt anschließen wollten.

Und als die Bauernschaft in der Praxis, in aller Eindeutigkeit, vor diese Frage gestellt wurde, da trat das ein, woran niemand gezweifelt hatte, wie es jetzt die Bauernsowjets und die Bauernkongresse gezeigt haben: als die Zeit gekommen war, den Sozialismus in der Praxis zu verwirklichen, erhielten die Bauern die Möglichkeit, diese zwei politischen Hauptlinien klar zu erkennen – Bündnis entweder mit der Bourgeoisie oder mit den werktätigen Massen; sie begriffen da, daß die Partei, die die wirklichen Bestrebungen und Interessen der Bauernschaft zum Ausdruck bringt, die Partei der linken Sozialrevolutionäre ist. Als wir mit dieser Partei unser Regierungsbündnis schlossen, haben wir von Anfang an dafür gesorgt, daß es sich auf ganz klaren und unmißverständlichen Grundsätzen aufbaue. Wenn die Bauern Rußlands den Boden sozialisieren wollen, im Bündnis mit den Arbeitern, die die Banken nationalisieren und die Arbeiterkontrolle schaffen werden, so sind sie für uns zuverlässige Gefährten, die treuesten und wertvollsten Verbündeten. Es gibt keinen einzigen Sozialisten, Genossen, der nicht die offensichtliche Wahrheit anerkennt, daß zwischen dem Sozialismus und Kapitalismus eine lange, mehr oder weniger schwierige Übergangsperiode der Diktatur des Proletariats liegt und daß diese Periode, was ihre Formen betrifft, in vieler Hinsicht davon abhängen wird, ob das kleine oder das große Eigentum, der Kleinbetrieb oder der Großbetrieb vorherrscht. Es ist klar, daß der Übergang zum Sozialismus in Estland, in diesem kleinen Land, in dem es keine Analphabeten gibt, in dem große Landwirtschaftsbetriebe vorherrschen, nicht dem Übergang zum Sozialismus in einem vorwiegend kleinbürgerlichen Land wie Rußland ähnlich sein wird. Das muß man berücksichtigen.

Jeder bewußte Sozialist wird sagen, daß man den Sozialismus den Bauern nicht gewaltsam aufzwingen kann und daß man nur auf die Kraft des Beispiels und die Aneignung der lebendigen Erfahrung durch die Bauernmasse rechnen darf. Wie hält sie es für zweckmäßig, den Übergang zum Sozialismus zu vollziehen? Das ist die Aufgabe, vor die jetzt die russische Bauernschaft in der Praxis gestellt ist. Wie kann sie selbst das sozialistische Proletariat unterstützen und den Übergang zum Sozialismus beginnen? Die Bauern haben bereits mit diesem Übergang begonnen, und wir haben volles Vertrauen zu ihnen.

Das Bündnis, das wir mit den linken Sozialrevolutionären geschlossen haben, ist auf einem festen Grund errichtet und festigt sich von Tag zu Tag, ja von Stunde zu Stunde. Wenn wir in der ersten Zeit im Rat der Volkskommissare befürchten mußten, daß der Fraktionskampf die Arbeit hemmen werde, so muß ich heute nach den Erfahrungen von zwei Monaten gemeinsamer Arbeit mit aller Bestimmtheit erklären, daß bei uns in den meisten Fragen einstimmige Beschlüsse zustande kommen.

Wir wissen, erst dann, wenn die Erfahrungen den Bauern zeigen, wie zum Beispiel der Austausch zwischen Stadt und Land aussehen muß, stellen sie selbst, von unten her, auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen, die Verbindung her. Anderseits zeigen die Erfahrungen des Bürgerkriegs den Vertretern der Bauern mit aller Klarheit, daß es keinen anderen Weg zum Sozialismus gibt als die Diktatur des Proletariats und die rücksichtslose Niederschlagung der Herrschaft der Ausbeuter. (Beifall.)

Genossen! Jedesmal, wenn wir dieses Thema berühren, ob auf dieser Tagung oder im ZEK, bekomme ich von Zeit zu Zeit vom rechten Flügel den Zwischenruf zu hören: „Diktator!" Jawohl, „als wir Sozialisten waren", da haben alle die Diktatur des Proletariats anerkannt; sie schrieben sogar von ihr in ihren Programmen, sie entrüsteten sich über das verbreitete Vorurteil, daß man nur die Bevölkerung zu überzeugen, ihr nur zu beweisen brauche, daß es keine Ausbeutung der werktätigen Massen geben dürfe, daß das eine Sünde und eine Schande sei – und daß dann der Himmel auf Erden anbrechen werde. Nein, dieses utopische Vorurteil ist theoretisch längst zerschlagen worden, und unsere Aufgabe besteht darin, es in der Praxis zu zerschlagen.

Man darf sich den Sozialismus nicht so vorstellen, als ob die Herren Sozialisten ihn uns auf dem Teller, fix und fertig, präsentieren werden;

das wird nicht so sein. Noch keine einzige Frage des Klassenkampfes ist in der Geschichte anders als durch Gewalt entschieden worden. Wenn die Gewalt von den werktätigen, ausgebeuteten Massen ausgeht, gegen die Ausbeuter, ja, dann sind wir für diese Gewalt! (Stürmischer Beifall.) Und uns macht das Geschrei der Leute nicht im geringsten irre, die bewußt oder unbewußt auf der Seite der Bourgeoisie stehen oder von ihr so eingeschüchtert, durch ihre Herrschaft so an die Wand gedrückt sind, daß sie, wenn sie jetzt diesen unerhört scharfen Klassenkampf sehen, den Kopf verlieren, zu greinen anfangen, alle ihre Grundsätze vergessen und von uns das Unmögliche fordern, wir Sozialisten sollten ohne Kampf gegen die Ausbeuter, ohne Unterdrückung ihres Widerstands den vollen Sieg erringen.

Die Herren Ausbeuter hatten bereits im Sommer 1917 begriffen, daß es sich um das „letzte Gefecht" handelt, daß der letzte Pfeiler der Bourgeoisie erschüttert, das wichtigste und entscheidende Instrument zur Unterdrückung der werktätigen Massen ihren Händen entrissen werden wird, wenn die Sowjets die Macht erlangen.

Eben darum hat die Oktoberrevolution diesen systematischen unentwegten Kampf begonnen, mit dem Ziel, die Ausbeuter zu zwingen, ihren Widerstand einzustellen und – wie schwer das selbst den Besten unter ihnen auch fallen mag – sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß es keine Herrschaft der Ausbeuterklassen mehr geben wird, daß von nun an der einfache Mann kommandieren wird und sie ihm gehorchen müssen; wie unangenehm ihnen das auch sein mag, es hilft ihnen doch nichts.

Wir werden viele Schwierigkeiten zu überwinden haben, werden viele Opfer bringen müssen und viele Fehler machen, denn das ist ein neues, in der Geschichte beispielloses Werk, über das in den Büchern nichts verzeichnet ist. Natürlich, das ist der gewaltigste, schwierigste Übergang in der Geschichte, aber anders konnte man diesen gewaltigen Übergang nicht bewerkstelligen. Und wenn in Rußland die Sowjetmacht geschaffen worden ist, wenn Millionen der kleinen Schar von Parteiarbeitern zu Hilfe eilen, so zeigt das, daß über die reichsten revolutionären Erfahrungen die revolutionäre Masse selbst verfügt, die in der Tat ihre Ausbeuter an der Gurgel packt.

Eben deshalb rückt gegenwärtig in Rußland der Bürgerkrieg in den Vordergrund. Man gibt gegen uns die Parole aus: „Nieder mit dem

Bürgerkrieg." Ich hörte das von den Vertretern des rechten Flügels der sogenannten Konstituierenden Versammlung. Nieder mit dem Bürgerkrieg... Was bedeutet das? Bürgerkrieg gegen wen? Gegen Kornilow, Kerenski, Rjabuschinski, die Millionen ausgeben, um Lumpenproletarier und Beamte zu kaufen? Gegen die Saboteure, die, ganz gleich, ob bewußt oder unbewußt, darauf eingehen? Kein Zweifel, daß es unter den letzteren unaufgeklärte Menschen gibt, die dabei unbewußt mitmachen, weil sie sich nicht einmal vorstellen können, daß man die alte bürgerliche Ordnung bis auf ihre Grundfesten zerstören und auf ihren Trümmern eine ganz neue, sozialistische Gesellschaft aufbauen kann und muß. Solche Leute gibt es zweifellos, ändert das aber etwas an den Dingen?

Eben deshalb setzen die Vertreter der besitzenden Klassen alles auf eine Karte, deshalb ist das für sie das letzte Gefecht, und sie werden vor keinem Verbrechen zurückschrecken, um die Sowjetmacht niederzuringen. Zeigt uns nicht die ganze Geschichte des Sozialismus, insbesondere in Frankreich, die so reich an revolutionären Bestrebungen ist, daß die herrschenden Klassen, sobald die werktätigen Massen die Macht in ihre eigenen Hände nehmen, unerhörte Verbrechen begehen, daß sie Massaker veranstalten, wenn es um den Schutz ihrer eigenen Geldsäcke geht? Und wenn diese Leute uns von Bürgerkrieg reden, so lachen wir darüber, wenn sie aber ihre Losung in die Reihen der studierenden Jugend hineintragen, dann sagen wir ihnen: Ihr betrügt sie!

Es ist kein Zufall, daß der Klassenkampf seine höchste Form in einer Zeit erreicht, wo die Klasse der Ausgebeuteten alle Machtmittel in die Hand nimmt, um ihren Klassenfeind, die Bourgeoisie, endgültig zu vernichten, um von der russischen Erde nicht nur die Bürokraten, sondern auch die Gutsbesitzer hinwegzufegen, wie das die russischen Bauern in einigen Gouvernements getan haben.

Man sagt uns, die Sabotage, die die Beamten und Gutsbesitzer dem Rat der Volkskommissare gegenüber getrieben haben, beweise, daß sie nicht gewillt sind, dem Sozialismus entgegenzukommen. Als ob es nicht klar war, daß dieses ganze Kapitalistengesindel, diese Gauner, Lumpenproletarier und Saboteure eine einzige von der Bourgeoisie gekaufte Bande bilden, die sich der Macht der Werktätigen entgegenstellt. Natürlich, wer glaubte, daß man auf einmal vom Kapitalismus zum Sozialismus hinüberspringen könne, oder wer es für möglich hielt, die Mehrheit des Volkes

davon zu überzeugen, daß man das durch die Konstituierende Versammlung erreichen könne, wer an dieses bürgerlich-demokratische Märchen glaubte, der möge ruhig weiter daran glauben, aber er möge sich nicht über das Leben beklagen, wenn es dieses Märchen zerschlägt.

Wer begriffen hat, was der Klassenkampf ist, was die Sabotage bedeutet, die die Beamten organisiert haben, der weiß, daß wir nicht auf einmal in den Sozialismus hineinspringen können. Übriggeblieben sind die Bourgeois, die Kapitalisten, die hoffen, ihre Herrschaft wiederzuerlangen, und die ihre Geldsäcke verteidigen; übriggeblieben ist das Lumpenproletariat, eine Schicht von käuflichen Menschen, die vom Kapitalismus vollkommen zertreten sind, die nicht imstande sind, sich zur Idee des proletarischen Kampfes emporzuschwingen. Übriggeblieben sind die Angestellten und Beamten, die glauben, der Schutz der alten Ordnung liege im Interesse der Gesellschaft. Wie kann man sich den Sieg des Sozialismus vorstellen ohne den völligen Zusammenbruch dieser Schichten, ohne den völligen Untergang sowohl der russischen als auch der europäischen Bourgeoisie? Können wir glauben, daß die Herren Rjabuschinski ihre Klasseninteressen nicht erkennen? Sie eben bezahlen die Saboteure dafür, daß sie nicht arbeiten. Oder handeln sie jeder für sich? Handeln sie nicht zusammen mit den französischen, englischen und amerikanischen Kapitalisten, wenn sie Wertpapiere aufkaufen? Wir werden sehen, ob ihnen diese Käufe viel helfen werden. Werden sich nicht die Berge von Wertpapieren, die sie jetzt erhalten, als leeres, nutzloses altes Papier erweisen?

Deshalb, Genossen, antworten wir auf alle Vorwürfe und Anklagen, wir praktizierten den Terror, die Diktatur, den Bürgerkrieg, obwohl wir bei weitem noch nicht einen wirklichen Terror angewandt haben, weil wir stärker sind als sie – wir haben die Sowjets, es wird genügen, die Banken zu nationalisieren und die Vermögen zu konfiszieren, um sie zur Unterwerfung zu zwingen –, deshalb antworten wir auf alle Anklagen, wir praktizierten den Bürgerkrieg: Jawohl, wir haben offen verkündet, was zu verkünden keine einzige Regierung imstande war. Die erste Regierung der Welt, die imstande ist, offen von Bürgerkrieg zu reden, ist die Regierung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenmassen. Jawohl, wir haben den Krieg gegen die Ausbeuter begonnen, wir führen diesen Krieg. Je offener wir das aussprechen, desto eher wird dieser Krieg zu Ende

gehen, desto eher werden die werktätigen und ausgebeuteten Massen uns verstehen, werden sie verstehen, daß die Sowjetmacht die wirkliche, die ureigene Sache aller Werktätigen vertritt.

Ich glaube nicht, Genossen, daß es uns rasch gelingen wird, den Sieg in diesem Kampfe zu erringen, aber wir sind überaus reich an Erfahrungen: in zwei Monaten haben wir vieles erreicht. Wir haben den Versuch einer Offensive Kerenskis gegen die Sowjetmacht und den völligen Zusammenbruch dieses Versuchs erlebt; wir haben gesehen, wie die ukrainischen Kerenski ihre Macht organisierten. Dort ist der Kampf noch nicht zu Ende, aber für jeden, der ihn verfolgt, der wenigstens einige wahrheitsgetreue Berichte von Vertretern der Sowjetmacht gehört hat, ist es klar, daß für die bürgerlichen Elemente der ukrainischen Rada die letzten Tage gekommen sind. (Beifall.) An dem Sieg der Sowjetmacht der Ukrainischen Volksrepublik über die ukrainische bürgerliche Rada kann nicht im geringsten gezweifelt werden.

Und der Kampf gegen Kaledin! Hier basiert wirklich alles auf der Ausbeutung der Werktätigen, auf der bürgerlichen Diktatur – wenn es irgendwelche sozialen Grundlagen im Kampf gegen die Sowjetmacht gibt. Der Bauernkongreß hat deutlich gezeigt, daß die Sache Kaledins aussichtslos ist, daß die werktätigen Massen gegen ihn sind. Die Erfahrung mit der Sowjetmacht, die Propaganda durch die Tat, durch das Beispiel der Sowjetorganisationen übt ihre Wirkung aus, und heute bricht die innere Stütze Kaledins im Dongebiet nicht so sehr von außen als von innen her zusammen.

Wenn wir die Front des Bürgerkriegs in Rußland überschauen, so können wir also mit voller Gewißheit sagen: Hier ist der Sieg der Sowjetmacht vollständig und absolut gesichert. Und der Sieg dieser Sowjetmacht, Genossen, wird erzielt, weil sie von Anfang an begonnen hat, die alten Gebote des Sozialismus zu verwirklichen, wobei sie sich konsequent und entschieden auf die Massen stützt und ihre Aufgabe darin sieht, die am meisten unterdrückten und eingeschüchterten Schichten der Gesellschaft zu einem tätigen Leben zu erwecken, zum sozialistischen Schöpfertum emporzuheben. Und deshalb gehört die alte Armee, die Armee des Kasernenhofdrills, der Soldatenmißhandlungen der Vergangenheit an. Sie ist zum alten Eisen geworfen, von ihr ist kein Stein auf dem anderen geblieben. (Beifall.) Die volle Demokratisierung der Armee ist durchgeführt.

Ich erlaube mir, eine Episode zu erzählen, die ich miterlebte. Es war in einem Wagen der finnischen Eisenbahn, dort hörte ich ein Gespräch zwischen einigen Finnen und einem alten Mütterchen. Ich konnte mich an der Unterhaltung nicht beteiligen, da ich die finnische Sprache nicht verstehe, aber ein Finne wandte sich an mich und sagte: „Wissen Sie, was für eine originelle Sache die Alte gesagt hat? Sie sagte: Jetzt braucht man vor dem Mann mit dem Gewehr keine Angst zu haben. Als ich im Walde war, begegnete mir solch ein Mann mit dem Gewehr, und anstatt mir mein Bündel Reisig wegzunehmen, gab er mir noch was dazu."

Als ich das hörte, sagte ich mir: Mögen Hunderte von Zeitungen, wie sie sich auch nennen – sozialistische, beinahe-sozialistische u. a. –, mögen Hunderte von außerordentlich lauten Stimmen uns Worte wie „Diktatoren", „Gewalttäter" u. dgl. m. entgegenschleudern. Wir wissen, daß sich jetzt unter den Volksmassen eine andere Stimme erhebt; sie sagen sich: Jetzt braucht man vor dem Mann mit dem Gewehr keine Angst zu haben, denn er verteidigt die Werktätigen und wird erbarmungslos die Herrschaft der Ausbeuter niederschlagen. (Beifall.) Das hat das Volk erkannt, und deshalb ist die Agitation, die einfache, ungebildete Menschen treiben, wenn sie davon erzählen, daß die Rotgardisten ihre ganze Macht gegen die Ausbeuter richten, deshalb ist diese Agitation unbesiegbar. Sie wird zu Millionen und aber Millionen dringen und es ermöglichen, auf einer festen Grundlage das zu schaffen, was die französische Kommune des 19. Jahrhunderts begann, aber nur für einen kurzen Zeitraum schaffen konnte, weil sie von der Bourgeoisie zertrümmert wurde: die sozialistische Rote Armee, das, was alle Sozialisten angestrebt haben: die allgemeine Volksbewaffnung. Es werden neue Kader der Roten Garde entstehen, die es ermöglichen werden, die werktätigen Massen für den bewaffneten Kampf zu schulen.

Wenn man von Rußland gesagt hat: es kann nicht kämpfen, weil es keine Offiziere haben wird, so dürfen wir nicht vergessen, was dieselben bürgerlichen Offiziere sagten, als sie sahen, wie die Arbeiter gegen Kerenski und Kaledin kämpften: „Ja, diese Rotgardisten taugen technisch absolut nichts, aber wenn diese Leute etwas lernen, so werden sie eine unbesiegbare Armee haben." Denn zum erstenmal in der Geschichte des weltumspannenden Kampfes sind in die Armee Elemente gekommen, die kein eingedrilltes Wissen haben, aber sich von der Idee des Kampfes für

die Befreiung der Ausgebeuteten leiten lassen. Wenn die von uns begonnene Arbeit beendet sein wird, wird die Russische Sowjetrepublik unbesiegbar sein. (Beifall.)

Genossen! Denselben Weg, den die Sowjetmacht hinsichtlich der sozialistischen Armee ging, schlug sie auch hinsichtlich eines andern, noch feineren, noch komplizierteren Werkzeugs der herrschenden Klassen ein – des bürgerlichen Gerichts, das sich als Hüter der Ordnung aufspielte, in Wirklichkeit aber ein blindes, raffiniertes Werkzeug zur schonungslosen Unterdrückung der Ausgebeuteten war, ein Werkzeug zur Verteidigung der Interessen des Geldsacks. Die Sowjetmacht handelte, wie alle proletarischen Revolutionen es gelehrt haben: sie warf dieses Gericht sofort zum alten Eisen. Mag man darüber zetern, daß wir das alte Gericht, statt es zu reformieren, sofort zum alten Eisen geworfen haben. Wir haben auf diese Weise die Bahn frei gemacht für ein wirkliches Volksgericht, und nicht so sehr durch Gewaltmaßnahmen als vielmehr durch das Beispiel der Massen, durch die Autorität der Werktätigen, ohne Formalitäten, haben wir das Gericht aus einem Werkzeug der Ausbeutung zu einem Werkzeug der Erziehung auf der festen Grundlage der sozialistischen Gesellschaft gemacht. Kein Zweifel, eine solche Gesellschaft können wir nicht auf einmal bekommen.

Das sind die wichtigsten Schritte, die die Sowjetmacht auf dem Wege unternommen hat, der ihr durch alle Erfahrungen der größten Volksrevolutionen der Welt gewiesen wurde. Es hat keine einzige Revolution gegeben, in der die werktätigen Massen nicht die ersten Schritte auf diesem Wege getan hätten, um eine neue Staatsmacht zu schaffen. Leider begannen sie damit nur, waren aber nicht imstande, die Sache zu Ende zu führen, es gelang ihnen nicht, einen neuen Typus der Staatsmacht zu schaffen. Wir haben sie geschaffen, wir haben bereits die sozialistische Sowjetrepublik.

Ich mache mir keine Illusionen, ich weiß, daß wir eben erst in die Periode des *Übergangs* zum Sozialismus eingetreten sind, daß wir noch nicht bis zum Sozialismus gelangt sind. Aber Sie werden richtig handeln, wenn Sie sagen, daß unser Staat eine sozialistische Sowjetrepublik ist. Sie werden ebenso richtig handeln wie diejenigen, die viele bürgerliche Republiken des Westens demokratisch nennen, obwohl allen bekannt ist, daß es auch unter den demokratischsten Republiken keine einzige gibt, die

vollkommen demokratisch wäre. Sie geben Brocken der Demokratie, beschneiden in unwesentlichen Dingen die Rechte der Ausbeuter, aber die werktätigen Massen sind in diesen Republiken ebenso unterdrückt wie überall. Und nichtsdestoweniger sagen wir, daß sowohl die alten Monarchien als auch die konstitutionellen Republiken die bürgerliche Ordnung verkörpern.

So handeln auch wir jetzt. Es ist noch ein weiter Weg, bis wir die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus beendet haben werden. Wir haben niemals die Hoffnung gehegt, daß wir sie ohne Hilfe des internationalen Proletariats beenden könnten. Wir haben uns darüber niemals einem Irrtum hingegeben, wir wissen, wie schwer der Weg ist, der vom Kapitalismus zum Sozialismus führt, aber wir müssen sagen, daß unsere Sowjetrepublik eine sozialistische Republik ist, weil wir diesen Weg beschritten haben, und diese Worte werden keine leeren Worte sein.

Wir haben viele Maßnahmen eingeleitet, die die Herrschaft der Kapitalisten untergraben. Wir wissen, daß unsere Staatsmacht die Tätigkeit aller Institutionen unter einem Leitsatz vereinen mußte, und diesen Leitsatz formulieren wir folgendermaßen: „Rußland wird zu einer sozialistischen Sowjetrepublik erklärt." (Beifall.) Das wird die Wahrheit sein, die sich auf das stützt, was wir tun müssen und womit wir bereits begonnen haben. Das wird die beste Zusammenfassung unserer gesamten Tätigkeit, die Verkündung unseres Programms, ein Appell an die Werktätigen und Ausgebeuteten aller Länder sein, die entweder überhaupt nicht wissen, was Sozialismus ist, oder, noch schlimmer, unter Sozialismus jenen tschernowschen-zeretelischen Brei bürgerlicher Reformen verstehen, den wir probiert haben, den wir in zehn Monaten Revolution ausgekostet haben, wobei wir uns überzeugten, daß das eine Fälschung ist, aber kein Sozialismus.

Und eben deshalb setzten die „freien" Länder England und Frankreich alle Hebel in Bewegung, um in den zehn Monaten unserer Revolution kein einziges Exemplar der Zeitungen der Bolschewiki und der linken Sozialrevolutionäre durchzulassen. Sie mußten so handeln, weil sie sahen, wie in allen Ländern die Massen der Arbeiter und Bauern instinktiv alles das aufgriffen, was die russischen Arbeiter taten. Denn es gab keine einzige Versammlung, in der nicht die Nachrichten über die russische Revo-

lution und die Losung der Sowjetmacht mit Beifallsstürmen aufgenommen wurden. Die werktätigen und ausgebeuteten Massen sind bereits überall in Gegensatz zu ihren Parteispitzen geraten. Dieser alte Sozialismus der Parteispitzen ist noch nicht begraben, wie bei uns in Rußland Tschcheïdse und Zereteli, aber er ist bereits in allen Ländern der Welt geschlagen, ist bereits tot.

Und dieser alten bürgerlichen Ordnung steht bereits ein neuer Staat gegenüber – die Sowjetrepublik, die Republik der werktätigen und ausgebeuteten Klassen, die die alten bürgerlichen Schranken zerbrechen. Wir haben die neuen Formen eines Staates geschaffen, in dem es möglich wurde, die Ausbeuter niederzuwerfen, den Widerstand dieses winzigen Häufleins zu brechen, dessen Stärke der gestrige Geldsack, der gestrige Vorrat an Wissen ist. Diese Professoren, Lehrer, Ingenieure verwandeln ihr Wissen in ein Mittel zur Ausbeutung der Werktätigen, wenn sie sagen: Ich will, daß mein Wissen der Bourgeoisie diene, sonst werde ich nicht arbeiten. Aber ihre Macht ist durch die Arbeiter- und Bauernrevolution zerschlagen worden, und es entsteht gegen sie ein Staat, in dem die Massen selbst frei ihre Vertreter wählen.

Gerade jetzt können wir sagen, daß wir wirklich eine Organisation der Staatsmacht besitzen, die klar den Übergang zur völligen Aufhebung jeder Staatsmacht, jedes Staates zeigt. Das wird möglich werden, wenn es keine Spur von Ausbeutung mehr geben wird, das heißt in der sozialistischen Gesellschaft.

Ich will jetzt kurz auf jene Maßnahmen eingehen, die die sozialistische Sowjetregierung Rußlands in Angriff genommen hat. Eine der ersten Maßnahmen, um nicht nur die Gutsbesitzer vom russischen Boden hinwegzufegen, sondern auch um die Herrschaft der Bourgeoisie an der Wurzel zu untergraben und die Unterdrückung von Millionen und aber Millionen Werktätiger durch das Kapital unmöglich zu machen, war der Übergang zur Nationalisierung der Banken. Die Banken sind die großen Zentren der modernen kapitalistischen Wirtschaft. Hier häufen sich unerhörte Reichtümer an und werden über das ganze gewaltige Land verteilt, hier ist der Nerv des gesamten kapitalistischen Lebens. Das sind feine und komplizierte Organe, gewachsen im Laufe von Jahrhunderten, und gegen sie richteten sich die ersten Schläge der Sowjetmacht, die anfänglich in der Staatsbank auf erbitterten Widerstand stieß. Aber dieser

Widerstand hat die Sowjetmacht nicht zurückgehalten. Das Wesentlichste in der Organisation der Staatsbank ist uns gelungen, dieses Wesentlichste ist in den Händen der Arbeiter und Bauern, und von diesen grundlegenden Maßnahmen, die wir noch lange werden weiterentwickeln müssen, sind wir dazu übergegangen, Hand auf die Privatbanken zu legen.

Wir haben nicht so gehandelt, wie es wahrscheinlich die Paktierer empfohlen hätten: zuerst bis zur Konstituierenden Versammlung warten, dann vielleicht einen Gesetzentwurf ausarbeiten, ihn der Konstituierenden Versammlung vorlegen und so die Herren Bourgeois von unseren Absichten unterrichten, damit sie eine Hintertür fänden, um dieser unangenehmen Angelegenheit zu entgehen; vielleicht sie zur Beteiligung heranziehen, um dann Staatsgesetze zu schaffen – das wäre dann ein „Staatsakt".

Das wäre die Aufhebung des Sozialismus. Wir haben das ganz einfach gemacht; ohne zu fürchten, bei den „Gebildeten" oder, richtiger, den ungebildeten Anhängern der Bourgeoisie Anstoß zu erregen, die mit den Resten ihres Wissens schachern, haben wir erklärt: Wir haben bewaffnete Arbeiter und Bauern. Sie müssen heute früh alle Privatbanken besetzen. (Beifall.) Erst wenn das geschehen ist, wenn die Macht bereits in unseren Händen ist, erst dann werden wir beraten, welche Maßnahmen wir zu ergreifen haben. Am Morgen wurden die Banken besetzt, und abends beschloß das ZEK: „Die Banken werden zum Nationaleigentum erklärt." Es erfolgte die Verstaatlichung, die Vergesellschaftung des Bankwesens, seine Überführung in die Hände der Sowjetmacht.

Es gab niemanden unter uns, der sich vorgestellt hätte, daß ein so kunstvoller, komplizierter Apparat wie das Bankwesen, der sich im Laufe von Jahrhunderten aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem herausgebildet hatte, in wenigen Tagen zerbrochen oder umgestaltet werden könne. Das haben wir niemals behauptet. Und als Gelehrte und Pseudogelehrte den Kopf schüttelten und sich in Prophezeiungen ergingen, da sagten wir: Ihr könnt prophezeien, was ihr wollt. Wir kennen nur einen Weg der proletarischen Revolution: die feindliche Stellung erobern und auf Grund der eigenen Erfahrungen, der eigenen Fehler lernen, die Macht auszuüben. Wir unterschätzen keineswegs die Schwierigkeit unseres Weges, aber das Wichtigste haben wir bereits getan. Der Quell der kapitalistischen Reichtümer ist am Ort ihrer Verteilung zugeschüttet wor-

den. Die Annullierung der Staatsanleihen, das Abwerfen des Finanzjochs war danach ein ganz leichter Schritt. Auch der Übergang zur Konfiskation der Betriebe war nach der Einführung der Arbeiterkontrolle ganz leicht. Als man uns vorwarf, wir würden durch Einführung der Arbeiterkontrolle die Produktion in einzelne Stücke zerschlagen, wiesen wir diesen Unsinn zurück. Als wir die Arbeiterkontrolle einführten, wußten wir, daß bis zu ihrer Ausbreitung über ganz Rußland nicht wenig Zeit vergehen werde, aber wir wollten zeigen, daß wir nur einen Weg anerkennen – den Weg der Umgestaltungen von unten, den Weg, auf dem die Arbeiter selbst von unten her die neuen Grundlagen der wirtschaftlichen Verhältnisse schaffen. Dazu ist nicht wenig Zeit erforderlich.

Von der Arbeiterkontrolle gingen wir zur Schaffung des Obersten Volkswirtschaftsrats über. Nur diese Maßnahme zusammen mit der Nationalisierung der Banken und der Eisenbahnen, die in den nächsten Tagen erfolgen wird, gibt uns die Möglichkeit, den Aufbau der neuen sozialistischen Wirtschaft in Angriff zu nehmen. Wir kennen die Schwierigkeit unseres Werkes sehr gut, aber wir erklären, daß nur derjenige ein wirklicher Sozialist ist, der diese Arbeit in Angriff nimmt und sich dabei auf die Erfahrungen und den Instinkt der werktätigen Massen stützt. Sie werden viele Fehler machen, aber die Hauptsache ist getan. Sie wissen: wenn sie sich an die Sowjetmacht wenden, ist ihnen jede Unterstützung gegen die Ausbeuter gewiß. Es gibt keine Maßnahme, die ihre Arbeit erleichtern könnte, die nicht von der Sowjetmacht voll und ganz unterstützt werden würde. Die Sowjetmacht ist nicht allwissend und kann nicht überall rechtzeitig eingreifen, auf Schritt und Tritt muß sie schwierige Aufgaben bewältigen. Sehr oft schicken die Arbeiter und Bauern Delegationen zur Regierung, die fragen, was sie beispielsweise mit bestimmten Ländereien tun sollen. Und ich persönlich sah mich oft in eine schwierige Lage versetzt, wenn ich feststellen mußte, daß sie selber noch unentschlossen waren. Ich sagte ihnen: Ihr seid die Macht, tut alles, was euch wünschenswert erscheint, nehmt alles, was ihr braucht, wir werden euch unterstützen, sorgt aber für die Produktion, sorgt dafür, daß Nützliches produziert wird. Stellt euch auf nützliche Arbeit um, ihr werdet Fehler machen, aber ihr werdet lernen. Und die Arbeiter haben bereits angefangen zu lernen, sie haben bereits den Kampf gegen die Saboteure aufgenommen. Die Menschen haben aus der Bildung einen Zaun errich-

tet, der die Werktätigen hindert, vorwärtszuschreiten. Dieser Zaun wird niedergerissen werden.

Kein Zweifel, der Krieg demoralisiert die Menschen im Hinterland wie an der Front: durch Löhne über jede Norm hinaus für diejenigen, die für den Krieg arbeiten, durch die Heranziehung aller, die sich vor dem Krieg drücken, lumpenproletarischer oder halb lumpenproletarischer Elemente, die nur den Wunsch haben, etwas „einzustecken", um dann zu verschwinden. Aber diese Elemente, das Schlimmste, was uns von der alten kapitalistischen Ordnung geblieben ist, die alle alten Laster dieser Ordnung mitschleppen, müssen wir davonjagen, entfernen, wir müssen in die Betriebe die besten proletarischen Elemente hineinbringen und aus ihnen Zellen des künftigen sozialistischen Rußlands machen. Das ist kein leichtes Vorhaben, es ist mit vielen Konflikten, Reibungen und Zusammenstößen verbunden. Und wir, der Rat der Volkskommissare wie auch ich persönlich, bekamen ihre Klagen und Drohungen zu hören, aber wir nahmen sie ruhig auf, denn wir wußten, daß wir jetzt einen Richter haben, an den wir uns wenden können. Dieser Richter sind die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. (B e i f a l l.) Das Wort dieses Richters ist unanfechtbar, darauf werden wir stets vertrauen.

Der Kapitalismus spaltet mit Vorbedacht die Arbeiter, um das kleine Häuflein der Oberschichten der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie zu binden. Mit ihnen sind Konflikte unvermeidlich. Ohne Kampf werden wir nicht zum Sozialismus kommen. Aber wir sind bereit zum Kampf, wir haben ihn begonnen und werden ihn zu Ende führen mit Hilfe jenes Apparats, der Sowjet heißt. Wenn wir entstehende Konflikte dem Gericht des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten unterbreiten, so wird jede beliebige Frage mit Leichtigkeit entschieden werden. Denn wie stark auch die Gruppe der privilegierten Arbeiter sein mag, wenn man sie vor die Vertretung aller Arbeiter stellt, so wird ein solches Gericht, ich wiederhole das, für sie unanfechtbar sein. Eine solche Regelung beginnt eben erst. Die Arbeiter und Bauern glauben noch nicht genug an ihre eigene Kraft, sie sind infolge jahrhundertelanger Tradition allzusehr gewöhnt, auf Weisungen von oben zu warten. Sie haben sich noch nicht völlig zu eigen gemacht, daß das Proletariat die herrschende Klasse ist; unter ihnen gibt es noch Elemente, die verängstigt und eingeschüchtert sind, die meinen, daß sie die schändliche Schule der Bourgeoisie durchmachen

müßten. Dieses schändlichste aller bürgerlichen Vorurteile hat sich am längsten erhalten, aber es ist im Schwinden begriffen und wird restlos verschwinden. Wir sind überzeugt, daß mit jedem Schritt der Sowjetmacht immer mehr Menschen hervortreten werden, die sich völlig frei gemacht haben von dem alten bürgerlichen Vorurteil, daß der einfache Arbeiter und Bauer nicht imstande sei, den Staat zu regieren. Er kann es, er wird es lernen, wenn er mit dem Regieren erst anfängt! (Beifall.)

Eine organisatorische Aufgabe ist auch die Auslese von Führern und Organisatoren unter den Volksmassen. Diese gewaltige, diese gigantische Arbeit steht jetzt auf der Tagesordnung. Sie zu bewältigen wäre ganz undenkbar, gäbe es nicht die Sowjetmacht, diesen Filtrierapparat, der Menschen auszulesen imstande ist.

Wir haben nicht nur das Staatsgesetz über die Kontrolle, wir haben sogar etwas noch Wertvolleres: Versuche des Proletariats, mit den Fabrikantenverbänden Verträge zu schließen, um den Arbeitern die Leitung ganzer Industriezweige zu sichern. Die Lederarbeiter haben bereits angefangen, einen solchen Vertrag auszuarbeiten, und stehen vor dem Abschluß dieses Vertrags mit dem Gesamtrussischen Verband der Lederfabrikanten. Ich messe derartigen Verträgen besonders große Bedeutung bei.[105] Sie zeigen, daß sich die Arbeiter ihrer eigenen Kraft immer mehr bewußt werden.

Genossen! Ich bin in meinem Bericht auf die besonders brennenden und schwierigen Fragen, auf die Fragen des Friedens und der Ernährung nicht eingegangen, weil diese Fragen als besondere Punkte auf der Tagesordnung stehen und besonders behandelt werden sollen.

Ich habe mir in meinem kurzen Bericht die Aufgabe gestellt zu zeigen, wie ich selbst und der Rat der Volkskommissare in seiner Gesamtheit die Entwicklung einschätzen, die wir in diesen zweieinhalb Monaten durchgemacht haben, wie sich das Kräfteverhältnis der Klassen in dieser neuen Periode der russischen Revolution gestaltet, wie die neue Staatsmacht sich herausgebildet hat, vor welche sozialen Aufgaben sie gestellt ist.

Rußland hat den richtigen Weg zur Verwirklichung des Sozialismus eingeschlagen – den Weg der Nationalisierung der Banken, der Übergabe des gesamten Bodens an die werktätigen Massen. Wir wissen sehr gut, welche Schwierigkeiten vor uns liegen, aber wir sind überzeugt – das zeigt uns ein Vergleich mit den früheren Revolutionen –, wir werden gewaltige

Erfolge erringen, und wir befinden uns auf dem Wege, der uns den vollen Sieg sichert.

Und mit uns zusammen werden die Massen der fortgeschritteneren Länder gehen, die durch den räuberischen Krieg voneinander getrennt worden sind, deren Arbeiter eine längere Schule der Demokratisierung durchgemacht haben. Wenn man uns die Schwierigkeit unseres Werkes schildert, wenn man uns sagt, daß der Sieg des Sozialismus nur im Weltmaßstab möglich sei, so sehen wir darin lediglich einen Versuch, einen besonders aussichtslosen Versuch der Bourgeoisie und ihrer freiwilligen und unfreiwilligen Anhänger, eine ganz unleugbare Wahrheit zu entstellen. Natürlich, der endgültige Sieg des Sozialismus in *einem* Lande ist unmöglich. Unsere Arbeiter und Bauern, die die Sowjetmacht unterstützen, sind ein Teil jener internationalen Armee, die jetzt durch den Weltkrieg zersplittert ist, aber nach Vereinigung strebt, und jede Nachricht, jeder kleinste Bericht über unsere Revolution, jeder Name wird von dem Proletariat mit einem Beifallssturm begrüßt, weil es weiß, daß in Rußland an der gemeinsamen Sache gearbeitet wird, der Sache des Aufstands des Proletariats, der internationalen sozialistischen Revolution. Mehr als alle Proklamationen und Konferenzen wirkt das lebendige Beispiel, die Inangriffnahme des Werkes in irgendeinem Lande, daran entzünden sich die werktätigen Massen in allen Ländern.

Wenn der Oktoberstreik von 1905 – dieser erste Schritt der siegreichen Revolution – sofort auf Westeuropa übergriff und damals, im Jahre 1905, die Bewegung der österreichischen Arbeiter hervorrief, wenn wir schon damals in der Praxis gesehen haben, was das Beispiel der Revolution, die Aktion der Arbeiter in *einem* Lande bedeutet, so sehen wir jetzt, daß die sozialistische Revolution in allen Ländern der Welt täglich, ja stündlich heranreift.

Wenn wir auch Fehler und Mißgriffe begehen, wenn sich auf unserem Wege nicht alles reibungslos vollzieht, so ist nicht das für sie wichtig – wichtig für sie ist unser Beispiel, das ist es, was sie zusammenschließt. Und sie sagen: Wir werden zusammengehen und siegen, koste es, was es wolle. (Beifall.)

Die großen Begründer des Sozialismus, Marx und Engels, die einige Jahrzehnte lang die Entwicklung der Arbeiterbewegung und das Anwachsen der sozialistischen Weltrevolution beobachteten, sahen klar, daß

der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus lange Geburtswehen, eine lange Periode der Diktatur des Proletariats, das Zerschlagen alles Alten, die erbarmungslose Vernichtung aller Formen des Kapitalismus, das Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder erfordert, die alle ihre Anstrengungen vereinigen müssen, um den endgültigen Sieg zu sichern. Und sie haben erklärt, daß am Ende des 19. Jahrhunderts der Franzose beginnen und der Deutsche vollenden werde.[106] Der Franzose werde beginnen, weil er in Jahrzehnten der Revolution in sich jene selbstlose Initiative in der revolutionären Aktion entwickelte, die ihn zum Vortrupp der sozialistischen Revolution gemacht hat.

Wir sehen jetzt eine andere Kombination der Kräfte des internationalen Sozialismus. Wir sagen, daß die Bewegung leichter in den Ländern beginnen kann, die nicht zu den Ausbeuterländern, denen es leichter ist zu rauben und die imstande sind, die Oberschicht ihrer Arbeiter zu bestechen, gehören. Diese pseudosozialistischen, fast durchweg ministeriablen, tschernowschen-zeretelischen Parteien Westeuropas tun nichts und haben keine festen Grundlagen. Wir haben das Beispiel Italiens gesehen, wir haben in diesen Tagen den heroischen Kampf der österreichischen Arbeiter gegen die imperialistischen Räuber vor Augen gehabt.[107] Wenn es auch den Räubern gelingen sollte, vorübergehend die Bewegung aufzuhalten – sie ganz zum Stillstand zu bringen ist unmöglich, sie ist unbesiegbar.

Die Sowjetrepublik wird lange Zeit ein Vorbild für sie sein. Unsere sozialistische Sowjetrepublik wird unerschütterlich dastehen, als Fackel des internationalen Sozialismus und als Vorbild für die werktätigen Massen. Dort sehen wir Streit, Krieg, Blutvergießen, Millionen Menschenopfer, Ausbeutung durch das Kapital, hier – eine wirkliche Politik des Friedens und die sozialistische Sowjetrepublik.

Die Dinge sind anders gekommen, als es Marx und Engels erwartet haben. Uns, den russischen werktätigen und ausgebeuteten Klassen, ist die ehrenvolle Rolle des Vortrupps der internationalen sozialistischen Revolution zugefallen, und wir sehen jetzt klar, wie die Entwicklung der Revolution weit voranschreiten wird. Der Russe hat begonnen, der Deutsche, der Franzose, der Engländer werden vollenden, und der Sozialismus wird siegen. (Beifall.)

2

SCHLUSSWORT ZUM BERICHT DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE 12. (25.) JANUAR

Nachdem ich heute die Redner von rechts gehört habe, die Einwendungen gegen meinen Bericht erhoben, wundere ich mich, daß sie bisher noch nichts gelernt und all das vergessen haben, was sie vergebens „Marxismus" nennen. Einer der Redner, die gegen mich polemisierten, erklärte, wir wären für die Diktatur der Demokratie eingetreten, wir hätten die Macht der Demokratie anerkannt. Diese Erklärung ist so ungereimt, so absurd und unsinnig, daß man sie nur als leeren Wortschwall bezeichnen kann. Es ist das genauso, als wollte man von eisernem Schnee oder irgend etwas Ähnlichem sprechen. (Heiterkeit.) Die Demokratie ist eine der Formen des bürgerlichen Staates, für die sich alle Verräter des wahren Sozialismus einsetzen, die heute an der Spitze des offiziellen Sozialismus stehen und behaupten, die Demokratie stehe im Widerspruch zur Diktatur des Proletariats. Solange die Revolution nicht über den Rahmen der bürgerlichen Ordnung hinausging, waren wir für die Demokratie, aber sobald wir die ersten Anzeichen des Sozialismus im ganzen Ablauf der Revolution wahrnahmen, nahmen wir eine Position ein, die mit aller Entschiedenheit die Diktatur des Proletariats vertritt.

Und es ist seltsam, daß Leute, die diese einfache Wahrheit von der Bedeutung der Worte „Demokratie" und „Diktatur des Proletariats" nicht begreifen können oder nicht begreifen wollen, sich erdreisten, vor einer so großen Versammlung diesen alten unnützen Plunder auszukramen, der in allen Reden der Herren Opponenten zu finden ist. Die Demokratie ist formaler Parlamentarismus, in Wirklichkeit – ständige, grausame Verhöhnung, erbarmungslose, unerträgliche Unterdrückung des werktätigen Volkes durch die Bourgeoisie. Und dagegen können nur die-

jenigen Einwendungen erheben, die nicht wirkliche Vertreter der Arbeiterklasse, sondern klägliche Menschen im Futteral sind, die immer abseits vom Leben gestanden, geschlafen und dabei unter dem Kopfkissen sorgsam ein altes, zerlesenes Buch versteckt gehalten haben, das niemand braucht, das ihnen aber Führer und Lehrbuch für die Verbreitung des offiziellen Sozialismus ist. Jedoch der Geist von vielen Millionen schöpferischer Menschen schafft etwas unendlich Höheres als die größte und genialste Voraussicht. Der wirkliche, revolutionäre Sozialismus hat sich nicht erst heute abgespalten, sondern seit Beginn des Krieges. Es gibt kein einziges Land, keinen einzigen Staat, in dem diese bedeutungsvolle Spaltung, dieser Riß in der Lehre des Sozialismus nicht zu verzeichnen wäre. Und es ist sehr gut, daß er sich abgespalten hat!

Auf die Beschuldigung, wir kämpften gegen „Sozialisten", können wir nur sagen, daß in der Epoche des Parlamentarismus diese seine Anhänger nichts mehr gemein haben mit dem Sozialismus, sondern sich zersetzt, überlebt haben, zurückgeblieben und schließlich auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen sind. Die „Sozialisten", die während des Krieges, der durch die imperialistischen Bestrebungen der internationalen Räuber hervorgerufen wurde, von der „Verteidigung der Heimat" schrien, sind keine Sozialisten, sondern Lakaien, Kostgänger der Bourgeoisie.

Diejenigen, die so viel von Diktatur der Demokratie reden, dreschen nur unsinnige, ungereimte Phrasen, aus denen völlige ökonomische Unwissenheit und politische Verständnislosigkeit sprechen.

Einer der Opponenten hat hier erklärt, die Pariser Kommune könne stolz darauf sein, daß es während der Erhebung der Pariser Arbeiter keine Gewaltakte und keine Willkür gegeben habe. Aber es besteht kein Zweifel, daß die Kommune eben deswegen zusammenbrach, weil sie, als es notwendig war, nicht in genügendem Maße zur Waffengewalt griff – obwohl sie in der Geschichte unsterblich geblieben ist, da sie zum erstenmal die Idee der Diktatur des Proletariats in die Tat umgesetzt hat.

Der Redner streift in kurzen Zügen den Kampf gegen die Vertreter der Bourgeoisie, der Gutsbesitzer und Kapitalisten und erklärt unter stürmischem Beifall bestimmt und entschieden: Was man auch sagen mag, letzten Endes wird die Bourgeoisie kraft des Willens des revolutionären Volkes gezwungen sein, entweder zu kapitulieren oder unterzugehen.

Lenin zieht eine Parallele zwischen dem Anarchismus und den Ansichten der Bolschewiki und erklärt, daß jetzt, in der Epoche der radikalen Zerschlagung der bürgerlichen Ordnung, die Vorstellungen vom Anarchismus endlich lebendige Formen annehmen. Aber um das Joch der bürgerlichen Ordnung abzuwerfen, bedarf es einer festen revolutionären Macht der werktätigen Klassen, der Macht des revolutionären Staates. Das ist das Wesen des Kommunismus. Jetzt, da die Masse selbst die Waffen in die Hand nimmt und den schonungslosen Kampf gegen die Ausbeuter beginnt, da die neue Macht des Volkes angewandt wird, die nichts mit der parlamentarischen Macht gemein hat, jetzt haben wir vor uns schon nicht mehr den alten, seinen Traditionen und Formen nach überlebten Staat, sondern etwas Neues, das sich auf die schöpferische Kraft der Massen gründet. Und während ein Teil der Anarchisten, der noch immer unter dem Einfluß der veralteten Auffassungen steht, mit Furcht von den Sowjets redet, steht die neue, frische Strömung des Anarchismus eindeutig auf der Seite der Sowjets, in denen sie die Lebenskraft und die Fähigkeit erkennt, die Sympathie und die schöpferische Kraft der Massen zu wecken.

Ihre Schuld und Ihre Blindheit besteht darin – erklärt der Redner, sich an die „Opponenten" wendend –, daß Sie es nicht verstanden haben, von der Revolution zu lernen. Bereits am 4. April habe ich in diesem Saal behauptet, daß die Sowjets die höchste Form des Demokratismus sind.* Entweder gehen die Sowjets unter – und dann wäre die Revolution endgültig verloren –, oder die Sowjets bleiben am Leben, und dann wäre es lächerlich, von irgendeiner bürgerlich-demokratischen Revolution zu reden, während die Blütezeit der sozialistischen Ordnung und der Zusammenbruch des Kapitalismus heranreifen. Von der bürgerlich-demokratischen Revolution haben die Bolschewiki 1905 gesprochen, jetzt aber, wo die Sowjets an der Macht sind, wo die Arbeiter, Soldaten und Bauern in einer Zeit unerhörter, durch den Krieg bedingter Entbehrungen und Schrecken, in einer Atmosphäre des Zerfalls, angesichts des Gespenstes des Hungertodes, erklärt haben: wir ergreifen die gesamte Macht und gehen selbst an den Aufbau des neuen Lebens – jetzt kann von der bürgerlich-demokratischen Revolution keine Rede sein. Das haben die Bol-

* Siehe Werke, Bd. 24, S. 3–8. *Die Red.*

schewiki in Resolutionen und Beschlüssen auf Kongressen, Versammlungen und Konferenzen bereits im April des vergangenen Jahres erklärt.

Und denen, die behaupten, daß wir nichts getan haben, daß wir die ganze Zeit über untätig waren, daß die Herrschaft der Sowjetmacht keinerlei Früchte gezeitigt habe, können wir nur antworten: Werft einen Blick in die Tiefen des werktätigen Volkes, in die Massen. Dort geht eine rastlose organisatorische, schöpferische Arbeit vor sich, dort quillt ein neues, von der Revolution geweihtes Leben hervor. Auf dem Lande ergreifen die Bauern vom Boden Besitz, die Arbeiter nehmen die Fabriken und Werke in ihre Hände, überall entstehen die verschiedensten Organisationen.

Die Sowjetmacht erstrebt die Beendigung des Krieges, und wir sind gewiß, daß sie das früher erreichen wird, als es die Vertreter der Kerenskiregierung versprochen hatten. Denn zur Beendigung des Krieges wird der revolutionäre Faktor beitragen, der die Verträge zerrissen und die Anleihen annulliert hat. Der Krieg wird in Verbindung mit der internationalen revolutionären Bewegung beendet werden.

Zum Schluß geht der Redner mit einigen Worten auf die konterrevolutionären Saboteure ein: Es sind das Gruppen, die von der Bourgeoisie gekauft sind, von der Bourgeoisie, die die sabotierenden Beamten, die der Sowjetmacht den Kampf um des Triumphs der Reaktion willen angesagt haben, mit Geschenken überschüttet. Die Tatsache, daß das Volk rücksichtslos mit der Axt der Bauern und Arbeiter auf die Bourgeoisie einschlägt, diese Tatsache scheint ihnen der wahre Weltuntergang und das unwiderrufliche Ende von allem. Wenn wir irgendeine Schuld tragen, so besteht sie darin, daß wir gegenüber den Vertretern der bürgerlich-imperialistischen Ordnung, die einen ungeheuerlichen Verrat begangen haben, allzu human, allzu gutmütig waren.

Dieser Tage kamen Mitarbeiter der „Nowaja Shisn" zu mir und erklärten, daß sie im Auftrag der Bankangestellten kämen, die den Dienst wieder aufnehmen, die Politik der Sabotage aufgeben und sich vollkommen der Sowjetmacht unterordnen wollten. Und ich antwortete ihnen: Das hätten sie längst tun sollen!* Aber, unter uns gesagt, wenn sie glauben, daß wir bei diesen Verhandlungen auch nur um ein Jota von unseren revolutionären Positionen abgehen werden, dann irren sie sich gewaltig.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 499/500. *Die Red.*

Was jetzt bei uns in Rußland vor sich geht, in diesem Riesenland, das in einzelne Staaten zerstückelt ist, das aus einer gewaltigen Zahl verschiedenartiger Nationalitäten und Völker besteht, hat die Welt noch nicht gesehen: eine kolossale organisatorische Arbeit in allen Kreisen und Gebieten, die Organisierung der Massen, die unmittelbare Arbeit der Massen, die schöpferische Aufbauarbeit, die auf den Widerstand der verschiedenen bürgerlichen Vertreter des Imperialismus stößt. Diese Arbeiter und Bauern haben ein seinen titanischen Ausmaßen nach unerhörtes Werk begonnen und werden zusammen mit den Sowjets die kapitalistische Ausbeutung endgültig vernichten, und das Joch der Bourgeoisie wird schließlich für immer abgeschüttelt werden.

3

SCHLUSSWORT VOR BEENDIGUNG DES KONGRESSES 18. (31.) JANUAR

Genossen! Vor Beendigung des dritten Sowjetkongresses muß man mit aller Objektivität feststellen, daß diesem Kongreß in der Geschichte der internationalen Revolution, in der Geschichte der Menschheit eine weltgeschichtliche Bedeutung zukommt. Man kann mit vollem Recht behaupten, daß der dritte Sowjetkongreß eine neue Epoche in der Weltgeschichte eröffnet hat, und heute, unter den Bedingungen der Weltrevolution, beginnt man die ganze Bedeutung dieses Kongresses immer mehr und mehr zu erkennen. Dieser Kongreß, der die Organisation der neuen, von der Oktoberrevolution geschaffenen Staatsmacht verankerte, hat den Weg abgesteckt für den künftigen sozialistischen Aufbau in der ganzen Welt, für die Werktätigen aller Länder.

Bei uns in Rußland ist jetzt auf innenpolitischem Gebiet die neue Staatsordnung der Sozialistischen Sowjetrepublik endgültig als Föderation freier Republiken der verschiedenen Nationen Rußlands anerkannt. Und jetzt sehen alle, ich bin überzeugt, sogar unsere Feinde: die neue Ordnung, die Sowjetmacht, ist keine Erfindung, kein Schachzug einer Partei, sondern Ergebnis der Entwicklung des Lebens selbst, Ergebnis der elementar sich entwickelnden Weltrevolution. Denken Sie daran, daß alle großen Revolutionen stets danach strebten, die alte kapitalistische Ordnung mit der Wurzel auszurotten, danach strebten, nicht nur politische Rechte zu erobern, sondern auch die Verwaltung des Staates selbst den herrschenden Klassen, allen Ausbeutern und Unterdrückern der Werktätigen zu entreißen, um ein für allemal jeder Ausbeutung und jeder Unterdrückung ein Ende zu setzen. Die großen Revolutionen strebten gerade danach, diesen alten Staatsapparat der Ausbeutung zu zerschlagen, aber bisher war es nicht gelungen, das zu vollenden. Und nun hat Rußland jetzt, infolge der Besonderheiten seiner wirtschaftlichen und politischen Lage, als erstes Land diesen Übergang der Staatsverwaltung in die Hände der Werktätigen selbst zuwege gebracht. Jetzt werden wir auf

einem von historischem Gerümpel gereinigten Weg den gewaltigen lichten Bau der sozialistischen Gesellschaft errichten. Es entsteht ein neuer, in der Geschichte noch nicht dagewesener Typus einer Staatsmacht, die durch den Willen der Revolution berufen ist, die Erde von jeder Ausbeutung, Gewalt und Knechtschaft zu befreien.

Betrachten wir jetzt, was das neue sozialistische Prinzip der Staatsverwaltung auf dem Gebiet unserer Innenpolitik gebracht hat. Genossen, Sie erinnern sich, wie noch unlängst die bürgerliche Presse immerfort schrie, daß wir den russischen Staat zerstören, daß wir nicht zu regieren verstehen, weshalb auch alle Nationalitäten, Finnland, die Ukraine usw., uns verlassen. Die bürgerliche Presse überschlug sich vor Schadenfreude und berichtete fast jeden Tag über einen solchen „Abfall". Wir, Genossen, erkannten besser als die bürgerliche Presse die Hauptursachen dieser Erscheinung, die in dem Mißtrauen der werktätigen Massen gegen die Regierung der Paktierer und Imperialisten, der Herren Kerenski und Co. wurzeln. Wir haben geschwiegen, weil wir fest daran glaubten, daß unsere gerechten Grundsätze, unsere eigene Regierungstätigkeit besser als Worte allen Werktätigen unsere wirklichen Ziele und Bestrebungen klarmachen werden.

Und wir haben recht behalten. Wir sehen jetzt, daß unsere Ideen in Finnland, in der Ukraine gesiegt haben und im Dongebiet siegen, das Klassenbewußtsein der Werktätigen wecken und sie zu einem festen Bund zusammenschließen. Wir haben ohne Diplomaten, ohne die von den Imperialisten angewandten alten Methoden gehandelt, aber ein gewaltiges Resultat erzielt – den Sieg der Revolution und den Zusammenschluß der Sieger mit uns zu einer einzigen machtvollen revolutionären Föderation. Wir herrschen, nicht indem wir teilen – wie es das grausame Gesetz des alten Rom verlangte –, sondern indem wir alle Werktätigen durch die unzerreißbaren Ketten ihrer Lebensinteressen, ihres Klassenbewußtseins vereinen. Und unser Bund, unser neuer Staat ist fester als die Gewaltherrschaft, die durch Lüge und Waffengewalt die den Imperialisten unentbehrlichen künstlichen Staatengebilde zusammenhält. Kaum hatten zum Beispiel die finnischen Arbeiter und Bauern die Macht in ihre Hände genommen, da wandten sie sich an uns und brachten ihre Treue zur proletarischen Weltrevolution zum Ausdruck, in Begrüßungsworten, aus denen ihre unerschütterliche Entschlossenheit sprach, mit uns zusam-

men den Weg der Internationale zu gehen. Das ist die Grundlage unserer Föderation, und ich bin fest überzeugt, daß sich die verschiedenen einzelnen Föderationen freier Nationen immer mehr und mehr um das revolutionäre Rußland sammeln werden. Ganz freiwillig, ohne Lüge und ohne Waffen, wird diese Föderation wachsen, sie ist unbesiegbar. Die beste Bürgschaft für ihre Unbesiegbarkeit sind die Gesetze, ist die Staatsordnung, die wir bei uns schaffen. Soeben haben Sie das Gesetz über die Sozialisierung des Bodens gehört. Ist dieses Gesetz etwa keine Bürgschaft dafür, daß die Einheit der Arbeiter und Bauern heute unzerstörbar ist, daß wir angesichts einer solchen Einheit imstande sein werden, alle Hindernisse auf dem Wege zum Sozialismus zu überwinden?

Und diese Hindernisse, ich verschweige das nicht, sind ungeheuer groß. Die Bourgeoisie wird alle Hebel in Bewegung setzen, wird va banque spielen, um unsere Einheit zu zerstören. Es werden sich Lügner, Provokateure, Verräter und vielleicht auch rückständige Menschen finden, aber uns kann von nun an nichts schrecken, denn wir haben unsere neue Staatsmacht geschaffen, denn in unseren Händen befindet sich die Selbstverwaltung des Staates. Jedem konterrevolutionären Versuch werden wir mit unserer ganzen Macht begegnen. Aber die wichtigste Grundlage für die Stabilität der neuen Ordnung, das sind die organisatorischen Maßnahmen, die wir im Namen des Sozialismus durchführen werden. In dieser Beziehung steht uns eine gewaltige Arbeit bevor. Denken Sie daran, Genossen, daß die internationalen imperialistischen Räuber, die die Nationen in den Krieg trieben, das ganze wirtschaftliche Leben der Welt von Grund auf zerrüttet haben. Sie haben uns ein schweres Erbe hinterlassen – wir müssen wiederaufbauen, was sie zerstörten.

Gewiß, die Werktätigen hatten keine Erfahrung im Regieren, aber das schreckt uns nicht. Dem siegreichen Proletariat hat sich die Erde erschlossen, die jetzt zum Gemeingut des Volkes geworden ist, und es wird imstande sein, eine neue Produktion und Konsumtion nach sozialistischen Grundsätzen aufzubauen. Früher war das ganze menschliche Denken, der menschliche Genius nur darauf gerichtet, den einen alle Güter der Technik und Kultur zu geben und den anderen das Notwendigste vorzuenthalten – Bildung und Entwicklung. Jetzt dagegen werden alle Wunder der Technik, alle Errungenschaften der Kultur zum Gemeingut des Volkes, und von jetzt an wird das menschliche Denken, der menschliche

Genius niemals mehr ein Mittel der Gewalt, ein Mittel der Ausbeutung sein. Das wissen wir. Und lohnt es etwa nicht, für diese gewaltige geschichtliche Aufgabe zu arbeiten, dafür alle Kräfte einzusetzen? Die Werktätigen werden dieses titanische geschichtliche Werk vollbringen, denn in ihnen schlummern die großen Kräfte der Revolution, der Wiedergeburt und der Erneuerung.

Wir stehen nicht mehr allein. In den letzten Tagen sind bedeutsame Ereignisse vor sich gegangen, nicht nur in der Ukraine und im Dongebiet, nicht nur im Reiche unserer Kaledin und Kerenski, sondern auch in Westeuropa. Sie kennen bereits die Telegramme über die Lage der Revolution in Deutschland. Die Feuerzungen des revolutionären Brandes schlagen immer stärker über der ganzen verfaulten alten Weltordnung zusammen. Es war keine vom Leben losgelöste Theorie, keine Phantasie von Stubengelehrten, daß wir durch die Schaffung der Sowjetmacht ebensolche Versuche auch in anderen Ländern hervorrufen würden. Denn, ich wiederhole das, es gab für die Werktätigen keinen anderen Ausweg aus diesem blutigen Gemetzel. Jetzt werden diese Versuche bereits zu sicheren Errungenschaften der internationalen Revolution.* Wir schließen den historischen Sowjetkongreß unter dem Zeichen der immer mehr anwachsenden Weltrevolution, und die Zeit ist nicht mehr fern, wo die Werktätigen aller Länder sich zu einem einzigen, die ganze Menschheit umfassenden Staat zusammenschließen werden, um mit vereinten Kräften das neue Gebäude des Sozialismus zu errichten. Der Weg zu diesem Aufbau führt über die Sowjets als eine der Formen der beginnenden Weltrevolution.

Ich grüße Sie und fordere Sie auf, dieses neue Gebäude zu errichten. Sie werden in Ihre Heimatorte zurückkehren und alle Kräfte anstrengen, um unseren gewaltigen Sieg zu organisieren und zu verankern. (Stürmische Ovationen.)

* In dem in der „Prawda" Nr. 15 vom 2. Februar (20. Januar) 1918 veröffentlichten Text folgt der Absatz: „Sie erinnern sich, wie uns die Imperialisten und die bürgerlichen Lakaien anklafften: ‚Ihr, ihr habt mit eurer Politik die Bundesgenossen – England, Amerika, Frankreich – verloren', wie sie kläfften, daß wir ‚Rußland isolieren . . .' Ja, Genossen, wir haben die englischen, französischen und amerikanischen Kapitalisten verloren, die englischen, französischen, deutschen Arbeiter, Soldaten und Bauern jedoch gewonnen. Soll jemand die Stirn haben zu sagen, wir wären jetzt ohne Bundesgenossen." *Die Red.*

ANWEISUNG AN DEN STAB DER ROTEN GARDE[108]

12. Januar 1918

Angesichts der über Petrograd heraufgezogenen akuten Gefahr einer Hungersnot und gemäß dem Beschluß des Rats der Volkskommissare, eine Überprüfung der Eisenbahnen in Petrograd und Umgebung durchzuführen, um festzustellen, ob auf den Strecken Waggons mit Getreide vorhanden sind, wird der Stab der Roten Garde angewiesen, bei dieser Überprüfung und der Festnahme von Spekulanten und Saboteuren Unterstützung zu leisten.

Dazu wird angeordnet, unverzüglich eine entsprechende Anzahl Abteilungen zu bilden, die morgen, am 13. Januar, früh zum Kommissariat für das Eisenbahnwesen, zu Gen. Newski oder seinem Stellvertreter, zu entsenden sind, um gemeinsam mit ihm folgende Aktionen durchzuführen:

1. die Bahnhöfe sind abzugehen und von den Bahnhofsvorstehern und den anderen Verwaltungsbeamten Bescheinigungen darüber zu fordern, daß es dort (auf dem Bahnhof und auf den Strecken) keinen einzigen Waggon mit Getreide oder Lebensmitteln gibt;

2. es ist nachzuprüfen, ob dort wirklich keine Waggons mit Getreide usw. vorhanden sind; die Nachprüfung ist gemeinsam mit den Eisenbahnern vorzunehmen;

3. im Fall unwahrer Angaben oder falscher Auskunft sind die Verwaltungsbeamten (im Einvernehmen mit den Komitees der Eisenbahnarbeiter) festzunehmen und dem Revolutionsgericht zu übergeben.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

Zuerst veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVIII.

Nach dem Manuskript.

AUSSERORDENTLICHER GESAMTRUSSISCHER EISENBAHNERKONGRESS[109] 5.–30. JANUAR (18. JANUAR–12. FEBRUAR) 1918

1

BERICHT DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE

13. (26.) JANUAR

Genossen! Leider ist es mir nicht möglich, Ihnen ein erschöpfendes Referat zu halten, doch ich hoffe, daß diejenigen unter Ihnen, die sich für den Stand der Dinge näher interessieren, sich teils aus den Zeitungsnachrichten, teils auf Grund der persönlichen Eindrücke auf dem Sowjetkongreß ein vollständiges, genaues Bild von der jetzigen Lage der Sowjetmacht machen konnten, von ihrer Stellung zu den anderen Körperschaften und von den Aufgaben, vor die sie jetzt gestellt ist. Gestatten Sie mir deshalb, mich auf einige kurze Ergänzungen zu beschränken. Um die Aufgaben und die Lage der Sowjetmacht zu charakterisieren, muß ich auf die Frage eingehen, welche Stellung sie zur Organisation des Eisenbahnerproletariats, der Werktätigen der Eisenbahn, einnimmt.

Genossen! Sie wissen, daß die Sowjetmacht mit der Konstituierenden Versammlung in Kollision geraten ist und daß alle besitzenden Klassen, die Gutsbesitzer, die Bourgeoisie, die Kaledinleute und ihre Anhänger, uns jetzt mit einem Hagel von Vorwürfen überschütten, weil die Sowjetmacht die Konstituierende Versammlung aufgelöst hat. Aber je lauter diese Vorwürfe in den Spalten der wenigen bürgerlichen Zeitungen erhoben werden, desto lauter ertönt auch die Stimme der Arbeiter, der Soldaten, der Werktätigen und Ausgebeuteten. Die Bauern erklären, sie hätten nie daran gezweifelt, daß die Sowjetmacht höher stehe als jede andere Macht, daß weder die Arbeiter noch die Soldaten noch die Bauern

jemals ihre von ihnen gewählten, geschaffenen, kontrollierten Sowjets irgend jemandem, irgendeiner Institution ausliefern werden. Die Sowjetmacht ist mit der Konstituierenden Versammlung vor allem deshalb in Konflikt geraten, weil die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung, wie Sie alle wissen, nach Listen durchgeführt wurden, die noch vor der Oktoberrevolution aufgestellt worden waren. Die Konstituierende Versammlung ist in allgemeinen, direkten, gleichen, geheimen Wahlen nach dem Verhältniswahlsystem gewählt worden. Dieses System ist das vollkommenste Wahlsystem, aber nur unter einer Bedingung kann es den Willen des Volkes richtig zum Ausdruck bringen: wenn nämlich die Parteien, die bei diesem System allein das Recht und die Möglichkeit haben, Listen aufzustellen, wenn diese Parteien wirklich die Stimmung, die Wünsche, die Interessen, den Willen jener Bevölkerungsgruppen widerspiegeln, von denen sie gewählt werden; denn bei dem anderen Wahlsystem, wo der einzelne Bezirk seinen besonderen Kandidaten oder Abgeordneten wählt, bei diesem Wahlsystem kann das Volk leicht, sofort seine Fehler korrigieren, entsprechend seiner Stimmung oder den vor sich gegangenen politischen Veränderungen. Beim Verhältniswahlsystem aber muß die Partei als Ganzes die Kandidatenlisten lange vor den Wahlen aufstellen, und so mußten also die Parteien im September und Anfang Oktober die Listen für die Konstituierende Versammlung aufstellen, die am 12. November zusammentreten sollte. Wie Sie sich alle erinnern werden, war der äußerste Termin gesetzlich festgelegt. Zu diesem äußersten Termin mußten alle Parteien ihre Kandidatenlisten eingereicht haben, danach war eine Änderung der Listen unmöglich. So kam es, daß die größte Partei in Rußland, die Partei, die damals, im Sommer und im Herbst, zweifellos die größte Partei war, die Partei der Sozialrevolutionäre, Anfang Oktober 1917 ihre Kandidatenlisten im Namen der ganzen Partei der Sozialrevolutionäre einreichen mußte. So ist es auch geschehen. Die Listen waren Anfang Oktober eingereicht, und in ihnen waren die Kandidaten der Partei der Sozialrevolutionäre aufgeführt – als ob eine solche Partei als einheitliches Ganzes existierte. Nach Aufstellung der Listen, nachdem die russischen Arbeiter und Bauern, die ihre Sowjets schufen, seit dem Beginn der Revolution einen langen, schweren und mühevollen Weg zurückgelegt hatten, erwies es sich, daß es mit der Politik des Paktierens mit Kerenski nicht mehr weitergehen konnte. Und dieser

galt ja ebenfalls als Sozialrevolutionär – als angeblicher Sozialist, als angeblicher Revolutionär –, in Wirklichkeit aber war er ein Imperialist, der die Geheimverträge in der Tasche verbarg, die Verträge mit den französischen und englischen Imperialisten, dieselben Verträge, die der im Februar gestürzte Zar abgeschlossen hatte, dieselben Verträge, mit denen das russische Volk zur Schlachtbank getrieben wurde, damit der russische Kapitalist Konstantinopel, die Dardanellen, Armenien oder ein Stück Galizien erhalte, während jene unter ihnen, die besonders weit ausholten, wie der berüchtigte Miljukow, im voraus Karten zeichneten, nach denen auch ein Stück Ostpreußen abgetrennt werden und dem russischen Volk zukommen sollte als Belohnung für das vergossene Blut von Millionen Arbeitern und Soldaten. Eben das war in Wirklichkeit die russische bürgerlich-imperialistische Republik unter Kerenski, der sich weiter als Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre betrachtete und in der Tat Mitglied dieser Partei blieb.

Ende Oktober trat der Zweite Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten zusammen, als das Volk dieses Paktieren mit den Imperialisten bereits satt hatte, als die Junioffensive uns Hunderttausende Opfer gekostet und anschaulich gezeigt hatte, warum der Krieg in die Länge gezogen wurde, wie mit diesen Geheimverträgen die Soldaten zur Schlachtbank getrieben wurden, wie die „Worte" vom Frieden nur Worte blieben. Deswegen stürzte der Zweite Gesamtrussische Sowjetkongreß diese bürgerlich-imperialistische Regierung und errichtete die Sowjetmacht. Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung erfolgten schließlich am 12. November; und die Arbeiter, Soldaten und insbesondere die Bauern waren gezwungen, nach den alten Listen zu wählen, andere gab es nicht und konnten nicht aufgestellt werden. Wenn man uns daher jetzt sagt: „Ihr habt die Konstituierende Versammlung auseinandergejagt, die den Willen der Mehrheit des Volkes vertritt", wenn das die bürgerlichen Federfuchser und Zeitungen solcher Sozialisten wie Kerenski in den verschiedensten Tonarten wiederholen, so antworten wir ihnen: „Warum seid ihr nicht imstande, dem Volke auch nur ein einziges offenes Wort gegen das Argument zu sagen, das ich soeben vorgebracht habe und das in dem Dekret über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung angeführt war?" Wir können die Konstituierende Versammlung nicht für den Ausdruck des Volkswillens halten, weil sie

nach den alten Listen gewählt worden ist. Die Arbeiter und insbesondere die Bauern hatten für die Partei der Sozialrevolutionäre als einheitliche Partei gestimmt, aber diese Partei spaltete sich nach den Wahlen, und so sah das Volk nach den Wahlen zwei Parteien vor sich – die der rechten Sozialrevolutionäre, die mit der Bourgeoisie zusammengingen, und die Partei der linken Sozialrevolutionäre, die mit der Arbeiterklasse, mit den Werktätigen zusammenging und auf die Seite des Sozialismus trat. Konnte das Volk zur Zeit der Konstituierenden Versammlung zwischen den rechten und linken Sozialrevolutionären wählen? Nein! Deshalb sagen wir, daß sogar im Hinblick auf die Aufstellung der Listen und die Wahlen, daß sogar von diesem formalen Standpunkt aus niemand unsere Behauptung widerlegen kann, daß die Konstituierende Versammlung nicht imstande war, den Willen des Volkes richtig zum Ausdruck zu bringen. Es ist nicht Schuld der Revolution, daß sie nach der Aufstellung der Listen und vor den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung ausbrach; es ist nicht Schuld der Revolution, daß die Partei der Sozialrevolutionäre das Volk und insbesondere die Bauernschaft so lange in Unwissenheit gehalten und mit Phrasen irregeführt hat, daß erst nach dem 25. Oktober, als der zweite Bauernkongreß zusammentrat, klar wurde, daß es zwischen den rechten und den linken Sozialrevolutionären keine Versöhnung geben konnte. Und danach begann eine Reihe von Kongressen sowohl der Soldaten als der Bauern – bis zu dem jetzigen Eisenbahnerkongreß.

Überall sahen wir das gleiche Bild, überall stellte sich einerseits die gewaltige Mehrheit derer, die wirklich zu den Werktätigen und Ausgebeuteten gehören, voll und ganz, vorbehaltlos und unwiderruflich auf die Seite der Sowjetmacht, während anderseits die bürgerlichen Oberschichten, die Angestellten, die Verwaltungsbeamten, die reichen Bauern, während sie alle sich auf die Seite der besitzenden Klassen, auf die Seite der Bourgeoisie stellten und die Losung ausgaben: „Alle Macht der Konstituierenden Versammlung" – der Konstituierenden Versammlung, deren Kandidaten vor der Revolution nominiert wurden und bei deren Wahl das Volk nicht wußte, wie es die rechten und linken Sozialrevolutionäre voneinander unterscheiden sollte. Nein, die Revolution der werktätigen Klassen steht höher als alte Listen, die Interessen der Werktätigen und Ausgebeuteten, die bis zur Revolution unterdrückt waren, müssen an erster Stelle stehen – und wenn die Konstituierende Versammlung sich

dem Willen der Sowjetmacht entgegenstellt, dem Willen der offenkundigen Mehrheit der Werktätigen, dann sagen wir – nieder mit der Konstituierenden Versammlung! Es lebe die Sowjetmacht! (Beifall.) Und jetzt, Genossen, überzeugen wir uns jeden Tag davon, daß die Sowjetmacht immer mehr und mehr die Unterstützung der Armen, der Werktätigen und Ausgebeuteten auf allen Gebieten der Volkswirtschaft und in allen Teilen des Landes findet; und wie sehr die bürgerlichen Zeitungen und Zeitungen, die sich, mit Verlaub zu sagen, als sozialistische bezeichnen, Zeitungen wie die der rechten Sozialrevolutionäre, der Partei Kerenskis, wie sehr sie uns auch verleumden mögen, daß unsere Macht gegen das Volk gerichtet sei, sich nicht auf das Volk stütze – es ist das eine offensichtliche Unwahrheit. Gerade heute haben wir eine besonders anschauliche Bestätigung erhalten, eine Nachricht (in einem Nachttelegramm) aus dem Dongebiet über den Zusammentritt eines Kongresses eines Teils der Kosaken in Woronesh und eines Kongresses von 20 Kosakenregimentern und 5 Batterien in der Staniza Kamenskaja. Die Frontkosaken beriefen ihren Kongreß ein, weil sie sehen, daß sich um die Kaledinleute die Offiziere, die Offiziersschüler und Gutsbesitzersöhnchen sammeln, die unzufrieden damit sind, daß in Rußland die Macht an die Sowjets übergeht, und die möchten, daß das Dongebiet selbständig werde. Dort wird die Partei Kaledins organisiert, der sich erster Ataman nennt. Man mußte diesen Kongreß der Frontkosaken auseinandertreiben. Diese antworteten darauf, indem sie erstens sich dem Kongreß in Woronesh anschlossen, zweitens Kaledin den Krieg erklärten, drittens die Atamane verhafteten und viertens alle wichtigen Bahnstationen besetzten.

Mögen jetzt die Herren Rjabuschinski, die Millionen dorthin geschickt haben und hier Millionen gegeben haben, damit die Saboteure ihr Gehalt bekommen und der Sowjetmacht Hindernisse in den Weg legen, mögen jetzt die Herren Rjabuschinski zusammen mit den Herren Kapitalisten Frankreichs und Englands und mit dem rumänischen König ihr Schicksal beklagen und bejammern: ihre letzte Hoffnung ist zuschanden geworden, sogar im Dongebiet, wo es die meisten wohlhabenden Bauern gibt, die von Lohnarbeit anderer leben, die fremde Arbeit ausbeuten und einen ständigen Kampf gegen die zugewanderte Bauernbevölkerung führen, die die Not von weither dorthin getrieben hat – sogar dort, wo es die meisten Ausbeuter unter der Bauernschaft gibt, sogar dort haben sich die Men-

schen über diese Organisation der Offiziere, der Offiziersschüler und Eigentümer empört, die beschlossen, gegen die Sowjetmacht zu kämpfen, sogar dort haben wir dieselbe Teilung gesehen, die man nicht sehen will und die man uns zum Vorwurf macht. „Die Bolschewiki proklamieren den Bürgerkrieg." Haben wir vielleicht Kaledin erfunden, haben vielleicht die Bolschewiki Rjabuschinski erfunden? Wir wissen aber, auch unter dem Zaren war das die Hauptstütze der Zarenherrschaft, diese Leute haben sich nur versteckt, um die russische Republik zu einer ebensolchen bürgerlichen Republik zu machen, wie sie in den meisten Ländern besteht, wo bei aller Freiheit und Wählbarkeit das werktätige Volk genauso, wenn nicht schlimmer, unterdrückt wird wie in irgendeiner Monarchie. Wenn man sagt, daß die Bolschewiki den Bruderkrieg, den Bürgerkrieg entfachen, wenn man uns Flüche wegen des verbrecherischen Bruder- und Bürgerkriegs entgegenschleudert, den wir Bolschewiki heraufbeschworen haben sollen, so antworten wir: „Was ist denn das für ein Bruderkrieg? Sind etwa die Rjabuschinski, die Kaledin Brüder der Werktätigen? Merkwürdig, daß weder die Matrosen noch die Soldaten noch die Arbeiter noch die Bauern etwas davon gewußt haben, daß sie das nicht bemerkt haben, merkwürdig, daß sie so hartnäckig erklären: Die Rjabuschinski und Kaledin müssen sich der Sowjetmacht unterwerfen."

Der wahnwitzige, sinnlose Versuch der Offiziere und Offiziersschüler, in Petrograd und Moskau einen Aufstand zu organisieren, endete ergebnislos, weil die gewaltige Mehrheit der Arbeiter und Soldaten fest auf der Seite der Sowjetmacht steht. Sie wußten, wenn der Krieg beginnt, dann bewaffnen sich die Soldaten, und sie werden niemandem die Waffen ausliefern. Das Volk schloß sich zusammen und organisierte sich, um sein Schicksal selbst in die Hände zu nehmen – eben dafür begann es die Revolution. Sie sahen, sie wußten sehr gut, daß hier, in Petrograd, das ganze Volk auf der Seite der Sowjetmacht war, und als sie in Petrograd und in Moskau geschlagen waren, liefen sie nach dem Dongebiet, um dort eine Verschwörung anzuzetteln, und bei dieser Verschwörung der Konterrevolution gegen die werktätigen Massen hofften sie sich auf die bürgerliche Kiewer Rada stützen zu können, die ihre letzten Tage fristet, weil sie jedes Vertrauen eingebüßt hat. Nachdem sie überall den Werktätigen den Bürgerkrieg erklärt haben, werfen sie uns vor, wir hätten ihn begonnen; sie sagen: Ihr entfacht den Bürgerkrieg, nieder mit dem Bürgerkrieg!

Darauf antworten wir: Nieder mit den Rjabuschinski und Kaledin und allen ihren Helfershelfern! (Beifall.)

Genossen! Wenn daher die Bourgeoisie eine so schwere Anklage erhebt und behauptet, wir würden die Demokratie zerstören, wir hätten den Glauben an die Formen der Demokratie, an die Einrichtungen der Demokratie zerstört, die so teuer sind und die revolutionäre Bewegung in Rußland so lange unterstützt und genährt haben, wir hätten die höchste Form der Demokratie, die Konstituierende Versammlung, zerstört, so antworten wir: Nein, das ist nicht wahr; als wir die Republik des Sozialisten Kerenski hatten, die Republik der imperialistischen Führer, der Führer der Bourgeoisie mit den Geheimverträgen in der Tasche, die die Soldaten in den Krieg jagte (den man einen gerechten Krieg nannte) – gewiß, da war die Konstituierende Versammlung besser als das Vorparlament, in dem Kerenski in Übereinkunft mit Tschernow und Zereteli die alte Politik trieb. Wir haben seit Beginn der Revolution, seit April 1917, offen und unumwunden gesagt, daß die Sowjets eine viel höhere, viel vollkommenere, viel zweckmäßigere Form der Demokratie, der Demokratie der Werktätigen sind als die Konstituierende Versammlung.* Die Konstituierende Versammlung vereinigt alle Klassen, also auch die Ausbeuterklassen, auch die Besitzenden, auch die Bourgeoisie, auch diejenigen, die ihre Bildung auf Kosten des Volkes, auf Kosten der Ausgebeuteten, erworben haben, sich vom Volke losgelöst haben, um sich den Kapitalisten anzuschließen, um ihr Wissen in ein Werkzeug der Unterdrückung des Volkes zu verwandeln, die ihr Wissen, die höchsten Errungenschaften der Wissenschaft im Kampf gegen die Werktätigen gebrauchen. Wir aber sagen: Wenn die Revolution beginnt, so ist sie die Revolution der Werktätigen und Ausgebeuteten, dann darf nur der Organisation der Werktätigen, nur der Organisation der Ausgebeuteten die ganze Macht im Staate gehören. Dieser Demokratismus steht unvergleichlich höher als der alte Demokratismus. Die Sowjets sind nicht von irgendeiner Partei erfunden worden. Sie wissen sehr gut, daß es keine Partei gegeben hat, die imstande gewesen wäre, sie zu erfinden. Sie sind durch die Revolution von 1905 ins Leben gerufen worden. Wie kurze Zeit auch die Sowjets bestanden haben, schon damals war es klar, daß die einzige feste Stütze des Volkes in seinem Kampf gegen die Selbstherrschaft die Sowjets sind.

* Siehe Werke, Bd. 24, S. 3–8. *Die Red.*

Als der Niedergang der Sowjets begann und sie durch gesamtnationale Vertretungskörperschaften ersetzt wurden, da sahen wir, wie in diesen Einrichtungen, in allen Dumas, auf allen Kongressen, Versammlungen die Kadetten, die Kapitalisten, die Ausbeuter auftraten, wie die Politik der Verständigung mit dem Zaren begann, wie die Organe der Volksbewegung verfielen und die Revolution zugrunde ging. Als daher die Revolution von 1917 nicht nur die Sowjets wiedererstehen ließ, sondern das ganze Land mit einem Netz von Sowjets überzog, da lehrten die Sowjets die Arbeiter, Soldaten und Bauern, daß sie die ganze Macht im Staate nicht dergestalt in ihre Hände nehmen können und dürfen wie in den bürgerlichen Parlamenten: dort hat jeder Bürger die gleichen Rechte wie die anderen Bürger. Wenn der Arbeiter verkündet, daß er und Rjabuschinski gleich seien, der Bauer, daß er und der Gutsbesitzer mit 12 000 Desjatinen Land gleich seien, so wird das Leben der Armen dadurch nicht leichter. Die beste demokratische Form, die beste demokratische Republik ist deshalb die Staatsmacht ohne Gutsbesitzer und Reiche.

Infolge des Krieges, der unerhörten Zerrüttung, des Hungers, der Gefahr des Untergangs, des direkten physischen Untergangs von Millionen Menschen hat das russische Volk schneller in allem seine Erfahrungen gemacht und im Laufe von einigen Monaten seine Entscheidung getroffen. Im April, als am 20. der verwundete Linde die Soldaten auf die Straßen Petrograds führte, um die Regierung Miljukows und Gutschkows zu stürzen, in einer langen Periode des Ministerwechsels, als alle Parteien vor den Kadetten krochen und Programme in die Welt setzten, eines schöner, verlockender und vielversprechender als das andere, hat sich das Volk überzeugt, daß dabei nichts herauskommt, daß man ihm Frieden verspricht, es aber in Wirklichkeit in die Offensive führt: im Juni 1917 kamen Zehntausende von Soldaten um, weil es den Geheimvertrag zwischen dem Zaren und den europäischen Imperialisten gab, den Kerenski bestätigt hatte. Auf Grund dieser Erfahrungen, der eigenen Erfahrungen, nicht infolge der Propaganda, zog das Volk einen Vergleich zwischen der sozialistischen Sowjetmacht und der bürgerlichen Republik, kam es zu der Überzeugung, daß die alten Formen und die alten Einrichtungen des bürgerlichen Imperialismus untauglich sind, die Interessen der Werktätigen und Ausgebeuteten wahrzunehmen, daß dazu nur die Macht der Sowjets imstande ist, in die die Arbeiter, die Soldaten, die

Bauern, die Eisenbahner, in die alle Werktätigen frei ihre Vertreter wählen, die sie ungehindert abberufen, wenn sie den Forderungen und Wünschen des Volkes nicht entsprechen. Man ist nicht in den Sowjets, um Gesetze auszulegen und durch Parlamentsreden zu glänzen, sondern um die Freiheit zu verwirklichen und das Joch der Ausbeutung abzuwerfen. Die Arbeiter selbst werden den Staat auf neuen Grundlagen aufbauen, werden ein neues Leben in einem neuen Rußland aufbauen, in dem für Ausbeuter kein Platz sein wird. Das ist es, was zur Entstehung der Sowjets geführt hat, deshalb haben wir gesagt, daß die Erfahrungen der russischen Revolution den Menschen gezeigt haben, bestätigt haben, worauf wir schon längst hinwiesen: daß die Sowjetmacht eine viel höhere Form der Demokratie ist als die bürgerlichen Republiken, die sich in den westeuropäischen Staaten herausgebildet haben; hier, in dieser wirklichen Demokratie können und müssen die Werktätigen, die Arbeiter über die Nichtarbeitenden, über die Ausbeuterschichten der Gesellschaft herrschen, die Arbeiter, Soldaten, Bauern und Eisenbahner können selbst die Herren sein, den Produktenaustausch zwischen Stadt und Land organisieren, einen gerechten Arbeitslohn ohne Gutsbesitzer und Kapitalisten festsetzen.

Das ist es, warum die Sowjetrepublik Rußland sich jetzt ganz als sozialistische Republik entwickelt hat, als Republik, die den Gutsbesitzern das Land weggenommen, die Arbeiterkontrolle in den Fabriken und Werken eingeführt, ihre Hand, die Hand der Arbeiter, der sozialistischen Organisationen, auf die Banken gelegt hat und es so dem Volke ermöglichte, selber die ungeheuren Schätze zu verwalten, die die Kapitalisten zusammengetragen haben, diese Schätze nicht zur Unterdrückung der Werktätigen, sondern zur Hebung des Wohlstands und der Kultur aller Werktätigen zu verwenden. Das ist das Ziel, das zu verwirklichen die Sowjetrepublik berufen ist. Eben deshalb bekunden das Volk, die werktätigen Klassen im Ausland eine solche Sympathie für uns, ungeachtet der Militärzensur der Zaren, ungeachtet der Verfolgung der sozialistischen Zeitungen durch die ausländischen Kerenski. Die dortigen bürgerlichen Zeitungen verbreiten schändliche Lügen über unser Land; unsere Zeitungen werden verfolgt, nicht eine einzige Nummer der „Prawda" wird durchgelassen. Soeben ist ein Freund von mir aus der Schweiz zurückgekehrt, der dort lebte, wo ich noch vor kurzem so lange ein trauriges Leben führen mußte. Er erzählt, daß man in der freien Schweiz nicht eine

einzige Tatsache kennt, daß die freien Republiken des freien Europa keine einzige Nummer unserer Zeitung durchlassen, daß man dort nur die völlig verlogenen Nachrichten der bürgerlichen Zeitungen liest, die nichts weiter wissen, als auf die Bolschewiki zu schimpfen. Aber trotzdem haben die Arbeiter in allen Ländern begriffen, daß die Sowjetmacht in Rußland wirklich eine Regierung der Werktätigen ist. Und es gibt im jetzigen Europa, weder in England noch in Frankreich, noch in Deutschland, noch in den anderen Ländern, keinen Arbeiter, der nicht die Nachrichten über die russische Revolution mit Beifall aufnimmt, weil er in ihr die Hoffnung sieht, die Fackel, die den Brand in ganz Europa entfachen wird.

Wenn die russische Revolution sich so einfach vollzogen hat, so nur deshalb, weil Rußland auf die barbarischste Weise vom Zarismus unterdrückt wurde und kein einziges Land durch den Krieg so gemartert und gepeinigt worden ist wie Rußland.

Wenn es dem russischen Volk als erstem gelungen ist, die Fackel der sozialistischen Revolution zu erheben, so weiß es, daß es in diesem Kampf nicht allein steht und daß es mit Hilfe treuer Genossen und Freunde dieses Werk zu Ende führen wird. Vielleicht wird es nicht so rasch gehen, wir wissen nicht, wieviel Zeit vergehen wird, bis die sozialistische Revolution auch in anderen Ländern ausbricht. Sie wissen, wie im allgemeinen Revolutionen in den anderen Staaten vor sich gehen. Jeder von Ihnen hat das Jahr 1917 miterlebt und weiß, daß drei Monate vor dem Beginn der Revolution niemand wußte, daß sie ausbrechen wird. Wir wissen, daß auf Österreich bereits Arbeiterstreiks übergegriffen haben. Als die Parteien in Europa mit ihren Tschernow und Zereteli an der Spitze immer mehr jeden Einfluß auf den Gang der Ereignisse verloren, als sie sich vollkommen isoliert fühlten, begann man dort von der Verhängung des Belagerungszustands, in Deutschland von der Einführung der Militärdiktatur zu reden. Jetzt sind die Streiks in Wien eingestellt, und die Zeitungen erscheinen wieder. Ich habe aus Stockholm ein Telegramm von unserem Vertreter Worowski erhalten, in dem er sagt, daß die Bewegung zweifellos zum Stillstand gekommen sei, daß es aber doch nicht gelingen werde, sie ganz zu erdrosseln, daß sie wieder aufflammen werde. Das ist eine der Folgen der Aufnahme der Friedensverhandlungen in Brest und der Tatsache, daß wir das Versprechen erfüllten, das wir gegeben haben. Die Geheimverträge sind annulliert, ver-

öffentlicht und vor aller Augen angeprangert. Wir haben gezeigt, daß diese Verpflichtungen der alten Kapitalisten, ob sie nun Geheimverträge oder Anleihen heißen, für uns jetzt ein Fetzen Papier sind, den wir fortgeworfen haben, denn sie hindern uns, die werktätigen Massen, am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Wenn die Deutschen in Brest ihre schamlosen Forderungen erhoben – sie versprachen in Worten, einen gerechten Frieden anzuerkennen, zeigten aber in Wirklichkeit die alten Eroberungs- und Raubgelüste –, so beginnen jetzt die werktätigen Massen das zu erkennen. Diese Verzögerung ist künstlich herbeigeführt, das ist den Massen klar; sie sagen, daß man mit der Fortsetzung des Krieges Schluß machen kann, wenn die russischen Arbeiter und Bauern mit dem Krieg Schluß gemacht haben, daß man den Kampf gegen die Regierungen aufnehmen kann. Wenn auch 1905 am 17. Oktober der erste große Massenstreik von der Selbstherrschaft unterdrückt wurde, so führte er doch in Österreich, in Wien und Prag zu einer Reihe von Ereignissen, zu Arbeiterdemonstrationen, und eben damals haben die Österreicher das allgemeine Wahlrecht erkämpft. Die russische Revolution von 1905 wurde vom Zarismus unterdrückt, aber sie hat bewirkt, daß die westeuropäischen Arbeiter an die großen künftigen Reformen glauben, d. h. an das, was jetzt vor sich geht.

Sie haben alle bei der Eröffnung des dritten Sowjetkongresses eine ganze Reihe von Vertretern ausländischer Parteien gesehen, die erklärten, daß sie die Arbeiterbewegung in England, in der Schweiz und in Amerika beobachtet haben, und sie erklärten einmütig, daß die sozialistische Revolution in Europa auf der Tagesordnung steht. Dort ist die Bourgeoisie stärker und klüger als unsere Kerenski, sie hat es vermocht, sich zu organisieren, damit es den Massen schwerer sei, sich zu erheben. Dort haben die Arbeiter einen gewissen Wohlstand, und deshalb fällt es dort schwerer, den Einfluß der alten sozialistischen Parteien zu brechen, die sich seit Jahrzehnten behaupten, die stark und mächtig geworden sind und in den Augen des Volkes Autorität erlangt haben. Aber diese Autorität büßen sie bereits ein, in den Massen brodelt es, und es besteht kein Zweifel, daß in der nächsten Zukunft, vielleicht auch in einer entfernteren Zukunft, die sozialistische Revolution in allen Ländern auf der Tagesordnung stehen wird, denn das Ende der kapitalistischen Unterdrückung ist gekommen.

Wenn man uns sagt, daß die Bolschewiki ein so utopisches Zeug wie die Einführung des Sozialismus in Rußland ausgeheckt haben, daß das eine unmögliche Sache sei, so antworten wir darauf: Wie wäre es möglich gewesen, daß sich die Sympathie der Mehrheit der Arbeiter, Bauern und Soldaten Utopisten und Phantasten zuwandte? Hat nicht gerade deshalb die Mehrheit der Arbeiter, Bauern und Soldaten sich auf unsere Seite gestellt, weil sie aus eigener Anschauung die Ergebnisse des Krieges kennen, weil sie sahen, daß die alte Gesellschaft keinen Ausweg bietet, daß die Kapitalisten mit allen Wundern der Technik und Kultur einen Vernichtungskrieg begonnen haben, daß die Menschen vertieren, verwildern und Hunger leiden. Das haben die Kapitalisten getan, und deshalb stehen wir jetzt vor der Frage: entweder Untergang oder vollständige Zerschlagung dieser alten bürgerlichen Gesellschaft. Das ist der tiefe Sinn unserer Revolution. Deshalb sehen wir, daß in dem kleinen benachbarten Estland, wo das Volk des Lesens und Schreibens kundig ist, dieser Tage ein Kongreß der Landarbeiter zusammentrat, der Bevollmächtigte wählte, die alle hochentwickelten landwirtschaftlichen Betriebe in ihre Hände nahmen. Das ist eine Umwälzung von weltgeschichtlicher Bedeutung. Die Landarbeiter, die in der kapitalistischen Wirtschaft auf der untersten Sprosse der sozialen Leiter standen, nehmen diese Betriebe unter Kontrolle. Dann Finnland, wo der Landtag im Namen der Nation sprach, wo die Bourgeoisie von uns die Anerkennung der Unabhängigkeit forderte. Wir werden all die Nationen, die der Zarismus durch Unterdrückung festhielt, nicht gewaltsam innerhalb Rußlands oder eines einheitlichen Russischen Staates festhalten. Wir haben darauf gerechnet, daß wir die anderen Nationen, die Ukraine, Finnland, nicht durch Gewalt, nicht durch Zwang anziehen werden, sondern dadurch, daß sie ihre eigene sozialistische Welt, ihre eigenen Sowjetrepubliken schaffen. Wir sehen jetzt, daß in Finnland jeden Tag eine Arbeiterrevolution erwartet wird; in jenem Finnland, das bereits seit 12 Jahren, seit 1905, sich der vollen Freiheit im Innern erfreute und das Wahlrecht für demokratische Körperschaften besaß. Von 1905 bis 1917 fielen in dieses Land, das sich durch sein Kulturniveau, seine Wirtschaftsstruktur und seine Vergangenheit unterscheidet, Funken jenes Brandes, den die Bolschewiki künstlich entfacht haben sollen, und dort beginnt, wie wir sehen, die sozialistische Revolution. Diese Erscheinung beweist, daß wir nicht durch den Partei-

kampf geblendet sind, daß wir nicht nach einem Plan gehandelt haben, sondern daß allein die ausweglose Lage der gesamten Menschheit nach dem Kriege diese Revolution hervorgebracht und die sozialistische Revolution unbesiegbar gemacht hat.

Genossen! Gestatten Sie mir, zum Schluß darauf hinzuweisen, daß genau dasselbe auch auf Ihrem Eisenbahnerkongreß vor sich gegangen ist. Wir sahen, unter welchen Schwierigkeiten der Kampf gegen die Spitzenorganisationen der Eisenbahner geführt wurde. Ihr Eisenbahner habt euch selbst aus eigener Erfahrung davon überzeugt, daß die Masse des werktätigen Eisenbahnerproletariats die Schwierigkeiten der Organisierung des Eisenbahnwesens selbst auszukosten hatte. Diese ausweglose Lage im Eisenbahnwesen ist nicht künstlich, nicht zufällig entstanden: seine Organisation ist entweder bewußt von den bürgerlichen Elementen gehemmt worden, die von den Millionären, die Hunderttausende von Rubeln hinauswarfen und zu allem bereit waren, um die Sowjetmacht zu vernichten, gekauft wurden; oder aber diese Lage entstand, weil die Bourgeoisie sich weigerte, die bestehende Ordnung zu ändern, weil sie der Auffassung war, Gott habe befohlen, daß es Vorgesetzte und Habenichtse geben soll, die bei ihnen arbeiten, daß die Vorgesetzten mit ihnen nach Belieben umspringen. In der Tat, die Verwaltungsbeamten glaubten, daß Gott das wirklich so befohlen habe, daß es keine andere Ordnung geben könne und daß ein Chaos entstehen würde, wenn man diese Ordnung antasten wollte. Aber das ist nicht so. Die Vereinigung der werktätigen Massen steht über allem, sie werden es vermögen, eine kameradschaftliche Disziplin zu schaffen und alle Errungenschaften der Technik und Kultur zu nutzen, um das Eisenbahnwesen und den Produktenaustausch zwischen Stadt und Land richtig in Gang zu bringen, um den Arbeitern und Bauern zu helfen, die Volkswirtschaft im gesamtrussischen Maßstab zu organisieren, so, daß die werktätigen Massen ohne Gutsbesitzer und Kapitalisten die Früchte ihrer Arbeit genießen können, daß Wissenschaft und Technik nicht der Bereicherung eines Häufleins Menschen dienen, nicht dazu, den Geldsack zu füllen, sondern das gesamte Eisenbahnwesen zu verbessern. Das ist für uns besonders wichtig. Sie wissen, wieviel Bestechung, Betrug, Spekulation es auf jedem Eisenbahnknotenpunkt gibt; Sie wissen, wie die Ausbeuter Millionen hinauswerfen, um das Transportwesen zu schädigen, um Waggons dorthin zu schaffen, wo sie nicht mehr zu finden sind. Das

alles geschieht, um den Hunger zu verschärfen und das Volk gegen die Sowjetmacht aufzuhetzen. Aber Sie alle wissen, wenn die Mehrheit der Eisenbahnerorganisationen sich zusammenschließt und sich die Unterstützung der Sowjetmacht zur Aufgabe macht, dann erst werden alle Gauner, Saboteure, Kapitalisten und Ausbeuter, wird dieses ganze Überbleibsel der bürgerlichen Gesellschaft in erbarmungslosem Kampf hinweggefegt werden, und dann erst wird es möglich sein, das Eisenbahnwesen richtig zu organisieren und die Arbeiter, Soldaten und Bauern völlig von der Macht der Unterdrücker zu befreien, dann erst werden wir zum Sozialismus kommen. (Stürmischer Beifall im ganzen Saal.)

2

ANTWORT AUF SCHRIFTLICHE FRAGEN

Genossen! Die schriftlichen Anfragen, die vor mir liegen, zerfallen in zwei Gruppen: die einen Fragen betreffen die Konstituierende Versammlung, die anderen den Hunger und die wirtschaftliche Zerrüttung. Ich werde auf diese beiden Gruppen getrennt antworten und dabei die Fragen, die mehr oder weniger dasselbe Thema betreffen, miteinander verknüpfen. Was die Konstituierende Versammlung angeht, so fragt man uns: War es gerecht, die Konstituierende Versammlung aufzulösen, und sollte man nicht eine neue Konstituierende Versammlung einberufen? Oder wäre es nicht richtiger gewesen, die Frage durch ein Referendum zu entscheiden, bevor man die Konstituierende Versammlung auflöste? Nein, Genossen! Kein Referendum, keine neue Konstituierende Versammlung kann hier helfen. So haben sich die Parteien in Rußland entwickelt. Mit wem die Kapitalisten, mit wem die Arbeiter und Bauern sympathisieren, das haben wir gesehen. Die Sowjetmacht ist nicht durch ein Dekret irgend jemandes, nicht auf Beschluß irgendeiner Partei entstanden, denn sie steht höher als die Parteien, denn sie ist auf Grund der revolutionären Erfahrungen, auf Grund der Erfahrungen von Millionen Menschen geschaffen worden. Es ist ganz und gar kein Zufall, daß die Sowjets 1905 entstanden, 1917 emporwuchsen und eine neue Republik schufen, die es in den europäischen Ländern nicht gibt und nicht geben wird, solange dort das Kapital herrscht. Jedoch die Sowjetrepublik wird überall den Sieg davontragen, und dann wird dem Kapital der entscheidende Schlag versetzt werden. Ich muß darauf hinweisen, daß die Konstituierende Versammlung wie das Referendum nach den alten Mustern des bürgerlichen Parlamentarismus gestaltet sind, und bei der Volks-

abstimmung ist man gezwungen, infolge der Herrschaft des Kapitals, mit dem Kapital zu rechnen, mit ihm zu handeln. Die Sowjetmacht aber stellt keine Vertreter, die in den Parlamenten die Klingen kreuzen, glänzende Reden wechseln und die Herrschaft des Kapitals und des bürokratischen Apparats stärken. Die Sowjetmacht geht von den werktätigen Massen selbst aus, sie schafft kein Parlament, sondern eine Versammlung von Vertretern der Werktätigen, die Gesetze erläßt, die sofort durchgeführt werden, ins Leben eindringen und sich den Kampf gegen die Ausbeuter zur Aufgabe machen. Die Konstituierende Versammlung nach altem Muster und das Referendum nach altem Muster stellten sich die Aufgabe, den Willen der gesamten Nation zusammenzufassen und die Möglichkeit zu schaffen, daß Wölfe und Lämmer, Ausbeuter und Ausgebeutete friedlich beieinander leben. Nein, das wollen wir nicht. Das alles haben wir durchgemacht und erprobt. Wir haben genug davon. Und wir sind überzeugt, daß die Mehrheit der Arbeiter, Bauern und Soldaten genug davon hat. In einer Zeit, wo der Krieg zu heroischen Anstrengungen zwingt, weil man sich entweder den Klauen des Kapitals entreißen oder untergehen muß, will man uns veranlassen, einen Versuch zu machen, der bereits in den europäischen Ländern gemacht worden ist und uns den alten bürgerlichen Kapitalismus und eine gesamtnationale Vertretung bringen würde, nicht aber eine Vertretung der werktätigen Massen. Wir brauchen nicht eine bürgerliche Vertretung, sondern eine Vertretung der Ausgebeuteten und Unterdrückten, die einen rücksichtslosen Kampf gegen die Ausbeuter führt. Das ist die Absicht der Sowjetmacht; damit ist weder ein Parlament noch ein Referendum vereinbar. Die Sowjetmacht steht höher, sie gibt den Werktätigen die Möglichkeit, wenn sie mit ihrer Partei nicht zufrieden sind, neue Delegierte zu wählen, die Macht einer anderen Partei zu übertragen und die Regierung zu ändern – ohne die geringste Revolution, denn die Erfahrungen mit Kerenski, Kaledin und der bürgerlichen Rada haben gezeigt, daß ein Kampf gegen die Sowjetmacht unmöglich ist. Und wenn es jetzt in Rußland einige Dutzend Leute gibt, die gegen die Sowjetmacht kämpfen, so gibt es doch nur wenige solcher sonderbaren Käuze, und in einigen Wochen werden sie überhaupt verschwunden sein, die Sowjetmacht als die Organisation der unterdrückten Klasse zum Sturz der Unterdrücker und zur Beseitigung der Ausbeuter wird triumphieren.

Nunmehr komme ich zu der schrecklichen Geißel der Gegenwart, zu

dem Hunger, der uns droht. Worin besteht die Hauptursache der Zerrüttung? Die Hauptursache der Zerrüttung, die jetzt in den Städten und Industriegebieten die Hungersnot heraufbeschwört, besteht in der Herrschaft der Saboteure, in der Zerrüttung der Wirtschaft, die diese Saboteure schüren und die sie uns zur Last legen. Wir wissen sehr gut, daß es in Rußland genügend Getreide gibt, daß es im Reiche Kaledins, im fernen Sibirien und in den kornreichen Gouvernements liegt. Ich muß es aussprechen, daß die ausgebeuteten Klassen niemals imstande sein werden, sich zu befreien, wenn sie nicht eine feste, erbarmungslose, revolutionäre Macht schaffen werden. Was die Saboteure betrifft, Genossen, so muß ich sagen, daß wir die Adressen der Wohnungen kennen, wohin die Sabotage treibenden Beamten kamen, um für drei Monate im voraus ihr Gehalt zu beziehen, wofür Rjabuschinski 5 Millionen ausgegeben hat, die englisch-französischen Imperialisten soundso viel, die rumänischen soundso viel. So sieht die Sabotage aus: Das sind gekaufte Menschen, höhere Angestellte, die nur ein Ziel verfolgen: die Sowjetmacht zu Fall zu bringen, obwohl viele von ihnen sich dessen nicht bewußt sind. Die Sabotage ist das Streben nach der Wiederkehr des alten Paradieses für die Ausbeuter und der alten Hölle für die Werktätigen. Aber damit sie dieses Ziel nicht erreichen, müssen wir ihren Widerstand brechen.

Ferner weist man uns auf die Entlohnung der Eisenbahnangestellten hin. Das Ganze ist ein einziges Mißverständnis. Da war nur ein einziger Kommissar, der vielleicht diese Sache so ausgelegt hat und diesen Befehl erließ, aber auf den ersten Hinweis des Rats der Volkskommissare hin ist dieser Befehl abgeändert worden.[110] Und wenn man davon redet, daß das die Absicht der Sowjetmacht war, so bedeutet das, daß man keine Ahnung von den Dingen hat.

Was müssen wir tun, um den Hunger und die Anarchie zu beseitigen? Erstens, den Widerstand der Kapitalisten brechen und die Saboteure in eine Lage bringen, in der sie keinen Widerstand mehr leisten können. Wenn die Anhänger der „Nowaja Shisn" und andere angeblich sozialistische Presseorgane davon reden, daß in den zweieinhalb Monaten die Sabotage nicht aufgehört hat, so sage ich: Weshalb helft ihr uns nicht, damit diese Sabotage aufhöre? Jetzt sind die Banken bereits den Sowjets unterstellt. Gestern ist folgendes geschehen: Zu mir kam der Schriftsteller Finn-Jenotajewski und erklärte im Namen von 50 000 Menschen,

daß die Banken bereit seien, zu arbeiten und sich der Sowjetmacht vollkommen unterzuordnen. (Lauter Beifall.) Ich antwortete dem Vertreter der Bankangestellten: „Das hätten sie längst tun sollen!" Wir lehnen Verhandlungen mit einer Organisation, ob das nun eine Organisation der Bankangestellten oder irgendeine andere ist, nicht ab, wenn wirklich diese Anerkennung der Sowjetmacht von der Mehrheit der in ihr organisierten Werktätigen nicht nur in Worten, sondern durch Taten erhärtet wird. Diese Erklärung also haben wir von den Bankangestellten vernommen, die gewöhnt sind, unerhörte Spekulationsgeschäfte zu machen und, sobald sich die Gelegenheit bietet, ihr Schäfchen ins trockne zu bringen, so daß ihre Taschen prall sind von Millionengewinnen.

Jetzt schlagen sie uns Verhandlungen vor, aber das werden nicht Verhandlungen sein, wie sie Kerenski geführt hat. Nicht von einer Reform der Banken wird die Rede sein. Zuerst haben wir die Banken gewaltsam besetzt, und jetzt nehmen wir Verhandlungen auf und erlassen Verordnungen und Verfügungen. Für uns ist es wichtig, von Anfang an den Widerstand der Saboteure zu brechen und erst dann Verhandlungen aufzunehmen. Das ist der Weg des Kampfes gegen den Hunger und die Anarchie, der allein die Schrecken des Kapitalismus und der Zerrüttung überwinden kann. Sie wissen, welch unerhörte Zerrüttung in der ganzen Welt verursacht worden ist, und besonders in Rußland, wo das Erbe des Zarismus Bestechung, Gewalt, Haß und Hohn gegenüber den Werktätigen sind. Und jetzt beschwert man sich über Anarchie; überlegt doch selbst, sind die Menschen, die drei Jahre lang in den Schützengräben lagen und denen der Krieg ein solches Leid zugefügt hat, imstande, dafür zu kämpfen, daß die russischen Kapitalisten sich bereichern, zu kämpfen, weil die russischen Kapitalisten Konstantinopel brauchen? Diese Menschen sehen auf Schritt und Tritt, daß man Millionen darauf verwendet, die Sowjetmacht zu stürzen und die Herrschaft über das Land zu erlangen.

Genossen! Solche Veränderungen im Laufe eines Tages zu Ende zu führen, ist unmöglich. Die sozialistische Revolution hat begonnen, jetzt hängt alles davon ab, eine kameradschaftliche Disziplin zu schaffen, nicht eine Kasernenhofdisziplin, eine Disziplin der Kapitalisten, sondern die Disziplin der werktätigen Massen selbst. Wenn die Werktätigen der Eisenbahn die Macht in ihre Hände nehmen, so werden sie mit Hilfe einer

bewaffneten Organisation Sabotage und Spekulation ausrotten und sich die Aufgabe stellen, alle die zu verfolgen, die auf Bestechung ausgehen und den geregelten Eisenbahnverkehr stören. Solche Leute muß man verfolgen als die schlimmsten Verbrecher gegen die Volksmacht. Von einer solchen Organisation allein, von der Sowjetorganisation, von ihrer Geschlossenheit und Energie hängt der Kampf gegen die Kapitalisten, die Saboteure, die Gauner und die Rjabuschinski ab. Das ist der Weg, den man wählen muß, um den Hunger zu besiegen, gibt es doch in Rußland alles: Eisen und Erdöl, Getreide, mit einem Wort, alles, was man braucht, um ein menschenwürdiges Leben zu führen. Wenn es gelingt, die Ausbeuter zu besiegen, dann werden die Sowjetmacht und das Sowjetsystem in ganz Rußland festen Fuß fassen. Und so wird es kommen. (Stürmischer Beifall.)

Zuerst veröffentlicht 1918 in dem Buch „Arbeiten des Gesamtrussischen Außerordentlichen Eisenbahnerkongresses vom 5.–30. Januar 1918 in Petrograd".

Nach dem Text des Buches.

BERATUNG DES PRÄSIDIUMS DES PETROGRADER SOWJETS MIT VERTRETERN DER ERNÄHRUNGSORGANISATIONEN 14. (27.) JANUAR 1918[111]

1

AUSFÜHRUNGEN ÜBER MASSNAHMEN ZUM KAMPF GEGEN DEN HUNGER

1

Aus den Angaben Wladimirows ergibt sich, daß man die alte Brotration beibehalten muß. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um das zu erfassen, was in Petrograd vorhanden ist.

2

Alle diese Mitteilungen zeigen die unglaubliche Untätigkeit der Petrograder Arbeiter. Die Petrograder Arbeiter und Soldaten müssen begreifen, daß ihnen niemand anders helfen kann als sie sich selbst. Fälle von Mißbrauch liegen auf der Hand, die Spekulation ist ungeheuerlich, was aber haben die Soldaten und Arbeiter in den Massen getan, um dagegen anzukämpfen?! Wenn die Selbsttätigkeit der Massen nicht geweckt wird, werden wir nichts erreichen. Man muß eine Plenarsitzung des Sowjets einberufen und beschließen, in Petrograd und auf den Güterbahnhöfen Massendurchsuchungen vorzunehmen. Jeder Betrieb, jede

Kompanie muß für die Durchsuchungen Abteilungen stellen. Zu den Durchsuchungen dürfen nicht nur diejenigen hinzugezogen werden, die es wünschen, sondern jeder muß dazu verpflichtet werden, unter Androhung der Entziehung der Brotkarte. Solange wir nicht zum Terror – Erschießung an Ort und Stelle – gegen die Spekulanten greifen, werden wir nichts erreichen. Wenn die Abteilungen aus Leuten zusammengestellt werden, die sich nicht kennen und nicht miteinander verabreden konnten, wird es keine Plünderungen geben. Außerdem muß man auch gegen die Plünderer energisch vorgehen: sie auf der Stelle erschießen.

Dem wohlhabenden Teil der Bevölkerung soll man 3 Tage lang kein Brot geben, denn sie haben Vorräte auch an anderen Lebensmitteln und können zu hohen Preisen bei den Spekulanten kaufen.

2

RESOLUTIONSENTWURF

Die Vollversammlung des Petrograder Sowjets ist einzuberufen, um revolutionäre Kampfmaßnahmen gegen die Spekulanten und zur Rettung vor dem Hunger zu beschließen:

1. Die ganze Masse der Soldaten und Arbeiter ist heranzuziehen, mit dem Ziel, einige tausend Abteilungen (mit je 10–15 Mann, vielleicht auch mehr) zu bilden, die verpflichtet werden, täglich eine bestimmte Zahl von Stunden (zum Beispiel 3–4) der Lebensmittelversorgung zu widmen.

2. Regimentern und Betrieben, die die geforderte Anzahl von Abteilungen nicht pünktlich stellen, werden die Brotkarten entzogen; gegen sie werden revolutionäre Erziehungs- und Strafmaßnahmen ergriffen.

3. Die Abteilungen müssen sofort Durchsuchungen vornehmen, erstens auf den Bahnhöfen, wobei sie die Getreidewaggons kontrollieren und registrieren; zweitens auf den Strecken und den Eisenbahnknotenpunkten bei Petrograd; drittens in allen Lagern und in Privatwohnungen.

Eine Instruktion für die Kontrolle, die Registrierung und Requirierung wird vom Präsidium des Petrograder Sowjets unter Mitwirkung der Delegierten der Bezirkssowjets oder aber von einer speziellen Kommission ausgearbeitet.

4. Spekulanten, die auf frischer Tat ertappt und einwandfrei überführt sind, werden von den Abteilungen auf der Stelle erschossen. Dieselbe Strafe trifft Mitglieder der Abteilungen, die unlauterer Handlungen überführt werden.

5. Unter den revolutionären Abteilungen werden zur Durchführung außerordentlicher Maßnahmen zur Rettung vor dem Hunger die zuverlässigsten und am besten bewaffneten ausgesucht und nach allen Eisen-

bahnstationen und in alle Kreise der wichtigsten Getreidegouvernements entsandt. Diese Abteilungen werden beauftragt, unter Mitwirkung der von den lokalen Eisenbahnerkomitees bevollmächtigten Eisenbahner erstens die Bewegung der Getreidefrachten zu kontrollieren; zweitens die Aufbringung und Lagerung des Getreides zu kontrollieren; drittens die schärfsten revolutionären Maßnahmen gegen Spekulanten und zur Requirierung der Getreidevorräte zu ergreifen.

6. Die revolutionären Abteilungen ziehen bei jeder Abfassung eines Protokolls über eine Requirierung, eine Verhaftung oder Erschießung mindestens sechs Zeugen hinzu, die unbedingt aus der armen Bevölkerung der unmittelbaren Nachbarschaft zu wählen sind.

Zuerst veröffentlicht 1924 in der Zeitschrift „Krasnaja Letopis" (Rote Annalen) Nr. 1.

Die Ausführungen nach dem handschriftlichen Exemplar der protokollarischen Niederschrift, der Resolutionsentwurf nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES DEKRETS ÜBER DIE NATIONALISIERUNG DER SEE- UND BINNENHANDELSFLOTTE[112]

1

ENTWURF DES DEKRETS

1. Der Rat der Volkskommissare stellt fest, daß sowohl das ZK[113] wie Zentrowolga* durchaus die Notwendigkeit bejahen, alle See- und Flußschiffe, die Handelszwecken dienen, sofort und entschädigungslos zu nationalisieren.

2. Darum beschließt der Rat der Volkskommissare, diese Nationalisierung unverzüglich durchzuführen, und beauftragt eine Sonderkommission, bestehend aus Vertretern des Marinekommissariats, aus zwei Vertretern des ZK, zwei Vertretern des Zentrowolga und einem vom Obersten Volkswirtschaftsrat zu bestimmenden Vorsitzenden, auf der Grundlage der folgenden Prinzipien ein Dekret über die Nationalisierung auszuarbeiten und binnen zwei Tagen dem Rat der Volkskommissare vorzulegen.

3. Die Nationalisierung der gesamten Flotte wird dekretiert.

4. Die Sorge um die Aufrechterhaltung der Ordnung auf den Schiffen, um ihre Erhaltung und dergleichen wird unmittelbar den Schiffsbesatzungen und weiter den Verbänden der Schiffsarbeiter jedes Flußbeckens oder Meeres übertragen.

5. Als Zentralverwaltungen der ganzen nationalisierten Flotte gelten zeitweilig, bis zum Kongreß und bis zur Vereinigung, das ZK und Zentrowolga.

* Gebietskomitee des Schiffahrtsverbandes des Wolgabeckens. *Die Red.*

Kommt keine freiwillige Vereinigung zustande, so wird sie von der Sowjetmacht zwangsweise vollzogen.

6. Die Zentralverwaltungen sind in ihrem Handeln völlig den Organen der örtlichen und zentralen Sowjetmacht unterstellt.

2

ERGÄNZUNG ZUM ENTWURF

Dem *unverzüglich* zu erlassenden Dekret über die Nationalisierung ist noch hinzuzufügen:

(α) Arretierung aller Leitungen (Hausarrest),

(β) strengste Verantwortung für Beschädigung der Schiffe usw.

Geschrieben am 18. (31.) Januar 1918.

Zuerst veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

AUSFÜHRUNGEN IN DER SITZUNG DES ZK DER SDAPR(B) 19. JANUAR (1. FEBRUAR) 1918

Protokollarische Niederschrift

1

Genosse Lenin stellt die Frage, was für eine Konferenz man einberufen soll.[114] Seiner Ansicht nach muß man sich mit den Anhängern des revolutionären Krieges ein für allemal auseinandersetzen, denn aus ihrem Zwischenruf* läßt sich die Beschuldigung heraushören, daß in der Partei die eine Gruppe die andere der Diplomatie in der Frage des Friedens verdächtigt; in Wirklichkeit kann hier von Diplomatie gar keine Rede sein, da in dem Beschluß über den Waffenstillstand ganz offen erklärt ist, daß jede Seite, die den Waffenstillstand beenden will, sieben Tage vor Wiederaufnahme der Kampfhandlungen davon Mitteilung machen muß. Darauf gestützt, zögern wir den Friedensschluß hinaus. Wie ist der Beschluß auf dem dritten Sowjetkongreß angenommen worden? So wie das ZEK es vorgeschlagen hat; das ZEK aber hat seinen Beschluß auf Grund des Beschlusses der Fraktion gefaßt und die Fraktion auf Grund des Beschlusses des ZK. Damit die Genossen, die Anhänger eines revolutionären Krieges sind, von ihrer Überzeugung abkommen, meint Lenin, wäre es am besten, sie gingen an die Front und würden sich dort mit eigenen Augen davon überzeugen, daß es ganz unmöglich ist, einen Krieg zu führen. Er hält eine Konferenz auch deshalb für zwecklos, weil ihre Beschlüsse für das ZK nicht verbindlich sein können; möglicherweise müssen wir daher, um von der Partei genaue Direktiven zu erhalten, einen Parteitag einberufen. Indem wir die Friedensverhandlungen hinauszögern, schaffen wir die Möglichkeit, die Verbrüderung fortzusetzen, und wenn wir Frieden schlie-

* „Zwischenruf" im Original deutsch. *Die Red.*

ßen, können wir sofort die Kriegsgefangenen austauschen und so nach Deutschland eine gewaltige Masse von Menschen bringen, die unsere Revolution in der Praxis gesehen haben; durch sie geschult, können sie so besser an der Erweckung der Revolution in Deutschland arbeiten. Außerdem ist Lenin der Auffassung, daß wir zur genauen Festlegung dessen, was in Deutschland vor sich geht, Flieger nach Berlin schicken sollten, was nach deren Worten durchaus möglich ist.

2

Genosse Lenin schlägt zur Geschäftsordnung vor, Bucharin möge Mitteilung über die Lage im Petrograder Komitee machen.

3

Genosse Lenin stellt einen Antrag. Er weist die Befürworter der Einberufung einer Konferenz darauf hin, daß sie die entstandenen Differenzen nicht beilegen werde. Ein Parteitag ist notwendig, eine Konferenz aber wäre nur ein Versuch, die Meinung der Partei zu erforschen, die man fixieren muß. Zu diesem Zweck schlägt er vor, eine Beratung einzuberufen, in der alle Auffassungen, alle Standpunkte vertreten sein sollen, und zwar soll jede Richtung drei Vertreter stellen. Diese Beratung soll eine Vereinbarung ausarbeiten.

4

Genosse Lenin tritt dafür ein, die Beratung in zwei oder drei Tagen einzuberufen, aber Thesen nicht zu veröffentlichen, da sie in Deutschland nicht bekannt werden dürfen. Bis zur Beratung soll die Frage der Einberufung einer Konferenz nicht entschieden werden, die Frage des Friedens jedoch bis zum Parteitag zurückzustellen, ohne Thesen zu veröffentlichen, ist unsinnig.

5

Genosse Lenin schlägt vor, eine Beratung mit den abreisenden Delegierten des dritten Sowjetkongresses zu organisieren, aber nichts schriftlich zu geben.

6

Lenin weist darauf hin, daß man mit dem Parteiprogramm unmöglich bis zum 15. Februar fertig werden kann, und beantragt:

Die Beratung für den 20. Januar in folgender Zusammensetzung einzuberufen: 1. Das Zentralkomitee; 2. Vertreter der Meinungen, die klar zum Ausdruck gekommen sind, und zwar: Lenin, Sokolnikow, Bucharin, Obolenski, Stukow. Sollten zwischen Smirnow, Obolenski, Stukow und Pjatakow Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich ihrer Grundsätze bestehen, so entsenden sie 2 Vertreter, sonst einen; 3. das Petrograder Parteikomitee, vertreten durch Fenigstein; 4. ein Lette.

Bucharin und Lomow werden beauftragt, mit den Moskauern und mit Pjatakow zu sprechen. Jede Gruppe legt ihre Thesen vor.

Zuerst veröffentlicht: Ausführungen 1 und 6 – 1922 in: N. Lenin (W. Uljanow), Gesammelte Werke, Band XV, Ausführungen 2–5 – 1929 in dem Sammelband „Protokolle des ZK der SDAPR. August 1917–Februar 1918".

Nach dem handschriftlichen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

FUNKSPRUCH. AN ALLE.
AN DIE FRIEDENSDELEGATION
IN BREST-LITOWSK IM BESONDEREN

Wir sind ebenfalls äußerst beunruhigt durch den Ausfall der Drahtverbindung[115], woran, wie es scheint, die Deutschen schuld sind. Die Kiewer Rada ist gestürzt. Die ganze Macht in der Ukraine ist in den Händen des Sowjets. Die Macht des Charkower ZEK in der Ukraine ist unumstritten; der Bolschewik Kozjubinski ist zum Oberkommandierenden der Truppen der Ukrainischen Republik ernannt. In Finnland ist die Lage der bürgerlichen Konterrevolutionäre hoffnungslos, die Erbitterung der Arbeiter gegen sie ist ungeheuer. Im Dongebiet haben sich 46 Kosakenregimenter auf einem Kongreß in der Staniza Kamenskaja zur Regierung erklärt; sie kämpfen gegen Kaledin. Unter den Petrograder Arbeitern herrscht große Begeisterung über die Bildung eines Arbeiterrats in Berlin. Gerüchten zufolge soll Karl Liebknecht frei sein und bald an die Spitze der deutschen Regierung treten. Morgen wird in der Sitzung des Petrograder Sowjets über eine Grußbotschaft an den Berliner und den Wiener Arbeiterrat beraten.

Lenin

Geschrieben am 21. Januar (3. Februar) 1918.

Zuerst veröffentlicht 1929 im Lenin-Sammelband XI.

Nach dem Manuskript.

FUNKSPRUCH AN ALLE, ALLE

An alle

Eine Reihe ausländischer Zeitungen bringt Falschmeldungen über Greuel und Chaos in Petrograd usw.

Alle diese Nachrichten sind absolut falsch. In Petrograd und Moskau herrscht völlige Ruhe. Es gibt keine Verhaftungen von Sozialisten. Kiew ist in der Hand der ukrainischen Sowjetregierung. Die Kiewer bürgerliche Rada ist gestürzt und auseinandergelaufen. Die Macht der Charkower ukrainischen Sowjetregierung wird voll anerkannt. Im Dongebiet haben sich 46 Kosakenregimenter gegen Kaledin erhoben. Orenburg ist in den Händen der Sowjetmacht, der Kosakenführer Dutow ist geschlagen worden und geflohen. In Finnland konsolidiert sich der Sieg der finnischen Arbeiterregierung zusehends, die Truppen der konterrevolutionären weißen Garde sind nach Norden abgedrängt, und der Sieg der Arbeiter über sie ist gewiß.

Die Ernährungslage in Petrograd ist besser geworden; heute, am 22. I. 1918 alten Stils, schicken die Petrograder Arbeiter 10 Waggons mit Lebensmitteln den Finnen zu Hilfe.

Die Nachrichten aus Deutschland sind spärlich. Es ist offensichtlich, daß die Deutschen die Wahrheit über die revolutionäre Bewegung in Deutschland verbergen. Trotzki telegrafiert aus Brest-Litowsk nach Petrograd, daß die Deutschen die Verhandlungen hinauszögern. Die deutsche bürgerliche Presse, die offensichtlich entsprechend instruiert worden ist, verbreitet Falschmeldungen über Rußland, um die Öffentlichkeit einzuschüchtern.

Gestern, am 21. I. 1918, wurde das Dekret über die völlige Trennung von Kirche und Staat und über die Konfiskation des gesamten Kirchenvermögens veröffentlicht.

Geschrieben am 22. Januar (4. Februar) 1918.
Zuerst veröffentlicht 1929 im Lenin-Sammelband XI.

Nach dem Manuskript.

REDE VOR DEN IN DIE PROVINZ DELEGIERTEN AGITATOREN 23. JANUAR (5. FEBRUAR) 1918

Zeitungsbericht

Genossen, Sie alle wissen, daß die Mehrheit der Arbeiter, Soldaten und Bauern sowohl Großrußlands als auch der anderen Nationen, die Bestandteil Rußlands sind – früher durch Zwang, jetzt als Teile der freien Republik Rußland –, die Sowjetmacht anerkannt hat. Wir haben noch einen kurzen Kampf zu führen gegen die kläglichen Überreste der konterrevolutionären Truppen Kaledins, der allem Anschein nach in seinem Dongebiet sich der revolutionären Kosaken erwehren muß.

Sobald das letzte Bollwerk der Konterrevolution fällt, werden wir mit Gewißheit sagen können, daß die Sowjetmacht sich festigt. Und sie wird sich festigen. Das ist für alle klar, denn die lebendige Erfahrung hat gezeigt, daß nur diese Macht, nur die Arbeiter, Soldaten und Bauern in ihren Sowjets Rußland auf die Bahn des freien Zusammenlebens aller Werktätigen führen können.

Wir haben zwei mächtige Feinde vor uns: der erste Feind ist das internationale Kapital. Es steht vor uns und beobachtet wütend die Festigung der ihm verhaßten Sowjetmacht. Kein Zweifel, daß diese Milliardäre den Krieg führen müssen um den Besitz irgendeines Happens mehr, den sie einem anderen rauben. Es besteht auch kein Zweifel, daß sie einstweilen noch stärker sind als die Sowjetrepublik.

Aber es zeigt sich, daß die Kapitalisten, obwohl stärker als wir, doch bereits ihre Vertreter zu unseren Kommissaren schicken, daß sie gar noch die Sowjetmacht, ja selbst die Annullierung der Anleihen anerkennen werden, diesen schweren, diesen empfindlichsten Schlag gegen ihre prall gefüllten Taschen. Und diese Reden der Vertreter der internationalen Finanzoligarchie zeigen, daß die internationalen Kapitalisten in eine Sack-

gasse geraten sind. Sie wären froh, wenn sie sich aus dem Krieg herauswinden und mit allen Kräften auf die verhaßte Sowjetrepublik stürzen könnten, die den Brand in ganz Europa und Amerika entfacht hat. Aber dazu sind sie nicht imstande.

Unsere Revolution ist aus dem Krieg hervorgegangen; gäbe es nicht den Krieg, so würden wir sehen, wie sich die Kapitalisten der ganzen Welt vereinigen, sich zusammenschließen auf dem Boden des Kampfes gegen uns. Sie denken nur an eines: daß Funken unseres Brandes ja nicht auf ihre Dächer fallen. Aber man kann sich nicht durch eine chinesische Mauer von Rußland abschließen. Es gibt keine einzige Arbeiterorganisation in der Welt, in der unsere Dekrete über den Grund und Boden, über die Nationalisierung der Banken usw. nicht mit Begeisterung begrüßt würden.

Vielleicht werden wir in der Zukunft einen schweren Kampf durchstehen müssen, aber vergessen Sie niemals, Genossen, in den meisten Ländern erwachen bereits die Arbeiter, die von ihren Kapitalisten unterdrückt werden, und wie auch die Kaledinleute aller Länder wüten mögen, und selbst wenn es ihnen gelänge, vorübergehend Rußland einen Schlag zu versetzen, so wird das ihre Lage nicht festigen. Unsere Lage dagegen ist durchaus stabil, denn hinter uns stehen die Arbeiter aller Länder. (Beifall.)

Unser zweiter Feind ist die Zerrüttung. Und gegen die Zerrüttung kämpfen muß man um so mehr, als sich die Lage der Sowjets gefestigt hat. Sie, Genossen, müssen diesen Kampf aufnehmen. Ihre Reise, die Reise der Agitatoren beider Regierungsparteien, die heute an der Spitze der Sowjetmacht stehen, ist von großer Bedeutung. Und mir scheint, Sie werden tief in der Provinz eine mühsame, aber dankbare Arbeit leisten müssen, um die Sowjetmacht zu stärken, die revolutionären Ideen ins Dorf hineinzutragen, die wirtschaftliche Zerrüttung zu überwinden und die werktätige Bauernschaft von den Dorfkulaken zu befreien.

Uns steht eine schwere und mühsame Arbeit bevor – die Heilung der Wunden, die der Krieg geschlagen hat. Die Bourgeoisie der anderen europäischen Länder hat sich besser vorbereitet als die unsere. Dort gab es eine geregelte Lebensmittelverteilung, deshalb haben sie es jetzt leichter, dort gab es eine gut organisierte Ablösung der Soldaten an der Front.

Weder unter der Zarenregierung noch unter der schwankenden, bürgerlich-paktiererischen Kerenskiregierung hatten wir etwas Ähnliches.

Das ist der Grund, weshalb Rußland jetzt in eine besonders schwierige Lage geraten ist. Es steht vor der Aufgabe der Organisation, der Aufgabe, die müde gewordenen oder einfach marodierenden Elemente, die um ihres persönlichen Vorteils willen die Zerrüttung verstärken, zu bekämpfen – um auf den Ruinen das Fundament der sozialistischen Gesellschaft zu errichten.

Genossen! Ihnen steht, wie ich bereits gesagt habe, eine schwierige, aber dankbare Arbeit bevor; Sie müssen die Wirtschaft auf dem Lande in Gang bringen und die Sowjetmacht stärken. Aber Sie haben Helfer, denn wir wissen, daß jedem Arbeiter und Bauern, der von seiner Hände Arbeit lebt, sein Bewußtsein sagt, daß es anders als durch die Sowjetmacht keine Rettung vor dem Hunger und dem Untergang gibt. Wir können Rußland retten. Alles spricht dafür, daß es in Rußland genug Getreide gibt, und es wäre da, wenn es rechtzeitig erfaßt und gerecht verteilt worden wäre. Wenn Sie einen Blick werfen auf das unermeßliche Rußland und auf die Zerrüttung des Eisenbahnwesens, so werden Sie sich überzeugen, daß wir eine verstärkte Kontrolle und eine bessere Verteilung des vorhandenen Getreides brauchen, denn sonst wird der Hunger uns alle zugrunde richten. Damit fertig werden kann man nur unter einer Voraussetzung: Jeder Arbeiter, jeder Bauer, jeder Bürger muß begreifen, daß er selbst, und nur er selbst, sich helfen kann. Niemand wird uns helfen, Genossen. Die gesamte Bourgeoisie, die Beamten, die Saboteure sind gegen uns, denn sie wissen, wenn das Volk dieses Volkseigentum, das bisher in den Händen der Kapitalisten und Kulaken war, unter sich verteilt, so wird es Rußland von allen Drohnen, von allem Unkraut befreien. Deshalb konzentrieren sie, ganz nach alter Gewohnheit, der Ausbeutergewohnheit der Bourgeoisie, alle Kräfte gegen die Werktätigen, angefangen von Kaledin und Dutow bis hin zur Sabotage, zur Bestechung der lumpenproletarischen Elemente und derer, die einfach müde geworden sind und keinen Widerstand zu leisten vermögen. Heute kaufen sie die rückständigen, unaufgeklärten Soldaten, damit sie die Weinlager plündern; morgen kaufen sie die Eisenbahnbeamten, damit sie die Güterzüge aufhalten, die nach der Hauptstadt gehen; dann die Schiffsbesitzer, damit sie die Lastkähne mit Getreide zurückhalten usw. Wenn aber das Volk begreifen

wird, daß nur Organisation ihm die Möglichkeit gibt, sich zusammenzuschließen, eine kameradschaftliche Disziplin zu schaffen, so werden ihm keinerlei Schurkereien der Bourgeoisie gefährlich werden.

Das eben ist Ihre Aufgabe. Dorthin müssen Sie den Zusammenschluß, die Organisation bringen, dort müssen Sie die Sowjetmacht errichten. Dort, auf dem Lande, werden Sie den bäuerlichen „Bourgeois", den Kulaken begegnen, die versuchen, die Sowjetmacht zu Fall zu bringen. Es wird Ihnen leichtfallen, den Kampf gegen sie zu führen, denn die Masse wird hinter Ihnen stehen. Sie wird sehen, daß nicht Strafexpeditionen, sondern Agitatoren aus der Hauptstadt aufs Land kommen, die Licht in das Dorf hineintragen, um in jedem Dorf diejenigen zusammenzuschließen, die selbst arbeiten, die nicht auf Kosten anderer leben.

Nehmen wir die Bodenfrage. Der Grund und Boden ist zum Volkseigentum erklärt worden, und alle Eigentumsformen werden aufgehoben. Damit ist ein gewaltiger Schritt zur Beseitigung der Ausbeutung getan.

Hier wird der Kampf zwischen den Reichen und den werktätigen Bauern entbrennen, und man darf den Armen nicht mit Bücherweisheiten helfen wollen, man muß ihnen helfen, indem sie selbst Erfahrungen sammeln, selbst den Kampf führen. Wir haben den Gutsbesitzern das Land nicht genommen, damit es den Reichen und den Kulaken zufalle, sondern den armen Bauern. Das wird Ihnen die Sympathien und die Zuneigung der armen Bauernschaft einbringen.

Man muß auch dafür sorgen, daß die landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen nicht in die Hände der Kulaken und Reichen geraten. Sie müssen Eigentum der Sowjetmacht sein und von den Amtsbezirkskomitees den werktätigen Massen zur zeitweiligen Nutzung überlassen werden. Und sie selbst müssen dafür sorgen, daß diese Maschinen nicht zu einem Mittel der Bereicherung der Kulaken werden, daß sie sie nur zur Bearbeitung des eigenen Bodens verwenden.

Jeder Bauer wird Ihnen bei Ihrer schweren Arbeit helfen. Erklären Sie dem Dorfe, daß man die Kulaken, die Dorfwucherer, in Schranken halten muß. Notwendig ist eine geregelte, gleichmäßige Verteilung der Produkte, damit das werktätige Volk in den Genuß der Produkte der Volksarbeit komme. Und jedem einzelnen Reichen, der seine gierige Hand nach dem Volksgut ausstreckt, muß man zehn Werktätige entgegenstellen.

Die Einnahmen der Sowjets belaufen sich auf 8 Milliarden, die Aus-

gaben auf 28 Milliarden. Bei einer solchen Lage der Dinge werden wir natürlich allesamt zugrunde gehen, wenn wir es nicht verstehen, die Staatskarre aus dem Sumpf zu ziehen, in den die Zarenregierung sie hineingefahren hat.

Der Krieg gegen den äußeren Feind ist zu Ende oder geht zu Ende. Das ist entschieden. Jetzt hat der Krieg im Innern begonnen. Die Bourgeoisie hat das geraubte Gut in ihren Truhen versteckt und denkt ganz ruhig: „Macht nichts, wir werden abwarten." Das Volk muß diesen „Raffke" hervorzerren und ihn zwingen, das Geraubte zurückzugeben. Das müssen Sie an Ort und Stelle durchführen. Wir müssen es ihnen unmöglich machen, sich zu verstecken, damit uns nicht der wirtschaftliche Zusammenbruch zugrunde richtet. Nicht die Polizei muß sie dazu zwingen – die Polizei ist ein für allemal tot –, das Volk selbst muß es tun, es gibt kein anderes Mittel, gegen sie zu kämpfen.

Recht hatte der Bolschewik, ein alter Mann, der einem Kosaken erklärte, was Bolschewismus ist.

Auf die Frage des Kosaken: „Stimmt es, daß ihr Bolschewiki raubt?" – antwortete der Alte: „Jawohl, wir rauben das Geraubte."[116]

Wir werden in diesem Meer ertrinken, wenn wir nicht aus den Truhen alles herausholen, was versteckt worden ist, alles, was in den langen Jahren gewissenloser, verbrecherischer Ausbeutung zusammengeraubt wurde.

Wir werden bald im ZEK ein Gesetz über eine neue Steuer für Besitzende annehmen, aber Sie selbst müssen an Ort und Stelle dafür sorgen, daß die Werktätigen ihre Hand auf jeden Hunderter legen, der während des Krieges zusammengerafft worden ist. Nicht mit der Waffe in der Hand sollen Sie das tun: der bewaffnete Kampf ist bereits zu Ende, während dieser Kampf eben erst beginnt.

Die Kraft der Ausbeuter wird unsere Revolution nicht umwerfen, wenn wir sofort organisiert ans Werk gehen, denn hinter uns und mit uns marschiert das ganze Weltproletariat.

„Prawda" Nr. 18,
6. Februar (24. Januar) 1918.

Nach dem Text der „Prawda".

BREST-LITOWSK
RUSSISCHE FRIEDENSDELEGATION. AN TROTZKI[117]

Antwort

28. I., 6 Uhr 30 abends.

Unser Standpunkt ist Ihnen bekannt; er hat sich in letzter Zeit und besonders nach dem Brief Joffes nur gefestigt. Wir wiederholen nochmals, daß von der Kiewer Rada nichts mehr übriggeblieben ist und daß die Deutschen gezwungen sein werden, diese Tatsache anzuerkennen, wenn sie das noch nicht getan haben. Informieren Sie uns öfter.

Lenin

Geschrieben am 28. Januar (10. Februar) 1918.
Zuerst veröffentlicht 1929 im Lenin-Sammelband XI.

Nach dem Manuskript.

REDE IN DER SITZUNG DES KONGRESSES DER BODENKOMITEES UND DER BAUERNSEKTION DES III. SOWJETKONGRESSES 28. JANUAR (10. FEBRUAR) 1918[118]

Zeitungsbericht

Wir arbeiten jetzt an dem großen Werk, die Errungenschaften der werktätigen Massen zu festigen, an dem großen Werk, die Arbeiter, Soldaten und Bauern zusammenzuschließen. Schon auf jenem Bauernkongreß, auf dem die Rechten die Mehrheit hatten, erklärte ich: Wenn die Bauernschaft alle unsere Forderungen anerkennt, so unterstützen wir unserseits alle Forderungen der Bauernschaft, darunter ihre Hauptforderung, die Sozialisierung des Bodens.* Das haben wir jetzt getan. Als erste in der Welt haben wir ein Gesetz über die Aufhebung jedes Eigentums am Grund und Boden. Wir haben jetzt eine Macht, die Sowjetmacht. Diese Macht, die das Volk selbst hervorgebracht hat, schafft einen fruchtbaren Boden für die große Sache des Friedens aller Völker. Der Krieg ist bereits zu Ende, und an allen Fronten ist die Demobilisierung erklärt worden. Es bleibt noch der Krieg gegen die Bourgeoisie, die alle Kräfte zum Kampf gegen die Sowjetmacht mobilisiert. Mit unserer russischen Konterrevolution werden wir bald aufgeräumt haben. An allen Fronten ist jetzt der Kampf entbrannt, in dem wir fast immer Sieger bleiben. Es gibt noch einen Feind: dieser Feind ist das internationale Kapital. Gegen diesen Feind werden wir noch lange kämpfen müssen, und wir werden aus diesem Kampf als Sieger hervorgehen dank unserer eigenen Organisation und der Unterstützung unserer Revolution durch das internationale Proletariat. Ein großer Kampf, ein Klassenkampf, steht uns noch im Innern des Landes bevor. Das ist der wirtschaftliche Kampf, der Kampf gegen die Bourgeoisie, die direkt oder indirekt unsere Feinde unterstützt,

* Siehe Werke, Bd. 24, S. 488–508. *Die Red.*

die nach der wirtschaftlichen Herrschaft über die werktätigen Massen streben wird.

Wir haben kein Geld, hier liegt unsere Schwäche, deshalb sind wir schwach und deshalb leidet unser Land. Es gibt noch viel Geld in der Stadt und auf dem Lande bei den großen Kulaken. Dieses Geld zeugt von der Ausbeutung der Arbeit des Volkes und muß dem Volke gehören. Und wir sind überzeugt, daß die werktätige Bauernschaft ihren Unterdrückern, den Kulaken, einen erbarmungslosen Kampf ansagen und uns in unserem Kampf für eine bessere Zukunft des Volkes und für den Sozialismus helfen wird.

Veröffentlicht am 15. (2.) Februar 1918 in den „Iswestija Sowjetow Rabotschich, Soldatskich i Krestjanskich Deputatow g. Moskwy i Moskowskoi oblasti" (Nachrichten der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten Moskaus und des Moskauer Gebiets) Nr. 25.

Nach dem Text der Zeitung.

AUSFÜHRUNGEN IN DER SITZUNG DES ZK DER SDAPR(B) 18. FEBRUAR 1918 (MORGENSITZUNG)[119]

Protokollarische Niederschrift

1

Es wird die Frage der deutschen Offensive beraten. A. Lomow (G. I. Oppokow) schlägt vor, die Beratung aufzuschieben.

Genosse Lenin ist dagegen, aber für eine Beschränkung der Redner (Meinungsäußerungen der Fraktionen bei Beschränkung der Redezeit auf 5 Minuten).

2

Nach dem Beschluß, die Frage zu behandeln, beantragt N. I. Bucharin, eine größere Zahl von Rednern zu Wort kommen zu lassen.

Genosse Lenin spricht dagegen und schlägt vor, die Frage darauf zu beschränken, ob man ein telegrafisches Friedensangebot absenden soll oder nicht, und dafür und dagegen sprechen zu lassen.

Der Antrag Lenins wird angenommen.

3

L. D. Trotzki wandte sich gegen die Absendung eines telegrafischen Friedensangebots.

Genosse Lenin (für das Friedensangebot). Gestern war eine Abstimmung besonders charakteristisch, bei der alle die Notwendigkeit des Friedens anerkannten, falls in Deutschland keine Bewegung ausbricht, die Offensive aber eröffnet wird.[120] Es bestehen Zweifel, ob nicht die Deutschen die Offensive wollen, um die Sowjetregierung zu stürzen. Wir befinden uns in einer Lage, wo man handeln muß. Wenn die Offensive

des Imperialismus eine handgreifliche Tatsache sein wird, dann werden wir alle für die Verteidigung sein, und dann wird man das dem Volk erklären können. Wenn jetzt die Offensive beginnt und wir dann die Massen aufklären, so stiften wir mehr Verwirrung, als wenn wir sofort Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstands führen, hier darf man keine einzige Stunde verlieren, denn die Massen werden eine solche Fragestellung nicht verstehen. Entweder führen wir den revolutionären Krieg für die Sozialisierung des Bodens, und dann werden uns die Massen verstehen, oder wir führen Friedensverhandlungen.

Zuerst veröffentlicht: Ausführungen 1 und 2 – 1928 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 2, Ausführung 3 – 1922 in: N. Lenin (W. Uljanow), Gesammelte Werke, Band XV.

Nach dem handschriftlichen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

REDEN IN DER SITZUNG DES ZK DER SDAPR(B) 18. FEBRUAR 1918 (ABENDSITZUNG)[121]

Protokollarische Niederschrift

1

Genosse Lenin. Es geht um eine grundlegende Frage. Der Antrag Urizkis ist erstaunlich. Das ZK hat gegen den revolutionären Krieg gestimmt, aber wir haben weder Krieg noch Frieden und schlittern in einen revolutionären Krieg hinein. Mit dem Krieg darf man nicht scherzen. Wir verlieren Eisenbahnwaggons, und die Lage im Transportwesen verschlechtert sich. Wir können jetzt nicht warten, denn die Lage ist völlig klar. Das Volk wird das nicht verstehen: wenn wir Krieg führen wollen, so durften wir nicht demobilisieren; die Deutschen werden jetzt alles nehmen. Die Lage hat sich so zugespitzt, daß der Zusammenbruch der Revolution unvermeidlich ist, wenn man weiter eine Politik der Halbheiten treibt. Joffe schrieb aus Brest, daß es in Deutschland nicht einmal den Beginn einer Revolution gäbe; ist das so, so können die Deutschen belohnt werden, wenn sie weiter vordringen. Wir haben jetzt keine Möglichkeit zu warten. Das hieße die russische Revolution zum alten Eisen werfen. Wenn die Deutschen sagten, daß sie den Sturz der bolschewistischen Macht fordern, dann müßte man natürlich kämpfen; jetzt ist kein weiterer Aufschub mehr möglich. Jetzt geht es nicht um die Vergangenheit, sondern um die Gegenwart. Eine Anfrage an die Deutschen würde nur ein Fetzen Papier sein. Das ist keine Politik. Das einzige, was wir tun können, ist, den Deutschen die Wiederaufnahme der Verhandlungen vorzuschlagen. Ein Mittelweg ist jetzt unmöglich. Will man einen revolutionären Krieg führen, so muß man diesen Krieg erklären, muß man die Demobilisierung einstellen. So aber geht es nicht. Wir schreiben Noten, sie aber nehmen

indessen die Lager, die Eisenbahnwaggons, und wir krepieren. Es geht jetzt alles darum, daß wir die Revolution den Deutschen ausliefern, wenn wir mit dem Krieg spielen.

Die Geschichte wird sagen, ihr habt die Revolution ausgeliefert. Wir konnten einen Frieden unterzeichnen, der die Revolution nicht im geringsten bedrohte. Wir haben nichts, wir werden nicht einmal imstande sein, bei unserem Rückzug Sprengungen vorzunehmen. Wir haben getan, was wir konnten, wir haben die Revolution in Finnland unterstützt, jetzt aber können wir es nicht. Jetzt ist keine Zeit für einen Notenaustausch, man muß mit dem Abwarten aufhören. Jetzt ist es zu spät, „Fühler auszustrecken", denn es ist jetzt klar, daß die Deutschen zur Offensive übergehen können. Gegen die Anhänger des revolutionären Krieges zu streiten ist unmöglich, aber gegen die Anhänger des Abwartens kann man und muß man streiten. Man muß den Deutschen Frieden anbieten.

2

Genosse Lenin. Bucharin hat nicht bemerkt, daß er auf die Position des revolutionären Krieges übergegangen ist. Der Bauer will keinen Krieg und wird keinen Krieg führen. Kann man jetzt dem Bauern sagen, daß er in einen revolutionären Krieg ziehen soll? Aber wenn man das will, dann durfte man die Armee nicht demobilisieren. Ein permanenter Bauernkrieg ist eine Utopie. Der revolutionäre Krieg darf keine Phrase sein. Wenn wir nicht vorbereitet sind, so müssen wir den Frieden unterzeichnen. Wenn wir die Armee demobilisiert haben, so ist es lächerlich, von einem permanenten Krieg zu reden. Man kann keinen Vergleich mit dem Bürgerkrieg ziehen. Der Bauer wird sich auf einen revolutionären Krieg nicht einlassen und wird jeden davonjagen, der das offen fordert. Die Revolution in Deutschland hat noch nicht begonnen, und wir wissen, daß auch bei uns die Revolution nicht auf einen Schlag gesiegt hat. Hier ist gesagt worden, daß die Deutschen Livland und Estland nehmen werden, aber wir können sie um der Revolution willen aufgeben. Wenn sie den Abzug der Truppen aus Finnland verlangen – nun, so mögen sie das revolutionäre Finnland einnehmen. Wenn wir Finnland, Livland und Estland aufgeben, so ist die Revolution nicht verloren. Die Perspektiven, mit denen uns gestern Gen. Joffe geschreckt hat, werden die Revolution keineswegs zugrunde richten.

Ich schlage vor zu erklären, daß wir den Frieden unterzeichnen, den uns gestern die Deutschen angeboten haben; und wenn sie außerdem fordern, wir sollten uns nicht in die Angelegenheiten der Ukraine, Finnlands, Livlands und Estlands einmischen, so muß man unbedingt auch das annehmen. Unsere Soldaten taugen absolut nichts; die Deutschen wollen Getreide – sie werden es nehmen und zurückkehren, nachdem sie die Existenz der Sowjetmacht unmöglich gemacht haben. Erklären wir die Demobilisierung für eingestellt, so bedeutet das unseren Sturz.

Zuerst veröffentlicht 1922 in: N. Lenin (W. Uljanow), Gesammelte Werke, Band XV.

Nach dem handschriftlichen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

GESPRÄCH W. I. LENINS UND J. W. STALINS ÜBER DIREKTE LEITUNG MIT MITGLIEDERN DES DWINSKER SOWJETS

18. Februar 1918

Dwinsk. Am Apparat Mitglieder des Dwinsker Sowjets.

Lenin und Stalin. Sagen Sie bitte, welche Direktiven haben Sie zu der bevorstehenden deutschen Offensive aus dem Smolny erhalten? Sagen Sie bitte, wer dort spricht, Ihre Namen?

Dwinsk. Hier sprechen Pawlow und Beljajew. Soeben hat der Oberkommandierende telegrafisch mitgeteilt, daß wir zurückgehen und alles hinter uns vernichten sollen. Dwinsk werden wir räumen müssen.

Lenin und Stalin. Was gibt es Neues bei den Deutschen?

Dwinsk. Die Deutschen haben sich bis jetzt noch nicht gerührt. In der Stadt herrscht Panik, über der Stadt fliegen in geringer Höhe deutsche Flugzeuge und werfen Flugblätter ab, die wir noch nicht lesen konnten, da der Wind sie weit abtreibt. Der Sowjet hat beschlossen, bis zum Einmarsch der Deutschen in der Stadt zu bleiben. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt sind Einwohnerkomitees organisiert worden. Welche weiteren Direktiven können Sie uns geben?

Lenin und Stalin. Treffen Sie Maßnahmen, um beim Rückzug die Verbindung aufrechtzuerhalten. Stellen Sie Hughes-Apparate in einem Eisenbahnwagen auf mit den erforderlichen Telegrafisten und einem erfahrenen Mechaniker. Teilen Sie dem Kommissariat mit, daß beim Rückzug alles vernichtet werden soll. Treffen Sie ferner Vorkehrungen, um in letzter Minute die Organisationen evakuieren zu können, da die Deutschen, wie anzunehmen ist, sich die Aufgabe stellen, die revolutionären Zentren auszuheben. Sollte es gelingen, die deutschen Flugblätter zu

lesen, so machen Sie uns Mitteilung davon. Nehmen Sie so oft wie möglich mit uns Verbindung auf.

Dwinsk. Sagen Sie bitte, was soll beim Rückzug mit den Brücken geschehen?

Lenin und Stalin. Natürlich sprengen!

Dwinsk. Wir werden alle Neuigkeiten mitteilen. Weiter haben wir nichts zu berichten. Auf Wiedersehen.

Lenin und Stalin. Auf Wiedersehen.

Zuerst veröffentlicht 1942 im Lenin-Sammelband XXXIV.

Nach dem Telegrammstreifen.

ENTWURF EINES FUNKSPRUCHS AN DIE REGIERUNG DES DEUTSCHEN REICHS[122]

Der Rat der Volkskommissare erhebt Protest dagegen, daß die deutsche Regierung ihre Truppen gegen die Russische Sowjetrepublik in Marsch gesetzt hat, die den Kriegszustand für beendet erklärt und die Demobilisierung der Armee an allen Fronten begonnen hat. Die Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands konnte einen solchen Schritt um so weniger erwarten, als von keiner der Seiten, die den Waffenstillstand abgeschlossen haben, direkt oder indirekt, am 10. Februar oder zu irgendeiner anderen Zeit, die Beendigung des Waffenstillstands angekündigt wurde, wozu beide Seiten sich auf Grund des Vertrags vom 2. (15.) Dezember 1917 verpflichtet haben.

In dieser Situation sieht sich der Rat der Volkskommissare gezwungen, seine Bereitschaft zu erklären, den Friedensvertrag zu den Bedingungen, die die deutsche Regierung in Brest-Litowsk gestellt hat, in aller Form zu unterzeichnen.

Gleichzeitig erklärt sich der Rat der Volkskommissare bereit, wenn die deutsche Regierung ihre genauen Friedensbedingungen formuliert, binnen 12 Stunden zu antworten, ob diese Bedingungen für uns annehmbar sind.

Geschrieben in der Nacht vom 18. zum 19. Februar 1918.
Der Funkspruch wurde am 19. (6.) Februar 1918 in der Abendausgabe der „Prawda" Nr. 30 veröffentlicht.

Nach dem Manuskript.

GESPRÄCH ÜBER DIREKTE LEITUNG MIT DEM MOSKAUER SOWJET 20. FEBRUAR 1918

Um 2 Uhr 15 nachmittags wurde der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, Gen. Lenin, vom Mitglied des Exekutivkomitees Genossen Feldman an den Apparat gerufen. Der Bevollmächtigte der bolschewistischen Fraktion bat Gen. Lenin um Auskunft:

1. über die Dinge, die sich nach dem Telegramm aus Berlin ereignet haben;
2. über die vom Rat der Volkskommissare zur Stunde ergriffenen Maßnahmen;
3. ob außer dem Telegramm Hoffmanns noch eine Antwort aus Berlin gekommen ist.

Auf die erste Frage antwortete Gen. Lenin:

Es gibt keine Armee mehr; die Deutschen greifen von Riga her an der ganzen Front an. Sie haben Dwinsk und Reshiza genommen und rücken auf Luzk und Minsk vor. Wer sich von der Sache und nicht von Phrasen leiten läßt, muß Frieden schließen und im Innern die Revolution weiter festigen und vertiefen.

Auf die zweite Frage:

Solange die Offensive nicht eingestellt wird, ist Befehl gegeben, wo es möglich ist, Widerstand zu leisten und auf dem ganzen Wege absolut alles bis auf das letzte Stück Brot zu vernichten.

Auf die dritte Frage:

Nein, es ist keine gekommen.

Veröffentlicht am 21. (8.) Februar 1918 in den „Iswestija Sowjetow Rabotschich, Soldatskich i Krestjanskich Deputatow g. Moskwy i Moskowskoi oblasti" Nr. 29.

Nach dem Text der Zeitung.

ANMERKUNGEN

[1] Die Briefe W. I. Lenins *„Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen"* und *„Marxismus und Aufstand"* wurden in der Sitzung des Zentralkomitees der Partei der Bolschewiki vom 15. (28.) September 1917 erörtert. Das ZK faßte den Beschluß, in der allernächsten Zeit eine Beratung des ZK einzuberufen, auf der taktische Fragen erörtert werden sollten. Zur Abstimmung stand die Frage: nur ein Exemplar der Leninschen Briefe aufzubewahren. Dafür stimmten 6 bei 4 Gegenstimmen und 6 Stimmenthaltungen. Kamenew, der gegen den Kurs der Partei auf die sozialistische Revolution war, brachte in der Sitzung des ZK einen Resolutionsentwurf ein, der sich gegen Lenins Vorschläge über die Organisierung des bewaffneten Aufstands richtete. Das ZK lehnte Kamenews Resolution ab. *1*

[2] Die von Lenin angeführten Daten beziehen sich auf folgende Ereignisse: Am 6. Mai wurde die Zusammensetzung der ersten Provisorischen Koalitionsregierung bekanntgegeben; am 31. August nahm der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten eine bolschewistische Resolution an, die die Bildung einer Sowjetregierung forderte; für den 12. September hatten das sozialrevolutionär-menschewistische ZEK der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und das Exekutivkomitee des Gesamtrussischen Sowjets der Bauerndeputierten die Einberufung der Demokratischen Beratung anberaumt. Die Beratung fand vom 14. bis 22. September (27. September bis 5. Oktober) 1917 in Petrograd statt. Über die Demokratische Beratung siehe den vorliegenden Band, S. 26–34 und 35–41. *1*

[3] Die Provisorische Regierung hatte die Einberufung der Konstituierenden Versammlung in der Deklaration vom 2. (15.) März 1917 angekündigt; die Wahlen wurden für den 17. (30.) September 1917 anberaumt. Jedoch verschob die Provisorische Regierung ihre Einberufung, die Wahlen wurden auf den 12. (25.) November 1917 verlegt. Die Konstituierende Versammlung wurde durch die Sowjetregierung am 5. (18.) Januar 1918 in Petro-

grad eröffnet. Da die konterrevolutionäre Mehrheit der Konstituierenden Versammlung es ablehnte, die „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes" zu beraten und die Dekrete des II. Sowjetkongresses über den Frieden, den Grund und Boden, den Übergang der Macht an die Sowjets zu bestätigen, wurde sie auf Beschluß des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees am 6. (19.) Januar 1918 aufgelöst. Über die Konstituierende Versammlung siehe den vorliegenden Band, S. 377–381, 434 bis 436 und 437–441. *2*

4 Friedrich Engels, „Revolution und Konterrevolution in Deutschland", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 8, Berlin 1960, S. 95. *3*

5 Lenin meint die von den Menschewiki und Sozialrevolutionären nach der Zerschlagung des Kornilowputsches abgegebenen Erklärungen über die Koalition mit den Kadetten. In dem Bestreben, den anwachsenden revolutionären Aufschwung abzuschwächen, und um die letzten Reste ihrer Anhänger zu behalten, waren die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre gezwungen, in Worten gegen eine Koalition mit den Kadetten aufzutreten. In Wirklichkeit aber hielten sie am Bündnis mit den Kadetten fest und betrieben weiterhin die Politik der Kadetten als der Vertreter der imperialistischen Bourgeoisie. *11*

6 *„Birshowka"* – *„Birshewyje Wedomosti"* (Börsennachrichten) – bürgerliche Zeitung, die ab 1880 in Petersburg erschien. Der Kurzname „Birshowka" wurde zum Gattungsnamen und kennzeichnete die Prinzipienlosigkeit und Feilheit der bürgerlichen Presse. Ende Oktober 1917 wurde die Zeitung vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten. *11*

7 *„Retsch"* (Die Rede) – Tageszeitung, Zentralorgan der Kadettenpartei; erschien in Petersburg ab Februar 1906. Am 26. Oktober (8. November) 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten; unter anderen Namen erschien die Zeitung bis August 1918. *11*

8 *„Rabotschaja Gaseta"* (Arbeiterzeitung) – Organ des menschewistischen ZK, das von März bis November 1917 in Petrograd als Tageszeitung erschien. *13*

9 *„Delo Naroda"* (Die Sache des Volkes) – Tageszeitung, Organ der Partei der Sozialrevolutionäre; erschien unter verschiedenen Namen von März 1917 bis Juli 1918 in Petrograd. Die Zeitung stand auf den Positionen der Vaterlandsverteidigung und des Paktierens mit der bürgerlichen Provisorischen Regierung. Sie wurde im Oktober 1918 in Samara (vier Nummern) und im März 1919 in Moskau (zehn Nummern) erneut herausgegeben. Dann wurde sie wegen konterrevolutionärer Tätigkeit verboten. *13*

10 *„Proletarskoje Delo"* (Die proletarische Sache) – Tageszeitung, Organ der

bolschewistischen Fraktion des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten von Kronstadt; erschien 1917 an Stelle der in den Julitagen von der Provisorischen Regierung verbotenen Kronstädter bolschewistischen Zeitung „Golos Prawdy" (Die Stimme der Prawda). *13*

11 *„Prawda"* (Die Wahrheit) – legale bolschewistische Tageszeitung, die im April 1912 auf Initiative der Petersburger Arbeiter gegründet wurde und in Petersburg erschien.

Die „Prawda" war eine Massenzeitung der Arbeiter; das Geld für ihre Finanzierung wurde von den Arbeitern selbst gesammelt. Um die Zeitung bildete sich ein großer Kreis von Arbeiterkorrespondenten und Arbeiterpublizisten. Im Laufe eines einzigen Jahres wurden in der „Prawda" mehr als elftausend Arbeiterkorrespondenzen veröffentlicht. Die Tagesauflage der „Prawda" betrug im Durchschnitt 40 000 Exemplare und erreichte in manchen Monaten 60 000 Exemplare.

W. I. Lenin leitete die „Prawda" vom Ausland aus. Er schrieb fast täglich für die Zeitung, gab der Redaktion Anweisungen und gewann für die Zeitung die besten publizistischen Kräfte der Partei.

An der Redaktion der Zeitung waren N. N. Baturin, K. S. Jeremejew, M. I. Kalinin, W. M. Molotow, M. S. Olminski, N. G. Poletajew, K. N. Samoilowa, J. W. Stalin, J. M. Swerdlow, A. I. Uljanowa-Jelisarowa u. a. aktiv beteiligt. Auch die bolschewistischen Abgeordneten der IV. Reichsduma A. J. Badajew, M. K. Muranow, G. I. Petrowski, F. N. Samoilow und N. R. Schagow arbeiteten an der „Prawda" tatkräftig mit.

Die „Prawda" war unablässigen polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt. Im ersten Jahr ihres Bestehens wurde sie 41mal beschlagnahmt, 36 Gerichtsverfahren wurden gegen die Redakteure durchgeführt, die insgesamt $47^1/_2$ Monate Gefängnishaft verbüßen mußten. Innerhalb von zwei Jahren und drei Monaten war die „Prawda" von der zaristischen Regierung achtmal verboten, wurde aber jedesmal unter einem anderen Namen neu herausgegeben: „Rabotschaja Prawda" (Arbeiterprawda), „Sewernaja Prawda" (Prawda des Nordens), „Prawda Truda" (Prawda der Arbeit), „Sa Prawdu" (Für die Prawda), „Proletarskaja Prawda" (Proletarische Prawda), „Put Prawdy" (Weg der Prawda), „Rabotschi" (Der Arbeiter), „Trudowaja Prawda" (Prawda der Werktätigen). Am 8. (21.) Juli 1914, kurz vor Beginn des ersten Weltkriegs, wurde die Zeitung wiederum verboten.

Die Herausgabe der „Prawda" konnte erst nach der Februarrevolution wiederaufgenommen werden. Vom 5. (18.) März 1917 an erschien die „Prawda" als das Zentralorgan der SDAPR. Am 5. (18.) April begann Lenin, aus dem Ausland zurückgekehrt, in der Redaktion zu arbeiten und übernahm die Leitung der „Prawda". Am 5. (18.) Juli 1917 wurden die

Redaktionsräume der „Prawda" von Offiziersschülern und Kosaken demoliert. Von Juli bis Oktober 1917 wechselte die „Prawda", den Verfolgungen seitens der Provisorischen Regierung ausgesetzt, mehrmals ihren Namen und erschien als „Listok ‚Prawdy'" (Blatt der „Prawda"), „Proletari" (Der Proletarier), „Rabotschi" (Der Arbeiter), „Rabotschi Put" (Weg des Arbeiters). Seit dem 27. Oktober (9. November) erscheint die Zeitung unter ihrem alten Namen „Prawda". *15*

12 Die *Moskauer Beratung*, einberufen von der Provisorischen Regierung zur Mobilisierung der Kräfte der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer, wurde am 12. (25.) August 1917 eröffnet. Der konterrevolutionäre Charakter der Moskauer Staatsberatung wurde durch ihre Zusammensetzung bestimmt. Die Mehrheit der Beratungsteilnehmer bildeten Vertreter der Kaufleute und Industriellen, der Gutsbesitzer und Bankiers, Mitglieder der zaristischen Duma, Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Von der Reichsduma aller vier Wahlperioden nahmen 488, von den Sowjets und öffentlichen Organisationen 129 Vertreter an der Beratung teil, die Stadtdumas erhielten 129 Sitze, die Semstwos 118, Handels-, Industriekreise und Banken 150, wissenschaftliche Organisationen 99, Heer und Flotte 177, Geistlichkeit 24, nationale Organisationen 58, Bauern 100, Genossenschaften 313, Gewerkschaften 176 usw. Die von den Sowjets entsandte Delegation setzte sich aus Menschewiki und Sozialrevolutionären zusammen. In der Beratung entwickelten die Generale Kornilow, Alexejew, Kaledin und andere ein Programm zur Unterdrückung der Revolution. Kerenski drohte in seiner Rede, er werde die revolutionäre Bewegung niederschlagen und den Versuchen der Bauern, von den Gutsländereien Besitz zu ergreifen, mit Waffengewalt ein Ende machen. Das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei forderte das Proletariat zum Protest gegen die Moskauer Beratung auf. In Moskau organisierten die Bolschewiki am Eröffnungstag der Beratung einen eintägigen allgemeinen Streik, an dem sich über 400 000 Arbeiter beteiligten. Zu Protestkundgebungen und Streiks kam es auch in einer Reihe anderer Städte. *16*

13 *„Jedinstwo"* (Die Einheit) – Zeitung, Organ der extrem rechten Gruppe der menschewistischen Vaterlandsverteidiger mit G. W. Plechanow an der Spitze; erschien in Petrograd von März bis November 1917 als Tageszeitung. Im Dezember 1917 und Januar 1918 wurde sie unter dem Namen „Nasche Jedinstwo" (Unsere Einheit) herausgegeben. Die Zeitung unterstützte die Provisorische Regierung und trat für die Koalition mit der Bourgeoisie ein. *18*

14 *„Den"* (Der Tag) – Tageszeitung bürgerlich-liberaler Richtung, die ab 1912 in Petersburg erschien. An der Zeitung arbeiteten menschewistische

Liquidatoren mit, in deren Hände die Zeitung nach der Februarrevolution 1917 vollständig überging. Am 26. Oktober (8. November) 1917 wurde sie verboten. *18*

15 *„Iswestija ZIK"* (Nachrichten des ZEK) – Tageszeitung; erschien ab 28. Februar (13. März) 1917 unter dem Namen „Iswestija Petrogradskowo Sowjeta Rabotschich i Soldatskich Deputatow" (Nachrichten des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten). Nach der Bildung des Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten auf dem I. Gesamtrussischen Sowjetkongreß wurde die Zeitung zum Organ des ZEK und erschien ab 1. (14.) August 1917 (von Nr. 132 an) unter dem Titel „Iswestija Zentralnowo Ispolnitelnowo Komiteta i Petrogradskowo Sowjeta Rabotschich i Soldatskich Deputatow" (Nachrichten des Zentralexekutivkomitees und des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten). Die politische Linie der Zeitung wurde von den Vertretern des sozialrevolutionär-menschewistischen Blocks, der mit der bürgerlichen Provisorischen Regierung paktierte und gegen revolutionäre Aktionen des Proletariats auftrat, bestimmt. Nach dem II. Gesamtrussischen Sowjetkongreß (25./26. Oktober [7./8. November] 1917) wurde die Redaktion der „Iswestija" abgelöst, und die Zeitung wurde zum offiziellen Organ der Sowjetmacht; in ihr erschienen die ersten wichtigen Dokumente der Sowjetregierung sowie Artikel und Reden W. I. Lenins. Im März 1918 wurde die Herausgabe der „Iswestija" nach Moskau verlegt. *24*

16 Der Artikel *„Helden der Fälschung und Fehler der Bolschewiki"* wurde in der 2.–3. Ausgabe der Werke W. I. Lenins in gekürzter Form, nach dem Text der Zeitung „Rabotschi Put", veröffentlicht. In der vorliegenden Ausgabe wird der Artikel in vollem Wortlaut nach dem Manuskript gebracht. *26*

17 *„Sozial-Demokrat"* – Tageszeitung, Organ des Moskauer Gebietsbüros, des Moskauer Komitees, später auch des Moskauer Bezirkskomitees der Partei der Bolschewiki; erschien von März 1917 bis März 1918. Im Zusammenhang mit der Verlegung des ZK der Partei nach Moskau verschmolz die Zeitung mit der „Prawda". *32*

18 *„Russkaja Wolja"* (Russischer Wille) – bürgerliche Tageszeitung, die vom zaristischen Innenminister A. D. Protopopow gegründet und von den Großbanken finanziert wurde; sie erschien ab Dezember 1916 in Petrograd. Nach der Februarrevolution führte sie eine Verleumdungskampagne gegen die Bolschewiki. Lenin nannte sie „eine der niederträchtigsten bürgerlichen Zeitungen" (Werke, Bd. 25, S. 306). Am 25. Oktober (7. November) 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee verboten. *34*

19 *„Iswestija Wserossiskowo Sowjeta Krestjanskich Deputatow"* (Nachrichten

des Gesamtrussischen Sowjets der Bauerndeputierten) – Tageszeitung, offizielles Organ des Gesamtrussischen Sowjets der Bauerndeputierten; erschien vom 9. (22.) Mai bis Dezember 1917 in Petrograd. Die Zeitung vertrat die Ansichten des rechten Flügels der Partei der Sozialrevolutionäre. *47*

[20] *„Russkoje Slowo"* (Das russische Wort) – bürgerlich-liberale Tageszeitung; erschien in Moskau ab 1895. Am 27. November (10. Dezember) 1917 wurde sie vom Präsidium des Moskauer Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten verboten. *50*

[21] *Fort Ino* – Befestigung an der russisch-finnischen Grenze, die zusammen mit Kronstadt die Zugänge nach Petrograd schützte. Gemäß dem Vertrag zwischen der RSFSR und der Finnischen Sozialistischen Arbeiterrepublik fiel Fort Ino 1918 an die RSFSR. Nach der Niederschlagung der finnischen Revolution versuchten die Weißgardisten, das Fort einzunehmen. Auf Anordnung des Kommandanten der Festung Kronstadt wurde das Fort im Mai 1918 gesprengt. *53*

[22] Den Sammelband *„Materialien zur Revision des Parteiprogramms"*, der 1917 vom Gebietsbüro der SDAPR des Moskauer Industriebezirks herausgegeben wurde, kritisierte Lenin in dem Artikel „Zur Revision des Parteiprogramms". (Siehe den vorliegenden Band, S. 135–165.) *56*

[23] Die Kapitel I–III und V des Artikels *„Die Krise ist herangereift"* wurden im „Rabotschi Put" Nr. 30 vom 20. (7.) Oktober 1917 veröffentlicht. Im Manuskript sind nur die Kapitel V und VI erhalten geblieben. Das Manuskript des Kapitels IV wurde nicht aufgefunden. *59.*

[24] Lenin meint die Ausführungen des Offiziers Dubassow in der Sitzung des Petrograder Sowjets vom 21. September (4. Oktober) 1917. *63*

[25] *„Russkije Wedomosti"* (Russische Nachrichten) – Zeitung, die die Anschauungen der gemäßigten liberalen Intelligenz vertrat. Ab 1905 wurde sie zu einem Organ des rechten Flügels der bürgerlichen Kadettenpartei. Sie erschien von 1863 bis 1918 in Moskau. *63*

[26] Gemeint ist die Position Kamenews, Sinowjews, Trotzkis und ihrer Anhänger. Kamenew und Sinowjew traten gegen den Leninschen Plan der Vorbereitung des bewaffneten Aufstands auf und suchten zu beweisen, daß die Arbeiterklasse Rußlands nicht fähig sei, die sozialistische Revolution zu vollbringen. Trotzki verlangte eine Verschiebung des Aufstands bis zur Einberufung des II. Gesamtrussischen Sowjetkongresses, was einer Hintertreibung des Aufstands gleichkam, da die Provisorische Regierung so die Möglichkeit erhalten hätte, Kräfte zur Niederschlagung des Aufstands zusammenzuziehen. *65*

[27] Der Artikel *„Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?"* wurde

zuerst in der Zeitschrift „Prosweschtschenije" Nr. 1–2 im Oktober 1917 veröffentlicht.

„*Prosweschtschenije*" (Die Aufklärung) – theoretisches Organ der Bolschewiki; erschien monatlich von Dezember 1911 bis Juni 1914 legal in Petersburg. Die Zeitschrift, die auf Anregung W. I. Lenins gegründet worden war, trat an die Stelle der von der zaristischen Regierung verbotenen Moskauer bolschewistischen Zeitschrift „Mysl" (Der Gedanke). Die Auflage der Zeitschrift betrug bis zu 5000 Exemplare. Lenin leitete die Zeitschrift zunächst von Paris, später von Kraków und Poronin aus. *69*

28 „*Nowaja Shisn*" (Neues Leben) – Tageszeitung, die vom 18. April (1. Mai) 1917 bis Juli 1918 in Petrograd erschien. Die Zeitung wurde auf Initiative einer Gruppe internationalistischer Menschewiki und Schriftsteller gegründet. Der Oktoberrevolution und der Errichtung der Sowjetmacht stand die Zeitung feindlich gegenüber. Ab 1. Juni 1918 erschien sie in zwei Ausgaben: einer Petrograder und einer Moskauer. Beide Ausgaben wurden im Juli 1918 verboten. *72*

29 „*Snamja Truda*" (Banner der Arbeit) – Tageszeitung, die ab 23. August (5. September) 1917 erschien. Ab 1. (14.) November 1917 wurde sie zum Organ des Petrograder Parteikomitees der Sozialrevolutionäre und der Fraktion der linken Sozialrevolutionäre des ZEK des II. Gesamtrussischen Sowjetkongresses. Ab 28. Dezember 1917 (10. Januar 1918) war sie Zentralorgan der linken Sozialrevolutionäre. Im Juli 1918, während des linkssozialrevolutionären Aufruhrs, wurde sie verboten. *80*

30 „*Wolja Naroda*" (Der Volkswille) – Tageszeitung, Organ des rechten Flügels der Partei der Sozialrevolutionäre, wurde ab 29. April 1917 in Petrograd herausgegeben und im November 1917 verboten. Später erschien sie auch unter anderen Namen; endgültig wurde sie im Februar 1918 verboten. *83*

31 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 33, Berlin 1966, S. 205. *102*

32 Die von Lenin angeführten Daten haben folgende Bedeutung: 28. Februar (13. März) – Tag der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution; mit dem Datum 29. November (12. Dezember) bezeichnet Lenin den voraussichtlichen Tag der Einberufung der Konstituierenden Versammlung. Die Einberufung der Konstituierenden Versammlung war von der Provisorischen Regierung auf den 28. November (11. Dezember) 1917 angesetzt worden. *121*

33 Lenin zitiert aus einem Artikel N. Suchanows in der „Nowaja Shisn".

Im Gebäude des Smolny-Instituts befanden sich ab August 1917 die bolschewistischen Fraktionen des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. *121*

[34] Der *Brief an das ZK, das Moskauer Komitee, das Petrograder Komitee und an die bolschewistischen Mitglieder der Sowjets von Petrograd und Moskau* wurde in der Sitzung des Petrograder Komitees vom 5. (18.) Oktober 1917 diskutiert. Die Mehrheit unterstützte die von Lenin in dem Brief dargelegten Leitsätze für den bewaffneten Aufstand. In Moskau wurde der Brief im Moskauer Parteikomitee in einer Versammlung führender Parteiarbeiter erörtert. Lenins Brief fand die volle Unterstützung der Petrograder und der Moskauer Organisation der Bolschewiki. *125*

[35] Lenin meint den gesamtrussischen Streik der Eisenbahnarbeiter und -angestellten, die von der Provisorischen Regierung eine Lohnerhöhung forderten. Der Streik begann in der Nacht vom 23. zum 24. September (6. zum 7. Oktober) 1917 und endete in der Nacht zum 27. September (10. Oktober) 1917, nachdem die Provisorische Regierung den Forderungen der Eisenbahner teilweise nachgekommen war. *125*

[36] Die vorliegenden Thesen schrieb Lenin in der Illegalität für den außerordentlichen Parteitag, dessen Einberufung auf den 17. (30.) Oktober 1917 angesetzt war, und für die III. Petrograder Stadtkonferenz der Bolschewiki. Auf Beschluß des ZK der Partei vom 5. (18.) Oktober wurde der Parteitag verschoben. Die Thesen wurden in der III. Petrograder Stadtkonferenz der Bolschewiki erörtert.

Die *III. Petrograder Stadtkonferenz* fand vom 7. bis 11. (20. bis 24.) Oktober 1917 statt. An ihr nahmen 92 Delegierte mit beschließender und 40 Delegierte mit beratender Stimme teil. Die Konferenz wählte W. I. Lenin zum Ehrenvorsitzenden. Lenins Thesen bildeten die Grundlage für die von der Konferenz angenommenen Beschlüsse. In der Resolution zur politischen Lage konstatierte die Konferenz die Notwendigkeit der Ablösung der Kerenskiregierung durch eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung, denn nur eine solche Regierung könne den Bauern den Boden geben und das Land aus Zerrüttung und Krieg herausführen. Die Konferenz erörterte die Frage der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung. Als einer der ersten Kandidaten Petrograds wurde W. I. Lenin aufgestellt. In der Sitzung am 11. (24.) Oktober wurde Lenins „Brief an die Petrograder Stadtkonferenz" verlesen. (Siehe den vorliegenden Band, S. 130–133.) Die Konferenz war von großer Bedeutung für die Vorbereitung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. *127*

[37] Der *Gebietskongreß der Sowjets des Nordbezirks* sollte zunächst für den 8. (21.) Oktober 1917 nach Helsingfors einberufen werden. Auf Beschluß des Zentralkomitees der SDAPR(B) vom 5. (18.) Oktober wurde er nach Petrograd verlegt und fand vom 11. bis 13. (24. bis 26.) Oktober statt. Auf dem Kongreß waren die Sowjets von Petrograd, Moskau, Reval, Kronstadt,

Wiborg, Helsingfors und andere vertreten. Anwesend waren 94 Delegierte, davon 51 Bolschewiki. Das sozialrevolutionär-menschewistische ZEK erklärte den Kongreß zu einer privaten Beratung und berief seine Delegierten ab. Die Tagesordnung des Kongresses lautete: 1. Lokale Berichte. 2. Die gegenwärtige Lage. 3. Die Bodenfrage. 4. Die militärpolitische Lage des Landes. 5. Der Gesamtrussische Sowjetkongreß. 6. Die Konstituierende Versammlung. 7. Organisatorisches.

Lenin maß dem Kongreß große Bedeutung bei. Am 8. (21.) Oktober schrieb er den „Brief an die Genossen Bolschewiki, die am Kongreß der Sowjets des Nordgebiets teilnehmen". (Siehe den vorliegenden Band, S. 169 bis 175.)

Die Kongreßbeschlüsse hatten für die Vorbereitung, Organisierung und Mobilisierung aller Kräfte für den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution große Bedeutung. *131*

[38] Die *Resolution der Soldatensektion des Petrograder Sowjets* wurde am 6. (19.) Oktober 1917 im Zusammenhang mit den Ereignissen an der Front und der geplanten Übersiedlung der Kerenskiregierung von Petrograd nach Moskau angenommen. Unterstützt von den Arbeitern und Soldaten der Hauptstadt, zwang der Protest der Sektion die Provisorische Regierung, in Petrograd zu bleiben. *131*

[39] Gemeint ist die *VII. Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz)*, die vom 24. bis 29. April (7. bis 12. Mai) 1917 in Petrograd stattfand. *137*

[40] *„Spartak"* (Spartakus) – theoretische Zeitschrift des Moskauer Gebietsbüros, des Moskauer Stadtkomitees und (ab Nr. 2) des Moskauer Bezirkskomitees der SDAPR(B). Erschien vom 20. Mai (2. Juni) bis zum 29. Oktober (11. November) 1917. *137*

[41] Siehe Friedrich Engels, „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 232. *146*

[42] Lenin bezieht sich auf die *„Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie"*, beraten auf der Reichskonferenz der Gruppe „Internationale" am 1. Januar 1916. Diese Leitsätze waren 1915 von Rosa Luxemburg ausgearbeitet worden und erschienen zuerst in Nr. 14 der „Spartakusbriefe" vom 3. Februar 1916. *147*

[43] Zur Möglichkeit einer vorübergehenden Kombination von Sowjetrepublik und Konstituierender Versammlung siehe den vorliegenden Band, S. 187, und Bd. 31, S. 44/45. *159*

[44] *„Tribunisten"* – Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Hollands, die sich um die Zeitung „De Tribune" gruppierten. Die Führer der Tribu-

nisten waren: D. Wijnkoop, H. Gorter, A. Pannekoek, H. Roland-Holst. Die Tribunisten bildeten den linken Flügel der holländischen Arbeiterbewegung und standen während des ersten Weltkriegs im wesentlichen auf den Positionen des Internationalismus.

1918 gründeten sie die Kommunistische Partei Hollands. *162*

45 *„Liga für sozialistische Propaganda"* (Socialist Propaganda League) – 1915 in Boston als selbständige Gruppe innerhalb der Sozialistischen Partei Amerikas gegründet; stand auf der Position der Zimmerwalder Linken; um die Liga gruppierten sich die revolutionären Kräfte aus der Sozialistischen Partei. *162*

46 Die *Sozialistische Arbeiterpartei Amerikas (SLP)* entstand 1876 durch Vereinigung der amerikanischen Sektionen der I. Internationale und einer Reihe anderer sozialistischer Organisationen. Die Mehrheit der Parteimitglieder waren Einwanderer. Einige Führer der SLP hielten die parlamentarische Tätigkeit für die Hauptaufgabe der Partei, andere glitten zum Trade-Unionismus und Anarchismus ab. Die ideologischen und taktischen Schwankungen der Parteiführung führten zu einer Schwächung der SLP und zur Abspaltung verschiedener Gruppen.

Während des ersten Weltkriegs tendierte die Sozialistische Arbeiterpartei zum Internationalismus. Unter dem Einfluß der Sozialistischen Oktoberrevolution beteiligte sich der revolutionäre Teil der SLP aktiv an der Gründung der Kommunistischen Partei Amerikas. *162*

47 Siehe Friedrich Engels, „Revolution und Konterrevolution in Deutschland", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 8, Berlin 1960, S. 95. *167*

48 Die Sitzung des ZK vom 10. (23.) Oktober 1917 war die erste Sitzung des Zentralkomitees der Partei, an der Lenin nach seinem Eintreffen in Petrograd teilnahm. Sie wurde von J. M. Swerdlow geleitet, Lenin hielt das Referat über die gegenwärtige Lage. Das ZK nahm die von Lenin eingebrachte Resolution über die unverzügliche Vorbereitung des bewaffneten Aufstands an. Nur Sinowjew und Kamenew traten dagegen auf. Trotzki stimmte auf dieser Sitzung nicht gegen die Resolution. Er war jedoch der Meinung, man solle den Aufstand nicht vor dem II. Sowjetkongreß beginnen, was faktisch die Vereitelung des Aufstands bedeutet hätte. Das ZK erteilte den Kapitulanten eine entschiedene Abfuhr.

Die Sitzung des ZK vom 10. (23.) Oktober hat große historische Bedeutung. Die mit 10 Stimmen gegen die Stimmen Kamenews und Sinowjews angenommene Resolution des ZK über den Aufstand wurde zur Direktive für die gesamte bolschewistische Partei. Auf dieser Sitzung des ZK wurde für die politische Leitung des Aufstands ein politisches Büro unter der Führung Lenins gebildet. *176*

[49] Lenin meint die Mitteilung J. M. Swerdlows in der Sitzung des ZK vom 10. (23.) Oktober 1917 zum dritten Punkt der Tagesordnung „Minsk und die Nordfront". Swerdlow hatte mitgeteilt, daß eine bewaffnete Aktion in Minsk technisch möglich sei und daß Minsk vorschlage, durch die Entsendung eines Revolutionskorps Petrograd zu unterstützen. *177*

[50] Die erweiterte Sitzung des ZK der Partei vom 16. (29.) Oktober 1917 tagte in Petrograd im Gebäude der Duma des Stadtbezirks Lesnoi, deren Vorsitzender M. I. Kalinin war. Sinowjew und Kamenew traten in der Sitzung erneut gegen den Aufstand auf. W. I. Lenin übte an der verräterischen Haltung der Kapitulanten scharfe Kritik.

Die Versammlung nahm Lenins Resolution mit 19 Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen an. In geschlossener Sitzung bildete das Zentralkomitee ein Revolutionäres Militärisches Zentrum, bestehend aus A. S. Bubnow, F. E. Dzierzynski, J. W. Stalin, J. M. Swerdlow, M. S. Urizki. Im Beschluß des ZK hieß es, daß dieses Zentrum dem Revolutionären Militärkomitee des Sowjets angeschlossen wird. Die Tätigkeit des Militärischen Zentrums wurde ständig von W. I. Lenin angeleitet. *179*

[51] Lenin meint die erweiterte Sitzung des ZK der Partei vom 16. (29.) Oktober 1917. Da Lenin weiterhin illegal in Petrograd blieb, verschweigt er seine Teilnahme an der Sitzung und ändert das Datum in den 15. (28.) Oktober um; aus konspirativen Erwägungen beruft sich Lenin auf einen Genossen, der ihn über die Sitzung informiert habe. *182*

[52] Gemeint ist eine Meldung der Zeitung „Rabotschi Put" Nr. 34 vom 25. (12.) Oktober 1917. *184*

[53] *„Nowoje Wremja"* (Neue Zeit) – Tageszeitung; erschien von 1868 bis 1917 in Petersburg. Zu Beginn gemäßigt liberal, wurde sie, nachdem im Jahre 1876 A. S. Suworin Verleger der Zeitung geworden war, zum Organ reaktionärer Kreise des Adels und der Beamtenbürokratie. Ab 1905 war sie das Organ der Schwarzhunderter. Nach der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution 1917 unterstützte die Zeitung die konterrevolutionäre Politik der bürgerlichen Provisorischen Regierung und betrieb eine wüste Hetze gegen die Bolschewiki. Sie wurde vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet am 26. Oktober (8. November) 1917 verboten. *199*

[54] Der *„Brief an die Mitglieder der Partei der Bolschewiki"* und der *„Brief an das Zentralkomitee der SDAPR"* (siehe den vorliegenden Band, S. 211 bis 215) wurden in der Sitzung des ZK der Partei der Bolschewiki vom 20. Oktober (2. November) 1917 erörtert. In ihnen spiegelt sich Lenins Kampf gegen Sinowjew und Kamenew wider, die den Beschluß des ZK über den bewaffneten Aufstand zu vereiteln trachteten.

In dieser Sitzung nahm das ZK Kamenews Erklärung über sein Ausscheiden aus dem Zentralkomitee an.

Das Ergebnis der ausführlichen Diskussion war die Verurteilung des parteifeindlichen Verhaltens von Kamenew und Sinowjew durch das ZK. Sinowjew und Kamenew wurden verpflichtet, keinerlei Erklärungen gegen die Beschlüsse des ZK und die von ihm festgelegte Linie abzugeben. Ferner wurde beschlossen, daß kein Mitglied des ZK gegen angenommene Beschlüsse auftreten darf.

Lenin war mit dem Sinowjew und Kamenew betreffenden Beschluß nicht einverstanden und nannte ihn im Brief an J. M. Swerdlow vom 22. oder 23. Oktober (4. oder 5. November) 1917 ein Kompromiß. (Siehe Werke, Ergänzungsband. 1896 – Oktober 1917, S. 468.) *204*

[55] Die *III. Konferenz der Zimmerwalder* fand in Stockholm vom 5. bis 12. September 1917 statt. Die Mehrheit der Konferenz bestand aus Zentristen. Die Bolschewiki waren durch W. W. Worowski und N. A. Semaschko vertreten.

Auf Grund der Zusammensetzung der Konferenz kam es zu Kautschuk- und Kompromißresolutionen. Ebenso sah das Manifest aus, das zur Beendigung des Krieges durch proletarische Massenaktionen aufrief und den gemeinsamen internationalen Massenstreik forderte, ohne jedoch festzulegen, wie dieser Beschluß in die Tat umgesetzt werden sollte. Der Verlauf dieser Konferenz bestätigte Lenins Feststellung, daß die Zimmerwalder Vereinigung zugrunde gegangen ist und es notwendig sei, unverzüglich mit ihr zu brechen und eine III., Kommunistische Internationale zu schaffen. *208*

[56] *„Iskra"* (Der Funke) – Zeitung der internationalistischen Menschewiki; erschien in Petrograd vom 26. September (9. Oktober) bis 4. (17.) Dezember 1917. *208*

[57] Die Zeitung *„Politiken"* erschien in Stockholm ab 27. April 1916.

Die Zeitung *„Työmies"* (Der Arbeiter) erschien von März 1895 bis 1918 in Helsingfors. *208*

[58] Lenin meint die Boden„reformen", die die englische Bourgeoisie in Irland in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts durchführte, um die Volksmassen Irlands vom revolutionären Kampf abzuhalten. (Siehe dazu auch Werke, Bd. 20, S. 141–144.) *221*

[59] Das *Revolutionäre Militärkomitee beim Petrograder Sowjet* wurde am 12. (25.) Oktober 1917 auf Anweisung des ZK der Partei der Bolschewiki zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstands geschaffen. Nach der Bildung der Sowjetregierung auf dem II. Sowjetkongreß machte das Revolutionäre Militärkomitee, das im Auftrag des Rats der Volkskommissare handelte, den Kampf gegen die Konterrevolution und den Schutz der revolutionären

Ordnung zu seiner zentralen Aufgabe. Mit der Schaffung und Festigung des Sowjetapparats schränkte das Revolutionäre Militärkomitee allmählich seine Funktionen ein und übertrug sie den neugebildeten Volkskommissariaten. Am 5. (18.) Dezember 1917 wurde es aufgelöst. 223

60 *„An die Bürger Rußlands!"* – Aufruf des Revolutionären Militärkomitees beim Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

„Rabotschi i Soldat" (Arbeiter und Soldat) – täglich erscheinende Abendzeitung, Organ des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Sie erschien vom 17. (30.) Oktober 1917 bis Februar 1918. 227

61 Auf der *Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten* berichtete das Revolutionäre Militärkomitee über den Sturz der Provisorischen Regierung und den Sieg der Revolution. W. I. Lenin hielt eine Rede über die Aufgaben der Sowjetmacht. Mit großer Mehrheit wurde die von Lenin verfaßte Resolution angenommen. 228

62 Der *II. Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten* fand vom 25. bis 26. Oktober (7. bis 8. November) 1917 in Petrograd im Smolny statt. Zur Eröffnung des Kongresses um 10 Uhr 40 abends waren 649 Delegierte anwesend, davon 390 Bolschewiki, 160 Sozialrevolutionäre, 72 Menschewiki, 14 internationalistische Menschewiki. Lenin nahm an der ersten Sitzung des Kongresses nicht teil, da er den Aufstand leitete.

Die Führer des rechten Flügels der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre forderten, Verhandlungen mit der Provisorischen Regierung über die Schaffung einer Koalitionsregierung aufzunehmen, und bezeichneten die im Gange befindliche sozialistische Revolution als Verschwörung. Nachdem sie sich davon überzeugen mußten, daß die Mehrheit des Kongresses die Bolschewiki unterstützte, verließen die Menschewiki, Sozialrevolutionäre und Bundisten den Kongreß. Am 26. Oktober (8. November), gegen 4 Uhr morgens, wurde auf dem Kongreß mitgeteilt, daß der Winterpalast eingenommen und die Provisorische Regierung verhaftet worden ist. Der Sowjetkongreß nahm den von Lenin verfaßten Aufruf „An die Arbeiter, Soldaten und Bauern!" an, in dem der Übergang der Macht an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten proklamiert wurde.

Die zweite Sitzung des Kongresses begann am 26. Oktober (8. November) um 9 Uhr abends. Die Reden über die Fragen des Friedens und des Grund und Bodens hielt Lenin. Der Kongreß nahm die von Lenin verfaßten historischen Dekrete über den Frieden und über den Grund und Boden an. Der Kongreß bildete eine Arbeiter- und Bauernregierung – den Rat der Volkskommissare mit W. I. Lenin an der Spitze. Die linken Sozialrevolutionäre lehnten die Teilnahme an der Sowjetregierung ab.

Der Kongreß wählte ein Gesamtrussisches Zentralexekutivkomitee, dem 101 Mitglieder, darunter 62 Bolschewiki und 29 linke Sozialrevolutionäre, 6 internationalistische Sozialdemokraten, 3 Vertreter der Ukrainischen Sozialistischen Partei und 1 Sozialrevolutionär-Maximalist angehörten. *233*

63 *Apanage- und Kabinettsländereien* – Ländereien, die Mitgliedern der Zarenfamilie gehörten. *Possessionsländereien* – Ländereien, die der Staat an Fabrik- und Werkbesitzer für die Zuteilung an Bauern vergab, die in diesen Fabriken und Werken nur für die Bodenanteile arbeiteten. *Majoratsländereien* – große unveräußerliche Herrengüter, die ungeteilt von Generation zu Generation an den ältesten Sohn oder an den Ältesten in der Familie vererbt wurden. *250*

64 Die *Beratung der Regimentsvertreter der Petrograder Garnison am 29. Oktober (11. November) 1917*, einberufen vom Revolutionären Militärkomitee, galt der Verteidigung Petrograds gegen die Kräfte der Konterrevolution. Auf der Beratung waren 40 Vertreter von Truppenteilen anwesend. Auf der Tagesordnung standen folgende Fragen: 1. Information. 2. Bildung eines Stabes. 3. Bewaffnung der Truppenteile. 4. Herstellung der Ordnung in der Stadt. Nach einem Bericht über die Lage an der Front hielt Lenin das Referat über die gegenwärtige Lage. Lenin sprach auch zu anderen Fragen der Tagesordnung. Die Beratung nahm einstimmig einen Appell an die Soldaten Petrograds an, der sie zum Kampf für die Errungenschaften der Revolution aufrief. *260*

65 Die Ausarbeitung eines Gesetzes der Arbeiterkontrolle über die Produktion wurde unmittelbar nach dem Sieg der Sozialistischen Oktoberrevolution in Angriff genommen. Im weiteren Verlauf wurde zur Ausarbeitung des Gesetzes eine Kommission des Gesamtrussischen ZEK gebildet. Am 14. (27.) November behandelte das Gesamtrussische ZEK den von der Kommission vorgelegten Entwurf und bestätigte ein Dekret, das die Bezeichnung „Bestimmungen über die Arbeiterkontrolle" erhielt und am 16. (29.) November in den „Iswestija ZIK" Nr. 227 veröffentlicht wurde. In ihm sind die wichtigsten Thesen des Leninschen Entwurfs enthalten. *267*

66 Es handelt sich um die Teilnahme der Bolschewiki an einer beim Gesamtrussischen Exekutivkomitee des Eisenbahnerverbandes (Wikshel) einberufenen Beratung zur Frage der Zusammensetzung der Regierung.

Das Wikshel, in dem die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre die Führung hatten, war nach dem Sieg des bewaffneten Oktoberaufstands in Petrograd eine der Stützen der Konterrevolution. Am 29. Oktober (11. November) 1917 nahm das Wikshel eine Resolution an, in der es dazu aufrief, eine „sozialistische Einheitsregierung" zu schaffen, der Vertreter aller Parteien „von den Bolschewiki bis zu den Volkssozialisten" angehören

sollten. Das ZK der bolschewistischen Partei hielt die Teilnahme an Verhandlungen für möglich, wobei es betonte, daß jegliche Verhandlungen über eine Erweiterung der Regierung und des Gesamtrussischen ZEK nur möglich ist, wenn das auf dem II. Sowjetkongreß angenommene Regierungsprogramm der Sowjetmacht anerkannt wird. Im Auftrag des ZK der Partei nahmen L. B. Kamenew und G. J. Sokolnikow an der Beratung teil; das Gesamtrussische ZEK entsandte D. B. Rjasanow u. a. Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre rechneten damit, eine führende Rolle in der Koalitionsregierung zu erlangen und sie zum Kampf gegen die Diktatur des Proletariats benutzen zu können. Die Vertreter der Bolschewiki nahmen eine versöhnlerische Position ein und erhoben gegen die Erörterung der von den Menschewiki und Sozialrevolutionären eingebrachten Vorschläge keinen Einspruch.

Die Frage der Verhandlungen mit dem Wikshel und das Verhalten der bolschewistischen Delegierten wurde auf der Sitzung des ZK der Partei am 1. (14.) November erörtert. Die Mehrheit der Teilnehmer verurteilte die versöhnlerische Politik und schlug vor, entweder die Verhandlungen abzubrechen oder ihnen einen ultimativen Charakter zu geben. Kamenew, Miljutin, Rykow und Rjasanow bestanden darauf, die Verhandlungen weiterzuführen. (Siehe dazu auch den vorliegenden Band, S. 271–273, 274–276, 296/297 und 298–302.) *269*

67 Das Manuskript trägt keine Überschrift. Die Überschrift stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. *277*

68 Die Frage der Pressefreiheit wurde in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees behandelt, da die linken Sozialrevolutionäre gegen das Dekret des Rats der Volkskommissare über die Presse vom 27. Oktober (9. November) 1917 Einspruch erhoben hatten und auf Beschluß des Revolutionären Militärkomitees einige bürgerliche Zeitungen verboten worden waren. Am 26. Oktober (8. November) 1917 waren die Zeitungen „Retsch", „Den" und andere wegen konterrevolutionärer Agitation verboten worden. In der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees wurde mit 34 gegen 24 Stimmen bei einer Stimmenthaltung eine Resolution der bolschewistischen Fraktion über die vorbehaltlose Unterstützung der Politik des Rats der Volkskommissare auf dem Gebiet der Presse angenommen. *279*

69 Die Anfrage der Fraktion der linken Sozialrevolutionäre an den Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare W. I. Lenin erfolgte, weil der Rat der Volkskommissare verschiedene Dekrete ohne Sanktionierung durch das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee erlassen hatte. Die Fraktion der linken Sozialrevolutionäre erklärte die Erläuterungen Lenins für unbefrie-

digend. M. S. Urizki brachte im Namen der Fraktion der Bolschewiki eine Resolution ein, in der dem Rat der Volkskommissare das volle Vertrauen ausgesprochen wurde. Vor der Abstimmung erklärten die linken Sozialrevolutionäre, die Volkskommissare sollten als befangene Personen nicht an der Abstimmung teilnehmen. Das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee nahm mit Stimmenmehrheit die Resolution an, in der die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare gebilligt wurde. *282*

[70] Gemeint ist der Befehl Nr. 1 des Oberkommandierenden der zur Verteidigung Petrograds eingesetzten Truppen, in dem die Soldaten und Matrosen der Roten Garde aufgerufen wurden, selber schonungslos und unverzüglich mit den kriminellen Elementen abzurechnen. Da die ungenaue Formulierung des Befehls zu unerwünschten Mißverständnissen führen konnte, beauftragte das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee in seiner Sitzung am 2. (15.) November 1917 das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten, diesen Befehl außer Kraft zu setzen. *284*

[71] Lenin bezieht sich auf die Rede des linken Sozialrevolutionärs G. D. Sachs, in der dieser den rechtsopportunistischen Standpunkt W. P. Nogins, A. I. Rykows, W. P. Miljutins u. a. über die Schaffung einer sogenannten „sozialistischen Einheitsregierung" verteidigte. *286*

[72] Die *„Antwort auf Anfragen von Bauern"* schrieb Lenin, da sich immer wieder Abgesandte der Bauern mit Anfragen an den Rat der Volkskommissare wandten. Die mit der Schreibmaschine vervielfältigte „Antwort" mit der eigenhändigen Unterschrift Lenins wurde den Abgesandten aus der Provinz ausgehändigt. *291*

[73] Das *Komitee zur Rettung des Vaterlands, Komitee für öffentliche Sicherheit* wurde am 25. Oktober (7. November) 1917 bei der Moskauer Stadtduma zu dem Zweck gegründet, den bewaffneten Kampf gegen die Sowjets in Moskau zu führen; es leitete den konterrevolutionären Aufstand der Offiziersschüler, der am 28. Oktober (10. November) ausbrach. Am 2. (15.) November wurde der Aufstand niedergeschlagen, und das Komitee für öffentliche Sicherheit kapitulierte vor dem Moskauer Revolutionären Militärkomitee. *293*

[74] Der *Außerordentliche Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Bauerndeputierten* wurde auf Beschluß des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees einberufen und fand vom 11. bis 25. November (24. November bis 8. Dezember) 1917 in Petrograd statt.

Auf der ersten Sitzung des Kongresses waren annähernd 260 Delegierte anwesend; am 18. November (1. Dezember) – 330 Delegierte mit beschließender Stimme, darunter 197 Sozialrevolutionäre, 37 Bolschewiki,

65 rechte und zentristische Sozialrevolutionäre. Die Anzahl der Delegierten erhöhte sich weiterhin.

Auf dem Kongreß entbrannte ein harter Kampf zwischen dem rechten und dem linken Flügel, in dessen Ergebnis die rechten Sozialrevolutionäre den Kongreß verließen. Der Kampf der Bolschewiki gegen die rechten Sozialrevolutionäre war durch die schwankende Haltung der linken Sozialrevolutionäre erschwert.

Auf der Tagessitzung des Kongresses am 15. (28.) November wurde das Referat des Präsidiums des Kongresses über die von ihm gemeinsam mit dem Präsidium des Gesamtrussischen ZEK ausgearbeiteten Bedingungen der Vereinigung des Gesamtrussischen ZEK und des Bauernexekutivkomitees erörtert und gebilligt. Am Abend fand eine gemeinsame Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, des Außerordentlichen Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Bauerndeputierten und des Petrograder Sowjets statt; in der Sitzung wurde eine Resolution angenommen, die die Dekrete über den Frieden, über den Grund und Boden sowie das Dekret des Gesamtrussischen ZEK über die Arbeiterkontrolle bestätigte.

Zur Agrarfrage nahm der Kongreß eine von den linken Sozialrevolutionären eingebrachte Resolution an, der das Prinzip der ausgleichenden Bodennutzung zugrunde lag.

Lenin ergriff auf dem Kongreß dreimal das Wort. Er erläuterte den Standpunkt der Bolschewiki in der Agrarfrage sowie die Bedingungen eines Abkommens mit den linken Sozialrevolutionären.

Der Kongreß beauftragte das Präsidium, am 26. November (9. Dezember) den II. Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Bauerndeputierten zu eröffnen. Die Delegierten des Außerordentlichen Bauernkongresses nahmen vollzählig an diesem Kongreß teil. *315*

[75] Die Erklärung wurde geschrieben, weil die linken Sozialrevolutionäre sich gegen die Forderung der bolschewistischen Fraktion wandten, Lenin als Vorsitzendem des Rats der Volkskommissare das Wort zu erteilen. Auf Antrag der linken Sozialrevolutionäre lehnte der Kongreß mit Stimmenmehrheit die Forderung der Bolschewiki ab, und Lenin sprach auf dem Kongreß nicht als Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, sondern als Mitglied der bolschewistischen Fraktion.

Das Manuskript trägt keine Überschrift. Die Überschrift stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. *317*

[76] Die *Instruktionen* für die Tätigkeit der Amtsbezirks-Bodenkomitees wurden vom I. Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten am 23. Juni (6. Juli) 1917 bestätigt, erhielten jedoch erst unter der Sowjetmacht Gesetzeskraft. *319*

[77] Lenins Vorschläge wurden der Öffentlichen Bibliothek in Petrograd übergeben.

Das Manuskript trägt keine Überschrift. Die Überschrift stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 328

[78] Der *„Entwurf eines Dekrets über das Abberufungsrecht"* wurde von der bolschewistischen Fraktion in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees vom 21. November (4. Dezember) 1917 eingebracht. Die Notwendigkeit dieses Dekrets begründete Lenin in seinem Referat in der Sitzung des Gesamtrussischen ZEK. (Siehe den vorliegenden Band, S. 335/336.)

Der Entwurf wurde zur Ergänzung an eine Koordinierungskommission weitergegeben, der auch linke Sozialrevolutionäre angehörten. In dem Leninschen Entwurf wurden Punkte eingearbeitet, nach denen das Recht, Neuwahlen anzusetzen, nicht den Sowjets, sondern den Kongressen der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten eingeräumt wurde. Die Sowjets konnten Neuwahlen ansetzen, wenn das mehr als die Hälfte der Wähler des betreffenden Wahlkreises forderte. Der von der Koordinierungskommission vorgelegte Dekretentwurf wurde einstimmig angenommen und am 23. November (6. Dezember) in den „Iswestija ZIK" Nr. 233 veröffentlicht. 332

[79] Der *Erste Gesamtrussische Kongreß der Kriegsflotte* fand vom 18. bis 25. November (1. bis 8. Dezember) 1917 statt. Auf der Tagesordnung des Kongresses standen die Fragen: die gegenwärtige Lage und die Macht; die Tätigkeit des Zentralkomitees der Baltischen Flotte; die Reformen im Flottenamt u. a. Auf dem Kongreß sprach Lenin zur Lage. Der Kongreß billigte das Organisationsschema für die Verwaltung des Flottenamtes und wählte 20 Mitglieder in das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten, die dort eine Flottensektion bildeten. Alle Funktionen des ehemaligen Admiralitätssowjets wurden dieser Sektion übertragen. Der Kongreß richtete ein Grußschreiben an den Rat der Volkskommissare und wandte sich mit einem Aufruf an ganz Rußland. 337

[80] Das *„Konzept eines Programms für die Friedensverhandlungen"* wurde offensichtlich für die Sitzung des Rats der Volkskommissare am 27. November (10. Dezember) 1917 geschrieben. In dieser Sitzung wurde die Instruktion für die Sowjetdelegation behandelt, die bevollmächtigt war, auf der Friedenskonferenz in Brest-Litowsk Verhandlungen über den Abschluß eines Friedens mit Deutschland zu führen. 346

[81] Dieses Dekret wurde vom Rat der Volkskommissare am 28. November (11. Dezember) 1917 angenommen. Der Anlaß für das Dekret war die von den Kadetten am gleichen Tag in Petrograd organisierte konterrevolutio-

näre Demonstration und die Vorbereitung eines konterrevolutionären Umsturzes. 348

[82] Der *Zweite Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Bauerndeputierten* fand vom 26. November bis 10. Dezember (9. bis 23. Dezember) 1917 in Petrograd statt. Auf dem II. Kongreß nahmen außer den vom rechtssozialrevolutionären Exekutivkomitee eingeladenen Delegierten auch alle Delegierten des Außerordentlichen Bauernkongresses teil. Auf dem Kongreß waren 790 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend, davon 350 rechte Sozialrevolutionäre und Vertreter des Zentrums, 350 linke Sozialrevolutionäre und 91 Bolschewiki. Der Kongreß verlief in einer gespannten Atmosphäre. Ein besonders heftiger Kampf entbrannte in der Frage der Konstituierenden Versammlung und über das Dekret des Rats der Volkskommissare, nach dem die Kadetten zu Volksfeinden erklärt wurden. Die Meinungsverschiedenheiten führten zur Spaltung des Kongresses. Die rechten Sozialrevolutionäre verließen den Kongreß und tagten separat. Die Bolschewiki setzten zusammen mit den linken Sozialrevolutionären die Arbeit des Zweiten Gesamtrussischen Kongresses der Bauerndeputierten fort. Der Kongreß nahm einen Aufruf an die Bauernschaft an, dessen Entwurf W. I. Lenin verfaßt hatte. (Siehe den vorliegenden Band, S. 365–371.) 354

[83] *Ukrainische Zentralrada* – konterrevolutionäre bürgerlich-nationalistische Organisation, die im April 1917 in Kiew auf dem Gesamtukrainischen Nationalkongreß vom Block der ukrainischen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Gruppen gebildet worden war. Nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution erklärte sich die Rada zum obersten Organ der „Ukrainischen Volksrepublik"; sie beschritt den Weg des offenen Kampfes gegen die Sowjetmacht.

Auf dem I. Gesamtukrainischen Sowjetkongreß, der im Dezember 1917 in Charkow stattfand, wurde die Ukraine zur Sowjetrepublik erklärt. Der Kongreß verkündete den Sturz der Macht der Zentralrada. Der Rat der Volkskommissare der RSFSR erkannte die Ukrainische Sowjetregierung als einzige rechtmäßige Regierung der Ukraine an. Im Januar 1918 gingen die sowjetischen Truppen in der Ukraine zum Angriff über, besetzten am 26. Januar (8. Februar) Kiew und beseitigten die Herrschaft der bürgerlichen Rada. 358

[84] Am 11. (24.) Dezember 1917 beschäftigte sich das ZK der Partei der Bolschewiki mit der bolschewistischen Fraktion in der Konstituierenden Versammlung. Das provisorische Büro der Fraktion trat in der Frage der Konstituierenden Versammlung gegen die Linie des ZK auf. Das ZK der Partei beschloß, Thesen über die Konstituierende Versammlung auszuarbeiten, und setzte für den 12. (25.) Dezember eine Beratung der Fraktion zur

Diskussion über die Thesen und zur Neuwahl des Fraktionsbüros an. (Siehe auch den vorliegenden Band, S. 377–381.) *375*

85 Das Manuskript trägt keine Überschrift. Die Überschrift stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. *376*

86 Der *Außerordentliche Gesamtrussische Kongreß der Eisenbahner* fand vom 12. (25.) Dezember bis 30. Dezember 1917 (12. Januar 1918) in Petrograd statt. An ihm nahmen rund 300 Delegierte teil, davon mehr als die Hälfte Bolschewiki. Der Kongreß nahm den Bericht zur Lage, die Ausführungen eines Vertreters des Gesamtrussischen Exekutivkomitees des Eisenbahnerverbandes, Berichte über die Ernährungslage, den Aufbau der Gewerkschaften, die Organisierung des Netzes der örtlichen Sowjets der Eisenbahnerdeputierten entgegen. Die überwältigende Mehrheit des Kongresses stellte sich auf die Plattform des II. Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, sprach in einer Resolution dem Gesamtrussischen Exekutivkomitee des Eisenbahnerverbandes sein Mißtrauen aus und bestimmte 78 Vertreter für den allgemeinen Eisenbahnerkongreß, dessen Einberufung auf den 19. Dezember 1917 (1. Januar 1918) angesetzt wurde. *382*

87 Das Dekret über die Nationalisierung der Banken wurde vom Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee zugleich mit dem Dekret über die Überprüfung der Safes in den Banken am 14. (27.) Dezember 1917 bestätigt und in den „Iswestija ZIK" Nr. 252 vom 15. Dezember 1917 veröffentlicht. *384*

88 Diesen Artikel schrieb Lenin auf Wunsch des schwedischen linken Sozialdemokraten Höglund. *387*

89 Den *Entwurf eines Dekrets über die Durchführung der Nationalisierung der Banken und über die im Zusammenhang damit erforderlichen Maßnahmen* legte Lenin Mitte Dezember 1917 dem Obersten Volkswirtschaftsrat zur Bestätigung vor. Zuerst veröffentlicht wurde er in der Zeitschrift „Narodnoje Chosjaistwo" Nr. 11 vom November 1918. Der letzte Absatz des Entwurfs wird zum erstenmal (nach dem Manuskript) veröffentlicht.

„Narodnoje Chosjaistwo" (Die Volkswirtschaft) – Organ des Obersten Volkswirtschaftsrats; erschien von März 1918 bis Dezember 1922. *389*

90 Die vorliegenden Fragen brachte Lenin am 17. (30.) Dezember 1917 in der Sitzung der Delegierten des Demobilisierungskongresses der Armee vor, die vom Kongreß zur Mitarbeit in der Demobilisierungskommission beim Volkskommissariat für Heereswesen gewählt worden waren. In den Archiven wurden weder die Antworten auf die Fragen noch andere Materialien darüber aufgefunden. Offensichtlich bestärkten die Antworten auf diese Fragen Lenin in der Überzeugung, daß eine Fortsetzung des Krieges gegen die Deutschen nicht möglich ist.

Der *Demobilisierungskongreß der Armee* wurde am 15. (28.) Dezember 1917 in Petrograd eröffnet und endete am 3. (16.) Januar 1918. Anwesend waren 272 Delegierte. Die Aufgabe des Kongresses bestand darin, die Demobilisierung der Armee, die spontan begonnen hatte, in organisierte Bahnen zu lenken und die Schaffung einer neuen Armee, der Armee eines sozialistischen Staates, zu erörtern. Am 28. Dezember 1917 (10. Januar 1918), als die Organisierung einer sozialistischen Armee beraten wurde, brachte die bolschewistische Fraktion den Entwurf über die Schaffung einer Arbeiter-und-Bauern-Armee ein. Gegen diesen Entwurf traten die Menschewiki und rechten Sozialrevolutionäre auf. Die linken Sozialrevolutionäre unterstützten nach anfänglichen Schwankungen die Bolschewiki. Für den bolschewistischen Entwurf stimmten 153 Delegierte bei 40 Gegenstimmen und 13 Stimmenthaltungen.

Am letzten Tag des Kongresses schickte Lenin den Delegierten ein Grußschreiben. (Siehe den vorliegenden Band, S. 427.) *393*

91 Der *Entwurf einer Resolution des Rats der Volkskommissare* wurde am 18. (31.) Dezember 1917 aus Anlaß der Diskussion eines Berichts über die Lage an der Front und die Verfassung der Armee angenommen. Dem Bericht über die Lage an der Front und die Verfassung der Armee lagen die Materialien des von Lenin ausgearbeiteten Fragebogens zugrunde, der auf dem Demobilisierungskongreß an die Vertreter der Armee verteilt worden war. (Siehe den vorliegenden Band, S. 393/394.) *395*

92 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 33, Berlin 1966, S. 205. *399*

93 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 13. *411*

94 Der *Entwurf eines Dekrets über die Konsumkommunen* wurde vom Volkskommissariat für Ernährungswesen ergänzt. Am 19. Januar (1. Februar) 1918 wurde er in den „Iswestija ZIK" veröffentlicht. Der Entwurf stieß bei bürgerlichen Genossenschaftern auf heftigen Widerstand, die die Unabhängigkeit der Genossenschaften von den Organen der Sowjetmacht forderten. Der Rat der Volkskommissare, der die Einbeziehung der Genossenschaften bei der Ingangsetzung des Handels sowie der Verteilung der Produkte unter der Bevölkerung für unbedingt notwendig hielt, sah sich gezwungen, den Genossenschaftern einige Zugeständnisse zu machen. Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Vertretern des Obersten Volkswirtschaftsrats, des Ernährungswesens und der Genossenschaften im März und Anfang April 1918 entstand ein neuer Entwurf des Dekrets, der mit Lenins Ergänzungen und Korrekturen vom Rat der Volkskommissare angenommen und vom Gesamtrussischen ZEK am 11. April bestätigt wurde. Eine Einschätzung des Dekrets gibt Lenin in der Arbeit „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht". (Siehe Werke, Bd. 27, S. 245–247.) *415*

95 Die ersten Marschabteilungen der sozialistischen Armee wurden in der Michail-Manege in Petrograd verabschiedet. Bei der Rückfahrt zum Smolny wurde auf Lenin ein Attentat verübt. Die Kugel durchschlug ein Wagenfenster und ging über Lenins Kopf hinweg. *420*

96 Das Gespräch fand während der Friedensverhandlungen mit Deutschland statt, die am 9. (22.) Dezember 1917 in Brest-Litowsk eröffnet worden waren.

Über den Brester Frieden siehe auch die Arbeiten „Zur Geschichte der Frage eines unglückseligen Friedens" und „Nachwort zu den Thesen über den sofortigen Abschluß eines annexionistischen Separatfriedens" (vorliegender Band, S. 442–450 und 451/452). Über die Kiewer Rada siehe Anm. 83.

Die Überschrift des Dokumentes stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. *421*

97 Der Entwurf der Deklaration wurde in der Sitzung des Gesamtrussischen ZEK am 3. (16.) Januar 1918 eingebracht. Der Entwurf wurde mit Stimmenmehrheit bei 2 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung als Grundlage angenommen und zur endgültigen Überarbeitung einer Koordinierungskommission übergeben. Am 5. (18.) Januar verlas J. M. Swerdlow im Namen des Gesamtrussischen ZEK die „Deklaration" in der ersten Sitzung der Konstituierenden Versammlung und unterbreitete sie zur Bestätigung. Der Antrag, die „Deklaration" zur Diskussion zu stellen, wurde mit Stimmenmehrheit von dem konterrevolutionären Teil der Konstituierenden Versammlung abgelehnt. Am 12. (25.) Januar 1918 wurde die „Deklaration" vom III. Gesamtrussischen Sowjetkongreß bestätigt; sie bildete im weiteren die Grundlage für die Sowjetverfassung. *422*

98 Am 6. (19.) Dezember 1917 beschloß der Finnische Landtag eine Deklaration über die Unabhängigkeit des finnischen Staates. Der Rat der Volkskommissare nahm entsprechend der nationalen Politik des Sowjetstaates am 18. (31.) Dezember 1917 ein Dekret über die staatliche Unabhängigkeit Finnlands an. Am 22. Dezember 1917 (4. Januar 1918) wurde das Dekret über die Unabhängigkeit Finnlands vom Gesamtrussischen ZEK bestätigt. *425*

99 Das Angebot der Sowjetregierung an die persische Regierung, einen allgemeinen Plan für den Abzug der russischen Truppen aus Persien auszuarbeiten, erfolgte in der zweiten Dezemberhälfte 1917. *425*

100 Das Dekret „Über ‚Türkisch-Armenien'" wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare vom 23. Dezember 1917 (5. Januar 1918) beraten und am 29. Dezember 1917 (11. Januar 1918) vom Rat der Volkskommissare bestätigt. Das Dekret wurde in der „Prawda" Nr. 227 vom 31. Dezember 1917 (13. Januar 1918) veröffentlicht. *425*

101 Der *Entwurf eines Dekrets über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung* wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare vom 6. (19.) Januar 1918 behandelt. Zu dieser Sitzung schrieb Lenin die „Thesen eines Dekrets über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung" (siehe Lenin-Sammelband XVIII, 1931, S. 48–50, russ.), die verlesen und Punkt für Punkt angenommen wurden. Die Thesen lagen dem Entwurf des Dekrets zugrunde. Das Dekret über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung wurde vom Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee in der Nacht vom 6. zum 7. (vom 19. zum 20.) Januar 1918 mit Stimmenmehrheit bei 2 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen angenommen. Lenin hielt eine Rede über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung. (Siehe den vorliegenden Band, S. 437–441.)

Das Dekret wurde am 7. (20.) Januar 1918 in der „Prawda" und den „Iswestija ZIK" veröffentlicht. 434

102 Die *Thesen über den sofortigen Abschluß eines annexionistischen Separatfriedens* wurden vom ZK der Partei am 23. Februar 1918 angenommen. Bei der Veröffentlichung schrieb Lenin zu den Thesen eine Einleitung und gab dem Dokument die Überschrift „Zur Geschichte der Frage eines unglückseligen Friedens". 442

103 Das Moskauer Gebietsbüro der SDAPR(B), in dem die „linken Kommunisten" zeitweilig in der Mehrheit waren, nahm am 28. Dezember 1917 (10. Januar 1918) eine Resolution an, in der es den Abbruch der Verhandlungen mit Deutschland forderte. 451

104 Der *Dritte Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten* fand vom 10. bis 18. (23. bis 31.) Januar 1918 in Petrograd statt. Auf dem Kongreß waren 317 Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten und 110 Armee-, Korps- und Divisionskomitees vertreten. Zu Beginn des Kongresses waren 707 Delegierte anwesend, davon 441 Bolschewiki. Am 13. (26.) Januar kamen die Teilnehmer des III. Gesamtrussischen Sowjetkongresses der Bauerndeputierten hinzu. Die Teilnehmerzahl erhöhte sich ständig und betrug auf der Schlußsitzung 1587.

Der Kongreß erörterte den Bericht J. M. Swerdlows über die Tätigkeit des Gesamtrussischen ZEK. Lenin gab den Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare. In der Diskussion wandten sich die Menschewiki, die rechten Sozialrevolutionäre und die internationalistischen Menschewiki gegen die Innen- und Außenpolitik der Sowjetmacht. Lenin antwortete darauf im Schlußwort zu seinem Referat. Der Kongreß bestätigte die von Lenin geschriebene „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes". In der vom Kongreß angenommenen Resolution

wurde die Politik des Gesamtrussischen ZEK und des Rats der Volkskommissare vollauf gebilligt und ihnen das Vertrauen ausgesprochen. Der Kongreß billigte auch die Politik des Rats der Volkskommissare in der Frage des Friedensschlusses.

Der Kongreß bestätigte die Grundthesen des Gesetzes über die Sozialisierung des Grund und Bodens, das auf der Grundlage des Dekrets über den Grund und Boden ausgearbeitet worden war.

Dem vom Kongreß gewählten Gesamtrussischen ZEK gehörten 160 Bolschewiki, 125 linke Sozialrevolutionäre, 2 internationalistische Sozialdemokraten, 3 anarchistische Kommunisten, 7 Sozialrevolutionäre-Maximalisten, 7 rechte Sozialrevolutionäre und 2 Menschewiki an. *453*

105 Lenin meint die Verhandlungen des Gesamtrussischen Gewerkschaftsverbandes der Lederarbeiter über einen Vertrag mit den Unternehmern, die in der ersten Hälfte des Jahres 1917 begonnen hatten. Der Verband der Lederarbeiter forderte eine Erweiterung der Arbeitervertretung in der Hauptverwaltung für Lederindustrie und deren Reorganisierung nach demokratischen Prinzipien. Diese Verhandlungen führten zu einer Reorganisation der Verwaltung der Lederindustrie, in der die Arbeiter zwei Drittel der Stimmen erhielten. Anfang April 1918 wurde an alle Sowjets ein von Lenin unterzeichnetes Telegramm versandt, in dem auf die Notwendigkeit der Demokratisierung der örtlichen Organe der Hauptverwaltung für Lederindustrie und der strikten Durchführung aller Anordnungen der Hauptverwaltung und der Bezirksverwaltungen für Lederindustrie hingewiesen wurde. *470*

106 Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 32, Berlin 1965, S. 443. *472*

107 Lenin meint die Antikriegsaktionen der italienischen Arbeiter in Turin im August 1917, die den Generalstreik ausgerufen hatten, und die Streiks der österreichischen Arbeiter im Januar 1918 im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Die Streiks in Österreich standen unter der Losung: allgemeiner Friedensschluß und Verbesserung der Lebensmittelversorgung der Arbeiter. *472*

108 Das Manuskript trägt keine Überschrift. Die Überschrift stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. *482*

109 Der *Außerordentliche Gesamtrussische Eisenbahnerkongreß* tagte vom 5. bis 30. Januar (18. Januar bis 12. Februar) 1918. In der auf dem Kongreß angenommenen Resolution hieß es, daß der Kongreß voll und ganz auf seiten der Sowjetmacht steht. Er arbeitete einen neuen Lohntarif für die Eisenbahnarbeiter und -angestellten aus, nahm die Satzung über die Eisenbahnverwaltung, über die Volksmiliz der Eisenbahner an und nahm den Bericht über die Nationalisierung der privaten Eisenbahnen u. a. entgegen.

Der Kongreß wählte ein neues Gesamtrussisches Exekutivkomitee des Eisenbahnerverbandes. *483*

[110] Gemeint ist die Verordnung des Volkskommissars für Verkehrswesen M. T. Jelisarow vom 2. (15.) Januar 1918 über Normen des Arbeitslohnes der Eisenbahner, wonach hochqualifizierte Arbeiter und Ingenieure fast ebenso entlohnt wurden wie ungelernte Arbeiter. Der Rat der Volkskommissare setzte diese Verordnung am 7. (20.) Januar 1918 außer Kraft. *499*

[111] Die *Beratung des Präsidiums des Petrograder Sowjets mit Vertretern der Ernährungsorganisationen* beschäftigte sich mit der schweren Versorgungslage der Arbeiter und der Soldaten der Petrograder Garnison, die eine Brotration von $^1/_4$ Pfund pro Tag erhielten. Die Beratung nahm den Bericht eines Vertreters der Lebensmittelverwaltung über die Perspektiven der Lebensmittelzufuhr nach Petrograd und den Bericht eines Vertreters der Kommission zur Entlastung Petrograds entgegen. Laut Verordnung des Rats der Volkskommissare vom 19. Januar (1. Februar) 1918 wurde die Brotration für die ganze Bevölkerung Petrograds auf $^1/_2$ Pfund erhöht. *502*

[112] Der Beschluß über die Nationalisierung der See- und Binnenhandelsflotte wurde vom Rat der Volkskommissare am 18. (31.) Januar 1918 bestätigt. *506*

[113] Gemeint ist das Zentralkomitee des Verbandes der Binnenschiffer und Seeleute der Handelsflotte. *506*

[114] Lenin bezieht sich auf die Erklärung der Gruppe „linker Kommunisten" – N. I. Bucharin, A. Lomow (G. I. Oppokow), N. Ossinski (N. W. Obolenski) u. a. – vom 15. (28.) Januar 1918, gerichtet an das Zentralkomitee, in der sie die Einberufung einer Parteikonferenz zur Erörterung und Entscheidung der Frage des Friedensschlusses forderten.

Lenins Vorschlag über die Einberufung einer Beratung wurde angenommen. Sie fand am 21. Januar (3. Februar) 1918 statt. Auf der Sitzung des ZK am 19. Januar (1. Februar) 1918 wurde die Einberufung des Parteitags für den 20. Februar anberaumt, später aber auf den 6. März 1918 verlegt. *508*

[115] Lenin meint die Unterbrechung der telegrafischen Verbindung zwischen Moskau und Brest-Litowsk, die von den Deutschen oftmals beschädigt oder abgeschaltet wurde. *511*

[116] Lenin meint eine Begebenheit, die ein Vertreter des Kosakenkongresses der Staniza Kamenskaja in seinem Bericht auf der Sitzung des III. Sowjetkongresses vom 16. (29.) Januar 1918 anführte. (Siehe „Dritter Gesamtrussischer Kongreß der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten" 1918, S. 83/84, russ.) *518*

[117] Das Telegramm ist die Antwort auf die Anfrage Trotzkis, wie man auf das

von den Deutschen am 15. (28.) Januar 1918 in Brest-Litowsk gestellte Ultimatum reagieren solle.

Außer Lenin hat auch Stalin das Dokument unterzeichnet. *519*

118 Lenin hielt seine Rede in der Schlußsitzung des Kongresses der Bodenkomitees und der Bauernsektion des III. Sowjetkongresses.

Der Kongreß der Bodenkomitees wurde am 17. (30.) Januar 1918 in Petrograd eröffnet. An der ersten Sitzung nahmen 472 Delegierte aus 43 Gouvernements und 243 Kreisen teil. Im weiteren Verlauf arbeitete der Kongreß mit der Bauernsektion des am 18. (31.) Januar zu Ende gegangenen III. Gesamtrussischen Sowjetkongresses zusammen. Auf den gemeinsamen Sitzungen waren über 1000 Teilnehmer anwesend. In diesen Sitzungen und in einzelnen Sektionen wurde das „Grundgesetz über die Sozialisierung des Grund und Bodens" im Detail ausgearbeitet. *520*

119 In der Morgensitzung des Zentralkomitees am 18. Februar 1918 wurde die Frage einer Offensive der Deutschen und die Absendung eines Telegramms an die deutsche Regierung mit dem Einverständnis, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, erörtert.

Als Vorwand für die Offensive benutzten die Deutschen die Erklärung Trotzkis in Brest-Litowsk, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen.

In der Sitzung des ZK wandten sich Trotzki und Bucharin gegen Lenins Vorschlag, an die deutsche Regierung unverzüglich ein Telegramm abzusenden, für die Absendung war Sinowjew. Bei der Abstimmung erhielt Lenins Vorschlag 6 Stimmen, dagegen waren 7 Stimmen. *522*

120 Es handelt sich um die Abendsitzung des Zentralkomitees der Partei am 17. Februar 1918, in der die Möglichkeit einer Offensive der Deutschen erörtert wurde. *522*

121 Diese Abendsitzung des ZK am 18. Februar fand in einer Situation statt, da die Deutschen, die am selben Tag die Offensive begonnen hatten, vorgerückt waren und Dwinsk eingenommen hatten. Nach heftigen Auseinandersetzungen mit den „linken Kommunisten" und Trotzki gelang es Lenin zum erstenmal eine Stimmenmehrheit für die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu erreichen. Sein Vorschlag, der deutschen Regierung unverzüglich das Einverständnis über den Abschluß eines Friedensvertrages zu übermitteln, wurde mit 7 Stimmen bei 5 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung angenommen. *524*

122 Der Funkspruch an die deutsche Regierung wurde am 19. Februar morgens im Namen des Rats der Volkskommissare nach Berlin durchgegeben. Die Antwort, die neue und noch schwerere Friedensbedingungen enthielt, traf erst am Morgen des 23. Februar in Petrograd ein. *529*

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN W. I. LENINS

(September 1917 bis Februar 1918)

1917

Vor dem 17. (30.) September	Lenin befindet sich in Helsingfors (Finnland). Nach den Juliereignissen in tiefster Illegalität lebend und verfolgt von der Provisorischen Regierung, leitet Lenin die Partei.
15. (28.) September	Lenins Briefe „Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen" und „Marxismus und Aufstand" werden in der Sitzung des ZK der Partei erörtert.
17. (30.) September	Lenin übersiedelt von Helsingfors nach Wiborg, um eine engere Verbindung zum ZK der Partei herzustellen.
22.–24. September (5.–7. Oktober)	Lenin schreibt den Artikel „Aus dem Tagebuch eines Publizisten. Die Fehler unserer Partei".
24. September (7. Oktober)	Lenins Artikel „Helden der Fälschung und Fehler der Bolschewiki" wird gekürzt in Nr. 19 des „Rabotschi Put" unter dem Titel „Helden der Fälschung" veröffentlicht.
27. September (10. Oktober)	Lenin schreibt einen Brief an den Vorsitzenden des Gebietskomitees der Armee, der Flotte und der Arbeiter Finnlands I. T. Smilga.
29. September (12. Oktober)	Lenin schreibt den Artikel „Die Krise ist herangereift". Das Zentralkomitee der Partei empfiehlt die Kandidatur Lenins zur Konstituierenden Versammlung in den Wahlkreisen: Petrograd, Gouvernement Petrograd, Ufa, Baltische Flotte und Armee.

Zwischen dem 29. September und dem 4. Oktober (12. und 17. Oktober)	Lenin schreibt die „Thesen zum Referat in der Konferenz der Petersburger Organisation am 8. Oktober, zur Resolution und zur Direktive für die Parteitagsdelegierten".
Ende September bis 1. (14.) Oktober	Lenin schreibt den Artikel „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?".
Nach dem 30. September (13. Oktober)	Lenin schreibt den Aufruf „An die Arbeiter, Bauern und Soldaten".
1. (14.) Oktober	Lenin schreibt den „Brief an das ZK, das Moskauer Komitee und an die bolschewistischen Mitglieder der Sowjets von Petrograd und Moskau".
3. (16.) Oktober	Auf der Moskauer Stadtkonferenz der Partei wird Lenin als Kandidat für die Konstituierende Versammlung nominiert. Das Zentralkomitee der Partei faßt den Beschluß: „... Iljitsch die Übersiedlung nach Petrograd vorzuschlagen, damit die Möglichkeit eines ständigen und engen Kontaktes gegeben ist."
5. (18.) Oktober	Das Zentralkomitee wählt eine unter der Leitung Lenins stehende Kommission, die beauftragt wird, den Entwurf eines Parteiprogramms vorzubereiten.
6.–8. (19.–21.) Oktober	Lenin schreibt den Artikel „Zur Revision des Parteiprogramms".
7. (20.) Oktober	Lenin kehrt illegal von Wiborg nach Petrograd zurück, er wohnt bei M. W. Fofanowa im Wiborger Bezirk. Am gleichen Tag schreibt Lenin den „Brief an die Petrograder Stadtkonferenz. In geschlossener Sitzung zu verlesen". Lenin wird zum Ehrenvorsitzenden der Dritten Petrograder Stadtkonferenz der Bolschewiki gewählt.
8. (21.) Oktober	Lenin schreibt den Artikel „Ratschläge eines Außenstehenden" und den „Brief an die Genossen Bolschewiki, die am Kongreß der Sowjets des Nordgebiets teilnehmen".
10. (23.) Oktober	Lenin hält in der Sitzung des ZK der Partei das Referat zur Lage. Er legt einen Resolutionsentwurf über den bewaffneten Aufstand vor, den das Zentralkomitee annimmt.

In der Sitzung des ZK wird zur politischen Leitung des Aufstands ein Politisches Büro des ZK unter der Führung Lenins gebildet.

16. (29.) Oktober Lenin hält in der erweiterten Sitzung des ZK der Partei ein Referat über die in der Sitzung des ZK vom 10. (23.) Oktober angenommene Resolution über den bewaffneten Aufstand; in der Diskussion nimmt er dreimal das Wort und verteidigt den von der Partei eingeschlagenen Kurs auf die unverzügliche Vorbereitung des bewaffneten Aufstands.

17. (30.) Oktober Lenin schreibt den „Brief an die Genossen", in dem er die Argumente Sinowjews und Kamenews, die diese gegen den bewaffneten Aufstand vorbringen, kritisiert.

20. Oktober (2. November) Das ZK der Partei erörtert in seiner Sitzung Lenins Briefe „An die Mitglieder der Partei der Bolschewiki" und „An das Zentralkomitee der SDAPR(B)".
Lenin schreibt den Artikel „Ein neuer Betrug der Partei der Sozialrevolutionäre an den Bauern".

22. oder 23. Oktober (4. oder 5. November) Lenin schreibt an J. M. Swerdlow anläßlich des Beschlusses des ZK der Partei zum Auftreten Sinowjews und Kamenews einen Brief.

24. Oktober (6. November) Lenin schreibt den „Brief an die Mitglieder des ZK" mit der Forderung, den bewaffneten Aufstand unverzüglich durchzuführen.
Am späten Abend begibt sich Lenin in den Smolny und übernimmt die unmittelbare Leitung des bewaffneten Aufstands.

In der Nacht vom 24. zum 25. Oktober (6. und 7. November) Lenin nimmt an der Sitzung des ZK der Partei teil, in der die Frage der Zusammensetzung der Sowjetregierung Rußlands erörtert wird.

25. Oktober (7. November) Um 10 Uhr schreibt Lenin im Namen des Revolutionären Militärkomitees den Aufruf „An die Bürger Rußlands!".
Lenin nimmt an der Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten teil, schreibt einen Resolutionsentwurf und hält ein Referat über die Aufgaben der Sowjetmacht.
Lenin schreibt den Aufruf des II. Gesamtrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter- und Soldatendeputierten „An die Arbeiter, Soldaten und Bauern!".

Lenin wird in das Präsidium des II. Gesamtrussischen Sowjetkongresses gewählt.

26. Oktober (8. November) Lenin schreibt die Entwürfe zu den Dekreten über den Frieden, über den Grund und Boden und über die Bildung der Sowjetregierung.
In der Abendsitzung des II. Gesamtrussischen Sowjetkongresses hält Lenin die Reden über den Frieden und über den Grund und Boden; er bringt die Entwürfe der Dekrete über den Frieden und über den Grund und Boden ein.

In der Nacht vom 26. zum 27. Oktober (8. zum 9. November) Der II. Gesamtrussische Sowjetkongreß wählt Lenin zum Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare.
Der II. Gesamtrussische Sowjetkongreß wählt Lenin in das Zentralexekutivkomitee der zweiten Wahlperiode.

26. oder 27. Oktober (8. oder 9. November) Lenin verfaßt den „Entwurf von Bestimmungen über die Arbeiterkontrolle".
Lenin nimmt an der Sitzung des Zentralrats der Petrograder Betriebskomitees über Fragen der Einführung der Arbeiterkontrolle über die Produktion und der Schaffung eines leitenden Wirtschaftsorgans teil.

In der Nacht vom 27. zum 28. Oktober (9. zum 10. November) Das Zentralkomitee der Partei und der Rat der Volkskommissare schaffen eine Kommission zur direkten Leitung der Zerschlagung des konterrevolutionären Putsches Kerenski – Krasnow, der Lenin vorsteht.
Lenin arbeitet im Stab des Petrograder Militärbezirks, organisiert die Verteidigung Petrograds gegen den Angriff der Truppen Kerenskis und Krasnows und arbeitet einen Plan für die Verwendung der Flotte bei den Landoperationen aus.
Lenin gibt über direkte Leitung nach Helsingfors Anweisung zur Entsendung von Matrosen und Kriegsschiffen der Baltischen Flotte sowie von Heerestruppen nach Petrograd.

28. Oktober (10. November) Lenin leitet die Organisierung der Zerschlagung des konterrevolutionären Putsches Kerenski – Krasnow, nimmt an der Ausarbeitung von Operationsplänen gegen die meuternden Truppen teil.
Lenin führt eine Beratung von Vertretern der Parteiorganisationen, der Betriebskomitees, der Gewerkschaften, der Bezirkssowjets, von Truppenteilen der Petrograder Garnison über die Organisierung der Verteidigung Petrograds durch.

Lenin beauftragt die Arbeiter der Putilow-Werke, der Front einige Geschütze und einen Panzerzug zu liefern.

In der Nacht vom 28. zum 29. Oktober (10. zum 11. November) Lenin fährt in die Putilow-Werke, unterhält sich mit den Arbeitern und gibt ihnen den Auftrag, den Bau des Panzerzuges und die Montage von Geschützen zu beschleunigen.

29. Oktober (11. November) Lenin erläutert vor Agitatoren die Notwendigkeit, die Regimenter der Petrograder Garnison zum Kampf gegen die konterrevolutionären Truppen Krasnows–Kerenskis zu gewinnen.
Lenin hält in der Beratung der Regimentsvertreter der Petrograder Garnison ein Referat zur Lage, er spricht zur Frage der Bewaffnung der Truppenteile und der Herstellung der Ordnung in der Stadt.

30. Oktober (12. November) Lenin verfaßt den Funkspruch „An alle! An alle!".
Lenin hält in der Sitzung des Petrograder Sowjets eine Rede zur Agrarpolitik der Sowjetmacht.

1. (14.) November Lenin nimmt in der erweiterten Sitzung des ZK der Partei Stellung zu dem kapitulantenhaften Auftreten Kamenews und der anderen Opportunisten in den Verhandlungen mit dem Gesamtrussischen Exekutivkomitee des Eisenbahnerverbandes.

2. (15.) November Lenin unterzeichnet die „Deklaration der Rechte der Völker Rußlands".
Die von Lenin verfaßte „Resolution des ZK der SDAPR(B) zur Frage der Opposition innerhalb des ZK" wird in der Sitzung des ZK der Partei angenommen.

3. (16.) November Lenin schreibt das „Ultimatum der Mehrheit des ZK der SDAPR(B) an die Minderheit".
Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der ein Bericht Nogins über die Lage in Moskau erörtert wird.

4. (17.) November Lenin hält in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees eine Rede zur Pressefrage und antwortet auf Anfragen der linken Sozialrevolutionäre.
In der gemeinsamen Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und der Vertreter der

	Front hält Lenin eine Rede über Programm und Aufgaben der neuen Regierung.
5.–6. (18.–19.) November	Lenin schreibt den Aufruf „Vom Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki). An alle Parteimitglieder und an alle werktätigen Klassen Rußlands".
In der Nacht vom 7. zum 8. (vom 20. zum 21.) November	Lenin unterzeichnet einen Funkspruch des Rats der Volkskommissare an den Oberkommandierenden General Duchonin, in dem er ihn anweist, Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit dem Kommandostab der deutsch-österreichischen Truppen aufzunehmen.
8. (21.) November	Lenin nimmt an der Sitzung des Zentralkomitees teil und schlägt J. M. Swerdlow als Kandidaten für den Vorsitzenden des Gesamtrussischen ZEK vor.
In der Nacht vom 8. zum 9. (vom 21. zum 22.) November	Lenin führt im Stab des Petrograder Militärbezirks über direkte Leitung Verhandlungen mit General Duchonin. Lenin schreibt den „Funkspruch an alle. An alle Regiments-, Divisions-, Armeekorps-, Armeekomitees usw., an alle Soldaten der revolutionären Armee und alle Matrosen der revolutionären Flotte".
9. (22.) November	Lenin hält in der erweiterten Sitzung des Petrograder Gewerkschaftsrats ein Referat über die Oktoberrevolution und die Aufgaben der Sowjetmacht.
10. (23.) November	Lenin berichtet in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees über das Ergebnis der Verhandlungen mit Duchonin.
11. (24.) November	Lenin bestätigt und unterzeichnet das Dekret über die Abschaffung der Stände und Zivilränge.
12. (25.) November	Lenin läßt sich vom Vorsitzenden der bolschewistischen Fraktion des Außerordentlichen Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Bauerndeputierten über die Arbeit des Kongresses informieren und schreibt an die bolschewistische Fraktion eine Erklärung.
14. (27.) November	Lenin hält auf dem Außerordentlichen Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Bauerndeputierten eine Rede zur Agrarfrage und verliest den von ihm verfaßten Resolutionsentwurf über die Stellung des Bauernkongresses zum Dekret über den Grund und Boden.

15. (28.) November Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der die Bildung des Volkswirtschaftsrats erörtert wird.

16. (29.) November Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der die Übergabe historischer Schätze an das ukrainische Volk beraten wird.

18. November (1. Dezember) Lenin hält auf dem Außerordentlichen Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Bauerndeputierten das Schlußwort zur Agrarfrage.
Lenin schreibt den Artikel „Das Bündnis der Arbeiter mit den werktätigen und ausgebeuteten Bauern. Brief an die Redaktion der ‚Prawda'".
Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der erörtert werden: die Oberste Wirtschaftsberatung; die Nationalisierung der Werke des Donezgebiets; die Gehälter der Volkskommissare. Zu der letzten Frage wird eine von Lenin verfaßte Resolution angenommen.

21. November (4. Dezember) und in der Nacht zum 22. November (5. Dezember) Lenin hält in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees ein Referat über das Recht der Abberufung von Deputierten der Konstituierenden Versammlung.

22. November (5. Dezember) Der von Lenin unterzeichnete Aufruf der Sowjetregierung „An alle werktätigen Mohammedaner Rußlands und des Ostens" wird in der „Prawda" Nr. 196 und in den „Iswestija" Nr. 232 veröffentlicht.
Lenin hält auf dem Ersten Gesamtrussischen Kongreß der Kriegsflotte eine Rede zur Lage.
Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der der Entwurf eines Dekrets über das Gerichtswesen und andere Fragen erörtert werden.

25. November (8. Dezember) Lenin schreibt an das Petrograder Komitee der SDAPR(B) und bittet mitzuteilen, ob im Petrograder Sowjet eine Resolution über die Gerichte angenommen worden ist und „was praktisch getan wurde".
Lenin berichtet in der Sitzung des Rats der Volkskommissare über den Besuch einer Delegation des Verbandes der Kosakentruppen.

26. November (9. Dezember) Lenin weist in einem Schreiben an N. I. Podwoiski und W. A. Antonow-Owsejenko auf die Notwendigkeit hin, Orenburg sofort gegen den weißgardistischen Ataman der Orenburger Kosakentruppen Dutow militärische Hilfe zu leisten.

27. November (10. Dezember) Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der über die Zusammensetzung der Delegation für die Friedensverhandlungen mit Deutschland und über die Instruktion für die Friedensverhandlungen beraten wird. Lenin schlägt vor, eine Sonderkommission zur Durchsetzung der sozialistischen Politik auf dem Gebiet der Finanzen und der Wirtschaft zu bilden.

Lenin schreibt den allgemeinpolitischen Teil des „Konzepts eines Programms für die Friedensverhandlungen".

28. November (11. Dezember) Lenin schreibt eine Erklärung „An die Gesamtrussische Wahlkommission zur Konstituierenden Versammlung", in der er ersucht, ihn als von der Armee und Flotte Finnlands gewählt zu registrieren.

Lenin empfängt A. D. Zjurupa, Kommissar für Ernährungswesen des Gouvernements Ufa, und beauftragt ihn, das Amt des Stellvertreters des Volkskommissars für Ernährungswesen zu übernehmen, spricht über die Durchsetzung des Klassenprinzips bei der Verteilung der Lebensmittelrationen.

Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, die die konterrevolutionäre Verschwörung der Kadettenpartei behandelt, und legt den von ihm verfaßten Entwurf eines Dekrets vor, durch das die Verhaftung der führenden Mitglieder des ZK der Kadettenpartei als einer Partei von Volksfeinden angeordnet wird.

Lenin schreibt das „Dekret über die Verhaftung der Führer des Bürgerkriegs gegen die Revolution".

29. November (12. Dezember) Lenin nimmt in der Sitzung des ZK Stellung zur Frage der Zusammensetzung der Redaktion der „Prawda". Das ZK der Partei bildet ein Büro des ZK zur Entscheidung unaufschiebbarer Fragen.

Lenin schreibt den Entwurf eines Beschlusses über die Umstellung der Rüstungsbetriebe auf volkswirtschaftlich produktive Arbeit und legt ihn dem Rat der Volkskommissare zur Bestätigung vor.

1. (14.) Dezember — Lenin hält in der Sitzung der bolschewistischen Fraktion der Konstituierenden Versammlung ein Referat über die Taktik der Partei gegenüber der Konstituierenden Versammlung.

In der Nacht vom 1. zum 2. (14. zum 15.) Dezember — Lenin spricht in der Sitzung des Gesamtrussischen ZEK zur Frage der Schaffung des Obersten Volkswirtschaftsrats; er nimmt Stellung zu einer Anfrage, die die Fraktion der linken Sozialrevolutionäre zu den Dekreten des Rats der Volkskommissare über die Konstituierende Versammlung und über die Verhaftung von Mitgliedern der Kadettenpartei einbrachte.

2. (15.) Dezember — Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, die sich mit der Lage in der Ukraine, mit der finanziellen Unterstützung des Belorussischen Gebietskomitees und anderen Fragen befaßt.
Lenin spricht im Namen der bolschewistischen Fraktion auf dem II. Gesamtrussischen Kongreß der Bauerndeputierten.

3. (16.) Dezember — Lenin schreibt die „Leitsätze eines Manifests an das ukrainische Volk" und das „Manifest an das ukrainische Volk mit ultimativen Forderungen an die Ukrainische Rada". Das Manifest wird vom Rat der Volkskommissare bestätigt.

4. (17.) Dezember — Lenin hält in der Sitzung der Arbeitersektion des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten eine Rede über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Petrograds und die Aufgaben der Arbeiterklasse.

5. (18.) Dezember — Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare; eine Kommission, der Lenin angehört, wird beauftragt, Maßnahmen zur Organisierung militärischer Aktionen gegen die Zentralrada zu treffen und sich im Namen des Rats der Volkskommissare mit Aufrufen an das ukrainische Volk und die Soldaten zu wenden; Lenin wird in eine Kommission zur Prüfung von Entwürfen einer Verordnung und Instruktion für die Amtsbezirkskomitees gewählt.

6. (19.) Dezember — Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare; er schreibt die Ergänzung zum Entwurf eines Dekrets über die Konfiszierung des Vermögens der Aktiengesellschaft des Bogoslower Bergbau- und Hüttenreviers.

7. (20.) Dezember Lenin übermittelt F. E. Dzierzynski den Entwurf eines Dekrets „Über den Kampf gegen Konterrevolutionäre und Saboteure".
Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der über die Aufnahme linker Sozialrevolutionäre in die Regierung und andere Fragen diskutiert werden.

11. (24.) Dezember Lenin nimmt an der Arbeit des Plenums des Zentralkomitees der Partei teil.

12. (25.) Dezember Die von Lenin verfaßten „Thesen über die Konstituierende Versammlung" werden von der bolschewistischen Fraktion der Konstituierenden Versammlung einstimmig angenommen.

13. (26.) Dezember Lenin hält im Namen des Rats der Volkskommissare auf dem Außerordentlichen Gesamtrussischen Kongreß der Eisenbahner eine Begrüßungsansprache.

14. (27.) Dezember Lenin hält in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees eine Rede über die Nationalisierung der Banken.
Lenin schreibt den Artikel „Um Brot und Frieden".

Dezember, nicht vor dem 14. (27.) Lenin nimmt an der Sitzung des Büros des Obersten Volkswirtschaftsrats teil und legt den von ihm verfaßten „Entwurf eines Dekrets über die Durchführung der Nationalisierung der Banken und über die im Zusammenhang damit erforderlichen Maßnahmen" vor.

15. (28.) Dezember Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der die Bildung einer Kommission von Praktikern beim Obersten Volkswirtschaftsrat erörtert wird. Der Rat der Volkskommissare nimmt den von Lenin verfaßten Entwurf eines Beschlusses zu dieser Frage an.

16. (29.) Dezember Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der die Übergangsformen des Aufbaus der Armee in der Periode der Demobilisierung, die Formierung nationaler Truppenteile in der Armee und andere Fragen behandelt werden.

17. (30.) Dezember Lenin schreibt die „Fragen an die Delegierten des Demobilisierungskongresses der Armee".

18. (31.) Dezember — Lenin verfaßt den Entwurf einer Resolution des Rats der Volkskommissare über die Lage an der Front und die Verfassung der Armee.
Lenin empfängt eine finnische Regierungsdelegation und übergibt ihr das Dekret des Rats der Volkskommissare über die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit Finnlands.

19. Dezember (1. Januar 1918) — Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare; er legt die von ihm verfaßten Entwürfe von Resolutionen über den Beginn von Verhandlungen mit der Zentralrada und über die widerrechtliche Freilassung der verhafteten Mitglieder der Gesellschaft zum Schutz der Konstituierenden Versammlung durch den Volkskommissar für Justiz, den linken Sozialrevolutionär Steinberg, zur Bestätigung vor.

In der Nacht vom 20. zum 21. Dezember (2. zum 3. Januar 1918) — Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der Fragen im Zusammenhang mit der Eröffnung der Konstituierenden Versammlung u. a. behandelt werden.

23. Dezember (5. Januar 1918) — Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der der Entwurf eines Dekrets „Über ‚Türkisch-Armenien'" erörtert wird.
Der Rat der Volkskommissare beschließt, Lenin einen Urlaub von 3 bis 5 Tagen zu gewähren.

24.–27. Dezember (6.–9. Januar 1918) — Im Urlaub schreibt Lenin die Artikel: „Aus dem Tagebuch eines Publizisten (Themen zur Ausarbeitung)", „Durch den Zusammenbruch des Alten Verängstigte und für das Neue Kämpfende", „Wie soll man den Wettbewerb organisieren?", „Entwurf eines Dekrets über die Konsumkommunen".

1918

1. (14.) Januar — Lenin hält bei der Verabschiedung der ersten Marschabteilungen der sozialistischen Armee in der Michail-Manege eine Rede. Das Auto, in dem Lenin aus der Michail-Manege zurückfährt, wird von konterrevolutionären Terroristen beschossen. Lenin bleibt unverletzt.
Lenin berichtet in der Sitzung des Rats der Volkskommissare über die Ereignisse des Tages.

Januar, nicht später als am 3. (16.) Lenin schreibt die „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes".

3. (16.) Januar Lenin schreibt einen Brief an den Demobilisierungskongreß der Armee.
Lenin gibt der russischen Delegation in Brest-Litowsk Anweisung, die Friedenskonferenz zu unterbrechen und nach Petrograd zu kommen.

5. (18.) Januar Lenin spricht mit N. W. Krylenko über die Lage an der Front.

5. (18.) Januar und in der Nacht zum 6. (19.) Lenin nimmt an der Tagung der Konstituierenden Versammlung teil; in einer Tagungspause nimmt er an einer Sitzung des ZK der Partei teil, in der die Taktik des weiteren Verhaltens zur Konstituierenden Versammlung besprochen wird; er verfaßt den Entwurf einer Deklaration über den Austritt der Bolschewiki aus der Konstituierenden Versammlung, berät sich mit den bolschewistischen Deputierten; in der Fraktion begründet er die Anträge des ZK über den Austritt der Bolschewiki.

In der Nacht vom 5. zum 6. (18. zum 19.) Januar Lenin spricht einige Male mit Mitgliedern des ZK der Partei der linken Sozialrevolutionäre über die Notwendigkeit, im Verhalten zur Konstituierenden Versammlung eine gemeinsame Linie mit den Bolschewiki festzulegen.

6. (19.) Januar Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der die von ihm verfaßten Thesen über die Konstituierende Versammlung erörtert werden.
Lenin schreibt den „Entwurf eines Dekrets über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung".

In der Nacht vom 6. zum 7. (19. zum 20.) Januar Lenin hält in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees eine Rede über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung und legt den Entwurf des Dekrets vor, das vom Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee bestätigt wird.

8. (21.) Januar Lenin verliest und begründet die von ihm verfaßten „Thesen über den sofortigen Abschluß eines annexionistischen Separatfriedens" in einer Versammlung des ZK der Partei mit Parteifunktionären.

9. (22.) Januar Lenin nimmt an der Sitzung des ZK der Partei teil, in der über die Verteilung der Kräfte, über das Zentralorgan der Partei, das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten und die Banken diskutiert wird.
Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der u. a. Fragen, den Obersten Volkswirtschaftsrat betreffend, behandelt werden.

10. (23.) Januar Lenin nimmt an der Eröffnung des III. Gesamtrussischen Sowjetkongresses teil; er wird zum Ehrenvorsitzenden des Kongresses gewählt.

11. (24.) Januar Lenin ergreift in der Sitzung des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei zweimal das Wort zur Frage des Friedens.
Lenin erstattet auf dem III. Gesamtrussischen Sowjetkongreß den Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare.

12. (25.) Januar Der III. Sowjetkongreß nimmt die von Lenin verfaßte „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes" an.
Lenin hält auf dem III. Gesamtrussischen Sowjetkongreß das Schlußwort zum Bericht des Rats der Volkskommissare.

13. (26.) Januar Lenin erstattet auf dem Außerordentlichen Gesamtrussischen Eisenbahnerkongreß den Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare; er beantwortet schriftliche Anfragen.

14. (27.) Januar In der Beratung des Präsidiums des Petrograder Sowjets mit Vertretern der Ernährungsorganisationen spricht Lenin über die Kampfmaßnahmen gegen den Hunger; er legt den von ihm verfaßten Entwurf einer Resolution zu dieser Frage vor.

15. (28.) Januar Lenin fordert in einem Brief an G. K. Ordshonikidse und W. A. Antonow-Owsejenko in Charkow die energischsten und revolutionärsten Maßnahmen, um den Transport von Getreide nach Petrograd sicherzustellen.
Lenin unterschreibt das Dekret des Rats der Volkskommissare über die Bildung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee.

16. (29.) Januar Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare; er beteiligt sich an der Diskussion über die Schaffung einer einheitlichen Zentralstelle für Ernährungswesen, billigt die vom Präsidium des Gesamtrussischen Ernährungskongresses vor-

geschlagenen Thesen und arbeitet zwei Entwürfe von Schreiben des Rats der Volkskommissare an den Kongreß aus.

18. (31.) Januar Lenin spricht mit den Delegierten des Gebietskomitees des Schiffahrtsverbandes des Wolgabeckens über die bevorstehende Debatte der Nationalisierung der Handelsflotte im Rat der Volkskommissare.
Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare; er spricht in der Debatte über die Nationalisierung der See- und Binnenhandelsflotte, verfaßt Thesen zum Entwurf des Dekrets und schreibt den Entwurf des Dekrets.
Lenin schreibt den Entwurf eines Dekrets über die Streichung jeder Berufung auf die Konstituierende Versammlung in den Sowjetdekreten.
Lenin begründet in der Sitzung der bolschewistischen Fraktion des III. Sowjetkongresses den Entwurf des „Grundgesetzes über die Sozialisierung des Grund und Bodens".

In der Nacht vom 18. zum 19. Januar (31. Januar zum 1. Februar) Lenin hält das Schlußwort auf dem III. Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten.

19. Januar (1. Februar) Lenin spricht in der Sitzung des ZK der Partei zu den Fragen des Friedensschlusses mit Deutschland und der Einberufung eines Parteitags.

21. Januar (3. Februar) Lenin nimmt an einer Beratung des ZK der Partei mit Vertretern verschiedener Richtungen teil, in der der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland erörtert wird.
Lenin verfaßt den Funkspruch „An alle. An die Friedensdelegation in Brest-Litowsk im besonderen".

22. Januar (4. Februar) Lenin schreibt den Funkspruch „An alle, alle".
Lenin schickt ein Telegramm an G. K. Ordshonikidse nach Charkow, in dem er für das energische Vorgehen bei der Lebensmittelbeschaffung dankt und Weisungen für die weitere Beschaffung und den Abtransport von Getreide nach dem Zentrum erteilt.

23. Januar (5. Februar) Lenin unterzeichnet einen Funkspruch, in dem mitgeteilt wird, daß die konterrevolutionäre Ukrainische Rada liqui-

diert, der weißgardistische Ataman der Orenburger Kosakentruppen Dutow aus Orenburg geflohen und in der Krim die Macht an den Sowjet der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten übergegangen ist.

24. Januar (6. Februar) Lenin nimmt in der Sitzung des ZK Stellung zur Tagesordnung des VII. Parteitags. Er schlägt vor, auf die Tagesordnung des Parteitags die Revision des Parteiprogramms, die Frage des Friedens und taktische Fragen zu setzen. Lenin wird in die Kommission zur Ausarbeitung des Parteiprogramms gewählt.
Lenins Rede vor den in die Provinz delegierten Agitatoren wird in der „Prawda" Nr. 18 veröffentlicht.

28. Januar (10. Februar) Lenin sendet an die Friedensdelegation in Brest-Litowsk ein Telegramm, in dem auf die Notwendigkeit eines unverzüglichen Friedensschlusses mit Deutschland hingewiesen wird.
Lenin hält in der Sitzung des Kongresses der Bodenkomitees und der Bauernsektion des III. Sowjetkongresses eine Rede über die Arbeit auf dem Lande.

18. Februar und in der Nacht zum 19. Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der die Lage erörtert wird, die durch das Ultimatum der deutschen Regierung und die Offensive der deutschen Truppen entstanden ist.
Lenin setzt sich in der Sitzung des ZK der Partei für die unverzügliche Annahme der deutschen Friedensbedingungen ein.
Lenin verfaßt im Auftrag des ZK den Entwurf eines Funkspruchs an die deutsche Regierung.
Lenin nimmt an einer gemeinsamen Sitzung der Zentralkomitees der bolschewistischen Partei und der Partei der linken Sozialrevolutionäre teil.

19. Februar Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der Fragen der Außenpolitik und der Organisation der Verteidigung in Verbindung mit der begonnenen deutschen Offensive behandelt werden.

19. Februar und in der Nacht zum 20. Lenin nimmt an einer gemeinsamen Sitzung der Fraktionen der Bolschewiki und der linken Sozialrevolutionäre des Gesamtrussischen ZEK teil und spricht über die Notwendigkeit des Abschlusses eines Separatfriedens mit Deutschland.

20. Februar Lenin beantwortet über direkte Leitung eine Anfrage der bolschewistischen Fraktion des Moskauer Sowjets über die von der Regierung nach der deutschen Offensive ergriffenen Maßnahmen.

Lenin leitet die Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der die Nationalisierung der Erdölindustrie und die Lage an der Front erörtert werden.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort .. .. VII–VIII

September–Dezember 1917

Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen. Brief an das Zentralkomitee, an das Petrograder und das Moskauer Komitee der SDAPR 1–3

Marxismus und Aufstand. Brief an das Zentralkomitee der SDAPR 4–10

Die russische Revolution und der Bürgerkrieg. Man schreckt mit dem Bürgerkrieg 11–25

Helden der Fälschung und Fehler der Bolschewiki 26–34

Aus dem Tagebuch eines Publizisten. Die Fehler unserer Partei .. 35–41

Die Aufgaben der Revolution 42–51

Das Paktieren mit den Kapitalisten ist verderblich 44

Die Macht den Sowjets 44

Frieden den Völkern.. 45

Der Boden den Werktätigen 47

Kampf gegen Hunger und Zerrüttung 48

Der Kampf gegen die Konterrevolution der Gutsbesitzer und Kapitalisten 49

Die friedliche Entwicklung der Revolution 50

Brief an den Vorsitzenden des Gebietskomitees der Armee, der Flotte und der Arbeiter Finnlands I. T. Smilga 52–56

1 52

2 53
3 54
4 54
5 54
6 55
7 55
8 56
9 56
10 56
Die Krise ist herangereift 59–68
I 59
II 60
III 62
IV 64
V 64
VI 65
Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? 69–121
Vorwort zur zweiten Auflage 71
Nachwort 116
An die Arbeiter, Bauern und Soldaten.. 122–124
Brief an das ZK, das Moskauer Komitee, das Petrograder Komitee und an die bolschewistischen Mitglieder der Sowjets von Petrograd und Moskau 125–126
Thesen zum Referat in der Konferenz der Petersburger Organisation am 8. Oktober, zur Resolution und zur Direktive für die Parteitagsdelegierten 127–129
Zur Teilnahme der Partei am Vorparlament 127
Über die Losung „Alle Macht den Sowjets" 127
Bemerkung zur Resolution über die Losung „Die Macht den Sowjets" 129
Brief an die Petrograder Stadtkonferenz. In geschlossener Sitzung zu verlesen 130–133
Zur Revision des Parteiprogramms 135–165
I 137

II 141
III 144
IV 147
V 149
VI 154
VII 156
VIII 160
IX 164

Ratschläge eines Außenstehenden 166–168

Brief an die Genossen Bolschewiki, die am Kongreß der Sowjets des Nordgebiets teilnehmen 169–175

Sitzung des Zentralkomitees der SDAPR(B), 10. (23.) Oktober 1917 176–178
1. Referat. Protokollarische Niederschrift 176
2. Resolution 178

Sitzung des Zentralkomitees der SDAPR(B), 16. (29.) Oktober 1917 179–181
1. Referat. Protokollarische Niederschrift 179
2. Ausführungen. Protokollarische Niederschrift 180
1 180
2 181
3 181
Resolution 181

Brief an die Genossen 182–203
Nachwort 202

Brief an die Mitglieder der Partei der Bolschewiki 204–207

Die Aufgaben unserer Partei in der Internationale (Anläßlich der III. Konferenz der Zimmerwalder) 208–210

Brief an das Zentralkomitee der SDAPR(B) 211–215

Ein neuer Betrug der Partei der Sozialrevolutionäre an den Bauern .. 216–222

Brief an die Mitglieder des ZK 223–224

An die Bürger Rußlands! 227

Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, 25. Oktober (7. November) 1917 228–231

1. Rede über die Aufgaben der Sowjetmacht. Kurzer Zeitungsbericht 228
2. Resolution 230
Zweiter Gesamtrussischer Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, 25.–26. Oktober (7.–8. November) 1917 .. 233–255
1. An die Arbeiter, Soldaten und Bauern! 237
2. Rede über den Frieden, 26. Oktober (8. November) 239
Dekret über den Frieden 239
3. Schlußwort zur Rede über den Frieden, 26. Oktober (8. November) 244
4. Rede über die Bodenfrage, 26. Oktober (8. November) 248
Dekret über den Grund und Boden 249
5. Beschluß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung 254
Gespräch mit Helsingfors über direkte Leitung, 27. Oktober (9. November) 1917 256–259
1. Gespräch mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Helsingforser Sowjets der Deputierten der Armee, Flotte und der Arbeiter A. L. Scheinman 256
2. Gespräch mit dem Vorsitzenden der Militärabteilung des Gebietskomitees der Armee, Flotte und der Arbeiter Finnlands Michailow 257
3. Gespräch mit dem Vorsitzenden des Zentralkomitees der Baltischen Flotte N. F. Ismailow 258
Beratung der Regimentsvertreter der Petrograder Garnison, 29. Oktober (11. November) 1917. Zeitungsbericht 260–264
1. Referat über die gegenwärtige Lage 260
2. Rede über die Frage der Bewaffnung der Truppenteile 263
3. Rede über die Herstellung der Ordnung in der Stadt 264
Funkspruch des Rats der Volkskommissare, 30. Oktober (12. November) 1917 265
Entwurf einer Dienstvorschrift für Angestellte 266
Entwurf von Bestimmungen über die Arbeiterkontrolle 267–268
Ausführungen in der Sitzung des ZK der SDAPR(B), 1. (14.) November 1917. Protokollarische Niederschrift 269–270
Resolution des ZK der SDAPR(B) zur Frage der Opposition innerhalb des ZK, 2. (15.) November 1917 271–273

Ultimatum der Mehrheit des ZK der SDAPR(B) an die Minderheit 274–276

Resolutionsentwurf zur Pressefreiheit 277–278

Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 4. (17.) November 1917 279–287

1. Rede zur Pressefrage 279

2. Antwort auf eine Anfrage der linken Sozialrevolutionäre .. 282

3. Antwort auf eine Anfrage der linken Sozialrevolutionäre 284

1 284

2 285

4. Rede und Resolution zur Erklärung einer Gruppe der Volkskommissare über den Austritt aus dem Rat der Volkskommissare 286

Rede in der Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten zusammen mit den Vertretern der Front, 4. (17.) November 1917. Zeitungsbericht 288–290

Antwort auf Anfragen von Bauern 291–292

An die Bevölkerung 293–295

Vom Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki) 296–297

Vom Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki). An alle Parteimitglieder und an alle werktätigen Klassen Rußlands 298–302

Vorwort zur Broschüre „Wie haben die Sozialrevolutionäre das Volk betrogen und was hat die neue Regierung der Bolschewiki dem Volke gegeben?" 303–304

Gespräch der Regierung über direkte Leitung mit dem Hauptquartier, 9. (22.) November 1917 305–308

Funkspruch an alle. An alle Regiments-, Divisions-, Armeekorps-, Armeekomitees usw., an alle Soldaten der revolutionären Armee und alle Matrosen der revolutionären Flotte 309–310

Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 10. (23.) November 1917. Protokollarische Niederschrift 311–314

1. Bericht über die Verhandlungen mit Duchonin 311

2. Schlußwort 313

Außerordentlicher Gesamtrussischer Kongreß der Sowjets der Bauerndeputierten, 10.–25. November (23. November–8. Dezember) 1917 315–326

1. Erklärung, gerichtet an die bolschewistische Fraktion des Außerordentlichen Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Bauerndeputierten 317

2. Rede zur Agrarfrage, 14. (27.) November. Zeitungsbericht .. 318

3. Resolutionsentwurf 321

4. Rede anläßlich der Erklärung des Vertreters des Gesamtrussischen Exekutivkomitees des Eisenbahnerverbandes, 18. November (1. Dezember). Zeitungsbericht 323

5. Schlußwort zur Agrarfrage, 18. November (1. Dezember). Zeitungsbericht 325

Der Rat der Volkskommissare an das Revolutionäre Militärkomitee 327

Über die Aufgaben der Öffentlichen Bibliothek in Petrograd 328

Das Bündnis der Arbeiter mit den werktätigen und ausgebeuteten Bauern. Brief an die Redaktion der „Prawda" 329–331

Entwurf eines Dekrets über das Abberufungsrecht 332–333

Referat über das Abberufungsrecht in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 21. November (4. Dezember) 1917 334–336

Rede auf dem Ersten Gesamtrussischen Kongreß der Kriegsflotte, 22. November (5. Dezember) 1917. Protokollarische Niederschrift 337–343

Vorwort zur Broschüre „Materialien zur Agrarfrage" 344–345

Konzept eines Programms für die Friedensverhandlungen 346–347

Dekret über die Verhaftung der Führer des Bürgerkriegs gegen die Revolution 348

Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 1. (14.) Dezember 1917 349–353

1. Rede über die Frage der Konstituierenden Versammlung 349

2. Resolution zum Dekret über die Kadettenpartei 353

Rede auf dem Zweiten Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Bauerndeputierten, 2. (15.) Dezember 1917 354–357

Manifest an das ukrainische Volk mit ultimativen Forderungen an die Ukrainische Rada 358–360

Rede in der Sitzung der Arbeitersektion des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Petrograds und die Aufgaben der Arbeiterklasse, 4. (17.) Dezember 1917. Zeitungsbericht 361–363

Über die Eröffnung der Konstituierenden Versammlung 364

Entwurf eines Aufrufs des Zweiten Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Bauerndeputierten an die Bauernschaft 365–371

Schreiben an F. E. Dzierzynski und Entwurf eines Dekrets über den Kampf gegen Konterrevolutionäre und Saboteure 372–374

Rede in der Sitzung des ZK der SDAPR(B), 11. (24.) Dezember 1917. Protokollarische Niederschrift 375

Entwurf einer Resolution über das provisorische Büro der bolschewistischen Fraktion in der Konstituierenden Versammlung 376

Thesen über die Konstituierende Versammlung 377–381

Rede auf dem Außerordentlichen Gesamtrussischen Kongreß der Eisenbahner, 13. (26.) Dezember 1917 382–383

Rede über die Nationalisierung der Banken in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 14. (27.) Dezember 1917. Protokollarische Niederschrift 384–386

Um Brot und Frieden 387–388

Entwurf eines Dekrets über die Durchführung der Nationalisierung der Banken und über die im Zusammenhang damit erforderlichen Maßnahmen 389–392

Fragen an die Delegierten des Demobilisierungskongresses der Armee 393–394

Entwurf einer Resolution des Rats der Volkskommissare 395

Resolution des Rats der Volkskommissare über die Verhandlungen mit der Rada 396–397

Durch den Zusammenbruch des Alten Verängstigte und für das Neue Kämpfende 398–401

Wie soll man den Wettbewerb organisieren? 402–414

Entwurf eines Dekrets über die Konsumkommunen 415–417

Beschluß des Rats der Volkskommissare über die Antwort der Rada an den Rat der Volkskommissare 418–419

Januar–Februar 1918

Rede bei der Verabschiedung der ersten Marschabteilungen der sozialistischen Armee, 1. (14.) Januar 1918. Kurzer Zeitungsbericht 420

Gespräch über direkte Leitung mit dem Vorsitzenden der sowjetischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk L. D. Trotzki, 3. (16.) Januar 1918 421

Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes .. 422–426

An den Demobilisierungskongreß der Armee 427

Beschluß des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 3. (16.) Januar 1918 428

Deklaration der Fraktion der SDAPR (Bolschewiki), verlesen in der Sitzung der Konstituierenden Versammlung am 5. (18.) Januar 1918 429–430

Leute aus jener Welt 431–433

Entwurf eines Dekrets über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung 434–436

Rede über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 6. (19.) Januar 1918 437–441

Zur Geschichte der Frage eines unglückseligen Friedens 442–450

Thesen über den sofortigen Abschluß eines annexionistischen Separatfriedens 442

Nachwort zu den Thesen über den sofortigen Abschluß eines annexionistischen Separatfriedens 451–452

Dritter Gesamtrussischer Kongreß der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, 10.–18. (23.–31.) Januar 1918 .. 453–481

1. Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare, 11. (24.) Januar 455

2. Schlußwort zum Bericht des Rats der Volkskommissare, 12. (25.) Januar 473

3. Schlußwort vor Beendigung des Kongresses, 18. (31.) Januar .. 478

Anweisung an den Stab der Roten Garde 482

Außerordentlicher Gesamtrussischer Eisenbahnerkongreß, 5.–30. Januar (18. Januar–12. Februar) 1918 483–501

1. Bericht des Rats der Volkskommissare, 13. (26.) Januar 483

2. Antwort auf schriftliche Fragen 497

Beratung des Präsidiums des Petrograder Sowjets mit Vertretern der Ernährungsorganisationen, 14. (27.) Januar 1918 502–505

1. Ausführungen über Maßnahmen zum Kampf gegen den Hunger 502

1 502

2 502

2. Resolutionsentwurf 504

Entwurf eines Dekrets über die Nationalisierung der See- und Binnenhandelsflotte 506–507

1. Entwurf des Dekrets 506

2. Ergänzung zum Entwurf 507

Ausführungen in der Sitzung des ZK der SDAPR(B), 19. Januar (1. Februar) 1918. Protokollarische Niederschrift 508–510

1 508

2 509

3 509

4 509

5 509

6 510

Funkspruch. An alle. An die Friedensdelegation in Brest-Litowsk im besonderen 511

Funkspruch an alle, alle 512–513

Rede vor den in die Provinz delegierten Agitatoren, 23. Januar (5. Februar) 1918. Zeitungsbericht 514–518

Brest-Litowsk. Russische Friedensdelegation. An Trotzki. Antwort .. 519

Rede in der Sitzung des Kongresses der Bodenkomitees und der Bauernsektion des III. Sowjetkongresses, 28. Januar (10. Februar) 1918. Zeitungsbericht 520–521

Ausführungen in der Sitzung des ZK der SDAPR(B), 18. Februar 1918 (Morgensitzung). Protokollarische Niederschrift 522–523

Reden in der Sitzung des ZK der SDAPR(B), 18. Februar 1918 (Abendsitzung). Protokollarische Niederschrift 524–526

1 524

2 525

Gespräch W. I. Lenins und J. W. Stalins über direkte Leitung mit Mitgliedern des Dwinsker Sowjets 527–528

Entwurf eines Funkspruchs an die Regierung des Deutschen Reichs 529

Gespräch über direkte Leitung mit dem Moskauer Sowjet, 20. Februar 1918 530

Anmerkungen 531–558

Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins 559–576

ILLUSTRATIONEN

Erste Seite des „Rabotschi Put" Nr. 30 vom 20. (7.) Oktober 1917, in dem W. I. Lenins Artikel „Die Krise ist herangereift" veröffentlicht wurde 57

Aufruf „An die Bürger Rußlands!", von W. I. Lenin geschrieben am 25. Oktober (7. November) 1917 225

Erste Seite der Zeitung „Rabotschi i Soldat" Nr. 9 vom 26. Oktober (8. November) 1917 235

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Wie soll man den Wettbewerb organisieren?" – Dezember 1917 403

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes" – Januar 1918 423